



Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen
und die Zukunft.



Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Impressum

Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation
40190 Düsseldorf

www.mgffi.nrw.de

Koordination und Redaktion

Ulrike Schultz
Akademische Oberrätin FernUniversität in Hagen
Telefon: 02331 9874215 (dienstl.)
Telefon: 02331 870811
Telefax: 02331 843408

Gestaltung und Druck

Merlin Digital GmbH, Essen
POMP Druckerei und Verlag, Bottrop

© **2006/MGFFI 1025**

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/Publikationen
- telefonisch: 01803-100110
C@II-NRW (9 Cent/Min.*)

(*aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG)

Bitte die Veröffentlichungsnummer **1025** angeben.



Vorwort

Der demografische Wandel ist zweifelsfrei eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Wir werden immer weniger, wir werden älter und wir werden kulturell vielfältiger. Für die Politik stellt sich vor allem die Frage, wie sie es schaffen kann, unser Land zukunftsfähig zu gestalten.

Wenn wir die konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels betrachten, wird schnell deutlich, dass es keine einfachen Antworten auf komplexe und vielschichtige Probleme geben kann. In naher Zukunft werden wir konfrontiert sein mit massiven Veränderungen unserer sozialen Sicherungssysteme, neuen Anforderungen an das Gesundheitswesen aufgrund einer verstärkten Nachfrage nach Pflege oder Rehabilitation und einem zunehmendem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vor allem in kleinen und mittleren Betrieben. Aber auch die Alltagskultur wird sich in unserem Land ändern, etwa im Hinblick auf Mobilität, Ernährung oder Wohnen.

Hinzu kommt, dass der demografische Wandel in Nordrhein-Westfalen regional unterschiedliche Ausprägungen zeigen wird. So werden sich die Bevölkerungszahlen aller Voraussicht nach sehr differenziert entwickeln. In einigen Gebieten steigt die Bevölkerungszahl. Die Alterung dagegen ist ein flächendeckendes

Problem. Es kommt also darauf an, für jede Region passende Antworten zu finden.

Frauen werden bei der Gestaltung des demografischen Wandels eine Schlüsselrolle spielen. Die Ursache hierfür liegt zum einen am hohen Frauenanteil in den älteren Jahrgängen. Sprechen wir über die Notwendigkeit eines fairen Ausgleichs zwischen den Generationen, sind es also besonders die Frauen, die wir beachten müssen. Ein Blick auf die unterschiedlichen Rollen von Männern und Frauen bei der Bewältigung zweier aktueller Entwicklungen belegt dies. Frauen sind immer wieder als Agentinnen des Wandels gefragt:

So wird der Arbeitsmarkt der Zukunft immer stärker auf qualifizierte und motivierte Frauen, die bisher in höheren Positionen noch zu selten zu finden sind, angewiesen sein. Frauen sind hierfür schon heute bestens qualifiziert. Notwendig sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die neue Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide ermöglichen.

Zugleich muss auch eine moderne Integrationspolitik die Handlungskompetenzen von Frauen stärker berücksichtigen. Meist sind es ihre familiären und sozialen Netzwerke, die das Leben der Familie bestimmen. Sie tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder, für den Erwerb wesentlicher Schlüsselqualifikationen und dafür, wie das Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen gelebt und eingeübt wird.

Politik kann individuelle Entscheidungen zwar nicht direkt beeinflussen. Dennoch kann und muss Politik gesellschaftliche Rahmenbedingungen mittel- und langfristig so verändern, dass Männer und Frauen sich für ein Leben mit Kindern oder für ein Leben mit Beruf und Kindern entscheiden können.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, namhafte Persönlichkeiten für dieses Handbuch zu gewinnen. Prof. Dr. Rita Süßmuth, Dr. Margot Käßmann, Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis sowie weitere kompetente Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis haben sich in interessanten, vielschichtigen und höchst unterschiedlichen Beiträgen mit der Frage auseinander gesetzt, welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen vom demografischen Wandel zu erwarten sind, und welche Anforderungen sich daraus für uns heute ergeben.

Neben vielen Übereinstimmungen haben auch Kontroversen ihren Platz. Das Handbuch will „anstößig“ im besten Sinne sein, denn was wir brauchen, ist eine faire, offene Diskussion. Nur so hat Neues eine Chance. Damit soll diese Publikation nicht nur den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten bei der Vorbereitung der landesweiten Aktionswochen 2007 helfen, sondern vor allem auch ein anregendes Lesebuch sein.

Die Aktionswochen, die unter dem Motto „Die Stadt, die Frauen und die Zukunft“ stehen, werden viele Foren für eine Diskussion über das künftige Zusammenleben von Frauen und Männern in unseren Städten und Gemeinden bieten. Der besondere Reiz liegt auch darin, dass sie gemeinsam von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt werden und so viele Menschen überall in Nordrhein-Westfalen erreichen.

Mir liegt daran, dass wir uns von den – zugegeben sehr hohen – Herausforderungen nicht entmutigen lassen, sondern den Blick auf neue Möglichkeiten richten. Wir sollten die Chance nutzen, dass mit zunehmender Geschlechtergerechtigkeit nicht nur Ressourcenprobleme gelöst werden können, sondern dass die Gesellschaft ein Stück menschlicher wird.

Armin Laschet
Minister für Generationen, Familie,
Frauen und Integration
des Landes Nordrhein Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Ulrike Schultz **Einleitung** 13

Demografischer Wandel und Frauen – Denkanstöße

Rita Süßmuth Frauen heute und morgen – ein Blick in die Zukunft.
Zur politischen Perspektive 19

Margot Käßmann Ethische Perspektiven beim Blick
auf den demografischen Wandel 27

Barbara Zibell Geschlechterverhältnisse im demografischen Wandel.
Chancen und Risiken für die soziale Integration in Stadt und Region 33

Juliane Roloff Das Alter ist weiblich – Geschlechteraspekte des
demografischen Wandels in Deutschland 51

Diana Auth, Barbara Holland-Cunz Alarmismus und Aktionismus.
Diskurs und Politik zum demografischen Wandel in Deutschland 65

Praxis

Andreas Mittrowann, Kerstin Schmidt, Carsten Große Starmann
Fit für den Wandel: Bertelsmann Stiftung startet Schulungsprogramm
für kommunale Entscheider 79

Linkliste 83

Zukunft Familie

Elisabeth Beck-Gernsheim Was gibt's Neues vom Kinderwunsch? 87

Bernhard Nauck Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern 103

Franz Xaver Kaufmann Wie Familien zu helfen wäre 117

Barbara Thiessen „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“ –
Demografie und sozialer Ausschluss 125

Uta Meier-Gräwe Chacun à son goût – Neue Esskulturen.
Wird die Frau als Ernährerin ausdienen? 137

Praxis

Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration NRW
Die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren.
Das Landesprojekt in Nordrhein-Westfalen 149

Rainer Möller Das Familien-Projekt der Stadt Dortmund 153

Linkliste 158

Arbeit und Leben

Jutta Allmendinger, Kathrin Dressel und Christian Ebner
Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation
und Frauenerwerbstätigkeit 161

Gerhard Bosch Gleichberechtigung – Voraussetzung der Bewältigung
der demografischen Entwicklung 173

Ute Klammer Der demografische Wandel als Herausforderung
für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Sozialpolitik 187

Christiane Schiersmann, Carola Iller Lebenslauforientierung
als Herausforderung für die Gestaltung beruflicher Weiterbildung
für Frauen 203

Sybille Stöbe-Blossey Chancen auf dem Arbeitsmarkt –
Lokale Infrastruktur für Kinderbetreuung 213

Praxis

Gabriele A. Hantschel Demografischer Wandel – Good Practices
in Deutschland noch Mangelware – gerade für Frauen im Beruf! 225

Angela Josephs-Olesch Zukunftsorientierte Personalpolitik
in mittelständischen Unternehmen 231

<i>Angelika Kirstein</i> Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung. Eine Herausforderung für die Gesellschaft	235
<i>Ursula Neumann</i> Der „Verbund für Unternehmen und Familie e.V.“	239
<i>Bärbel Pätzold</i> Kinderbetreuung per Mausclick. Das Projekt „www.kinderbetreuung-owl.de“	243
Linkliste	246

Zusammenleben der Generationen

<i>Hans Bertram</i> Generationenkonflikt oder Generationensolidarität?	249
<i>Francois Höpflinger</i> Frauen und Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte	255
<i>Margherita Zander</i> Migrantinnen in der Generationenperspektive	269
<i>Wassilios Fthenakis</i> Vaterschaft in Deutschland – die sanfte Revolution in der Familie	287
<i>Cornelia Kricheldorf</i> Zwischen Sorgebeziehungen und Selbstverwirklichung – Facetten und Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Frauen	299

Praxis

<i>Ingeborg Heinze</i> Vorsorge im und für das Alter. Was Sie schon immer regeln sollten: Testament – Vorsorgevollmacht – Patientenverfügung	313
<i>Stadt Aachen</i> Vorstellung des Fachbereichs Wohnen. Die Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN	315
<i>Judith Kropp, Sandra Wiegeler</i> Wohnen für Hilfe. Wohnpartnerschaften zwischen Alt und Jung – eine Chance für den Generationsaustausch	319
Linkliste	323

Stadt der Zukunft

Karin Jurczyk Wie wird eine Kommune familiengerecht?
Bedarfe und Ansatzpunkte 327

Susanne Tatje Zukunft Stadt – Demografische Planung
als Chance für Frauen 343

Kerstin Dörhöfer „Die Frau an ihren Herd, zu ihren Kindern“?
Formen und Folgen der Wohnarchitektur im 20. Jahrhundert 351

Ruth Becker Frauenwohnprojekte – eine Alternative für das Wohnen
in Zeiten demografischen Wandels? 369

Christine Bauhardt Stadtentwicklung und Verkehrspolitik.
Ergebnisse und Perspektiven feministischer Verkehrsforschung und -kritik 385

Margarete Zimmermann Christine de Pizans
Stadt der Frauen (1405) – eine geschlechterpolitische Utopie
für das 21. Jahrhundert? 399

Praxis

Silvana Richter W.I.R. e.V. Wohnen Innovativ Realisieren –
Verein für generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund 415

Gisela Humpert Infrastrukturentwicklung und Stadtentwicklung.
Transferaspekte der Genderbegleitung am Beispiel
der Großprojekte Zollverein, Essen und PHOENIX, Dortmund 419

Linkliste 425

Herausforderung Integration

Maria Böhmer Integrationspolitische Herausforderungen
des demografischen Wandels 429

Bettina Heinrich Multiethnizität in der Stadt – sieben Thesen 435

Marianne Krüger-Potratz Geschlechteraspekte bei Migration
und Integration. Ergebnisse interkultureller Ethnizitäts-
und Genderforschung 451

<i>Jutta Brückner</i> „Migrantinnen und Migranten – Die Krise der männlichen Identität“. Eine Polemik	469
<i>Rita Viehoff</i> Die Sehnsucht nach Ebene II. Brücken schlagen zu neuen Dialogen	481
<i>Dorothee Frings</i> Rechtliche Aspekte einer gesellschaftlichen Teilhabe für Migrantinnen	489
<i>Patricia Latorre Pallares, Olga Zitzelsberger</i> Selbstorganisationen von Migrantinnen – Unterschätzte Ressource für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft	505
Praxis	
<i>Susanne Fischer</i> Die Entwicklung eines geschlechtergerechten Integrationskonzeptes der Stadt Gelsenkirchen	515
<i>Claudia Quirrenbach</i> Integrationskonzept Gelsenkirchen. Daten und Projekte	523
<i>Erika Theißen</i> Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V., Köln	527
<i>Kreis Mettmann</i> ProMMI – Pro(jekt) Mädchen mit Migrationshintergrund in Ausbildung	533
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Vorstellung des Integrationsbeirat des Landes Nordrhein-Westfalen	538
Linkliste	541
Anhang	
Autorinnen und Autoren	544
www.frauen nrw.de – Frauenportal NRW	562

Einleitung

Demografischer Wandel – ein seit einiger Zeit allgegenwärtiges Thema. Nach einigen provokanten Publikationen in den letzten drei Jahren geht es durch die Talkshows. Es wird immer mehr darüber geschrieben, mit Tagesaktualität und in längerfristiger Perspektive, spekulativ und wissenschaftlich fundiert, in Zeitungen und Sachbüchern ebenso wie in Romanen. Ist dann dieses Handbuch nur eine weitere Publikation?

Wir wollen aus einer besonderen, bisher noch eher vernachlässigten Perspektive auf den demografischen Wandel schauen und diesem Blick Tiefenschärfe geben. Wir legen den Fokus auf Frauen- und Geschlechterfragen. Diese sind dem Thema zwar insofern implizit, als Geburtenquoten von den Frauen abhängen (und – wie Sie sehen werden – von den Männern, die immer unwilliger werden, familiäre Verpflichtungen einzugehen). Uns geht es hier aber um mehr: Wir wollen vor dem Hintergrund einer Bestandsaufnahme heutiger Lebensbedingungen komplex diskutieren, was das Leben der Frauen in der Welt von morgen bestimmen wird. Dabei überlegen wir auch, wie Frauen leben wollen, und wie ihre Ziele und Wünsche den Veränderungsprozess beeinflussen können. Den bei der Betrachtung des demografischen Wandels häufigen negativen oder pessimistischen Wertungen wollen wir positive Vorstellungen entgegensetzen oder bei-

fügen. Und da im demografischen Wandel die Gesellschaft nicht nur schrumpft und altert, sondern auch bunter wird, geht es nicht nur um das Leben von jungen, mittelalten und alten Frauen, sondern auch um die Lebensperspektiven der zugewanderten und zuwandernden Frauen. Der Themenbogen ist also weit gespannt.

Viele Autorinnen und Autoren sind angesprochen worden, Wahrnehmungen, Reflexionen und Wertungen zum Thema aus der Tradition unterschiedlicher Disziplinen abzugeben: Soziologie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Theologie, Ökonomie, Psychologie, Pädagogik, Kulturwissenschaften, Literaturgeschichte, Architektur und Städtebau und Raumplanung unter Einbeziehung von Fragestellungen und Erkenntnissen der Geschlechterforschung. Der Blick auf Deutschland bezieht im Vergleich die europäische und die internationale Perspektive mit ein. 37 Beiträge sind entstanden. Neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern schreiben Praktikerinnen; prominente Politikerinnen nehmen Stellung. Es finden sich sowohl darstellende wie kommentierende und hinterfragende Artikel, so bildet sich ein Kaleidoskop von Ansichten und Einsichten.

Ergänzend hinzugefügt sind Praxisbeispiele, die Möglichkeiten aufzeigen sollen, wie Kommunen auf den Wandel einwirken können. Bei aller Vielfalt der Beiträge war es dennoch unmöglich, alle Facetten des demografischen Wandels erschöpfend zu behandeln, zu viele unterschiedliche Blickwinkel tun sich auf. Außerdem ändern und entwickeln sich Fragestellungen fortlaufend dynamisch. Insofern soll das Handbuch Anregungen geben, weiter zu denken und zu forschen. Bewusst ausgelassen haben wir Themen, die in den vorangegangenen Handbüchern bereits behandelt waren. Umfangreiche Literaturhinweise und Verweise auf Fundstellen im Internet erleichtern die Suche nach Informationen. Insbesondere die vorhandenen und immer neu hinzukommenden Internetportale zum demografischen Wandel helfen, Einzelheiten, Neuigkeiten, Themenformulierungen und Experten und Expertinnen aufzuspüren und erworbenes Wissen aktuell zu halten.

Wir können auch keine umfassende Zukunftsvision bieten, keinen einheitlichen Entwurf der Gesellschaft der Zukunft aus Frauenperspektive, einer „Stadt der Frauen“ als Gegenwelt zu unserer heutigen, nach wie vor stark männlich geprägten und beeinflussten Lebensrealität. Eine solche Utopie, so reizvoll sie sein mag, bleibt Schriftstellerinnen vorbehalten. Ein historisches Beispiel zeigt Ihnen der Beitrag über Christine de Pizans mittelalterliche Ideen eines von weiblicher Moral geprägten Gemeinwesens.

Doch uns geht es ja nicht allein um Visionen! Unser Ziel ist herauszufinden, wie wir gemeinsam, Frauen und Männer, Schritt für Schritt realistische Möglich-

keiten finden, heute das Morgen zu gestalten, und dabei die Probleme aufzuspüren, die wir zu bewältigen haben, um möglichst Irrwege zu vermeiden.

Dies ist das dritte Handbuch, das ich für das Frauenministerium erstellt habe: nach „Frauen und Recht“ und „Frauenbildern“ nun "Frauen und der demografische Wandel". Jedes Handbuch hat vom ersten Gedanken bis zur Fertigstellung rund neun Monate gebraucht, eine für ein Frauenprojekt symbolische Zeitspanne, dennoch für ein Werk von diesem Umfang nur eine sehr kurze. Dem Engagement der Autorinnen und Autoren ist es zu verdanken, dass es in dieser Zeit fertig werden konnte. Es war wieder ein hartes Stück Arbeit: Viele Recherchen, viel gemeinsames Nachdenken, intensive Diskussions- und Arbeitsprozesse waren zu bewältigen.

Die Kapitel dieser Veröffentlichung spiegeln die Arbeitsbereiche des Ministeriums wider, die dem Bereich Frauenpolitik zur Seite stehen: Generationen, Familie, Integration, ergänzt um Arbeit, als weiteres klassisches Thema der Frauen- und Geschlechterforschung. Hinzu kommt ein Kapitel über die Stadt, stellvertretend zu verstehen als Stätte des Wohnens und Lebens, gleichzeitig Wirkungsstätte der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Dieser Themenbereich war in den frühen neunziger Jahren „modern“, dann aus dem Fokus geraten und bekommt in den Diskussionen um den demografischen Wandel neue, dringende Aktualität. Insgesamt ist das Handbuch wieder ein Werk der Frauenabteilung des Ministeriums: Diese erst ermöglichte, speziell die Frauenbelange zu bearbeiten.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen Spaß. Die Lektüre ist nicht immer einfach, aber lohnend: Sie werden wichtige Einsichten bekommen. Lassen Sie sich von den verschiedenen Darstellungen anregen, gehen Sie auf Distanz, gönnen Sie sich Dissens und lassen Sie sich anstoßen zu eigenem Engagement. Gestalten Sie den Wandel aktiv mit!

Ulrike Schultz
Redaktion und Koordination des Handbuches

Kapitel 1

Demografischer Wandel und Frauen – Denkanstöße

Rita Süßmuth Frauen heute und morgen – ein Blick in die Zukunft.
Zur politischen Perspektive

Margot Käßmann Ethische Perspektiven beim Blick auf den demografischen
Wandel

Barbara Zibell Geschlechterverhältnisse im demografischen Wandel.
Chancen und Risiken für die soziale Integration in Stadt und Region

Juliane Roloff Das Alter ist weiblich – Geschlechteraspekte
des demografischen Wandels in Deutschland

Diana Auth, Barbara Holland-Cunz Alarmismus und Aktionismus.
Diskurs und Politik zum demografischen Wandel in Deutschland

Praxis

Andreas Mittrowann, Kerstin Schmidt, Carsten Große Starmann
Fit für den Wandel: Bertelsmann Stiftung startet Schulungsprogramm
für kommunale Entscheider

Rita Süßmuth

Frauen heute und morgen – ein Blick in die Zukunft. Zur politischen Perspektive

Der demografische Wandel

Lange Zeit wurde er verdrängt, der demografische Wandel. Inzwischen ist er sehr nahe gerückt und in seinen Folgen so unübersehbar, dass das Thema die Öffentlichkeit in aller Breite erreicht hat.

Der Geburtenrückgang setzte Mitte der 60er Jahre ein, wurde aber durch relativ hohe Zuwanderung bis tief in die 90er Jahre von außen abgefedert und überlagert. Diese Zuwanderungen, seien es Gastarbeiter, die Spätaussiedler, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Asylsuchende sind stark zurückgegangen. Deutschland ist seit wenigen Jahren auch wieder ein Auswanderungsland. Außerdem findet eine starke Binnenwanderung statt – von Ost nach West, aber auch in Richtung Süden. Kindergärten und Schulen werden geschlossen, Wohnungen stehen leer, weil der junge Nachwuchs fehlt und die junge Generation, vor allem junge, gut ausgebildete Frauen dorthin wandern, wo sie Arbeit finden.

Deutschlands Bevölkerung altert und nimmt wegen der geringen Geburten stetig ab. 2050 werden wir bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 nur noch knapp 70 Millionen sein. 2005 geborene Kinder haben eine noch höhere

Lebenserwartung als die Generation der Mittelalten heute, nämlich Männer von 85 und Frauen von 90 Jahren. Der Anteil der Älteren ist weit höher als der der unter 20-jährigen. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der unter 20-jährigen von aktuell 17 Millionen (20%) auf 12 Millionen (16%) zurückgehen. Der Anteil der über 60-jährigen steigt von heute 18% auf 37%, 12% werden 2050 älter als 80 Jahre sein, heute 4%. 2050 wird jeder Dritte älter als 60 Jahre sein. Schon 2020 wird der Anteil der 50 bis 64-jährigen 40% der potenziellen Erwerbsbevölkerung in diesem Alter sein.

Die Daten lassen aufhorchen, erschrecken und verleiten auch zu einseitiger Dramatisierung. Der demografische Wandel – seit Jahrzehnten bekannt – ist zwar eine Tatsache, aber kein unabwendbares Schicksal. Statt Katastrophenszenarios brauchen wir Gestaltungsszenarios.

An Erkenntnissen fehlt es in der Bundesrepublik nicht, die Umsetzung lässt auf sich warten. Zurzeit konzentriert sich fast alles auf die Alterssicherungssysteme, auf Rente und Pflege, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, die Versorgungsprobleme der Älteren, denn immer weniger Erwerbstätige, müssen die Rentner und Rentnerinnen von heute und morgen versorgen.

Noch haben unsere aktuellen Probleme im sozialen Sicherungssystem mit dem demografischen Wandel wenig zu tun. Es sind Einnahmeprobleme, die mit der hohen Arbeitslosigkeit, dem Abbau der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und im Gesundheitsbereich mit dem medizinisch-technischen Fortschritt und den entsprechend erhöhten Behandlungskosten zu tun haben. Einen erheblicher Kostenfaktor bildete im übrigen die in den letzten zwanzig Jahren häufige Frühverrentung, z.B. durch die Vorruhestandsregelung. Die Frühverrentung musste dringend wieder rückgängig gemacht werden. Es waren nur noch 39% der Erwerbstätigen jenseits der Altersgrenze von 60 Jahren erwerbstätig. Inzwischen sind es wieder 41%; der Anteil der Frauen liegt bei 35 %. In anderen Ländern ist dieser Anteil wesentlich höher.

Frauenleben in demografischer Perspektive

Alter

Die positive Seite des demografischen Wandels besteht in der hohen durchschnittlichen Lebenserwartung der Frauen von 81 Jahren. Viele Ältere fühlen sich heute 10 Jahre jünger als es ihrem Alter entspricht. Die 70-jährigen fühlen sich eher wie 60-jährige. Als alt schätzen sich viele Menschen erst im Alter von 75 – 80 Jahren ein. Viele werden gesünder und aktiver alt als früher. Sie wollen nach der Erwerbstätigkeit aktiv bleiben, wünschen sich flexiblere Renteneinstiegsalter, z.B. zwischen 63 und 68 Jahren wie in Finnland, mehr Altersteilzeit, flexiblere Arbeitszeitstrukturen. Ältere, gerade auch Frauen, entdecken ganz neue, latent vorhandene Fähigkeiten. Sie nehmen schöpferische (gestalterische) Tätigkeiten wie Schreiben, Malen, Modellieren auf, sie sind kulturell, sportlich und sozial engagiert und immer häufiger sozial innovativ tätig.

Auch die Wertschätzung der Älteren ist stark ausgeprägt, sie stehen für Erfahrung und Kontinuität. Der Generationenkonflikt zeichnet sich bisher in den Untersuchungen nicht ab. Das zeigt auch die jüngste Shell-Studie. Kritisch gesehen werden das demografische Altern, das Übergewicht der Älteren und die abnehmende Repräsentanz der nachwachsenden Generation.

Familie und Kinderwunsch

Ehe und Familie haben nach wie vor einen hohen Stellenwert. Dies zeigt die 2005 veröffentlichte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB): „Einstellungen zu demografischen Trends und bevölkerungsrelevanten Politiken“. Bei den festgestellten Wertorientierungen der Deutschen lassen sich vier grundlegende Dimensionen unterscheiden: 1. Partnerschaft und Kinder; 2. Selbstverwirklichung und Freizeit; 3. Gleichstellung der Geschlechter und 4. Einkommen und Wohlstand.

Neu sind aber die Veränderungen in Bezug auf den Kinderwunsch. Die Geburtenraten liegen aktuell bei 1,34 Kindern je Frau. Zur Bestandserhaltung müsste dieser Wunsch bei 2,1 Kindern pro Frau liegen. Wir sind bisher davon ausgegangen, dass der Kinderwunsch doppelt so hoch ist wie die tatsächlich geborenen Kinder. Das trifft nicht mehr zu.¹ Nach der Untersuchung des BIB, ist „gewünschte Kinderlosigkeit zu einem Teil des Kinderwunsches geworden. Die allgemeine Wertschätzung von Familie setzt sich nicht mehr uneingeschränkt in Familiengründung um. Es werden heute nur noch wenig mehr Kinder gewünscht, als man tatsächlich hat.“ Die Kinderwünsche werden inzwischen auf einem sehr

¹ BiB, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt. Dorbritz, Jürgen; Lessgerer, Andrea; Ruckdeschel, Kerstin: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Wiesbaden 2005

niedrigen Niveau fast vollständig erfüllt. Dabei spielen die mit Kindern verbundenen Probleme eine wichtige Rolle. Diese sind komplexer als es die veröffentlichte Meinung nahe legt.

Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung, die steigende Scheidungshäufigkeit und die zunehmende freiwillige Kinderlosigkeit beunruhigen breite Kreise der Bevölkerung. Die Zukunftssorge treibt die Ostdeutschen noch stärker um als die Westdeutschen. Dabei wird die wachsende Zahl der unehelichen Partnerschaften und nichtehelicher Geburten nicht als besorgniserregend bewertet. Es besteht aber ein Trend, diese Probleme einseitig auf das Emanzipationsstreben, die Selbstverwirklichungswünsche der Frauen zurückzuführen.

Erwerbstätigkeit

Noch nie waren so viele gut ausgebildete Frauen erwerbstätig, es sind heute 68%.² Die Erwerbsquote der Frauen bis zum 25. Lebensjahr liegt bei 44,5%, die höchste Erwerbsquote erreichen die 45-jährigen Frauen mit 84,5%. Der demographische Wandel erfordert eine noch stärkere Beteiligung der Frauen am Beruf, denn das Erwerbspotenzial nimmt insgesamt aufgrund des Bevölkerungsrückgangs in den nächsten Jahrzehnten stark ab.

Erwerbstätigkeit der Frauen ist heute breit akzeptiert. Die Berufsrolle der Frau wird anerkannt, auch die gestiegenen Ausbildungskompetenzen der Frauen wie ihre Tätigkeit in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern. Eine Rückkehr in die alten Rollen wird nicht befürwortet. Den Frauen soll beides offen stehen. Aber die einseitig an die Frauen gerichteten Erwartungen in Bezug auf die Mutter- und Familienrolle haben sich wenig verändert. Die traditionellen Geschlechterrollen unterliegen einem anhaltenden Wandel, befinden sich im Umbruch, sind aber nicht aufgelöst.

Damit ergibt sich ein Dilemma: Frauen sollen mehr Kinder bekommen, sich um die älteren Familienangehörigen kümmern, sie auch pflegen; Frauen sollen aber auch erwerbstätig sein, sich kontinuierlich weiterbilden und öffentliche Verantwortung übernehmen.

Umgekehrt werden Männer immer weniger als alleinige Ernährer der Familie gesehen, und es wird erwartet, dass sie sich stärker an der Hausarbeit beteiligen. Doch die traditionellen Familienaufgaben bleiben in hohem Maße bei den Frauen.

² Statistisches Bundesamt, Mikrozensus Fachserie 2005; Erwerbsquote Frauen: Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Gesamtheit aller Personen im erwerbsfähigen Alter (vom 15. bis 64. Lebensjahr). Rechnung: $18176/26705 \cdot 100 = 68,06\%$.

Auffällig ist, dass das Frauenbild im Westen traditioneller ist als im Osten Deutschlands. Die volle Berufstätigkeit ist für die Frauen im Osten eine Selbstverständlichkeit ebenso wie die Einforderung der Kinderbetreuung und die positive Einstellung dazu. Die Auffassung, dass Kinder unter der Erwerbstätigkeit der Mütter leiden und auch Schäden davon tragen, wird im Westen viel ausgeprägter vertreten als im Osten. Das lässt sich aus den Befragungen des BiB eindeutig ablesen.

Unter den Befragten herrscht die Meinung vor, dass ausgeprägte Wünsche nach Selbstverwirklichung, beruflicher Karriere und voller Berufstätigkeit von Mann und Frau mit Kindern nicht zu vereinbaren seien oder allenfalls nur mit einem Kind. Dabei spielt der Einfluss des traditionellen Frauenbilds auf die Einstellung zur eingeschränkten Vereinbarkeit Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Das alte Bild der notwendigen Entscheidung für Familie oder Beruf wirkt fort und geht einher mit der Erwartung, dass Frauen im Konfliktfall ihre Erwerbstätigkeit zugunsten von Kindern aufgeben oder stark reduzieren. Frauen sind und bleiben zuständig für Erziehung und für die Pflege kranker und älterer Familienangehöriger. Männer sind mit dieser Erwartung noch immer weit weniger oder gar nicht konfrontiert. Für Frauen spielt jedoch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle. Die Mehrheit will beide Lebensbereiche miteinander verbinden. Dafür halten sie vorrangig Angebote an qualifizierter halb- und ganztägiger Kinderbetreuung, familienfreundliche flexible Arbeitszeiten und Erleichterung der Teilzeitarbeit für erforderlich.

Chancen und Risiken des demografischen Wandels: Frauen als Betroffene und Gestalterinnen

Der demografische Wandel birgt Chancen und Risiken für Frauen. Die Chancen liegen in einer breiteren und höheren Beteiligung am Erwerbsleben, an gesellschaftlichen und politischen Aufgaben, an verstärkten Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Zukunftsgestaltung. Es ergibt sich eine Erweiterung von Optionen, mehr Partizipation. Doch diese positiv zu bewertende Beteiligung der Frau an allen Lebensbereichen über die alten Altersgrenzen hinaus wird zu einer individuellen und gesellschaftlichen Notwendigkeit, wenn der demografische Wandel zukunftsbezogen gestaltet werden soll.

Wo aber liegen die Risiken?

Der Blick in die Zukunft konfrontiert Frauen mit deutlich ansteigenden Anforderungen und Beanspruchungen. Dahinter bleiben die Perspektiven zur

Entlastung der Frauen erschreckend deutlich zurück. Ohne Entlastungen werden die Konflikte für die Frauen, auch in den Geschlechterbeziehungen in unverantwortlicher Weise zunehmen.

Diejenigen, die den Rückgang der Geburten auf übertriebene Selbstverwirklichungs- und Emanzipationsinteressen der Frauen zurückführen, machen es sich zu einfach. Es gibt sie, die auf ihre Eigeninteressen ausgerichteten Frauen und Männer. Aber der Rückgang der Geburten betrifft nahezu alle entwickelten Staaten in und außerhalb Europas. Und warum haben beispielsweise die Skandinavier oder die Franzosen prozentual gesehen mehr Kinder als die Deutschen, die Spanier oder die Italiener? Gerade Spanien und Italien gelten als familienorientierte und kinderfreundliche Gesellschaften.

Der Rückgang der Geburten hat zwar mit Einstellungsänderungen, vor allem aber mit ungleichen Rahmenbedingungen zu tun, die aus lang andauernden Fehlern der Vergangenheit resultieren. So wie vor der Integrationspolitik die Probleme der Migranten und ihrer Kinder vernachlässigt worden sind, fehlt es in Deutschland massiv an Kinderbetreuung. Die kontroverse Debatte zu Nutzen und Schaden familienergänzender und familienerweiternder Kinderbetreuung laufen seit den 70er Jahren. Statt ideologische Grabenkämpfe um die Rolle der Frauen und den Stellenwert familialer und außerfamilialer Erziehung zu führen, hätten wir – wie fast alle entwickelten Staaten und Gesellschaften – den Ausbau von guter Entwicklungsförderung der Kinder in Ganztagskindergärten und Schulen betreiben müssen. Und dazu gehört die enge Kooperation mit den Eltern, die entlastet und gestärkt werden, die Familie und Beruf vereinbaren können und Zuwendungszeit für ihre Kinder haben.

Warum ist es in Deutschland schwieriger als in anderen Ländern, flexiblere familienfreundliche Arbeitszeiten zu schaffen, bei denen Kinder und Eltern gemeinsam das Haus verlassen und zur gleichen Zeit zurückkehren? Warum ist es so schwer, Mütter und Väter in die betriebliche und außerbetriebliche Fortbildung so einzubinden, dass sie die Erwerbstätigkeit aus familiären Gründen, bei Krankheit oder Pflege unterbrechen, aber dann auch wieder zurückkehren können?

Es fehlt an äußerem Druck zum Umdenken. Der demografische Wandel ist eine Chance, wie die öffentlichen Debatten von Seiten der Arbeitgeber und der Familienpolitiker zeigen. Aber sie muss bewusst wahrgenommen werden.

Isolierte Maßnahmen bringen keine oder nur marginale Veränderungen. Kurzfristige Maßnahmen wie das Elterngeld sind zu verbinden mit systematischem Ausbau von Kinderbetreuung. In einer Zeit äußerst erschwerten Zugangs

der jungen Generation zum Arbeitsmarkt, selbst der gut ausgebildeten jungen Frauen und Männer, wissen die meisten nicht, wie lange sie bei einem Unternehmen beschäftigt sind und ob sie einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Berufliche Planung und Existenzsicherung sind um ein Vielfaches schwerer als in der Vergangenheit. Da kann es nicht überraschen, dass vor allem viele Männer Kinderwünsche zurückstellen oder gar ausschließen. Die berufliche Kompetenz von Frauen ist immens gestiegen, nicht aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nicht zu unterschätzen ist die Instabilität der Frauenrolle. Der Umbruch ist unverkennbar. Doch ebenso beachtenswert sind die widersprüchlichen Eigen- und Fremderwartungen (vgl. BiB, S. 44f.). Dabei zeigen sich die Differenzierungen, anders ausgedrückt: die unterschiedlichen Optionen, von Frauen in Abhängigkeit von Alter, Bildungsabschluss und Kinderzahl.

Die Befunde zeigen, dass das Hausfrauenmodell kaum noch Anklang findet: Wäre die Form frei wählbar, würde sich der größte Teil für Kinder und Teilzeitarbeit entscheiden, in Ostdeutschland dominiert die Vollzeitorientierung. Jüngere Frauen sind stärker am Beruf orientiert, ältere streben häufiger eine parallele Form der Vereinbarkeit an. Frauen mit Hochschulzugang haben seltener die Absicht und den Wunsch, den Beruf zugunsten der Familie zu unterbrechen oder zugunsten der Familie vollständig aufzugeben. Frauen mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Reife äußern in höherem Maße die Bereitschaft, die Berufstätigkeit zu unterbrechen oder vollständig aufzugeben.

Je höher der Bildungsgrad desto ausgeprägter die Orientierung an der beruflichen Tätigkeit. Doch auch Frauen mit höherer Bildung sagen nur zu 12 %, keine Kinder haben zu wollen. Der Wunsch nach paralleler Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt in allen weiblichen Gruppierungen zu. Aber der Bruch zwischen Wünschen und Realität bestimmt den Alltag der Frauen mit den oft kaum zu bewältigenden beruflichen und familiären Aufgaben. Psychische Erkrankungen nehmen zu, die Zwänge weiten sich aus, die Selbstbestimmung nimmt ab. Qualitative Interviews mit Frauen unterschiedlicher Berufe und Lebenslagen³ zeigen einerseits erstarktes Selbstbewusstsein, Unabhängigkeit und Kompetenz, andererseits die Beanspruchungen und Zerreißproben. Auch der demografische Wandel führt nicht von selbst zu einer Parallelität von individuellem und gesellschaftlichem strukturellen Wandel.

Frauen sind gezwungenermaßen und verstärkt gewollt für sich selbst verantwortlich. Sie nehmen ihr Leben in ihre eigenen Hände. Natürlich gibt es auch noch

³ Dorn, Thea: Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird. München 2006

das Phänomen der Regression, des Zurücks in die alte Rolle der vermeintlichen Geborgenheit, der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau.

Die heute umfassende Verantwortlichkeit der Frauen betrifft ihre Einflussnahme auf die Zukunftsgestaltung. Sie bezieht sich damit nicht nur auf die Geschlechterbeziehungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern insgesamt auf unsere zivilisatorische Entwicklung, die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von Menschen, den Möglichkeiten und Grenzen von Belastungen und Anforderungen an Flexibilität und Mobilität, an Selbstständigkeit, und sie bezieht sich auf soziale Verbundenheit und Abhängigkeit. Es geht um die Zukunft unseres Zusammenlebens ohne weiteren Verlust an Solidarität, an Verantwortung füreinander.

Wir brauchen und wollen Leistung, aber keine Ellenbogengesellschaft. Wir brauchen Wettbewerb, aber einen fairen. Wir brauchen starke Individuen, aber auch starke Gemeinschaften. Diese Zukunftsgestaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Gesellschaft. Daran sind Frauen zu gering beteiligt. Frauen sind nicht nur passiv Betroffene des demografischen Wandels, sie müssen entscheidende Akteure der Gestaltung sein. Die Aufgaben früherer Frauenbewegungen finden ihre Fortsetzung in diesen neuen Aufgaben. Das ermutigt und verpflichtet.

Margot Käßmann

Ethische Perspektiven beim Blick auf den demografischen Wandel

Kinder-haben

Der demografische Wandel wirft viele Fragen auf, und zwingt in mancherlei Hinsicht zum Umdenken. Seit sich die ökonomischen und politischen Konsequenzen deutlich abzeichnen, ist die Frage von Kinder-haben nicht länger „Gedöns“ im Land, Frauensache halt, nicht ganz so ernst zu nehmen. Deutschland ist wahrhaftig zu einem kinderarmen Land geworden. Wie schrieb Herwig Birg: „Deutschland steht nicht vor einer demografischen Herausforderung, sondern es beginnt zu merken, daß eine demografische Herausforderung existiert. Die Herausforderung selbst besteht schon seit 1972. Seit diesem Jahr ist die Zahl der Sterbefälle größer als die der Geburten.“¹

Im vergangenen Jahr hat die Kommission Familie der Robert Bosch Stiftung einen Bericht zum Thema „Familie und demografischer Wandel“ erarbeitet.² Deutlich wurde dabei einerseits, wie komplex die Entwicklung ist, und andererseits, dass es keine einzelnen Maßnahmen gibt, um diese Entwicklung zu verändern, sondern ein aufeinander abgestimmtes Bündel an Maßnahmen notwendig wäre. Das „demografische Paradox“ stellt sich wie folgt dar:

1 Herwig Birg, Unser Verschwinden würde gar nicht auffallen, FAZ 28.6.06

2 http://www.bosch-stiftung.de/foerderung/jugend/fr_02050000.html?foerderung/jugend/02050100.html

Heute leben in Deutschland etwa 82,5 Millionen Menschen, im Jahr 2030 könnten es dank einer umfangreichen Zuwanderung immer noch knapp 80 Millionen sein. Ein starker Rückgang des Bevölkerungsvolumens wird erst danach einsetzen, wenn die jetzt vierzigjährigen Baby-Boomer sterben. Im Jahr 2050 wird die in Deutschland lebende Bevölkerung nur noch etwa 70 Millionen Menschen umfassen, wovon ungefähr 10 Millionen neue Zuwanderer sein werden. Obwohl sich der Rückgang der Bevölkerung über lange Zeiträume erstreckt, werden die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung erheblich sein. So wird sich in den nächsten dreißig Jahren die Relation zwischen den Über-Sechzigjährigen und den Jüngeren in etwa verdoppeln. Der Kollaps der sozialen Sicherungssysteme ist vorprogrammiert.³

Im Bericht werden als Maßnahmen u.a. eine Entzerrung des Lebensstaus der jungen Leute empfohlen, die gleichzeitig beruflich einsteigen, eine Familie gründen und ihre Karriere verfolgen sollen. Eine bessere Absicherung der „Generation Praktikum“ wird ebenso vorgeschlagen wie ein verändertes Steuersystem, das beispielsweise Mehrkindfamilien fördert wie in Frankreich, oder strukturelle Verbesserungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie in Schweden. Auch das soeben eingeführte Elterngeld ist ein guter Ansatz, insgesamt also brauchen wir ein Bündel von Initiativen, um Familien zu fördern.

Bei all dem wurde für mich aber immer wieder deutlich, dass politische und ökonomische Maßnahmen allein noch keine Geburtenrate steigern. Es geht auch um grundsätzliche ethische Fragen und wahrscheinlich schlicht um ein Lebensgefühl: Bin ich bereit, mich langfristig zu binden, an einen Partner oder eine Partnerin, vor allem aber an ein Kind? Die Beziehung zum Kind ist die letzte unkündbare Beziehung in unserem Land! Die Geburt eines Kindes stellt eine Bindung dar, die mich mehr als zwanzig Jahre, ja ein Leben lang beeinflussen wird. Neben der Bindung geht es aber auch um Zukunftshoffnung. Der berühmte Spruch, „in diese Welt kann man kein Kind setzen“, ist ja ein Zeichen von tiefstem Pessimismus. Es geht um Lebenslust, die Lust, mit anderen zu leben, das Leben weiter zu geben von Generation zu Generation.

Für mich steht die Geburtenrate deshalb auch in einem Zusammenhang mit Gottvertrauen. Mut zur verlässlichen Beziehung, Zukunftshoffnung und die Weitergabe des Lebens, sind christliche Grundhaltungen. Für solches Gottvertrauen und für ein solches Lebensgefühl haben wir als Kirche einzustehen. Ja, jedes Kind ist erwünscht! Dass in unserem reichen Land jedes Jahr 130 000 Kinder abgetrieben werden, muss uns beunruhigen. Wie können wir werdenden

3 Robert Bosch Stiftung, Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demografischer Wandel“, S. 34

Müttern besser zur Seite stehen, deutlich machen, dass es bei allen Belastungen schlicht ein Glück, ein Segen ist, mit Kindern zu leben? Diese Frage muss uns umtreiben. Deshalb sollten wir alles tun, um Frauen einen Weg mit ihrem Kind zu eröffnen. Das werden gesetzliche Regelungen weniger erreichen als praktische Hilfe und menschliche Unterstützung.⁴

Vier ethische Aspekte unseres Themas will ich besonders benennen:

Nord-Süd-Konflikt

In diesem Reader soll es ja um deutsche Perspektiven gehen. Nur ist der deutsche Blick auf den demografischen Wandel eingeschränkt, wenn nicht auch bewusst wahrgenommen wird, dass in den armen Ländern dieser Welt das demografische Problem sich umgekehrt stellt: Frauen haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln, das Bevölkerungswachstum ist rasant.

Die Rechtlosigkeit von Frauen in vielen Ländern ist zum Verzweifeln! Auch das ist eine ethische Dimension unseres Themas. Wir können nicht von einer globalisierten Welt reden, wenn wir ignorieren, auf wie dramatische Weise die Rechte von Frauen in vielen Teilen der Welt mit Füßen getreten werden. Genitalverstümmelung, Handel mit Frauen und das Morden von Frauen, die frei leben wollen, sind nur einige Indikatoren hierfür. Ich bin überzeugt, dass Frauen über Grenzen schauen müssen, wenn sie von Gerechtigkeit reden.

Frauen werden auch in einigen Jahrzehnten noch in verschiedenen Welten leben. Das Millenniumsziel der Halbierung der Armut wird in absehbarer Zeit kaum erreicht werden. Armut wird dabei weiblich bleiben. Die Welthungerhilfe hat das plastisch formuliert: Ein Schuljahr mehr bedeutet für ein Mädchen 15% mehr Einkommen und 10% weniger Kinder. Das heißt: Bildung ist der Schlüssel zur Gleichberechtigung von Frauen! Zwei Drittel der weltweit 960 Millionen Analphabeten sind Frauen, zwei Drittel der Kinder, die keine Grundschule besuchen sind Mädchen. Mit Bildung aber steigt das Einkommen und sinkt die Geburtenrate.

Die gleichwertige Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen

Eines der zentralen Probleme im Leben von Frauen ist heute sicher der Druck, eine Entscheidung zu treffen. Nie waren Frauen in Deutschland so gut ausge-

⁴ Z.B. bietet unser Netzwerk Mirjam, das nun schon mehr als fünf Jahre besteht, Schwangeren in Notlagen ein engmaschiges Hilfeangebot. <http://www.netzwerk-mirjam.de/>

bildet, wie heute. Ihnen steht der Zugang zu allen Bereichen des Lebens offen. Dennoch kommen nur wenige Frauen „ganz oben“ an. Immer wieder sehen sie sich in den Konflikt gedrängt, zwischen Partnerbindung, Familiengründung und beruflicher Karriere wählen zu müssen und im Grunde mit keiner dieser Entscheidungen eine „richtige“ Entscheidung treffen zu können:

- Die unverheiratete, allein lebende Frau begegnet dem Vorwurf, für die Karriere alles zu opfern, nicht weiblich genug zu sein.
- Die verheiratete kinderlose Frau, wird mit dem Vorwurf konfrontiert, aus purem Egoismus keine Kinder zu bekommen.
- Die verheiratete Frau, die um ihrer Kinder willen nicht erwerbstätig ist, wird allzu oft als „Muttmchen“ missachtet.
- Die berufstätige Mutter mit Kindern wird in Deutschland noch immer als „Rabenmutter“ geächtet.

Wichtig ist, dass alle, Männer und auch Frauen untereinander, die unterschiedlichen Lebensmodelle respektieren. Dies könnte der erste Schritt dahin sein, dass die gesellschaftliche Anerkennung der gewählten Lebensform Realität wird und Freiheit entsteht.

Die Schwierigkeit, sich für ein Kind zu entscheiden

Frauen geraten bei der Entscheidung für oder gegen Kinder unter Druck: Will ich ein Kind? Und wenn ja, wann? Und mit wem? Die Wahlmöglichkeit kann durchaus zur Qual werden: Frauen suchen den am besten geeigneten Zeitpunkt, ein Kind zu bekommen. Viele schieben diesen Zeitpunkt immer weiter hinaus, so dass sie sich eines Tages zu alt fühlen, ein Kind zu bekommen und großzuziehen. Die großartige, gut gekleidete Karrierefrau, die mit 40 beschließt, ein Kind zu bekommen, ist wohl mehr das Idealbild der Medien als das Realitätsbild im Alltag.

Manche Frauen nehmen schwierige und schmerzhaft Therapien im Rahmen der In-vitro-Fertilisation auf sich, um ein Kind zu bekommen. Monat für Monat wird erwartet und gehofft; die Sexualität wird von einem strikten Zeitplan bestimmt. Das ist eine große psychische Belastung für ein Paar. Zudem gibt es den Wunsch, ja manches Mal geradezu den Anspruch: „Hätt‘ ich ein gesundes Kind“. Große Hoffnungen werden in die Präimplantationsdiagnostik gesetzt. Und bei Spätabtreibungen, bei der Amniozentese und ihrer Analyse werden Kinder selektiert, die den Normanforderungen eines gesundes Kindes nicht entsprechen. Wenn eine Frau diese diagnostischen Maßnahmen verweigert, erntet sie Stirnrunzeln.

Kinder zu bekommen, hat im 21. Jahrhundert die Selbstverständlichkeit verloren, ja vielleicht muss gesagt werden: die Unschuld eingebüßt. Muttersein unterliegt heute zum Teil einem Machbarkeitswahn. Es wird zum Vernunftakt, überlegt, geplant oder zur technischen Möglichkeit, eingeleitet durch die ärztliche Wissenschaft. Und der Wahn, Kinder mit optimalen Genen zu schaffen, macht auch vor dem Klonen nicht mehr Halt. Der italienische Gentechnologe Severino Antinori behauptet, wie die Raelianer-Sekte, ein Kind geklont zu haben. Daraus spricht die ungeheure Arroganz eines „Machers“, Prototyp einer Zeit, die meint, alles im Griff zu haben und Unsicherheiten ausschließen zu können.

Gelingendes Leben

Meines Erachtens werden Frauen immer mehr unter Druck geraten, individuelle, neue Formen für gelingendes Leben zu finden, oder wie heute gern gesagt wird: eine Work-Life Balance zu kreieren. Zum einen wird die Familie als gelingende Lebensform erhalten bleiben. Und das ist gut so. Dazu können Staat wie Zivilgesellschaft einiges beitragen. Ich denke an Eltern-Kind-Zentren, an Erziehungsberatungsstellen, an Großelternbörsen etc.. Zum anderen wird es eine Vielfalt an Lebensformen geben. Frauen werden dabei dem Druck zu widerstehen haben, alles meistern zu müssen. Kinder versorgen, gut aussehen und erfolgreich im Beruf – das muss zu einem Burn-out-Syndrom führen! Wenn dann noch die oft geforderte Mobilität hinzugenommen wird, sind allein die beruflichen Anforderungen kaum mehr unter einen Hut zu bringen.

Die Einsamkeit, die unsere Gesellschaft produzieren kann, weil Beziehungen kurzfristig sind und beruflich Flexibilität gefordert ist, wird Frauen langfristig belasten. Wir kennen die ökonomische Altersarmut von Frauen. Aber es existiert auch die Altersarmut an Beziehung, an verlässlichem Miteinander, an Fürsorge. Das erlebe ich, wenn Frauen um eine anonyme Bestattung bitten, weil ja niemand da ist, der ihr Grab pflegen wird. Das erlebe ich, wenn Frauen zur aktiven, aber unendlich einsamen Sterbehilfe nach Zürich fahren wollen. Weil sie nicht an der Hand eines anderen Menschen sterben können, wollen sie lieber durch die Hand eines anderen sterben. Da geht eine Kultur des Miteinander, der Solidarität verloren. Wir werden neue Formen des verbindlichen Miteinander schaffen müssen, die auch ohne Familienbande verlässlich sind.

Frauen und Religion

Religion wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen, und Frauen werden in der Religion eine entscheidende Rolle einnehmen. Viel hat sich in den vergangenen

Jahrzehnten zugunsten der Frauen verändert, Bischöfinnen gibt es und auch Rabinerinnen. Aber noch immer sind im Christentum Frauen nicht in allen Konfessionen in allen Funktionen als gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt. Biblisch-theologisch liegen keine Gründe für einen Ausschluss von Frauen vom Priesteramt vor, aber praktiziert wird er. Dasselbe gilt für das Judentum. Im Islam wird die Frau als gleichwertig, aber nicht als gleichberechtigt angesehen.

In vielen Kulturen herrscht ein patriarchales System mit ethischen Defiziten, das Frauen nicht nur rechtlos, sondern systematisch auch zu Opfern von Gewalt macht. Die genitale Verstümmelung von Frauen, häusliche Gewalt, Vergewaltigung als Kriegswaffe – all das ist auch im 21. Jahrhundert Realität.

Gerade in Zeiten größerer kultureller Vielfalt ist dafür Sorge zu tragen, dass die erkämpften Rechte keine Papiertiger bleiben, sondern für alle Frauen gleichermaßen gelten. Zuallererst gilt das im eigenen Land. Allzu lange hat die deutsche Mehrheitsgesellschaft ignoriert, was in den „Ghettos“ der Zuwanderung gelebt wurde. Die Verfassung aber gilt für alle Menschen im Land.

Unsere Zeit hat Frauen viele Lebensoptionen eröffnet. Viel ist erreicht. Aber es gilt noch mehr zu erreichen: auch und – wie beschrieben – gerade angesichts der Veränderungen in Zeiten des demografischen Wandels.

Barbara Zibell

Geschlechterverhältnisse im demografischen Wandel.

Chancen und Risiken für die soziale Integration in Stadt und Region

1 Geschlechterverhältnisse

Geschlechterverhältnisse werden in den (Sozial-) Wissenschaften analysiert, um „die Einspannung der Geschlechter in die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse kritisch zu untersuchen“ (Haug 2003: 442). Dabei spielt die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen die zentrale Rolle. Diese Arbeitsteilung ist historisch und kulturell geprägt und zeichnet sich dadurch aus, dass die Männer in erster Linie der Produktion, der öffentlichen Sphäre von Wirtschaft und Politik zugeordnet werden, die Frauen der Reproduktion, der privaten Sphäre des Haushalts. Dieser Form der Arbeitsteilung liegen zwei Organisationsprinzipien zu Grunde:

- das Prinzip der Trennung (es gibt Frauen- und Männerarbeiten) und
- das hierarchische Prinzip (Männerarbeit ist mehr wert als Frauenarbeit).

1 Im folgenden Beitrag geht es um die Verknüpfung von drei großen Themen – Geschlechterverhältnisse, demografischer Wandel und soziale Integration im räumlichen Kontext von Stadt und Region, die im fachlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs bisher so kaum hergestellt worden ist. In einem Vortrag an der Universität Hannover hat die Autorin diesen Zusammenhang erstmals aufgegriffen (Zibell 2005). Der für diese Publikation ausgearbeitete Text baut hierauf auf sowie auf weiteren Arbeiten der Autorin im Bereich Frauenforschung und Gender Mainstreaming sowie demografischer Wandel und Raumentwicklung der vergangenen Jahre.

Sie gelten in allen bekannten Gesellschaften, sind jedoch kein starres, unveränderliches Phänomen: Die Prinzipien bleiben zwar dieselben, doch ihre Modalitäten variieren. So kann eine Tätigkeit, die in einer Gesellschaft als eindeutig weiblich betrachtet wird, in einem anderen Umfeld als typisch männlich gelten (Milkman 1987, zit. nach Kergoat 2000), und umgekehrt. Das heißt: die Geschlechterverhältnisse sind weniger biologisch determiniert als vielmehr gesellschaftlich konstruiert.

1.1 Geschlechterverhältnisse in Deutschland ²

Um das Prinzip der Trennung und das hierarchische Prinzip zwischen den Geschlechtern statistisch zu belegen, können Zahlen – Daten – Fakten zu verschiedenen Indikatoren herangezogen werden:

- für das Prinzip der Trennung: die Erwerbsstatistik mit Aussagen über die Beteiligung von Männern und Frauen im Erwerbsleben sowie deren unterschiedliche Zeitverwendung im gesellschaftlichen Produktions- resp. Reproduktionsbereich;
- für das hierarchische Prinzip: die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit bzw. deren unterschiedliche Anteile an Entscheidungsfunktionen und Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Folgende Resultate lassen sich festhalten³:

- Frauen sind in geringerem Maße erwerbstätig als Männer – im Jahr 2003 lag dieses Verhältnis bei ca. 40% : 60%. Der Anteil Frauen an den Erwerbspersonen nimmt jedoch zu, während die Erwerbsquoten der Männer eher stagnieren. Bei der Betrachtung der Erwerbslosenzahlen ist es umgekehrt: Tendenz bei den Männern steigend, bei den Frauen fallend; die Kurven gleichen sich zunehmend an.
- Den größten Anteil der Arbeit leisten Frauen immer noch im Bereich der unbezahlten Hausarbeit, egal, ob sie (auch) erwerbstätig sind oder nicht. Dabei zeigt sich im Ost-West-Vergleich, dass die Männer im Osten – zumindest bisher – „emanzipierter“ sind als diejenigen im Westen. Der Zeitanteil, den die Ost-Männer für Hausarbeit aufbringen, ist jedoch rückläufig (Reichart 2001).

2 Sofern nichts anderes angegeben, sind die Zahlen und Daten in diesem Kapitel der Destatis-Seite des Statistischen Bundesamtes - StaBA - entnommen: <http://www.destatis.de/basis/de>

3 In dem erwähnten Aufsatz der Autorin (Zibell 2005) werden die Geschlechterverhältnisse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft statistisch belegt.

- Wenn Frauen erwerbstätig sind, dann sind sie dies schwerpunktmäßig in anderen Bereichen als Männer und überwiegend in dienenden bzw. abhängigen und unselbständigen Positionen. So ist anders als in den anderen Wirtschaftsbereichen bei den Dienstleistungen ein vergleichsweise hoher Frauenanteil festzustellen (Frauenanteil in verschiedenen Dienstleistungsbranchen: 48,6 bzw. 58%). Nach ihrem Arbeitsverhältnis betrachtet sind Frauen unter den Selbständigen, ArbeiterInnen und Beamten unterrepräsentiert, unter den mithelfenden Familienangehörigen sind sie dagegen fast ausschließlich vertreten und eine leichte Mehrheit machen sie unter den Angestellten aus.

Drei bzw. vier Muster lassen sich aus diesen Tendenzen ablesen:

- Die Erwerbstätigkeit von Frauen wird insgesamt selbstverständlicher und zum unverzichtbaren Bestandteil weiblicher Biographien.
- Die Qualität sozialer Infrastrukturen (Bsp. neue Bundesländer) spielt offensichtlich eine Rolle für das gelebte Geschlechterverhältnis.
- Erwerbstätige Frauen sind vor allem im tertiären Sektor vertreten, dem Wirtschaftsbereich, der anders als der primäre und sekundäre Wachstumsraten aufweist.
- Frauen suchen – aufgrund traditioneller Prägung auf ihre Verpflichtungen in Haushalt und Familie – eher Arbeitsverhältnisse in abhängigen, nicht leitenden Positionen und vermehrt Teilzeitbeschäftigungen; gleichzeitig werden sie – Kehrseite der traditionellen Prägung – von Männern auch aus leitenden Positionen ausgeschlossen.

1.2 Frauen in Führungspositionen

Für die Steuerung und Entwicklung bzw. die Gestaltung der Zukunft sind die sog. „Entscheider“ in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verantwortlich. Im Folgenden werden die Geschlechterverhältnisse in Deutschland unter diesem Aspekt genauer ausgeleuchtet.⁴

- In den Aufsichtsräten und Vorstandsetagen der deutschen Wirtschaft sind Frauen völlig unterrepräsentiert. So sitzen nur in 57 der 87 größten Unternehmen Deutschlands⁵ auch Frauen im Aufsichtsrat. Von den insgesamt 1.488 Aufsichtsratsmitgliedern sind gerade 116 Frauen – das entspricht einem durchschnittlichen Anteil von etwa 8%. Noch schlechter sieht es in

⁴ Als Grundlage dient eine Untersuchung des BMBFSJ über Frauen in Führungspositionen, die vom Frauen Computer Zentrum Berlin (FCZB 2002) durchgeführt wurde.

⁵ Das Spektrum reicht von Siemens mit 484.000 bis Neue Eurohypo AG mit 770 Beschäftigten.

den Vorstandsetagen aus: Hier finden sich überhaupt nur in 4 von 87 Unternehmen auch Frauen; von den 525 Vorstandsmitgliedern sind nur 7 Frauen, das entspricht einem durchschnittlichen Anteil von 1,3%. In den Dachverbänden der Wirtschaft, den Arbeitgeberverbänden zeigt sich ein entsprechendes Geschlechterverhältnis. Einzig in den Gewerkschaften finden wir ein günstigeres Verhältnis vor: Hier sind Frauen durchschnittlich mit 19% in Vorständen oder Geschäftsführungen vertreten, davon in drei Fällen (GEW, DBSH⁶, VHW⁷) als Präsidentin oder Vorsitzende – das bestätigt die dominierende Rolle der Frau im Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungswesen.

- Im 16. Deutschen Bundestag hat sich der Frauenanteil von 32,5% (2002) auf 31,6% leicht verringert. In den einzelnen Parteien zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild: So ist das Bündnis 90 / Die Grünen mit einem Frauenanteil von 56,9% die einzige Partei, in denen die Frauen im Bundestag überwiegen. In der Linken ist das Verhältnis mit 46,3% Frauen zu 53,7% Männern nahezu ausgewogen. Die SPD-Fraktion setzt sich zu einem Drittel aus Frauen, zu zwei Dritteln aus Männern zusammen (36%:64%). FDP (24,5%:75,5%) und CDU/CSU (20%:80%) haben beide unterdurchschnittliche Frauenanteile aufzuweisen. Das entsprechende Bild zeigt sich in Landesregierungen und Landtagen. Für die kommunalen Regierungen und Parlamente lassen sich keine repräsentativen Zahlen nennen, da mangels umfassender Erhebungen entsprechende Daten fehlen bzw. lückenhaft sind. Eine Auswertung der Kommunalwahlen von Baden-Württemberg (Sozialministerium Baden-Württemberg 1999) zeigt, dass Frauen in den Großstädten erfolgreicher sind als in Klein- und Mittelstädten. So konnten Frauen in Gemeinden bis 20.000 Ew zu 17,6%, über 20.000 bis 100.000 Ew zu 22,1% und über 100.000 Ew zu 34,7% in die Kommunalparlamente einziehen (Demel / Werner 2000: 3f.).

- Für die Betrachtung des gesellschaftlichen Tätigkeits- und Entscheidungsbereichs werden einige Stichproben aus dem Bildungs- und dem Gesundheitswesen herangezogen, da Frauen hier zum einen traditionell eine wichtige Rolle einnehmen, zum anderen hier auch wichtige Potentiale für eine nachhaltige Zukunftsbewältigung liegen:

Im Bildungsbereich sind es Frauen, die den größeren Anteil am Lehrpersonal in Grund- und Hauptschulen stellen; in den weiterführenden Schulen nimmt ihr Anteil sukzessive ab. Gleichzeitig sind es überwiegend Männer, die die Schulen leiten und nach außen vertreten; dies ist auch dort der Fall, wo Frauen weit in der Überzahl sind. An den Hochschulen setzt sich diese pyramidenartige Struktur fort: Finden sich unter den Studien-

6 Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik

7 Verband Hochschule und Wissenschaft

anfängerInnen noch etwa gleiche Anteile von Männern und Frauen (Tendenz steigend), so ist der Anteil der Frauen unter den AbsolventInnen mit 47% schon geringer; bei den Promotionen macht ihr Anteil noch 36% aus, bei den Habilitationen 22%. Beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zeigt sich dieselbe Struktur: Unter den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sind ein Drittel Frauen, unter den ProfessorInnen 12%. An Positionen der Hochschulleitung sind Frauen insgesamt noch mit 11% vertreten (2001; Quelle: BLK 2002: 5). Obwohl Frauen immer besser ausgebildet sind, auch besser als Männer, zumindest machen sie nachweislich die besseren Abschlüsse, sind sie in den entscheidenden Positionen nicht entsprechend vertreten.

Im Gesundheitswesen sind Frauen in allen Berufen, insbesondere den sog. „Gesundheitsdienstberufen“, überproportional vertreten; Ausnahmen bilden hier einzig Ärzte und Zahnärzte, an denen ihr Anteil nur 27 bzw. 37,5% beträgt (2002). Die Anteile der Frauen an Arzt- / ZahnarzthelferInnen und medizinisch- bzw. pharmazeutisch-technischen AssistentInnen beträgt nahezu bzw. exakt 100%. In den entsprechenden Interessenvertretungen, d.h. Geschäftsführungen und Vorständen von Gesundheitsverbänden, liegen die Frauenanteile dagegen bei durchschnittlich 33 bzw. 31%. In 3 der insgesamt 8 Verbände (AWMF⁸, DGE⁹, FVS¹⁰) sind sie in den Führungsgremien überhaupt nicht vertreten.

Eine erste Zwischenbilanz: Frauen dienen, helfen und pflegen, sie reproduzieren und reparieren, Männer leiten, gestalten und entscheiden. Frauen sind kaum beteiligt an der Konstruktion neuer Systeme, Welten und Räume bzw. an den Entscheidungen, die im Vorfeld von Maßnahmen gefällt werden.

1.3 Geschlechterverhältnisse im Wandel?

Die vorgestellten Zahlen – Daten – Fakten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft geben einen Einblick in die sog. „Arbeitswelt“, die die erwerbstätige bzw. die öffentlich aktive Bevölkerung repräsentiert. Dabei wird deutlich, dass Frauen – trotz zunehmend besserer Ausbildung – an der Gestaltung der Strukturen und Produkte unterrepräsentiert, zum Teil sogar völlig abwesend sind.

Frauen arbeiten mehrheitlich und überwiegend außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, in den unsichtbaren Welten der Gesellschaft. Sie erbringen hier jedoch mit ihren zahlreichen unbezahlten Tätigkeiten den größeren Anteil an der ge-

⁸ Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften

⁹ Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.

¹⁰ Fachverband Sucht e.V.

samtgesellschaftlichen Leistung; das belegen die Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes. Trotz einzelner Quantensprünge, z.B. der Tatsache, dass seit dem letzten Regierungswechsel im September 2005 eine Kanzlerin die Richtlinien der deutschen Republik bestimmt, wird die Gesellschaft immer noch durch eine männliche Phalanx repräsentiert. Die gläserne Decke zu durchbrechen, bedeutet für die einzelne Frau – trotz zahlreicher Anstrengungen durch Frauenförderung und Mentoringprogramme – immer noch einen Kraftakt, der nur selten gelingt. Gesellschaftliche Strukturen sind schwerfällige Tanker: Was Jahrtausende Gültigkeit hatte, wird kaum in einer Generation umgekrempelt werden können, und es wird, wenn es im bisherigen Tempo weiter geht, Jahrhunderte brauchen¹¹, bis die Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist.

Ob die weitere Ausprägung der Dienstleistungsgesellschaft und die Entwicklung zur Wissensgesellschaft diese Veränderungen zu beschleunigen vermögen, darf zumindest bezweifelt werden. Zwar bietet die Zunahme an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich, wo Frauen statistisch am stärksten vertreten und ihre Kompetenzen wie Team- und Kommunikationsfähigkeit stärker gefragt sind, durchaus Chancen. Das gilt ebenso für die Arbeitsplätze in der neuen Wissensgesellschaft. Nach einer Studie über die Geschlechterverhältnisse in der IT-Industrie (Dörhöfer / Funder u.a. 2004) zeigt sich jedoch, dass trotz eines relativ hohen Anteils von weiblichen Beschäftigten in diesen Bereichen bestehende Hierarchien im Geschlechterverhältnis kaum aufgebrochen werden und die geschlechtsspezifische Spaltung unangetastet bleibt. So sind auch hier Frauen die ersten, die in Krisenzeiten ihre Arbeitsplätze verlieren, und ihre Präsenz bleibt – trotz vergleichsweise hoher Qualifikationen in dieser Branche – in den höheren Managementetagen dünn. Die bestehenden Hierarchien werden nicht zuletzt dadurch verfestigt, dass die Geschäftsführer keinen Handlungsbedarf bezüglich Frauenförderung sehen und Work-Life-Balance oder Chancengleichheit bei den unternehmerischen Prioritäten für eher unwichtig gehalten werden.

2 Geschlechterverhältnisse und Demografischer Wandel

Die prognostizierten Entwicklungen sind eindeutig: Die Bevölkerung schrumpft und sie altert, zumindest wenn nicht umgehend eine Trendwende einsetzt. Die Geburtenrate je Frau ist seit 1960 von 2,4 / 2,3 (West / Ost) auf 1,2 / 1,4 abgesunken; der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird bis 2050 auf 37% steigen (Bölsche / Bornhöft u.a. 2004: 39).

¹¹ In der Schweiz wurde dieser Zeitraum gerade auf 962 Jahre beziffert; vgl. Köchli 2006

Folge der Schrumpfs- und Alterungsprozesse ist nicht nur das Anwachsen der Gruppe der über 60-Jährigen - mit allen Konsequenzen für das Erscheinungsbild im öffentlichen Raum und die Nachfrage auf dem Markt der Güter und Dienstleistungen, auch Zahl und Anteil der Kinder und Jugendlichen bzw. der Menschen im erwerbsfähigen Alter gehen dramatisch zurück. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die sozialen Systeme, sondern insbesondere auch Folgen für den fehlenden Nachwuchs in Unternehmen und Institutionen. Die zunehmende Konkurrenz von Unternehmen, Städten und Regionen um die weniger werden, insbesondere qualifizierten Erwerbsfähigen nimmt zu.

Zu der eigentlichen demografischen Entwicklung kommen die Folgen des sog. „sozialen Wandels“, der von verschiedenen parallel verlaufenden und ineinander greifenden Prozessen geprägt ist. Neben der Emanzipation der Frau bzw. der Gleichstellung gehören dazu die neuen Lebens- und Familienformen bzw. deren Pluralisierung und Diversifizierung, zunehmende Migrationsprozesse, die Flexibilisierung der Arbeit, neue Informations- und Kommunikationstechnologien usw., die die Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich prägen. Dies führt wiederum zu verschiedenen Konsequenzen, die u.a. auch das Geschlechterverhältnis betreffen:

- Wenn die erwerbsfähigen Jahrgänge gegenüber dem Altenberg schrumpfen, wird der Druck auf die Erwerbstätigkeit der Frauen zunehmen. Die Gesellschaft wird es sich kaum leisten können, auf ihre weiblichen Potentiale zu verzichten. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auf Dauer nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein ökonomisches Thema.
- Die Diversifizierung der Lebensformen – neben die traditionelle „Normalfamilie“ aus Vater, Mutter und zwei Kindern sind in den letzten 20 Jahren Alleinlebende und kinderlose Paare; gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften; Alleinerziehende und Patchworkfamilien sowie die sog. living-apart-together (LAT) -Paare und -Familien mit mehreren Wohnsitzen und pendelnden Familienangehörigen, Wohngemeinschaften aller Art und jeden Alters getreten – führt auch zu einer Diversifizierung im Wohn-, Freizeit- und Konsumverhalten. Nachfrageorientierung ist heute – auch in der Wohnungswirtschaft – zu einem zentralen Thema geworden. Frauen spielen traditionell eine starke Rolle bei der Entwicklung neuer Wohnformen; es ist daher auf Dauer kaum vertretbar, auf dieses Knowhow zu verzichten.
- Die zunehmenden Migrationsströme werfen Fragen der Integration auf, die nicht nur am Arbeitsplatz, sondern insbesondere auch im Wohnquartier und im Bildungswesen an Bedeutung gewinnen, Bereiche, in denen ein Großteil der bezahlten wie unbezahlten Arbeit von Frauen geleistet wird. Gleichzeitig ist die Zuwanderung eine Aufgabe, die nicht nur sozialpolitisch, sondern auch baulich-räumlich zu begleiten ist.

- Die Flexibilisierung der Arbeit, die durch den ökonomischen Strukturwandel hervorgerufen wird, führt zu einer immer ungleicheren Verteilung von Einkommen und Wohlstand. Folge ist zum einen eine sozialräumliche Polarisierung zwischen denen, die dauerhaft arbeitslos sind oder mit wechselnden Jobs am Rande des Existenzminimums leben, und denen, die immer mehr Arbeit und immer mehr Geld haben. Dies hat auch Konsequenzen für die soziale Polarisierung zwischen Wohnstandorten und Konsumgewohnheiten. Gleichzeitig stellen die immer schnelleren Veränderungen in der Arbeitswelt Anforderungen an den individuellen Umgang mit erwerbslosen Zeiten wie mit wechselnden Arbeitsverhältnissen. Auf flexible Lösungen und Veränderung sind Frauen traditionell besser vorbereitet als Männer: Sie haben in ihren Biographien schon immer wechseln müssen zwischen Zeiten mit und ohne Berufstätigkeit, mit und ohne Familie oder Kinder, so dass ihnen der Wechsel von Konstellationen, auch zwischen mehreren Jobs und im Spagat zwischen Heim- und Büroarbeit, leichter fallen dürfte.
- Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bergen schließlich Chancen und Risiken zugleich: Sie bieten neue Optionen, auch ohne Ortsveränderung mit den Entwicklungen mithalten zu können, dies ist gerade für Mütter bzw. Eltern, Hochbetagte oder Menschen mit Behinderungen, relevant. Sie bieten also Chancen auf soziale Integration, bergen aber gleichzeitig das Risiko der Vereinsamung und der Ausgrenzung derer, die sich den Anschluss nicht leisten können bzw. wollen oder die mit dem dynamischen technologischen Wandel nicht mithalten können.

3 Geschlechterverhältnisse im Raum

Die Geschlechterverhältnisse (= soziale Strukturen) schlagen sich auch nieder im gebauten Raum der Siedlungslandschaften. Die seit der modernen Stadtentwicklung im Industriezeitalter entstandenen monofunktionalen Strukturen aus Wohn- und Gewerbe- / Industriegebieten, Büro- und Einkaufsstandorten haben – zusammen mit dem Bodenpreisgefälle von innen nach außen zu Verteilungen im Raum geführt, die Frauen eher an den Rand verweisen (vgl. Dörhöfer 1990: 15; Zibell 1995; von Saldern/Zibell 2006). Aufgrund ihrer traditionellen Rolle in Haushalt und Familie sind sie die Bewohnerinnen der Wohnsiedlungen geworden, die im androzentrischen Planungsjargon bald als „Schlafstädte“ bezeichnet wurden, in Verkennung der Tatsache, dass Frauen hier regelmäßig vielfältige Arbeiten in Wohnung und Wohnumfeld verrichten, dass Kinder und Jugendliche hier zur Schule gehen und ihre Hausaufgaben machen etc..

Erst seit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, mit dem insbesondere seit den 1990er Jahren eine Umstrukturierung ehemaliger Industriestandorte einherging und damit neue innerstädtische Nutzungsmischungen aus Wohnen und Büro, Freizeit und Kultur möglich geworden sind, wird die strikte Trennung der städtischen Funktionen grundsätzlich wieder in Frage gestellt. Während jedoch attraktive innerstädtische Lagen, um die es sich bei den neuen Umstrukturierungsgebieten meist handelt, sich zu neuen Standorten entwickeln können, in denen kurze Wege, eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, realisiert werden können, bleibt die Frage bei weniger attraktiven Stadtrandsiedlungen, noch dazu, wenn diese, wie so häufig, im sozialen Wohnungsbau entstanden sind, bestehen, ob hier nachträglich – insbesondere qualitätsvolle – Arbeitsplätze integriert werden können. Der Wandel der Versorgungsstrukturen seit den 1980er Jahren mit seinen Konzentrationsprozessen auf wenige Großverteiler und häufig fern der Siedlungsgebiete gelegene autoaffine Standorte trägt auf seine Weise zum Schwinden von wohnungsnahen Arbeitsplätzen im Einzelhandel bei, die gerade für Mütter von kleineren Kindern bzw. teilzeitarbeitende Frauen von besonderem Interesse sind. Gleichzeitig haben sie nachteilige Folgen für die Grundversorgung von Quartieren.

Die demografische Entwicklung wird mit ihren Schrumpfungsprozessen nicht zu einer gleichmäßigen Ausdünnung und Verteilung im Raum führen (vgl. Walther 1998: 31), sondern vorhandene Disparitäten eher noch verschärfen. So ist eine Perforation der Siedlungsgebiete insbesondere an Standorten zu erwarten, die als soziale Brennpunkte bekannt sind oder sich in Lagen befinden, die vom öffentlichen Verkehr unzureichend erschlossen sind. Szenarien, die im Rahmen von Forschungsarbeiten für die ausgedehnten Einfamilienhausgebiete im weiteren Umland größerer Städte für das Jahr 2030 beschrieben wurden, gehen davon aus, dass sich hier mittel- und langfristig die alten verwitweten Frauen konzentrieren werden, deren Versorgung – aufgrund der veränderten Strukturen im Einzelhandel, aufgrund abnehmender selbständiger Mobilität und dem Verfall der Immobilienwerte in diesen Lagen – kaum noch gesichert ist (Zibell / Jürjens u.a. 2004). Neue Formen mobiler Dienste und andere Versorgungssysteme müssen zum Teil erst noch erfunden bzw. in rentable Formen gegossen werden. Inwieweit andererseits diese Standorte attraktiv werden könnten für MigrantInnenfamilien, die derzeit noch größere Kinderzahlen aufweisen bzw. stärker in Familienverbänden leben und erschwingliche Wohnstandorte suchen, ist allenfalls Vision. Zumindest wären gesellschaftliche Akzeptanz und soziale Integration die Voraussetzung dafür, dass sich hieraus neue Synergien entwickeln könnten, die beiden Seiten Vorteile bringen.

Eine andere Seite des demografischen Wandels zeigt sich mit der Abwanderung aus ökonomisch rückständigen und schrumpfenden Regionen, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, aber auch in peripher gelegenen ländlichen Räumen oder alten Industrieregionen: Die gut Ausgebildeten wandern ab, die mit den schlechten Schulabschlüssen, die Arbeitslosen, die Alten bleiben da. In den Neuen Bundesländern sind es heute überwiegend (junge) Frauen, die abwandern; Frauenmangel ist bereits ein Problem in einigen Regionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns. Eine geschlechtsdifferenzierende Förderung der jungen Frauen und Männer bzw. eine veränderte Bildungspolitik wird zum Gebot der Stunde. Ob dies Chancen auf einen Bewusstseinswandel auslöst oder Gleichstellungsprozesse zu beschleunigen vermag, bleibt vorerst dahin gestellt. Zumindest liegen hier Ansatzpunkte für eine nachhaltige und sozial orientierte Regionalpolitik, die das Arbeitskräftepotential für ländliche Räume in der künftigen Wissensgesellschaft zu generieren vermag.

4 Geschlechterverhältnisse und Soziale Integration

Das Postulat der sozialen Integration ist eng mit der Idee der Europäischen Stadt verknüpft, die in der Realität jedoch immer von Segregationsprozessen geprägt war. Diese bezogen sich nicht nur auf die Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft oder anderer Religionen in besonderen Stadtquartieren, sondern auch auf die Ausgrenzung von Frauen aus den demokratischen Strukturen und den Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitbestimmung.

Mangel an sozialer Integration zeigt sich jeweils da, wo Konflikte auftreten. Konflikte sind zwar Ausdruck sozialer Desintegration, gleichzeitig aber immer auch Quelle sozialen Wandels und sozialen Lernens. Voraussetzung für einen – wie auch immer gearteten – Umgang mit Konflikten ist deren Wahrnehmung durch Betroffene und (potentielle) AkteurInnen; eine wesentliche Rolle spielen hier sowohl eigene Erfahrungen als auch die (selektive) Berichterstattung in den Medien. Nach den Wohlfahrtssurveys¹² 1993, 1998 werden die in den Medien präsenten Konflikte zwischen Asylbewerbern und Deutschen (insgesamt 81%) z.B. als „sehr starke“ bzw. „starke“ Konflikte empfunden; die Wahrnehmung von Gegensätzen zwischen den Geschlechtern rangiert dagegen mit 17% in West-, 14% in Ostdeutschland an letzter Stelle. Geschlechterverhältnisse werden demnach kaum als Konflikt wahrgenommen, jedoch nehmen Frauen Benachteiligungen, auch zwischen den Geschlechtern, ganz offensichtlich mehr wahr als Männer. Dies trifft jedoch nicht für alle Frauen per se zu, sondern unterscheidet

¹² Eine speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität konzipierte Repräsentativbefragung; gehört zu den wichtigsten Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland

sich nach sozialer Schicht / intellektuellem Milieu, Einkommen und Lebensform der einzelnen Frau.

4.1 Themen- und Handlungsfelder sozialer Integration

Im Zusammenhang mit Geschlechterverhältnissen wird von sozialer Integration auch in der politischen Öffentlichkeit eigentlich nicht gesprochen. Gibt man im Internet das Stichwort „soziale Integration“ ein, so stößt man auf Hinweise zu benachteiligten Jugendlichen, wohnungsberechtigten ZuwanderInnen, älteren MigrantInnen oder auch auf Probleme sozialer Integration an Schulen. Alter und Ethnie kommen vor, nicht hingegen die Integration oder Desintegration der Geschlechter. Das allgemeine Verständnis der sozialen Integration umreißt ein Themenfeld zwischen Armut und Erwerbslosigkeit, Ungleichheit und Diskriminierung, Einwanderungsproblematik und politischer Partizipation; dabei ist die Geschlechterfrage in einzelnen Themenfeldern durchaus präsent – wie z.B. im Bereich der Armut („Armut ist weiblich“) oder der Partizipation, hier jedoch in aller Regel aus der Perspektive der Betroffenen, der Frauen, selbst. Für die Notwendigkeit einer Integration der Frauen per se – in politische Strukturen, in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse etc. – existiert kaum ein öffentliches Bewusstsein.

Die Integration der Geschlechter bzw. der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitswelten wird – zumindest im politischen Raum – ganz offensichtlich auf den privaten Bereich, die kleinste gesellschaftliche Einheit von Ehe bzw. Partnerschaft und Familie, verwiesen. Hier besteht jedoch das Problem, dass die Familie, zumindest als soziale Einheit mit ihren verwandtschaftlichen Beziehungssystemen, in Zukunft – nicht nur angesichts der fortgesetzten Emanzipationsbestrebungen der Frauen, sondern auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – als „Integrationsmaschine“ immer weniger funktionieren wird. Das heißt: Wahlfamilien und funktionierende Nachbarschaften werden wichtiger; nicht umsonst ist das Mehrgenerationenwohnen als politisches Thema inzwischen erkannt.

Die klassischen Handlungsfelder der sozialen Integration entpuppen sich bei genauerem Hinsehen fast ausnahmslos als Bereiche, in denen Frauen traditionell stark vertreten sind: Familie und Wohnbereich, Schule und Erziehung, Bildung und Gesundheit bzw. Altenpflege sind klassische Domänen der Frau. Integrationsarbeit wird heute zu großen Teilen von Frauen geleistet, dies jedoch mehr in lokalen Sozialräumen und Netzwerken als auf der gesellschaftlichen Makroebene. Damit Frauen diese Fähigkeiten in die politische und wirtschaftliche Führungsverantwortung einbringen können, müsste Integrationsarbeit hier

von den Führungskräften, d.h. insbesondere auch von Männern, geleistet werden – das setzt jedoch eine entsprechende Bereitschaft bzw. Problemwahrnehmung voraus.

4.2 Mögliche Strategien sozialer Integration: Sozialräume und Netzwerke

Eine Strategie der Integration, auch der Geschlechter, kann kaum Erfolg versprechend sein, wenn sie (nur) an einer Seite der Medaille ansetzt, denn: Wie viel Integration im Erwerbsprozess ist durch die zunehmende Qualifikation der Frauen tatsächlich erreicht worden? Und wie viel durch Partizipation in Planungsprozessen? Voraussetzung für eine weiter gehende Integration der Geschlechter – Frauen in Wirtschaft und Politik, Männer in Familie und Wohnumfeld bzw. im Sozial- und Versorgungsbereich – wäre eine Überwindung der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Im Rahmen des Forschungsprojektes Stadt+Um+Land Region Braunschweig 2030, das sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels u.a. mit der Zukunft von Wohnen und Versorgung beschäftigte, wurde die Idee der sog. „Schule im Stadtteil“ verfolgt. Diese könnte über die primäre Bildung von SchülerInnen hinaus – insbesondere wenn sie als solche nicht mehr gebraucht wird, weil der entsprechende Nachwuchs fehlt – eine offene Institution sein mit kulturellen Angeboten aller Art, sozialen Servicefunktionen, öffentlich zugänglichen Internet-Terminals usw. (vgl. Zibell/ Jürjens/ Krüger 2004; vgl. auch: May 2006). Eine so verstandene Schule für alle könnte den vielfältigen Bedürfnissen im Stadtteil¹³ und gleichzeitig den Anforderungen an lebenslanges Lernen auf intergenerative Weise gerecht werden und die erforderliche Integration von zwei Seiten aus vollziehen: von der lokalen Ebene, aber auch von Seiten der Gesellschaft, der Politik sowie der Unternehmen, die ein Interesse an qualifizierten Arbeitskräften haben dürften und mit der Unterstützung entsprechender Angebote in die gesellschaftliche Verantwortung eingebunden werden könnten.

Es kann beim Thema der sozialen Integration nicht nur um die Fokussierung der Sozialräume gehen, die in der Tradition des Sozialraumkonzeptes an der lokalen Basis und insbesondere in unterprivilegierten Milieus angesiedelt sind (vgl. z.B. Riege / Schubert 2002), sondern auch um die Netzwerke, welche bisher in der theoretischen Reflexion vor allem als abgehobene Akteursnetzwerke gedacht und strukturiert sind (vgl. z.B. Fürst / Schubert 1998), zu denen Frauen nicht dieselben Zugangsmöglichkeiten haben. Dies lässt sich am Beispiel der neuen

13 Der Begriff „Stadtteil“ wird hier grundsätzlich auf jegliche Raumeinheiten in einer urban überformten Siedlungslandschaft angewendet, umfasst also auch einzelne Dörfer oder andere Siedlungsteile im ländlichen Raum.

Metropolregionen anschaulich verfolgen: Bei dieser aktuellen Neukonstruktion von Räumen, die sich im globalen Wettbewerb der Städte und Regionen aufstellen, um international wahrgenommen zu werden und mithalten zu können, stehen persönliche Netzwerke und Wissensaustausch bzw. Kooperationen von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung im Mittelpunkt regionaler Standortpolitik. Statt eine neue administrative und politische interkommunale bzw. -regionale Ebene einzuführen, werden hier neue Raumgebilde erzeugt, die zum einen eine Herausforderung an die politischen Akteure darstellen und diesen eine Chance bieten, wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale im Raum effektiver zu vernetzen. Zum anderen setzt diese neue Raumkonstruktion alle bisherigen demokratischen Regeln außer Kraft: Mitwirkung geschieht nicht mehr aufgrund rechtlich fixierter Grundlagen, sondern aufgrund von Beziehungen bzw. sozialer und kultureller Kompetenz. Zum Eintritt in diese neuen informellen Strukturen bedarf es der Bekanntheit bzw. der Mitgliedschaft in traditionellen politischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Netzwerken, in denen die Mehrheit der BürgerInnen, aber zum Beispiel auch Frauen generell weniger vertreten sind. (vgl. Zibell i.E.)

Es geht im Hinblick auf die Integration der Geschlechter eben nicht nur um das Bemühen, Integration von einer Seite aus zu forcieren, es braucht genauso die Unterstützung durch die andere Seite, in die hinein integriert werden soll. Sozialräume an der lokalen Basis und alle Arten von Akteursnetzwerken müssten sich dabei aufeinander zu bewegen.

5 Chancen und Risiken für die soziale Integration von Frauen und Männern in Stadt und Region

Die real existierende europäische Stadt ist – nach ihren baulich-räumlichen wie nach ihren sozialen und politischen Strukturen – immer noch eine Stadt der Männer, und so ist auch jeder Diskurs über die europäische Stadt immer noch patriarchalisch geprägt.

Gleichzeitig ist die real existierende Stadt als Lebensraum für ihre BewohnerInnen regional geworden; Mobilitätsmuster und Aktionsräume überschreiten heute regelmäßig die Grenzen der eigenen Wohngemeinde; neue politische Strukturen und Entscheidungsprozesse erfordern zunehmend die interkommunale Kooperation in Stadt-Umland-Räumen.

Strategien sozialer Integration müssten auf beiden Ebenen ansetzen: auf der Ebene der Mitbestimmung am kommunalen Gemeinwesen wie am regionalen

Lebensraum. Dabei können Stadt und Region diesen Auftrag nur bewältigen, wenn sie sich als Vermittlungsagenturen zwischen Sozialräumen und Netzwerken verstehen und in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse Frauen auch als Akteurinnen einbeziehen, nicht nur als Betroffene. Die neue europäische Strategie des Gender Mainstreaming könnte diesem Anliegen entgegen kommen. Die Entstehung neuer informeller Strukturen wie die der Metropolregionen produziert dagegen neue Ausgrenzungsmechanismen, wenn demokratische Verfahren umgangen werden.

Der demografische Wandel ist in jedem Fall zu bewältigen, welche Werthaltungen sich auch immer auf Dauer durchsetzen werden. Anhand von drei aktuellen Tendenzen sollen abschließend einige Überlegungen angestellt werden, inwiefern die Integration der Lebenswelten dazu beitragen kann, die Herausforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen.

Tendenz 1: weniger Erwerbspersonen – mehr erwerbstätige Frauen?

Einer schwindenden Zahl von Kindern und Jugendlichen wird nicht nur ein wachsendes Heer an Alten und Hochbetagten gegenüberstehen; auch die Menschen im erwerbsfähigen Alter werden weniger. Dies scheint eine Chance für Frauen; zumindest nimmt die Anforderung an Frauen, sich am Erwerbsleben stärker zu beteiligen, insgesamt zu. Inwieweit sie dadurch auch einen stärkeren Anteil an Führungsverantwortung übernehmen werden, ist offen.

Weitere offene Fragen stellen sich im Bezug auf andere Folgen, z.B. die Entwicklung der Geburtenrate - werden wir eine weitere Reduktion zu verzeichnen haben, vor allem bei den gut ausgebildeten Frauen? Und werden die, die noch Kinder in die Welt setzen, grundsätzlich von Armut bedroht sein? Werden wir eine verstärkte Beteiligung der Männer an der Haus- und Sozialarbeit erleben? Fragen, die allein durch ein quantitativ verändertes Geschlechterverhältnis nicht beantwortet werden können, sondern ein Umdenken in den Köpfen und veränderte Werthaltungen erfordern, die jedoch politisch induziert werden müssten.

Tendenz 2: schrumpfende Regionen – gut und besser ausgebildete Frauen

Eine verstärkte Abwanderung aus ökonomisch rückständigen Regionen, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, aber auch aus anderen peripher gelegenen oder altindustrialisierten Gebieten ist heute bereits Realität. Konsequenz ist der sog. „brain drain“, der nicht nur einen Abfluss von Humankapital und Wissen bedeutet, sondern auch Arbeitslose und damit Hoffnungslosigkeit in den betroffenen Regionen hinterlässt. Gleichzeitig vollzieht sich eine deutliche Veränderung im

Bildungsstand der Geschlechter: Mädchen machen die besseren Abschlüsse, Tendenz steigend, die Jungen bleiben dahinter zurück. Es sind daher überwiegend junge Frauen, die vermehrt abwandern; entsprechend ist das Bild in vielen ost-deutschen Regionen schon heute geprägt von „Männern ohne Frauen“ (Zürcher 2003: 89 ff.).

Es zeichnen sich neue Formen des Geschlechterverhältnisses ab, die sowohl Risiken in sich bergen, möglicherweise aber auch Chancen, sofern es gelingt, die jungen Frauen mit entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten in den betroffenen Regionen zu halten und den jungen Männern einen vergleichbaren Bildungsstand zu vermitteln. Gleichzeitig wären Männer für die traditionellen Frauenarbeiten zu qualifizieren, um ihnen – auch in Zeiten der Erwerbslosigkeit – sinnstiftende Tätigkeiten bieten zu können. Voraussetzung sind auch hier jedoch Änderungen im Geschlechterverhältnis bzw. ein Wertewandel zwischen den Tätigkeitsfeldern in Familie und Beruf.

Tendenz 3: sozialräumliche Polarisierung – Zentren und Peripherien

Schrumpfung und Abwanderung sind nur die eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite entwickeln sich prosperierende Städte zu Global Cities und zusammen mit ihren Umländern zu Metropolregionen, in denen weltweit agierende Unternehmen als Motoren des regionalen Wohlstands mit den entsprechenden Geschäftswelten als Gewinner hervorgehen. Hier entstehen neue Akteursnetzwerke, in aller Regel Männerwelten mit den für Frauen beschriebenen Integrationsschwierigkeiten.

Frauen mit ihren spezifischen Kompetenzen könnten hier eine – auch wirtschaftlich interessante – Rolle für die Unternehmen einnehmen; begleitend müsste jedoch ein Wertewandel einsetzen, der Chancengleichheit und Work-Life-Balance für ein zentrales Qualitätskriterium einer nachhaltig ausgerichteten Wissensgesellschaft hält.

Um ein weiteres Auseinanderdriften von prosperierenden und sich entleerenden Räumen zu verhindern, scheint vor dem Hintergrund der Ausführungen in diesem Beitrag eine Integration der Geschlechter unerlässlich. Dabei wären vor allem zwei sich ergänzende Strategien einzusetzen:

- Sozialräume pflegen – d.h. vor allem in den wirtschaftsschwachen Regionen unter Einbeziehung der traditionellen Stärken der Frauen die Qualifikation des (männlichen) Nachwuchses in den Mittelpunkt stellen, eine Aufgabe von Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung;

- Netzwerke bilden – d.h. vor allem in prosperierenden Städten und Regionen – durch Mentoringprogramme, Gleichstellungsförderung, aber auch flankierende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Frauen aktiv darin unterstützen, die gläserne Decke zu durchbrechen.

Der demografische Wandel birgt Risiken, aber auch Chancen – sofern die Frage der Integration ernsthaft in Angriff genommen wird, und zwar auf beiden Seiten: in Wirtschaft und Gesellschaft. Das Geschlechterverhältnis ist der Dreh- und Angelpunkt der künftigen Entwicklung, weil das demografische Desaster ohne Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeits- und Rollenteilung kaum zu bewältigen ist.

Literaturverzeichnis

BLK Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2002): *Frauen in Führungspositionen an Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. 6. Fortschreibung des Datenmaterials*, Bonn.

Bölsche, Jochen / Bornhöft, Petra u.a. (2004): *Land ohne Lachen*. In: *DER SPIEGEL* 2/2004: 38-48.

Demel, Jutta/ Werner, Joachim (2000): *Frauen bei den Kommunalwahlen 1999*. In: *Sozialministerium Baden-Württemberg: AKTIV 7. Frauen in Baden-Württemberg 1/2000: 3-4*.

Dörhöfer, Kerstin (Hg.) (1990): *Stadt - Land - Frau. Soziologische Analysen – feministische Planungsansätze*. *Forum Frauenforschung* Bd. 4, Freiburg i.Br.

Dörhöfer, Steffen / Funder, Maria / Millan-Dingler, Gila (2004): *Geschlechterverhältnisse in der IT-Industrie*. In: *Dieter Läßle / Joachim Thiel / Jürgen Wixforth (Hg.), Neue Medien – neue Arbeit? Hamburg im Vergleich mit internationalen Metropolen, Tagungsdokumentation der lokalen Perspektive am 13. Juni 2003 in Hamburg: 98-119*.

FCZB – Frauen Computer Zentrum Berlin (2002): *Projekt Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Verbänden des BMBFSJ, Datenbank Dez. 2002*.

Fürst, Dietrich/ Schubert, Herbert (1998): *Regionale Akteursnetzwerke. Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5/6 1998: 352-361.

Haug, Frigga (Hg.) (2003): *Geschlechterverhältnisse*. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus Bd.1, Hamburg: 442ff.*

Kergoat, Danièle (2000): *Sexuelle Arbeitsteilung und gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse*. *Dictionnaire critique du féminisme*, Paris: 35-44.

Köchli, Yvonne-Denise (Hg.) (2006): *Frauen, wollt ihr noch 962 Jahre warten?* Zürich.

May, Ruth (2006): *Die Urbanität der Bildung. Ansprüche der Grundschule an die Stadtplanung.* In: *RaumPlanung* 125, April 2006.

Reichart, Elisabeth (2001): *Familiale Arbeitsteilung in den Ländern der Europäischen Union: Länderstudie Deutschland.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.12.2001.

Riege, Marlo/ Schubert, Herbert (Hrsg.) (2002): *Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis,* Opladen.

Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (1999): *Politik ohne Frauen fehlt die bessere Hälfte. Repräsentanz von Frauen in Parlamenten,* Stuttgart.

StaBA – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1999): *Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland Teil II,* Bonn.

von Saldern, Adelheid / Zibell, Barbara (2006): *Frauen und Stadträume. Aufbruchsstimmung in den 1970er Jahren.* In: *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten,* Hg. Adelheid von Saldern, Stuttgart.

Walther, Uwe-Jens (1998): *Bevölkerungsalterung.* In: *Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte,* Opladen.

Zibell, Barbara (i.E.): *Strategieorientierung in der Planung – eine neue Idee?* In: *Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat,* Hg. Jens Dangschat / Oliver Frey, Wiesbaden.

Zibell, Barbara (2005): *Geschlechterverhältnis(se) im demographischen Wandel. Chancen für neue Formen sozialer Integration?* In: *Soziale Integration als Herausforderung für kommunale und regionale Akteure, Stadt und Region als Handlungsfeld Bd. 4, Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover,* Hg. Heiko Geiling, Frankfurt a.M. u.a.: 41-71.

Zibell, Barbara (1995): *Frauen am Rande? Von der aktuellen Zentralität der Peripherie.* In: *ORL-Institut ETH/Zürich, DISP* 120: 18-25.

Zibell, Barbara / Jürjens, Brigitte / Krüger, Karsten (2004): *Wohn- und Versorgungs-Stadt-Region 2030.* In: *Zweckverband Großraum Braunschweig ZGB / KoRis Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung: Forschungsergebnisse, Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig Band 10.* Braunschweig.

Zürcher, Christoph (2003): *Männer ohne Frauen.* In: *NZZ* vom Sonntag, 19. Oktober 2003: 89ff.

Juliane Roloff

Das Alter ist weiblich – Geschlechteraspekte des demografischen Wandels in Deutschland

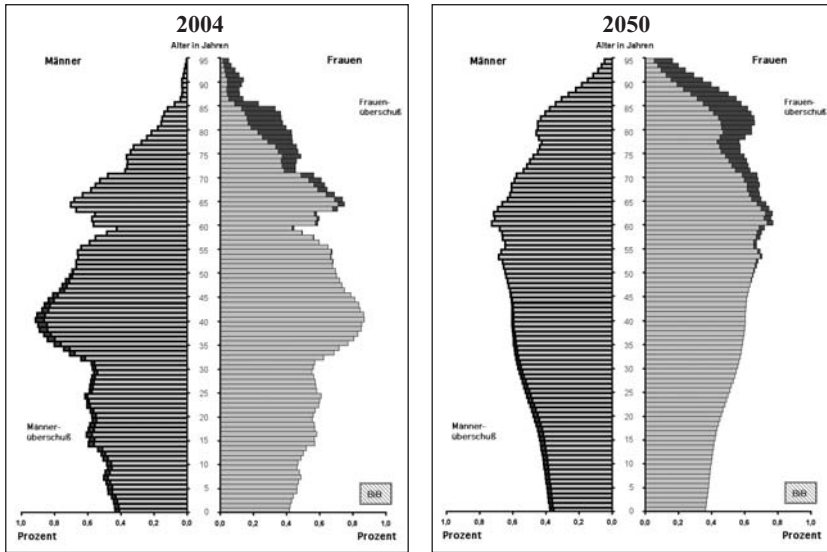
„Demografischer Wandel“ – dieser Begriff ist derzeit ein Modewort, dem man in fast allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens begegnet. Was heißt demografischer Wandel? Als erstes sei festgehalten, dass der demografische Wandel kein neues Phänomen ist. Er vollzieht sich bereits seit langem in Deutschland. Sprechen wir heute vom demografischen Wandel, meinen wir vor allem die demografische Alterung. Diese ist gekennzeichnet durch eine stetig wachsende Zahl der alten und insbesondere der sehr alten Menschen und zugleich durch ein stetes Sinken der Zahl der jüngeren Menschen.

Die demografische Alterung weist eindeutig Unterschiede zwischen Frau und Mann auf – kurz:

Das demografische Altern der Bevölkerung ist vorwiegend weiblich geprägt

Am Jahresende 2004 waren von den in Deutschland lebenden 82,5 Millionen Menschen 51 % Frauen. Oder anders ausgedrückt: auf 100 Männer in Deutschland entfallen 104 Frauen. Dieser Frauenüberschuss ist jedoch nicht für jedes Alter relevant, wie der Altersaufbau der Bevölkerung des Jahres 2004 in Deutschland zeigt (Abbildung 1).

Abb. 1: Alteraufbau¹⁾ der Bevölkerung in Deutschland 2004 und 2050



1) in Prozent der Gesamtbevölkerung

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Bis zur Altersgruppe 50 herrscht ein leichter Männerüberschuss vor. Dieser ist dadurch begründet, dass mehr Jungen als Mädchen zur Welt kommen und infolge der stark gesunkenen Säuglings- und Kindersterblichkeit überleben: Derzeit entfallen auf 1000 neugeborene Mädchen 1056 neugeborene Jungen. Bei den ab 51-Jährigen überwiegt dann der Frauen- den Männeranteil. Dieser Frauenüberschuss kommt aber erst bei den 60-Jährigen und Älteren richtig zum Tragen: Kommen auf 100 der zwischen 51 und 59 Jahre alten Männer 101 Frauen, sind es bei den ab 60-Jährigen 133 Frauen je 100 Männer. Die Brisanz unserer Thematik wird noch deutlicher, unterteilt man die 60-Jährigen und Älteren zum einen in die Gruppe der Jungen Alten (60- bis 79-Jährige) und zum anderen in die Gruppe der Hochbetagten (80 Jahre und älter). Von den heute 17 Millionen Jungen Alten sind 54 % weiblich, ihr Frauenüberschuss macht 117 aus. Demgegenüber sind von den 3 Millionen Hochbetagten allein 72 % Frauen, kommen also auf 100 über 80-jährige Männer 261 Frauen dieses Alters. Bei den Hochbetagten schlägt derzeit noch die Dezimierung der Männerjahrgänge während des Zweiten Weltkrieges zu Buche. Doch blickt man in die Zukunft, wird sich am Sachverhalt „hoher Frauenüberschuss im Alter“ wenig ändern, betrachtet man den zu erwartenden Altersaufbau der Bevölkerung im Prognosejahr 2050 (vgl. Abbildung 1).

Viele Hochrechnungen deuten darauf hin, dass sich der bereits seit langem in Deutschland angelegte demografische Alterungsprozess in den nächsten Jahrzehnten verstärken wird. So z.B. die „10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerungsentwicklung bis 2050 (Variante 5)“: Bei weiter anhaltenden niedrigem Geburtenniveau von 1,4 Kindern je Frau, einem jährlichen Zuwanderungsplus von 200 Tausend Personen und einer steigenden Lebenserwartung auf 86,6 Jahre (Frauen) bzw. 81,1 Jahre (Männer) wird bis zum Jahr 2050 die Bevölkerung in Deutschland auf 75 Millionen geschrumpft sein¹. Aber auch dann werden 51 % der Bevölkerung weiblich sein, und der Frauenüberschuss wird sich gleichfalls auf die älteren Jahrgänge konzentrieren, die im Gegensatz zu den Kindern und Jugendlichen und der Bevölkerung im mittleren Alter zahlenmäßig anwachsen werden.² Von den dann voraussichtlich in Deutschland lebenden knapp 19 Millionen Menschen im Alter zwischen 60 und 80 Jahren werden 54 % Frauen sein bzw. wird deren Frauenüberschuss 115 ausmachen. Die über 80-Jährigen, deren Zahl sich auf 9 Millionen verdreifachen wird, werden einen Frauenanteil von 60 % aufweisen, bzw. es werden dann auf 100 hochbetagte Männer 154 hochbetagte Frauen entfallen. Die Geschlechterrelation der Älteren wird somit künftig im Vergleich zu heute ausgeglichener sein, doch wird das demografische Altern in Deutschland weiterhin eher den weiblichen Bevölkerungsteil betreffen. Hauptursache hierfür wird die auch in den nächsten Jahrzehnten gegenüber den Männern höhere Überlebenschance der Frauen sein. Zwar wird die Lebenserwartung von Frau und Mann weiterhin ansteigen, doch wird die Geschlechterdifferenz bleiben. Heute kann ein 60-jähriger Mann mit im Schnitt 20 weiteren Lebensjahren rechnen, demgegenüber macht bei der gleichaltrigen Frau diese fernere Lebenserwartung 24 Jahre aus. Folgt man der o.a. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, werden in ca. einem halben Jahrhundert die dann 60 Jahre alten Männer noch eine Lebenszeit von fast 24 Jahren und die 60-jährigen Frauen von 28 Jahren erwarten können. Diese weiter steigende Lebenserwartung der älteren Menschen wird die Rentenbezugsdauer verlängern – und dies mehr bei den Frauen. Ein Beispiel: 2004 betrug die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei den Männern 14 Jahre und bei den Frauen knapp 20 Jahre³.

Aber nicht nur hier bestehen zwischen Frau und Mann Unterschiede. Diese gibt es auch in den Partnerschaftsformen und Haushaltsstrukturen und sie werden auch künftig ihren Bestand haben. Betrachten wir hierzu den Status quo bei den Älteren.

1 Statistisches Bundesamt 2003

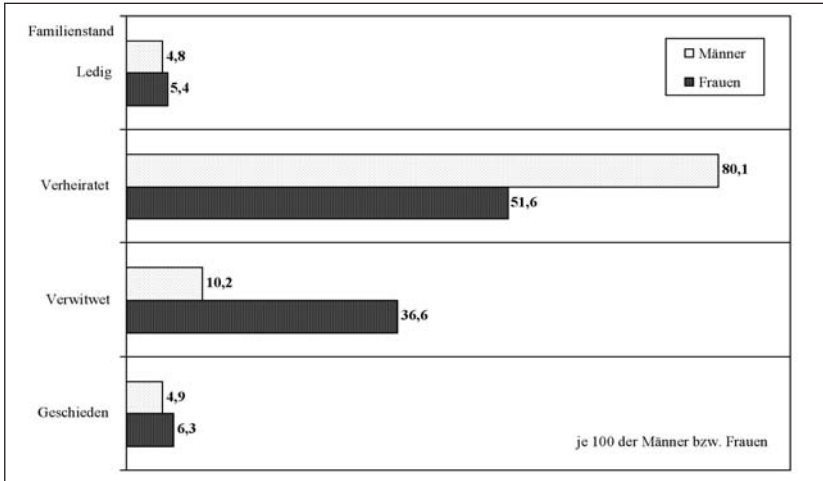
2 Roloff 2005 (A)

3 Deutscher Rentenversicherung Bund 2005

Weniger Ehefrauen, mehr Witwen

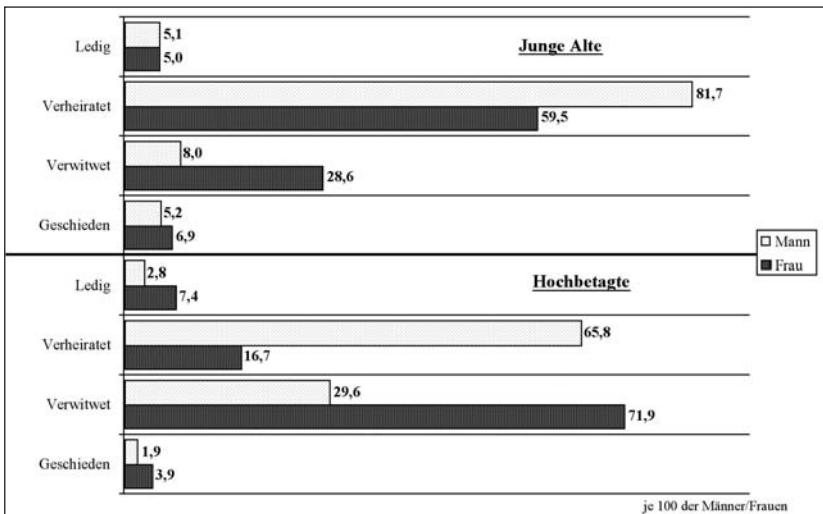
Abbildung 2 gibt einen allgemeinen Überblick über die Familienstandsstruktur der 60-jährigen und älteren Frauen und Männer in Deutschland.

Abb. 2: Familienstandsstruktur der 60-jährigen und älteren Frauen und Männer, Deutschland 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004; BiB, J. Roloff

Abb. 3: Familienstandsstruktur der Jungen Alten und Hochbetagten, Deutschland 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004; BiB, J. Roloff

Demnach waren im Jahr 2004 von 100 Männern 5 ledig, 80 verheiratet, 10 verwitwet und 5 geschieden. Für die Frauen ergaben sich 5 Ledige, 52 Verheiratete, 37 Verwitwete und 6 Geschiedene. Hier werden bereits die Unterschiede deutlich: Männer sind im Alter eher verheiratet, Frauen dagegen eher verwitwet. Mit zunehmendem Alter steigt zwar bei beiden Geschlechtern der Anteil der Verwitweten und sinkt somit der Verheiratetenanteil. Doch betrifft dies in einem wesentlich höheren Maße die Frauen.

Wie Abbildung 3 am Beispiel der Jungen Alten und Hochbetagten zeigt, befanden sich von den 60- bis 79-jährigen Frauen bereits 29 % im Witwenstand, von den gleichaltrigen Männern waren es nur 8 %. Dagegen war die große Mehrheit von ihnen, 82 %, verheiratet. Dieser Verheiratetenanteil betrug bei den hochbetagten Männern auch noch 66 %, bei den Frauen nur 17 %. Zudem ist zu sehen, dass, bei allerdings insgesamt niedrigen Prozentsätzen, der Ledigenanteil bei den hochbetagten Frauen höher liegt: Hatten 7 % dieser Frauen niemals geheiratet, waren es bei den Männern gleichen Alters knapp 3 % (Abbildung 3). Die infolge des 2. Weltkrieges fehlenden Männer auf dem damaligen Heiratsmarkt sind einer der Gründe hierfür.

Besonders auffällig ist die Geschlechterdifferenz bei den über 80-jährigen Verwitweten: 72 % der Frauen hatten bereits ihren Ehepartner verloren, dagegen befanden sich nur knapp 30 % der Männer im Witwerstand (Abbildung 3). An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Ehen alter und sehr alter Menschen überwiegend durch den Tod eines Partners und weniger durch rechtskräftige Scheidungen enden.

Es ist eindeutig: Der Witwenstand ist die dominante Lebensform der älteren Frauen und wird es auch in Zukunft bleiben. Die Gründe hierfür sind ganz klar: Neben der gegenüber den Männern höheren Überlebenschance der Frauen haben verwitwete Männer im Alter eher als Frauen die Chance, eine neue, zumeist jüngere, Partnerin zu finden. Von allen Verwitweten im Alter von 60 und mehr Jahren, die im Jahr 2004 wieder eine Ehe eingingen, waren 79 %, Männer. Bei den ledigen und geschiedenen 60-jährigen und älteren Eheschließenden waren es mit 68 bzw. 65 % ebenfalls mehrheitlich Männer.

Es ist natürlich, dass mit zunehmendem Alter bei beiden Geschlechtern, egal ob ledig, geschieden oder verwitwet, die Heiratsfreudigkeit sinkt. Doch liegt diese bis ins hohe Alter bei den Männern im Vergleich zu den Frauen bei weitem höher. An dieser Stelle soll ein Beispiel genügen: Hatten im Jahr 2004 von 1 000 der über 80-jährigen geschiedenen Männer 5,5 wieder geheiratet, machte diese „Wiederheiratsquote“ bei den Frauen nur 0,34 aus.

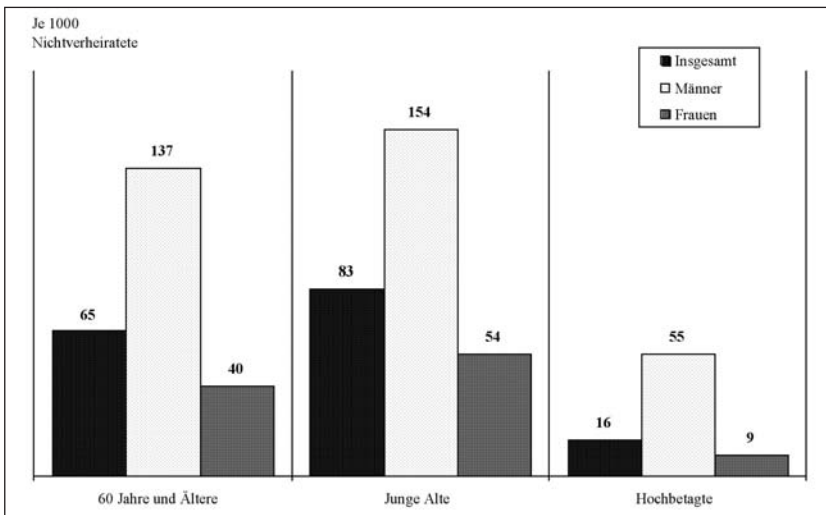
Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Alter – auch für Frauen?

Interessant ist, wie viele Unverheiratete im Alter tatsächlich ohne Partner/in leben.

Im Jahr 2004 führten 516.000 60-jährige und ältere Menschen außerhalb einer Ehe mit einem/einer Partner/in einen gemeinsamen Haushalt. Geht man zum Vergleich in das Jahr 1992 zurück, waren hier 250.000 Ältere, d.h. um über die Hälfte weniger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften anzutreffen. Diese absoluten Zahlen zeigen bereits, dass die nichtehelichen Lebensgemeinschaften als eine neue, alternative Partnerschaftsform auch im Alter zunehmend an Bedeutung gewinnen. Noch deutlicher wird diese Aussage, betrachtet man die Entwicklung der Zahl der in nichtehelichen Partnergemeinschaften lebenden Personen je 1 000 der Nichtverheirateten (einschl. verheiratet, getrennt Lebender). So lebten im Jahr 2004 von 1 000 aller noch nicht bzw. nicht mehr verheirateten über 60-Jährigen 65 nichtehelich mit einem/einer Partner/in zusammen; 1992 waren es nur 35.

Auch bei diesem Zusammenleben ohne Trauschein sind die Unterschiede zwischen Frau und Mann unübersehbar. Waren 2004 je 1 000 der nicht verheirateten 60- bis 79-jährigen Männer 154 in einer solchen Partnerbeziehung anzutreffen, waren es je 1 000 der gleichaltrigen Frauen nur 54. Auch bei den

Abb. 4: 60-Jährige und Ältere in nichtehelichen Lebensgemeinschaften – je 1 000 der Nichtverheirateten¹⁾, 2004



1) Einschl. verheiratet, getrennt Lebende

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004; BiB, J. Roloff

Hochbetagten waren bei weitem mehr Männer als Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft anzutreffen: 55 je 1 000 unverheirateter Männer, dagegen nur 9 von 1 000 unverheirateten Frauen (vgl. Abbildung 4).

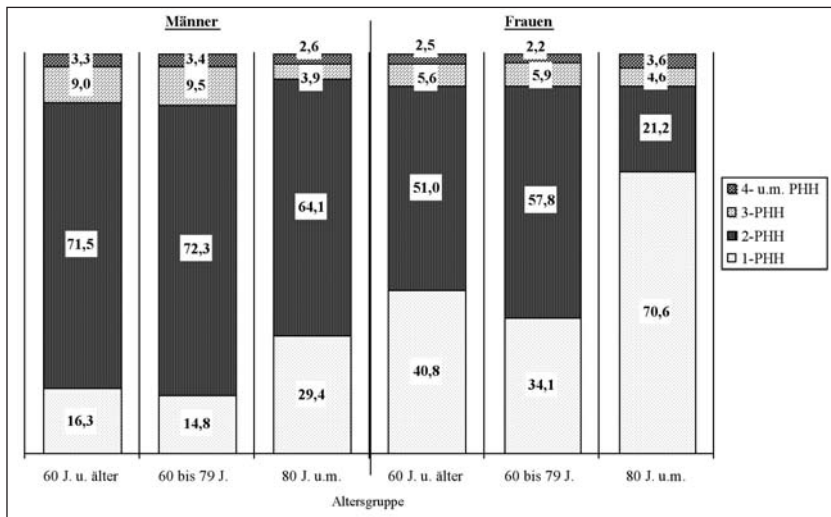
Man kann festhalten, dass Männer im Alter nicht nur eher wieder heiraten als Frauen, sondern auch auffällig mehr in nichtehelichen Partnerschaften leben. Daraus folgt:

Frauen führen im Alter vorwiegend allein einen Haushalt

Entsprechend der Haushaltsstatistik des Jahres 2004 lebten von 100 aller über 60-jährigen Menschen in Deutschland 30 in Einpersonenhaushalten, 60 in Zweipersonen-, 7 in Dreipersonen- und 3 in Vier- und Mehrpersonenhaushalten. Einpersonenhaushalte und Zweipersonenhaushalte sind somit die dominanten Haushaltsformen im Alter. Jedoch bestehen auch hier beträchtliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Fürten von 100 der 60-jährigen und älteren Frauen 41 allein einen Haushalt, waren es von den Männern nur 16,3. Dagegen sind diese am häufigsten in Zweipersonenhaushalten anzutreffen – 72 % gegenüber 51 % der Frauen (Abbildung 5).

Wie Abbildung 5 des Weiteren zeigt, gewinnt der Einpersonenhaushalt mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Dies trifft jedoch in einem auffällig höheren

Abb. 5: Haushaltsstrukturen der über 60-jährigen Männer und Frauen in Deutschland 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004; BiB, J. Roloff

Maße für die Frauen zu: lebten (2004) z.B. 71 %, der hochbetagten Frauen allein in einem Haushalt, waren es von den gleichaltrigen Männern mit 29 % einige weniger. Das bedeutet, dass die Alleinlebendenquote für die hochbetagten Frauen das 2,4-fache Niveau des entsprechenden Vergleichswertes für Männer dieses Alters ausmacht.

Es ist somit eine Tatsache, dass der Anteil der Frauen, die im Alter Alleinstehende und zugleich Alleinlebende sind, bei weitem höher ist als der der Männer. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Unter der Annahme, dass weiterhin eher Männer als Frauen im Alter (wieder) heiraten bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaften eingehen, ergeben eigene Hochrechnungen der Familienstands- und Haushaltsstrukturen älterer Menschen in Deutschland eindeutig: Die Unterschiede zwischen Mann und Frau in den Partnerschafts-/Lebensformen werden auch in Zukunft ihren Bestand haben. Und dies heißt, dass ein Leben ohne feste Partnerschaft im Alter vorwiegend für Frauen relevant sein wird.⁴

Daraus ergeben sich u.a. Konsequenzen für den Pflegebereich. In einem Bericht über die Lebenslagen der Pflegebedürftigen wird festgestellt, „*dass Frauen ab dem achtzigsten Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufweisen – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppe. So betrug z.B. bei den ab 90-jährigen Frauen die Pflegequote 62 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen ,nur' 38 %*“⁵. Hinzu kommt, dass eher Frauen als Männer in Pflegeheimen anzutreffen sind: Von den 852.000 im Jahr 2003 pflegebedürftigen hochbetagten Frauen wurden 41 % in einem Heim stationär betreut; demgegenüber waren es von 201.000 pflegebedürftigen Männern 27 %. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen. Folgt man den Modellrechnungen zum künftigen Pflegebedarf des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, dürfte im Jahr 2050 die Zahl der über 80-jährigen Pflegebedürftigen voraussichtlich von derzeit 1 auf knapp 4 Millionen ansteigen⁶. Hier wird allerdings vom medizinischen Fortschritt abstrahiert. Ein weiterer technischer Fortschritt in der Diagnostik und Therapie, aber auch eine gesündere Lebensweise, eine gezielte Prävention und Rehabilitation kann die Pflegewahrscheinlichkeit und somit die künftige Zahl der Pflegebedürftigen deutlich reduzieren. Ohne an dieser Stelle näher darauf einzugehen, soll erwähnt werden, dass dem wahrscheinlich künftig wachsenden Pflegebedarf ein sinkendes häusliches Pflegepotential gegenüberstehen und folglich die Nachfrage nach außerfamiliären Pflegeleistungen steigen wird.

4 Mai/Roloff 2006

5 Statistisches Bundesamt 2004: 4

6 Schulz et .al. 2001

Die Zahl hochbetagter Frauen steigt, die Zahl potenzieller Mütter sinkt

Während die Zahl der alten und insbesondere hochbetagten Frauen stetig wächst, ist es bei den Frauen, die für die Reproduktion der Bevölkerung entscheidend sind, umgekehrt. Zwar sank deren Zahl bisher nicht so gravierend: Gegenüber 1990 waren es 2004 ein Prozent weniger. Doch folgt man der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, werden in etwa einem halben Jahrhundert statt heute knapp 20 Millionen nur 14 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 50-Jährige⁷) in Deutschland leben. Das sind 27 % weniger. Im Vergleich dazu ist die Zahl der 80-jährigen und älteren Frauen 2004 gegenüber 1990 bereits um 18 % gestiegen und wird voraussichtlich bis 2050 von heute knapp 3 auf knapp 6 Millionen weiter anwachsen.

Es ist klar, dass eine sinkende Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zu sinkenden Geburtenzahlen führen kann. Doch entscheidender ist deren Geburtenverhalten. Dieses ist derzeit geprägt durch **einen niedrigen Kinderwunsch und späte Geburten**.

Zwar wünscht sich nach wie vor die Mehrheit der Frauen und Männer Kinder, jedoch *„wie ein Vergleich verschiedener, repräsentativer Umfragedaten zeigt, ist der durchschnittliche Kinderwunsch von Frauen in Deutschland zwischen 1988 und 1992 auf unter zwei Kinder gesunken. Seitdem liegt er relativ stabil bei 1,75“*.⁸ Selbst wenn dieser voll realisiert würde, reicht er für einen einfachen Ersatz der Elterngenerationen bei weitem nicht aus. Hierfür wären 2,1 Kinder je Frau erforderlich. Doch, wie die Geburtenstatistik zeigt, verharrt seit nunmehr ca. drei Jahrzehnten zumindest der Westen Deutschlands auf einem stabil niedrigen Geburtenniveau von durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau.⁹ Neben sinkenden gewünschten Kinderzahlen sind immer spätere Geburten hierfür maßgebend. Waren 1991 verheiratete Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes im Schnitt 27 Jahre alt, sind sie jetzt 30 Jahre alt. Die Gründe für die Verlagerung der Erstgeburten in das höhere Alter werden vor allem in zu langen Ausbildungszeiten einerseits und in den Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt andererseits gesehen. Späte Erstgeburten führen dazu, dass die Zahl zweiter und weiterer Geburten sinkt. Zudem wächst das Risiko ungewollter Kinderlosigkeit. Jedoch bleiben auch zunehmend mehr Frauen – und auch Männer – freiwillig

7 Für die Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer kann man entweder den Bestand der 15- bis unter 45-Jährigen Frauen oder der 15- bis unter 50-Jährigen Frauen zugrundelegen. In Anbetracht der immer späteren Erstgeburten ist die letzte Option realistischer. Hierfür nur ein Zahlenbeispiel: Entfielen im Jahr 1990 auf 1 000 45- bis unter 50-Jährige Frauen 1,2 Geburten, waren es im Jahr 2004 1,5 Geburten.

8 Höhn, Ette, Ruckdeschel 2006: 15

9 Roloff 2005 (B)

kinderlos. In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (2003)¹⁰ sagten fast ein Drittel (32 %) kinderloser Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, dass sie kinderlos bleiben wollen; bei den 30- bis 39-Jährigen betrug dieser Anteil bereits 74 %. Und 88 % der 40- bis 49-Jährigen Frauen, die bisher kinderlos geblieben sind, wollten es auch endgültig bleiben. Von den jungen kinderlosen Männern wollen mehr als die Frauen, 49 %, auch künftig keine Kinder. Dagegen liegen bei den 30- bis 39-Jährigen und 40- bis 49-Jährigen kinderlosen Männern die Anteile derer ohne Kinderwunsch mit 68 % und 82 % etwas unter denen der Frauen.

Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass sich im Geburtenverhalten nichts Gravierendes ändern wird. So geht das Statistische Bundesamt bei seiner Bevölkerungsvorausberechnung auch von einem weiterhin stabil niedrigen Geburtenniveau von 1,4 Kindern je Frau bis 2050 aus. In Anbetracht dieser Entwicklung, die die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen vor allem zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zunehmend in Frage stellt, wird der Ruf nach mehr Kindern in Deutschland immer lauter. Eine der politischen Reaktionen darauf ist die 2002 erstmalig formulierte **nachhaltige Familienpolitik**, die zum Inhalt hat: „*familienfreundliche Strukturen, gute Kinderbetreuung, Balance von Familie und Beruf, neue Leitbilder für die Familiengründung, Verantwortung Erziehung, gezielte monetäre Förderung, lokale Bündnisse*“.¹¹ Doch ist zu fragen:

Können verbesserte familienpolitische Leistungen tatsächlich langfristig positive Effekte im Geburtenverhalten hervorrufen?

Soziologische Untersuchungen ergeben eindeutig eine hohe Akzeptanz der familienpolitischen Leistungen. Fragt man jedoch nach ihren Auswirkungen auf das individuelle Geburtenverhalten, ergibt sich ein anderes Bild. Ein Beleg hierfür sind Befragungsergebnisse der repräsentativen Erhebung „Population Policy Acceptance Study“¹². An dieser Stelle soll nur die Einführung besserer Möglichkeiten der Tagesbetreuung von Kindern als Beispiel dienen¹³. Betrachten wir zunächst die Frauen (im Alter von 20 bis 45 Jahren), die keine (weiteren) Kinder haben wollen (Abbildung 6). Die große Mehrheit, 74 % der kinderlosen Frauen ohne Kinderwunsch, die eine Einführung besserer Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern für sehr wünschenswert ansehen, bleiben trotzdem bei ihrem Entschluss, keine Kinder haben zu wollen. Von den Frauen mit Kindern,

10 Population Policy Acceptance Study (PPAS-2003)

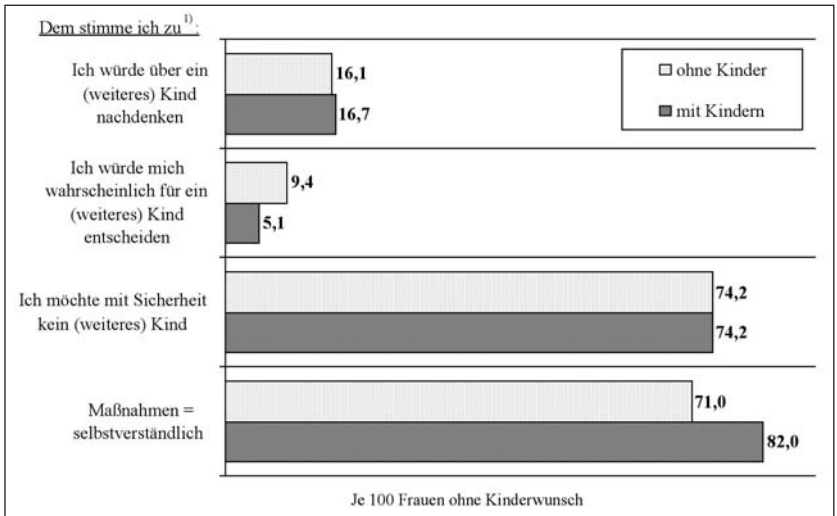
11 BMFSFJ 2005: 12

12 Dorbritz et. al. 2005

13 Näheres – siehe Roloff 2005 (B)

die keine weiteren wollen, sind es anteilig genauso viele. Immerhin würden 16 % der kinderlosen Frauen und 17 % der Frauen mit Kindern über ein (weiteres) Kind nachdenken. Doch nur wenige der Frauen mit und ohne Kinder, d.h. keine 10 %, würden sich bei Einführung einer verbesserten Kinderbetreuung wahrscheinlich für ein Kind entscheiden. Dass die Realisierung dieser familienpolitischen Leistung eine Selbstverständlichkeit sein müsste, dieser Meinung sind 71 % der Frauen ohne und 82 % der Frauen mit Kindern (Abbildung 6).

Abb. 6: Bessere Tagesbetreuung für Kinder vs. Geburtenverhalten, 20 bis 45 Jahre alte Frauen ohne Kinderwunsch



1) Mehrfachnennungen waren möglich

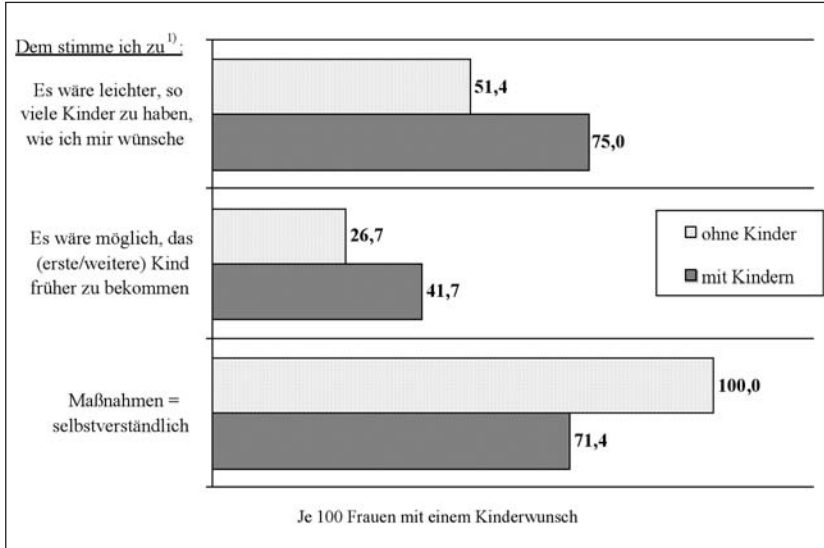
Datenquelle: BiB, PPAS-2003, J. Roloff

Es ist eindeutig: Eine Einführung bzw. Verbesserung familienpolitischer Leistungen bringt die Frauen mehrheitlich nicht von ihrem einmal gefassten Vorsatz ab, keine (weiteren) Kinder haben zu wollen.

Betrachtet man nunmehr das mögliche Geburtenverhalten der Frauen mit einem Kinderwunsch in Bezug auf eine verbesserte Tagesbetreuung für Kinder, ergibt sich Folgendes (Abbildung 7).

Für 51 % der Frauen ohne Kinder und für 75 % der Frauen mit Kindern würde es dann leichter sein, so viele Kinder zu haben, wie sie sich wünschen. Für allerdings nur 27 % der bisher kinderlosen Frauen, aber für 42 % der Frauen mit Kindern wäre es möglich, früher das Kind zu bekommen. Abgesehen davon hält aber auch hier die große Mehrheit der Frauen die Realisierung dieser Maßnahmen für selbstverständlich.

Abb. 7: Bessere Tagesbetreuung für Kinder vs. Geburtenverhalten, 20 bis 45 Jahre alte Frauen mit Kinderwunsch



1) Mehrfachnennungen waren möglich

Datenquelle: BiB, PPAS-2003, J. Roloff

Hieraus kann man den Schluss ziehen, dass mit einer Familienpolitik durchaus erreicht werden kann, dass Frauen ihren Kinderwunsch voll realisieren und zudem ihre gewünschten Geburten zeitlich vorziehen können. Jedoch führt sie langfristig zu keiner höheren Fertilität. „Familienpolitik kann weder Kinderwünsche erzeugen noch Kinder ‚kaufen‘“.¹⁴

Das heißt aber keineswegs, dass auf eine staatlich geförderte Familienpolitik verzichtet werden kann. Sie ist zweifelsohne für die Unterstützung des Lebens mit Kindern unabdingbar.

Fazit

Die demografische Alterung wird weiter voranschreiten und vorrangig ein Problem der Frauen bleiben. Die Bevölkerung wird in Zukunft von hoher Kinderlosigkeit einerseits, von niedrigen Kinderzahlen andererseits geprägt sein.

Auch wenn sich wider Erwarten das Geburtenverhalten positiv verändern würde, d.h. wieder mehr Kinder gewünscht und geboren würden, wird dies für ein

¹⁴ Lengerer 2004: 411

dauerhaft hohes Geburtenniveau nicht ausreichen. Die Hauptursache hierfür ist das seit nunmehr drei Jahrzehnten stabil niedrige Geburtenniveau. Ganz simpel ausgedrückt: Die in den letzten Jahrzehnten Nichtgeborenen fehlen in den nächsten Generationen als potenzielle Mütter und Väter. Infolgedessen muss mit einem rapiden Rückgang der Geburtenzahlen gerechnet werden, was zu einer weiteren Beschleunigung des demografischen Alterns beiträgt. Um seine Folgen bewältigen zu können, ist es unerlässlich, bereits heute der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die alten Menschen mit allen ihren sozialen, kulturellen und politischen Aktivitäten wertvolle Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Sie sind in unserer Gesellschaft schon längst keine Randgruppe mehr. Ein aktueller Beleg hierfür sind die Ergebnisse des 5. Altenberichts zum Thema „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“. Hier heißt es u.a.: *„Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bedeutet der zunehmende Bevölkerungsanteil älterer Menschen auch, dass sozialer Wandel auf Dauer ohne die Älteren (auch als Wähler) nicht gestaltbar ist“*¹⁵. Dieser Bericht macht zudem deutlich, dass die Älteren ein wichtiger Aktivposten in fast allen Lebensbereichen (vor allem Arbeitsmarkt, Familie, Ehrenamt) sind. Doch *„ist es dringend erforderlich, durch einen differenzierteren Umgang mit dem Thema Alter verstärkt die möglichen Chancen des demografischen Wandels in den öffentlichen Diskurs einzubringen und politische Konzepte zu entwickeln, die explizit auf Potenziale des Alters zurückgreifen“*¹⁶.

15 BMFSFJ, 2005(B): 32

16 BMFSFJ, 2005(B): 472

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2005 (A): „Familie ja, Kinder nein. Was ist los in Deutschland?“ Monitor Familiendemographie, Ausgabe 1-3

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2005 (B): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hg.) 2005: Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften, Band 22

Dorbritz, Jürgen; Lengerer Andrea; Ruckdeschel, Kerstin 2005: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Problemen. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Studie in Deutschland. Wiesbaden, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt

Höhn, Charlotte; Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin 2006: Kinderwünsche in Deutschland, Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg.)

Lengerer, Andrea 2004: „Zur Akzeptanz von Familienpolitik“. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29, 3-4, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 387-422

Mai, Ralf; Roloff, Juliane 2006: Zukunft von Potenzialen in Paarbeziehungen älterer Menschen – Perspektive von Männern und Frauen. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potenzial (Expertise zum 5. Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 5), LIT-Verlag Münster

Roloff, Juliane 2005 (A): Demographische Entwicklung, Beitrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung, OnlineAkademie (Modul „Generationengerechtigkeit“)

Roloff, Juliane 2005 (B): Geburtenverhalten und Familienpolitik – west- und ostdeutsche Frauen im Vergleich – eine empirische Studie. In: Christiane Dienel (Hrsg.): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

Schulz, Erika; Leidl, Reiner; Koenig, Hans-Helmut 2001: Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten: Vorausschätzungen bis 2020 mit Ausblick auf 2050. Wochenbericht des DIW Berlin, 5/01

Statistisches Bundesamt 2003: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Statistisches Bundesamt 2004: Sonderbericht: Lebenslagen der Pflegebedürftigen – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Deutschlandergebnisse des Mikrozensus 2003, Bonn

Diana Auth/Barbara Holland-Cunz

Alarmismus und Aktionismus. Diskurs und Politik zum demografischen Wandel in Deutschland¹

Die Lage

Spätestens seit den 90er Jahren wird nicht mehr nur wissenschaftlich, sondern auch gesellschafts-öffentlich und politisch über den demografischen Wandel sowie seine sozialen und ökonomischen Folgen diskutiert. Zunächst stand der Alterungsprozess der Bevölkerung im Mittelpunkt (vgl. z.B. Enquête-Kommission Demografischer Wandel 2002), doch mittlerweile sind der Bevölkerungsrückgang und die niedrige Geburtenrate ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt (vgl. Kaufmann 2005: 15).

In der öffentlichen Debatte dominieren dramatische Bilder von schrumpfenden Städten, leeren Kindergärten und allein gelassenen pflegebedürftigen Alten, um nur einige Beispiele der medialen „Endzeitstimmung“ zu nennen. Prognosen und Modellrechnungen zum demografischen Wandel haben Hochkonjunktur. Die

¹ Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den wir im Oktober 2005 auf unserer Tagung „Strategien und Diskurse demographischer Steuerung – wie wirksam ist Bevölkerungspolitik?“ an der Universität Gießen gehalten haben. Erweiterte Fassungen dieses Artikel können nachgelesen werden in: Diana Auth/Barbara Holland-Cunz (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen: Barbara Budrich 2007, i.E.

öffentliche Debatte ist durch eine doppeldeutige Struktur geprägt: Einerseits impliziert die sprachliche Rhetorik des Wandels einen sanften, langsamen, unvermeidlichen Übergang. Andererseits deutet die Bebilderung eher auf dramatische Veränderungen und gefährliche Entwicklungen hin, die dringendes Handeln erfordern. Die drastischen Bilderfolgen verweisen auf ein alarmistisches Diskursmuster, das sich in medialer Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Debatte nachweisen lässt und den Blick auf Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme eher verstellt.

Aber gerade in der Politik wird dieser Diskurs dankbar aufgegriffen und in konkrete familienpolitische Maßnahmen übersetzt. Die geburtenfördernde Familienpolitik unter den Familienministerinnen der rot-grünen und der Großen Koalition, Renate Schmidt und Ursula von der Leyen, weist einen signifikanten Aktionismus auf, denn weder die Ursachen für Kinderlosigkeit und das Hinausschieben von Kinderwünschen noch die generelle Steuerungsfähigkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen werden ausreichend reflektiert. Die pronatalistische Familienpolitik, die oftmals im Gewande der Gleichstellung daherkommt, dient vor allem der Durchsetzung ökonomischer und bevölkerungspolitischer Zielsetzungen.

Die Grundlage

Der öffentliche Diskurs und die familienpolitischen Maßnahmen basieren auf verschiedenen Modellrechnungen, deren wichtigste und öffentlichkeitswirksamste die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind. Die zehnte Bevölkerungsvorausberechnung stammt aus dem Jahr 2003 und reicht bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Das Statistische Bundesamt hat neun Varianten mit unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Geburtenrate, der Wanderungsbewegungen und der Lebenserwartung berechnet. Die Spannweite der möglichen Bevölkerungszahl für das Jahr 2050 liegt zwischen 67 und 81 Millionen. In der wissenschaftlichen und in der politischen Debatte wird am häufigsten auf die mittlere Variante zurückgegriffen, weil diese als die realitätsnaheste gilt. Dort wird von einer konstant niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau, von einer Steigerung der Lebenserwartung um sechs Jahre für Neugeborene sowie von einem Wanderungsüberschuss von 200.000 ausgegangen. Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2050 auf 75 Millionen sinken, vor allem, weil aufgrund der konstant niedrigen Geburtenrate die Zahl der potenziellen Mütter und damit der Neugeborenen kleiner wird. Demgegenüber steht eine steigende Zahl an Sterbefällen, denn die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins hohe Alter. Die meisten ExpertInnen gehen davon

aus, dass das Sinken der Bevölkerungszahl durch Zuwanderung zwar verlangsamt, aber nicht vollständig kompensiert werden kann. Aber die Zahl der Deutschen geht nicht nur zurück, die Bevölkerung altert zudem, so das Statistische Bundesamt. Der Anteil der unter 20-Jährigen Kinder und Jugendlichen sinkt von heute 21 % auf 16 %, der Anteil der 20-59-Jährigen, also der Personen im erwerbsfähigen Alter, sinkt von 55 % auf 47 %, wohingegen der Anteil der über 60-Jährigen von 24 % auf 37 % steigt (vgl. Statistisches Bundesamt 2003).

Der Diskurs

Im Folgenden dokumentieren wir einige idealtypische Beiträge des Diskurses.

a) Der **mediale alarmistische Diskurs** erzeugt interessanterweise kaum nachhaltige Resonanz, die Beiträge beziehen sich nur wenig aufeinander, setzen gleichsam immer wieder von neuem an. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (11.03.05) denkt der Stanforder Sozialwissenschaftler Stanley Kurtz (2005: 42) über die kulturellen Konsequenzen einer „überalterten Welt“ nach und diskutiert mögliche Alternativen zu den „düsteren Aussichten“: Wiederherstellung traditioneller Werte, neue Eugenik oder Bevölkerungsrückgang. Kurtz unterstellt, dass insbesondere der moderne Feminismus seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine Tendenz zur Eugenik und seit Shulamith Firestone eine Tendenz zur künstlichen Reproduktion habe,² dass Feministinnen deshalb die ersten sein werden, die den neuen, äußerst zweifelhaften biopolitischen Trends (Leihmutterschaft, künstliche Gebärmutter) folgen werden. Der Alarmismus, der diesen Text durchzieht, bezieht sich auf eine konstruierte Polarität, die entweder langsames Aussterben oder manipulative Biopolitik prognostiziert, beides vorangetrieben von Feministinnen (vgl. Kurtz 2005). Ebenfalls in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (13.06.05) diskutiert der Kieler Neurologe und Psychiater Bertrand Flöttmann den „Wunsch nach einem Kind“. Flöttmann (2005: 7) macht „das einseitige Streben nach Besitz und Vergnügen“ und den „Geist des Feminismus“ für die Kinderarmut der westlichen Welt verantwortlich. Männer und Frauen bleiben heute infantil, stellen sich nicht den reifen Verantwortlichkeiten einer Familiengründung, sind vom Hass des Feminismus auf Weiblichkeit, Fruchtbarkeit und pflegende Mütterlichkeit latent durchdrungen, huldigen einer Leistungsideologie etc. Flöttmanns psychologisch informiertes Fazit lautet:

² Kurtz ist insofern Recht zu geben, als die Alte Frauenbewegung in Deutschland (insbesondere der radikale Flügel) durchaus Tendenzen zu eugenischen Positionen aufwies; auch wenn Firestone sich nicht auf diese Debatten bezieht, können ihre Positionen zur künstlichen Reproduktion, die sie als wesentlichen Schritt zur Befreiung versteht, tatsächlich in diese Tradition eingeordnet werden.

„Da der Mensch erst durch Schaden lernt, werden die Welle der Gewalt, die Zahl der psychiatrischen Erkrankungen und die Industrie für staatlich verordnete Zuwendung so zunehmen, daß ein neues Denken erst dann kommt, wenn die Folgen der Verwahrlosung, der Gefühlsarmut und der Kinderlosigkeit uns überschütten.“ (ebd.).

Vor der drohenden Katastrophe bewahrt uns, Flöttmann (ebd.) zufolge, nur ein beherztes „Zurück an den Herd“ für die Frauen. Vielleicht erscheint Flöttmanns Alarmismus, der der gängigen These vom westlichen Werteverfall huldigt, der vor allem dem Feminismus geschuldet sei, als extrem überzogenes Beispiel, doch zeichnet den Diskurs zum demographischen Wandel insgesamt eine Vorliebe für starke Worte, Begriffe und Bilder aus... und zwar selbst für solche, die man heute nicht mehr im öffentlichen Diskurs erwarten würde.

b) Auch in der **wissenschaftlichen Debatte** lassen sich Varianten der alarmistischen Thematisierungsweise beobachten. Als derzeit wichtigste, seriöseste Arbeit zur demografischen Frage gilt Franz-Xaver Kaufmanns (2005) „Schrumpfende Gesellschaft“, 2005 in der edition suhrkamp erschienen. Auch dieser Text, der wissenschaftliche Klarheit und Ernsthaftigkeit für sich beansprucht, scheut keine starken Worte. So spricht Kaufmann (2005: 53, 62, 14, 17, 25, 47) von der „*Wucht des demografischen Faktors*“, von der „*verhängnisvolle(n) Wirkung eines langfristigen Bevölkerungsrückgangs*“, bescheinigt der Bevölkerungsentwicklung „*fehlende Nachhaltigkeit*“, prognostiziert eine „*Verschlechterung der Standortbedingungen*“, sieht die „*Verletzung intergenerationeller Gerechtigkeit*“ und spricht von der „*demografische(n) Alterslast*“.

Auch wenn die Begriffe auf den ersten Blick nicht so drastisch ausfallen wie bei Flöttmann, so will auch Kaufmann mit seinem Text erhöhte Aufmerksamkeit erzeugen. In ökonomischer Sprache diskutiert der Soziologe Kaufmann (2005: 48, 29, 73, 75) die demografische Frage als „*Fertilitätsabbruch*“, Problem des „*Humanvermögen(s)*“ bzw. des „*Humankapital(s)*“; die niedrige Fertilität produziert, so Kaufmann, eine „*Investitionslücke*“. In neoliberaler Diktion heißt es als kursivierter Merksatz:

„Die ‚Investitionslücke‘ in das deutsche Humankapital infolge der unter dem Reproduktionsniveau liegenden Fertilität während der letzten dreißig Jahre darf also in erster Annäherung auf mindestens 4800 Milliarden DM oder 2500 Milliarden Euro geschätzt werden.“ (Kaufmann 2005: 82, Herv. i. O.).

Die Folgen sind, laut Kaufmann (2005: 92, 101, 107, 109, 113), gravierend: „Beschäftigungs- und Wohlstandsverluste(n)“, „erbitterte(n) Verteilungskämpfe(n)“, „Deindustrialisierung“, „soziale Desorganisation“, „Verfall der Bauten“, „Verelendung“, „wachsende(r) Kriminalität“, „soziale(r) Erstarrung“, „strukturelle Sklerose“ – und all diese Effekte verstärken sich wechselseitig. Kaufmann schreckt schließlich nicht davor zurück, ein Huntington'sches Szenario (allerdings ohne einschlägigen Verweis (vgl. Huntington 1997)) vom Kampf der Kulturen zu skizzieren: junge Staaten mit hohen Geburtenraten und nicht-westlichen kulturellen Orientierungen gegen die alternden europäischen Gesellschaften – Migrationsdruck und Kriegsdrohungen inklusive (vgl. Kaufmann 2005: 58 f.). Gegen diese Gefahren und gegen die (Teil-)Kompensation des Geburtenrückgangs durch Einwanderung hält Kaufmann, in seiner Argumentation logisch, die formal nationalstaatlich und politisch-kulturell geprägte kollektive Identität hoch (vgl. Kaufmann 2005: 25 f.); die Perspektive von Bevölkerungsberechnungen darf also nicht europäisch oder gar global sein, sie hat nationalstaatlich zu sein. Während in der avancierten Demokratietheorie zur Transnationalisierung das Konstrukt „kollektive Identität“ unter heftigen argumentativen Druck geraten ist (vgl. exemplarisch Habermas 1998), versteigt sich Kaufmann (2005: 25, 27) gar zum Begriff des „Schicksalsraum(s)“, der für seine Fragen relevant sei (wenn auch zunächst in Anführungszeichen und mit erklärender Anmerkung, zwei Seiten weiter aber bereits ohne einschränkende Zusätze, sondern im Gegenteil mit der üblichen Hervorhebung durch Kursivierung). Die „kollektive Identität“ eines Landes, der „Schicksalsraum“ seiner Bevölkerung, werden bei Kaufmann zum Bezugsrahmen für bevölkerungspolitische Überlegungen. Kaufmanns (2005: 196) politisches Gebot muss folglich lauten: „Jeder und jede“ haben entweder Kinder zu erziehen oder Ersparnisse zu bilden – dafür muss der jeweilige Nationalstaat heute vorrangig sorgen. In Bezug auf das Geschlechterverhältnis kann jedoch ausdrücklich vermerkt werden, dass Kaufmann (2005: 146 ff.) wider Erwarten eine engagierte Kritik des Paternalismus in Deutschland vorträgt und damit nicht dem allgegenwärtigen Trend folgt, das heutige Verhalten von Frauen und/oder den Feminismus zum eigentlichen Problem zu erklären.

Ein anderer Wissenschaftler ist ebenfalls in der aktuellen Debatte stets präsent: Bevölkerungsforscher Herwig Birg, den Dieter Oberndörfer (2005: 1482) „den gegenwärtigen ‚medialen Superstar‘ der deutschen Demografie“ nennt und entsprechend scharf kritisiert. Birgs alarmistische Argumente basieren auf krassen Rechnungen, die möglichst drastische Zahlen erzeugen. So gelingt es Birg (2003: 8, 12) in einem kurzen Aufsatz, die Spannweite der Hochrechnungen gleichzeitig weit unter und weit über die seriösen Modelle zu treiben, beispielsweise die Zahl 22,4 Millionen Deutsche für das Jahr 2100 zu errechnen (ohne

Ausgleich durch Wanderungen) oder mit einem benötigten Ausgleich (des „Altenquotienten“) durch 188 Millionen junge ZuwanderInnen bis 2050 zu drohen (vgl. auch die fast identischen Zahlen in Birg 2005: 98, 117, 177). Beide Entwicklungen können dazu führen, dass Deutschland seine „weltweit bewunderte Kultur“ (Birg 2003: 16) verliert. Bei Birg scheinen die Zahlen selbst Alarmismus zu generieren. Dass Birg nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im populärwissenschaftlichen Diskurs eine wichtige Rolle spielt, lässt sich an einem aktuellen Zeitungsinterview ablesen, in dem der viel beschäftigte Experte folgenden Satz prägt: „Man redet über den demografischen Wandel wie über ein Kätzchen, das auf Samtpfoten daherkommt. Er gleicht aber einem gefährlichen Raubtier mit fürchterlichen Krallen.“ (Frankfurter Rundschau, 26.06.06).

Üblicherweise jedoch gibt sich Herwig Birg (2005), wie in seinem seit 2001 mehrfach aufgelegten Buch „Die demografische Zeitenwende“ ersichtlich, als Wissenschaftler, der sich mit einer Fülle von Daten, Tabellen, Schaubildern auf die Objektivität der Wissenschaft Demografie verpflichtet. Bis zum zwölften Kapitel des Textes, das mit „Demografie und Politik“ (Birg 2005: 194) überschrieben ist, bleiben die Argumente, abgesehen von der auch bei Birg (2005: 39, 123) explizit nationalen und implizit Huntington'schen Perspektive, vergleichsweise unauffällig wohlmeinend gedeutet angesichts der explizit formulierten nationalistischen Position. Doch das zwölfte Kapitel ist eine krude, bedenkliche, seltsame Mischung aus Gedanken zur Aufklärung, Verantwortung, Infantilisierung, Einwanderung, Integration, Demokratie und nicht vorhandenen Gewaltenteilung, zur wenig anerkannten Wissenschaft Demografie, zum Holocaust, Gesellschaftsvertrag, Konstruktivismus und Rassismus, zu Niklas Luhmanns Unkenntnis etc. (vgl. Birg 2005: 194-206). Die Problematik der Argumentation ist allerdings noch steigerbar und erreicht ihren Höhepunkt im abschließenden dreizehnten Kapitel zur Ethik (vgl. Birg 2005: 207-218), in dem mit Immanuel Kant und Hans Jonas gleichsam ein Kategorischer Fortpflanzungsimperativ behauptet, bestritten und letztlich doch unterstellt wird. Unklar ist, wie die schillernden Sätze zu verstehen sind, die einen Einblick in die Denkweise Birgs geben:

„Die Maxime Kants wäre z.B. verletzt, wenn das Fortpflanzungsverhalten der jüngeren Frauenjahrgänge in Deutschland auf die gesamte Menschheit übertragen würde. Wenn sich alle Frauen der Welt so verhielten wie jenes Drittel zeitlebens kinderlos bleibender Frauen unter den 1965 und später geborenen Jahrgängen in Deutschland, wäre die Erde mit dem Hinscheiden des zuletzt geborenen Menschen, also in etwa 120 Jahren, menschenleer.“ (Birg 2005: 208). Einige Seiten weiter heißt es: „...daß einige Menschen

auf Kosten anderer kinderlos bleiben könnten ... Das wäre so, als ob es für einen Teil der Gesellschaft erlaubt wäre, die Gesetze zu mißachten und z.B. Steuern zu hinterziehen, vorausgesetzt, daß die anderen Steuern zahlen und darüber hinaus freiwillig gemeinnützige Spenden leisten ...“ (Birg 2005: 216).

Eine gewisse Undurchsichtigkeit des Textes, die aus der Unsystematik der Argumentation erwächst, bleibt bestehen. Man weiß nicht so recht, für welches Anliegen Birg an welchem Punkt seiner Überlegungen jeweils streitet. Gewiss ist immerhin, dass der Bevölkerungsforscher sein Fach für geradezu skandalös marginalisiert hält und den Nationalsozialismus in keiner Weise als akzeptable Legitimation dafür betrachtet.

Wie aus den exemplarischen Beispielen deutlich geworden sein sollte, gilt vor allem den populärwissenschaftlich argumentierenden ProtagonistInnen der medialen Demografie-Debatte der zeitgenössische Feminismus als Auslöser der demografischen Frage; die Argumente sind zum Teil offen sexistisch. Der Ton ist zudem stark kulturkritisch, der Untergang des Abendlandes scheint unmittelbar vor der Tür zu stehen. Antifeminismus und konservative Kulturkritik bilden die Grundlagen des medialen Alarmismus, an dem sich Wissenschaftler mit populären Text(sort)en gerne beteiligen.

In der seriöseren wissenschaftlichen Debatte ist der geschlechterpolitische Ton dagegen zurückhaltender und die Argumentation orientiert sich stärker an ökonomistischen Ideologien. Dass die Emanzipationsansprüche von Frauen dazu führen können, Berufswünsche den Kinderwünschen vorzuziehen, wird unterstellt, doch gleichzeitig gibt es offenkundig stellenweise schon ein Bewusstsein darüber, dass massive strukturelle Barrieren der nach wie vor als weiblich gedachten Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenstehen. Vielleicht spiegelt sich ja in der Zurückhaltung gegenüber frauenfeindlichen Rhetoriken die Einsicht, dass nicht etwa Emanzipationswünsche, sondern vielmehr traditionelle Frauen- und Familienbilder die Geburtenraten in Europa und vor allem hierzulande haben sinken lassen (vgl. zweiwochendienst 211/2004: 20). Nationalistische Affekte werden allerdings auch im wissenschaftlichen Diskussionskontext bedient; bei diesem Motiv ist die Unterscheidung nach Textsorten nicht trennscharf.

Die Politik

In der Familienpolitik hat 2002 ein Paradigmenwechsel von der finanziellen Unterstützung von Familien, die nicht mehr weiter forciert werden soll, hin zum

bevölkerungspolitisch motivierten Ausbau der Kinderbetreuung stattgefunden. Seit dem Beginn der zweiten rot-grünen Legislaturperiode wird im Bundesfamilienministerium unter Ministerin Renate Schmidt (SPD) eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik betrieben. Diese wird seit 2005 von Ursula von der Leyen (CDU), der neuen Familienministerin der Großen Koalition, weitergeführt.

Die Familienpolitik unter der ehemaligen Ministerin Schmidt besteht aus einem policy mix aus finanziellen Transfers, v.a. an bedürftige Familien, einer familienfreundlichen Personalpolitik der Unternehmen und dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Auf diese Weise soll eine nachhaltige, bevölkerungsorientierte Familienpolitik umgesetzt werden. „Familienpolitik“, so Renate Schmidt, „kann eine höhere Geburtenrate durch bessere Rahmenbedingungen ermöglichen.“ (BMFSFJ, 13.11.2004). Damit Deutschland familienfreundlicher wird, hat die Ex-Familienministerin die „lokalen Bündnisse für Familien“ ins Leben gerufen, wo alle kommunalen AkteurInnen an einen Tisch geholt werden und vor Ort familienfreundliche Ideen entwickeln und umsetzen sollen. Auch die „Allianz für die Familie“, eine Initiative zusammen mit vielen Wirtschaftsverbänden und dem DGB, soll diesem Zweck dienen. Frauen – selten auch Männer – sollen durch flexible Arbeitszeiten, bessere Wiedereinstiegsprogramme und eine familienfreundliche Unternehmenskultur zum Kinderkriegen motiviert werden (vgl. BMFSFJ/Bertelsmann Stiftung o.J.). Kernstück der staatlichen Familienpolitik unter Schmidt ist das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG). Für den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige werden seit 2005 bis zu 1,5 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Bis 2010 soll ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, das sind 230.000 neue Plätze für unter Dreijährige, erreicht sein. Die neue Familienministerin von der Leyen setzt das Programm fort und droht den Kommunen sogar mit einem Rechtsanspruch auf die Betreuung von Kindern ab dem zweiten Lebensjahr, falls sie kein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kleinkinder bereitstellen (vgl. Koalitionsvertrag 2005). Die neue Familienministerin führt generell die pronatalistische Familienpolitik fort, indem sie die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessert und das einkommensabhängige Elterngeld – ein Vorschlag der SPD, dessen Basis das schwedische Elterngeldmodell ist – einführt. Für große politische und mediale Aufmerksamkeit haben die so genannten „Väter-Monate“ gesorgt, die beiden Monate also, die nicht übertragbar sein sollen. Sie sollen als Anreiz für Väter dienen, einen Teil der Elternzeit in Anspruch zu nehmen. CDU/CSU-Politiker wie Jürgen Rüttgers oder Norbert Geis kritisieren die Regelung als verfassungswidrig und werfen der Familienministerin vor, sie greife in die Erziehungsfreiheit der Eltern ein und propagiere ein einseitiges Familienleitbild: das der Zwei-Erwerbstätigen-Familie (vgl. Frankfurter Rundschau, 01.12.05; 05.12.05).

Die familienpolitischen Maßnahmen unter den Ministerinnen Schmidt und von der Leyen sollen potenzielle Mütter und Väter motivieren, Kinder zu bekommen. Ein signifikanter Aktionismus fällt dabei ins Auge, schaut man sich die Gründe für Kinderlosigkeit genauer an: Für den Rückgang der Geburtenzahlen gibt es mehrere Erklärungen: Er kann erstens auf die Zunahme freiwilliger Kinderlosigkeit zurückgeführt werden, zweitens auf uneingelöste Kinderwünsche, die wiederum unterschiedliche Ursachen haben können, und drittens auf die Auswirkungen später Erstgeburten. Diese haben zur Folge, dass die Zahl weiterer Geburten sinkt und das Risiko der ungewollten Kinderlosigkeit steigt. Insgesamt ist das Erstgeburtsalter deutlich angestiegen (vgl. Roloff 2003: 13 f.).

Die zusammengefasste Geburtenziffer verharrt in Deutschland seit den 70er Jahren auf einem niedrigen Niveau. Sie liegt derzeit bei 1,35 Kindern pro Frau. Kohortenspezifische Geburtenziffern zeigen für die Geburtsjahrgänge nach 1965, dass der Rückgang der Zahl der Geburten gestoppt ist (vgl. Enquête-Kommission Demografischer Wandel 2002; Dorbritz 2004). In den letzten Jahrzehnten hat die Kinderlosigkeit in Deutschland zugenommen. In Westdeutschland bleibt derzeit fast ein Viertel der Frauen kinderlos, in Ostdeutschland knapp 11% (vgl. BMFSFJ 2003). Der Anteil der kinderlosen Akademikerinnen liegt – anders als die Medien lange Zeit berichteten – je nach Datenbasis bei einem Viertel bis einem Drittel (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005; Wirth/Dümmler 2004).

Kinder kosten Geld. Dementsprechend versuchen Paare zunächst, sich eine finanzielle Basis zu schaffen, bevor sie Kinder bekommen. Arbeitslosigkeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse oder niedrige Einkommen verzögern den Prozess der Familiengründung. Dies gilt insbesondere für Männer, die sich eine ökonomische Basis und eine finanzielle Stabilität wünschen, bevor sie Kinder haben wollen (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005; Tölke/Diewald 2003).

Bei den Frauen wirken sich eine qualifizierte Ausbildung, die gestiegene Erwerbsbeteiligung und das Emporklettern auf der Karriereleiter in stärkerem Maße kinderhemmend aus als bei Männern. Viele Frauen schieben ihre Kinderwünsche aufgrund der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft hinaus (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005; Diemel 2003). Dazu tragen eine karrierefeindliche Unternehmenspolitik und fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen bei. Es bedarf allerdings eines deutlichen Ausbaus an Kinderbetreuungseinrichtungen, um Paare zu einer früheren Familiengründung zu motivieren, hat eine Studie zu den Auswirkungen des Kinderbetreuungsangebots auf Fertilitätsentscheidungen ergeben (vgl. Hank u.a. 2003).

Neben dem Vereinbarkeitsproblem ist auch das starke konservative Mutterleitbild in Deutschland zu erwähnen, das Frauen zu Rabenmüttern macht, wenn sie gleichzeitig berufliche Karriereambitionen haben. Auch wenn sich mittlerweile ein geschlechterkultureller Leitbildwandel hin zur modernisierten Versorgungsebene vollzogen hat, besteht die „Idee der privaten Kindheit“ und der „Zuständigkeit des Elternhauses für die Kinderbetreuung“ bis heute fort (Pfau-Effinger 2000: 124). Mütter sollen und wollen ihre (kleinen) Kinder zumindest halbtags zu Hause betreuen. Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit prägen daher die Erwerbsbiographien von Müttern. Durch institutionelle Rahmenbedingungen wie beispielsweise den Rechtsanspruch auf einen Halbtags-Kindergartenplatz für über Dreijährige oder das Ehegattensplitting wird dieses modernisierte Geschlechter-Arrangement der Hauptverdienerin mit Zuverdienerin verfestigt (vgl. Auth 2002).

Kinderlosigkeit ist auch eine Folge der Zunahme von Partnerlosigkeit und instabilen Partnerschaften, denn eine (stabile) Partnerschaft ist in der Regel die Voraussetzung für Kinder. SOEP-Daten zufolge sind von den Geburtskohorten 1961-1970 ca. 44% der kinderlosen Männer ohne Partnerin. Bei den Frauen ist es „nur“ gut ein Viertel (vgl. Schmitt/Winkelmann: 2005).

Fehlende PartnerInnen sowie instabile Partnerschaften, die karrierefeindliche Politik vieler Unternehmen gegenüber Frauen und Müttern, ein konservatives Familienleitbild, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheiten sowie bewusste Kinderlosigkeit tragen dazu bei, dass weniger Kinder in Deutschland geboren werden. Angesichts dieses Ursachenbündels wirkt die geburtenfördernde Familienpolitik aktionistisch und hilflos:

- Männer und Frauen, die in instabilen Partnerschaften leben oder Singles sind, erreicht man mit dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen – selbst für unter Dreijährige – nicht.
- Karriereorientierten Frauen nützt es für ihr berufliches Fortkommen nichts, wenn die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessert wird.
- Ein bewusst kinderloses Paar wird weder durch finanzielle Transfers noch durch weitere Kinderbetreuungseinrichtungen motiviert, Kinder zu bekommen.
- Und wenn Männer sich aufgrund fehlender finanzieller und sozialer Planungssicherheit gegen Kinder entscheiden, lassen sie sich weder durch erweiterte Teilzeitmöglichkeiten während der Elternzeit noch durch ein einkommensorientiertes einjähriges Elterngeld umstimmen.

Diese Beispiele zeigen, dass die meisten Gründe für Kinderlosigkeit nicht oder nur bedingt politisch beeinflussbar sind. Das konservative Mutterleitbild sowie die fehlenden Zukunftsperspektiven infolge wirtschaftlicher Unsicherheiten hängen von gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen ab, die nur zum Teil und nicht im Rahmen der Familienpolitik politisch steuerbar sind. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird nicht nur von rechtlichen Regelungen zu Elternzeit, Teilzeitarbeit und Kinderbetreuungseinrichtungen beeinflusst, sondern vor allem von unternehmerischen Auffassungen von karriereadäquatem Verhalten.

Beide Familienministerinnen setzen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Kind und Karriere auf weiche Instrumente, wie die „lokalen Bündnisse für Familie“ und die „Allianz für die Familie“. Hier wird zwar an einer richtigen Stelle angesetzt, doch der Ansatz wird erst langfristig Wirkung zeigen und das auch nur dann, wenn die Unternehmen den Leitbildwandel tatsächlich vollziehen. Gleichstellungspolitisch ist weiter kritisch einzuwenden, dass einerseits Männer bzw. (potenzielle) Väter nach wie vor zu wenig in den gesellschaftlichen und unternehmerischen Diskurs einbezogen und dass andererseits Frauen auf ihre Mutterrolle reduziert werden. Um die Vereinbarkeit von beruflicher Karriere und Familie zu verwirklichen, sind zudem Kinderbetreuungseinrichtungen notwendig. Insofern unterstützt das TAG die Erwerbstätigkeit von Müttern, wobei der Ausbau vermutlich zu langsam voranschreitet, um tatsächlich Auswirkungen auf die Geburtenrate zu haben.

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik setzt weiterhin voraus, dass das Gebärverhalten generell steuerbar ist. Historische Vergleiche zeigen aber, dass die Steuerungsfähigkeit des Gebärverhaltens sehr begrenzt ist (vgl. Willenbacher 2007; Roloff 2007). Wenn überhaupt, dann können Frauen (und Männer) motiviert werden, ihre (gewünschten) Kinder früher zu bekommen. Das kohortenspezifische Gebärverhalten ist demgegenüber erstaunlich konstant. Aus Ländervergleichen kann man lernen, dass politische Maßnahmen alleine nicht ausreichen, um das Gebärverhalten zu beeinflussen (vgl. Onnen-Isemann 2007 für Frankreich und Neyer 2004 für die nordischen Länder). Individuelle und familiäre Entscheidungsprozesse sind komplex und werden mindestens im Kontext (1) ökonomischer Gegebenheiten, (2) kultureller Leitbilder und (3) institutioneller Rahmenbedingungen getroffen.

Alarmismus und Aktionismus

Was bedeuten die Bevölkerungs-Hochrechnungen für die Politik? Die politischen Optionen werden sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob man von der

Zahl 67 Millionen oder der Zahl 81 Millionen ausgeht, also von einer erheblichen Abnahme der Bevölkerung oder von der Hoffnung auf eine doch noch stabile Entwicklung auf heutigem Niveau (Wachstumsoptionen werden nicht in Betracht gezogen). Das Steuerungsinstrumentarium ist beschränkt: Formen positiver Diskriminierung wie Geldleistungen, Rentenvorteile und Betreuungsgarantien haben bislang nicht zum Erfolg geführt, die Summe von vielen Milliarden Euro familienbezogener Leistungen jährlich hat die seit Jahrzehnten niedrige Geburtenrate nicht in die Höhe schnellen lassen. Offensichtlich sollen die Geburtenraten nun anders gesteigert werden – durch die alarmistische Struktur der öffentlichen Debatte über den demografischen Wandel in Deutschland und durch eine alarmistisch inspirierte aktionistische Familienpolitik, in deren Mittelpunkt nicht die Wünsche von Frauen und Männern stehen, sondern ökonomische und bevölkerungspolitische Zielsetzungen. Die konkret ergriffenen Maßnahmen gehen aber entweder an den Gründen für Kinderlosigkeit vorbei oder sie stehen isoliert in einem sozio-ökonomischen und politischen Klima, das von prekärer Beschäftigung, ökonomischer Planungsunsicherheit, veralteten Mütterleitbildern und weiblichen Karrierehemmnissen geprägt ist. *Familienpolitische Maßnahmen werden ohne ausreichende Ursachenforschung ergriffen – es handelt sich um pronatalistischen Aktionismus in einem alarmistisch geprägten Diskurs.*

Unter dem Dach der Bevölkerungspolitik wird Familien- und Gleichstellungspolitik betrieben, aber zwischen den drei Politikfeldern „knirscht“ es. Sie verfolgen jeweils eigene Zielsetzungen, die sich überschneiden können, oft aber im Konflikt miteinander stehen. Sie betreffen immer Frauen, aber in unterschiedlicher Weise: In der Bevölkerungspolitik werden Frauen als Gebärende instrumentalisiert, in der Familienpolitik werden sie auf ihr Muttersein reduziert. Auch wenn die familienpolitischen Ansätze unter den Ministerinnen Schmidt und von der Leyen, vor allem der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und das Elterngeld, gleichstellungspolitisch zu befürworten sind, bleiben sie dennoch Nebenprodukt einer pronatalistischen Familienpolitik. Die bevölkerungspolitische Instrumentalisierung und Ökonomisierung der Familienpolitik (bei gleichzeitiger Marginalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik) wird aber erstens nicht funktionieren, weil „Menschen noch nie einem Staat zuliebe Kinder gehabt haben“ (Rolloff 2003: 87); zweitens ist sie gesellschaftlich äußerst bedenklich: Wo ist eigentlich die Grenze zwischen der Erfüllung existierender Kinderwünsche und dem Druck auf Frauen, Kinder zu gebären? In der aktuellen Mischung aus aktionistischer Politik und alarmistischem Diskurs verschwimmen tatsächlich die Grenzen zwischen positiven (materiellen) Anreizen und sanktionierender öffentlicher Debatte. Was dem politischen Aktionismus an Druckpotenzial fehlt, wird durch den diskursiven Alarmismus generiert.

Literaturverzeichnis

Auth, Diana (2002): *Wandel im Schnecken tempo. Arbeitszeitpolitik und Geschlechtergleichheit im deutschen Wohlfahrtsstaat.* Opladen: Leske + Budrich.

Birg, Herwig (2003): *Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20, S. 6-17.*

Birg, Herwig (2005): *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa.* München: Beck, 4. Aufl.

BMFSFJ (2003) (erweiterte Neuauflage): *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland,* bearbeitet von Heribert Engstler und Sonja Menning. Berlin (www.bmfsfj.de, 15.10.04).

BMFSFJ/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.): *Allianz für die Familie. Balance von Familie und Arbeitswelt.* Grundlagenpapier der Impulsgruppe. Berlin (www.bmfsfj.de, 20.04.06).

Dienel, Christiane (2003): *Die Mutter und ihr erstes Kind – individuelle und staatliche Arrangements im europäischen Vergleich.* In: *Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 15, H. 2, S. 120-145.*

Dorbritz, Jürgen (2004): *Geburtenentwicklung in Deutschland: „Nur Tempoeffekte, aber kein Babyboom“.* In: *BiB-Mitteilungen, Jg. 25, H. 2, S. 10-14.*

Enquête-Kommission Demographischer Wandel (2002): *Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik.* Berlin.

Flöttmann, Bertrand (2005): *Der Wunsch nach einem Kind.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.06.05, S. 7.*

Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays.* Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hank, Karsten/Kreyenfeld, Michaela/Spieß, Katharina C. (2003): *Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland,* DIW Diskussionspapier Nr. 331. Berlin (www.diw.de, 05.08.05).

Huntington, Samuel P. (1997): *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* München/Wien: Europa, 3. Aufl.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen.* Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Koalitionsvertrag (zwischen CDU, CSU und SPD) (2005): *Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit* (www.bundesregierung.de, 07.12.05).

Kurtz, Stanley (2005): *Wie sich das Denken in unserer überalterten Welt verändern wird. Werden die Uhren der Moderne zurückgedreht? Der weltweite Bevölkerungsrückgang könnte zu einem sozialen Alptraum führen.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.03.05, S. 42.*

Neyer, Gerda (2004): *Kinderfreundlich und flexibel. Familienpolitik in den nordischen Ländern – basiert auf Gleichheitsprinzip.* In: *Demografische Forschung aus einer Hand, Jg. 1, Nr. 4, S. 3.*

Oberndörfer, Dieter (2005): *Demographie und Demografie. Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn.* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50, H. 12, S. 1481-1491.*

Onnen-Isemann, Corinna (2007): Deutsche Perspektive: Kinderlosigkeit – französische Perspektive: Elternschaft? Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Frankreich und Deutschland. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hrsg.), Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen: Barbara Budrich, i.E.

Pfau-Effinger, Birgit (2000): Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen: Leske + Budrich.

Roloff, Juliane (2007): Familienpolitik und Geburtenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der ehemaligen DDR. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hrsg.), Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen: Barbara Budrich, i.E.

Roloff, Juliane (2003): Demographischer Faktor. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike (2005): Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: Feministische Studien, Jg. 23, H. 1, S. 9-23.

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsberechnung. Wiesbaden (www.destatis.de, 25.08.04).

Tölke, Angelika/Diewald, Martin (2003): Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern. In: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen: Leske + Budrich, S. 349-384.

Willenbacher, Barbara (2007): Nationalsozialistische Bevölkerungspolitiken. In: Auth, Diana/Holland-Cunz, Barbara (Hrsg.), Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen: Barbara Budrich, i.E.

Wirth, Heike/Dümmeler, Kerstin (2004): Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 32 (www.gesis.org, 16.08.05), S. 1-6.

Andreas Mittrowann, Kerstin Schmidt, Carsten Große Starmann

Fit für den Wandel:

Bertelsmann Stiftung startet Schulungsprogramm für kommunale Entscheider

Der demografische Wandel ist für die Städte und Gemeinden ein Thema mit hoher strategischer Bedeutung, denn in den Kommunen werden die Auswirkungen am stärksten zu spüren sein. Immer weniger Kinder, eine zunehmend ältere Bevölkerung und starke innerdeutsche Wanderungsbewegungen führen in den Städten und Gemeinden zu tiefgreifenden Änderungen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Zukunftsplanung der Kommunen bereits heute und nicht erst in einigen Jahren an den absehbaren Entwicklungen ausgerichtet und kommunale Zukunft neu gedacht wird. Daraus resultieren wichtige Fragestellungen:

- Wie entwickelt sich unsere Kommune bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus?
- Welche konkreten Veränderungen werden lokal spürbar sein?
- Welche Handlungsfelder haben in unserer Kommune höchste Priorität?
- Was kann konkret getan werden?

Transparenz schaffen – Handlungsmöglichkeiten aufzeigen

Antworten auf diese Fragen gibt der Wegweiser Demografischer Wandel (www.wegweiserdemographie.de) der Bertelsmann Stiftung. Er verbindet umfangreiches Analysematerial mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Arbeit vor Ort. Als ein kommunales Frühwarn- und Informationssystem stellt der Wegweiser in einem frei zugänglichen Internetportal für alle deutschen Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern viele wichtige Informationen zur Verfügung:

- 52 Indikatoren zu den Politikfeldern Demografische Entwicklung, Soziale Lage, Wohnen sowie Wirtschaft und Arbeit
- eine kleinräumige Bevölkerungsprognose
- individuelle Demografieberichte
- die Beschreibung von 15 Demografietypen – inklusive spezifischer Empfehlungen für jeden Typ

Darüber hinaus ist es Ziel der Bertelsmann Stiftung, die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik und im kommunalen Management für die Herausforderungen der demografischen Veränderungen zu stärken.

Drei Trainingsmodule

Eine Befragung durch infas Sozialforschung, die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegeben war, bestätigt: 77 Prozent der kommunalen Entscheider/innen nannten das Thema „Demografischer Wandel“ als wünschenswerten Fortbildungsinhalt. Aus diesem Grund wurde gemeinsam mit erfahrenen Trainer/innen das „Demografie-Training für kommunale Entscheider/innen aus Politik und Verwaltung“ entwickelt. Die Demografie-Trainings umfassen drei aufeinander aufbauende Module, bei denen Praxisorientierung und Umsetzbarkeit der Inhalte im Vordergrund stehen.

Das **erste Modul** will die kommunalen Entscheider/innen für das Thema sensibilisieren und führt gleichzeitig in den „Wegweiser Demografischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung ein. Konkret werden folgende Fragestellungen beantwortet:

- Was verstehen wir unter dem Begriff „Demografischer Wandel“?
- Auf welchen Erkenntnissen können wir bereits aufbauen?
- Welche Entwicklungen sind irreversibel, welche beeinfluss- und gestaltbar?

- Welche Auswirkungen wird der demografische Wandel auf unsere Infrastruktur haben?
- Wie können wir mit entsprechenden Kennzahlen die eigene Stadtentwicklung steuern?
- Was müssen wir tun, um aus den Herausforderungen für unsere Kommune Chancen zu entwickeln?

Das **zweite Modul** zeigt die kommunalen Handlungsfelder im Kontext der demografischen Veränderungen auf und gibt konkrete Hilfestellungen zur Gestaltung der Folgen. Dazu zählen unter anderem Themen wie Kinder- und Familienfreundlichkeit, erfolgreiche Integration von Migranten und Migrantinnen oder kommunale Infrastrukturpolitik. Im Mittelpunkt steht die Beantwortung der folgenden Kernfragen:

- Wie setzen wir die Erkenntnisse aus dem demografischen Wandel im Interesse unseres Kreises bzw. unserer Stadt um?
- Welche kommunalpolitischen Themenfelder sind besonders zu berücksichtigen?
- Welche Verbündeten können den Prozess stützen und fördern?
- Welche Hindernisse sind zu erwarten, und wie können sie beseitigt werden?
- Welche Faktoren wirken im Umsetzungsprozess motivierend und fördernd?
- Wie können Bürgerinnen und Bürger am Prozess aktiv beteiligt werden?

Das **dritte Modul** thematisiert die strategische Umsetzung in der kommunalpolitischen Alltagswirklichkeit und hilft, Stärken und Schwächen der individuellen Kommunen für die künftigen Aufgaben zu analysieren. Die Teilnehmer/innen arbeiten dazu gemeinsam an den folgenden Fragen:

- Was ist strategische Steuerung?
- Wieso eignet sich das Thema „Demografischer Wandel“ für die Einführung strategischen Managements?
- Mit welchen Methoden kann eine Kommune Ziele und Handlungsoptionen für eine wünschenswerte Zukunft entwickeln?
- Welche kommunalen Akteure sollten in ein lokales Projekt zum demografischen Wandel einbezogen werden?
- Wie können die Prozesse in der Kommune gestaltet werden?
- Wie lassen sich die Erfolge wirkungsvoll kommunizieren?

Start in vier Bundesländern

Die Demografie-Trainings werden seit August 2006 in Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und im Saarland angeboten. Partner der Bertelsmann Stiftung sind die Hessische Akademie für politische Bildung (www.hess-akademie.de) und die Akademie für Kommunalpolitik (www.afk-akademie.de), bei denen die Trainings direkt gebucht werden können. Weitere Bundesländer sind für 2007 in Planung, auch in Nordrhein-Westfalen finden derzeit Gespräche mit potentiellen Partnern statt. Kernaktivität der Stiftung ist dabei die Gesamtsteuerung, die Qualifizierung von Trainern sowie der Transfer der Inhalte. Bereits zwei Trainer/innen-Workshops haben stattgefunden, unterstützt durch ein passgenaues Trainerhandbuch. Darüber hinaus wird die Stiftung jährlich ein- bis zweitägige Auffrischungs-Workshops für die Trainer/-innen anbieten.

Erste Erfolge

Wie zufrieden die kommunalen Entscheider/innen mit dem Demografie-Training sind, wird mittels einer Online-Befragung am Ende des Seminars sowie sechs Monate später durch eine Transfer-Evaluation gemessen. Das im Oktober durchgeführte erste Seminar haben die Teilnehmer/innen bei einer Antwortquote von 50 Prozent mit der Durchschnittsnote 2,0 bewertet – eine positive Motivation für alle Beteiligten!

Auch Gleichstellungsbeauftragte in Nordrhein-Westfalen können als lokale Impulsgeberinnen für die Durchführung eines Demografie-Trainings in ihrem Ort zahlreiche relevante Themen adressieren.

Kontakt:

Andreas Mittrowann

0 52 41/81 81 192

andreas.mittrowann@bertelsmann.de

Links

www.mgffi.nrw.de
www.frauen nrw.de
www.lds.nrw.de
www.engagiert-in-nrw.de
www.frauenbueros-nrw.de
www.inqa.de
www.wirtschaftskraft-alter.de
www.forum-demographie.de
www.bib-demographie.de
www.staedtetag.de
www.zdwa.de
www.demografische-forschung.org
www.aktion2050.de
www.destatis.de
www.bertelsmann-stiftung.de
www.wegweiserdemographie.de
www.bosch-stiftung.de
www.volkswagenstiftung.de
www.srzg.de
www.demographie-online.de
www.demotrans.de
www.globalife.de
www.moqua.arbeitundleben.de
www.b-b-e.de
www.startsocial.de
www.seniortrainer.de

Kapitel 2

Zukunft Familie

Elisabeth Beck-Gernsheim Was gibt's Neues vom Kinderwunsch?

Bernhard Nauck Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern

Franz Xaver Kaufmann Wie Familien zu helfen wäre

Barbara Thiessen „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“ – Demografie und sozialer Ausschluss

Uta Meier-Gräwe Chacun à son goût – Neue Esskulturen.
Wird die Frau als Ernährerin ausdienen?

Praxis

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW
Die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren.
Das Landesprojekt in Nordrhein-Westfalen

Rainer Möller Das Familien-Projekt der Stadt Dortmund

Elisabeth Beck-Gernsheim

Was gibt's Neues vom Kinderwunsch?¹

1 Was gibt's Neues vom Kinderwunsch?

Das Thema „Geburtenrückgang“ wird zur Zeit in Deutschland heftig und kontrovers diskutiert. Zur Einstimmung ein Blick auf die aktuelle Debatte:

- Im Frühjahr 2006 erscheint „Minimum“, das neue Buch von *Frank Schirrmacher*;² dem Mit-Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Darin wird ein Idealbild der Familie gezeichnet, die – so *Schirrmacher* – Altruismus produziert und das Überleben ermöglicht; und als Kontrast dazu erscheint das heutige Deutschland, das den Nachwuchs auf ein Minimum reduziert und damit die sozialen Grundmauern der Gesellschaft gefährdet.

- Der SPIEGEL macht sogleich eine Titel-Geschichte daraus: „Jeder für sich. Wie der Kindermangel eine Gesellschaft von Egoisten schafft“.³ Gleichzeitig erscheint eine Publikation des Berlin-Instituts für Bevölkerung und

1 Vgl. auch Beck-Gernsheim, Elisabeth: Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Geburtenrückgang und Kinderwunsch. München: Beck, erscheint im Herbst 2006

2 Frank Schirrmacher: Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft. München 2006

3 SPIEGEL Nr. 10/2006

Entwicklung, ihr Titel „Die demographische Lage der Nation“. Demnach ist Deutschland bei den Geburtenzahlen Spitzenreiter im negativen Sinne, nämlich „weltweit auf dem letzten Platz“.

- In der Folge entsteht eine emotional aufgeladene Mediendebatte. Von der FAZ bis zur Süddeutschen Zeitung, vom SPIEGEL bis zur ZEIT bis zur WELT: Auf vielen Seiten wird darüber geschrieben, warum immer weniger Kinder geboren werden und welche Folgen das für die Gesellschaft hat.
- Bemerkenswerte neue Wortschöpfungen werden kreiert. Die deutsche Gesellschaft, so heißt es nun, ist „kindvergessen“ (Bischof *Huber*)⁴, sie leidet an „Nachwuchsschwäche“ (*Franz Xaver Kaufmann*)⁵, und deshalb wird Deutschland zum „Schwundland“ (*Christian Schwägerl*)⁶.
- In diesem Zusammenhang ist viel von zunehmendem Hedonismus die Rede. Da wird über die „Genussgeneration“ geschrieben, über den „Weg in die Ich-Gesellschaft“ und über das „gut verdienende, kinderlose Pärchen, das alles anschaft, was gerade angesagt ist“.
- In vielen Beiträgen rücken speziell die Frauen ins Blickfeld: Sind sie es, die sich dem Kinderhaben verweigern? Wo liegen die Barrieren, was sind die Beweggründe? Das führt teils in politische Forderungen und Maßnahmen-vorschläge zum Abbau gesellschaftlich produzierter Hindernisse hinein; teils aber auch in ein alt-neues Geschlechterbild, das am Horizont wie ein mythischer Hoffnungsschimmer erscheint: Frauen als diejenigen, die qua Natur „die Gabe der Selbstlosigkeit und Aufopferungsfähigkeit“ besitzen – und die, so darf man hoffen, sich auf diese Gabe wieder besinnen.

Soviel zur Mediendebatte, die ihre Auswirkungen in Politik und Öffentlichkeit hat. Aber warum diese geballte mediale Aufmerksamkeit, und warum gerade heute? Was ist die Faktenbasis, wie sicher sind die empirischen Daten, und wie neu, wie überraschend sind sie? Damit wir die aktuelle Situation besser einschätzen können, möchte ich mit zwei kurzen Vergleichen beginnen. Da ist erstens der **Zeitvergleich**: Hat sich der Geburtenrückgang tatsächlich verstärkt? Und dann zweitens die **internationale Dimension**: Hat Deutschland wirklich die niedrigsten Geburtenzahlen der Welt?

4 Bischof Wolfgang Huber: Kinder, kein Job wie jeder, in: DIE ZEIT, Nr.15/2006, S.8

5 Franz-Xaver Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt 2005, S.116ff

6 Christian Schwägerl: Schwundland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2006

Der Geburtenrückgang im historischen und internationalen Vergleich

Zunächst zur Historie. Soviel ist zweifellos richtig: Die Geburtenzahlen in Deutschland sind sehr niedrig. Jedoch hat der Geburtenrückgang nicht erst gestern begonnen, sondern schon vor Jahrzehnten. Genauer: Einen ersten Geburtenrückgang gab es in Deutschland schon um 1900. Der zweite setzte dann 1965 ein. Nachdem im Nachkriegsdeutschland der 50er und 60er Jahre ein Babyboom verzeichnet wurde, begannen 1965 die Geburtenzahlen wieder zu fallen, sind dann weiter gesunken und haben sich danach auf niedrigem Niveau eingependelt. Für 2005 meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen symbolträchtigen neuen Tiefpunkt: „Niedrigste Geburtenzahl in Deutschland seit 1946“, nämlich weniger als 676.000 Kinder geboren, und das bedeutet: „Im Vergleich zum Jahr 1964, als in der Bundesrepublik und in der DDR mit insgesamt 1,357 Millionen Kindern ein Geburtenrekord erreicht wurde, hat sich die Zahl der Babys sogar halbiert“.⁷

Jedoch: Zum Zeitpunkt dieser Meldung gibt es noch gar keine gesicherten Daten, erst vorläufige Schätzungen. Und nach anderen Schätzungen, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung vorlegt, liegen die Geburtenzahlen etwas höher: Die symbolträchtige „Halbierung“ der Geburtenzahlen wird demnach nicht erreicht. Das nimmt den Sensationsmeldungen der Presse ein wenig von ihrem Reiz. Hinzu kommt, dass die absoluten Zahlen nur ein grober Hinweis sind. Um die längerfristige demografische Entwicklung einschätzen zu können, wird in der Bevölkerungswissenschaft üblicherweise die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau als Messwert genommen. Und danach hat sich, wie das Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft soeben nüchtern festgestellt hat, „die Kinderzahl je Frau ... in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert“.⁸

Im internationalen Vergleich zeigt sich: Der Geburtenrückgang trifft Deutschland keineswegs allein, sondern im Gegenteil: er ist kennzeichnend für fast alle hoch industrialisierten Länder. Hier ein Blick auf die Entwicklung in Europa in den letzten Jahrzehnten (siehe Tabelle S. 90).

Sicher, im Vergleich mit anderen Ländern sind die Geburtenzahlen in Deutschland sehr niedrig. Aber Deutschland weltweit am untersten Ende? Das ist ein Mythos. Er ist durch die bereits genannte Publikation des Berlin-Instituts entstanden, bei der ein sehr grober Messwert verwendet wurde (Geburten je

⁷ FAZ.NET., 15.3.2006

⁸ BiB-Mitteilungen, Nr.1/2006, S.13

<i>Land</i>	<i>1970</i>	<i>1980</i>	<i>1990</i>	<i>2000</i>
Irland	3.93	3.25	2.11	1.89
Frankreich	2.47	1.95	1.78	1.89
Norwegen	2.50	1.72	1.93	1.85
Luxemburg	1.98	1.49	1.60	1.79
Dänemark	1.95	1.55	1.67	1.77
Finnland	1.83	1.63	1.78	1.73
Niederlande	2.57	1.60	1.62	1.72
Belgien	2.25	1.68	1.62	1.66
Großbritannien	2.45	1.90	1.83	1.65
Schweden	1.92	1.68	2.13	1.54
Portugal	3.02	2.18	1.57	1.52
Schweiz	2.10	1.55	1.58	1.50
Deutschland	2.03	1.56	1.45	1.36
Österreich	2.29	1.62	1.45	1.34
Griechenland	2.39	2.21	1.39	1.29
Spanien	2.88	2.20	1.36	1.24
Italien	2.42	1.64	1.33	1.23

Kinderzahl je Frau, Europäische Länder, 1970 – 2000

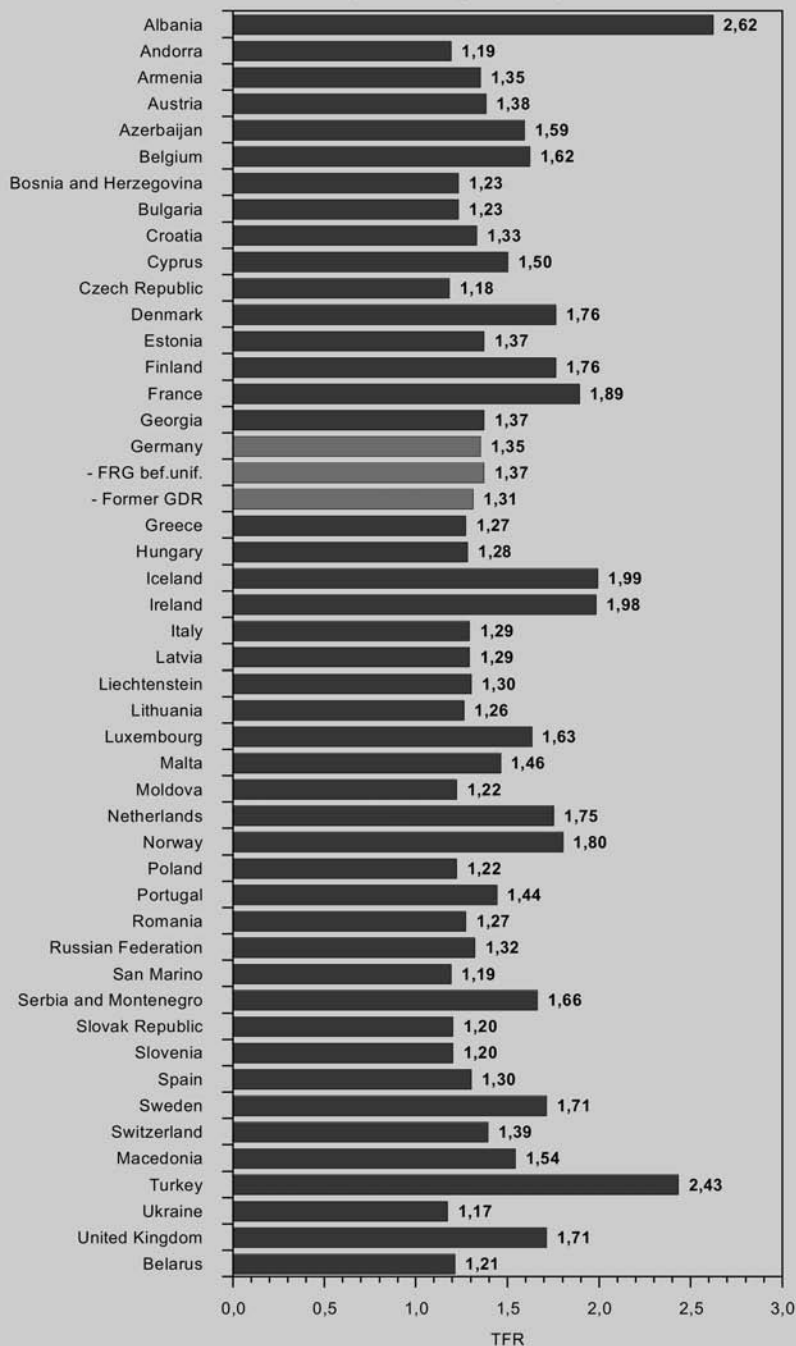
1.000 Einwohner). Nimmt man den in der Demografie üblichen Messwert, eben die durchschnittliche Kinderzahl je Frau, erhält man ein deutlich anderes Bild: Dann kann, so das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, „keine Rede davon sein, dass ... Deutschland Spitzenreiter im negativen Sinn bei den Geburtenzahlen sei“.⁹ Immerhin gibt es dann eine Reihe von Ländern – insbesondere in Südeuropa und Osteuropa –, in denen die Geburtenzahlen noch niedriger liegen.

Zeit für eine Zwischenbilanz

Die aktuelle Dramatisierung des Geburtenrückgangs ist also im wesentlichen ein Medienereignis, offensichtlich entstanden aus der Konkurrenz um Aufmerksamkeit, Schlagzeilen, Verkaufszahlen; sie ist nicht zuletzt auch eine inszenierte Werbekampagne, um eine neue Publikation prominent zu platzieren. Dabei klingen manche der Aussagen und Argumente seltsam vertraut, man kann sie beim Blick auf die Geschichte wieder erkennen:

⁹ BiB-Mitteilungen, Nr.1/2006, S.33

Zusammengefasste Geburtenziffer in europäischen Staaten
(letztes verfügbares Jahr)



Als um die Mitte der 60er Jahre die Geburtenzahlen in den meisten Ländern Mitteleuropas zu sinken begannen, schien dies zunächst eine kurzfristige Ausnahme zu sein, ein momentaner Ausrutscher nach unten. Dann wurde allmählich deutlich, dass der Geburtenrückgang länger anhielt, ja sich noch weiter verstärkte. In der Folge wurde die Geburtenentwicklung zu einem Thema, das Politik, Medien, Öffentlichkeit bewegte und lebhafte Kontroversen auslöste – schon damals. Auch vom „Aussterben der Deutschen“ war da schon die Rede. Und schon damals geriet das Geschlechterverhältnis ins Blickfeld – oder, wie es in jenen Zeiten noch hieß: die sich verändernde Rolle der Frau und die „Frauenemanzipation“. Da waren auf der einen Seite die Frauen der Frauenbewegung, die die traditionelle Mutterrolle als Unterdrückungsinstrument begriffen, die die Parole „Mein Bauch gehört mir“ formulierten und für die Freigabe der Abtreibung demonstrierten. Im anderen Lager fanden sich all die Politiker, Wissenschaftler, Leitartikel-Schreiber, die unablässig das Klagelied der „fehlenden Wiegen“ anstimmten, im Geburtenrückgang Zeichen für wachsenden Hedonismus und Egoismus erkannten – Egoismus natürlich vor allem auf Seiten der Frauen.

Alles schon einmal da gewesen und heute nun wieder: große Mediendebatten, der Geburtenrückgang im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, das Ganze vielfach hineinführend in eine Diskussion um die Wünsche, Interessen, Lebenspläne von Frauen. Hat sich seit den 60er Jahren nichts getan? Warum kehrt diese Debatte wieder? Wie ist die Entwicklung in den letzten vier Jahrzehnten verlaufen, seit damals, als der Geburtenrückgang begann und die Diskussion um seine Ursachen einsetzte? Was hat sich verändert, was ist konstant geblieben? Wie steht es heute um das Spannungsverhältnis zwischen Kinderwunsch und dem eigenen Leben der Frau? Es geht um eine historische Bewertung, die die Geschlechterperspektive einbezieht.

Es wäre freilich vermessen, alle diese Fragen hier umfassend behandeln zu wollen. Deshalb ist mein Vorhaben weit bescheidener. Ich will zwei Entwicklungen herausgreifen, die in den letzten Jahrzehnten eingesetzt haben und die – so meine These – an strategisch wichtigen Punkten in das Verhältnis von „Frauenleben und Kinderwunsch“ eingreifen:

Dabei geht es erstens um neue Angebote der Medizintechnologie, von der Pille zu Fortpflanzungsmedizin und Pränataldiagnostik. Zweitens will ich das Verhältnis von Beruf und Familie in den Blick nehmen: auf der einen Seite die Initiativen zur besseren Vereinbarkeit dieser Bereiche, auf der anderen Seite die neuen Gebote von Flexibilisierung und Deregulierung.

2 Neue Angebote der Medizintechnologie: von der Pille zu Fortpflanzungsmedizin und Pränataldiagnostik

Mit der Pille, deren Verbreitung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begann, und sich dabei je nach Land in langsamerem oder schnellerem Tempo durchsetzte, begann eine neue Epoche für Frauen. Zwar waren schon seit langem Verfahren zur Geburtenkontrolle bekannt, dennoch wurde mit der Pille ein wesentlicher Durchbruch erreicht: Jetzt endlich gab es ein Verhütungsmittel, das einfach anzuwenden und zudem hochgradig zuverlässig war; jetzt endlich war nicht mehr die ständige Angst vor einer Schwangerschaft gegenwärtig. Wahlfreiheit hieß die neue Verheißung: Frauen konnten selber entscheiden, wann sie ein Kind wollten und wie viele es sein sollten. Sie konnten abwarten, bis der Kinderwunsch in die sonstigen Vorgaben in ihrem Leben hinein passte. Und sie konnten sich gegebenenfalls auch gegen Mutterschaft entscheiden.

Wie ist aber, wenn wir zurückblicken, die tatsächliche Entwicklung verlaufen? Ist die Verheißung der Wahlfreiheit in Erfüllung gegangen?

Zeitliches Aufschieben

Zunächst einmal hatte die Pille zur Folge, dass viele Frauen abzuwarten begannen. Sie schoben den Kinderwunsch im Lebenslauf weiter hinaus. Sie versuchten, den „richtigen Zeitpunkt“ zu finden, in dem die Bedingungen stimmten: die Partnerbeziehung, der Ausbildungsabschluss, der Berufseinstieg, die Wohnung, das Einkommen. Erst wenn die Voraussetzungen einigermaßen günstig erschienen – oder der Kinderwunsch stärker wurde –, setzten sie die Pille ab und wurden, wenn es „klappte“, auch Mutter.

Für manche Frauen kam allerdings dieser richtige Zeitpunkt nie. Es gab immer ein Teilchen im Puzzle, das gerade nicht stimmte: Waren sie endlich im Beruf etabliert, konnten sich eine Baby-Pause leisten – da ging die Partnerschaft in die Brüche. Hatten sie endlich den richtigen Partner gefunden, ging der Job verloren und die finanzielle Basis wurde zu unsicher. Obwohl diese Frauen „eigentlich“ Kinder gewollt hatten, ergab es sich nicht. Je besser sie planen, je mehr sie möglichst „optimale“ Voraussetzungen schaffen wollten – desto mehr wuchs die Wahrscheinlichkeit, dass sie das Kinderhaben am Ende verpassten.

Von der Möglichkeit zur Pflicht der Verhütung?

Betrachtet man die Entscheidungssituation genauer, die mit der Pille entstanden ist, so kann man durchaus auch fragen: Wie frei ist die Entscheidung fürs

Aufschieben wirklich? Die Geschichte der Technik hat vielfach gezeigt, dass eine neue Technik nicht neutral ist, sondern ein ganzes Programm sozialen Wandels in sich birgt. Und so auch hier: Unter dem Eindruck der neuen Möglichkeiten der Geburtenkontrolle veränderten sich allmählich auch die Einstellungen, Normen, Erwartungen dazu. Dabei kamen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zwei Entwicklungen zusammen, die sich wechselseitig verstärkten. Zum einen setzte ein tief greifender Wandel der weiblichen Normalbiographie ein: Die Teilhabe an Bildung und Beruf wurde auch für Frauen allmählich selbstverständlich. Zum anderen stand gleichzeitig mit der Pille ein Mittel zur Verfügung, das der Frau eine effektive Kontrolle ihrer Fruchtbarkeit erlaubt. Im Zusammentreffen beider Entwicklungen bahnte sich eine Veränderung der gesellschaftlich vorherrschenden Moral an: Aus der Möglichkeit der bewussten Geburtenkontrolle wurde allmählich die Erwartung der bewussten Geburtenkontrolle. „Die neue Moral heißt rationale, technisch-sichere Verhütung. Ihr Leitbild ist der aufgeklärte moderne Mensch, der verantwortungsbewusst mit dem Akt der Zeugung umgeht. Allmählich werden diejenigen verdächtig, die im Zeitalter der unbegrenzten Verhütungsmöglichkeiten keinen Gebrauch davon machen. Verhütung wird vom notwendigen Übel zur aufgeklärten Staatsbürgerpflicht“ (Monika Häußler).¹⁰

Und diese Pflicht trifft nun vor allem die Frauen. Sie sind es, die mit dem Störfall Mutterschaft verantwortungsbewusst umgehen sollen, damit ihre Chancen im Bildungssystem und in der Berufswelt nicht eingeschränkt werden. Sie sollen Mutterschaft so unauffällig und so effizient wie möglich organisieren – dafür, so die Verheißung, dürfen sie dann auch an den Segnungen der Moderne teilhaben. Wie oft diese Verheißung tatsächlich in Erfüllung geht, das ist eine andere Frage. Aber offensichtlich ist, dass hier ein neues Leitbild seinen Aufstieg erlebt. In seinem Zentrum steht die junge Frau, aufgeklärt, aktiv und dynamisch, die ihren Lebensentwurf langfristig plant und rational umsetzt; die sich, das ist dabei ein wichtiger Punkt, nicht leichtfertig den Zufällen der Biologie unterwirft, sondern konsequent die Möglichkeiten der Geburtenkontrolle nutzt. Kurz, die erst einmal lange verhütet, weil sie eine qualifizierte Ausbildung absolviert; die selbstverständlich auch Zusatzqualifikationen erwirbt, durch Sprachkurse, Auslandsaufenthalte, Betriebspraktika; dann aus den verschiedenen Möglichkeiten des Berufseinstiegs die optimale auswählt; danach ihre Berufsposition ausbaut und konsolidiert – und die frühestens nach Abschluss all dieser Schritte die Pille absetzt und mit dem Mutterwerden beginnt.

In diesem Leitbild ist jedoch eine neue Gefahr enthalten: die Planungsfalle. Nach der neuen Devise sollen die Frauen den möglichst optimalen Zeitpunkt für

10 Monika Häußler: Von der Enthaltbarkeit zur verantwortungsbewußten Fortpflanzung. In: Diess. u.a. : Bauchlandungen. Abtreibung – Sexualität – Kinderwunsch. München 1983, S.65

die Geburt eines Kindes sorgfältig abwägen und entsprechend bestimmen. Dem steht als hartes Faktum entgegen, dass es diesen mythischen optimalen Zeitpunkt fast niemals gibt. Die moderne Arbeitswelt mit ihrem schnellem Wandel fordert ununterbrochenen Einsatz; wer unterbricht, pausiert, die Arbeitszeit reduziert, muss immer mit erheblichen Einbußen rechnen. Statt dieses Problem als ein gesellschaftliches sichtbar zu machen und entsprechend nach gesellschaftlichen Lösungen zu suchen, wird das Problem als privates definiert: Die Verhütungstechnologie wird dazu benutzt, jene Frauen für irrational zu erklären, die sich „falsch“ entscheiden oder sich weigern, „vernünftig“ zu planen. Sie werden für „Fehlplanungen“ persönlich verantwortlich gemacht: selber schuld, heißt es dann.

Die Pille als Einstieg in die Fortpflanzungstechnologie

Dabei erweist sich das zeitliche Aufschieben, das das neue Lebensprogramm verlangt, für nicht wenige Frauen als problematisch. Nachdem sie sich endlich zum Kinderhaben entschließen und die Pille absetzen, passiert – nichts. Sie müssen feststellen, dass die Pille zwar das Verhüten leicht macht und in diesem Sinn zur genauen Lebensplanung beitragen kann. Aber die andere Seite der Medaille ist – und das hatten in den ersten Jahren der Pilleneuphorie nur wenige vorher bedacht –, dass mit dem zeitlichen Aufschieben die biologischen Voraussetzungen für eine Schwangerschaft unsicherer werden. Die Fruchtbarkeit, so die nüchternen Fakten, nimmt mit steigendem Alter der Frau ab. So wächst in den weiteren Jahren – und nicht zuletzt als Folge bzw. Nebenfolge der Pille – die Zahl der Frauen, die ungewollt kinderlos bleiben.

Wie wir wissen, sind für Frauen in dieser Situation neue Auswege entstanden, oder genauer zumindest: die Verheißung von Auswegen. Seit den 70er, 80er Jahren sind in schneller Folge immer mehr Angebote der Reproduktionsmedizin entwickelt und technisch perfektioniert worden, von der hormonellen Stimulation über die In-vitro-Befruchtung bis zur Eizellen-Spende. Allerdings können auch diese Behandlungsverfahren keine einfache Lösung anbieten, sondern haben wiederum eine Kehrseite. Das beginnt mit den finanziellen Kosten (je nach Land und Regelung muss der Patient bzw. die Patientin einen – größeren oder geringeren – Teil der Behandlung selber bezahlen). Hinzu kommen Risiken im psychischen und sozialen Bereich, bedingt durch „Sexualität nach Kalender und Zeitplan“, die emotionale Anspannung, den ständigen Wechsel zwischen Hoffen und Bangen. Hinzu kommen die physischen Belastungen durch weitgehende Eingriffe in den Körper der Frau, die sich zum Beispiel aus der hormonellen Überstimulierung ergeben. Wenn es gut geht, kommt am Ende das Kind, das heiß ersehnte. Wenn nicht – weil die Erfolgswahrscheinlichkeit vieler Behandlungs-

verfahren recht gering ist –, bleiben am Ende Enttäuschung und das Gefühl des Verlusts.

So gesehen ist die Wahlfreiheit, die die Pille zunächst gebracht hat, für viele Frauen am Ende ins Gegenteil umgeschlagen. Sie hat sie zu Klientinnen im großen Betrieb der Fortpflanzungstechnologie gemacht – mit all den Abhängigkeiten und Zwängen, Risiken und Kosten, die sich daraus ergeben.

Die Risiken der späten Mütter

Dies gilt ähnlich für die Frauen, die das Kinderhaben lange verschoben haben, sehr lange, die schließlich schwanger werden wollten, und es auch wurden, aber die mittlerweile ja älter geworden waren. Und nachdem in den letzten Jahrzehnten Pränatal- und Gendiagnostik schnelle Fortschritte gemacht hatten, nachdem sie die genetischen Grundlagen von Gesundheit und Krankheit immer genauer aufschlüsseln konnten, gerieten die Risiken der „späten Mütter“ zunehmend ins Blickfeld, wurden in vielen Ländern über Medien und nicht zuletzt Frauenzeitschriften verbreitet – wurden derart zum Allgemeinwissen, dem keiner und keine entkam. Passgerecht für die entsprechenden Ängste entwickelte sich ein eigenes Repertoire medizintechnischer Hilfsangebote aus Pränatal- und Gendiagnostik. Also Tests verschiedener Art, im Kern ein Normalitäts-Check fürs Ungeborene, um die schwangere Frau zu beruhigen und ihr die Ängste zu nehmen.

Aber auch diese Verheißung hat ihre Kehrseite, denn bekanntlich können die Tests keinen Garantie-Schein für günstige Befunde anbieten. Was ist, wenn der Befund diffus ist, unklar, mehrdeutig? Oder was, wenn er eindeutig ist, wenn er eine Behinderung ausweist? Oder wenn die Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) gar eine Fehlgeburt auslöst – ich bin jetzt 38, auf dieses Kind habe ich solange gewartet, vielleicht ist diese Schwangerschaft meine letzte und einzige Chance? An solchen Fragen wird deutlich, was die Kehrseite der Wahlfreiheit ist: Je länger die Frauen das Kinderhaben aufschieben, desto eher werden sie in einem späteren Stadium konfrontiert mit den Ängsten, die um eine mögliche Behinderung des Kindes kreisen, mit den daran geknüpften Unsicherheiten, Entscheidungszwängen, Entscheidungskonflikten. Auch hier also hat die fast perfekte Verhütung den Weg für den Einsatz weiterer Medizintechnologie vorbereitet. Dabei werden Frauen zu Patientinnen/Klientinnen und erfahren neue Abhängigkeiten. Die „Schwangerschaft auf Probe“ (*Barbara Katz Rothman*)¹¹ wird zunehmend zur Normalität.

11 Barbara Katz Rothman. *The Tentative Pregnancy. Prenatal Diagnosis and the Future of Motherhood*. London 1988

3 Das Verhältnis von Beruf und Familie: Initiativen zur besseren Vereinbarkeit versus Flexibilisierung und Deregulierung

Bis Ende der 60er Jahre gab es in vielen europäischen Ländern eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Ungleichheit im Bildungsbereich. Dann aber setzten politische Initiativen ein, um die Bildungsteilhabe von Mädchen bzw. Frauen zu stärken, und diese Initiativen waren äußerst erfolgreich: Immer mehr Frauen besuchten weiterführende Schulen, erhielten eine qualifizierte Ausbildung, begannen ein Studium. In der Folge nahm die Berufsmotivation von Frauen deutlich zu. Viele Frauen wollten nicht mehr nur „dazuverdienen“, sondern selbständig berufstätig sein und auch berufstätig bleiben – auch nach der Heirat, auch nach der Geburt eines Kindes. Für eine solche „Doppelbelastung“ – so der damals übliche Begriff – war aber in den Strukturen der Arbeitswelt kein Platz. So erfuhren immer mehr Frauen die Teilhabe an beiden Bereichen als andauerndes, ihren Alltag prägendes Spannungsverhältnis. Es war diese Erfahrung, es war das Erlebnis der ständigen Belastung und Überlastung, das zum Auslöser und Anstoß für eine neue Forderung wurde. Die Devise hieß nun: Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Und was ist daraus geworden, heute, vier Jahrzehnte danach? Bei einem europäischen Vergleich ergibt sich kein einheitliches Bild, es zeigen sich vielmehr unterschiedliche Konstellationen je nach betrachtetem Land. In grober Verallgemeinerung kann man sagen, in West- und Nordeuropa ist die Forderung nach Vereinbarkeit inzwischen „sozial angekommen“, in Politik wie Öffentlichkeit breit akzeptiert; hierbei haben zum Teil auch die drastisch gesunkenen Geburtenzahlen eine wichtige Rolle gespielt und die Befürchtungen, die sich mit dem Stichwort Bevölkerungsrückgang verbinden. Kurz, „bessere Vereinbarkeit“ ist hier zum Bestandteil der politischen Programmatik geworden, zur Pflichtformel in seriösen Parteien und Organisationen.

Aber auch da, wo die Notwendigkeit eines Wandels im Prinzip anerkannt ist, kommt dieser Prozeß in der Praxis oft nur langsam voran. Zweifellos hat sich in Nord- und Westeuropa in den letzten Jahrzehnten manches bewegt. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, sind auf der Ebene der politisch-institutionellen Vorgaben neue Initiativen in Gang gesetzt worden, von Elternurlaub bis zu Angeboten der Kinderbetreuung. Aber je nach Land werden die Prioritäten unterschiedlich gesetzt, je nach Land ist die Bilanz unterschiedlich. Bislang sind Erfolge vor allem in Frankreich und den skandinavischen Ländern erkennbar, ansonsten bleiben die Fortschritte eher bescheiden. Ob Deutschland,

ob Großbritannien, ob Spanien: Die öffentlichen Angebote für Kinderbetreuung reichen nicht aus.

So bleiben in vielen Ländern Frauen weiter gefangen zwischen den Vorgaben der Berufswelt und den Anforderungen der Kinderversorgung. Und hinzukommt in den letzten Jahren eine Entwicklung, die das Spannungsverhältnis weiter verschärft: die Globalisierung und ihre Folgen.

Prekäre Arbeitsverträge, prekäre Biographien

Globalisierung bedeutet nicht nur wirtschaftlicher Austausch und Öffnung der Märkte, sondern damit verbunden sind auch mehr Konkurrenzkampf, schnelleres Tempo, verstärkter Innovationsdruck. Je mehr aber die Arbeitswelt von den Gesetzen und Zwängen eines globalisierten Marktes geprägt wird, desto weniger Raum bleibt für soziale Gesichtspunkte, wie etwa die Rücksicht auf Familien und deren Bedürfnisse. Dies wird deutlich, wenn man die heutige Situation mit der in den 50er, 60er, 70er Jahren vergleicht: Zwar war damals in weiten Regionen Südeuropas Armut verbreitet, und auch in Mitteleuropa war das Lohnniveau niedrig, der Wohlstand vergleichsweise bescheiden. Aber auf der anderen Seite bildeten in Mitteleuropa feste Arbeitsverhältnisse und feste Arbeitszeiten die Norm, Arbeitskräfte wurden gesucht; und als dann die Arbeitslosigkeit allmählich zunahm, blieb sie immer noch vergleichsweise niedrig. Von daher waren hier wichtige Koordinaten der Existenzsicherung stabil, die Voraussetzungen für eine langfristige Lebensplanung günstig. Es gab einen verlässlichen Rahmen, um soziale und familiäre Bindungen aufbauen zu können.

Tempi passati, vergangene Zeiten. „Hilfe, mein Arbeitsplatz wandert aus“ ist ein Satz, der das Zeitalter der Globalisierung kennzeichnet. In vielen westlichen Ländern ist die Arbeitslosigkeit drastisch gestiegen. Und von den Menschen, die heute einen Arbeitsplatz haben, wissen viele nicht, ob das morgen noch gilt. Dazu heißen die Postulate, die die Arbeitswelt immer stärker bestimmen, Flexibilisierung und Deregulierung. Wer ins Berufsleben einsteigt, bekommt häufig nur Praktika angeboten (im Klartext: man muss regulär arbeiten für wenig Geld). Auch im Stadium danach gibt es immer seltener feste Stellen, stattdessen kurzfristige Verträge; also keine Sicherheit auf Dauer, sondern nur einen Scheck für heute und morgen. Prekarisierung breitet sich aus, bis weit in die Mittelschichten hinein, Unsicherheit der Lebensplanung wird zur Grunderfahrung in der Generation der jungen Erwachsenen heute. Und damit sind immer größere Gruppen mit der Frage konfrontiert: Wie soll man auf derart prekärer Grundlage eine Familie gründen? Wie die Verantwortung für ein Kind übernehmen?

Mobilität statt Kontinuität

Und selbst wenn man Glück hat und einen Arbeitsplatz findet, bauen sich neue Hürden auf: Arbeitsort und Arbeitszeiten werden zum Problem. Statt Kontinuität ist heute die Bereitschaft zum vielfachen Wechsel gefordert. In immer mehr Berufsfeldern gehört geographische Mobilität zum Alltag dazu (Praktikum im Ausland, Dienstreise in eine andere Stadt). Und ist erst die eine Stelle beendet, muss man oder frau sich eine neue suchen – also von Kassel nach Köln, von Dresden nach Dortmund. In immer mehr Berufsfeldern muss man auch zeitlich mobil sein (Abendkurs, Nachtschicht, Wochenendseminar). Neuere Arbeitszeitstudien weisen die empirische Auflösung der „Normalarbeitszeit“ nach: Zugenommen haben in den letzten Jahren vor allem Sonntagsarbeit, Teilzeitarbeit, Gleitzeitarbeit, Überstundenarbeit sowie Arbeitszeitkonten.

Das alles ist aus betrieblicher Sicht zweifellos nützlich. Wie aber verträgt es sich mit den Anforderungen eines Lebens in und mit der Familie, das umgekehrt gerade Kontinuität, Präsenz, Verlässlichkeit braucht? Schon die Partnerbeziehung wird schwierig, wenn er in Leipzig arbeitet und sie in Flensburg. Noch viel schwieriger wird es, wenn erst Kinder da sind. Die kann man nicht im Tiefkühlfach lagern und, wenn das Fortbildungsseminar oder die Dienstreise vorbei ist, wieder herausholen. Man muss sich nicht wundern, wenn angesichts zunehmender Mobilitätswänge junge Frauen und Männer sagen: Das schaffe ich nicht. Das ist zu kompliziert. Da will ich lieber kein Kind.

Wenn man die heutige Situation mit der in den 60er Jahren vergleicht, fällt die Bilanz wiederum zwiespältig aus. Zweifellos ist auf politischer Ebene versucht worden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Doch die Anstrengungen blieben punktuell, die Erfolge begrenzt. Auf der anderen Seite hat sich seit damals das Gefüge der Arbeitswelt nachhaltig verändert. Flexibilisierung und Deregulierung sind die Gebote, die sich immer mehr durchgesetzt haben. War für die Arbeitswelt vorher schon eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber der Familie kennzeichnend (Franz-Xaver Kaufmann)¹² – so wird diese Rücksichtslosigkeit nun noch vorangetrieben und weiter gesteigert.

Die Akademikerin oder: Dr. habil. Kinderlos

Soviel zu den allgemeinen Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im konkreten fällt das Vereinbarkeits-Problem unterschiedlich aus je nach Berufsfeld, Betrieb, Arbeitgeber. In besonders drastischer Form stellt es sich

¹² Franz-Xaver Kaufmann: Die Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. München 1995, S.169ff

für Frauen, die eine Universitätskarriere anstreben: Im Wissenschaftsbetrieb ist die „innere Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Familie und Kindern geradezu mit Händen zu greifen. Die hier geltenden Regeln hat die amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild schon vor 30 Jahren prägnant beschrieben:

*„Verschwende keine Zeit. Bemühe dich früh um ein gutes Forschungsthema und suche dir einen einflußreichen und gleichzeitig freundlichen Betreuer, von dem du auch wirklich etwas lernen kannst. Und, was am allerwichtigsten ist, konzentriere dich und deine ganze Person auf die entscheidenden Jahre, die nach der Dissertation kommen ... Da darf nichts anderes Priorität haben. Nimm das beste Stellenangebot an und zieh dorthin, egal wie deine persönliche und familiäre Situation aussieht. Veröffentliche dein erstes Buch in einem angesehenen Verlag und zieh quer durchs Land, wenn dir jemand eine bessere Berufsposition bietet – auch wenn es nur eine kleine Verbesserung ist. Zeige unermüdliches Engagement in Forschung, beruflichen Organisationen, Herausgeber-Aufgaben, damit dein Name im Wissenschaftsbetrieb bekannt wird – dies solltest du erreichen, wenn du Ende Zwanzig, spätestens Anfang Dreißig bist“.*¹³

Hierzulande und heute sieht die Situation nicht besser aus, im Gegenteil. Nach dem Studium erst einmal die üblichen akademischen Karrierestufen, Examen, Promotion, Habilitation; das dauert lange – in Deutschland noch länger als in anderen Ländern. So ist, allein schon durch die zeitlichen Vorgaben, der akademische Lebenslauf extrem kinderfeindlich. Denn Wissenschaftler – egal ob Mann oder Frau – müssen ihre höchste Produktivität genau in jenem Lebensabschnitt entfalten und dann auch noch im Blickfeld der scientific community sozial wirksam vorstellen, in dem andere Akademiker ihre ersten Berufserfahrungen schon hinter sich haben und mit dem Kinderkriegen anfangen können. Das sind die Jahre zwischen Anfang und Ende Dreißig: Genau da muss der aufstrebende Jungwissenschaftler Höchstleistung zeigen – also Drittmittel einwerben, bei Evaluierungsverfahren eine gute Figur machen; hinzu kommen Nächte im Labor, Überstunden in der Bibliothek, Tingeltouren durch die Republik, Vorträge auf nationalen und internationalen Kongressen. Nicht zu vergessen das Prinzip „Publish or perish“: Wer keine umfassende Liste gut platzierter Veröffentlichungen vorweisen kann, hat keine Chance.

Unter diesen Bedingungen verwundert es nicht, wenn viele der angehenden Professoren und Professorinnen zum Kinderkriegen schlicht keine Zeit haben. Eine aktuelle Studie der Universität Dortmund liefert dazu folgende Zahlen: In der Altersgruppe der 37- bis 42-Jährigen, also in der Spätphase weiblicher

13 Arlie Russell Hochschild: Inside the Clockwork of Male Careers. In: Florence Howe (Hg.): Women and the Power to Change. New York 1975, S.49

Fortpflanzungsfähigkeit, sind gut 58 Prozent der Nachwuchsforscherinnen ohne Kinder; bei den Männern des wissenschaftlichen Nachwuchses sind es 50 Prozent, also kaum weniger. Die ZEIT berichtet darüber unter dem bezeichnenden Titel: „Dr. habil. Kinderlos“. Das Fazit heißt knapp und prägnant: „Die Universität scheint eine verhütende Wirkung zu haben“.¹⁴

4 Ausblick

Man kann die Geschichte der letzten 40 Jahre in leuchtenden Farben schildern: Dank Pille wurden die Frauen von der Last ungewollter Schwangerschaften befreit. Dank der politisch-institutionellen Veränderungen, die allmählich durchgesetzt wurden, ist die Verbindung von Kind und Erwerbstätigkeit um einiges leichter geworden.

Man kann dieselbe Geschichte aber auch in düsteren Farben ausmalen. Demnach sind durch die Verheißung der leichten Verhütung immer mehr Frauen zu Klientinnen der höheren Medizintechnologie geworden. Demnach steht die Arbeitswelt nun unter dem Diktat von Flexibilisierung und Deregulierung und ist im Ergebnis noch stärker kinderfeindlich geworden.

Welche dieser Darstellungen ist richtig? Beide enthalten, so meine ich, je einen Ausschnitt der Wahrheit. Aber ob man nun die eine Variante wählt oder die andere, so viel zumindest ist wohl offensichtlich geworden: Die gegenwärtige Mediendebatte um Geburtenrückgang und Frauen wird vielfach realitätsfern, ja doppelzünftig geführt. Da gibt es angesehene Zeitungen, die im Wirtschaftsteil mehr Konsum fordern, um die Produktion anzukurbeln; die im Wirtschaftsteil erst recht die neue Arbeitswelt feiern, Mobilität zum obersten Gebot machen und von allen, ob Mann oder Frau, vollen Einsatz verlangen, ohne Rücksicht auf persönliche und familiäre Bindungen. Und dieselben Zeitungen füllen die Feuilletons nun mit ganz anderem Stoff, mit emotionalen Appellen an die Adresse der Frauen, penetrant die Botschaft verkündend: Konsum und Karriere sind unwichtig, wichtig dagegen sind Familie und Kinder. Denn Kinder sind Liebe! Kinder sind Glück! Kinder bereichern das Leben!

Aber Frauen haben gelernt – nicht zuletzt selbständiges Denken. Sie wissen, dass Kinder das Leben bereichern. Aber sie sehen auch die Kehrseite: Wo Kinder sind, da lebt vielfach die überwunden geglaubte Arbeitsteilung wieder auf, der Mann im Beruf, die Frau zuständig für die Familie; da können Frauen leicht in die Armutsfalle geraten, insbesondere dann, wenn sie zu Alleinerziehenden werden.

¹⁴ Siehe Martin Spiewak: Dr.habil. Kinderlos, in: DIE ZEIT, Nr.15/2006, S.43

Die jungen Frauen von heute haben solche Geschichten im Familien- und Freundeskreis vielfach beobachten können. Und sie haben daraus eines gelernt: Solange die Rahmenbedingungen weiter so sind, wie sie sind – solange Kinder hierzulande spät eingeschult werden, dafür mittags schon früh aus der Schule kommen; solange die Allgegenwart der Mutter mythisch verklärt wird und berufstätige Mütter als Rabenmütter stigmatisiert werden; solange die Väter wenig Bereitschaft zur Hausarbeit zeigen und die Elternzeit ganz der Frau überlassen –, solange bedeutet Kinderhaben für Frauen ein Risiko, ein enormes biographisches Wagnis.

Es liegt in der Konsequenz dieser Einsicht, wenn Frauen heute zunächst einmal abwarten und die eigene Existenzgrundlage zu sichern versuchen, bevor sie in immer späteren Jahren mit dem Kinderhaben beginnen – oder am Ende vielleicht auch kein Kind bekommen. Emotionale Appelle an die „Gabe der weiblichen Selbstlosigkeit“ werden da wenig nutzen: Sie werden die Frauen kaum zu neuem Kinderkriegen bewegen.

Bernhard Nauck

Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern¹

Ein Thema, das jahrzehntlang ein Nischendasein geführt hat, erreicht plötzlich die Öffentlichkeit: *der demografische Übergang*. Was Demografen seit mehr als 30 Jahren auch für Deutschland beschrieben haben, wird nunmehr auch außerhalb von demografischen und familiensoziologischen Fachzirkeln diskutiert, nämlich die Konsequenzen des Geburtenrückganges und wachsender Lebenserwartung für moderne Gesellschaften. Tatsächlich sind für den hier interessierenden Geburtenrückgang die Tatsachen seit langem wohlbekannt:

- In Deutschland lagen die zusammengefassten Geburtenziffern bereits nach dem Ersten Weltkrieg erstmals unter dem **Bestandserhaltungsniveau**; bezogen auf die endgültigen Kinderzahlen haben die um 1880 geborenen Frauen letztmalig das Bestandserhaltungsniveau erreicht (Schwarz 1991).
- Bei der seit drei Dekaden um einen Wert von 1.4 oszillierenden zusammengefassten Geburtenziffer und bei einem Bestandserhaltungsniveau von 2.1 für die deutsche Gesellschaft ergibt sich, dass in jeder Generation etwa ein

¹ Gekürzte und überarbeitete Fassung von: Kinder als Objekte individuellen und kollektiven Nutzens. Anmerkungen zur familien- und sozialpolitischen Diskussion, Zeitschrift für Sozialreform, 50, 2004, S. 60 - 80

Drittel Geburten für die Bestandserhaltung fehlen. Ausdrücklich betont sei hierbei, dass es sich beim Bestandserhaltungsniveau keineswegs um eine „natürliche“ Zielgröße im Kontext sozial- oder bevölkerungspolitischer Diskussionen handelt.

- Diese Lücke nachhaltig über **Bevölkerungsimporte** schließen zu wollen, weckt nicht nur Widerstreben in der Bevölkerung es stellt vielmehr große **Herausforderungen an die Sozialintegration**, die keinesfalls kostenfrei zu haben ist und es resultiert in weiteren drastischen Veränderungen des Altersaufbaus der Wohnbevölkerung, der keineswegs einen Ausgleich des Geburtenrückgangs bedeutet (Lesthaeghe et al. 1991). Schließlich dürfte eine solche Vorstellung auch zunehmend mit Machbarkeitsproblemen konfrontiert sein, da die gleiche demographische Entwicklung alle europäischen Gesellschaften erfasst hat, von Norwegen bis insbesondere Italien, von Portugal bis Russland, und inzwischen sogar von Irland bis zur Türkei. Derzeit ist die Türkei das einzige Land Europas, das mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 2.3 noch knapp über dem Bestandserhaltungsniveau liegt, während insbesondere die süd- und osteuropäischen Länder z.T. drastisch darunter liegen. Entsprechend ist für die nahe Zukunft eine harte Konkurrenz auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu erwarten, der sich vermutlich auf junge Arbeitskräfte mit *hoher* Humankapitalausstattung konzentrieren wird. In diesem Bevölkerungssegment steigen damit die Risiken einer merklichen *Abwanderung* aus Deutschland, wodurch sich die bestehenden Probleme im Bevölkerungsaufbau eher noch verschärfen werden.

Allein dieser Zusammenhang macht deutlich, dass die familien- und sozialpolitische Konzentration auf die reine Bevölkerungsgröße am eigentlichen Problem vorbeigeht. Vielmehr geht es bei Geburten und bei Migration vor allem um die Zusammensetzung der Bevölkerung, d.h. um die „**Qualität**“ des **Bevölkerungsaufbaus**. Insofern ist das „Problem“, so wie es in der Öffentlichkeit momentan wahrgenommen wird, nämlich die bevölkerungspolitisch motivierte Frage nach dem quantitativen Umfang der nachwachsenden Generation, eine möglicherweise verhängnisvolle Verkürzung. Aufgrund dieser Verkürzung kommt es zu falschen Antworten auf die Frage, mit welchen Maßnahmen die Neigung, Kinder zu bekommen, gesteigert werden kann, und zu familienpolitischen Irrwegen.

Die alarmierenden Ergebnisse der international vergleichenden Studie zum Bildungserfolg von Schülern (Deutsches PISA-Konsortium 2001) sind nicht nur darin zu sehen, dass die Schüler deutscher Schulen darin vergleichsweise schlecht

abschneiden und damit auf gravierende Probleme in der Humanvermögensbildung aufmerksam machen. Mindestens ebenso bedeutsam ist, dass Deutschland nur in einer Hinsicht „Spitze“ ist, nämlich in der **intergenerativen Transmission von Bildungsstatus**: In keinem anderen Land bestehen so große Unterschiede zwischen den Kindern aus Familien des unteren und oberen Quartils der Sozialschicht hinsichtlich der Lesekompetenzen, und in keinem anderen Land (außer Mexiko) ist der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau der Mutter und dem Schulerfolg des Kindes so eng wie in Deutschland. Umso verhängnisvoller ist es, dass die Befunde von PISA und TIMSS (Mullis et al. 2001; Martin et al. 2001) in Deutschland ausschließlich bildungspolitisch diskutiert werden, wohingegen eine sozialpolitische Diskussion über die **Bedingungen der Produktion von Humanvermögen** bzw. eine familiensoziologische Diskussion der **intergenerativen Transmission von kulturellem Kapital** weitgehend fehlt. Wenn diese Zusammenhänge zwischen den Bedingungen im Elternhaus und dem Bildungserfolg der Kinder sowie den daraus resultierenden sozialen Chancen in Deutschland enger als in anderen Gesellschaften sind, dann sind solche Befunde umso mehr Anlass, die Frage nach den Bedingungen elterlicher Investitionen in ihre Kinder nachdrücklich zu stellen. In einem zweiten Schritt ist dann auch zu prüfen, unter welchen Bedingungen das individuelle Interesse der Eltern an ihren Kindern mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse an der Reproduktion des Humanvermögens, so wie es stellvertretend in der bevölkerungspolitischen Diskussion zum Ausdruck gebracht wird, konvergiert oder nicht.

Für diese Betrachtungsweise ist es durchaus gerechtfertigt, die (potenziellen) Eltern zum analytischen Ausgangspunkt zu wählen. Wenn es nämlich um generative Entscheidungen und die Stiftung von Generationenbeziehungen geht, ist dies dadurch gerechtfertigt, dass sie „unbedingte“ Entscheidungen sind, die von den Eltern – wenn auch in zuweilen durchaus komplizierten Aushandlungsprozessen miteinander – von diesen höchst privat und individuell getroffen werden. D.h. Eltern (allein) entscheiden, „ob“ und „wann“ Generationenbeziehungen gestiftet werden. Kinder können sich weder wehren, geboren zu werden, noch können sie selbst diesen Umstand befördern. Sind die Kinder jedoch erst einmal da, verwandeln sich alle weiteren Entscheidungen über die Ausgestaltung der Generationenbeziehungen zunehmend in „bedingte“ Entscheidungen, mit den Kindern als eigenständigen Akteuren und eigenen Interessen, Rechten und Pflichten. Entsprechend gilt, dass eine konzeptionell geschlossene Sozialpolitik die Kinder als Akteure mit ihren legitimen Eigeninteressen nicht ausblenden und sich nicht einseitig auf die Anreizstrukturen für die Eltern konzentrieren sollte.

Dass dies und wie dies bislang geschehen ist, hängt vor allem mit dem großen Durchsetzungserfolg der **New Home Economics** in der familienpolitischen Diskussion zusammen (Krüsselberg et al. 1986). Die **Neue Haushaltsökonomie** ist in diesem Forschungsgebiet zum dominanten Erklärungsparadigma geworden, während „soziologische“ oder „psychologische“ Modelle stetig an Bedeutung eingebüßt haben (van de Kaa 1997). Sie hat insbesondere für die Erklärung des Geburtenrückgangs in Wohlstandsgesellschaften faszinierende Einsichten eröffnet, jedoch zugleich eine Einseitigkeit in die familienpolitische Diskussion gebracht, die wesentlich auf die Unvollständigkeit des zugrunde liegenden Erklärungsmodells zurückzuführen ist.

Gary S. Becker, der Begründer und prominenteste Vertreter der Neuen Haushaltsökonomie, hat die **Familientheorie** insbesondere um zwei wesentliche Aspekte bereichert (Becker 1991): Anders als dies zum Beispiel **austauschtheoretische Ansätze** tun, fasst er Familienhaushalte nicht ausschließlich als **Verteilungs- und Konsumeinheiten** von marktmäßig erwerbbaaren Gütern, sondern vielmehr auch als **Produktionseinheiten**, in denen nicht-marktmäßig erwerbbaare „commodities“ erst einmal hervorgebracht werden müssen. Zu solchen „commodities“ zählen Liebe, Zuneigung, Unterstützung, Dienstleistungen und auch: gemeinsame Kinder. Haushalte optimieren ihr Verhalten entsprechend dem Preis des jeweiligen Gutes, d.h. den damit verbundenen direkten Kosten, Zeitinvestitionen und Opportunitätskosten. Die Nutzenproduktion des Haushalts wird von zwei Restriktionen begrenzt: Es ist nur ein beschränktes Budget vorhanden (z.B. Haushaltseinkommen), und es steht nur eine bestimmte Zeitmenge zur Verfügung. Quantität und „Qualität“ (d.h. Humanvermögen als Resultat der elterlichen Investitionen in Bildung und Erziehung) von Kindern stehen in einer inversen Beziehung zueinander, da beide von Budgetrestriktionen betroffen sind (Becker & Lewis 1973). Die Kinderzahl hängt somit zum einen vom Familieneinkommen, zum anderen jedoch von den Schattenpreisen der Kinder und den Schattenpreisen anderer Güter und Dienstleistungen ab. Diese Schattenpreise sind, entsprechend den jeweiligen Opportunitätskosten z.B. durch den entgangenen Lohn aus eigener Erwerbstätigkeit, individuell variabel.

Viele soziale Prozesse im Zusammenhang mit generativem Verhalten können vergleichsweise elegant mit der Neuen Haushaltsökonomie modelliert werden: Sie erklärt z.B. zureichend, warum gut ausgebildete Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit auf Kinder verzichten als schlecht ausgebildete (sie haben höhere Opportunitätskosten aus entgangenem Nutzen eigener Erwerbstätigkeit, d.h. der Schattenpreis der Kinder steigt bei ihnen stärker als bei weniger qualifizierten Müttern). Sie hält auch eine Antwort auf die Frage bereit, warum mit steigendem Wohlstand zwar die Konsumtion anderer Verbrauchsgüter zunimmt,

die Kinderzahl dagegen abnimmt: Da Kinder zeitintensiver sind, steigt der relative Preis von Kindern, wenn der Preis der Zeit für die Haushaltsmitglieder steigt. Mit diesem Modell kann auch eine ganze Reihe von familien- und sozialpolitischen Maßnahmen recht genau analysiert werden. So erklärt die ökonomische Theorie der Familie z.B., warum die Erhöhung von Kindergeld um konstante Raten zu nachteiligen Effekten führt: Eine solche Maßnahme bietet nur kostensenkende Anreize für diejenigen Haushalte bzw. Frauen, bei denen das Kindergeld über dem individuellen Schattenpreis (jetzt und erwartet zukünftig) liegt. Entsprechend ist dies bei Haushalten mit niedrigem Erwerbsstatus jeweils früher der Fall als bei Haushalten mit hohem Erwerbseinkommen. Spielten allein die Kosten von Kindern die entscheidende Rolle für generative Entscheidungen, so wie dies in der ökonomischen Theorie der Familie (und weithin in der Familienpolitik) angenommen wird, hätte eine solche Maßnahme den Effekt stark selektiver Anreizwirkung auf das generative Verhalten zugunsten einkommensniedriger Haushalte. Ebenso erklärt die Neue Haushaltsökonomie, warum das derzeit bestehende Sozialversicherungssystem, d.h. die Renten- und Pflegeversicherung, und – mehr noch – ein kapitalfinanziertes Sozialversicherungssystem starke Anreize für „free riding“ beinhaltet, d.h. die Mitnahme von Leistungen, ohne sich an den dafür notwendigen Investitionen zu beteiligen – in diesem Falle in Bezug auf Investitionen in das Humanvermögen der nachwachsenden Generation.

Während private Investitionen in Finanz- und Sachkapital auch zu privaten Erträgen führen, werden die Erträge der Humankapitalinvestitionen zu einem Großteil kollektiviert, indem die nächste Generation die Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die Pensionsansprüche der öffentlich Bediensteten einzulösen hat. Die Höhe der Rentenansprüche basiert auf Leistungen an die vorherige und nicht auf Leistungen an die nachfolgende Generation. Dadurch entstehen externe Effekte der Kindererziehung, die ein entsprechendes „Free-rider-Verhalten“ nahe legen. Verzichtet man auf private Leistungen an Kinder und erwirbt hohe Ansprüche im Rentensystem, die dann von der nächsten Generation beglichen werden, deren Humanvermögensbildungskosten jedoch von anderen Gesellschaftsmitgliedern getragen wurden, ist dies zwar ein systemgerechtes Verhalten, das jedoch faktisch eine Umverteilung zu Lasten der Kindererziehenden bedeutet. (Ott 2002: 20)

Entsprechend wenig verwunderlich ist, dass „Kinderlosigkeit“ bei gleichzeitiger Vollerwerbstätigkeit als optimale Strategie der Investition in eigene Ansprüche an das Sozialversicherungssystem kontinuierlich zunimmt (im Westen Deutschlands) bzw. sich rasch angleicht (im Osten): Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Anteil der Frauen in Westdeutschland, die im

Alter von 35 kinderlos sind, von 7 % beim Geburtsjahrgang 1935 auf 31 % beim Geburtsjahrgang 1965 angestiegen; in Ostdeutschland betrug bis zum Geburtsjahrgang 1959 der Anteil durchweg unter 10 %, steigt jedoch bis zum Geburtsjahrgang 1965 rasch auf über 25 % an. Gut erklärlich ist dann auch, warum der Anteil der dauerhaft Kinderlosen unter den Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen jeweils überdurchschnittlich hoch ist.

Gleichwohl müssen diese haushaltsökonomischen Erklärungen jedoch als unvollständig gelten. Diese Unvollständigkeit ergibt sich daraus, dass die abgeleiteten Fertilitätsmodelle ausschließlich preistheoretisch fundiert sind (Braun 2000), indem sie sich auf die individuell variablen, insbesondere aber auf die in Wohlstandsgesellschaften generell ansteigenden Kosten von Kindern beziehen. Dagegen werden die variablen Bedingungen dessen, was Kindern ihren Eltern „bieten“ können, d.h. die Angebotsseite bzw. der Nutzen, nicht thematisiert oder als Konstante behandelt. So tritt in der engeren, bevölkerungspolitisch motivierten familien- und sozialpolitischen Diskussion auch der „Kinderwunsch“ als „anthropologische Konstante“ auf, der allen Menschen eigentlich zu eigen ist und allenfalls durch widrige Umstände (insbesondere: hohe Kinderkosten) „verschüttet“ wird. Entsprechend verlässt sich die familienpolitische Diskussion gern darauf, dass der Kinderwunsch dann realisiert wird, wenn entsprechende Veränderungen auf der Kostenseite eintreten würden. Bevölkerungspolitische Fragen erscheinen ausschließlich als ein Kostenproblem.

Einen Ansatzpunkt, diese Erklärungslücke zu schließen, bietet die Forschungstradition des **Value-of-children-approach**, der hier nachfolgend beschrieben werden soll (Nauck 2001). Der Value-of-children-approach war in den 1970er Jahren ursprünglich konzipiert worden, um für interkulturell vergleichende Analysen ein handlungstheoretisches Modell zu entwickeln, mit dem sich maßgebliche Einflüsse auf die Fertilitätsentscheidungen der Eltern und generatives Verhalten analysieren lassen (Fawcett 1976; Huinink 2000). Kinder werden hier nicht von vornherein als „consumer durables“, d.h. als „langlebige Konsumgüter“ mit immanem Wert für (potenzielle) Eltern konzeptualisiert, vielmehr werden Kinder auch als Investivgüter betrachtet, die selbst zur Produktion von „commodities“ beitragen können – und dies in der Mehrzahl der Gegenwartsgesellschaften auch nach wie vor tun. Damit lässt sich das Erklärungsmodell vervollständigen, indem Kosten und Nutzen von Kindern (für potenzielle Eltern) simultan behandelt werden.

Für die Beantwortung der allgemeinen Frage „Warum überhaupt Kinder?“ ist ein ebenso allgemeiner theoretischer Ausgangspunkt notwendig. Diesen bietet die **Theorie sozialer Produktionsfunktionen** und die durch Adam Smith im

18. Jahrhundert begründete Theorietradition, wonach menschliche Akteure „mindestens zwei Dinge maximieren wollen: soziale Wertschätzung und physisches Wohlbefinden“ (Lindenberg 1990: 271). Beide Grundbedürfnisse können nun nicht von Akteuren direkt befriedigt werden, sondern nur über verschiedene Produktionsfaktoren, die ihrerseits erst durch eigene Leistung oder durch den jeweiligen Kontext zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Produktionsfaktoren sind – im Gegensatz zu den beiden Grundbedürfnissen – nicht universell, sondern situations- und kontextspezifisch. Das Erklärungsprogramm der Value-of-children (VOC) heißt danach zu fragen, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen Kinder als Zwischengüter in die soziale Produktionsfunktion bei (potenziellen) Eltern zur Optimierung ihrer sozialen Anerkennung und ihres physischen Wohlbefindens eingehen. Fertilitätsentscheidungen werden entsprechend unter den Gesichtspunkten der Maximierung des subjektiven Nutzens potenzieller Eltern untersucht und erklärt: Stellen eigene Kinder wichtige Zwischengüter dar, für die es sich „lohnt“, sie zu bekommen, sie aufzuziehen und zu pflügen, in sie in jeder erdenklichen Weise zu investieren?

Für die Klärung des Zusammenhangs zwischen dem „Wert von Kindern“ und den sozialen Produktionsfunktionen können *kurzfristige* von *langfristigen* Aspekten unterschieden werden:

- Kinder können dann zur Steigerung des materiellen Wohlbefindens von Eltern beitragen, wenn sie einen **eigenen Beitrag zur Haushaltsproduktion** leisten. Dies kann einerseits durch Beiträge eigener Wohlfahrtsproduktion zum elterlichen Haushalt und andererseits durch Besteuerung marktmäßig erworbenen Erwerbseinkommens geschehen. Außerdem kann es sich kurzfristig auf die (frühe) Mitwirkung im elterlichen Familienhaushalt und langfristig auf die (spätere) Mitwirkung bei der Absicherung gegen die Risiken des Lebens der Eltern beziehen. Besonders prägnante Beispiele für die Heranziehung von Kindern zur Wohlfahrtsproduktion des Familienhaushaltes sind in der Kinderarbeit in der agrarischen Subsistenzwirtschaft, in der Mithilfe in Familienbetrieben des Handwerkes und der Dienstleistung, sowie in der Mithilfe (von Mädchen) bei der Haushaltsführung und der Versorgung von (jüngeren) Kindern zu sehen. Typischerweise ist dieser Nutzen dann besonders offenkundig, wenn Ausbildungsinvestitionen relativ gering sind und damit Kinder schon in relativ frühen Jahren zur Kinderarbeit herangezogen werden können; dieser Nutzen basiert also zumeist auf einer vergleichsweise kurzfristigen Perspektive. Hinsichtlich der Absicherung gegen die Risiken des Lebens, sei es auf Grund von Krankheit, Katastrophen, Arbeitslosigkeit oder Altersschwäche, durch die Familie und ggf. durch die Verwandtschaft

gibt es in vielen Gesellschaften keine institutionellen Alternativen. Intergenerative Absicherung gegen die Risiken des Lebens basiert somit auf einer die gesamte Lebensspanne umfassenden Perspektive, an die dann auch entsprechende Gerechtigkeitsvorstellungen und Reziprozitätserwartungen geknüpft werden. Insgesamt besteht der Nutzen von Kindern für die Optimierung des physischen Wohlbefindens somit in einem möglichen **Einkommensnutzen** und **Versicherungsnutzen**.

- Kinder können sowohl mittelbar als auch unmittelbar zur **Optimierung von sozialer Anerkennung** der Eltern beitragen. Mittelbar geschieht dies dadurch, dass Kinder (zusätzliche) Beziehungen zu Dritten stiften oder bestehende Beziehungen intensivieren und ihre Qualität erweitern. So können durch Kinder Kontakte zu anderen Eltern entstehen und durch die Gemeinsamkeit der Elternrolle Vergemeinschaftungsprozesse einsetzen und damit eine stärkere soziale Integration (von Müttern) erfolgen. Ebenso wird durch die Elternschaft die Qualität der Ehegattenbeziehung und die Beziehung zu den Eltern und Schwiegereltern verändert. Schließlich können Kinder selbst im jeweiligen Kontext ein Statusmerkmal darstellen, mit dem soziale Anerkennung unmittelbar „produziert“ werden kann. Dieser **Statusgewinn** kann ein Schwellenwert sein (durch die Geburt eines ersten Kindes oder eines Kindes mit einem bestimmten Geschlecht) oder kumulativ mit der Anzahl der geborenen Kinder steigen. Typischerweise stellt sich dieser Nutzen von Kindern bereits in einer kurzfristigen Perspektive ein. Darüber hinaus tragen Kinder jedoch in genuiner Weise auch zur unmittelbaren Optimierung von sozialer Anerkennung bei. Durch Kinder wird nämlich eine „ursprüngliche“, enge, intime, emotionale, lebenslange, durch hohe Selbstbindung getragene soziale Beziehung geschaffen, die damit in hohem Maße „identitätsstiftend“ zur persönlichen Fundierung und Selbstvergewisserung beiträgt. Generationsbeziehungen sind in besonderer Weise durch dialogische Interaktion gekennzeichnet (Huinink 1995: 116ff.). Da in funktional differenzierten Gesellschaften die Verhaltensbestätigung durch signifikante Andere immer spezifischer wird, sind Generationsbeziehungen als authentische, auf Dauer angelegte Zuwendung, durch die die personale Identität erlebt wird, von zunehmender Bedeutung. Insgesamt besteht der Nutzen von Kindern für die Optimierung der sozialen Anerkennung somit in einem möglichen sozialen Nutzens des *Zugewinns an Status* und einem *dialogisch-emotionalen Nutzen* der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung selbst.

Grundsätzlich ist somit davon auszugehen, dass sich der Wert von Kindern daraus ergibt, inwiefern sie multifunktionale Zwischengüter zur Erfüllung der Grundbedürfnisse ihrer Eltern sind.

	<i>physisches Wohlbefinden</i>	<i>soziale Anerkennung</i>
kurzfristig	Arbeitsnutzen	Statuszugewinn
langfristig	Versicherungsnutzen	dialogisch-emotionaler Nutzen

Abbildung 1: Value of Children in der sozialen Produktionsfunktion

Je nachdem, ob generatives Verhalten primär im Hinblick auf den Einkommens- und Versicherungsnutzen oder im Hinblick auf emotionalen und sozialen Nutzen hin optimiert wird, hat dies Implikationen für die Anzahl der Kinder, mit der dies effizient erreicht wird (Kagitcibasi 1982; Nauck 1997):

- Wenn der **Arbeitsnutzen von Kindern** hoch bewertet wird, dann ist das Anstreben von Kinder-„reichtum“ eine effiziente Strategie, da jedes zusätzliche Kind den Arbeitsnutzen steigert, es als zusätzliche Ressource das Familieneinkommen durch (frühe) Mitarbeit steigert bzw. die in der Familienwirtschaft anfallenden Arbeiten auf weitere Schultern verteilt. Begrenzt wird diese Strategie durch die sehr stark vom jeweiligen Kontext abhängigen Anfangsinvestitionskosten in Kinder und die darin verfügbaren Gelegenheiten für unqualifizierte Arbeit. Da aber die Unit-costs der Kinder mit ihrer Anzahl sinken, wird die Ratio mit steigender Kinderzahl immer günstiger.
- Wenn der Versicherungsnutzen von Kindern hoch bewertet wird, dann sind viele Kinder ebenfalls eine effiziente Strategie, da dadurch die Lasten der Versorgung der Eltern auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Entsprechend ist unter einem institutionellen Regime, das nicht auf einem indirekten „Kohorten“- sondern auf einem direkten „Generationen“-vertragssystem der Alterssicherung basiert, nicht nur das Interesse von (potenziellen) Eltern an vielen Nachkommen groß, da dies die Alterssicherung *sicherer* macht, sondern auch das Interesse der Kinder an vielen Geschwistern, da dies ihre individuellen Lasten *senkt*.
- Wenn die **Stiftung von zusätzlichen sozialen Beziehungen durch Kinder** hoch bewertet wird, dann ist es keine effiziente Strategie, möglichst viele Kinder zu haben, da die Anzahl zusätzlicher Sozialbeziehungen nicht linear mit der Anzahl der Kinder ansteigt, sondern relativ rasch ein Sättigungspunkt erreicht wird, so dass diesbezüglich die Ratio bei niedriger Kinderzahl günstig, dagegen ungünstig bei Kinderlosigkeit und hoher

Kinderzahl ist. Ebenso ist davon auszugehen, dass die Stabilisierung von bestehenden Sozialbeziehungen (insbesondere zum Ehegatten und zu den Herkunftsfamilien) nicht linear-additiv mit der Kinderzahl steigt, so dass auch diesbezüglich durch hohe Kinderzahlen kein Effizienzgewinn zu erwarten ist und die Ratio bei niedriger Kinderzahl günstig, dagegen ungünstig bei Kinderlosigkeit und bei hoher Kinderzahl ist.

- Wenn der **dialogisch-emotionale Nutzen von Kindern** hoch bewertet wird, dann ist es ebenfalls keine effiziente Strategie, viele Kinder zu haben, da emotionaler Nutzen nicht in gleicher Weise kumuliert werden kann wie der Arbeits- und Versicherungsnutzen: Ein oder zwei Kinder können genauso viel psychische Befriedigung schaffen wie vier oder mehr Kinder. Gleichzeitig steigen aber die absoluten (ökonomischen – und wahrscheinlich auch: psychischen) Kosten, so dass die Ratio bei niedriger Kinderzahl günstig, dagegen ungünstig bei Kinderlosigkeit und bei hoher Kinderzahl ist. Hierbei dürfte ein sich selbst verstärkender Prozess zur Beschränkung des generativen Verhaltens darin bestehen, dass Kinder in ihren emotionalen Beziehungen zu ihren Eltern konkurrieren. Entsprechend ist ihr Interesse an (zusätzlichen) Geschwistern umso geringer, je mehr sie ihnen in ihren Eigenschaften (z.B. Geschlecht und Alter) ähneln. Da dies nicht ohne Rückwirkungen auf die emotionale Qualität der Eltern-Kind-Beziehung bleiben wird, sinken entsprechend auch dadurch die Anreize für die Eltern, den dialogisch-emotionalen Nutzen durch weitere Kinder zu optimieren.

Die grundlegende Unterscheidung zwischen Arbeits- und Versicherungsnutzen und dialogisch-emotionalem Nutzen ist in einer Reihe von Folgeuntersuchungen aufgegriffen worden (zuletzt Trommsdorff & Nauck 2005). Es gibt hinsichtlich dieser beiden VOC nicht nur eine außerordentlich große Streuung zwischen verschiedenen Gesellschaften, sondern auch für intragesellschaftliche Vergleiche in Gesellschaften mit raschem demografischen Wandel: In der Türkei betragen die Differenzen zwischen den Regionen mit dem höchsten bzw. niedrigsten Entwicklungsstand und Arbeits- und Versicherungsnutzen bzw. sozialem und psychologischem Nutzen jeweils ca. 40 % (Kagitcibasi 1982; Nauck 1997). In Taiwan betragen die Differenzen zwischen Frauen mit dem geringsten Bildungsniveau (kein Schulabschluss) und höchstem Bildungsniveau (College/Universität) bei Indikatoren für Arbeits- und Versicherungsnutzen über 70 %, für sozialen und psychologischen Nutzen über 20 % (Thornton et al. 1994). Das wesentliche zusammenfassende Ergebnis dieser empirischen Befunde für den diskutierten Zusammenhang ist, dass es keine Gesellschaft zu geben scheint (und keine größere Teilpopulation innerhalb einer Gesellschaft), in der die Geburtenrate

dauerhaft oberhalb des Reproduktionsniveaus liegt, in der nicht zugleich der Arbeits- und Versicherungsnutzen von Nachkommen ein wesentlicher Faktor in der sozialen Produktionsfunktion der (potenziellen) Eltern ist.

Die Erklärung von generativem Verhalten im Kontext sozialer Produktionsfunktionen verdeutlicht einerseits, warum in Armutsgesellschaften hohe Kinderzahlen wahrscheinlich sind. Das besondere Verdienst der in dieser Tradition durchgeführten Studien ist es sicher, einen Begründungszusammenhang dafür entwickelt zu haben, warum hohe Kinderzahlen weder das Resultat „blinden“ Festhaltens an überkommenen „kulturellen“ Traditionen noch das Resultat mangelnder Kenntnisse über effektive Methoden der Geburtenkontrolle sind. Vielmehr haben die empirischen Resultate eindrücklich verdeutlicht, dass unter solchen Konstellationen von Kontextopportunitäten und individuellen Ressourcen (potenzielle) Eltern ein großes „vernünftiges“ Interesse an vielen Nachkommen haben müssen. Entsprechend ist die Sorge, nicht genügend Nachkommen bekommen oder durch die ersten Lebensjahre hindurch bringen zu können, weitaus verbreiteter als der Wunsch nach Verhinderung zusätzlicher Geburten (Darroch et al. 1981). Diese Theorie hat aber auch die Bedingungen benannt, an die diese Ausprägung der Generationenbeziehungen und des generativen Verhaltens gebunden sind, nämlich an ein niedriges Wohlfahrtsniveau und hohe Risiken des Lebens bei gleichzeitigem Fehlen von außerfamiliären Sicherungssystemen, wodurch es dann zu verwandtschaftlich organisierten Solidargemeinschaften keine realistischen Alternativen gibt. Für Armutsgesellschaften ist offensichtlich, dass eigene Kinder in der sozialen Produktionsfunktion äußerst effiziente, alternativlose Zwischengüter sind, wenn es darum geht, das physische Wohlbefinden zu erhalten oder zu steigern, wobei durch die Kurzfristigkeit des Planungshorizonts der Arbeitsnutzen von Kindern Vorrang vor dem späteren Versicherungsnutzen hat.

Die Theorie macht aber auch verständlich, dass in kulturvergleichender Perspektive das in Deutschland und ähnlichen Gesellschaften mit großer kultureller Legitimität versehene und in großer struktureller Homogenität gelebte Muster der Generationenbeziehungen weltweit gesehen ein sehr spezielles ist und an ein weithin akzeptiertes Regime der privatisierten, exklusiven Gattenfamilie geknüpft ist. Es ist verbunden mit einem großen Vertrauen in staatlich organisierte Sicherungssysteme gegen die Risiken des Lebens und einem allgemein hohen Wohlfahrtsniveau, das sich in den individuellen Ressourcen der (potenziellen) Eltern niederschlägt. Für Deutschland ist offensichtlich, dass eigene Kinder in der sozialen Produktionsfunktion keine effizienten Zwischengüter sind, wenn es darum geht, das elterliche physische Wohlbefinden zu erhalten oder zu steigern: Kinder tragen weder durch Arbeit noch durch Einkommen wesentlich zum elter-

lichen Haushalt bei. Eine Versicherung gegen die Risiken des Lebens durch eigene Kinder entspricht weitgehend einem umgekehrten Subsidiaritätsprinzip: sie greift erst dann, wenn alle anderen Sicherungssysteme versagen. Ein differenzierteres Bild ergibt sich hinsichtlich des Zwischengutes ‚Kind‘ im Hinblick auf den Erhalt oder die Steigerung der sozialen Anerkennung. Einerseits ist davon auszugehen, dass wegen der hohen Exklusivität der familiären Gruppe der Statusnutzen von Kindern außerordentlich gering ist und solche sozialen Kontexte, in denen Kinderlosigkeit prämiert wird, zunehmen, so dass die Anzahl der Personen, für die Kinder neue soziale Kontakte stiften, gegenüber solchen, bei denen Kinder soziale Kontakte verhindern, wahrscheinlich sinkt.

Andererseits ist die Effizienz von Generationenbeziehungen für die Optimierung von dialogisch-emotionalem Nutzen außerordentlich groß. Sie dürften insbesondere für solche Personengruppen alternativlos sein, deren Erwerbsleben durch hochformalisierte, spezifische Tätigkeiten und durch hohe Mobilität gekennzeichnet ist. Es kann deshalb nicht überraschen, dass diese Nutzendimension von Generationenbeziehungen besonders hohe Sichtbarkeit und kulturelle Legitimierung erfährt. Allerdings wird mit der Tertiärisierung der Wirtschaft der Personenkreis größer, für den die Optimierungs-Alternativen zunehmen: In „sozialen“ Berufen mit komplexen interpersonalen Beziehungen ist der Anreiz zur Elternschaft aus diesen Gründen geringer als in Berufen mit spezifischen, formalisierten Aufgaben. Dies wird zur weiteren Polarisierung der Bevölkerung in einen familiären Sektor, der um das Optimum von zwei Kindern für den dialogisch-emotionalen Nutzen oszilliert, und einen nichtfamiliären Sektor (Kinderlosigkeit) beitragen.

Aus den genannten Gründen trägt eine Theorie, die generatives Verhalten im Kontext sozialer Produktionsfunktionen zu begreifen versucht, zur Tiefenerklärung der Zeitdiagnosen des generativen Verhaltens in Deutschland bei (Kaufmann 1995; Huinink 1995; Strohmeier & Schulze 1995). Sie verdeutlicht vor allem, dass eine ausschließliche Konzentration auf die (Kinder-)Kosten in der Neuen Haushaltsökonomie für das Verständnis des Geburtenrückgangs nicht ausreicht, sondern durch eine angemessene Modellierung des individuellen Wertes von Generationenbeziehungen für potenzielle Eltern zu ergänzen ist. Diese theoretischen Überlegungen werden übrigens auch durch empirische Befunde bestätigt: Für generative Entscheidungen erwiesen sich nicht die entstehenden Kinderkosten, sondern ausschließlich der antizipierte individuelle Nutzen der Stiftung von Generationenbeziehungen als bedeutsam, d.h. der Wert von Kindern für ihre Eltern (Klein & Eckhard 2005).

Literaturverzeichnis

- Becker, Gary S. (1991):** *A Treatise on the Family*. 2. Auflage. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Becker, Gary S. & Lewis, H. Gregg (1973):** „On the Interaction between Quantity and Quality of Children“, *Journal of Political Economy* 81: 279-288.
- Braun, Norman (2000):** „Ökonomische Theorien in der Bevölkerungswissenschaft“, in: Ulrich Mueller, Bernhard Nauck & Andreas Diekmann (Hg.), *Handbuch der Demographie. Band 1 (Modelle und Methoden)*. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 298-338.
- Darroch, Russell K., Meyer, Paul A. & Singarimbun, Masri (1981):** *Two are not Enough: the Value of Children to Javanese and Sundanese Parents*. Honolulu: East-West Center.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) (2001):** *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske & Budrich.
- Fawcett, James T. (1976):** „The Value and Cost of Children: Converging Theory and Research“, in: Lado T. Ruzicka (ed.), *The Economic and Social Supports for High Fertility. Band 2*. Canberra: Australian National University, 91-114.
- Huinink, Johannes (1995):** *Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus.
- Huinink, Johannes (2000):** „Soziologische Ansätze zur Bevölkerungsentwicklung“, in: Ulrich Mueller, Bernhard Nauck & Andreas Diekmann (Hg.), *Handbuch der Demographie. Band 1 (Modelle und Methoden)*. Berlin/Heidelberg: Springer, 338-386.
- Kaa, Dirk J. van de (1997):** „Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität – Die Geschichte und Ergebnisse“, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22: 3-57.
- Kagitcibasi, Cigdem (1982):** *The Changing Value of Children in Turkey*. Honolulu: East-West Center.
- Kaufmann, Franz X. (1995):** *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*. 2. Auflage. München: Beck.
- Klein, Thomas & Eckhard, Jan (2005):** *Bildungsbezogene Unterschiede des Kinderwunsches und des generativen Verhaltens. Eine kritische Analyse der Opportunitätskostenhypothese*. In Steinbach, Anja (Hg.), *Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 151-174.
- Krüsselberg, Hans G., Auge, Michael & Hilzenbecher, Manfred (1986):** *Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der „Neuen Haushaltsökonomik“ für Familienpolitik*. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer.
- Lesthaeghe, Ron, Page, Hillary & Surkyn, Johan (1991):** „Sind Einwanderer ein Ersatz für Geburten?“, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17: 281-314.
- Lindenberg, Siegwart (1990):** „Rationalität und Kultur. Die verhaltenstheoretische Basis des Einflusses von Kultur auf Transaktionen“, in: Hans Haferkamp (Hg.), *Sozialstruktur und Kultur*. Frankfurt: Suhrkamp, 249-287.
- Martin, Michael O., Mullis, I. V. S., Gonzalez, E. J., Gregory, K. D., Smith, T. A., Chrostowski, S. J., Garden, R. A. & O'Connor, K. M. (2001):** *TIMMS 1999 science benchmarking report, eighth grade: Achievement results for U.S. states and districts in an international context*. Chestnut Hill: Boston College.

Mullis, Ina V. S., Martin, Michael O., Gonzalez, E. J., Gregory, K. D., Garden, R. A., O'Connor, K. M., Chrostowski, S. J. & Smith, T. A. (2001): TIMMS 1999 mathematics benchmarking report, eighth grade: Achievement results for U.S. states and districts in an international context. Chestnut Hill: Boston College.

Nauck, Bernhard (1997): „Sozialer Wandel, Migration und Familienbildung bei türkischen Frauen“, in: Bernhard Nauck & Ute Schönplugg (Hg.), Familien in verschiedenen Kulturen. Stuttgart: Enke, 162-199.

Nauck, Bernhard (2001): „Der Wert von Kindern für ihre Eltern. ‚Value of Children‘ als spezielle Handlungstheorie des generativen Verhaltens und von Generationenbeziehungen im interkulturellen Vergleich“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53: 407-435.

Ott, Notburga (2002): „Luxusgut Kind zwischen Privatinteresse und gesellschaftlicher Verpflichtung – Zu den Kontroversen in der familienpolitischen Debatte“, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 71: 11-25.

Schwarz, Karl (1991): „Kinderzahl der Frauen der Geburtsjahrgänge 1865 – 1955“, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17: 149-158.

Strohmeier, Klaus P. & Schulze, Hans J. (1995): „Die Familienentwicklung der achtziger Jahre in Ost- und Westdeutschland im europäischen Kontext“, in Bernhard Nauck, Norbert Schneider & Angelika Tölke (Hg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch. Stuttgart: Enke, 26-38.

Thornton, Arland, Yang, Li S. & Fricke, Thomas (1994): „Weakening the Linkage between the Ancestors, the Living, and Future Generations“, in: Arland Thornton & Hui S. Lin (Hg.), Social Change and the Family in Taiwan. Chicago/London: University of Chicago Press, 359-395.

Trommsdorff, Gisela & Nauck, Bernhard (Hg.): The Value of Children in Cross-cultural Perspective. Case Studies from Eight Societies. Lengerich: Pabst.

Franz-Xaver Kaufmann

Wie Familien zu helfen wäre

Lange Jahre war in Deutschland die Familienfrage durch die Frauenfrage dominiert. In der Tat herrschen in der Bundesrepublik immer noch Verhältnisse, die im Vergleich zu den meisten nord- und westeuropäischen Ländern die Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit erschweren. Zu den wichtigsten Faktoren gehören das System der Halbtagschule, sowie der ungenügende Ausbau kollektiver frühkindlicher Betreuung und Förderung. Der Aktualitätsgewinn der demografischen Frage hat die Frauenfrage in den Hintergrund gedrängt, doch ist es wenig sinnvoll, zwischen beiden Problemkreisen einen Interessengegensatz zu konstruieren. International vergleichende Untersuchungen zeigen, daß – mit Ausnahme des durch ganz andere Probleme bestimmten ehemaligen Ostblocks – die Geburtenhäufigkeit sich in den europäischen Ländern günstiger entwickelt, welche auch seit längerem eine egalitäre Geschlechterpolitik verfolgen. Besonders niedrig ist die Fertilität in ausgeprägt paternalistischen Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Japan.

Eine besondere Schwäche der deutschen Familienpolitik resultiert aus der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Die monetäre Familienpolitik, also die Berücksichtigung der Familien im Gesamt der sozialstaatlichen Umverteilungsvorgänge, ist ganz überwiegend Bundessache. Die Förderung von

Dienstleistungen für Eltern und Kinder ist dagegen Ländersache. Angesichts der beiderseitigen Eifersucht in Kompetenzfragen ist es deshalb besonders schwierig, zu einer abgestimmten und die besonderen Belange von Eltern und Kindern berücksichtigenden Politik zu gelangen.

Deutsche Statistiken weisen zwar vergleichsweise hohe monetäre Aufwendungen für „Familien und Kinder“ aus, doch werden darunter auch erhebliche Beträge subsumiert, die keinen familienpolitischen, sondern steuersystematischen Gründen folgen (z.B. Ehegattensplitting, Steuerfreiheit des Existenzminimums für Kinder). Wie es um die monetäre Familienpolitik tatsächlich bestellt ist, zeigen zuletzt die Planungen der Großen Koalition: Den 1,5 Milliarden, welche der Finanzminister für die „Neue Familienpolitik“ locker machen wollte, stehen weit massivere Einsparungen gegenüber, die totgeschwiegen werden: Allein die Abschaffung des Baukindergeldes, das vor allem kinderreichen Familien den Erwerb ausreichenden Wohnraums erleichterte, bringt dem Finanzminister 3,5 Milliarden; die Streichung der Familienzulagen im öffentlichen Dienst im Rahmen der Dienstrechtsreform dürfte etwa 4 Milliarden bringen. Auch die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer wird Haushalte mit Kindern besonders belasten, da deren Konsumquote zwangsläufig höher ist als bei kinderlosen Haushalten mit gleichem Einkommen. Das Regierungsprogramm der Großen Koalition verschlechtert die ökonomische Situation der Familien mehr, als daß es ihnen hilft. Das ist keine neue Entwicklung. Trotz wiederholter familienpolitischer Anläufe verschiedener Regierungen ist die relative ökonomische Situation von Haushalten mit Kindern im Verhältnis zu kinderlosen Haushalten im Laufe der letzten Jahrzehnte immer ungünstiger geworden. Auch auf Länder- und kommunaler Ebene sind nur in Ausnahmefällen besondere Anstrengungen zu beobachten, um die Situation der Familien zu verbessern.

Das zu beobachtende Politikmuster bleibt unabhängig von der parteipolitischen Couleur der Regierung ähnlich: Das für Familien zuständige Ministerium macht Vorschläge, deren Kosten nicht in den vom Finanzministerium vorgesehenen Finanzrahmen passen. Gelingt es dem Minister oder der Ministerin, dem Finanzminister einige Dutzend Millionen Euro mehr abzurufen, gilt dies als familienpolitischer Erfolg, ganz unabhängig von den Folgen, welche Entscheidungen in den Haushalten anderer Ministerien für die Familien haben. Die daraus folgenden spezifischen Benachteiligungen sind in der Regel unbeabsichtigt; sie ergeben sich *als Nebenwirkungen* andersartiger, meist gut begründbarer Absichten. Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist *strukturell* rücksichtslos gegenüber Familien. Familienförderung muss sich stets gegen einen strukturellen Druck der Familienbenachteiligung behaupten. Das zeigen nicht zuletzt die Reaktionen der Politik auf die einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die sich auf

einen Abbau der strukturellen Benachteiligungen richten, beispielsweise im Sozialversicherungsrecht.

Die gesellschaftliche Benachteiligung des Aufziehens von Kindern ist kulturell auf die vorherrschende individualistische Lebens- und Wirtschaftsauffassung zurückzuführen, welche auch unsere gesamte Rechtsordnung prägt. *Kinder gelten als Privatsache, die für sie getätigten Ausgaben als Konsum.* So die vorherrschende wirtschaftswissenschaftliche Auffassung, die schon Friedrich List zur Kritik an der Smith'schen Ökonomie veranlasste, daß ihr das Aufbringen von Schweinen als produktive, dasjenige von Kindern aber als unproduktive Tätigkeit gelte. Bis heute ist die Haushaltproduktion kein Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung! Und nach wie vor nimmt das Abgaberecht, insbesondere das Beitragsrecht der Sozialversicherungen, kaum Rücksicht auf die unterschiedliche Höhe des Existenzminimums in Haushalten mit und ohne Kinder. Dass das Aufziehen von Kindern „positive Externalitäten“, also kollektive volkswirtschaftliche – und erst recht politische und soziale – Nutzen schafft, dass die Sicherung ausreichenden Nachwuchses ein Grunderfordernis für die Zukunft einer Gesellschaft ist, schlägt weder wirtschaftlich noch politisch zu Buche. Allenfalls ist man bereit, Familien im Rahmen der gegebenen Strukturen einen gewissen Familienlastenausgleich zu gewähren; von einem Familienleistungsausgleich, also von einer kollektiven Anerkennung der volkswirtschaftlichen Produktivität der Familien kann in Deutschland nicht die Rede sein.

Ein wesentlicher Grund für die Ineffektivität der deutschen Familienpolitik ist eine tief sitzende Differenz der Familienleitbilder zwischen den großen Volksparteien. Sie manifestierte sich erneut bei der Auseinandersetzung um die „Genshagener Beschlüsse“ der Großen Koalition zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinder-Betreuungskosten Anfang 2006: Die CDU (und erst recht die CSU) betonen den Wert der Ehe und insbesondere der Hausfrauenehe. Die SPD (und mit ihr die Grünen) sehen in der Hausfrauenehe eine der Emanzipation der Frauen entgegenstehende Einrichtung und wollen die Förderung der Doppelverdienerhaushalte. Der gefundene Kompromiß demonstriert die Einigungsfähigkeit der Koalition, kann aber nicht als sachgerechte oder gar effektive Lösung gelten. Denn die ursprüngliche beschäftigungspolitische und bevölkerungspolitische Absicht wurde nun durch ehepolitische und sozialpolitische Motive so sehr verwässert, dass aller Voraussicht nach in keiner Hinsicht deutliche Effekte resultieren werden.

Weitgehend auf der Strecke bleibt in den familienpolitischen Debatten das *Kindeswohl*. Es sei lediglich an die Widerstände erinnert, welche die Ratifizierung der UN-Charta der Kinderrechte im Deutschen Bundestag seiner-

zeit auslöste. Auch in der kürzlichen Debatte um ein einkommensabhängiges Elterngeld für Doppelverdienerhaushalte wurden die Folgewirkungen für die Kinder kaum thematisch: Es soll 12, im Falle der Aufteilung zwischen beiden berufstätigen Eltern 14 Monate lang gezahlt werden, während das bisherige Erziehungsgeld zwar in der Höhe bescheidener, aber immerhin während 24 Monaten bezahlt wurde. Angesichts der durch die neueren Ergebnisse der Hirnforschung noch offenkundiger gewordenen Bedeutung persönlicher Zuwendung und Geborgenheit für das sich entwickelnde Kleinkind geht von dieser zeitlichen Kürzung des finanziell unterstützten Elternurlaubs ein falsches Signal aus.

Wie aber könnte den Familien wirksam geholfen werden? Diese Frage lässt sich nicht auf der Ebene der Ausgestaltung einzelner familienpolitischer Maßnahmen beantworten. Es ist vielmehr die Frage nach einer Gesamtkonzeption von Familienpolitik, welche nach Möglichkeit die herkömmlichen parteipolitischen Kampffronten umgeht oder zum mindesten auf die tatsächlich umstrittenen Momente beschränkt. Die zentrale Front der letzten Jahrzehnte bezog sich auf die Stellung der Frau – und damit indirekt auch des Mannes – im Spannungsfeld von Familie und Gesellschaft. Es ist aber kontraproduktiv, die hier zweifellos noch nicht voll überwundenen Konflikte an der Bereitschaft zu außerhäuslicher Erwerbstätigkeit fest zu machen. Beide Parteien sollten zur Kenntnis nehmen, dass in dieser Hinsicht die Präferenzen unter den Müttern unterschiedlich sind, wobei das Interesse an mehr Geburten auch die Förderung kinderreicher Familien gebietet, deren Erwerbsbeteiligung (in welcher Verteilung zwischen den Partnern auch immer) zwangsläufig geringer ist. Nur ein familienpolitisches Konzept, das von der Prämisse der Wahlfreiheit zwischen ‚Familienmodell‘ und ‚Vereinbarkeitsmodell‘ ausgeht, wird der deutschen Situation bis auf weiteres gerecht.

Es hat überdies den Anschein, daß in den jüngeren Generationen, um deren Bereitschaft zur Familiengründung in den kommenden Jahrzehnten es geht, die Problemlage sich gewandelt hat: Nicht so sehr die erwerbstätigen Frauen, sondern vor allem die Männer verabschieden sich vom Vorhaben der Elternschaft. Ein Drittel aller Männer zwischen 33 und 52 Jahren lebt derzeit partner- und kinderlos, bei den Frauen nur ein Fünftel. Generell zeigt sich derzeit nicht nur eine Abnahme der Geburten, sondern auch der in Umfragen gemessenen Kinderwünsche. Die jüngeren Generationen – gebeutelt von ungünstiger gewordenen Beschäftigungsperspektiven – scheinen sich im ehe- und kinderlosen Leben einzurichten, und zwar nicht nur in der Praxis, sondern auch auf der Ebene der Leitbilder. Und das gilt vorzugsweise für die qualifizierteren Schichten; unter den meist weniger qualifizierten Zuwanderern wirken vielfach starke kulturelle Prägungen weiterhin in Richtung auf Familiengründung.

Neben den angedeuteten strukturellen Rücksichtslosigkeiten steht vor allem die *Komplexität der Aufgabe von Familienförderung* einer klaren familienpolitischen Konzeption entgegen. Es geht dabei grundsätzlich um drei verschiedene Probleme: Erstens die Förderung von Familiengründungen; zweitens den Familienlasten- und Leistungsausgleich; drittens die Verbesserung der Sozialisationsbedingungen von Kindern. Glücklicherweise bestehen zwischen den Lösungsmöglichkeiten für diese drei Probleme keine grundsätzlichen Widersprüche, sondern nur differenzierte Effektivitätsbedingungen, sodass bald der eine, bald der andere Gesichtspunkt bei einer Analyse der mutmaßlichen Wirkungen stärker zu Buche schlägt.

Will man eine diese drei Probleme übergreifende Zielsetzung für die Familienpolitik formulieren, so müsste sie lauten: *Vermehrung der sozialisatorisch erfolgreichen Familien in Deutschland*. Es kommt nicht allein darauf an, wie viele Kinder in einer Gesellschaft geboren werden, wie der bevölkerungspolitische Kalkül suggeriert, sondern auf deren Qualität, auf die im Laufe von Kindheit und Jugend entwickelten Motive und Fähigkeiten, deren Summe wir als Humanvermögen, oder in wirtschaftswissenschaftlicher Reduktion als Humankapital, bezeichnen.

Familienpolitik wird deshalb in Deutschland als Umverteilungspolitik *falsch* verstanden. Familienpolitik – und mit ihr die Bildungspolitik – gehören in den Bereich der volkswirtschaftlichen *Investitionen*. Nicht weil Kinder Geld kosten, sollte der Staat den Eltern helfen, sondern weil diese Aufwendungen der Eltern im *öffentlichen* Interesse sind, weil ohne Kinder das Gemeinwesen keine Zukunft hat. Deshalb ist es auch ungerecht, die Eltern mit Aufwendungen zu belasten, deren Nutzen in gleichem Maße dem zunehmenden Anteil der Kinderlosen an der Bevölkerung zukommen. Kindergeld und erst recht Steuerfreibeträge sind keine Subvention, sondern allein die Anerkennung des Existenzminimums auch von Kindern durch die staatliche Gemeinschaft; eine Anerkennung, die ihnen im Bereich des Rentenrechts übrigens noch immer versagt bleibt.

Bei der Begründung von Familienpolitik ist zunächst ins Bewusstsein zu rufen, daß *alle* modernisierten Gesellschaften, in denen die Geburtenkontrolle unproblematisch geworden ist, zur Kinderarmut neigen. Das gilt in besonderem Maße für die europäischen Sozialstaaten, welche die soziale Sicherung von der wechselseitigen Hilfe unter Familienmitgliedern und Verwandten abgekoppelt haben. Der Sicherungsstatus eines oder einer Kinderlosen im Alter ist daher von der Übernahme familiärer Verantwortungen unabhängig. Im deutschen System ist darüber hinaus eine verteilungspolitische „Perversität“ eingebaut: Ehepaare und sonstige Versorgungsgemeinschaften stellen sich im Alter umso

besser, je *weniger* Kinder sie aufgezogen haben. Das gilt wenigstens insoweit, als sie die durch den Verzicht auf Kinder gewonnene Zeit zum versicherungspflichtigen oder versorgungsrechtlichen Gelderwerb eingesetzt haben. Das sogenannte Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung verdoppelt die Vorteile, welche ein Doppelverdienerhaushalt aus seiner Erwerbstätigkeit zieht. Die mit der Riester-Reform eingeführten Rentenkürzungen treffen Eltern und Kinderlose gleichermaßen. Während aber die Kinderlosen – Beschäftigung vorausgesetzt – unschwer private Rentenverträge finanzieren können, führt dies für die Eltern, welche weiterhin die Beitragszahler der Zukunft finanzieren und aufziehen müssen, zu weiteren Einschränkungen.

Aus diesen strukturellen Bedingungen resultiert die tendenzielle Erfolglosigkeit der deutschen Familienpolitik, was sich nicht nur in den niedrigen Geburtenraten, sondern auch im hohen Anteil der Kinder unter den Sozialhilfeempfängern äußert. Rund die Hälfte aller Kinder leben nach jüngsten Schätzungen in prekären Verhältnissen, also nur am oder unwesentlich über dem deutschen Existenzminimum. Wer sich in Deutschland für mehr als ein Kind entscheidet, geht bei durchschnittlichen Einkommenschancen bereits ein Armutsrisiko ein. Die Versuche im Rahmen von Hartz IV, arbeitslose Eltern durch einen Ausbau der Sozialhilfeleistungen zu unterstützen, sind zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht, da sie Bemühungen um Erwerbsarbeit eher bestrafen als belohnen.

Im internationalen Vergleich sind die monetären Aufwendungen der Bundesrepublik für Familien durchaus beachtlich; sie sind allerdings nicht sehr effektiv im Sinne der genannten Zielsetzungen ausgestaltet. Deutlich unterdurchschnittlich entwickelt sind dagegen in Deutschland die sozialen Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche, und damit auch die zeitliche Entlastung der Eltern. Hier bestünde auch ein erhebliches Beschäftigungspotential, vornehmlich für Frauen, das sich bei entsprechender Ausgestaltung zudem relativ leicht mit eigenen Familienverpflichtungen in Einklang bringen ließe.

Völlig unentwickelt sind – zum mindesten in den alten Bundesländern – Einrichtungen für Kleinkinder. Die öffentliche Hand sollte bei deren Ausbau allerdings nicht nur die Wünsche der Wirtschaft zur Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte, sondern auch das Kindeswohl im Auge haben. In den beiden ersten Lebensjahren sind Kinder im Regelfalle im Familienhaushalt am besten aufgehoben. Eltern, die aus beruflichen Gründen bereits in dieser Phase sich auf Fremdbetreuung verlassen wollen, und dies sind vornehmlich die qualifizierten Doppelverdiener, ist die Organisation individueller Betreuungsarrangements durchaus zuzumuten. Die geplante Einführung von Steuerbefreiungen für Aufwendungen der Kinderbetreuung könnte hier eine Nachfrage schaffen, der am

besten durch recht unterschiedliche, am jeweiligen Einzelfall orientierte Angebote entsprochen werden kann.

Ab dem *dritten* Lebensjahr sollte ein öffentliches Regelangebot analog zu den französischen „*écoles maternelles*“ eingerichtet werden, dem etwa ab dem *fünften* Lebensjahr eine Vorschule folgen sollte, die den neueren Erkenntnissen bezüglich der besonders hohen Lernfähigkeit in diesem Alter Rechnung trägt, den Spracherwerb fördert und ein flexibles Schuleintrittsalter ermöglicht. Dabei ist ein verlässliches Regelangebot anzustreben, das die Erwerbstätigkeit beider Eltern ermöglicht. Die Einführung eines Obligatoriums für die Vorschule ist angesichts der Bildungsferne vieler zugewanderter Familien ernsthaft zu prüfen. Auf die Erwähnung weiterer bildungspolitische Postulate sei hier verzichtet, aber darauf hingewiesen, daß im Sinne einer *Politik der Nachwuchssicherung*, welche die eigentlich öffentliche Aufgabe darstellt, eine stärkere Koordination von Familien-, Migrations-, Jugend- und Bildungspolitik zentral wird.

Staatliche Familienpolitik braucht eine klare Einsicht in den Umstand, daß ihre Wirkungen für die Lebenslage der Betroffenen nicht nur monetärer, sondern auch zeitlicher Art sind. Hierauf weist der Bericht der Expertenkommission zum 7. Familienbericht erstmals deutlich hin. Dabei geht es nicht nur um die zeitliche Entlastung von Eltern, sondern auch um die Strukturierung biographischer „Gelegenheitsfenster“ – zur Familiengründung, für die kindliche Entwicklung und die Pflege der Generationsbeziehungen.

Schließlich ist auch der *natalistische*, meist ungenau als bevölkerungspolitisch bezeichnete Aspekt der Familienpolitik zu bedenken. Was die Kinderlosigkeit zunehmender Bevölkerungsteile betrifft, so scheint es illusorisch, allein mit positiven Anreizen – wie beispielsweise dem neuen Elterngeld – etwas zu ändern. Was die monetären Transfers betrifft, so muss angesichts der bis auf weiteres voraussichtlich stagnierenden öffentlichen Haushalte nüchtern festgehalten werden, daß die Anreizstrukturen zu Gunsten der Kinderlosigkeit sich nur durch *Beseitigung von Vorteilen der Kinderlosen* im Steuer – wie im Arbeits- und Sozialrecht wirksam verändern lassen.

Ferner ist die Konzentration der familienpolitischen Bemühungen auf die potentiell kinderlos Bleibenden einseitig. Es ist vielmehr unumgänglich, auch die Familien mit mehr als zwei Kindern deutlicher zu fördern. In Deutschland haben nur noch 13 % der Familien mehr als zwei Kinder, in Frankreich beispielsweise 37 %. Kinderreiche Familien stehen in Deutschland vor besonderen Hindernissen. So gibt es auf dem Mietwohnungsmarkt kaum mehr Wohnungen mit mehr als vier Zimmern. Im Regelfalle lässt sich die Sorge für mehr als zwei Kinder

unter 15 Jahren auch nicht mit einer regelmäßigen Berufstätigkeit beider Partner vereinbaren. So kumulieren gerade bei den Kinderreichen die strukturellen Benachteiligungen des deutschen Transfersystems, obwohl es doch diese Familien sind, die am ehesten zur Erhaltung seines demografischen Gleichgewichts beitragen. Der vergleichsweise große Erfolg der französischen Familienpolitik ist im wesentlichen auf ihre Nachhaltigkeit und eine ziemlich konsequente Abstimmung unterschiedlicher familienpolitischer Maßnahmen im Sinne einer Lebensphasen strukturierenden Politik zurückzuführen. Diesbezüglich ergeben sich aus der föderalistischen Struktur Deutschlands zusätzliche Koordinationshindernisse, deren Überwindung eine wichtige Aufgabe zukünftiger Nachwuchssicherungspolitik sein wird.

Weder der Bevölkerungswissenschaft noch der Sozialpolitikforschung ist es bisher gelungen, eindeutige Wirkungszusammenhänge zwischen politischen Einzelmaßnahmen und Veränderungen der Geburtenrate zu identifizieren. Das ist auch nicht verwunderlich, denn generative Entscheidungen – sei es die Heirat oder die Entscheidung für ein (weiteres) Kind – werden stets im Kontext einer komplexen individuellen Situation gefällt, und die Engpässe, die solchen Entscheidungen entgegenstehen, sind je nach sozialem Standort und individuellen Umständen verschieden. Direkte Wirkungen geburtenfördernder Maßnahmen sind nur zu erwarten, wenn sie unter konkreten Umständen ein zentrales Hindernis, einen *Engpaß* beseitigen. Solche Zielgenauigkeit kann jedoch von staatlicher Politik nicht erwartet werden. Hier hilft nur eine langfristige und sowohl zeitliche, wie monetäre und infrastrukturelle Gesichtspunkte umfassende Politik und deren glaubwürdige Ankündigung.

Die Notwendigkeit, in nachwuchspolitischer Hinsicht umzusteuern, wird Politikern und Öffentlichkeit in Deutschland immer mehr bewusst. Dabei sind komplexe Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten in Größenordnungen erforderlich, die nur durch eine konsequente, über mehrere Jahre und sogar Legislaturperioden sich erstreckende familien- und bildungsorientierte Finanzpolitik zu erreichen sind. In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich die Finanzministerien bisher als schärfste Widersacher der Familienpolitik erwiesen, da ihnen stets bewusst war, was die „Öffnung dieses Fasses“ bedeutet. Wenn es gelänge, den investiven Charakter von Familien- und Bildungspolitik in den Vordergrund zu rücken, wäre wohl auch von wirtschafts- und finanzpolitischer Seite mit mehr Verständnis zu rechnen. Schätzungen besagen, daß die *Investitionslücke* in das Humanvermögen Deutschlands zwischen 1972 und 2000 rund 2,5 Billionen Euro beträgt. Sie werden uns als Produktivkraft in den kommenden Jahrzehnten fehlen.

Barbara Thiessen

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“ – Demografie und sozialer Ausschluss

Über Demografie wird meist mit sorgendem Blick auf die künftigen Rentenzahler gesprochen. Im Mittelpunkt stehen dabei in der Regel quantitative Argumente: Es werden Geburten- und Sterbeziffern verglichen, Zu- und Abwanderungszahlen nebeneinander gestellt und sorgenvoll die Bevölkerungsabnahme beklagt. Die Diskussionen um den Zustand der Bildung in Deutschland¹ zeigen jedoch, dass längst nicht alle Potenziale in Deutschland genutzt werden. Die nicht zuletzt mit falschen Zahlen aufgeheizte Debatte um den scheinbaren „Gebärstreik“ von Akademikerinnen legt den Verdacht nahe, dass besonders Kinder aus bildungsstarken Schichten gewünscht sind. Gelten die Problemschüler aus den bundesdeutschen Hauptschulen und die in den Medien viel zitierten „Teeniemütter“ mit ihren Kindern als „Schmuttelkinder“, mit denen man sich nicht abgibt?

In diesem Beitrag geht es daher nicht um die Frage nach einer möglichen Geburtenzunahme, also um die „Noch-nicht-Geborenen“, sondern der Blick richtet sich auf jene, die schon da sind und die sich möglicherweise doch nicht erwünscht fühlen: Es geht um Kinder und Jugendliche bildungsferner

¹ Vgl. www.mpib-berlin.mpg.de/pisa sowie www.bildungsbericht.de

Schichten. Wie werden sie gesellschaftlich wahrgenommen? Wie sehen sie sich selbst? Wie schätzen sie ihre Zukunftsperspektiven ein? Diskutiert wird, ob sie primär als zusätzliche Kostenfaktoren in einer Zeit immer knapper werdender öffentlicher Haushalte gehandelt werden oder ob sie Ressourcen einbringen könnten, die dringend benötigt werden, und es soll überlegt werden, welchen Unterstützungsbedarf es in diesem Zusammenhang gibt. Erforderlich ist dabei, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunktgebieten genderkritisch zu untersuchen. Dabei fließen Ergebnisse qualitativer Untersuchungen aus einem Projekt mit jungen Müttern in einem sozialen Brennpunkt in Bremen ein.

In einem ersten Schritt werden die „Bildungsfernen“ näher charakterisiert, dabei werden neuere Ergebnisse der Armutsforschung einbezogen. Zweitens wird kritisch untersucht, wie sich die alltäglichen Lebensbezüge in sozial benachteiligten Milieus aus Geschlechterperspektive darstellen. Eingefügt ist hier das Beispiel eines Praxisprojektes für junge Mütter aus einem Bremer Brennpunktgebiet. Abschließend werden gendergerechte Ansätze für die (kommunale) Sozial- und Bildungspolitik diskutiert.

1 Demografie und Armut: Wer sind die „Schmuddelkinder“?

Die Krawalle in den französischen Banlieus haben das Thema Armut auch in Deutschland in neuer Weise auf die politische Agenda gesetzt. Deutlich wurde, dass Armut nicht nur auf den Straßen, sondern auch in den Debatten Unruhe auslöst. Bereits in den 90er Jahren wurde auf die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg hingewiesen (Ehrenreich 1992).

Wie ist also mit Armut umzugehen? Die Sozialgeschichte zeigt die jeweils wirksame Verbindung von ökonomischen Bedarfen und gesellschaftlichen Werten. Bislang hatte jede Gesellschaft ihre Armen. Die Armen sind gesellschaftliche Verkörperung und Prototyp des „Unpassenden“ und „Abnormalen“. Nach Zygmunt Baumann können mit der „sozialen Konstruktion der Figur des Armen“ (Baumann 1997, 67) jeweils Ordnung und Norm einer Gesellschaft aufrecht erhalten werden. In der mittelalterlichen Ständegesellschaft war das Almosen für die Armen der Garant für das Seelenheil des Gebenden. Die Bettelnden wurden dadurch anerkannter Teil der Gesellschaft.

Die mit dem Merkantilismus einsetzende Industrialisierung mit ihrem zunächst unerschöpflichen Bedarf an Arbeitskräften brauchte die Armen als industrielle Reservearmee. Schon in den Armenhäusern des 16. und 17. Jahrhunderts ist

Erziehung zur Arbeit zum exemplarischen pädagogischen Programm geworden. An diesem Grundprinzip „Hilfe gegen Arbeit“ oder wie es im aktivierenden Sozialstaat lautet „fördern und fordern“ hat sich bis heute kaum etwas geändert. Jedoch ist die Erwerbsarbeit in den globalisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften knapp geworden. Vor allem die industrielle Einfacharbeit befindet sich in einem permanenten und globalen Wanderungsprozess, der von der Suche nach den günstigsten Produktionsbedingungen geprägt ist.

Ungewöhnliche Aufmerksamkeit haben die Daten des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (BMGS 2005) des letzten Jahres erhalten. Dem Bericht liegt nicht die ausschließlich ökonomisch bestimmte absolute Armutsdefinition als „Leben am äußersten Rand“ zugrunde, sondern eine relative Bestimmung von Armut, die von allen EU-Mitgliedsstaaten verwendet wird. Die Armutsrisikoquote lautet: Wer nur 60 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Landes erzielt, gilt als arm. In Deutschland beläuft sich dies auf 938 EUR (BMGS 2005, 15). Nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom August letzten Jahres leben gegenwärtig knapp über sechs Millionen Menschen auf Sozialhilfeniveau. Bezieht man die Dunkelziffer mit ein, sind es sogar über sieben Millionen oder fast 9 Prozent der Bevölkerung (Parität 2005, 3). In der dynamischen Armutsforschung, die „Sozialhilfekarrieren“ in Langzeitverläufen untersucht, wurde ermittelt, dass von den Sozialhilfebeziehenden ca. zwei Drittel nach ein bis zwei Jahren aus dem Armutsrisiko wieder aussteigen können, während ein Drittel dauerhaft in Armut verbleiben wird (Buhr/Leisering/Leibfried 1997). Dabei ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der Bildungsfernen besonders hoch. Alarmierend ist die Armutsquote bei Kindern: Gegenwärtig sind 1,5 Millionen Kinder auf Sozialhilfe, Sozialgeld nach SGB II oder Kinderzuschlägen auf Sozialhilfeniveau angewiesen. Mit Berücksichtigung der Dunkelziffer erhöht sich diese Zahl auf 1,7 Millionen. Dies sind über 14 Prozent oder jedes 7. Kind in Deutschland, das als arm bezeichnet werden muss (Parität 2005, 3).

Die Einkommensarmut ist jedoch nur ein Faktor, der Armut kennzeichnet. Als viel wesentlicher gelten sog. geminderte „Verwirklichungschancen“ („capabilities“). Das Capability-Konzept ist dem Armuts- und Reichtumsbericht zugrunde gelegt worden. Gemeint ist damit der beschränkte Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit, eine geringere Gesundheit und Lebenserwartung, zusammengefasst als benachteiligte Lebenslagen, die soziale Ausgrenzung markieren und die sich mittlerweile auch generational verfestigt haben.

Die anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit wirft Menschen aus ihren Bahnen und verhindert sichernde Identitätskonzepte in einer sozialen Welt, in der

Vergesellschaftung vor allem über Erwerbsarbeit funktioniert. Die Kinder langzeitarbeitsloser Eltern und Großeltern nehmen mit brüchigen Schulkarrieren ihr Scheitern auf dem Arbeitsmarkt vorweg. Ihr Selbstvertrauen ist erschütternd gering. Das ist zumindest ein Ergebnis der Praxisforschung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen (Pregitzer/Thiessen 2005). Sie blicken auf eine Gesellschaft, in der 10 Prozent der Haushalte knapp 47 Prozent des Privatvermögens besitzen, während die untere Hälfte sich mit 4 Prozent des gesamten Nettovermögens begnügen muss.

Der Zusammenhang von Armut und Bildungslücken gilt deshalb als besonders fatal, weil hier die Ursache für die generationale Weitergabe beruflichen Scheiterns angelegt ist. Wohlfahrtsstaatliche Rahmungen sind daher gefragt und zwar in einer Verbindung von Sozial- und Bildungspolitik. Gerade in diesem Punkt ist Deutschland jedoch besonders schlecht aufgestellt. Die strukturelle Trennung von Sozial- und Bildungspolitik wurzelt im familienzentrierten Denken, das die Figur der Mutter zentral setzt und nach dem die Bereiche der Sozialpolitik von jenen der Bildungspolitik systematisch getrennt sind (Gottschall 2003). Hinzu kommt, dass der Ressourcenbedarf für Bildung aus öffentlichen Kassen finanziert werden muss, die mit steigenden Anforderungen – insbesondere der sozialen Grundsicherung – überlastet sind. Laut Bildungsbericht von 2006 beansprucht die soziale Sicherung schon jetzt einen sechsfach höheren Ausgabenanteil als Bildung. Verschärft wird die Situation durch die steigenden Pensionszahlungen, mit denen die Länderhaushalte belastet werden und die von 2003 bis 2007 um 70 Prozent zunehmen werden (Bildungsbericht 2006, 4). Frühe Förderung und Bildung werden daher Müttern zur privaten Aufgabe gemacht, die jedoch nur nach ihren jeweiligen milieuspezifischen Ressourcen dieser Aufgabe nachkommen können. So kommen manche Kinder zu nachmittäglichem Geigen- und Sportunterricht, während sich andere in engen Wohnungen mit Fernsehen und Computerspielen beschäftigen.

Auch die PISA-Ergebnisse haben für Deutschland gezeigt, dass in kaum einer vergleichbaren postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft die Chancenverteilung von Bildung so sehr zuungunsten der unteren sozialen Milieus erfolgt wie hierzulande. Der Bildungsbericht resümiert: „Die Durchlässigkeit im deutschen Schulwesen ist (...) überwiegend ‚abwärts‘, von höher qualifizierten Schularten auf weniger hoch qualifizierende, gerichtet. (...) Bei den Übergängen sind Schüler aus unteren sozialen Schichten, vor allem solche mit Migrationshintergrund benachteiligt“ (Bildungsbericht 2006, 11). Im Mikrozensus von 2002 (Statistisches Bundesamt) wird die skandalöse Anzahl von 15 Prozent Jugendlichen ihrer jeweiligen Altersgruppe ausgewiesen, die das deutsche Bildungs-

system ohne Ausbildungsabschluss verlassen. Laut Berufsbildungsbericht wächst diese Quote der Ungelernten seit Jahren und zwar besonders unter männlichen Jugendlichen (von 12,8 Prozent in 1996 auf 14,2 Prozent in 2003). Erschreckend hoch ist der Anteil Ungelernter bei ausländischen Jugendlichen, wenngleich er leicht abnimmt: 1996 waren 40 Prozent ohne Ausbildung, 2003 sind dies immer noch 37 Prozent (Berufsbildungsbericht 2005, 96).

Ungelernte sind in den Erwerbsarbeitsmarkt einer hoch entwickelten Dienstleistungsökonomie kaum mehr zu integrieren. Ihre nicht ausgebildeten Kompetenzen werden dauerhaft brachliegen oder in den wenigen un- und angelernten Tätigkeiten weiter stagnieren. Diese Entwicklung wird von dem anhaltenden Rückzug aus der Qualifizierungsförderung für Erwerbslose – die sich insbesondere bei der Politik der Bundesagentur zeigt – weiter forciert. Unter dem Druck schneller Ermittlungserfolge werden die sogenannten „Beratungs- und Betreuungskunden“ in den Jobcentern – also etwa Frauen mit Kindern, MigrantInnen und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung, dafür vielleicht mit Schulden oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen – weit hinten angestellt. Deutlich wird, dass die Armut in Deutschland vor dem Hintergrund misslicher wohlfahrtsstaatlicher und bildungspolitischer Strukturen eine generationale Verfestigung erfährt und Ausstiege über eine nachhaltige Erwerbsintegration kaum möglich sind. Eine zentrale Ursache liegt in den Geschlechterdimensionen von Armut, die im Diskurs zumeist unerwähnt bleiben.

2 Geschlechterdimensionen in der Demografiedebatte und Armutsforschung

Wie wir wissen, hebt Armut nicht die Geschlechterdifferenzierung auf. So ist das Armutsrisiko alleinerziehender Frauen mit über 26 Prozent dreimal so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung. Alleinerziehende werden bereits im ersten Armuts- und Reichtumsbericht als „zentrale Problemgruppe“ bezeichnet (BMGS 2001). Allerdings schlägt sich dieser Befund nicht in den Analyse- und Begriffskategorien nieder. Die erwerbszentrierte Versorgung als Grundelement deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit wird nicht infrage gestellt. Es ist kein eigenständiger Zugang von Frauen in der Familienarbeit zu sozialer Sicherung vorgesehen. Diese in der kritischen Sozialstaatsdiskussion als maskulin bezeichnete Sozialversicherung markiert den Adressaten als „Träger von Rechten“ und „sozialen Staatsbürger“ (Fraser 1994, 233f.), wohingegen der feminin konnotierte Sektor der Fürsorgesysteme mit differenzierten Sozialleistungen zur Klientifizierung beiträgt und ein hohes Maß an Überwachung mit sich bringt. Der

„Ausfall des Ernährers“ (Stiegler 1998) verweist Frauen mit Kindern auf die Bittstellerposition als „Sozialhilfe-Mütter“. Betreuungs- und Erziehungsarbeit wird zum Risikofaktor bei unsicheren Beziehungen und Alleinverdienerverhältnissen.

Barbara Stiegler verweist darauf, dass der Begriff des real verfügbaren Haushaltseinkommens unterstellt, die finanziellen Mittel würden für die gemeinsame Lebensführung verbraucht. Verkannt würden dabei die psychosozialen Machtmechanismen in den Paarbeziehungen. Aus unseren Interviews mit jungen Müttern wissen wir, dass nicht selten das Kindergeld eher für neue Radkappen als für Spielwaren ausgegeben wird. Diese „Intraressourcenverteilung“ (Stiegler 1998, 6) wurde bislang von der Armutsforschung ignoriert.

Armut trotz Erwerbsarbeit (Einkommensarmut, „working poor“) lässt sich auf die geschlechtliche Segmentierung des Arbeitsmarktes zurückführen. Gerade in personenbezogenen Dienstleistungsbereichen der Erziehung, Pflege, Betreuung, Versorgung werden kaum existenzsichernde Einkommen erzielt. Hinzu kommen Minijob-Regelungen und eine hohe Teilzeitquote. Dies alles sind Regelungen, die v.a. Frauen betreffen.

Deutlich ist, dass die strukturelle Trennung von Familie und Erwerb, privat und öffentlich die Kategorie Frau zum sozialpolitischen Risikofaktor macht. Da sich jedoch aus der Geschlechtskategorie keine armutsbekämpfenden Strategien ableiten lassen, ist es notwendig, Lebenslagen differenziert in den Blick zu nehmen. Hierzu sind weitere Dimensionen der sozialer Platzanweisung zu berücksichtigen wie Schicht, Ethnizität, Alter, Gesundheit, Sexualität. Da die ausländische Bevölkerung von Arbeitslosigkeit viel stärker betroffen ist, schlägt hier auch die Armutsfalle in besonderer Weise zu. Zwar sichern großfamiliäre Strukturen häufig das Überleben, sie zwingen jedoch auch zum Verbleiben in einem sozialen Kontext, in dem traditionelle Geschlechterbilder in besonderer Weise wirksam sind. Zudem bedroht die Angewiesenheit auf staatliche Transferleistungen in nicht wenigen Fällen die Aufenthaltserlaubnis.²

Bemerkenswert ist, dass die Armut im gesellschaftlichen Diskurs stets ein Gesicht bekommt: war es in den 70er und frühen 80er Jahren vor allem die Armut alter Frauen, so wurde in den 80er und 90er Jahren die Alleinerziehende als zentrale Problemfigur identifiziert. Und aktuell wird v.a. über Kinder als Arme geredet. Es gibt ja auch tatsächlich triftige Gründe diese Gruppen jeweils zu benennen, allerdings scheinen die jeweils Unbenannten zu verschwinden.

2 Auf die Lebensbedingungen von Frauen ohne Aufenthaltserlaubnis und in illegalen Beschäftigungsverhältnissen, die ebenfalls zum großen Teil zu den Armen zählen, kann ich an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Deren Not jedoch bleibt bestehen. Der Zusammenhang von Kinderarmut und Armut bei Frauen liegt auf der Hand: Wenn Frauen keine eigenständigen Lebens- und Erwerbsperspektiven haben, und wenn 7 von 10 Unterhaltsansprüchen gegenüber Vätern nicht eingelöst werden können, dann leiden darunter in besonderer Weise die Kinder. Deren Lebenslagen lassen sich jedoch nur ändern, wenn sich auch die Situation der Mütter bessert.

Praxisbeispiel: Kompetenzentwicklung für junge Mütter

Der Zusammenhang von Armut und Bildungslücken bei Kindern und Jugendlichen wird in besonderer Weise deutlich an der Lebenslage junger Mütter, die trotz hoher Medienpräsenz weitgehend unbekannt ist (Thiessen/Anslinger 2004). Wenn „Teeniemütter“ in den Talkshows und Reportagen auftauchen, sind es meist die minderjährigen, oder gar unter 16-jährigen, die interessant sind, weil skandalisierbar. Dabei ist die Anzahl der Geburten von unter 16-Jährigen glücklicherweise sehr gering und weist kaum Schwankungen auf, sie beträgt konstant ca. 550 pro Jahr (Statistische Ämter 2002). Die volljährigen jungen Mütter verbleiben dagegen im Schatten. Jährlich werden bundesweit ca. 23.000 Kinder von Frauen unter 20 Jahren geboren (Statistische Ämter 2002). Aufschlussreich ist das Verhältnis von Strukturdaten im Verhältnis zu früher Schwangerschaft. Hier zeigen sich eindeutige Zusammenhänge: In strukturschwachen Regionen bekommen deutlich mehr Minderjährige Kinder; hohe Bevölkerungsdichte und gleichzeitig hohe Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote korrelieren mit einem hohen Anteil junger Mütter. Minderjährige Schwangerschaft ist im übrigen die weibliche Form der Schulverweigerung. Vor allem in den Familien, in denen bereits die Eltern seit Jahren arbeitslos sind, scheint Mutter-Sein einen gesellschaftlichen Status und „Einkommenssicherung“ (durch staatliche Leistungen) zugleich zu ermöglichen.

Wenn die Lebensbedingungen und Bildungsperspektiven der jungen Mütter und ihrer Kinder untersucht werden, wird aber deutlich, dass hier andere Unterstützungssysteme vonnöten sind als ausschließlich direkte materielle Transferleistungen. Im Projekt MOSAIK³ wurde mit Daten aus dem Jahr 2003 für Bremen die Situation von Frauen unter 25 Jahren mit Kindern unter drei Jahren in der Sozialhilfe ermittelt (jetzt: ALG II). Das Ergebnis ist erschütternd: Die Sozialhilfequote junger Mütter lag in diesem Zeitraum bei ca. 35 Prozent, der Durchschnitt in Bremen betrug 9,5 Prozent. Das Schulbildungsniveau dieser jungen Mütter ist erheblich niedriger ist, als im Bevölkerungsdurchschnitt: In der Gruppe der nichtschulpflichtigen jungen Mütter haben rund ein Drittel keinen Schulabschluss (Walter 2004). Das ist ein bildungspolitischer Skandal. Leider sind selbst in den neuen besonderen Fördergrundsätzen nach SGB II, § 3 Abs. 2 Satz 1, die für 15-25-Jährige gelten (Schruth 2005), junge Mütter (mit Kindern unter drei Jahren) in der Praxis ausgenommen: Die Fallmanager in den Job-Centern schicken sie wieder nach Hause.

3 „Kompetenzentwicklung für (junge) Mütter. Kooperation von Beratung, (Aus)Bildung und Beruf“, vgl. www.dlb.uni-bremen.de

In den Interviews und Beratungen mit jungen Müttern, die im Projekt MOSAIK durchgeführt wurden, zeigte sich, dass der scheinbare Ausweg Kind tatsächlich zu einer Verfestigung der benachteiligten sozialen Lage beiträgt und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten weiter einschränkt. Die Folgen sind zunehmende Verarmung und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Von der Abwärtsspirale sind nicht nur junge Mütter selbst betroffen. Es besteht die Gefahr, dass sich bei ihren Kindern die Bildungsarmut und Ausgrenzung wiederholt.

Im Falle minderjähriger Mütter ist daher die Kindeswohlsicherung⁴ in besonderer Weise zu wahren, denn hier besteht neben dem Kindeswohl der jugendlichen Mutter auch der Kindeswohlanpruch ihres Kindes. In der Bremer Fachdiskussion wurde diese Spannung im Begriff der „Doppelten Kindeswohlsicherung“ zusammengefasst. In der Praxis gilt es einen Weg zu finden, der es sowohl ermöglicht, den jungen Müttern eine eigenständige Perspektive als auch ihren Kindern ausreichende Betreuung und Förderung zukommen zu lassen.

Das Beispiel der jungen Mütter zeigt, dass das Festhalten an traditionellen Rollenmustern weder für die Betroffenen noch ihr Umfeld hilfreich ist. Die häusliche Erziehungssituation in sozialen Brennpunkten gestaltet sich bemerkenswerter Weise dort besser, wo Mütter einen eigenen Lebensentwurf verfolgen. Hierzu konnten konkrete Erfahrungen gesammelt werden: Auf Anregung der sozialpädagogischen Leiterin einer Familienbildungseinrichtung, die „die Verelendung von Müttern in den Frühstücks- und Spielkreisen“ ändern wollte, wurde in Kooperation mit freien Trägern und Behörden im Bremer Stadtteil Vahr ein sozialräumlich orientierter niedrigschwelliger Berufsorientierungskurs mit Kinderbetreuung für unter Dreijährige entwickelt (Pregitzer/Thiessen 2005). Eine der 17 Teilnehmerinnen sagte im Interview: *„Der Kurs ist eine zweite Chance für mich, weil ich noch jung bin.(...) Ich entdecke immer neue Seiten an mir, (...) das Leben ist sonst ja immer Mann-Kind-Mann-Kind.“* Der neunmonatige Kurs umfasst drei Module, die inhaltlich aufeinander aufbauen. Ziele des Berufsorientierungskurses sind v.a. die Hinführung junger Mütter in Ausbildung/Qualifizierung, u.a. durch ein mehrwöchiges Praktikum, sowie die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten im Stadtteil. Es zeigte sich,

- dass die jungen Frauen hoch motiviert waren,
- dass zwischen ihnen Kontakte entstanden, die auch nach Beendigung der Maßnahme fortbestehen und den Alltag im Stadtteil verbessern,
- die Frauen zunehmend bereit waren, ihr Erziehungsverhalten zu reflektieren,
- die Kinder von dem Zusammensein mit anderen Kindern profitierten und vielfältige Anregungen erhielten. Die motorischen und sprachlichen Fähigkeiten verbesserten sich deutlich.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass Bildungsperspektiven für junge Mütter Wege zu einem eigenständigen Leben öffnen und gleichzeitig die häusliche Erziehungssituation verbessern. Deutlich wird auch, dass Frauen, die eigenständige Erwerbsperspektiven haben, nicht mehr das Muttersein alleine als Identitätskonzept brauchen.

4 Vgl. Grundgesetz, Art. 6, sowie im SGB VIII §1 (insb. Abs.1 und Abs. 3, Nr. 3): Spannung zwischen elterlicher Sorge und der Garantenstellung der staatlichen Gemeinschaft als Wächteramtsfunktion.

3 Bilanz: Bedeutung von Genderwissen für die (kommunale) Sozialpolitik

Die Demografiedebatte zeigt deutlich, dass nicht Kinder per se erwünscht sind. Vom lohnabhängigen Elterngeld bis zur Debatte um die Reproduktion der akademischen Schichten wurde eines besonders deutlich: Die Bildungseliten sollen sich nachwuchsfreudiger zeigen, hierfür werden neue Transfers für die „high potentials“ eingeführt. Noch unklar ist der Umgang mit den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bildungsferner Schichten. Eine problematische Tendenz wäre, sie mehr und mehr von der Teilhabe an Erwerb und Bildung abzukoppeln und an den unteren Rand der Versorgung zu drücken, wie sich dies derzeit bei der Diskussion um die Absenkung der Sätze für das Arbeitslosengeld II abzeichnet. Hierbei werden nicht zuletzt Humanressourcen, auf die eine schrumpfende Bevölkerung dringend angewiesen ist, verschwendet. Angesichts des Auseinanderdriftens von Lebenslagen ist vielmehr die Frage zu stellen, ob Arme nicht erneut eine Disziplinierungsfunktion haben. Sind sie nicht Antrieb für ein Erwerbsleben unter den Bedingungen des sich ständig wandelnden Erwerbsarbeitsmarktes und den Anforderungen des Lifelong Learning?

Die Integration von Menschen in benachteiligten Lebenslagen scheint mir unter drei Gesichtspunkten wesentlich zu sein:

1. *Sittlich-normativ*: Demokratie funktioniert nur mit einer sozialen Chancen- und materiellen Verteilungsgerechtigkeit. An den Krawallen in Frankreich kann die Wut der Ausgegrenzten abgelesen werden. Die meisten von ihnen haben die französische Staatsbürgerschaft, aber sie sind doch nur Bürger zweiter Klasse: Wer die Situation in den Schulen und die kommunale Ausstattung in den sozialen Brennpunkten dort kennt, muss feststellen, dass diesen Jugendlichen systematisch der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen verweigert wird. Das schafft Wut, und das bereitet den Boden für Fundamentalismen aller Art. Und alle Arten von Fundamentalismen sind frauenverachtend. Die eher männlich konnotierte Handlungsweise richtet sich aggressiv nach außen und restriktiv nach innen in die Familien, während weiblich bezogene Strategien meist eher resignierend sind und als retro-konservativ in der Figur der Teenie-Mutter zum Ausdruck kommen. Das „Denkcorsett der Geldknappheit“ (Staub-Bernasconi 2005, 85) ignoriert die langfristigen Folgen sozialer Ungleichheit. Auch wenn hierzulande noch keine dramatischen Auswirkungen festzustellen sind, zeigen sich deutlich neue Töne im Spiel der „feinen Unterschiede“. Das Beispiel der Teeniemütter in den Medien verweist auf eine Debatte, die in dieser Weise völlig neu ist: In den nachmittäglichen Talk-Shows des Privatfernsehens wird immer wieder

die Frage debattiert, wer denn das „Recht auf Kinder“ habe, angesichts von Müttern, die ihren Kindern nichts bieten könnten. Eine Gesellschaft, in der bestimmt wird, wer sich Kinder leisten darf und wer nicht, ist aber zutiefst inhuman.

2. *Ökonomisch*: Bereits heute zeichnet sich durch den demografischen Wandel ein dramatischer Mangel an Fachkräften ab.⁵ Ab 2010 rechnet die deutsche Wirtschaft mit einem erheblichen Defizit an ausgebildeten Arbeitskräften. Daher können wir es uns nicht leisten, Begabungsressourcen zu verschwenden. Wie kann es sein, dass 15 Prozent aller Jugendlichen unser Bildungssystem ohne Berufsausbildung verlässt? Wie kann es sein, dass ein erheblicher Teil von ihnen funktionale Analphabeten sind? Das ist auch ein frauenpolitisches Thema, denn mit steigendem Bildungsniveau erhöht sich ebenso die Chance auf egalitäre Geschlechterbilder. Hieran schließt der dritte Punkt an.
3. *Frauenpolitisch*: Materielle Ungleichheit fördert geschlechtliche Ungleichheit. Eine Gesellschaft, die sozial egalitär orientiert ist, bedingt auch Geschlechtergerechtigkeit. Traditionelle Geschlechterbilder verhindern bei Frauen existenzsichernde Erwerbsneigung, geschlechtergerechte Entlohnung in personenbezogenen Dienstleistungsberufen und anderen Frauendomänen. Bei Männern stehen sie dem Erwerb sozialer und kommunikativer Fähigkeiten sowie der Aneignung alltäglicher Lebensführungskompetenzen im Weg: Die Auflösung des traditionellen Geschlechtervertrags hilft besonders unteren sozialen Schichten und Menschen mit Migrationshintergrund zu besseren Anschlüssen an die Herausforderungen moderner Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften.

Damit komme ich abschließend zur Perspektive einer geschlechtergerechten Sozialpolitik. Grundlage ist ein gendersensibles statistisches Monitoring für Maßnahmeplanung und -evaluierung. Darüber hinaus müssen gendersensible sozialpolitische Maßnahmen innerfamiliäre Macht- und Gewaltverhältnisse stärker in den Blick nehmen. Wie dargestellt, bedeutet Frauenförderung heute nicht, dass alle Frauen gleichermaßen gefördert werden. Geschlecht ist durchdrungen von weiteren sozialen Platzanweisern (Schicht, Ethnizität, Alter, Gesundheit). Kommunale Maßnahmen, die im Sinne des Gender Mainstreaming überprüft werden, müssen auch hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen überprüft werden. Bspw. mag das

⁵ Vgl. dazu den Beitrag Allmendinger, Dressel, Ebner „Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit“ in diesem Reader.

Tagesmüttermodell für Bildungseliten gut sein, für soziale Brennpunkte eignet sich dieses Modell nicht. Wer sollten hier die möglichen Tagesmütter sein? In welchen Wohnungen sollte hier Tagespflege stattfinden? Entscheidend wird sein, die Demografiedebatte mit einem geschlechterkritischen Blick auf soziale Lebenslagen zu verbinden. Wenn es wirklich um die Sicherung der Lebensverhältnisse geht, sind soziale Ausschlüsse kontraproduktiv, „Schmuddelkinder“ können und dürfen wir uns nicht leisten. Daher sind Sozial- und Bildungspolitik neu zusammenzuführen und mit demografischen Perspektiven zu verknüpfen.

Literaturverzeichnis

- Baumann, Zygmunt (1997):** *Die Armen: Unnütz, unerwünscht, im Stich gelassen.* In: *Widersprüche*, H.66, 67-76
- Buhr, Petra; Leisering, Lutz; Leibfried, Stephan (1997):** *Armutsbilder zwischen Statik und Dynamik – Empirische Sozialpolitikforschung als soziologisches Lehrstück* in: *Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden.* Opladen: Westdeutscher Verlag, 867-870
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (BMGS) (2005):** *Lebenslagen in Deutschland – Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.* Berlin
- Ehrenreich, Barbara (1992):** *Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse.* München: Kunstmann
- Fraser, Nancy (1994):** *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Gottschall, Karin (2002):** *Erziehung und Bildung im deutschen Sozialstaat. Besonderheiten und Reformbedarfe im europäischen Vergleich.* In: *Kathrin Heinz, Barbara Thiessen (Hg.), Feministische Forschung – Nachhaltige Einsprüche.* Opladen: Leske und Budrich, 145-170
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (2005):** *Zu wenig für zu viele. Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II.* Berlin
- Pregitzer, Sabine; Barbara Thiessen (2005):** *„Ich gehe meinen Weg mit Kind und Beruf“.* *Neue Wege der Berufsorientierung für junge Mütter.* In: *Berufsbildung*, Jg. 59, H. 93, 22-23
- Schruth, Peter (2005):** *Was soll Jugendsozialarbeit unter Hartz IV?* In: *Andrea Schmidt, Tamara Musfeld (Hg.), Einmischungen. Beiträge zu Theorie und Praxis Sozialer Arbeit.* Frankfurt a.M., London: iko, 229-243
- Staub-Bernasconi, Silvia (2005):** *Gerechtigkeit und sozialer Wandel.* In: *Werner Thole, Friedrich Ortman, Volkhart Strutwolf (Hg.), Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen.* Wiesbaden: VS-Verlag, 75-85

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2002): Statistik regional. URL: <http://www.brandenburg.de/statreg/>
(Zugriff: 26.05.04)

Stiegler, Barbara (1998): Die verborgene Armut der Frauen, Bonn: Electronic ed.,
<http://library.fes.de/fulltext/asfo/00548toc.htm>

Thiessen, Barbara; Eva Anslinger (2004): „Also für mich hat sich einiges verändert ... eigentlich mein ganzes Leben“: Alltag und Perspektiven junger Mütter. In: *Forum Sexualaufklärung und Familienplanung*, Heft 4, 22-26

Walter, Michael (2004): Bestandszahlen und Bildungsdaten junger Mütter in Bremen. In: *Friese, Marianne et al. (Hg.), Kompetenzen in der beruflichen Bildung fördern, Vierter InfoBrief des Projektes MOSAIK*, 2-3,
http://www.dlb.uni-bremen.de/web/forschung/mosaik/dokumente/MOSAIK_INFO_04.pdf

„Dieser Reis war exzellent. Der Reis allein hätte ihr genügt. Das Huhn mit dem frischen Koriander ließ sie in Verzückung geraten, die Auberginen in Öl lockten lasziv...Chanu konnte kochen. Nie war ihr in den Sinn gekommen, dass er all die Jahre als Junggeselle gekocht haben musste. Und seitdem er verheiratet war, lehnte er an den Küchenschränken und legte den Bauch auf der Abstellfläche ab, während sie hackte und briet und um ihn herum wischte.“

aus: Monica Ali: Brick Lane

Uta Meier-Gräwe

Chacun à son goût – Neue Esskulturen. Wird die Frau als Ernährerin ausdienen?

Bereits in der griechischen Antike kam der Frau die Rolle als Versorgerin und Managerin des ganzen Hauses („Oikos“) zu: Ihr oblag es, die vielfältigen Alltagsaktivitäten in der vorherrschenden Wirtschafts- und Lebensform jener Zeit generationsübergreifend zu koordinieren. Auch wenn die Hausmutter in jeder Hinsicht dem pater familias unterstand – ihre versorgungswirtschaftliche Arbeit im Oikos wurde hoch geschätzt: Es galt den verschiedenen Unbilden der Jahreszeiten zu trotzen, eine überlegte Vorratswirtschaft zu betreiben, damit Nahrungssicherheit für alle Mitglieder des Oikos gewährleistet werden konnte. Der Frau zur Seite stand Hestia, die Göttin des Herdes.

Wie aber organisieren Frauen und Männer in der modernen Gesellschaft ihren Essalltag? Lösen sich tradierte Mahlzeitenmuster und Essroutinen im Zuge von Modernisierungsprozessen auf, verlieren sozial-kommunikative Implikationen des Essens an Bedeutung? Gehen Mütter mit diesem täglich wiederkehrenden Handlungserfordernis anders um als allein lebende Frauen? Lässt sich die in der Öffentlichkeit geläufige These nachweisen, dass wir uns in der schnelllebigen mobilen Gesellschaft immer weniger Zeit zum Essen nehmen? Wie wirken sich im Zeitalter der Globalisierung die ständige Verfügbarkeit von Lebensmitteln aus allen Ländern dieser Erde und die multikulturelle Vielfalt von Küchen auf unser

Essverhalten aus? Und: Müssen wir unsere natürlichen Regenerationsbedürfnisse und Körperzeiten zunehmend „rationalisieren“, um Freiräume für andere Aktivitäten in Beruf und Freizeit zu gewinnen? Ist die damit verbundene kulturkritische Annahme, dass Familienmahlzeiten – zumal im städtischen Raum – in Besorgnis erregendem Ausmaß durch Fast Food bzw. Take Away Food substituiert werden, haltbar? Diese Tendenz käme einem Verlust an gemeinsamer Zeit in familialen Lebenszusammenhängen gleich und wäre mit der Konsequenz verbunden, wesentliche Sozialisations- und Erfahrungszusammenhänge für Kinder und Jugendliche einzuschränken.

Schließlich interessiert aber auch die Frage, ob der Wandel der Erwerbsarbeitswelt und die verstärkte Integration von Frauen und Müttern in den Erwerbsbereich zu neuen Geschlechterarrangements zwischen Männern und Frauen bei der Sicherstellung der Ernährungsversorgung führen. Welche Faktoren begünstigen in diesem Bereich eine partnerschaftliche Arbeitsteilung? Gibt es über die innerfamiliale Arbeitsteilung hinaus andere Strategien, um sich von der Beköstigungsarbeit zu entlasten? Wie werden Kulturtechniken der Mahlzeitenzubereitung an die Kindergeneration weitergegeben?¹

Alles wie gehabt?

Entgegen der geläufigen These von einer fortschreitenden Rationalisierung natürlicher Bedürfnisse und Körperzeiten nehmen sich die Deutschen im Jahr 2001/02 – trotz zunehmender zeitlicher Belastung im Alltags- und Berufsleben – mit 1 Stunde und 43 Minuten im Durchschnitt überraschenderweise täglich 21 Minuten mehr Zeit zum Essen als zehn Jahre zuvor. Das gilt für Familien in noch stärkerem Maße als für berufstätige Singles oder für Paare ohne Kinder. Der größte Anteil davon entfällt auf das Essen in den eigenen vier Wänden und nicht auf die außerhäusliche Mahlzeiteinnahme, die jedoch ebenfalls angestiegen ist, und zwar um durchschnittlich 8 Minuten pro Tag (DGE 2004). Von einer Verdrängung des Essens aus dem Zentrum alltäglicher Aktivitäten kann also nicht die Rede sein. Essen ist in Deutschland nach wie vor eine betont familienbezogene Angelegenheit. Weit über die Hälfte der Angehörigen von Familienhaushalten mit Kindern und zwei erwerbstätigen Ehepartnern essen gemeinsam zu Abend: An Wochentagen ist es die gemeinsame Familienmahlzeit, die für

1 Die empirische Basis zur Überprüfung der hier formulierten Fragestellungen bilden die Ergebnisse der repräsentativen Zeitbudgeterhebungen 1991/92 und 2001/02. Die Zeitbudgeterhebung 1991/92 des Statistischen Bundesamtes (SBA) war die erste für Deutschland repräsentative Erhebung dieser Art. Konzept und Zielsetzungen wurden in der Erhebung 2001/02 beibehalten bzw. an europäische Standards angeglichen. Dadurch bestand die Möglichkeit, Entwicklungen im Verlauf von 10 Jahren zu ermitteln.

gemeinsame Gespräche genutzt wird, bei der man sich über Tagesereignisse austauscht und Absprachen für den nächsten Tag trifft. Hier befinden sich die deutschen Familienhaushalte in guter europäischer Gesellschaft: Die Whirlpool-Studie von 1996 ergab im Vergleich zwischen verschiedenen Ländern Europas, dass für keine Familienunternehmung so viel Zeit aufgewendet wird wie für die gemeinsamen Mahlzeiten (Whirlpool 1996).

Außerdem konnte mittels der Zeitbudgetanalysen nachgewiesen werden, dass die deutsche Bevölkerung insgesamt, aber auch Mütter mit unterschiedlichem Erwerbsstatus immer noch mehrheitlich dem klassischen Mahlzeitenmuster mit drei Hauptmahlzeiten pro Tag folgen. Kontrastiert man diese Ergebnisse mit den Befunden zum Zeitaufwand für die tägliche Beköstigungsarbeit, so fällt auf, dass sich Frauen und Mütter Anfang des neuen Jahrhunderts (2001/2) zwar mehr Zeit zum Essen, aber deutlich weniger Zeit für die Vor-, Zu- und Nachbereitung von Mahlzeiten nehmen als zehn Jahre vorher.

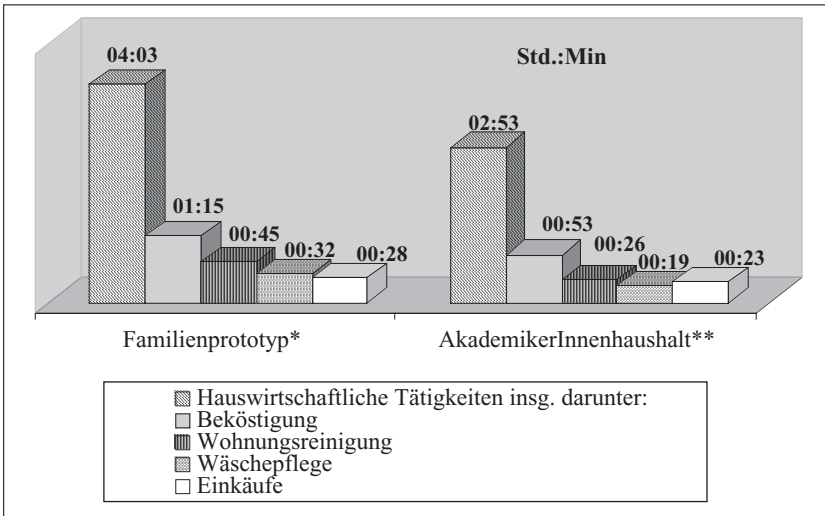
Der geringere Beteiligungsgrad und die gesunkene Zeitverwendung von Frauen insgesamt erklärt sich zu einem Teil aus der stärkeren Inanspruchnahme von außerhäuslichen Verpflegungs- und Dienstleistungseinrichtungen durch eine größer gewordene Zahl von weiblichen Singles oder erwerbstätigen Frauen, die in einer Partnerschaft ohne Kinder leben. Ebenso denkbar ist es, dass ein niedrigeres Anspruchsniveau bei der Ernährungsversorgung oder der Aspekt von Zeiterparnis, etwa durch die häufigere Verwendung von Convenience-Produkten (Tiefkühlkost, Konserven etc.) durch erwerbstätige Frauen für diesen Entwicklungstrend mitverantwortlich sind.

Dennoch ist die Beköstigung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor der arbeitsintensivste Bereich der Hausarbeit, der ganz überwiegend in den Zuständigkeitsbereich der Frauen fällt. 2001/02 wenden sie dafür im Durchschnitt eine Stunde und sechs Minuten auf, wobei allein 45 Minuten auf die Zubereitung von Mahlzeiten entfallen und weitere 20 Minuten zum Geschirrabwasch und zum Tisch decken benötigt werden (DGE 2004). Es sind vor allem Mütter, die in die zur Beköstigung ihrer Familienangehörigen notwendigen Tätigkeiten einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit einbringen.

Ein Hauptproblem für berufstätige Mütter besteht bei der Organisation des Essalltags darin, zeitliche Kollisionen zwischen den eigenen Erwerbsarbeitszeiten, den eher starren Öffnungs- und Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen und den Erwerbszeiten des Partners auszutarieren. Vor allem berufstätige Mütter entlasten sich durch eine stärkere Inanspruchnahme von Convenience-Produkten oder durch zeitliche Abstriche bei der Eigenproduktion.

Pointiert gesagt: Berufstätige Mütter kochen schneller als Hausfrauen, berufstätige Akademikerinnen mit Kindern wenden dafür noch weniger Zeit auf als berufstätige Mütter insgesamt. Wie die folgende Abbildung zeigt, gilt dieser Zusammenhang auch für andere hauswirtschaftliche Tätigkeiten wie das Einkaufen, die Wohnungsreinigung und die Wäschepflege (Abb. 1).

Abb. 1: Durchschnittliche Zeitverwendung von erwerbstätigen Frauen je Tag für ausgewählte Aktivitäten nach Familienhaushaltstyp, 2001/02



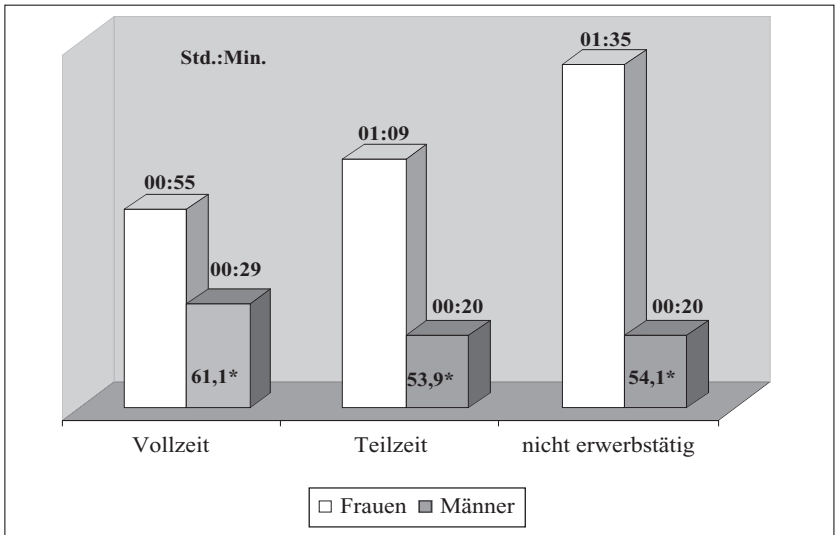
* Ehepaare mit 2 Kindern, jüngstes von 6 bis unter 18 Jahre, doppelte Erwerbstätigkeit
 ** Paarhaushalte mit Kindern, Haushaltseinkommen 3000 und mehr Euro/Monat, beide Partner Vollzeit erwerbstätig, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss
 Quelle: Meier/Zander (2005), S. 106

Gleichwohl deuten die insgesamt gestiegenen Zeitanteile, die seit Beginn der 1990er Jahre für das Essen verwendet werden bei gleichzeitig rückläufigem Zeitaufwand für die Vor-, Zu- und Nachbereitung der Ernährungsversorgung, darauf hin, dass verschiedene Strategien entwickelt werden, um diesen Part der Hausarbeit mit möglichst wenig Zeitaufwand zu erledigen. Es zeigt sich jedoch, dass der geringere Zeitaufwand von Frauen für die Beköstigung nicht auf eine partnerschaftlichere Arbeitsteilung in diesem Arbeitsbereich zurückgeht (s. Abb. 2).

Bereits vorliegende qualitative Studien zeigen, dass sich Teilzeit arbeitende Mütter zwar ebenso wie die Großmüttergeneration der Vorstellung verpflichtet fühlen, als „Versorgerinnen“ ihrer Familie zu fungieren, diese Aufgabe aber keineswegs mehr fraglos übernehmen wie ihre Mütter. Sie empfinden es durchgängig als Belastung, Familie und Beruf verbinden und gleichzeitig die teils gegen-

läufigen Interessen von Eltern und Kindern austarieren zu müssen und darüber hinaus für das Familienklima verantwortlich zu sein. Dennoch gelingt es ihnen in innerfamiliären Aushandlungsprozessen derzeit in der Regel kaum, eine verlässliche Unterstützung bei der Alltagsarbeit durch ihre Partner und die Kinder durchzusetzen (Brombach 2003).

Abb. 2: Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Müttern mit unterschiedlichem Erwerbsstatus und den dazugehörigen Vätern für die Aktivität Beköstigung 2001/02



* prozentualer Anteil aller Männer, die täglich mindestens eine Beköstigungstätigkeit ausüben
 Quelle: DGE (2004), S. 90

46 % der männlichen Bevölkerung lässt sich im Jahre 2001/02 immer noch vollständig von Müttern, Großmüttern, Ehefrauen und Lebenspartnerinnen beköstigen. Man(n) kommt erst zum Essen in die Küche oder ins Esszimmer und beteiligt sich – laut Selbstauskunft im Zeittagebuch – auch nicht am Tischdecken oder beim Abwasch.

Außerdem gibt die vergleichende Analyse beider Zeitbudgeterhebungen darüber Auskunft, dass der Technisierungsgrad der Privathaushalte in Deutschland im Verlauf der betrachteten Dekade weiter zugenommen hat und zwar in einem beträchtlichen Umfang. So erhöhte sich der Ausstattungsgrad mit einer Geschirrspülmaschine innerhalb der betrachteten Zeitspanne von zehn Jahren von 37 % auf immerhin 90 %, was nachweislich zur Reduzierung des Zeitumfangs für das Geschirrspülen geführt hat.

Beim Essen außer Haus erweist sich das verfügbare Einkommen als ein wesentlicher Bestimmungsfaktor: Haushalte, die über ein hohes bzw. überdurchschnittlich hohes Monatseinkommen verfügen, sind deutlich häufiger am Außer-Haus-Verzehr beteiligt, d. h. am Essen in Restaurants, in Kantinen oder an sonstigen Orten, als Haushalte mit geringem Einkommen. Im Vergleich der analysierten Haushaltstypen fällt auf, dass es insbesondere berufstätige Männer und Frauen aus Mittelschicht Haushalten sind, die verbunden mit hohen Zeitbindungen und einem guten Einkommen häufiger außer Haus essen als im Durchschnitt der befragten Personen und erst recht deutlich häufiger als Personen aus Haushalten in prekären Lebenslagen.

Zwar nehmen sich die Menschen in Deutschland heute täglich erheblich mehr Zeit zum Essen als noch vor zehn Jahren, so dass die generalisierende These von einer fortschreitenden Auflösung der Familienmahlzeiten und vom Bedeutungsverlust der kommunikativ-sozialen Seite des Essens nicht bestätigt werden kann. Es deutet aber eben auch vieles auf einen beträchtlichen Anstieg von fettreichen und energiedichten Lebensmitteln mit hoher Verarbeitungsstufe in der täglichen Ernährungsversorgung hin. Eine aktuelle Studie weist etwa nach, dass Menschen, die Hausmannskost mit deftigen Fleischgerichten bevorzugen, sich selbst eher als Bewegungsmuffel charakterisieren und zugleich Ein- und Durchschlafprobleme haben, signifikant häufiger einen niedrigen Bildungsstand aufweisen (Meier 2004). Dass Eltern mit fehlendem oder mit einem niedrigen Bildungsabschluss eher ungesunde Lebens- und Ernährungsgewohnheiten an ihre Kinder weiter vermitteln, ist durch die Armut- und Familienforschung hinreichend belegt (Lehmkuhler 2002, Meier/Preuße/Sunnus 2003).

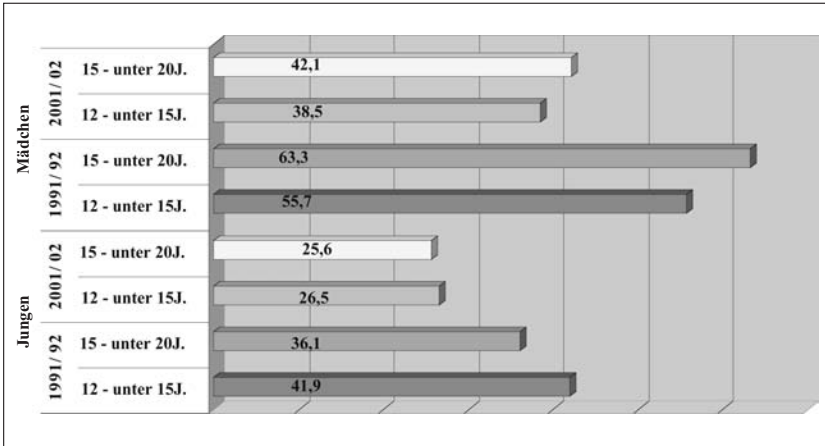
Die vielfältigen Möglichkeiten, die in unserer Wohlstandsgesellschaft bestehen, Zugang zu den Küchen verschiedener Nationalitäten zu erlangen, führen in diesem Zusammenhang zu widersprüchlichen Tendenzen: Einerseits sind bestimmte Lebensmittel vormals fremder Küchen in den Speiseplan der Einwanderungsgesellschaft aufgenommen worden und zwar quer durch alle sozialen Schichten: Das zur abwertenden Etikettierung der italienischen Gastarbeiter und ihrer Essgewohnheiten Mitte des 20. Jahrhunderts gebräuchliche Schimpfwort „Spagettifresser“ etwa verfehlt heute seine Wirkung schon allein deshalb, weil Nudeln inzwischen zu einem der beliebtesten Lebensmittel der deutschen Bevölkerung gehören. Gleichwohl sind Küchen nach wie vor sozio-kulturelle Regelwerke, um die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu oder aber um eine Distanz zu anderen sozialen Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund in einer Gesellschaft zu signalisieren (Barlösius 1999). Obwohl es auf diesem Gebiet noch einen erheblichen Forschungsbedarf gibt, bleibt festzuhalten, dass soziale Hierarchien nicht zuletzt über die differenzierte Adaption fremder Küchen

hergestellt werden: Während in benachteiligten Milieus vor allem ungesunde Bestandteile anderer Küchen in die eigenen Ernährungspraktiken aufgenommen werden, zum Beispiel preisgünstige Fleischgerichte wie Döner oder Kebap in allen Variationen, kultivieren privilegierte soziale Gruppen ihren Essstil dadurch, dass sie vor allem solche Elemente anderer Küchen in ihren Speiseplan integrieren, die als leicht bekömmlich und gesund gelten – Schalentiere aus der mediterranen Küche oder rohen Fisch aus der gehobenen japanischen Küche. Zugleich inszenieren sie damit ihre Distanz gegenüber benachteiligten Schichten und Bildungsgruppen.

Kinder und Jugendliche von 12 bis unter 20 Jahren haben sich 2001/02 insgesamt auffällig seltener an der Erledigung täglich anfallender Beköstigungsarbeiten wie dem Kochen, Tisch decken oder dem Geschirrspülen beteiligt als vor zehn Jahren. Bei den jungen Frauen zwischen 15 und unter 20 Jahren fällt dieser Rückgang besonders stark aus von 63 % auf 42 %. Auch das von ihnen für diverse Beköstigungsarbeiten investierte Zeitvolumen sank von 23 auf 16 Minuten pro Tag. Dennoch sind weibliche Jugendliche in die Ernährungsversorgung insgesamt deutlich stärker involviert als männliche. Je älter die weiblichen Jugendlichen werden, desto häufiger ist das der Fall. Umgekehrt gilt: Je älter männliche Jugendliche werden, desto mehr ziehen sie sich aus diesem Arbeitsbereich zurück. Waren männliche Jugendliche in dieser Altersgruppe 1991/92 noch zu 36 % in irgendeiner Form an diesen Arbeiten beteiligt, so sank dieser Anteil innerhalb von zehn Jahren auf knapp 26 % (Meier-Gräwe/Zander 2005).

Die Vorstellung, dass sich diese traditionelle Arbeitsteilung in der jungen Männergeneration allmählich auflöst, lässt sich demnach durch die vorliegenden repräsentativen Daten nicht bestätigen. Von den 20- bis unter 25-jährigen Männern waren es 1991/92 mit immerhin 55 % schon überdurchschnittlich viele, die diesen Arbeitsbereich durchweg weiblichen Personen aus ihrer Herkunftsfamilie oder ihren Partnerinnen überlassen. Zehn Jahre später ist dieser Anteil sogar auf 72 % angestiegen, die sich in diesem Alter vollständig versorgen lassen. Bei der Versorgungsperson handelt es sich, sofern die jungen Menschen noch im elterlichen Haushalt wohnen, in aller Regel um die eigene Mutter (Hotel „Mama“). Leben sie bereits in einem Paarhaushalt, geht diese Aufgabe offenbar komplett an die junge Lebensgefährtin über. Bei den jungen Frauen in dieser Altersgruppe steigt demgegenüber der Zeitanteil beträchtlich, der für Beköstigungsarbeiten aufgewendet wird (s. Abb. 3):

Abb. 3: Durchschnittlicher täglicher Beteiligungsgrad von ausübenden Personen ab 12 Jahren für die Aktivität Beköstigung im Alters-, Geschlechter- und Zeitvergleich 1991/92 und 2001/02



Quelle: DGE (2004), S.89

Ernährungs- und gesundheitspolitische Handlungsfelder

Folglich besteht ein großer Handlungsbedarf in Sachen Ernährungserziehung im Sinne einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern. Kindergarten und Schule befassten sich in der Vergangenheit nur am Rande mit dem Thema Ernährung und Gesundheit. Erst in Anbetracht von fehlernährten, über- bzw. untergewichtigen oder chronisch kranken Kindern wächst die Einsicht, dass an den verschiedenen Aufenthalts- und Lernorten von Kindern Anlässe geschaffen werden müssen, damit sie Ernährungswissen, Ernährungskompetenzen und entsprechende Kulturtechniken erwerben können. Es geht dabei nicht nur um ein Verpflegungsangebot, das „irgendwie“ satt macht, sondern um eine Frühstücks- und Mittagessenversorgung in Kindertagesstätten und Schulen, die als Teil eines umfassenden Betreuungs- und Bildungsverständnisses begriffen wird.

Gerade weil in vielen Herkunftsfamilien mit und ohne Migrationshintergrund zu reichlich und zu fett gegessen wird oder aber dem Thema „gesunde Ernährung“ nicht die nötige Aufmerksamkeit zu Teil wird, ist die Wahrnehmung einer öffentlichen Verantwortung für Kinder auch im Versorgungsbereich von Nöten. Andererseits belegen aktuelle Studien, dass ein hohes Bildungsniveau tendenziell mit einer qualitativ hochwertigeren Ernährungsversorgung und einer besseren Gesundheit einhergeht. AkademikerInnen, also ÄrztInnen,

IngenieurInnen und LehrerInnen sind heute die zahlenmäßig größte KundInnengruppe von Naturkostläden. Der höhere Zeitaufwand für die Essenszubereitung in Familienhaushalten aus den unteren Bildungs- und Einkommensgruppen ist demnach nicht per se als ein Hinweis zu deuten, dass daraus eine hohe Qualität der täglichen Ernährungsversorgung folgt. Vielmehr wissen wir, dass Übergewicht, Bewegungsarmut und ernährungs(mit)bedingte Krankheiten wie Diabetes vor allem in diesem Segment der Bevölkerung gehäuft auftreten. Gerade in benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren trifft man inzwischen gehäuft auf diese Krankheitsbilder.

Ernährungspraktiken und Kulturtechniken der Nahrungszubereitung werden wesentlich in der Familie geprägt und weitergegeben. Experten sprechen in diesem Zusammenhang vom „vererbten Ernährungsverhalten“ durch familiäre Sozialisation: Kinder lernen durch Imitation der vorgelebten Essgewohnheiten ihrer Eltern, aber auch durch bewusst praktizierte Erziehungsstile in diesem alltäglichen Handlungsfeld. Wenn das Familien-Setting derart „wirkungsmächtig“ ist, so ergibt sich zum Beispiel die Frage, ob angestrebte Verhaltensänderungen – etwa bei extremem Übergewicht eines Familienmitglieds –, die in der einschlägigen Gesundheits- und Ernährungsberatung üblicherweise auf das einzelne Individuum bezogen sind, überhaupt sinnvoll sind und nachhaltig greifen können. Liegt in der Nichtbeachtung von familialen Kontexten vielleicht sogar eine der Hauptursachen für die hohe Misserfolgsquote, eine Veränderung des Essverhaltens auf Dauer zu bewirken, und dies selbst bei Menschen, die zunächst hoch motiviert sind und einen erheblichen Leidensdruck, z. B. durch Übergewicht oder eine andere ernährungsbedingte Krankheit haben?

Folglich gilt es, Kindergärten und Schulen als sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen auszugestalten, in denen eine gesunde Kost von hoher Qualität angeboten wird, in denen Jungen und Mädchen essen lernen, wo sie aber auch in den Prozess der Mahlzeitenvor- und -zubereitung einbezogen werden und sich mit tradierten Geschlechterrollen auseinandersetzen. Schließlich ist das Thema Essen sehr gut geeignet, interkulturelle Lernprozesse anzustoßen und die Vielfalt anderer Küchen und Lebensweisen zu vermitteln. Es handelt sich dabei keineswegs um eine triviale Angelegenheit, sondern um die Sicherstellung einer guten Grundversorgung für Kinder, die ihre Lern- und Leistungsfähigkeit steigert, aber auch um den Erwerb entsprechender Alltagskompetenzen und Kulturtechniken. Solche Handlungsstrategien sind auch deshalb von Nöten, weil nirgendwo sonst in Europa die Anzahl von übergewichtigen und adipösen Kindern so stark zunimmt, wie in Deutschland. Zur Realisierung dieser Zielstellungen bedarf es intelligenter präventiver Bündnisse zwischen Schule, Elternhaus, Kommune, Wirtschaft und Politik. Zudem ist eine stärkere berufliche Integration von

Müttern auf verlässliche Versorgungsarrangements angewiesen und zwar quer durch alle Bildungsgruppen.

Wenn es gelingt, bereits bei Kindern in Kindergarten und Schule Lust auf gesundes Essen und Leben zu wecken und diese Motivation in alltagsrelevantes Verhalten zu transformieren, so dürfte sich das zugleich auch positiv auf die Ernährungspraktiken in den Herkunftsfamilien auswirken. Kinder werden heute demokratischer an Kaufentscheidungen beteiligt als in früherer Zeit und ihre Bedürfnisse und Wünsche finden mehr Beachtung. Gleichwohl bleibt es ebenso wichtig, differenzierte gesundheitsförderliche und alltagstaugliche Angebote direkt an Familienhaushalte zu adressieren. Denn was nützt es, an öffentlichen Lernorten von Kindern „Food Literacy“-Konzepte und einen gesunden Mittagstisch einzuführen, wenn im Elternhaus alles beim Alten bleibt? Ernährungspolitisch bedeutet das, auch für Mütter und Väter vielfältige niedrigschwellige Angebote rund um das Thema „Gesundes Essen und Leben“ bereit zu stellen, die nicht defizitär argumentieren, sondern positive Konsequenzen für das persönliche Wohlergehen unmittelbar erlebbar machen. Kommunikationsstrategien im Ernährungsbereich können zudem an der aktuellen Wellness- und Fitnessdiskussion anknüpfen, anstatt moralisierende Empfehlungen für eine gesunde Ernährung in den Vordergrund zu stellen. Außerdem sollten in die Kommunikation für gesundheitsförderliche Lebens- und Ernährungsstile „Motivallianzen“ aufgenommen werden: Personenbezogene Motive, z. B. zur Gewichtsreduktion können mit der Sorge um eine gesunde Ernährung des Kleinkindes oder dem Bedürfnis nach aktiver Freizeit mit der ganzen Familie verknüpft werden. Ernährungsbezogene Informations- und Handlungsstrategien sollten sich schließlich verstärkt auf jene Lebenssituationen beziehen, in denen Alltagsroutinen ohnehin verändert werden. Die Geburt eines Kindes, der Umzug in eine andere Stadt oder das Auftreten gesundheitlicher Probleme bieten vielfältige Möglichkeiten, weil in all diesen Situationen alltägliches Handeln neu konstruiert und hergestellt werden muss. Deshalb gibt es in solchen Situationen in der Regel eine größere Offenheit für Hinweise und Anregungen, weil neue Anforderungen bewältigt werden müssen. Der professionell fundierte Bezug auf den Familienalltag stellt eine wesentliche und bisher unterschätzte Herausforderung für alle Akteure dar.

Literaturverzeichnis

Barlösius, E. (1999): *Soziologie des Essens, Weinheim und München*

Brombach, C. (2003): *Das Mahlzeitenverhalten von Familien im Verlauf von drei Generationen. In: AID infodienst (Hrsg.): Ernährung im Fokus, 3-05,130-134*

DGE. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (2004): *Ernährungsbericht 2004. Bonn*

Lehmkühler, S. (2002): *Die Giessener Ernährungsstudie über das Ernährungsverhalten von Armutshaushalten. Giessen. Dissertation*

Meier, U. (2004): *Das Schlafverhalten der deutschen Bevölkerung. Eine repräsentative Studie. In: Somnologie. Zeitschrift für Schlafforschung und Schlafmedizin, 8,87-94*

Meier, U./Preuße, H./Sunnus, E. (2003): *Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen. Wiesbaden*

Meier-Gräwe, U./Zander, U.(2005): *Veränderte Familienzeiten – Neue Balancen zwischen Männern und Frauen? In: Mischau A./Öchsle, M. (Hrsg.): Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 5 Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? 92-109*

Sellach, B. (1996): *Wie kommt das Essen auf den Familientisch? Die Frankfurter Beköstigungsstudie. Baltmannsweiler: Hohengehren*

Setzwein, M. (2000): *Ernährung und Geschlecht: Umriss einer theoretischen Herausforderung. In: Internationaler Arbeitskreis für Kulturforschung des Essens. Mitteilungen/Heft 5, 14-23*

Statistisches Bundesamt (2003): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Wiesbaden*

Whirlpool Stiftung (1996): *Frauen setzen neue Prioritäten. London*

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW

Die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren.

Das Landesprojekt in Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen kinder- und familienfreundlicher zu gestalten. Um das zu erreichen, ist die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren eine wesentliche kinder- und familienpolitische Maßnahme. Familienzentren sollen, neben dem kontinuierlichen Ausbau der Betreuungsangebote für Unterdreijährige, zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen und Eltern in ihrer Erziehungsarbeit unterstützen. Sie verbessern die Bildungschancen aller Kinder.

Familien sind die aktive Mitte des Gemeinwesens und leisten für die Bildung und Erziehung junger Menschen einen grundlegenden und unverzichtbaren Beitrag. Familien sehen sich heute aber neuen Anforderungen gegenüber, die ihnen eine Vielzahl von Kompetenzen abverlangen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern schwierig zu realisieren. Aufwändige Zeitpuzzles, erhöhte Kosten sowie die Problematik, flexible Personenarrangements zu erstellen, sind nur einige Faktoren, die den heutigen Alltag von Familien beeinflussen. Familien brauchen daher eine soziale Infrastruktur, die Belastungen und Anforderungen abfedert, mit denen sich Familien konfrontiert sehen.

Im Mai 2006 wurden 251 Piloteinrichtungen ausgewählt. Ergänzt werden diese 251 Piloteinrichtungen durch sechs sogenannte Best-Practice-Einrichtungen. Dies sind Einrichtungen, die schon sehr weit entwickelt, zum Teil wissenschaftlich begleitet wurden und überregional bereits bekannt sind. Sie sind wichtige Impulsgeber, gerade innerhalb der Pilotphase und werden daher als Referenzprojekte diese Phase begleiten. Ihre Erfahrungen sollen den Piloteinrichtungen zugänglich gemacht werden.

Im Juni 2006 nahm auch das Projektmanagement (Institut für soziale Arbeit „ISA“ aus Münster) seine Arbeit auf. Denn wesentliches Ziel der Pilotphase ist es, gemeinsam mit den teilnehmenden Einrichtungen Standards für ein Familienzentrum zu entwickeln, an denen sich zukünftige Familienzentren messen lassen müssen. Dafür wird die Arbeit ausgewählter Piloteinrichtungen während der Pilotphase wissenschaftlich begleitet durch PädQUIS. Das externe Projektmanagement (ISA) koordiniert die Pilotphase in enger Abstimmung mit dem MGFFI.

Die Piloteinrichtungen bekommen Unterstützung bei ihrer Arbeit. Sie erhalten individuelle Beratung und Begleitung in den Einrichtungen. Dafür stehen ihnen „Coaches“ zur Seite, die bei Bedarf in die Einrichtungen kommen und dort vor allem die strukturelle und inhaltliche Umsetzung unmittelbar vor Ort unterstützen sollen.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Qualifizierung sind einrichtungsübergreifende Fortbildungsveranstaltungen zu zentralen Aufgaben und Themen von Tageseinrichtungen, die sich im Entwicklungsprozess zu Familienzentren befinden. Diese Fortbildungsveranstaltungen richten sich vor allem an die Leiterinnen und Leiter der Kindertageseinrichtungen und bieten neben Einführungen in grundlegende Managementaspekte und Methoden des Netzwerkmanagements weitere Themen wie Sprachförderung v.a. bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte, Schutz bei Kindeswohlgefährdung, Familienbildung, Elternberatung sowie Kooperationsformen zwischen Familienzentren und Grundschule, Jugendamt, Tagespflege und Gesundheitsvorsorge.

Vier regionale Kompetenzteams, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Träger und Einrichtungen der Tageseinrichtungen für Kinder, der Familienbildung und -beratung, der Familienverbände, den RAA (Regionalen Stellen) und den Landesjugendämtern zusammensetzen, werden zusätzlich regionalspezifische Fragestellungen, Probleme sowie erste Erfahrungen aus den Coachings / Fortbildungen diskutieren und auswerten.

Ziel der Pilotphase ist es, einen schnellen Diskurs zu organisieren wie familienorientierte Netzwerkarbeit betrieben werden kann. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 wird dann mit der schrittweisen, flächendeckenden Einführung von Familienzentren in Nordrhein-Westfalen begonnen.

Zwischenzeitlich wurde ebenfalls die wissenschaftliche Begleitung des Landesprojektes im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung vergeben. Den Zuschlag hat PädQUIS („Pädagogische Qualitäts-Informationssysteme gGmbH“) – ein Kooperationsinstitut der Freien Universität Berlin mit Partnern in Nordrhein-Westfalen – unter der Projektleitung von Herrn Prof. Dr. Wolfgang Tietze erhalten. Die wissenschaftliche Begleitung verfolgt drei zentrale Ziele:

1. Erstens soll die Pilotphase so ausgewertet werden, dass sich aus den Erfahrungen der beteiligten Einrichtungen der größtmögliche Nutzen im Hinblick auf den Transfer für weitere Einrichtungen ergibt.
2. Zweitens soll ein Gütesiegel entwickelt werden, das von den Inhalten her die erforderlichen fachlichen Standards für ein Familienzentrum definiert und vom Verfahren her sowohl zum Ende der Pilotphase als auch langfristig umsetzbar ist.
3. Drittens sollen das Konzept „Familienzentrum“ und seine Umsetzung in Bezug auf die Ergebnisse bewertet werden, um auf diese Weise Empfehlungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Weiterentwicklung über die Projektlaufzeit hinaus zu erarbeiten.

Der inhaltliche Rahmen der Anforderungen für die Entwicklung von Qualitätsindikatoren des Gütesiegels wird in einem von PädQUIS erarbeiteten Papier „Orientierungspunkte für die Entwicklung von Familienzentren“ festgelegt. Dieses Papier wurde in der Zwischenzeit den ausgewählten 251 Pilot-einrichtungen, den Coaches dieser Einrichtungen, den regionalen Kompetenzteams sowie weiteren Akteuren vorgelegt. Der Diskussionsprozess soll bis zum Winter 2006 erfolgen. Auf der Basis der Orientierungspunkte und der Erfahrungen mit ihrer Umsetzung soll dann das Gütesiegel entwickelt werden. Eine erste Fassung ist für das Frühjahr 2007 avisiert.

Weitere Informationen über das Landesprojekt Familienzentrum in Nordrhein-Westfalen sowie aktuelle Hinweise sind auf der Webseite

www.familienzentrum.nrw.de

ersichtlich.

Rainer Möller

Das Familien-Projekt Dortmund gibt Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels

Um die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Dortmund positiv zu beeinflussen, gilt es nicht nur Arbeitsplätze in neuen Wirtschaftsbereichen zu schaffen, sondern auch die Weiterentwicklung der Stadt zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsumfeld voranzutreiben. Auf diesem Weg entsteht durch wirtschaftlichen Aufschwung und begleitende infra-strukturelle Aktivitäten das „neue Dortmund“. Menschen aus dem direkten Umfeld der Stadt und der Region soll eine neue Lebensqualität gezeigt werden. Ziel ist es, Abwanderungen der Einwohnerschaft in andere Regionen zu verhindern und Zuzüge zu fördern.

Das Familien-Projekt als Bestandteil einer kommunalen Handlungsstrategie

Um möglichst schnell mit effizienten Handlungen reagieren und dabei gleichzeitig Antworten auf Problemstellungen des demografischen Wandels geben zu können, wurde das Familien-Projekt als zentraler Bestandteil einer langfristig angelegten kommunalen Strategie zur Weiterentwicklung familienfreundlicher Strukturen ins Leben gerufen.

Hintergrund für die Überlegung zur Gründung des Familien-Projektes waren die Ergebnisse der im Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeiteten **Familienpolitischen Leitlinie**, die als Leitbild zur Familienpolitik in Dortmund dient. Diese im September 2002 durch den Rat der Stadt beschlossene Leitlinie bildet den konzeptionellen Ausgangspunkt einer partnerschaftlichen und vernetzungsorientierten Strategie, die die Dortmunder Politik verfolgt.

Parallel zu diesem Beschluss wurde das **familienpolitische Netzwerk** eingerichtet, in dem Vertreter aus den Bereichen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung vertreten sind, um eine breite, kontinuierliche stadtweite Beteiligung aller relevanten Partner/Innen sicherzustellen.

Dabei haben die Aufgaben des Familien-Projektes einen unmittelbaren Bezug zu den Problemstellungen des demografischen Wandels. Zentrale Aufgabe des Familien-Projektes ist die Weiterentwicklung familienfreundlicher Strukturen in den Kernbereichen

- Bildung und Betreuung
- Erziehung und Beratung
- Kultur, Sport und Freizeit
- Leben und Wohnen

Der Bereich Bildung und Betreuung steht in einem ersten Schritt im Mittelpunkt der Zielsetzungen des Familien-Projektes, da Dortmund wie viele andere westdeutsche Großstädte bestehende Bedarfe nicht abdecken konnte. So gab es erhebliche Defizite im Bereich der Ganztagsbetreuungsangebote für 6-10jährige und für Kinder im Vorschulalter, hier vor allen Dingen in der Altersgruppe der 0-3jährigen. Darüber hinaus waren umfangreiche Investitionen im Bereich der Schulsanierung notwendig.

Entwicklung einer lückenlosen Betreuungskette

Im Sinne von verbesserten Entwicklungschancen für Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird eine möglichst lückenlose Betreuungskette von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben angestrebt. Mit Hilfe des Familien-Projektes ist es uns zum Beginn des Schuljahrs 2005/2006 gelungen, 3.850 Ganztagsplätze an 53 Schulstandorten des Primarbereichs zu schaffen. Dies entspricht einer Vervielfachung des ursprünglichen Angebots. Bis zum Schuljahr 2007/2008 wird es ca. 6.200 Ganztagsplätze an den Schulen des Primarbereichs in allen Dortmunder Stadtbezirken geben.

Im Rahmen eines weiteren Ausbauprogramms wird die Gesamtzahl der Ganztagsangebote mit Hilfe des städtischen Eigenbetriebs Fabido¹ und der freien Träger 5.700 Plätze umfassen, um den bestehenden Bedarf abdecken zu können.

Familienbüros als direkte Ansprechpartner für Familien und Eltern

Familien und Eltern benötigen eine allgemeine Anlauf- und Servicestelle für alle Fragen rund um den Alltag, zum Beispiel:

- Wie kann ich meine Berufstätigkeit mit den Anforderungen der Familie in Einklang bringen?
- Gibt es eine gute, verlässliche Ganztagsbetreuung für mein Kind?
- Bekommt mein Kind eine gute Schulbildung?
- Welche Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten hat mein Kind?
- Wie sieht es mit Wohn-, Einkaufs-, und Freizeitmöglichkeiten aus?

Um Antworten auf diese Fragen geben zu können und damit eine bestehende Angebotslücke zu schließen, wurden zum Beginn des Jahres 2006 Familienbüros in allen Dortmunder Stadtbezirken eingerichtet, in denen jeweils zwei Kolleginnen/Kollegen in einem Team arbeiten. Familienbüros sollen Wegweiser und Unterstützer für Eltern und Familien sein. Dabei stehen sie nicht in Konkurrenz zu bestehenden Angeboten, sondern sie sind als sinnvolle Ergänzung zu verstehen. Finanziert werden sie aus kommunalen Mitteln.

Folgende Beispiele für Service-, Dienst- und Beratungsleistungen wären zu nennen:

- Neu zugezogene Familien werden über vorhandene Angebote, wie Betreuungs- und Bildungsangebote, Beratungsmöglichkeiten und Familienfreizeitipps informiert.
- Alle Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes einen Elternbrief, in dem wichtige Hinweise für diesen neuen Lebensabschnitt enthalten sind.
- Eltern bekommen Unterstützung bei der Suche nach einem passenden Bildungs- und Betreuungsangebot für ihr Kind.

¹ Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund:

<http://www.deutschland-wird-kinderfreundlich.de/familienfreundlich/Kinderbetreuung/gute-beispiele,did=47200.html>

- Eltern und Familien werden über aktuelle Entwicklungen bei entsprechenden Informationsveranstaltungen bei allen Kooperationspartnern – Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Sportvereinen – im Stadtbezirk informiert.

Neben dieser Leistungspalette stehen die Familienbüros als Gesprächspartner zur Verfügung, nehmen Hinweise und Anregungen entgegen und geben diese an die Träger von Angeboten weiter. Auf diesem Weg kommt es zu einer „Planung von unten“, das heißt auf der einen Seite können Eltern und Familien sich mit eigenen Vorstellungen einbringen und auf der anderen Seite werden diese Impulse durch Familienbüros in laufende und zukünftige Umsetzungs- und Planungsprozesse eingebracht. Ziel ist es, eine Elternwünsche berücksichtigende und im Konsens mit allen Beteiligten abgestimmte Weiterentwicklung von Angeboten im Stadtbezirk zu realisieren. Familienbüros sind demzufolge nicht nur Berater, Unterstützer und Serviceleister, sondern sie sind auch Koordinatoren und Motor für bedarfsorientierte Weiterentwicklungs- und Verbesserungsprozesse im Zusammenhang mit bestehenden sowie neuen Angeboten und Leistungen vor Ort.

Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe

Familienpolitik wird in Dortmund als Querschnittsaufgabe verstanden. Die Stadt Dortmund ist die einzige deutsche Großstadt, die seit mehr als 10 Jahren einen ununterbrochenen Weg der Verwaltungsmodernisierung gegangen ist. Das Ergebnis ist, dass die Stadt heute mit neuen Steuerungsinstrumenten und Steuerungsansätzen arbeitet. Prinzipien wie Dezentralisierung, Vernetzung und Beteiligung werden mehr und mehr sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der strategischen Ebene in die Verwaltungssteuerung eingebracht.

Das Familien-Projekt ist in gewisser Weise das Ergebnis dieser Modernisierungserfahrungen. Hier wird mit Erfolg das Prinzip der Einbindung von externem und vor allen Dingen bürgerschaftlichem Engagement und der Vernetzung bisher nebeneinander wirkender Kräfte im öffentlichen und privaten Sektor angewendet.

Auf der operativen Ebene wird das Prinzip zentral steuern und dezentral umsetzen konsequent verfolgt. Ziel ist es, Dortmund zu einem hochwertigen Standort für junge Familien zu entwickeln. Neben der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, bei der die direkten Einflussmöglichkeiten einer Kommune bekanntermaßen begrenzt sind, hat die Zukunft einer Stadt nur Bestand, wenn es

gelingt, Kindern günstige Rahmenbedingungen für eine gesunde Entwicklung zu geben und Eckpunkte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln.

Kontakt

Stadt Dortmund

Familien-Projekt

Rainer Möller

Märkische Straße 24-26

44141 Dortmund

Fon 0231/50 - 29896

r.moeller@stadtdo.de

Links

www.familienratgeber-nrw.de
www.familienzentrum.nrw.de
www.vaeter-nrw.de
www.deutschlandwirdfamilienfreundlich.de
www.bmfsfj.de
www.familien-wegweiser.de
www.erfolgsfaktor-familie.de
www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
www.familienplanung.de
www.familienhandbuch.de
www.generationenbarometer.de
www.dji.de
www.familienfreundliche-kommune.de
www.kinderbetreuung-owl.de
www.familienprojekt.dortmund.de
www.vamv.de
www.familienservice.de
www.kinderhut.de
www.flexiblekinderbetreuung.de

Kapitel 3

Arbeit und Leben

Jutta Allmendinger, Kathrin Dressel und Christian Ebner Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit

Gerhard Bosch Gleichberechtigung – Voraussetzung der Bewältigung der demografischen Entwicklung

Ute Klammer Der demografische Wandel als Herausforderung für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Sozialpolitik

Christiane Schiersmann, Carola Iller Lebenslauforientierung als Herausforderung für die Gestaltung beruflicher Weiterbildung für Frauen

Sybille Stöbe-Blossey Chancen auf dem Arbeitsmarkt – Lokale Infrastruktur für Kinderbetreuung

Praxis

Gabriele A. Hantschel Demografischer Wandel – Good Practices in Deutschland noch Mangelware – gerade für Frauen im Beruf!

Angela Josephs-Olesch Zukunftsorientierte Personalpolitik in mittelständischen Unternehmen

Angelika Kirstein Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung. Eine Herausforderung für die Gesellschaft

Ursula Neumann Der „Verbund für Unternehmen und Familie e.V.“

Bärbel Pätzold Kinderbetreuung per Mausclick. Das Projekt „www.kinderbetreuung-owl.de“

Jutta Allmendinger, Kathrin Dressel und Christian Ebner

Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit

1 Einleitung

Der demografische Wandel ist ebenso unausweichlich wie risikoreich. So droht, dass der heute schon spürbare Fachkräftemangel weiter zunimmt. Die einst in den 1960er Jahren geäußerte Sorge, Deutschland könne mit einer unzureichend ausgebildeten Bevölkerung in eine nachteilige Lage geraten, gelangt damit zu einem unrühmlichen Comeback.¹

Für die Partizipation von Frauen am Erwerbsleben kann der demografische Wandel aber durchaus Chancen eröffnen. Denn vor dem Hintergrund eines bald deutlich schrumpfenden Arbeitskräfteangebots bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften, können weder Betriebe noch Staat länger auf hochqualifizierte Frauen verzichten. Zwar übt die Mehrheit der Frauen heute einen Beruf aus, von einer gleichberechtigten Teilhabe am

¹ Damals machte der Pädagoge Georg Picht mit seiner Schriftenreihe „Die Deutsche Bildungskatastrophe“ (1964) darauf aufmerksam, dass Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig für die Bildung ausbebe, zu wenig Nachwuchs in weiterführenden Schulen ausbilde und einen zu geringen Anteil junger Menschen zu einem akademischen Abschluss führe.

Arbeitsmarkt sind Frauen aber noch immer weit entfernt. Ziel einer zukunftsgerichteten Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, um dieser Schieflage angemessen zu begegnen.

Der vorliegende Artikel setzt sich zum Ziel, einige empirische Fakten über den Zusammenhang zwischen Demografie, Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen aufzuzeigen und hieraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

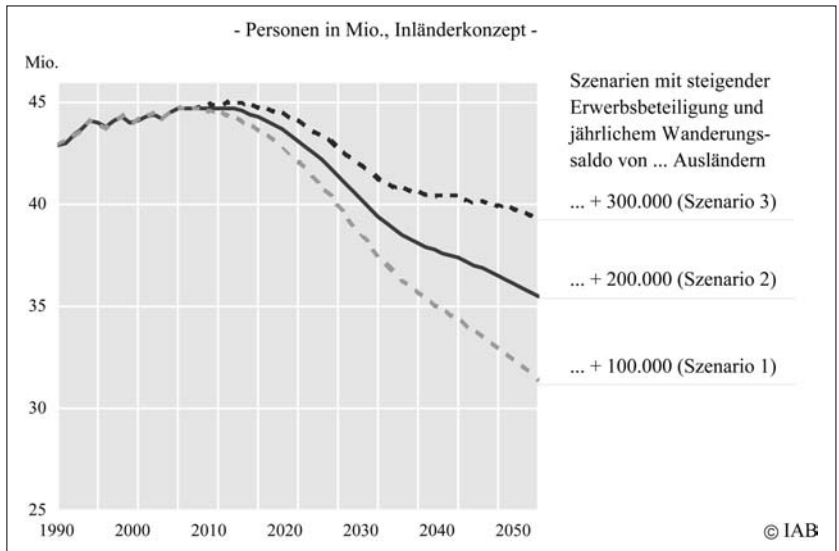
Zu Beginn des Beitrags werden einige zentrale Wandlungsprozesse auf dem deutschen Arbeitsmarkt thematisiert. Einerseits kommt es aufgrund der demografischen Effekte zu einer quantitativen Veränderung des Arbeitskräfteangebots (Punkt 2). Zum anderen verändern sich Wirtschaftssektoren und Anforderungen an die Qualifikationen von Erwerbstätigen (Punkt 3). Frauen stellen aufgrund ihres Humankapitals eine wertvolle Ressource für den Arbeitsmarkt dar. Jedoch ist deren Partizipation sowie Erfolg auf dem Arbeitsmarkt noch immer vergleichsweise gering (Punkt 4). Der Aufsatz schließt mit einer kurzen Zusammenfassung der geschilderten Befunde und zeigt Handlungsoptionen auf (Punkt 5).

2 Demografie und Arbeitskräfteangebot

Heute leben in Deutschland etwa 82,5 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2005). Folgt man den Projektionen des Statistischen Bundesamtes, wird sich – bei Annahme einer dauerhaft niedrigen Geburtenrate – zunächst die Altersstruktur der Bevölkerung massiv in Richtung einer immer älter werdenden Bevölkerung verschieben, die schließlich stark schrumpft. Bei der Berechnungsvariante mit mittlerer Lebenserwartung und mittlerer Nettozuwanderung (200.000 Ausländer), sinkt die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2050 schließlich auf 75 Millionen (Statistisches Bundesamt 2003).

Auch die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots („Erwerbspersonenpotenzial“) wird von diesem demografischen Prozess berührt. *Abbildung 1* zeigt auf Basis von Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) drei verschiedene Varianten zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials (Fuchs & Dörfler 2005). Geht man von einem mittleren jährlichen Wanderungssaldo aus, sinkt das Erwerbspersonenpotenzial von 2015 an deutlich. 2050 werden noch circa 35,5 Millionen Arbeitsanbieter zu zählen sein. Das sind etwa 10 Millionen weniger als heute.

**Abb. 1: Szenarien zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials
1990 – 2050**



Anmerkung: Das Inländerkonzept bezieht sich auf das Erwerbspersonenpotenzial mit Wohnort in Deutschland. Der Wanderungssaldo ist die Differenz aus Zu- und Abwanderungen. Abbildung aus Fuchs und Dörfler (2005, S. 1).

3 Die Veränderung von Wirtschaftssektoren und Qualifikationsanforderungen

Gleichzeitig ändert sich die Struktur der Wirtschaftssektoren. So wird sich der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft nach aktuellen IAB-Prognosen auch in Zukunft fortsetzen (Schnur & Zika 2005). Dabei werden vor allem in den wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung oder Markt- und Meinungsforschung die Beschäftigungsanteile weiter steigen. Dieser Trend wird in Kombination mit dem Globalisierungsprozess und der zunehmenden Technisierung der Arbeitswelt dazu führen, dass der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften steigt. Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte fallen hingegen mehr und mehr weg (Reinberg & Schreyer 2003).

Gut ausgebildete Arbeitskräfte werden nach diesen Prognosen wichtiger denn je für den Standort Deutschland sein. Das künftige Arbeitskräfteangebot kann mit dieser Dynamik jedoch kaum Schritt halten. Zum einen, weil es, wie oben gezeigt wurde, stark abnimmt, zum anderen weil seit gut anderthalb Dekaden die Bildungsbeteiligung stagniert. Das kommt unter anderem darin zum Ausdruck,

dass der Anteil von jungen Männern und Frauen, die Gymnasien besuchen, auf einem Drittel verharrt. Demgegenüber verlässt nach wie vor fast jeder zehnte Schüler die Schule ohne Abschluss. Und auch die Ergebnisse der PISA-Studie (PISA-Konsortium Deutschland 2004) machen kaum Mut, führen sie uns doch vor Augen, dass der Anteil derer, die bedenkliche Schwierigkeiten in den Kulturtechniken Lesen und Rechnen haben, erheblich höher ist, als es die amtliche Schulstatistik vermuten lässt.

Lösungsstrategien, die diesem Problem zumindest in Teilen entgegenwirken könnten, liegen auf der Hand: Vorhandene Bildungspotenziale müssen stärker als bisher ausgeschöpft werden, beispielsweise indem man benachteiligte Kinder frühzeitig und gezielt fördert. Aber auch die bessere Nutzung bereits vorhandener Ressourcen ist ein dringend notwendiger Ansatz. Hier ist, neben einer Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer, vor allem auf die vielen qualifizierten Frauen zu verweisen. Diese stehen dem Arbeitsmarkt heute zwar häufiger und kontinuierlicher als früher zur Verfügung, ihre Potenziale können sie auf Grund schwieriger Rahmenbedingungen aber nicht voll entfalten.

4 Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die nachfolgenden Abschnitte zeigen, über welche Bildungsressourcen Frauen heute verfügen und in welchem Ausmaß sie erwerbstätig sind (4.1). Ferner wird darauf eingegangen, welches berufliche Spektrum Frauen und Männer abdecken, zu welchem Anteil Frauen sich auf den obersten Führungsebenen von Organisationen finden und wie viel sie im Vergleich zu Männern verdienen (4.2).

4.1 Bildung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen

Einen eigenen Beruf zu lernen und diesen auszuüben, gehört heute für die große Mehrheit der Frauen zu ihrer Lebensplanung. Möglich wurde dies erst durch ihre verstärkte Teilnahme an weiterführender und höherer Bildung. Im allgemein bildenden Schulsystem erwerben Frauen heute zu einem größeren Anteil den höchsten Abschluss als Männer. Etwa 28 Prozent der weiblichen Schulabgänger (Schuljahr 2003/04) hatten eine (Fach-)Hochschulreife, jedoch nur 21 Prozent der männlichen Schulabgänger. Nur sechs Prozent der weiblichen Schulabgänger, aber fast 11 Prozent der männlichen Schulabgänger blieben – am anderen Ende des Spektrums – ohne schulischen Abschluss (Statistisches Bundesamt 2006). Im Hochschulbereich haben Frauen stark aufgeholt. Fast die Hälfte der Studienanfänger und -absolventen ist heute weiblich (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 277):

Ein erster Blick auf die Veränderung der Frauenerwerbsbeteiligung verweist auf eine entsprechend positive Entwicklung: Zwischen 1959 und 2004 ist die Erwerbsquote der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren von ca. 47 auf rund 66 Prozent angestiegen (Deinzer et al. 2005, S. 3). IAB-Projektionen zeigen darüber hinaus, dass sich der Frauenanteil am Arbeitskräfteangebot bis zum Jahr 2050 kontinuierlich erhöhen und sich dem der Männer annähern wird (Fuchs & Dörfler 2005, S. 3).

Diese Befunde mögen zunächst positiv stimmen. Dennoch zeichnen Personenzahlen in Bezug auf die Teilhabechancen von Frauen ein sehr lückenhaftes Bild. Denn weder Erwerbsunterbrechungen auf Grund von Kindererziehung noch faktisch geleistete Arbeitszeiten werden damit berücksichtigt.

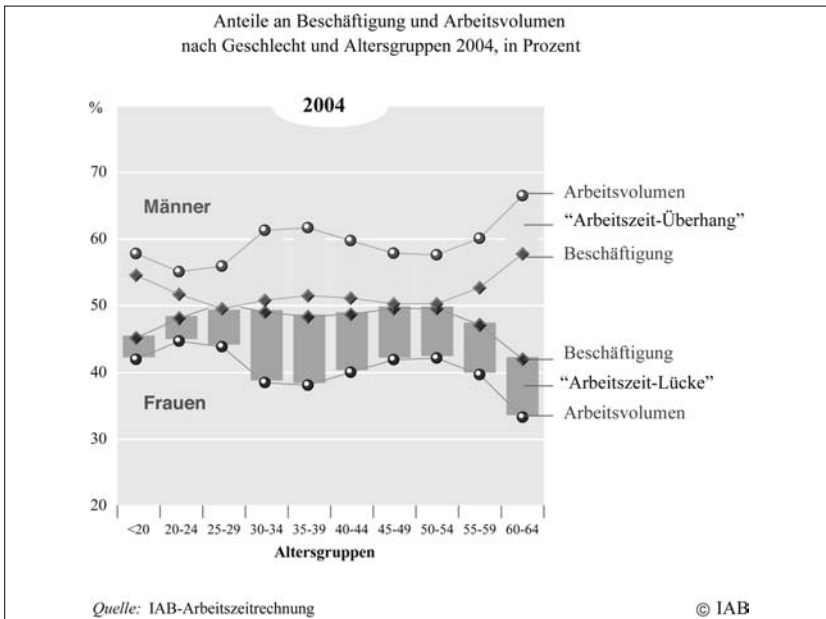
Rechnet man Frauen, die die Elternzeit in Anspruch nehmen aus den Erwerbstätigenquoten heraus, sinkt die Quote massiv. Im Jahr 2000 gingen immerhin 83 Prozent der 25- bis unter 45-jährigen Frauen ohne Kinder im Haushalt aktiv einer Erwerbstätigkeit nach. Frauen mit Kindern unter drei Jahren nur noch zu rund 48 Prozent. Bei Vätern hingegen hat die Anwesenheit von Kindern kaum Einfluss auf ihren Erwerbsstatus. Sofern sie nicht arbeitslos oder bereits verrentet sind, stehen sie aktiv im Berufsleben (BMFSFJ 2003, S. 107).

Auch bei den Arbeitszeiten von Frauen zeigt sich, dass ein weitaus größerer Anteil als bei Männern Teilzeit arbeitet bzw. einer geringfügigen Beschäftigung nachgeht. Entsprechend hoch sind die Teilzeitquoten der Frauen: 2004 lagen sie in Westdeutschland bei 51,1 Prozent und in Ostdeutschland bei 38,1 Prozent. Für Männer spielt Teilzeit eine weitaus geringere Rolle. Ihre Teilzeitquoten liegen mit 14,9 Prozent (West) bzw. 17,5 Prozent (Ost) deutlich unter denen der Frauen. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, neben Beschäftigungsanteilen auch die Anteile der Frauen am Arbeitsvolumen (Produkt aus Erwerbstätigenzahlen und Arbeitszeit) in den Blick zu nehmen. Aufgrund ihrer geringeren Arbeitszeit im Jahr 2004 trugen Frauen mit rund 41 Prozent unterproportional zum gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen bei – und das, obwohl sie immerhin fast die Hälfte (49%) aller Beschäftigten stellen (Abbildung 2). Die Differenz zwischen Beschäftigten- und Arbeitsvolumenanteil wird durch die Arbeitszeit-Lücke abgebildet. Diese Lücke ist bei Frauen vor allem während der Familienphase besonders ausgeprägt. Bei Männern hingegen ist ein starker Arbeitszeit-Überhang in den mittleren Altersgruppen zu beobachten: Der Anteil am Arbeitsvolumen im Vergleich zum Beschäftigtenanteil ist hier besonders hoch (Wanger 2005).

Der hohe Anteil von Teilzeitarbeit unter Frauen spiegelt die traditionelle Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern wider:

Während sich erfolgreiche Männer häufig auf Partnerinnen stützen können, die nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig sind und große Teile der Familienarbeit übernehmen, leben Frauen in Führungspositionen größtenteils mit Partnern zusammen, die vollzeiterwerbstätig sind (Holst 2006; Kleinert 2006). Begründet ist dieser Geschlechterkontrakt auch im konservativen deutschen Wohlfahrtsstaat (Esping-Andersen 1990; Dienel 2003). So wirken beispielsweise „Ehegattensplitting“ oder die von der Erwerbstätigkeit des Ehepartners abgeleiteten Rechte aus den Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Rente) einer kontinuierlichen Vollzeiterwerbstätigkeit beider Ehepartner entgegen und setzen Anzeigeneffekte für eine Teilzeitbeschäftigung des Partners. Dazu kommt, dass Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen² unterentwickelt sind (Statistisches Bundesamt 2004).

Abb. 2: Anteile an Beschäftigung und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen 2004 in Prozent



Anmerkung. Das Arbeitsvolumen ist das Produkt aus Erwerbstätigenzahlen und durchschnittlicher Arbeitszeit. Die Arbeitszeit-Lücke bzw. der Arbeitszeit-Überhang ergeben sich als Differenz aus den Anteilen an Arbeitsvolumen und Anteilen an Beschäftigung. Abbildung aus Wanger (2005, S. 5).

2 Stellt man die Zahl der angebotenen Ganztagsbetreuungsplätze der Kinderzahl im entsprechenden Alter gegenüber, ergibt sich für Kinder im Krippenalter eine Ganztags-Platz-Kind-Relation von lediglich 8 Prozent (Ost: 36 Prozent, West: 2 Prozent), für Kinder im Kindergartenalter eine Quote von 33 Prozent (Ost: 103 Prozent, West: 21 Prozent). Für Kinder im Hortalter errechnet sich eine Relation von 7 Prozent (Ost: 29 Prozent, West: 4 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2004).

Ein Vergleich der EU-Staaten deutet darauf hin, dass Frauen in Ländern mit einer anderen Familienpolitik in weit geringerem Ausmaß Teilzeit arbeiten, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren (Aliaga 2005). Während in Deutschland mehr als die Hälfte (59 %) der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 12 Jahren Teilzeit arbeitet, sind dies im Durchschnitt der EU-25 etwas über ein Drittel (38 %), in Finnland beispielsweise nur etwa elf Prozent.

4.2 Berufssegmente, berufliche Stellung und Einkommen

Neben der ungleichen Verteilung von Arbeitszeit auf Frauen und Männer besteht auch eine ungleiche Verteilung der Geschlechter auf verschiedene Berufsbereiche (horizontale Segregation). Frauen konzentrieren sich auf ein weit eingeschränkteres Berufssegment. Bereits in der Berufsausbildung umfassen die 25 am häufigsten gewählten Berufe 78 Prozent aller weiblichen Auszubildenden. Der Konzentrationsgrad ist bei den männlichen Auszubildenden wesentlich niedriger, der entsprechende Anteil liegt hier nur bei 60 Prozent (BIBB 2006). Diese unterschiedliche Bandbreite des geschlechtsspezifischen Berufsspektrums setzt sich auch außerhalb der Berufsausbildung fort: 1998 konzentrierten sich drei Viertel aller erwerbstätigen Frauen auf nur 15 Berufsgruppen. Bei den Männern arbeiteten hingegen nur knapp 50 Prozent in den 15 am stärksten besetzten Berufsgruppen (Klammer et al. 2000, S. 87). Diese berufliche Trennung kann als elementare Komponente sozialer Ungleichheit betrachtet werden, denn horizontale Segregation führt zu Unterschieden in Bezug auf Arbeitsbedingungen und gesellschaftlicher Anerkennung (Reskin 1993).

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht – aufgrund horizontaler Segregation und insbesondere wegen der geringeren Arbeitszeiten von Frauen – auch beim beruflichem Aufstieg (vertikale Segregation). In der obersten Führungsebene von Betrieben der Privatwirtschaft ist nur jede vierte Führungsperson eine Frau (Brader & Lewerenz 2006).³ Betrachtet man Großbetriebe (500 und mehr Mitarbeiter), sinkt der Frauenanteil auf nur noch 4 Prozent. Auch im Wissenschafts- und Forschungssystem sind die Karrierepfade von Frauen stark beschränkt. Nicht einmal jeder zehnte Universitätslehrstuhl ist von einer Professorin besetzt. Und das, obwohl mittlerweile 39 Prozent der Promotionen von Frauen erworben werden (Statistisches Bundesamt 2005a). Etwas besser erscheinen die Karrierechancen im öffentlichen Dienst und in frauendominierten Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen (Brader & Lewerenz 2006).

³ Die Autorinnen (Brader & Lewerenz 2006: 4) zählen zu Vorgesetztenfunktionen auf der obersten Ebene u.a. Geschäftsführer(innen), Eigentümer(innen), Vorstände, Filial- und Betriebsleiter(innen)“.

Eine entscheidende Ursache für den geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt darin begründet, dass es heute nach wie vor schwer möglich ist, Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren. Nur jede dritte weibliche Führungskraft⁴ lebt in einer Familienform mit Kindern. Bei Männern ist dies bei mehr als jeder zweiten Führungskraft der Fall (Kleinert 2006). Frauen, weniger aber Männer, stehen damit häufig vor einem „Entweder-oder“, was Kinder und berufliche Karriere betrifft. Mit den Folgen, dass insbesondere hochqualifizierte Frauen häufig auf Kinder verzichten. Das alles zeigt, Teilzeitarbeit – so sehr sie insbesondere Müttern Erwerbsarbeit ermöglicht – wird von den Frauen teuer erkaufte: Sie erschwert Karrierewege, die in Spitzenpositionen hineinreichen. Untersuchungen zeigen, dass Teilzeitarbeit unter Führungskräften nach wie vor ein Minderheitenphänomen ist (Kleinert 2006): Lediglich 14 Prozent der weiblichen Führungskräfte arbeitet Teilzeit. Männer in Führungspositionen sind nur zu 2 Prozent Teilzeit beschäftigt. Spitzenpositionen werden damit nach wie vor von dem kontinuierlich anwesenden und allzeit verfügbaren Mitarbeiter besetzt.

Beides, sowohl die Tatsache, dass Frauenberufe geringer honoriert werden, als auch die geringeren Aufstiegschancen von Arbeitnehmerinnen führt zu ausgeprägten Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen. Betrachtet man die unbereinigten Verdienstabstände von Vollzeitbeschäftigten, liegen die Löhne von Frauen in Westdeutschland rund 25 Prozent unter denen von Männern. Das geringere (erwartete) Erwerbseinkommen von Frauen führt wiederum dazu, dass sie ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und/oder ihre Arbeitszeit reduzieren, um sich der Familienarbeit zu widmen. Damit sind Lohnungleichheiten nicht nur Resultat sondern auch Verstärker ungleicher Arbeitsmarktchancen. Des Weiteren werden die Lohnabstände und die Einkommensausfälle, die Frauen während den Familienzeiten hinnehmen müssen, im Lebensverlauf fortgeschrieben und führen zu Benachteiligungen in Altersrente und Alterseinkommen (Allmendinger 2000).

5 Zusammenfassung und Handlungsoptionen

Die Situation von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt lässt sich in knappen Worten zusammenfassen: Männer dominieren in Führungspositionen und Vollzeitarbeit und verteilen sich auf ein weitaus größeres Berufsspektrum. Frauen hingegen dominieren in untergeordneten Positionen und Teilzeitarbeit, haben

4 Unter Führungskräften werden in der Studie von Kleinert (2006) abhängig Beschäftigte in der Privatwirtschaft mit folgenden Merkmalen verstanden: „(1) Erwerbstätige, die als überwiegend ausgeübte Tätigkeit Management-, Leitungs- und Führungsaufgaben angegeben haben, (2) Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben, (3) Geschäftsbereichsleiter und Geschäftsführer sowie (4) Meister und Poliere im Angestelltenverhältnis, die als Industrie- und Werkmeister tätig waren“ (S. 4).

einen geringeren Verdienst, und konzentrieren sich auf weniger Berufe, die auch oft mit geringeren Erträgen verbunden sind – und das alles, obwohl sie in den letzten Jahren große Erfolge im Bildungssystem erzielen konnten.

Daher ist es notwendig, festgefahrene Strukturen zu verändern und Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, vermehrt am Erwerbsleben teilzuhaben. Dies gilt nicht nur unter dem Primat der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, sondern – wie eingangs skizziert – auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die auf die gut ausgebildeten weiblichen Arbeitskräfte in Zukunft noch weniger verzichten kann.

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen daher verstärkt getroffen werden. Diese Forderung zielt vor allem auf einen Ausbau flexibler und qualitativ hochwertiger Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersstufen ab. Dies würde nicht nur Müttern den Weg in Erwerbstätigkeit ebnen, die über Teilzeitarbeit hinausgeht. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die in jungen Jahren ansetzt sowie der schnelle Ausbau von Ganztagschulen, würden auch dazu beitragen, den im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Anteil von kompetenzarmen Jugendlichen zu senken.

Auch Betriebe sind energischer als bisher in die Verantwortung zu nehmen. Im Jahr 2004 hatten lediglich etwa fünf Prozent der Betriebe tarifliche und sechs Prozent betriebliche Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern getroffen (Allmendinger, Kohaut & Möller 2006). Dabei sind Gleichstellungsmaßnahmen für die Betriebe ökonomisch gesehen durchaus nicht nachteilig (Gartner 2005). So zeigen sich in Betrieben mit Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit eine bessere Beschäftigtenentwicklung, ein steigender Frauenanteil im Allgemeinen und besonders im Management. Auch eine höhere Wertschöpfung pro Kopf kann beobachtet werden. Die vergleichenden Untersuchungen zum Einkommen der Beschäftigten ergaben zudem, dass der Lohn in Betrieben mit Gleichstellungsvereinbarung höher ist als in Betrieben ohne solche. Der Lohnunterschied zwischen Personen mit Kindern und ohne Kinder ist in Betrieben mit Gleichstellungsmaßnahmen ebenfalls geringer.

Der Druck des demografischen Wandels könnte aber nicht nur dazu führen, dass die Hürden für Frauen auf dem Arbeitsmarkt endlich wirksamer als bisher abgebaut werden. Wenn sich die Altersstruktur in Richtung einer immer älter werdenden Bevölkerung verschiebt, treten auch Risiken auf. Mit der Bevölkerungsalterung wächst der Anteil der Pflegebedürftigen. Gemäß Schätzungen der Nachhaltigkeitskommission erhöht sich die Zahl der Pflegebedürftigen von heute rund 1,9 Millionen auf 3,4 Millionen im Jahr 2040 und damit um fast 80 Prozent

(Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung 2003). Die Pflege dieser Personen ist noch immer eine vorwiegend weibliche Domäne, die oft außerhalb bezahlter Erwerbstätigkeit stattfindet.

Gleichzeitig aber geht die höhere Lebenserwartung mit gewonnenen Lebensjahren in guter Gesundheit sowie einer gestiegenen Anzahl von Lebensjahren, die in Erwerbstätigkeit verbracht werden können, einher (Allmendinger & Dressel 2005). Dies ermöglicht eine zeitliche Entzerrung von Lebensverläufen und eröffnet damit die Möglichkeit, Tätigkeiten, die gewöhnlich parallel unternommen werden, sequentiell auszuüben. Ebenso eröffnet die gestiegene Zahl fruchtbarer Jahre im Leben einer Frau einen zusätzlichen zeitlichen Spielraum. Die Doppelbelastung, die sich für Frauen aus der zeitgleich gelebten Familiengründung und Stabilisierung der beruflichen Karriere ergibt, könnte verringert werden. Aus dem Entweder-oder von Kindern und Karriere könnte ein Sowohl-als-auch werden, wenn die Gelegenheitsräume voll ausgeschöpft würden. Es ergibt sich folgende Alternative: Entweder man zieht die Familiengründung in die Ausbildung vor und tritt mit einer Qualifikation auf dem neuesten Stand auf den Arbeitsmarkt. Hierfür muss jedoch wieder die Kinderbetreuung ausgebaut und für Menschen in der Ausbildung finanziell ermöglicht werden. Oder man strebt eine späte Familiengründung an, die einsetzt, wenn ein gewünschter beruflicher Status bereits erreicht ist. Denn hoher Erfahrungsreichtum im Beruf ist oft auch mit besseren Möglichkeiten der individuellen und organisatorischen Steuerung von Unterbrechungen verbunden. Auch wenn der Fokus in diesem Beitrag auf Frauen gerichtet ist, darf nicht vergessen werden, dass ebenso Männer in Zukunft über immer mehr Lebenszeit verfügen. Auch sie müssen stärker als bisher die Möglichkeit bekommen, unterschiedliche Lebensbereiche miteinander zu verbinden, schwer miteinander zu vereinbarende Tätigkeiten zu entzerren und sich nicht auf die Arbeitswelt zu reduzieren. Eine neue Ordnung des Privaten, ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit ist unverzichtbar.

Die Zeiten geschlossener Erwerbsverläufe sind vorbei und überholt, Unterbrechungen werden bald maßgeblicher Baustein von Erwerbskarrieren sein. Das Altern der Gesellschaft ist nicht ohne ein Mehr an privater Pflege, Erwerbstätigkeit nicht ohne Auszeiten für berufliche Weiterbildung denkbar. Diese Unterbrechungen müssen institutionell ermöglicht und gewollt werden, nicht nur das Eintreten des Risikofalls Arbeitslosigkeit darf leistungsbegründend sein. Hat man dieses Verständnis erreicht, so ist das Finanzierungsmodell nur noch eine Frage der Ausgestaltung. Ob wir mit einem Grundeinkommen arbeiten, über tarifvertragliche Ausgestaltungen gehen, ob wir an Modellen der Teilhabegesellschaft (Grözinger, Maschke & Offe 2006) ansetzen oder vorgezogene Renten vorsehen, ist dann gleich. Entscheidend ist, dass nur so der aktivierende Sozialstaat seine Grundlage finden wird.

Literaturverzeichnis

Aliaga, C. (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern. In: Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen, 4, S. 1-8.

Allmendinger, Jutta (2000): Wandel von Erwerbs- und Lebensverläufen und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Alterseinkommen. In: Schmähl, Winfried & Michaelis, Karl (Hrsg.): Alterssicherung von Frauen. Leitbilder, gesellschaftlicher Wandel und Reformen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 61-80.

Allmendinger, Jutta & Dressel, Kathrin (2005): Familien auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24, S. 24-29.

Allmendinger, Jutta; Kohaut, Susanne & Möller, Iris (2006): Förderung der Chancengleichheit: Ganz schön schwierig. In: IAB Forum, Nr. 1., S. 64-69.

BIBB (2006): Schaubilder zur Berufsbildung: Strukturen und Entwicklungen. Verfügbar unter: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_schaubilder_heft-2006.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin.

Brader, Doris & Lewerenz, Julia (2006): Frauen in Führungspositionen: An der Spitze wird die Luft dünn. In: IAB Kurzbericht, Nr. 2. Nürnberg.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme: Bericht der Kommission. Berlin: Eigenverlag.

Deinzer, Roland; Wanger, Susanne; Wießner, Frank & Heidinger, Petra (2005): Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt. In: Informationen zum Arbeitsmarkt. Nürnberg.

Dienel, Christiane (2003): Die Mutter und ihr erstes Kind – individuelle und staatliche Arrangements im europäischen Vergleich. In: Zeitschrift für Familienforschung, 2, S. 120-145.

Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.

Fuchs, Johann & Dörfler, Katrin (2005): Projektion des Arbeitsangebots bis 2050: Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen. In: IAB Kurzbericht, Nr. 11. Nürnberg.

Gartner, Hermann (2005): Was tun Betriebe zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihren Betrieben: Auswirkungen auf die Produktivität und auf die Situation von Eltern bzw. von Frauen und Männern. Projektbericht.

Grözinger, Gerd; Maschke, Michael & Offe, Claus (2006): Die Teilhabegesellschaft: Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates. Frankfurt: Campus.

Holst, Elke (2006): Women in Managerial Positions in Europe: Focus on Germany. In: DIW Discussion Papers, Nr. 557. Berlin.

Klammer, Ute; Klenner, Christina; Ochs, Christiane; Radke, Petra & Ziegler, Astrid (2000): WSI-FrauenDaten-Report. Berlin: Edition Sigma.

Kleinert, Corinna (2006): Frauen in Führungspositionen: Karriere mit Hindernissen. In: IAB Kurzbericht, Nr. 9. Nürnberg.

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): *Bildung in Deutschland: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration.* Bielefeld: Bertelsmann.

Picht, Georg (1964): *Die Deutsche Bildungskatastrophe.* Olten: Walter.

PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2004): *PISA 2003: Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs – Zusammenfassung.* Verfügbar unter http://pisa.ipn.uni-kiel.de/Ergebnisse_PISA_2003.pdf

Reinberg, Alexander & Schreyer, Franziska (2003): *Arbeitsmarkt für AkademikerInnen: Studieren lohnt sich auch in Zukunft.* In: IAB Kurzbericht, Nr. 20. Nürnberg

Reskin, Barbara (1993): *Sex Segregation in the Workplace.* In: *Annual Review of Sociology*, 19, S. 241-270.

Schnur, Peter & Zika, Gerd (2005): *Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020: Nur zögerliche Besserung am deutschen Arbeitsmarkt.* In: IAB Kurzbericht, Nr. 12. Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050: Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.* Verfügbar unter: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/Bevoelkerung_2050.pdf

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): *Kindertagesbetreuung in Deutschland: Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002.* Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005): *Bevölkerungsfortschreibung 2004 (Fachserie 1, Reihe 1.3.).* Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005a): *Hochschulstandort Deutschland 2005.* Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2006): *Bildung und Kultur: Schulstatistik: Allgemeinbildende Schulen.* Verfügbar unter: <http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab16.php>

Wanger, Susanne (2005): *Frauen am Arbeitsmarkt: Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit.* In: IAB Kurzbericht, Nr. 22. Nürnberg.

Gerhard Bosch¹

Gleichberechtigung – Voraussetzung der Bewältigung der demografischen Entwicklung

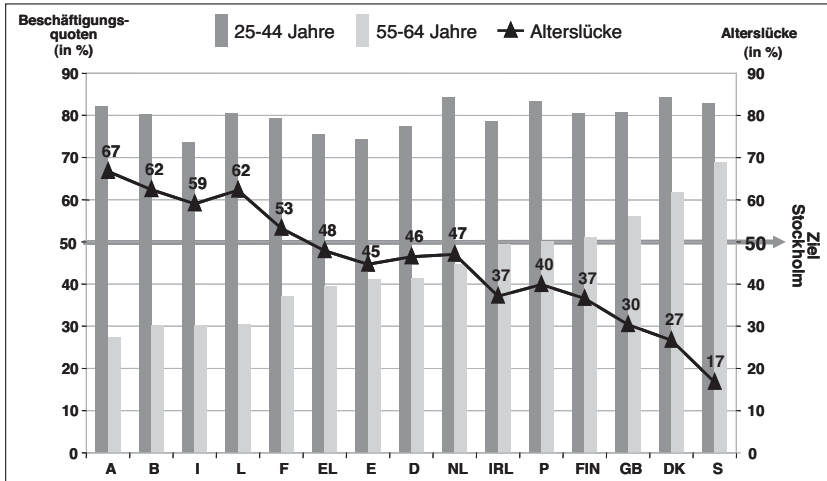
1 Einleitung

Hinsichtlich der Beschäftigung Älterer hat sich die Europäische Union ehrgeizige Ziele gesetzt. Im März 2001 legte der Europäische Rat in Stockholm fest, dass bis 2010 mindestens die Hälfte der EU-Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren in Beschäftigung sein soll. Dieses Ziel ist Bestandteil der europäischen Beschäftigungsstrategie (EU 2004b). Seine Realisierung wird wie die anderen Ziele der europäischen Beschäftigungsstrategie anhand von Indikatoren überprüft. Jedes Mitgliedsland ist verpflichtet, jährlich einen Aktionsplan zu erstellen, der beschreibt, wie die Ziele in die Praxis umgesetzt werden. Die Kommission spricht auf der Basis dieser Aktionspläne Empfehlungen zur Beschäftigungspolitik aus.

Die europäischen Länder sind noch weit von der Umsetzung des Stockholmer Ziels entfernt. Gegenwärtig erreichen nur 5 der 15 alten EU Länder bereits eine Beschäftigungsquote der 55 bis 64-Jährigen über 50 Prozent während die anderen Länder zumeist erheblich unter der Vorgabe liegen (Abbildung 1). Seit dem

¹ Dieser Artikel ist aus gemeinsamen Arbeiten mit Dr. Sebastian Schief entstanden (Bosch/Schief 2005)

Abb. 1: Beschäftigungsquoten der 25-44-Jährigen und der 55-64-Jährigen in der Europäischen Union (15) 2004



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen

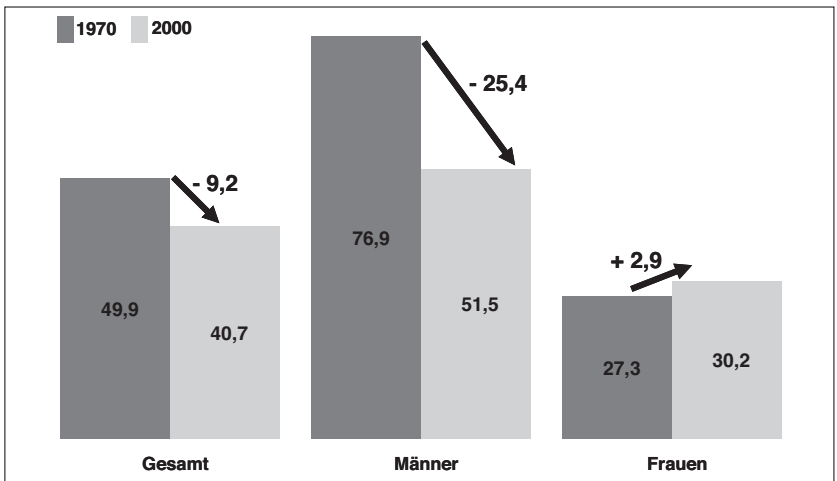
Stockholmer Gipfel hat nur Finnland den Sprung über die 50-Prozent-Marke geschafft. Von den neuen Mitgliedern der Europäischen Union erfüllen nur Estland und Zypern die Anforderung der 50-Prozent-Marke. Während die Beschäftigungsquoten der 25 bis 44-Jährigen in den verschiedenen EU-Ländern nur wenig voneinander abweichen – hier liegen alle alten EU-Mitglieder deutlich über der 70 %-Marke – sind die Unterschiede nach dem 55. Lebensjahr beträchtlich höher. Die markanten Länderunterschiede lassen sich durch die „Alterslücke“, also den prozentualen Unterschied zwischen der Beschäftigungsquote der 55 bis 64-Jährigen und jener der 25 bis 44-Jährigen, verdeutlichen. Während in Österreich, dem Land mit der größten Alterslücke, die Beschäftigungsquote der Älteren um 67 Prozent niedriger ist als jene der Jüngeren, beträgt der Abstand in Schweden gerade einmal 17 Prozent.

Um die Dimensionen des angestrebten Wandels zu begreifen, ist es hilfreich, die Anzahl der zusätzlichen Arbeitsplätze anzugeben, die durch das Stockholmer Ziel nötig werden. In der EU-15 waren im Jahr 2002 zusätzlich 7 Millionen Arbeitsplätze notwendig, 4,4 Millionen um die Beschäftigungsquote Älterer von jetzt rund 40 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen und 2,6 Millionen Arbeitsplätze, weil die nachrückende Kohorte erheblich stärker besetzt ist (EU 2004a: 161). Allein in Deutschland und Frankreich müssten nach unseren Berechnungen ca. 800.000 (Deutschland) bzw. 1,6

Millionen (Frankreich)² Ältere mehr als 2004 beschäftigt werden. Damit kein Missverständnis entsteht: Es handelt sich nicht notwendigerweise um einen Nettozuwachs an Arbeitsplätzen insgesamt. Das Stockholmer Ziel könnte je nach Stärke der unterschiedlichen Alterskohorten sogar bei abnehmender Zahl der Arbeitsplätze und zunehmender Beschäftigung Älterer erreicht werden.

Die europäischen Länder mit einer niedrigen Beschäftigungsquote Älterer haben in den letzten 40 Jahren versucht, Beschäftigungsprobleme durch eine Politik der vorzeitigen Pensionierung zu verringern. In einigen Ländern (vor allem den süd-europäischen) lagen traditionell die Altersgrenzen für alle Beschäftigten oder ausgewählte Beschäftigtengruppen deutlich unter dem 65. Lebensjahr. In der öffentlichen Diskussion dominieren Vorstellungen, dass man nur die heutige Vorruhestandspraxis beenden und das Renteneintrittsalter erhöhen müsse, damit alle EU-Mitglieder das Stockholmer Ziel erreichen können. Ein kurzer Blick zurück zeigt aber, dass selbst 1970 – also vor der Zeit der großen Vorruhestandsprogramme – 8 von 15 EU-Ländern unter der 50 Prozent-Quote geblieben sind. Zwar hatten die Männer damals mit 76,9 Prozent im Durchschnitt der

Abb. 2: Erwerbsquoten in der EU-15 (% der Bevölkerung im Alter 55 bis 64 Jahre), 1970 und 2000



Quelle: EU 2004a: 167

2 Diese Zahl wurde auf der Basis der Europäischen Arbeitskräftestichprobe 2004 berechnet. Im Jahre 2010 werden die im Jahre 2004 49- bis 58-Jährigen der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen angehören. Für diese Kohorte haben wir eine Beschäftigungsquote von 50 Prozent zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen der sich daraus ergebenden absoluten Beschäftigtenzahl zu der im Jahre 2004 Beschäftigten zwischen 55 und 64 ergibt die Zahl der zusätzlich notwendigen Arbeitsplätze für die 55-64-Jährigen, die sowohl den Quoten- als auch den Kohorteneffekt enthält.

EU 15 eine erhebliche höhere Erwerbsquote³ als heute (Abbildung 2). Aufgrund der traditionellen Familienmodelle waren aber nur etwas mehr als ein Viertel der über 55-jährigen Frauen beschäftigt, was den Gesamtdurchschnitt in der EU 15 auf unter 50 Prozent drückte. Seitdem ist die Erwerbsquote der älteren Männer in allen EU-Ländern gesunken und die der älteren Frauen in allen EU-Ländern außer Frankreich, Luxemburg und Österreich gestiegen. In einigen Ländern ist die Beschäftigungsquote Älterer inzwischen so niedrig, dass man zu Recht fragen kann, ob dort die Jahre zwischen 55 und 64 noch zum Haupterwerbsalter zählen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist aber das Ziel, die Jahre zwischen 55 bis 64 wieder als Haupterwerbsalter zu reetablieren, unbestritten.

Ein Zurück zu den 60 Jahren mit höheren Beschäftigungsquoten der Männer und geringeren der Frauen erscheint kaum denkbar, dazu haben sich Erwerbsverläufe von Männern und Frauen zu sehr verändert. Hinzu kommen – wie wir sehen werden – neue Differenzierungen der Erwerbsverläufe nach dem Qualifikationsniveau.

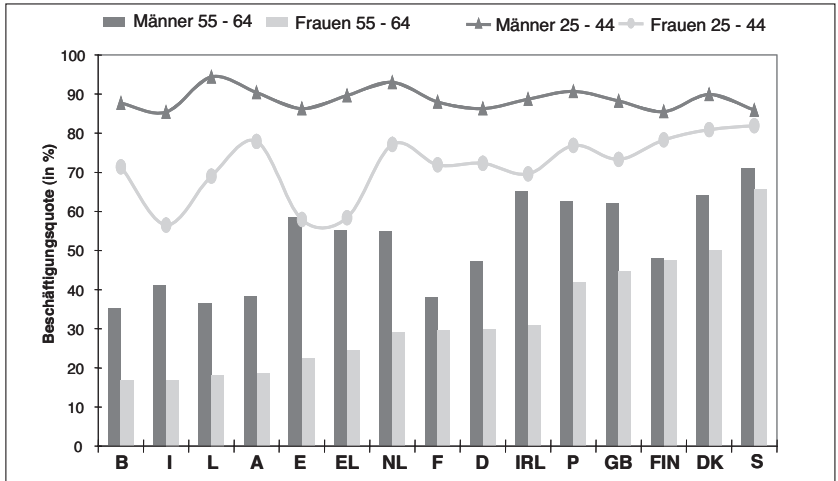
2 Beschäftigungsquoten älterer Beschäftigter nach Geschlecht und Qualifikation

Die Beschäftigungsquoten der Männer in diesem Haupterwerbsalter sind in der EU 15 relativ homogen und schwanken um die 90 Prozent. Zudem haben sich die Beschäftigungsmuster dieser Gruppe in den letzten 10 Jahren weiter angeglichen. Die Spannweite der Beschäftigungsquoten, also die Differenz zwischen höchster und niedrigster Beschäftigungsquote der untersuchten Länder, ging zwischen 1992 und 2004 von 16,6 auf 7,7 Prozentpunkte innerhalb der EU 15 zurück. Völlig anders verhält es sich in der Gruppe der 55-64-Jährigen. Hier weichen die Beschäftigungsquoten der Männer in der EU 15 ganz erheblich voneinander ab.

Die Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigt, dass schon in der Altersgruppe der 25-bis 44-Jährigen die Differenzen innerhalb der EU 15 erheblich sind, sich aber aufgrund der stark steigenden Erwerbstätigkeit der jüngeren Frauen in Ländern mit bislang niedriger Frauenerwerbstätigkeit ebenfalls ein Stück angenähert haben (Verringerung der Spannweite der Beschäftigungsquote zwischen 1992 und 2004 von 37 auf 20,4 Prozentpunkte, Abb. 3). Bei den 55-64-Jährigen Frauen sind die Unterschiede hingegen erheblich größer als bei

3 Die Erwerbsquote schließt im Unterschied zur Beschäftigungs- oder Erwerbstätigenquote die Arbeitslosen mit ein. Wir haben in unserer eigenen Analyse Beschäftigungsquoten berechnet, in Abbildung 2 aber auch – mangels anderer Daten – auf den Langzeitvergleich der Erwerbsquoten zwischen 1970 und 2000 durch die Europäische Kommission zurückgegriffen.

Abb. 3: Beschäftigungsquoten der 25-44-Jährigen und der 55-64-Jährigen Männer und Frauen in der Europäischen Union (15) 2004



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen

den jüngeren Frauen und haben sich zudem in den letzten 12 Jahren nicht vermindert. Die Spannweite in den Beschäftigungsquoten der EU 15 liegt bei den 55-64-Jährigen Männern bei 34,3 und bei den Frauen in der gleichen Altersgruppe bei 48,5 Prozentpunkten (Schief 2004).

Insgesamt zeigt sich, dass die nationalen Erwerbsmuster der 55 bis 64-Jährigen Männer und Frauen heute in Europa weitaus unterschiedlicher als 1970 sind. Bei den Männern ist dies – wie beschrieben – Folge abweichender Politikmuster in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Länder, die flächendeckende Vorruhestandsprogramme eingeführt haben, wie Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien oder die Niederlande, haben die Beschäftigungsquote der Männer drastisch reduziert. Andere Länder, wie die skandinavischen und Großbritannien, sind diesen Weg nicht gegangen und verzeichnen nur leichte Rückgänge bei den Männern.

Bei den Frauen zwischen 55 und 64 Jahren ist die Auseinanderentwicklung in Europa nicht Folge des Rückgangs der Beschäftigungsquoten, sondern eines unterschiedlichen Tempos bei der Zunahme. In Ländern, in denen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf frühzeitig verbessert wurden, steigt die Beschäftigungsquote der Frauen schon seit den 60er Jahren an. In diesen Ländern, allen voran die skandinavischen, sind die Frauenkohorten, die noch das traditionelle Familienmodell lebten, inzwischen weitgehend im Renten-

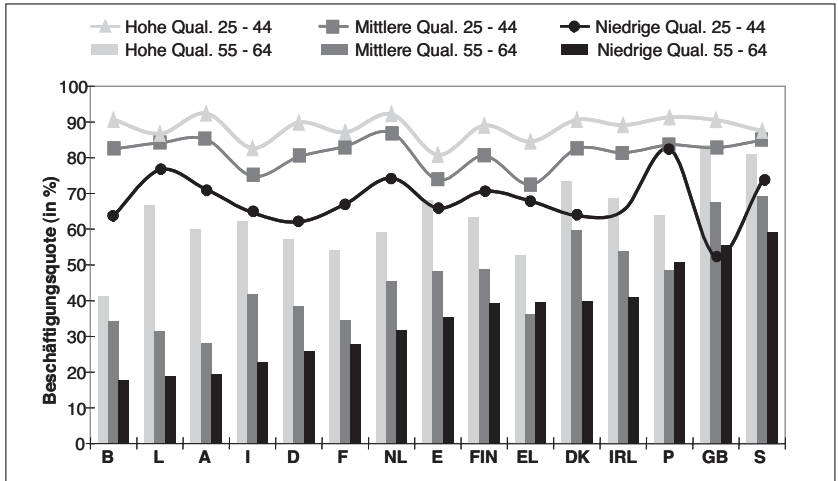
alter. Die neue Generation der erwerbstätigen Frauen ist bereits in die Altersgruppe der 55-64-Jährigen hinein gewachsen und hat in einigen Ländern (Schweden, Finnland) schon fast gleiche Beschäftigungsquoten wie die Männer erreicht. Hohe Beschäftigungsquoten der 55-64-Jährigen Frauen sind demnach nur dann zu erwarten, wenn die Beschäftigungsquote dieser Kohorte aufgrund einer Gleichstellungspolitik auch schon in früheren Lebensjahren hoch war.

Es überrascht nicht, dass die Korrelation zwischen den Beschäftigungsquoten der älteren Männer und Frauen hoch ist. Denn die Länder, die frühzeitig die Beschäftigung von Frauen gefördert haben, verfolgten eine Linie der Aktivierung aller Personen im Erwerbsalter, die Politik der *Work Line*, wie sie in Schweden genannt wird. Diese *Work Line-Politik* hat auch verhindert, dass Vorruhestandsprogramme in den nationalen Instrumentenkasten aufgenommen wurden. Umgekehrt haben Vorruhestandsländer, wie Frankreich oder Belgien, die mit den *écoles maternelles* und den Ganztagschulen exzellente Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen geschaffen haben, durch ihre Vorruhestandspolitik auch in hohem Maße Frauen über 55 Jahre aus dem Arbeitsmarkt genommen. Dies ermöglicht durchaus Geschlechtergleichheit, aber auf einem niedrigeren Beschäftigungsniveau als im Modell der *Work Line*. In Frankreich gehen eben beide Partner frühzeitig aus dem Erwerbsleben.⁴

Zu der markanten Geschlechterdifferenzierung in vielen, aber längst nicht mehr allen EU-Ländern, ist heute eine zweite zentrale Dimension sozialer Ungleichheit, nämlich die nach Qualifikation, getreten. Während sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in den letzten Jahrzehnten in der EU deutlich verringert hat, haben die Ungleichheiten nach Qualifikation erheblich zugenommen. Eine gute schulische und berufliche Bildung ist mittlerweile nicht nur zum „Eintrittsticket“ und – was zur Erklärung der Beschäftigungsquoten Älterer fast noch wichtiger ist – auch zur Voraussetzung der Verlängerung der „Aufenthaltsberechtigung“ auf dem Arbeitsmarkt geworden. In allen Ländern der EU 15 steigen die Beschäftigungsquoten sowohl der 25 bis 44-Jährigen als auch der 55-64-Jährigen für Männer und Frauen mit dem Qualifikationsniveau (Abbildung 4).

⁴ Es ist offensichtlich, dass Ländertypologien, wie wir sie angedeutet haben, nicht die Entwicklung in jedem einzelnen Fall erklären können. Die hohe Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen Portugiesinnen zum Beispiel ist Folge der geringen Löhne und des trotz miserabler Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie frühen Eintritts der Frauen ins Erwerbsleben wegen der Knappheit der Männer auf dem Arbeitsmarkt während der portugiesischen Kolonialkriege.

Abb. 4: Beschäftigungsquoten der 25-44-Jährigen und der 55-64-Jährigen nach Qualifikation in der Europäischen Union (15) 2004*



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen

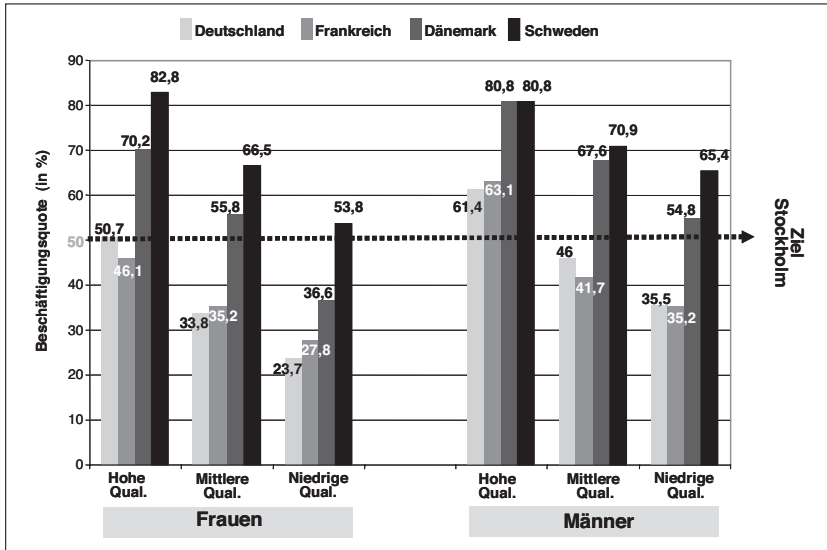
*Daten Niederlande 2002

Wer besser qualifiziert ist, hat größere Chancen eine Stelle zu finden und dann auch nach dem 55. Lebensjahr beschäftigt zu bleiben.⁵ Dies ist in allen EU-Ländern gleichermaßen zu beobachten. Wiederum sind die Niveauunterschiede beträchtlich. In den Vorruhestandsländern (Deutschland, Österreich, Frankreich, Niederlande, Belgien) sind es insbesondere die geringer Qualifizierten über 55 Jahre, die keiner Beschäftigung mehr nachgehen. Allerdings hat sich die Kultur des vorzeitigen Ruhestands in diesen Ländern auch auf die Personen mit mittlerer Qualifikation ausgebreitet, während die hoch Qualifizierten zwischen 55 und 64 Jahren zumeist (Ausnahmen sind Österreich und Belgien) noch sehr hohe Beschäftigungsquoten aufweisen.

Die Gegenüberstellung der Beschäftigungsquoten der 55-64-Jährigen zweier Vorruhestandsländer (Frankreich, Deutschland) und zweier Work-Line-Länder (Dänemark, Schweden) nach Qualifikation und Geschlecht macht diese Unterschiede besonders deutlich (Abbildung 5). In Deutschland und Frankreich zeigen sich die Auswirkungen der Vorruhestandspolitik besonders stark. Bei den gering Qualifizierten, aber auch bei Frauen und Männern mit mittlerer Qualifikation liegt die Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen in beiden Ländern deutlich unter der 50-Prozent-Marke. Das Stockholmer Ziel einer

⁵ Nur in Griechenland finden sich noch rudimentäre Reste des traditionellen Musters, dass die weniger Qualifizierten längere Lebensarbeitszeiten haben und die privilegierten besser Qualifizierten sich frühzeitig aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Abb. 5: Beschäftigungsquoten der 55-64-Jährigen nach Qualifikation und Geschlecht, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Schweden 2004



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen

50 Prozent Beschäftigungsquote wird in Frankreich nur bei der relativ kleinen Gruppe der hoch qualifizierten Männer zwischen 55 und 64 Jahren erreicht, in Deutschland erreicht zudem die Gruppe der hoch qualifizierten Frauen diese Marke.

Ganz anders fällt das Ergebnis in den Work-Line-Ländern aus: Schweden erreicht diese Quote für Männer und Frauen in allen Qualifikationsgruppen und neben Portugal als einziges EU-Land auch bei den gering qualifizierten Frauen (52,3 Prozent). Dänemark kann nur in dieser Gruppe der gering qualifizierten Frauen das Stockholmer Ziel nicht erreichen. Deren Beschäftigungsquote ist zwar deutlich höher als in Frankreich oder Deutschland, aber immer noch weit unter der 50-Prozent-Marke (36,6 Prozent).

Ein früheres Renteneintrittsalter von geringer Qualifizierten bedeutet im Übrigen nicht unbedingt kürzere Lebensarbeitszeiten dieser Gruppe. Die gering qualifizierten 55-64-Jährigen haben in Deutschland 3,3 Jahre früher als hoch Qualifizierte eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (EU 2004a, 170). Dies ist einer der Gründe, warum in vielen Ländern der Renteneintritt nicht nur an eine Altersgrenze, sondern auch an die Dauer der Beitragszahlung und damit der Lebensarbeitszeit gebunden ist.

Zusätzlich muss beachtet werden, dass der Eintritt in die Rente aufgrund von Erwerbsunfähigkeit stark mit der gesundheitlichen Belastung der Tätigkeit zusammenhängt. Immerhin 19,7 Prozent aller Rentenneuzugänge im Jahre 2001 in Deutschland bezogen Renten aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit (Morschhäuser 2003). Während lediglich 6 Prozent aller Ärzte und 7 Prozent aller Hochschullehrer aufgrund verminderter Leistungsfähigkeit in Rente gingen, sind es knapp 98 Prozent aller Arbeiter im Bergbau und etwa 53 Prozent aller Maurer, die aus diesem Grunde ihre Erwerbstätigkeit beendeten. Es zeigt sich also, dass „vor allem körperlich anstrengende und gering qualifizierte Tätigkeitsfelder mit geringen Entscheidungsspielräumen (...) mit hohen Erwerbsunfähigkeitszahlen korrelieren, während es sich bei Berufen mit vorrangig kognitiven Anforderungen und hohem Sozialprestige genau umgekehrt verhält“ (Morschhäuser 2003, 61f.).

Aus anderen Studien weiß man zudem, dass die Erwerbsbeteiligung einiger Gruppen von Ausländern erheblich unter dem ohnehin schon niedrigen Niveau der Deutschen liegt. So sind in Deutschland nur noch etwa 20 Prozent aller türkischen Männer zwischen 50 und 64 Jahren und kaum mehr als 10 Prozent der türkischen Frauen beschäftigt (Hönekopp 2003). Bei vielen Ausländern kumulieren verschiedene Risiken, wie niedrige Qualifikation, vorherige Beschäftigung in besonders belastenden Tätigkeiten und in Krisenbranchen bzw. auf besonders von Rationalisierungen oder Verlagerungen betroffenen Arbeitsplätzen. Diese Risiken treffen zudem mit einer starken Erwartungshaltung eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben zusammen.

3 Wie kann man die Beschäftigungsquote Älterer erhöhen?

Das Stockholmer Ziel, eine Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen von 50 Prozent innerhalb der EU zu erreichen, stellt die EU-Länder vor ganz unterschiedliche Herausforderungen. Einige Länder, wie Dänemark oder Schweden, haben dieses Ziel schon seit langem realisiert und können sich ohne europäischen Druck auf Detailprobleme, wie etwa die weitere Verringerung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern und die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten gering Qualifizierter konzentrieren. Andere Länder stehen angesichts ihrer niedrigen Beschäftigungsquoten vor fast unlösbaren Aufgaben, wenn man den engen Zeitrahmen bis 2010 und die oft beachtlichen Verzögerungen zwischen Einleitung von Maßnahmen und ihren Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt sieht. Die Vorruhestandsländer können allerdings aus den Erfahrungen der Work-Line-Länder lernen. Dabei wird deutlich, dass die Erschwerung eines vorzeitigen Ruhestands zwar eine notwendige, aber lange noch keine hinreichende

Maßnahmen ist. So hat etwa Deutschland in den letzten Jahren die Kosten für einen vorzeitigen Eintritt in die Rente durch Abschläge von der Rentenversicherung auf die Betroffenen verlagert und zudem über die Arbeitslosenversicherung finanzierte Warteschleifen auf den Vorruhestand in Kurzarbeit oder Arbeitslosengeld verkürzt. Dennoch steigt die Beschäftigungsquote Älterer nur langsam an, da andere Probleme noch ungelöst blieben. Der Vergleich mit den Work-Line-Ländern verweist auf sechs weitere Problembündel, deren Bewältigung zentral für die Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer ist:

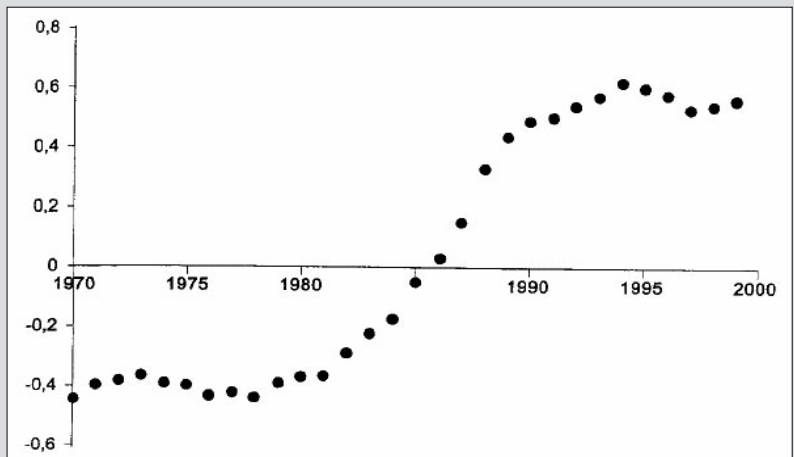
1. *Das Gleichstellungsproblem:* In den meisten Ländern der EU setzen alle Maßnahmen an den Beschäftigten an und versuchen, durch Heraufsetzung des Rentenalters und Verringerung der Anreize zu einem vorzeitigen Ruhestand, deren Beschäftigungsphase zu verlängern. Dies ist eine klassische Männersicht. Die Beschäftigungsquote der über 50-jährigen Frauen wird man aber durch rein altersspezifische Maßnahmen nur geringfügig erhöhen können. Die Beispiele Schwedens und Dänemarks zeigen, dass die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt vor allem durch ausreichende Kinderbetreuung und eine Individualisierung der Besteuerung und der sozialen Sicherung frühzeitig gefördert wird. Nur wenn die Beschäftigungsquote der Frauen in jüngeren Lebensjahren erhöht wird, können Kohorten von Frauen nachwachsen, für die es selbstverständlich ist, auch nach dem 55. Lebensjahr erwerbstätig zu sein – allerdings auch nur dann, wenn sie hier von Hausarbeit entlastet werden. Was die Kinderbetreuung für die jüngeren Frauen ist, ist die professionelle Pflege für die über 55-Jährigen. So wird zum Beispiel in Deutschland erst jetzt – 40 Jahre nach Schweden – mit den Programmen für Ganztagschulen (4 Mrd. Euro-Programm der Bundesregierung von 2004), der Kinderbetreuung (Tagesbetreuungsgesetz von 2004) für die unter 3-jährigen Kinder und dem Elterngeld (ab 2007) der Systemwechsel vom traditionellen zu einem gleichberechtigten Familienmodell eingeleitet. Die vollen Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen werden erst mittelfristig eintreten und bis 2010 bescheiden bleiben.
2. *Das Humanisierungsproblem:* Angehörige höher qualifizierter Berufe mit höherem Sozialprestige und größeren Entscheidungsspielräumen in der Arbeit weisen geringe Fehlzeiten auf und können zumeist bis zum normalen Rentenalter von 65 Jahren erwerbstätig sein. Demgegenüber haben viele Beschäftigte wegen hoher Belastungen, geringer Entscheidungsspielräume und wenig Entwicklungschancen Probleme, auf ihren Arbeitsplätzen „alt“ zu werden. Für viele „typische“ Erkrankungen älterer Beschäftigter können dabei biologische Alterungsprozesse als nahezu irrelevant angesehen werden (Behrens 2002). Neben den physischen Arbeitsbelastungen, die keineswegs

Die Auswirkungen einer höheren Beschäftigungsquote von Frauen auf den Altersquotient

In unserem Modell gehen wir aus Gründen der Einfachheit davon aus, dass es 40 Millionen Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahre (50 % Männer, 50 % Frauen) und 20 Millionen Personen über 65 Jahre gibt. Im traditionellen Familienmodell sind 80 % der Männer und 50 % der Frauen beschäftigt. Dies ergibt 26 Millionen Beitragszahler. Im gleichberechtigten Familienmodell liegt die Beschäftigungsquote von Männern und Frauen bei jeweils 80 %. Dadurch erhöht sich Zahl der Beitragszahler auf 32 Millionen. Die Rentenkassen profitieren von den Beitragseinnahmen der zusätzlichen 6 Millionen Frauen. Im traditionellen Familienmodell entfallen auf jeden Rentner 1,3 Beitragszahler, im gleichberechtigten Familienmodell sind es hingegen 1,6 Beitragszahler.

Durch das gleichberechtigte Familienmodell erhöht sich auch die Geburtenrate. Frauen sind nicht gezwungen, auf Kinder wegen einer Erwerbstätigkeit zu verzichten. Bis Mitte der 80er Jahre lag in Ländern mit niedriger Frauenerwerbsquote und der traditionellen Hausfrauenehe die Geburtenrate höher als in Ländern mit hoher Frauenerwerbsquote und einem gleichberechtigten Familienmodell. Aufgrund veränderter Verhaltensweisen ist die Korrelation zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate mittlerweile positiv geworden (Abbildung 6). Langfristig wird damit durch eine hohe Frauenerwerbsquote die Alterspyramide wieder stabilisiert.

Abb. 6: Veränderung der Korrelation zwischen Frauenerwerbsquote und Geburtenrate in den EU-15 Ländern, 1970-2000



Quelle: Gauthier/Hatzius 1997

rückläufig sind, wie lange Zeit erwartet, sind vielfältige psychische Belastungsarten als neue Einflussgrößen des höheren Krankheitsrisikos Älterer hinzugekommen, die insbesondere von älteren Beschäftigten empfindlich wahrgenommen werden. Dies gilt vor allem für solche, z.T. eher unspezifische Faktoren wie hohe Mobilitätserfordernis, Hektik, Zeitdruck, Stress, Überforderung, soziale Isolation und „alters-unfreundliches“ Arbeitsklima (Behrens 2002). Nach repräsentativen Befragungsergebnissen in den Staaten der Europäischen Union leiden 18,4 Prozent der über 45-Jährigen Männer und 21,6 Prozent der über 45-Jährigen Frauen nach eigenen Angaben unter einem chronischen oder lang andauernden Gesundheitsproblem, das ihre Arbeit erschwert (Ilmarinen 1999). Durch Arbeitsgestaltung, wie etwa Erweiterung der Handlungsspielräume, und Schutz vor zu hohen Belastungen (Morschhäuser 2003), also die in den skandinavischen Ländern am weitesten verbreiteten Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens, können Voraussetzungen zur Verlängerung der Beschäftigungsdauer geschaffen werden.

3. *Das Qualifikationsproblem:* Daneben ist die begrenzte Tätigkeitsdauer u.a. sicherlich auch Folge unzureichender Teilnahme an Weiterbildung, also ein Qualifikationsproblem. Vorzeitig in den Ruhestand gehen vor allem geringer Qualifizierte, die sich den Anforderungen ihrer Tätigkeit aufgrund unzureichender Teilnahme an Weiterbildung nicht mehr gewachsen fühlen. Eine neuere Untersuchung von Infas zur Weiterbildungsteilnahme in Deutschland, die von einem sehr weiten Begriff der Weiterbildung ausgeht, der unterschiedliche Formen von informellem Lernen am Arbeitsplatz einschließt, kommt zum überraschenden Ergebnis, dass Alter kein Erklärungsmerkmal für die Weiterbildungsteilnahme ist. Bei den gut Qualifizierten steigt die Teilnahme an Weiterbildung ab dem 50. Lebensjahr sogar an (Schröder/Schiel/Aust 2004). Es sind vor allem die gering qualifizierten Älteren, die von Weiterbildung ausgeschlossen sind. Arbeitsmarktpolitisch war dies in den Vorruhestandsländern bislang kein Problem, da gerade diese Gruppe vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausschied. Die Analyse zeigt aber auch, dass es große Gruppen von Personen mit mittlerer Qualifikation gibt, die in arbeitsorganisatorischen und technisch wenig innovativen Betrieben gearbeitet und damit den Anschluss verloren haben. Dänemark und Schweden haben nicht nur ein gut ausgebautes System der schulischen und beruflichen Erstausbildung, sondern sichern auch die Beschäftigungsfähigkeit geringer Qualifizierter durch hohe Investitionen in lebenslanges Lernen gerade auch für diese Gruppen (Expertenkommission 2004).

Alle Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer werden nur greifen, wenn die Wirtschaft wächst. Eine steigende Arbeitskräftenachfrage wird

die Motivationslagen der Betriebe und der Beschäftigten verändern und über Arbeitskräfteengpässe auch Qualifizierungsnotwendigkeiten erkennen lassen. Allerdings ist selbst bei schwachem Wachstum eine Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer nicht zwangsläufig mit einem Nachfragerückgang nach Jüngeren verbunden, ebenso wie eine Erhöhung der Beschäftigungsquote der Frauen nicht zu einem Rückgang der der Männer führt. Denn die Mehrbeschäftigung bestimmter Gruppen löst zusätzliche Nachfrageeffekte in der Wirtschaft aus, so dass der Beschäftigungseffekt positiv sein kann. In einer Ansprache an die 87. Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf im Jahre 1999 erklärte der Nobelpreisträger für Ökonomie Amartya Sen hierzu: „Bei der Prüfung der Vorschläge zur Veränderung des Rentenalters gilt es viele große Fragen zu beantworten. Dies ist wirklich ein sehr anspruchvolles Thema, das ich nicht im Vorübergehen abhandeln will, doch sei mir der Hinweis gestattet, dass oftmals Konflikte gesehen werden, wo es vielleicht gar keine gibt ... Wenn nämlich aus einem Gefühl heraus die Behauptung aufgestellt wird, das Problem bei der Bevölkerungsalterung läge in der mangelnden Erwerbstätigkeit der Alten, und die ebenso spontane Behauptung hinzukommt, dass die Jungen ihre Arbeit verlieren, wenn die Alten noch arbeiten würden, dann versperren wir uns damit selbst den Weg. Dabei sind dies lediglich unbewiesene Thesen, die einen Konflikt unterstellen, der möglicherweise gar nicht existiert. Ich befürchte, dass in der Arbeitsökonomie häufig von Konfliktannahmen ausgegangen wird, die nicht gründlich nachgeprüft wurden.“ (zitiert nach EU 2004a, 175).

Literaturverzeichnis

Behrens, Johann (2002): Fehlzeit, Frühberentung: Länger erwerbstätig durch Personal- und Organisationsentwicklung. In: Bernhard Badura, Henner Schellschmidt, Christian Vetter (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2002. Berlin, 115-136

Bosch, Gerhard, Schief, Sebastian (2005): Ältere Beschäftigte in Europa: Neue Formen sozialer Ungleichheit, in WSI-Mitteilungen, 1, 32-39

Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens (2004): Finanzierung lebenslangen Lernens: Der Weg in die Zukunft, Bielefeld. http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf

EU (2004a): Beschäftigung in Europa 2003, Europäische Kommission Luxemburg

EU (2004b): Mehr und bessere Arbeitsplätze für alle. Die Europäische Beschäftigungsstrategie, Europäische Kommission Luxemburg

Gauthier A.H., Hatzjus J. (1997): Family, benefits and fertility: an econometric analysis. In: Population studies Jg. 51/ Heft 3, S. 295-306

Hönekopp, Elmar (2003): Non-Germans on the German labour market, in: European Journal of Migration and Law 5, 69-97

Morschhäuser, Martina (2003): Gesund bis zur Rente? Ansatzpunkte einer altersgerechten Arbeits- und Personalpolitik, in: Bernhard Badura, Henner Schellschmidt, Christian Vetter (Hg.): Demographischer Wandel. Herausforderung für die betriebliche Personal- und Gesundheitspolitik, Berlin, 59-71.

Schief, Sebastian (2004): Beschäftigungsquoten, Arbeitszeiten und Arbeitsvolumina in der Europäischen Union, der Schweiz und Norwegen: eine Analyse von Beschäftigungsquoten, Arbeitszeiten und Arbeitsvolumina verschiedener Altersgruppen mit dem Schwerpunkt auf ältere Personen; Expertise. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/beschaeftigungsquoten-arbeitszeiten-und.property=pdf.pdf>

Schröder, Helmut, Schiel, Stefan, Aust, Folkert (2004): Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung: Motive, Beweggründe, Hindernisse. Schriftenreihe der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, 5, Bielefeld

Ute Klammer

Der demografische Wandel als Herausforderung für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Sozialpolitik

1 Geschlechterdifferenzen im Wandel: Von der Querschnitts- zur Längsschnittperspektive

Betrachtet man Daten zur Erwerbstätigkeit und zur Zeitverwendung von Männern und Frauen, so wird deutlich, dass es in den letzten Dekaden zwar Veränderungen und Annäherungsprozesse zwischen den Geschlechtern (vor allem durch die gestiegene Erwerbseinbindung westdeutscher Frauen) gegeben hat, dass andererseits die Differenzen jedoch immer noch erheblich sind. So gehen zurzeit fast 59 % der Frauen im Erwerbsalter einer Erwerbstätigkeit nach, womit Deutschland annähernd die europäische Zielmarke der Lissabon-Strategie¹ für 2010 erreicht. Parallel zu dieser Entwicklung ist allerdings die Schere zwischen den Durchschnittsarbeitszeiten von Männern und Frauen seit Anfang der 1990er Jahre deutlich weiter auseinander gegangen. So liegt die normalerweise geleistete Arbeitszeit von erwerbstätigen Männern inzwischen (2004) bei 40,2 Stunden, bei erwerbstätigen Frauen bei 30,8 Stunden. Rund 18 % der

¹ Im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie soll in der EU die allgemeine Erwerbstätigenquote bis 2010 auf 70% angehoben werden, die Erwerbstätigenquote der Frauen auf 60% und diejenige der älteren Beschäftigten auf 50%.

männlichen, aber nur 6 % der weiblichen Erwerbstätigen absolvieren regelmäßig eine Erwerbsarbeitszeit von über 45 Wochenstunden, während sich der Anteil der Frauen, die einer geringfügigen Tätigkeit von unter 15 Wochenstunden nachgehen, zwischen 1991 (6%) und 2004 (13 %) mehr als verdoppelt hat. Immer noch ist die unbezahlte Arbeit – trotz leichter Angleichungsprozesse – spiegelbildlich zwischen den Geschlechtern verteilt: im Durchschnitt verwenden Frauen in Westdeutschland hierfür die 1,6fache, in Ostdeutschland die 1,4fache Zeit im Vergleich zu Männern. Bemerkenswert hierbei ist, dass Frauen in allen Erwerbskonstellationen im Durchschnitt mehr unbezahlte Arbeit als Männer leisten (Bothfeld et al. 2005: 111-112, 126, 173, 175, 189-191).

Bei solchen zeitpunktbezogenen Vergleichen von Frauen und Männern werden jedoch die *langfristigen Auswirkungen* geschlechtstypischer Erwerbsarrangements und Zeitverwendungsmuster im Lebensverlauf noch gar nicht deutlich. Berücksichtigt man diese, so zeigt sich, dass die Geschlechterdifferenzen faktisch noch ausgeprägter sind. Im Sinne eines umfassenden Bildes sollte deshalb nicht nur danach gefragt werden, wie sich unterschiedliche Erwerbsmuster und familiäre Zeitarrangements *zu einem bestimmten Untersuchungszeitpunkt* oder *im Zeitvergleich* darstellen, sondern es gilt zu klären, wie sich diese Muster *über den Lebensverlauf der Betroffenen* entwickeln. Bestimmte Arbeitszeitformen, z.B. reguläre oder auch marginale Teilzeitarbeit (Mini-Jobs) müssen daraufhin untersucht werden, welche Rolle sie langfristig im Leben derjenigen, die sie ausüben, spielen. Handelt es sich um kürzere Episoden einer Erwerbsbiografie, die vorübergehend, z.B. beim Berufseinstieg, akzeptiert oder sogar – z.B. in Phasen eines hohen Bedarfs an Zeit für Familienarbeit – bewusst gewählt werden? Oder sind es Arbeitsformen, die – „freiwillig“² oder „unfreiwillig“ – dauerhaft ausgeübt werden? Findet eine Verfestigung bestimmter problematischer Arbeitszeitformen, z.B. der geringfügigen Beschäftigung, in bestimmten Segmenten der Erwerbsbevölkerung statt? Welche monetären Konsequenzen für das Erwerbseinkommen oder für sozialpolitische Transferleistungen, ergeben sich langfristig aus Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit? Führen unsichere Erwerbsaussichten zum Aufschub von oder sogar zum gänzlichen Verzicht auf Elternschaft und Familie – haben sie damit einen direkten Einfluss auf das demographische „Problem“ niedriger Geburtenraten?

Die Längsschnittperspektive ermöglicht es auch, die unterschiedliche Verteilung von Zeitbedarfen in der individuellen Biografie besser sichtbar zu machen und

2 Die Anführungsstriche geben zum Ausdruck, dass „Freiwilligkeit“ und „Unfreiwilligkeit“ abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen und kulturellen Normen sind.

Phasen von Zeitnot, z.B. in der so genannten „Rush Hour of Life“³, zu identifizieren. Ebenso macht die Analyse von Zeitverwendung über den Lebensverlauf interpersonelle Unterschiede besonders deutlich – bestimmte Zeitbedarfe, z.B. für Fürsorgearbeit, fallen nicht nur bei unterschiedlichen Menschen zu unterschiedlicher Zeit an, sondern sie kumulieren bei den einen über den Lebensverlauf zu großen „Zeitmengen“, während sie in der Gesamtbiografie anderer Menschen (beiderlei Geschlechts) nur ein sehr geringes Gewicht haben. Diese Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Aufgabe der (Sozial-)Politik, die intertemporale und interpersonelle Verteilung von Zeit und Geld zu beeinflussen.

In einigen europäischen Ländern sowie auch auf der EU-Ebene zeichnet sich zurzeit ein verstärktes politisches Interesse an diesen und ähnlichen Fragen ab. Auf der EU-Ebene hat die Lebensverlaufsperspektive durch die Diskussion um „lebenslanges Lernen“ und allgemein durch das gestiegene Interesse an Bildungsfragen im Kontext einer „investiven Sozialpolitik“ an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig rücken die im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie fixierten Ziele, die Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen sowie das faktische Rentenalter deutlich anzuheben, Fragen nach dem Verlauf von Erwerbsbiografien und nach den Einflussmöglichkeiten der Arbeits- und Sozialpolitik zwangsläufig ins Blickfeld. So enthalten die Europäischen Richtlinien für die nationalen Beschäftigungspolitiken explizit die Aufforderung, umfassende nationale Strategien *auf der Basis eines Lebensverlauf-Ansatzes* zu entwickeln (Council of the European Union 2003, Paragraph 15, Hervorhebung U.K.).

Der vorliegende Beitrag verknüpft daher die Frage nach den (unterschiedlichen sowie sich verändernden) Lebensverläufen von Frauen und Männern mit der Debatte um eine Neuausrichtung der Sozialpolitik im demographischen Wandel. Zunächst werden schlaglichtartig einige empirische Ergebnisse zur Struktur und zur Veränderung der Lebensverläufe von Frauen und Männern in Deutschland präsentiert.⁴ Der darauf folgende Abschnitt entwickelt Ansatzpunkte für eine lebensbegleitende Sozialpolitik.

3 Dieser Begriff hat sich in der europäischen Zeitforschung eingebürgert zur Beschreibung des mittleren Lebensalters, in dem häufig die Erwerbstätigkeit und Karriere besonders viel Zeit erfordert, während gleichzeitig jüngere Kinder zu betreuen sind.

4 Die Ergebnisse entstammen überwiegend Längsschnittauswertungen aus den Datenbeständen der AVID (Altersvorsorge in Deutschland) sowie der IAB-Beschäftigtenstichprobe für ein von der Autorin geleitetes Forschungsprojekt, vgl. Klammer/Tillmann (2002).

2 Erwerbsbiografien von Frauen und Männern im Wandel – einige empirische Schlaglichter

- Umfangreiche empirische Datenanalysen aus eigenen Projekten belegen, dass die **Arbeitsmarktrisiken** in Deutschland ungleich verteilt sind und Diskontinuitäten im Erwerbsleben inzwischen weit verbreitet sind. Frauen sind dabei allerdings nicht (mehr) generell „qua Geschlecht“ benachteiligt. Einen Großteil der Flexibilitätsrisiken (z.B. befristete Jobs, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit etc.) tragen in Deutschland junge Menschen – die *Newcomer* auf dem Arbeitsmarkt – sowie Geringqualifizierte. So sind die jüngsten Kohorten auf dem Arbeitsmarkt siebenmal so häufig befristet beschäftigt wie die ältesten Kohorten, und inzwischen sind deutlich über die Hälfte aller Männer und Frauen bereits vor dem 30. Lebensjahr mit eigener Arbeitslosigkeit konfrontiert gewesen. Dies ist bedenkenswert, da eine gegenüber früher verlängerte Arbeitsmarkt-Einstiegsphase mit (finanziellen) Unsicherheiten und Risiken bei jungen Leuten häufig in die Phase der potentiellen Familiengründung fällt und einen nicht unerheblichen Einfluss darauf haben dürfte, dass junge Menschen die Entscheidung für eigene Kinder zunehmend herauszögern oder ganz darauf verzichten.
- Zwar ist die durchschnittliche **Betriebszugehörigkeitsdauer** in Deutschland bisher erstaunlich stabil, doch haben immerhin 15 % der Beschäftigten schon fünf oder mehr Arbeitgeber – oft unterbrochen von Arbeitslosigkeit – gehabt. Unter den befristet Beschäftigten sind es sogar 22 %, d.h. Befristete haben ein höheres Risiko, von einem ins nächste befristete Arbeitsverhältnis zu wechseln. Auch wenn bisher rund zwei Drittel der Jobwechsel freiwillig sind und sich die Mehrheit der Jobwechsler nach eigener Einschätzung durch den Wechsel verbessert hat, ist doch von Kohorte zu Kohorte eine Zunahme unfreiwilliger (z.B. vom Arbeitgeber initiiertes) Wechsel zu konstatieren, und weniger Wechsel führen zu beruflichen Verbesserungen.
- Betrachtet man die über das Leben **akkumulierten Erwerbsjahre** (Datenbasis: AVID), so zeigt sich ein deutlicher Rückgang bei den Männern und ein leichter Zuwachs bei den Frauen. Hatten von den 1936-1940 geborenen Männern noch 42 % eine (rentenrechtlich) „vollständige“ Erwerbsbiografie, so werden es von den 1951-1955 Geborenen voraussichtlich nur noch ca. 30 % sein. Bei den Frauen steigt der Anteil von knapp acht auf rund 13 %. Auch die heute rund 50jährigen Frauen werden aber im Durchschnitt noch etwa sieben (in Westdeutschland etwa neun) Erwerbsjahre weniger als ihre männlichen Altersgenossen im Lebensverlauf an-

sammeln. Hier zeigen sich nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Erwerbs- und Einkommenslücken, die sich im Rentenalter fortsetzen.

- Bei einer Lebensverlaufsbetrachtung wird auch deutlich, dass unter den jüngeren Kohorten schon rund 80 % der Frauen irgendwann im Leben **Teilzeitphasen** von mindestens einem Jahr aufweisen, während es bei Männern immer noch ein sehr geringer Teil ist. Rückläufig sind bei Frauen Unterbrechungsphasen zur Kindererziehung, jedoch waren auch von den 1951-55 geborenen Frauen noch rund zwei Drittel mindestens ein Jahr aus diesem Grund nicht erwerbstätig. Dafür hat ein beträchtlicher Teil der Männer – je nach Geburtsjahrgängen (1936-1955) ca. 16-20% – irgendwann im Leben eine oder mehrere Selbständigkeitsphasen, die oft mit Sozialversicherungslücken verbunden sind.
- Von den 1941-45 Geborenen an sind alle folgenden Gruppen von Geburtsjahrgängen mit einem steigenden **Arbeitslosigkeitsrisiko** schon in jungen Jahren konfrontiert gewesen. Unter den 1961-65 Geborenen waren bereits 53 % aller Frauen wie auch aller Männer bis zum 30. Lebensjahr bereits mindestens einmal arbeitslos (Datenbasis IAB-Beschäftigtenstichprobe). Tendenziell werden Männer häufiger arbeitslos als Frauen, jedoch sind die Arbeitslosigkeitsphasen von Frauen länger, wenn sie einmal arbeitslos sind – Frauen werden schlechter in den Arbeitsmarkt reintegriert.
- Betrachtet man die **Erwerbseinkommensverläufe** der 1936-55 geborenen Frauen und Männer, so lässt sich – vorwiegend bei Männern – eine zunehmende „Kompression des Lebenseinkommenserwerbs“ konstatieren: Die langfristig zu beobachtenden Trends zum späteren Berufseinstieg und zum früheren Berufsausstieg haben dazu geführt, dass sich der Einkommenserwerb inzwischen immer stärker auf die mittlere Lebensphase konzentriert. Dies ist zum einen problematisch, da es sich hier um die ohnehin schwierige „Rush Hour of Life“ handelt, in der oft auch die Familienpflichten und die allgemeine Belastung am höchsten sind. Zudem werden durch die Konzentration des Lebenseinkommenserwerbs auf eine geringere Zahl von Jahren Ausfälle – z.B. in Form von Arbeitslosigkeit – biografisch zunehmend problematischer, da jedes Erwerbsjahr ein größeres Gewicht für das Lebenserwerbseinkommen erhält.
- Frauen in Westdeutschland, die 1936-55 geboren wurden (AVID-Daten) erreichen nur 43 % des durchschnittlichen **Lebenserwerbseinkommens** von Männern. Zudem ist der Einkommenserwerb von (westdeutschen) Frauen bis heute entscheidend von der Zahl der Kinder abhängig: Bezogen

auf eine kinderlose Frau erreicht eine westdeutsche Frau der genannten Geburtsjahrgänge mit einem/zwei/drei Kindern laut AVID nur 58/43/30 % des Lebenserwerbseinkommens einer kinderlosen Altersgenossin. Bei Männern ist die Kinderzahl für das Erwerbseinkommen kaum relevant. In Ostdeutschland konnten die Mütter der untersuchten Kohorten (überwiegend noch während des DDR-Regimes) nach der Geburt von Kindern beruflich erheblich besser wieder zu kinderlosen Frauen aufschließen.

- Ökonometrische Studien zu den Auswirkungen von **Erwerbsunterbrechungen** (u.a. Beblo/Wolf 2002) zeigen erhebliche langfristige Einkommenskapazitäts- und Humankapitalverluste, die häufig von den Individuen unterschätzt werden. Bei frühen Unterbrechungen im Lebensverlauf ist das abzuschreibende Humankapital in der Regel geringer und die Einbußen sind daher begrenzt. Das zu beobachtende Aufschieben der Mutterschaft in ein späteres Lebensalter erscheint vor diesem Hintergrund bedenklich. Mehrere Studien weisen darauf hin, dass sozialversicherungspflichtige (nicht geringfügige!) Teilzeit bezüglich der langfristigen Humankapital- und Einkommensverluste dagegen besser ist als ihr Ruf, zumal sie oft eine Brückenfunktion bzw. (vor allem in Ostdeutschland) eine Scharnierfunktion zwischen Vollzeitphasen hat (Bieber/Stegmann 2000; Beblo/Wolf 2000; Klammer/Tillmann 2002, Kap. II.4).

3 Lebenslaufsorientierung als Ansatzpunkt für eine geschlechtergerechte(re) Sozialpolitik im Zeichen des demografischen Wandels

Aus den empirischen Beobachtungen zur Zeit- und Einkommensverteilung von Frauen und Männern über den Lebensverlauf lassen sich vielfältige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Handlungsbedarfe ableiten. In der Terminologie der europäischen Wohlfahrtsstaatsforschung geht es dabei darum, neue Formen von und Gleichgewichte zwischen Kommodifikation und Dekommodifikation zu finden. Dabei bezeichnet Kommodifikation die Unterstützung zur (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt, während unter Dekommodifikation die (temporäre) Freistellung von der Verpflichtung, den eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu finanzieren, zu verstehen ist. Auf einige Handlungsfelder, die als zentral für eine geschlechtergerechte lebensbegleitende Sozialpolitik angesehen werden können, soll im Folgenden eingegangen werden. Die Überlegungen stützen sich theoretisch-konzeptionell u.a. auf das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte von Günther Schmid, die Idee der *Droits de tirage sociaux* (soziale Ziehungsrechte) von Alain Supiot u.a. sowie den *Capabilities*-Ansatz

(Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten, Verwirklichungschancen) von Amartya Sen (vgl. ausführlicher Klammer 2004: 287 – 297).

Unterstützung von Kontinuität

Ob sich „atypische“ Beschäftigung und Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit als prekär erweisen, hängt u.a. davon ab, ob sie im Lebens- und Erwerbsverlauf kumulieren oder nicht. Unfreiwillige Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Schwankungen der Arbeitszeit können die physische und psychische Gesundheit beeinträchtigen und wichtige Entscheidungen, z.B. bezüglich Mobilität, Partnerschaft, Familienbildung beeinflussen. Hierzu reicht oft bereits die Furcht vor möglichen Brüchen aus. Nachweislich kann z.B. befristete Beschäftigung erhöhten Stress durch das Gefühl von Unsicherheit nach sich ziehen (Pearce 1998).⁵ Daher kommt in einer Gesellschaft, die zunehmend davon ausgeht, dass Erwachsene sich grundsätzlich selbst über Erwerbstätigkeit finanzieren (adult worker model⁶), der Unterstützung von kontinuierlicher Arbeitsmarktpartizipation und der Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen eine besondere Bedeutung zu. In den Niederlanden wurde mit diesem Ziel schon 1999 durch das so genannte „Flex Wet“ die Absicherung flexibler Beschäftigter verbessert, und es wurden Wege von flexiblerer zu stabilerer Beschäftigung konzipiert; dieser Ansatz ist später auf kollektivvertraglicher Ebene weiter ausgearbeitet worden (Wilthagen 2001: 18).

Unternehmen können einen Beitrag zur Kontinuität von Erwerbstätigkeit leisten, indem sie externe Flexibilität stärker als bisher durch interne Flexibilität ersetzen, d.h. die Entlassung von Arbeitskräften durch Arbeitsplatz sichernde Arbeitszeitanpassungen und gezielte Weiterbildung der Beschäftigten (funktionale Flexibilität) vermeiden. Zu diskutieren wäre, ob die hiermit einhergehenden „Einsparungen“ der Arbeitslosenversicherung anteilig dazu genutzt werden könnten, Unternehmen mehr Anreize für entsprechende Strategien zu geben.

Konzepte des lebenslangen Lernens können ebenfalls eine bedeutende Rolle für die Ermöglichung von Kontinuität und Aufwärtsmobilität spielen. Obwohl dieser Ansatz eine Kernidee der Europäischen Beschäftigungsstrategie darstellt, mangelt es bisher an der tatsächlichen Umsetzung. In Deutschland sind vor allem bei der Weiterbildung von Niedrigqualifizierten und älteren Beschäftigten erhebliche Defizite zu konstatieren (Klammer/Tillmann 2002: 75ff.). Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat können aus der Weiterbildung der Beschäftigten

5 Nach Daten der OECD gehört Deutschland zu den Staaten, in denen das subjektive Gefühl der Beschäftigungsunsicherheit besonders stark gewachsen ist (OECD 1997: 129 – 160; Walker u.a. 2000: 20 – 31).

6 Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Adult Worker Model s. die Beiträge in Leitner et al. (2004).

gleichermaßen Nutzen ziehen bzw. Kosten einsparen; daraus lässt sich ableiten, dass alle drei Parteien an der Finanzierung von Weiterbildung beteiligt werden sollten. Lernkonten, auf denen Beschäftigte flexibel Zeit oder Geld für Weiterbildung ansparen und nach Bedarf verbrauchen können, bieten sich als Instrument zur Weiterbildung über den Erwerbsverlauf an (Keller/Seifert 2002). Auch betriebliche Vorsorgepläne könnten hierfür stärker genutzt werden (für Holland vgl. Stuurgroep Verkenning Levensloop 2002; Waas 2004). Allerdings zeigt sich, dass Unternehmen, unterstützt durch Tarifverträge, dazu tendieren, die Weiterbildung auf ihre Kernbelegschaften zu konzentrieren (Wilthagen 2001). Insofern wird dem Staat weiter eine Rolle als ergänzender Akteur auf dem Feld der Weiterbildung zukommen müssen, z.B. durch die Bereitstellung von Bildungsgutscheinen für bestimmte Problemgruppen. Ein Alternativansatz wäre in einem Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Erwerbsversicherung zu sehen, bei der ein Teil der Beiträge zum Aufbau individueller Weiterbildungskonten verwendet würde (Rabe/Schmid 1999).

Unterstützung von Diskontinuität

Eine zweite zentrale Aufgabe aus der Perspektive einer lebensbegleitenden Sozialpolitik kann in der Unterstützung von Diskontinuität gesehen werden. Dies steht nur in scheinbarem Widerspruch zur Förderung von Kontinuität. De facto ist – u.a. bedingt durch die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen – der Bedarf der Erwerbstätigen an Möglichkeiten zur individuellen Anpassung von Arbeitszeit an die sich individuell verändernden persönlichen Bedürfnisse gestiegen. Diese Bedürfnisse können im Bereich der Fürsorge für Kinder oder pflegebedürftige Familienmitglieder liegen, aber auch bei Auszeiten für Weiterbildung oder Rekreation. Die Schaffung von „garantierten Optionalitäten“ von Seiten des Gesetzgebers, aber auch von Seiten der Kollektivvertragsparteien und der Betriebe, erweist sich hier als unverzichtbares Instrument. Ein adult worker model kann nur dann als akzeptables Leitbild angesehen werden, wenn es für Frauen und Männer in unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Prioritäten und Bedürfnissen Variationen und Anpassungen der Arbeitszeit ermöglicht. Dies beinhaltet sowohl rechtliche Rahmenbedingungen für Erwerbspausen wie auch die Verminderung und Wiederaufstockung von Arbeitszeit. Einige gesetzliche Veränderungen der letzten Jahre, z.B. die Neuregelung der Elternzeit sowie das Befristungs- und Teilzeitgesetz (2001), haben die Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Anpassung von Arbeitszeit verbessert. Es fehlen dagegen adäquate Anrechte zur Wiederaufstockung von Teilzeitarbeit sowie – im Unterschied zu mehreren anderen europäischen Ländern (Plantenga/Koopmanns 2002) – spezifische Rechte zur temporären Erwerbsunterbrechung oder Arbeitszeitreduzierung zur Pflege erwachsener Angehöriger. Regelungen in diesem

Bereich werden jedoch angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Kostendrucks in der Pflegeversicherung immer wichtiger. Die gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit werden zudem regelmäßig durch befristete Arbeitsverträge unterlaufen, von denen gerade junge Arbeitnehmerinnen besonders häufig betroffen sind. Auch andere Zeitoptionen – wie *Sabbaticals* – sind häufig auf die unbefristet beschäftigten Kernbelegschaften beschränkt. Was fehlt, ist ein systematischer Ansatz zur Arbeitszeitanpassung über den Lebensverlauf.

Unternehmen spielen in Bezug auf die Ermöglichung von individuellen Anpassungen der Arbeitszeit eine zunehmend wichtige Rolle als komplementäre Akteure, indem sie die staatlichen und tarifvertraglichen Rahmenbedingungen umsetzen und individuelle Arbeitszeitoptionen schaffen. Eine im Jahr 2003 durchgeführte Betriebsrätebefragung des WSI (Klenner 2004) zeigt, dass bereits heute rund 90 % der Betriebe Arbeitszeitoptionen vorsehen, die prinzipiell der Vereinbarkeit von Erwerbsleben und familiären Zeitanprüchen dienen können, z.B. Freizeitausgleich für Überstunden oder Arbeitszeitkonten. Allerdings sagt die reine Existenz eines Arbeitszeitmodells wenig über die Zeitsouveränität der Beschäftigten aus. Mindestens so wichtig wie die Einführung von Arbeitszeitoptionen scheint ein Wandel der Arbeitskultur im Unternehmen zu sein (Hochschild 2002). Die Chance, Stigmatisierungen von Erwerbstätigen mit Fürsorgeaufgaben zu beseitigen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nachhaltig aufzubrechen besteht nur, wenn es gelingt, den „Erwerbstätigen mit (potentiellen) Fürsorgeverpflichtungen“ als neues gesellschaftspolitisches Leitbild zu etablieren (Klammer/Klenner 2004).

Unterstützung von Übergängen

Eine dritte Aufgabe bei der Begleitung von Erwerbsverläufen kann in einer verstärkten Förderung von Statusübergängen gesehen werden. Gemeint sind hierbei – gemäß der Theorie der Übergangsarbeitsmärkte (z.B. Schmid/Gazier 2002) – Übergänge aus Phasen der (Weiter-)Bildung, der Haushaltstätigkeit oder der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit und vice versa, Übergänge in die Nacherwerbsphase, aber auch Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, Jobwechsel o.ä. Eine stärkere Konzentration der sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen auf die Bewältigung und Absicherung von Übergängen im Verlaufe des (Erwerbs-)Lebens anstelle der bisherigen Fokussierung auf monetäre Lebensstandardsicherung bei Einkommensausfall beinhaltet sowohl Unterstützung bei erwünschten wie auch bei unerwünschten Übergängen. Beispiele sind Wiedereinstiegshilfen nach Elternzeit- und Pflegeunterbrechungen ebenso wie Unterstützungsangebote und Geldleistungen, die Menschen zu Berufswechseln oder zur Übernahme einer selbständigen Tätigkeit befähigen, die Entwicklung

flexibler Wege in den Ruhestand, aber auch eine weitere Verbesserung der Übertragbarkeit von Betriebsrentenansprüchen bei Erwerbsunterbrechungen und Jobwechsell.

Im Zentrum der Unterstützung von Übergängen steht heute in den meisten Ländern der Europäischen Union die (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt, die als Herzstück des Paradigmas des „aktivierenden Sozialstaats“ bezeichnet werden kann. Die deutsche arbeitsmarktpolitische Gesetzgebung hat diesen Weg im europäischen Vergleich eher spät nachvollzogen (Klammer/Leiber 2004). Allerdings sind ungeachtet der internationalen Parallelen in der Aktivierungsterminologie, deren Annäherung u.a. auf die europäische Beschäftigungsstrategie zurückgehen dürfte, sehr unterschiedliche Interpretationen von Aktivierung zu konstatieren, die von stark paternalistischen Ansätzen bis zu solchen reichen, die die Autonomie und Selbstbestimmung des Individuums betonen (Van Berkel/Hornemann Moeller 2002: 54). Das Wissen über die langfristigen Auswirkungen von Aktivierung ist bisher sehr unzureichend. Kurzfristig scheinen die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich von einem günstigen Schlüssel zwischen Beratern und zu beratenden Arbeitslosen, von der Existenz regional abgestimmter und zielgruppenspezifischer Programme sowie von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig zu sein (Cebulla 2002). In allen genannten Punkten bestehen in Deutschland bisher – ungeachtet der verbesserten Zielvorgaben durch die Hartz-Gesetze – Defizite.

In den deutschen Arbeiten zum Ansatz der Übergangsarbeitsmärkte sind bereits zahlreiche Elemente und Strukturen identifiziert worden, die als Brücken bei Statusänderungen fungieren können (z.B. Rabe/Schmid 1999; Schmid/Gazier 2002). Es gilt, den Ansatz der Übergangsarbeitsmärkte dahingehend weiterzuentwickeln, dass – *unter Beachtung der Lebensverlaufsperspektive* – Kriterien für „gute“ und „schlechte“ Übergänge und die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Eine besondere Aufgabe kann in der Reorganisation des Beginns und des Endes der Erwerbsbiografie gesehen werden, die sich mehr und mehr zu ganzen Phasen entwickelt haben (Gautié 2003). Die oft mehrjährige Eintrittsphase ist heute häufig durch instabile Jobs und kurze Arbeitslosigkeitsphasen gekennzeichnet, die Austrittsphase kann von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit oder Altersteilzeit begleitet sein. Vor dem Hintergrund der Tendenz zur Verkürzung und Verdichtung des Erwerbslebens liegt eine zentrale Zukunftsaufgabe darin, auf eine erneute „Dekompression“, d.h. Entzerrung des Erwerbslebens hinzuwirken. Hierzu können verkürzte Schul- und Studiendauern beitragen,

ebenso eine nachhaltige Arbeitspolitik, die als *conditio sine qua non* eines späteren Rentenübergangs gelten kann, wie er von der Europäischen Union im Rahmen der Lissabon-Strategie eingefordert wird. *Echte* Altersteilzeitmodelle, die zu einer tatsächlichen Reduzierung der Arbeitszeit in der letzten Erwerbsphase führen,⁷ würden die Flexibilisierung des Altersübergangs verbessern. Wenn hier für einen früheren Erwerbsbeginn und einen späteren Erwerbsausstieg votiert wird, so geht es nicht darum, das durchschnittliche Lebensarbeitszeitvolumen zu erhöhen. Vorrangiges Ziel einer Entzerrung des Lebenserwerbsverlaufs sollte es vielmehr sein, die Einkommensrisiken besser über das Leben zu verteilen und in der mittleren Phase, bzw. während der individuellen „*Rush Hours of Life*“, mehr Raum für andere Zeitbedürfnisse zu schaffen, z.B. über Auszeiten für Fürsorgearbeit und Weiterbildung.

Neuausrichtung der kollektiven monetären Unterstützungssysteme

Die in vielen europäischen Ländern zu beobachtende Konzentration der Sozialpolitik auf eine Rekommodifizierung, d.h. auf Aktivierung und Reintegration in den Arbeitsmarkt, hat die *Dekommodifikation*, die Freistellung von der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit durch die Bereitstellung monetärer Transfers, keineswegs überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Neue Diskontinuitäten und Zeitbedarfe über den Lebensverlauf werfen neue Fragen bezüglich der finanziellen Abfederung entsprechender Phasen auf. Ein hier diskutierter Ansatz (z.B. in den Niederlanden, aber auch in der Europäischen Kommission, vgl. Stuurgroep Verkenning Levensloop 2002; European Foundation 2003, 2005; Waas 2004), ist darauf ausgerichtet, den Individuen mehr Möglichkeiten zu geben, flexibel über ihr zu erwartendes Lebenserwerbseinkommen zu verfügen. Seit Anfang 2006 ist in Holland mit der so genannten *levensloopregeling* eine neue Rahmengesetzgebung in Kraft, die es Arbeitnehmer/innen ermöglicht, einen Teil ihres Gehalts (bis zu 12 % des Bruttolohns oder auch Zeit, z.B. Überstunden, kumuliert bis zu 210 % des Bruttomonatslohn) steuerbegünstigt anzusparen, um diese Guthaben später für alle Arten von Zeitbedarfen einzusetzen und damit z.B. ein Sabbatical, eine Familienzeit, Weiterbildungsphase, Altersteilzeit oder auch den vorgezogenen Rentenzugang zu finanzieren (SZW 2006). Damit entsprechende Auszeiten auch in frühen Lebensphasen (*Rush hour of life*) genutzt werden können, in denen i.d.R. noch keine großen Ersparnisse vorliegen, ist an eine Kreditfunktion, d.h. an die Möglichkeit des Vorgriffs auf zukünftiges Erwerbseinkommen, betriebliche Rentenansprüche etc. gedacht.

⁷ Das existierende deutsche Altersteilzeitmodell wird – entgegen der ursprünglichen Intention – überwiegend als Blockmodell zum vorzeitigen Übergang in den Ruhestand genutzt.

Entsprechende Ansätze können die Möglichkeiten des Einzelnen zur eigenverantwortlichen und an den persönlichen Bedürfnissen orientierten Verteilung des Lebenseinkommens zweifellos verbessern. Allerdings müssen zweierlei kritische Einwände vorgebracht werden. Zum einen dürften jüngere Kohorten – im Unterschied zu einem Großteil heutiger Rentner – ohnehin schon Probleme haben, Armut vermeidende Erwerbseinkommen zu erzielen und ebensolche Rentenansprüche aufzubauen. Ein vorgezogener Verbrauch von potentiellm Erwerbs- und Alterseinkünften würde insofern den Druck auf das weitere Erwerbsleben erhöhen und das Risiko von Altersarmut weiter steigen lassen. Kritisch erscheint zudem, dass die Modelle der weiteren Privatisierung von sozialen Risiken – wie der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige – Vorschub leisten. Wenn davon ausgegangen wird, dass jede/r entsprechende „Erwerbsrisiken“ durch eine Umschichtung des persönlichen Lebenserwerbseinkommens kompensieren kann, liegt es nahe, einen kollektiv finanzierten Ausgleich für soziale Risiken und gesellschaftlich wichtige Formen nicht entlohnter Arbeit für überflüssig zu deklarieren. De facto ist jedoch dieser Ausgleich unverzichtbar, weil sich Erwerbsrisiken und Fürsorgearbeit in der Lebensbilanz sehr ungleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen. Allerdings bedarf es einer neuen Diskussion darüber, für welche Lebensphasen und Tatbestände eine interpersonelle Umverteilung über kollektive Systeme gesellschaftlich angebracht erscheint. Einiges spricht dafür, Zeitoptionen mit monetärer Unterstützung („integrierte Optionen“) eher für Personen in der *Rush hour of life* mit Zeitnot und Fürsorgeverpflichtungen bereit zu stellen, als z.B. für die Erleichterung eines vorgezogenen Rentenzugangs, wie dies heute geschieht. Ein Ansatz wäre ein kollektiv unterstütztes Modell der „Teilzeit für Personen mit Fürsorgeaufgaben“. Finanzielle Mittel hierfür könnten durch eine Einschränkung der wenig zielgenauen Familienförderung durch das Ehegattensplitting gewonnen werden (Deutscher Bundestag 2002: 257 – 260).

Zur Neuausrichtung der monetären Unterstützung gehört auch ein breiterer individueller Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Bestimmte flexible Erwerbsformen und Erwerbslücken gehen in Deutschland häufiger als in Ländern, die stärker auf eine bevölkerungsweite Grund- oder Bürgersicherung abstellen, mit Lücken in der Versicherungsbiografie und im sozialen Schutz einher (Klammer 2000), auch wenn ein Teil der Risiken nach wie vor durch abgeleitete, an die Ehe geknüpfte Rechte aufgefangen wird. Zum Ausbau eigenständiger Ansprüche empfiehlt sich eine Erweiterung der Versicherungspflicht mit dem Ziel der bevölkerungsweiten Abdeckung für zu definierende Basisrisiken. Hierzu zählt in jedem Fall eine (Basis-)Gesundheitsversorgung. Im Bereich der Alterssicherung ist im Zuge der Rentenreform von 2001 zwar bereits eine bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt worden. Diese stellt jedoch

nur einen Reparaturmechanismus für – gemessen an den Normvorstellungen – „misslungene“ biografische Verläufe dar;⁸ die eigentlichen Ursachen eines unzureichenden Aufbaus von Anwartschaften, nämlich Erwerbs- und Versicherungslücken, werden weder identifiziert noch behoben. Eine Antwort auf veränderte Erwerbs- und Lebensverläufe, die an den Ursachen ansetzt, müsste dagegen ausgehend von einer allgemeinen Versicherungspflicht über den Lebensverlauf festlegen, wer jeweils die finanziellen Lasten für die Aufrechterhaltung des Versicherungsstatus in einer bestimmten Erwerbs- und Lebenssituation trägt (Vielle 2001; Vielle/Walthéry 2003). Zur Orientierung für das Ausmaß der Versicherungspflicht kann das Ziel dienen, dass jede/r über den Lebensverlauf zumindest eigenständige Alterssicherungsansprüche in Höhe des sozio-kulturellen Minimums (Sozialhilfe) aufbaut. Dies würde nicht nur helfen, Altersarmut bei Frauen (und Männern) mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien zu vermeiden, sondern könnte auch das allgemeine Bewusstsein bezüglich der langfristigen Risiken und Kosten entsprechender Erwerbsverläufe verbessern, *Free-Rider*-Verhalten erschweren sowie die Akzeptanz für die kollektive Unterstützung der dennoch Bedürftigen stärken.

⁸ Konsequenterweise ist die Leistung seit 2005 ins Sozialhilferecht des neuen SGB XII eingegliedert worden.

Literaturverzeichnis

Beblo, M./Wolf, E. (2000): *How much does a year off cost? Estimating the wage cuts of employment breaks and part-time periods.* ZEW Discussion Paper No. 00-69. Mannheim: ZEW.

Beblo, M./Wolf, E. (2002): *Wage Penalties for Career Interruptions. An Empirical Analysis for West Germany.* ZEW Discussion Paper No. 02/45, Mannheim.

Bieber, U./Stegmann, M. (2000): *Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung in den Erwerbsbiografien der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner und ihre Auswirkung auf die Altersvorsorge. Eine Kohortenbetrachtung auf Basis der Untersuchung Altersvorsorge in Deutschland 1996 (AVID '96), in: Deutsche Rentenversicherung 6/2000, S. 364 - 386.*

Bothfeld, S./Klammer, U./Klenner, C./Leiber, S./Thiel, A./Ziegler, A. (2005): *WSI-FrauenDatenReport 2005*, Berlin.

Cebulla, A. (2002): „Flexibilität und soziale Sicherung in Großbritannien unter besonderer Berücksichtigung des New Deal“, in: Klammer, U./Tillmann, K. (2002), S. 585 - 636.

Council of the European Union (2003): *Council Decision of 22 July 2003 on guidelines for the employment policies of the Member States*, in: *Official Journal of the European Union*, 5.8.2003, L 197 13 – L 197 21.

Deutscher Bundestag (2002): *Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, BT-Drs. 14/8952*, Berlin.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hg.) (2003): *A new organisation of time over working life*, Dublin.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hg.) (2005): *Working time options over the lifecourse: Changing social security structures*, Dublin.

Gautié, J. (2003): *Transitions et trajectoires sur le marché du travail en France : mutations et conséquences*, Troisièmes entretiens de l'emploi, ANPE, Mars.

Hochschild, A. R. (2002): *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*, Opladen.

Keller, B./Seifert, H. (2002): „Flexicurity – Wie lassen sich Flexibilität und soziale Sicherheit vereinbaren?“, *MittAB* 1/2002, S. 90-106.

Klammer, U. (2000): „Auf dem Weg zu mehr Flexicurity in Europa“, *WSI-Mitteilungen* 5/2000, S. 313-321.

Klammer, U. (2004): „Flexicurity in a life course perspective“, *Transfer* 2/2004, S. 282 - 299.

Klammer, U./Leiber, S. (2004): „Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive“, *WSI-Mitteilungen* 9/2004, S. 514 - 521.

Klammer, U./Klenner, C. (2004): „Geteilte Erwerbstätigkeit – Gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland“, in: Leitner, S./Ostner, I./Schratzenthaler, M. (2004), S. 177 – 207.

Klammer, U./Tillmann K. (2002): *Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse*, Forschungsprojekt im Auftrag des Landesarbeitsministeriums NRW, MASQT 1106, Düsseldorf.

Klenner, C. (2004): „Gender – Ein Fremdwort für Betriebsräte?“, WSI-Mitteilungen 5/04, S. 277 – 286.

Leitner, S./Ostner, I./Schratzestaller, M. (Hg.) (2004): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?*, Wiesbaden.

OECD (1997): *Employment Outlook 1997*, Paris.

Pearce, J. (1998): “Job insecurity is important, but not for the reason you might think: the example of contingent workers”, in: Cooper, C. L./Rousseau, D. M. (Hg.): *Trends in Organizational Behavior*, New York, S. 31-46.

Plantenga, J./Koopmans, I. (2002): „Freistellungsregelungen für Sorgearbeit und ihre praktische Bedeutung im internationalen Vergleich“, WSI-Mitteilungen 3/2002, S. 161-168.

Rabe, B./Schmid, G. (1999): „Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37/1999, S. 21-30.

Schmid, G./Gazier, B. (Hg.) (2002): *The Dynamics of Full Employment. Social Integration Through Transitional Labour Markets*, Cheltenham.

Stuurgroep Verkenning Levensloop (2002): *Verkenning Levensloop*, Den Haag.

SZW (2006): *Levenslooplegeling: informatie voor werknemers*,

http://home.szw.nl/navigatie/rubriek/dsp_rubriek.cfm?rubriek_id=1001&subrubriek_id=1003&link_id=77624,
download vom 15.3.2006.

Van Berkel, R./Hornemann Møller, I. (Hg.) (2002): *Active Social Policies in the EU. Inclusion through participation?*, Bristol.

Vielle, P. (2001) : *La sécurité sociale et le coût indirect des responsabilités familiales*, Brüssel.

Vielle, P./Walthery, P. (2003): *Flexibility and social protection*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.

Waes, B. (2004): „Die ‘lebensverlaufbezogene’ Politik in den Niederlanden: Ein Beispiel für Deutschland?“, *Sozialer Fortschritt* Jg. 53 Hef 7, S. 173 – 178.

Walker, R./Goodwin, D./Cornwell, E. (2000): “Work Patterns in Europe and Related Social Security Issues: Coping with the Myth of Flexibility”, in: Pieters, D. (Hg.): *Changing Work Patterns and Social Security*, London/Den Haag/Boston, S. 5-43.

Withagen, T. (2001): ‘Flexicurity’: the Emergence of a New Paradigm in Labour Market and Employment Regulation? – the Dutch Background and Experiences, 13th Annual Meeting on Socio-Economics, 28/6 – 1/7/2001, Amsterdam.

Christiane Schiersmann / Carola Iller

Lebenslauforientierung als Herausforderung für die Gestaltung beruflicher Weiterbildung für Frauen

Aus- und Weiterbildung werden häufig als ein wesentlicher „Problemlöser“ zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels angesehen. In der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union z.B. soll Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag zur „Erhöhung der Anpassungsfähigkeit“ und „qualitativen Steigerung des Humankapitals“ leisten. Damit sollen die übergeordneten Ziele wie Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Privatleben und „aktives Altern“, also „den Verbleib im Erwerbsleben und die Verlängerung des Erwerbslebens“, unterstützt werden (RAT 2005:24). Der Zugang zu (Weiter-)Bildung kann insofern als ein „Tor zur gesellschaftlichen Teilhabe“ (Baethge/Kupka 2005:177) oder auch als Einstiegstür zu dem wesentlichen Transportmittel im gesellschaftlichen Wandel angesehen werden. Im Folgenden werden wir deshalb diskutieren, inwieweit es bisher gelungen ist, Männern und Frauen gleichermaßen Weiterbildung zu ermöglichen und was noch getan werden muss, um die Teilhabechancen von Frauen zu erhöhen.

Frauen starten mit besseren Schulabschlüssen als Männer in das Erwerbsleben. Vor allem im Vergleich zu früheren Kohorten haben junge Frauen erheblich aufgeholt. Zwischen 1960 und 2005 ist der Mädchenanteil an Gymnasien mehr oder

weniger kontinuierlich von 40 % auf etwa 54 % gestiegen (vgl. BMFSFJ 2005:30). In den Hauptschulen hat sich zeitgleich das nahezu ausgeglichene Geschlechterverhältnis von 1960 deutlich auseinander entwickelt, der Jungenanteil ist dort kontinuierlich gestiegen und liegt seit den 90er Jahren bei über 55 %. Seit den 80er Jahren verlassen junge Frauen also mit höheren Abschlüssen die Schule als junge Männer. Auch in der Berufsausbildung haben die Frauen aufgeholt. Der Anteil von Frauen, die keinen beruflichen Abschluss erlangt haben, ist in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zurück gegangen und hat sich annähernd dem Niveau der Männer angeglichen (vgl. BMFSFJ 2005:81). Während unter den 60 bis 65-Jährigen Frauen nur gut zwei Drittel über einen Berufsabschluss (einschließlich Studienabschluss) verfügen (bei den gleichaltrigen Männern sind es 90 %), sind es bei den 30 bis 40-Jährigen Frauen 87 % (bei den Männern 90 %). Jüngere Frauen und Frauen im mittleren Alter haben also fast ebenso häufig eine Berufsausbildung absolviert wie Männer.¹

Umso problematischer und unverständlicher ist das Ergebnis auch jüngerer Studien, dass Frauen nach wie vor seltener als Männer an beruflicher Weiterbildung teilnehmen. Das Berichtssystem Weiterbildung (BSW), eine im Drei-Jahres-Turnus im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsbefragung zur Weiterbildungsbeteiligung, ermittelt seit 1979 durchgängig eine Differenz zwischen der Weiterbildungsbeteiligung von Frauen und Männern (vgl. BMBF 2006:121). Diese Differenz unterlag in den letzten 25 Jahren einigen Schwankungen, hat in der Tendenz aber abgenommen. Trotz der höheren Bildungsabschlüsse von Frauen in den vorgängigen Bildungsbereichen ist sie jedoch noch vorhanden.

Warum nehmen Frauen seltener an beruflicher Weiterbildung teil als Männer?

2003 nahmen etwas mehr als 40 % der deutschsprachigen Bevölkerung im Alter zwischen 19 und 64 Jahren an organisierter Weiterbildung teil, wobei die Beteiligung zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen zum Teil erheblich differiert (vgl. BMBF 2006:17ff.). So unterscheidet sich die Weiterbildungsbeteiligung insbesondere hinsichtlich der formalen Ausbildung, dem Alter und der Erwerbssituation. Aufgrund der unterschiedlichen Lebenssituationen von

¹ Nach wie vor unterscheiden sich aber die von Frauen und Männern gewählten Ausbildungswege (vollzeitschulisch oder betriebliche Ausbildung) und Ausbildungsberufe (personenbezogene Dienstleistungsberufe oder Fertigungsberufe)(vgl. BMFSFJ 2005:49ff.). Ein Hochschulstudium absolvieren annähernd gleich viele junge Männer wie Frauen, hier unterscheidet sich allerdings nach wie vor die Fächerwahl (Frauen sind in den Sprachwissenschaften und Erziehungswissenschaft über- und in den technischen Fächern unterrepräsentiert) (vgl. BMFSFJ 2005:71ff.).

Männern und Frauen wirken diese Einflussfaktoren nicht geschlechtsneutral. Selbst im Hinblick auf das Alter wirken sich die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen aus, berücksichtigt man, dass für ältere Frauen deutlich schlechtere Chancen bestanden, in ihrer Jugend einen höheren Schulabschluss zu erlangen und eine Berufsausbildung zu absolvieren als für Männer. Im Folgenden wollen wir dies im Hinblick auf die Erwerbssituation und Übernahme von Familienaufgaben veranschaulichen und damit den Ursachen für die unterschiedliche Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen ein Stück näher kommen.

Dem Erwerbsstatus kommt eine große Bedeutung bei der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung zu. Vergleicht man die Beteiligung von Frauen und Männern an beruflicher Weiterbildung unabhängig vom Erwerbsstatus, so ergibt sich eine niedrigere Beteiligung der Frauen (24 % Teilnahme bei Frauen zu 28 % Teilnahme bei Männern), werden nur Erwerbstätige miteinander verglichen, sind die Frauen sogar weiterbildungsaktiver als die Männer (35 % Teilnahme bei Frauen zu 34 % Teilnahme bei Männern) (vgl. BMBF 2006:121). Dies bedeutet, dass der Unterschied in der Beteiligung von Frauen und Männern an beruflicher Weiterbildung in erster Linie aus der geringeren Beteiligung nicht erwerbstätiger Frauen resultiert.² Hinzu kommt, dass Frauen sehr viel häufiger als Männer eine Teilzeitbeschäftigung ausüben. Teilzeitbeschäftigte Frauen beteiligen sich jedoch seltener an beruflicher Weiterbildung als vollzeitbeschäftigte. Vergleicht man vollzeiterwerbstätige Männer mit vollzeiterwerbstätigen Frauen, so unterscheiden sich die Teilnahmequoten der Frauen und Männer nur noch geringfügig (vgl. BMFSFJ 2005:86).³

Die Weiterbildungsbeteiligung unterscheidet sich außerdem nach Größe und Branche des Beschäftigungsbetriebes. Ist der Arbeitgeber ein Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten, liegt die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung bei 47 %, ist es ein Unternehmen mit 1 bis 99 Beschäftigten, liegt sie nur bei 26 % (vgl. BMBF 2006:181). Dies korrespondiert mit den Wirtschaftsbereichen: im kleinbetrieblichen Handwerk ist die Weiterbildungsbeteiligung deutlich

2 Dies bestätigt auch die multivariate Analyse von Schröder/Schiel/Aust (2004:57) zu Einflussfaktoren der Weiterbildungsbeteiligung. Sie zeigt, dass die geschlechtsspezifische Differenz sinkt, wenn man erwerbstätige Frauen und Männer vergleicht.

3 Dies zeigt eine Auswertung der Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag der Expertenkommission zur Finanzierung des Lebenslangen Lernens durchgeführt wurde. Danach haben 70,9 % der vollzeiterwerbstätigen Frauen und 74,6 % der vollzeiterwerbstätigen Männer an beruflicher Weiterbildung teilgenommen, während bei den Teilzeitbeschäftigten die Beteiligung der Frauen bei 62,3 % und bei den Männern bei 70,0 % lag (vgl. BMFSFJ 2005:86). Wegen der unterschiedlichen Anlage der Erhebungen des BSW und des BIBB weichen die Werte zur Weiterbildungsbeteiligung von einander ab. In der Tendenz bestätigen beide Ergebnisse jedoch, dass der Erwerbsstatus deutlichen Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung hat.

niedriger als im Öffentlichen Dienst (vgl. BMBF 2006:170). Aus Untersuchungen zur betrieblichen Weiterbildung ist jedoch bekannt, dass in kleinen Unternehmen kein Unterschied in der Teilnahmequote nach Geschlechtern erkennbar ist, während die Quote der teilnehmenden Frauen in Großbetrieben deutlich unter der von Männern liegt: Bei 1000 und mehr Beschäftigten liegt die Teilnahmequote von Männern bei 41 %, die der Frauen lediglich bei 33 %.(vgl. Grünewald u.a. 2003:78). Ähnliches zeigt sich bei der Branchenzugehörigkeit der Unternehmen: Nur im Baugewerbe, in dem insgesamt nur wenig betriebliche Weiterbildung stattfindet, liegt die Teilnahmequote von Frauen an Lehrgängen, Kursen oder Seminaren über der der Männer, was vermutlich auf die unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkte von Frauen und Männern in dieser Branche zurück zu führen ist. In allen andern Wirtschaftsbereichen ist es umgekehrt: Selbst in Branchen mit einem hohen Anteil weiblichen Beschäftigter, z.B. im Handel (52 %), bei Kreditinstituten und Versicherungen (51 %) oder im Gastgewerbe (65 %), liegen die Teilnahmequoten der Frauen unter denen der Männer (vgl. Grünewald u.a. 2003:78ff.). Es sind also häufiger die männlichen Beschäftigten, denen die günstigeren Weiterbildungsmöglichkeiten in Unternehmen zu Gute kommen.

Um die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung angemessen einschätzen zu können, ist es wichtig, nicht nur die Teilnahme an Kursen oder Seminaren in den Blick zu nehmen. In letzter Zeit hat sich nämlich ein breiteres Verständnis von beruflicher Kompetenzentwicklung durchgesetzt (vgl. Schiersmann 2006). So wird auch dem Lernen am Arbeitsplatz, auf Tagungen, beim Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen usw. ein höherer Stellenwert zugeschrieben. Der tatsächliche Verbreitungsgrad dieser Lernformen lässt sich noch nicht eindeutig benennen, je nach Definition und Untersuchungsdesign ergaben Unternehmensbefragungen jedoch, dass Weiterbildung im „weiteren“ Sinne von 72 % der befragten Unternehmen (vgl. Grünewald u.a. 2003:87f.) bzw. „Lernen in der Arbeitssituation“ von 81,7 % der Unternehmen angeboten wird (vgl. Werner 2006:3). Unabhängig vom Verbreitungsgrad kann davon ausgegangen werden, dass informelle bzw. arbeitsnahe Lernformen eine wichtige Ergänzung zu traditionellen betrieblichen Fortbildungsseminaren und Kursen geworden sind und von einer zunehmenden Verschränkung dieser unterschiedlichen Lernformen auszugehen ist. Diese Tendenz ist für die Gruppe der Frauen kritisch, die aktuell nicht oder nur in begrenztem Umfang erwerbstätig sind, da es für sie schwierig ist, Zugang zu solchen arbeitsintegrierten Lernkontexten zu finden.

Die betriebliche Weiterbildung spielt also eine zentrale Rolle für die Möglichkeiten zur beruflichen Kompetenzentwicklung. Unabhängig von Betrieben, also vor allem für Nicht-Erwerbstätige, ist eine Förderung von beruflicher

Weiterbildung durch die Arbeitsagenturen relevant, wenngleich diese Förderung nach dem SGB III in deutlich geringerem Umfang als betrieblich geförderte Weiterbildung zur Verfügung steht und in den letzten Jahren auch noch erheblich eingeschränkt wurde. Bei den von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose auf der Basis des SGB III, entsprach der Anteil der Frauen im Jahr 2003 mit 46 % in etwa ihrem Anteil an den Erwerbspersonen (44 %) (vgl. BMBF 2006:133). Frauen haben hier also gleiche Chancen, durch den geringen Förderumfang können die Benachteiligungen aus der betrieblichen Weiterbildung jedoch nicht kompensiert werden.

Allerdings spielt beim Zugang zu betrieblicher oder außerbetrieblicher Weiterbildung nicht nur die Erwerbssituation im engeren Sinne eine Rolle. Zentralen Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung hat darüber hinaus die familiäre Situation, in der Frauen und Männer leben. So zeigt die Erhebung der „Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens“, dass Frauen, die mit Partner und Kindern zusammen leben, seltener an beruflicher Weiterbildung teilnehmen (vgl. Schröder/ Schiel/ Aust 2004:34f.). Demgegenüber spielt es für die Weiterbildungsbeteiligung von Männern keine Rolle, ob Kinder in dem Haushalt leben. Die Differenz wird noch deutlicher, wenn man die Zahl der Kinder betrachtet: Mit der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder nimmt die Teilnahmewahrscheinlichkeit von Frauen deutlich ab. Bei Männern ist ein solcher Effekt nicht zu beobachten, im Gegenteil ist die Weiterbildungsbeteiligung von Männern mit Partnerin und mehreren Kindern am höchsten (vgl. BMFSFJ 2005:86). Damit zeigt sich, dass die Versorgung von Kindern für Frauen ein zentrales Teilnahmehemmnis darstellt, für Männer dagegen weiterbildungsfördernd wirkt. Die unterschiedliche Erwerbssituation und Wahrnehmung von Familienaufgaben hat also erheblichen Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen.

Doch wie sieht es in späteren Lebensphasen, nach der aktiven Elternschaft und zum Ende der Erwerbsarbeitsphase, aus? Aufschluss darüber geben die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung von Schröder/Gilberg (2005), in der die Weiterbildungsbeteiligung von Personen im Alter ab 50 Jahren untersucht wurde. Anders als für die Gesamtbevölkerung zeigt sich in dieser Altersgruppe, dass die Beteiligung an nicht-beruflicher Weiterbildung bei beiden Geschlechtern höher ist als die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung. Im Jahr der Befragung (1999) hatten 18% an nichtberuflicher und 10 % an beruflicher Weiterbildung teilgenommen, bei den Männern war der Unterschied allerdings nicht so stark ausgeprägt wie bei den Frauen (vgl. Schröder/Gilberg 2005:64). Hinsichtlich der Art und der Anzahl der besuchten Veranstaltungen lassen sich

nur in Teilbereichen Unterschiede⁴ zwischen den Geschlechtern erkennen (vgl. Schröder/Gilberg 2005:69ff.).

Interessant und für zukünftige Handlungsansätze relevant sind die Ergebnisse zu den Anreizen bzw. Barrieren für die Weiterbildungsteilnahme von Frauen und Männern im Alter ab 50 Jahren. Bei vielen Faktoren unterscheiden sich Männer und Frauen kaum in ihren Erwartungen und Teilnahmemotiven: Sie wollen sich durch Weiterbildung geistig fit halten, Zusammenhänge verstehen und ihr Allgemeinwissen erweitern. Bei der Auswahl einer Veranstaltung und der Entscheidung über eine Teilnahme spielt für Frauen aber deutlich häufiger als für Männer eine Rolle, wie hoch der Kostenaufwand ist (75 % der Frauen, 62 % der Männer), wie weit der Weg zum Veranstaltungsort ist (73 % der Frauen, 53 % der Männer) bzw. ob eine Fahr- oder Mitfahrgelegenheit besteht (61 % der Frauen, 44 % der Männer)(vgl. Schröder/Gilberg 2005:116f.). Frauen gaben deshalb auch häufiger als Männer an, dass sie aus Kostengründen oder wegen der räumlichen Entfernung ihre Weiterbildungswünsche nicht realisieren konnten. Am häufigsten wurde die Nichtteilnahme von den befragten Frauen – auch in diesem Alter noch – auf familiäre Gründe zurück geführt, während bei den Männern am häufigsten eine Teilnahme aus beruflichen Gründen nicht zu Stande kam (vgl. Schröder/Gilberg 2005:118f.).

Insgesamt zeigen die Ergebnisse also, dass vor allem die Verantwortung für familiäre Aufgaben und die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt für die geringere berufliche Weiterbildungsbeteiligung von Frauen verantwortlich sind und nicht etwa ein mangelndes Interesse. Berufliche Weiterbildung ist in Deutschland stark von einzelbetrieblicher Förderung abhängig, deshalb werden vor allem jene Beschäftigtengruppen weitergebildet, deren Kompetenzzuwachs aus einzelbetrieblicher Sicht rentabel erscheint. Frauen entsprechen diesem Kriterium seltener als Männer, weil sie häufiger den Betrieb wechseln, keine ausbildungsadäquate Tätigkeit (meist unterwertiger Einsatz) ausüben oder

4 Bei der Weiterbildung mittels Medien gibt es Unterschiede. Insgesamt nutzen Männer häufiger als Frauen Medien zur eigenen Weiterbildung, wobei die Nutzung von Radio und Fernsehen annähernd gleich ausfällt. Deutliche Unterschiede zeigen sich in der Nutzung von Sachbüchern und Fachzeitschriften (48 % der Männer, 28 % der Frauen) sowie der Internetnutzung (7 % Männer und 2 % Frauen). Letzteres ist vor allem auf die unterschiedliche Verfügbarkeit von Computern zurück zu führen: Während 46 % der Männer angaben, Zugang zu einem Computer zu haben, traf dies nur bei 27 % der Frauen zu (vgl. Schröder/Gilberg 2005:69ff.). Hinsichtlich der thematischen Interessen zeigt sich, dass es in einigen Themenbereichen der Weiterbildung kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt, so z.B. bei Fremdsprachen, Kommunikation und Konfliktbewältigung, Fragen des Alterns, religiöse Themen und Daseins-Fragen. In anderen Themengebieten ist das Interesse deutlich verschieden ausgeprägt: Männer interessieren sich häufiger für Veranstaltungen zur Vermittlung von technischen und handwerklichen Kenntnissen sowie gesellschaftspolitischen Themen, während Frauen häufiger an den Themenbereichen Künstlerisches Gestalten, Literatur und Theater sowie Gesundheit und Ernährung interessiert sind (vgl. Schröder/Gilberg 2005:106).

wegen familialer Aufgaben (faktisch oder vermeintlich) nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Unabhängig von betrieblich geförderter Weiterbildung steht den Frauen nur die stark eingeschränkte Förderung von Weiterbildung durch das SGB III offen, ansonsten kommt nur noch eine privat finanzierte und in der „Freizeit“ durchgeführte Weiterbildung in Betracht. Wie kann also eine stärkere Beteiligung der Frauen an beruflicher Weiterbildung erreicht werden?

Lebenslauf als Bezugspunkt für die Gestaltung der beruflichen Weiterbildung für Frauen

Ein wesentlicher Einflussfaktor für die geringere Weiterbildungsbeteiligung von Frauen, nämlich die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt, ist durch veränderte Weiterbildungsangebote nicht zu beeinflussen. Weiterbildung kann aber einen Beitrag dazu leisten, dass Frauen die anstehenden Veränderungen in der Arbeitswelt zur Verbesserung ihrer beruflichen Situation nutzen können. Dazu ist es jedoch erforderlich, die unterschiedlichen Lebenssituationen und die Eingebundenheit zwischen Familie und Beruf zum zentralen Bezugspunkt für die Weiterbildungsgestaltung zu machen. Eine Weiterbildung für alle Lebenslagen und Altersgruppen kann es also nicht geben. Eine stärkere Berücksichtigung der Lebensalter ist vor allem deshalb notwendig, weil sich die Lebensentwürfe und die Bildungsvoraussetzungen von Frauen im Kohortenverlauf verändert haben (s.o.). Dadurch sind die beruflichen und privaten Pläne vielfältiger aber auch weniger prognostizierbar geworden (vgl. Iller 2005). Bis weit ins mittlere Erwachsenenalter hinein ist weder für die Individuen noch für Arbeitgeber mittelfristig abzusehen, wie sich der (weitere) Erwerbsverlauf und die private Lebenssituation (z.B. hinsichtlich Kindererziehung, Pflege Angehöriger, Übergang in den Ruhestand etc.) entwickeln werden.

Wir wollen im Folgenden einige Hinweise dazu geben, worauf bei der Förderung, Auswahl und Ausgestaltung von beruflicher Weiterbildung für Frauen zu achten wäre und auf welche Unterstützungsmöglichkeiten dabei jetzt schon zurückgegriffen werden kann. Je nach Lebensphase und Lebensform muss Weiterbildung unterschiedlich ausgestaltet werden.

Mit Blick auf die Vereinbarkeit mit familialen Aufgaben könnten z.B. die folgenden Aspekte von besonderer Bedeutung sein:

- Zu welchen Tages- bzw. Wochenzeiten findet die Weiterbildung statt? Lässt sich die Zeitstruktur mit familialen Aufgaben in Einklang bringen?
- Ist der Lernort (mit öffentlichen Verkehrsmitteln) gut erreichbar?

- Gehen die Anbieter/ Dozent/inn/en angemessen auf die besonderen Lernbedingungen von Frauen ein?
- Wird eine Kinderbetreuung angeboten bzw. werden die potentiellen Teilnehmerinnen bei der Suche nach einer geeigneten Kinderbetreuung unterstützt?

Wie oben erläutert, sollte berufliche Weiterbildung in einem umfassenden Sinne, also einschließlich des informellen Lernens als berufliche Kompetenzentwicklung verstanden werden. Deshalb ist es wichtig, nicht nur den Zugang zu Weiterbildungskursen etc. im Blick zu haben, sondern auch die Teilhabe am informellen Lernen. Während der Eltern(teil-)zeit sind z.B. Kontakte zum Betrieb (durch Patenschaften, Urlaubsvertretungen o.ä.) wichtig, um an den verschiedenen Lernformen, wie z.B. Sitzungen oder Vertretungen, teilhaben zu können. Bei der beruflichen Orientierung, Karriereplanung oder Existenzgründung kann z.B. ein Erfahrungsaustausch in Netzwerken oder Mentoring für Frauen ein interessantes Lernfeld darstellen. Einen Überblick über Netzwerke und Initiativen bietet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in dem Internetportal „Frauen machen Karriere“ (s. <http://www.frauenmachenkarriere.de>).

Zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen in der betrieblichen Weiterbildung könnten die weiterbildungsbezogenen Regelungen im Arbeitsrecht (im Betriebsverfassungsgesetz und in einigen Tarifverträgen) beitragen, wenn sie in der Praxis stärker genutzt würden. Z.B. müssen bei der Teilnahme an betrieblichen und außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen Arbeitgeber und Betriebsrat die Belange von Teilzeitbeschäftigten und Arbeitnehmer/innen mit Familienpflichten berücksichtigen. In einigen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werden auch Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in der Weiterbildung vereinbart. Für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ländern und Gemeinden sind entsprechende Regelungen zur Weiterbildung von Frauen häufig in den Gleichstellungs- bzw. Gleichberechtigungsgesetzen Bundesländer geregelt, so z.B. auch im Gleichstellungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LGG, § 11).

Auch in außerberuflichen Tätigkeiten in Familie oder ehrenamtlichem Engagement können Kompetenzen erworben werden, die für den Beruf relevant sind. Es ist deshalb wichtig, die so erworbenen Kompetenzen sichtbar zu machen, beispielsweise beim Arbeitsplatzwechsel oder bei Gehaltsverhandlungen. Das Deutsche Jugendinstitut hat hierzu Instrumente entwickelt, mit deren Hilfe Familienkompetenzen als Potential bilanziert und transparent gemacht werden können (vgl. BMFSFJ 2002). Ein Leitfaden zur Selbsteinschätzung unterstützt

Frauen dabei, ihre erworbenen Kompetenzen genauer einzuschätzen. Für Personalverantwortliche in Unternehmen wurden Informationen zusammengestellt, wie Familienkompetenzen in der Personalarbeit besser berücksichtigt werden können (z.B. bei Einstellungsgesprächen, Weiterbildungsplanung).

Angesichts der nahezu unüberschaubaren Vielfalt an Weiterbildungsangeboten stellt sich für viele Weiterbildungsinteressierte die Frage, welches Angebot das richtige – insbesondere in Bezug auf die Qualität der Angebote und der Anbieter – ist. Bei diesem Suchprozess kann auf einige Service-Angebote zurück gegriffen werden. Hilfreich sind z.B. Checklisten⁵, die Kriterien für die Auswahl von Weiterbildungsangeboten an die Hand geben. Neben Checklisten sind auch Leitfäden entwickelt worden, die eine Bilanzierung der eigenen Kompetenzen erlauben und dabei helfen, die eigenen Ziele und Möglichkeiten zu erkennen (z.B. www.profilpass.de). Schließlich bieten Beratungsstellen, deren Inanspruchnahme in der Regel kostenlos ist, Orientierung und Unterstützung bei der Suche nach der geeigneten Weiterbildung (z.B. Agenturen für Arbeit, Weiterbildungsberatungsstellen für Frauen).

Diese Hinweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sollen lediglich die Richtung anzeigen, in die eine lebenslauforientierte Gestaltung der beruflichen Weiterbildung von Frauen gehen könnte. Egal ob im Rahmen betrieblicher Personalpolitik oder der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wird es entscheidend darauf ankommen, die nach Lebensphasen und Altersgruppen verschiedenen Voraussetzungen beider Geschlechter zur Kenntnis zu nehmen und darauf bezogen Unterstützungsangebote zu entwickeln. So könnte die Weiterbildung dann auch ihren Beitrag zu einer übergeordneten Lebenslaufpolitik beisteuern.

⁵ <http://www.bibb.de/de/checkliste.htm>, <http://www.die-bonn.de/checkliste>

Literaturverzeichnis

Beahtge, Martin/Kupka, Peter (2005): *Bildung und soziale Strukturierung*; in: *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht.* Hrsgg. SOFI Göttingen, IAB Nürnberg, ISF München, INIFES Stadtbergen, Wiesbaden: VS Verlag.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)(Hrsg.)(2006): *Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, Bonn/Berlin.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)(Hrsg.)(2002): *Dokumentation der Fachsymposien: Familienkompetenzen als Potential einer innovativen Personalentwicklung und die Kompetenzbilanz – Ein Instrument zur Erfassung und Bewertung von Kompetenzen aus informellen Lernorten.* Berlin.

BMFSFJ (Hrsg.)(2005): *Gender-Datenreport, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2. Fassung, November 2005, <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html>, download vom 20.07.2006.*

Grünewald, Uwe/Moraal, Dick/Schönfeld, Gudrun (Hrsg.)(2003): *Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa*; hrsgg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung, der Generalsekretär, Bielefeld: Bertelsmann.

Iller, Carola (2005): *Altern gestalten – berufliche Entwicklungsprozesse und Weiterbildung im Lebenslauf.* Habilitationsschrift eingereicht im Juli 2005 in der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften der Universität Heidelberg. Online im Internet unter DIE-Internetservice [texte.online:](http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2005/iller05_01.pdf)
http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2005/iller05_01.pdf.

RAT (2005): *Entscheidung des Rates vom 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (2005/600/EG).* Fundstelle: *Amtsblatt der Europäischen Union* Nr. 205 vom 6.08.2005. S. 21 – 27.

Schiersmann, Christiane (2006): *Profile lebenslangen Lernens. Weiterbildungserfahrung und Lernbereitschaft der Erwerbsbevölkerung.* DIE *spezial*, Bielefeld: Bertelsmann.

Schröder, Helmut/Gilberg, Reiner (2005): *Weiterbildung Älterer im demografischen Wandel. Empirische Bestandsaufnahme und Prognose,* Bielefeld: Bertelsmann.

Schröder, Helmut/Schiel, Stefan/Aust, Folkert (2004): *Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung. Motive, Gründe, Hindernisse.* Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (Hrsg.), Bielefeld: Bertelsmann.

Werner, Dirk (2006): *Trends und Kosten der betrieblichen Weiterbildung – Ergebnisse der IW-Weiterbildungserhebung 2005; IW-Trends 1/2006,* Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

Sybille Stöbe-Blossey

Chancen auf dem Arbeitsmarkt – Lokale Infrastruktur für Kinderbetreuung

Eine geschlechtergerechte Stadt bietet Frauen und Männern gleichermaßen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dass die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung ein wesentliches Element für Chancengleichheit ist, wird inzwischen allgemein anerkannt: Immer noch sind es in erster Linie Frauen, die aufgrund fehlender Betreuungsangebote ihre Erwerbstätigkeit einschränken, aufgeben oder erst gar nicht aufnehmen. Um Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen, wird ein Ausbau der Kinderbetreuung daher immer stärker gefordert. Als Verantwortliche für die örtliche Ausgestaltung der Kinderbetreuung haben die Kommunen hier eine zentrale Funktion. Die Schaffung einer verbesserten Infrastruktur wird nicht ohne einen erheblichen Einsatz an Ressourcen zu haben sein. Umso wichtiger ist es, Informationen darüber zu ermitteln, welche Angebotsstrukturen Kinder und Eltern heute brauchen. Vieles deutet nämlich darauf hin, dass eine einfache Ausweitung von Ganztagsangeboten in ihrer bisherigen Struktur dem Bedarf nur teilweise entspricht. In diesem Beitrag sollen daher zunächst Hinweise auf die Entwicklung des Betreuungsbedarfs gegeben werden, um anschließend Anforderungen und Handlungsoptionen für Kommunen im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Stadt zu diskutieren.

1 Arbeitszeit und Kinderbetreuung: Zur Entwicklung des Bedarfs

Ein wesentlicher Trend auf dem Arbeitsmarkt ist darin zu sehen, dass sich die Arbeitszeiten der Beschäftigten und damit auch ihre Anforderungen an die Kinderbetreuung immer stärker ausdifferenzieren; die „Standard-Arbeitswoche“ im Sinne einer Tätigkeit wochentags von morgens bis spätnachmittags verliert an Bedeutung. Zu verzeichnen sind sowohl eine Zunahme atypischer und variabler Arbeitszeiten als auch ein steigender Stellenwert der Teilzeitarbeit. Näher analysiert wurden diese Trends durch eine Repräsentativbefragung von Müttern, die der Forschungsschwerpunkt „Bildung und Erziehung im Strukturwandel“ (BEST) am Institut Arbeit und Technik (Gelsenkirchen) durchgeführt hat.¹ Einige zentrale Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

1.1 Erwerbstätigkeit – von der Mehrheit der Mütter gewünscht

Gut die Hälfte der befragten Mütter mit Kindern unter 14 Jahren ist erwerbstätig (55 %). Davon sind vier Fünftel teilzeitbeschäftigt. Alleinerziehende (13 % der Befragten) sind deutlich häufiger erwerbstätig als Frauen, die mit einem Partner zusammenleben, und arbeiten mehr Stunden: Gut zwei Drittel der Frauen dieser Gruppe sind erwerbstätig (69 %), davon wiederum arbeitet ein knappes Drittel in Vollzeit (32 %).

Tabelle 1: Wochenstundenarbeitszeit erwerbstätiger Mütter mit Kindern unter 14 Jahren in NRW (Angaben in Prozent)

	<i>Anteil an erwerbs- tätigen Müttern insgesamt (n=683)</i>	<i>Anteil an Teilzeit- beschäftigten (n=546)</i>
Geringfügig Beschäftigte (< 15 Std.)	25,5	31,9
Klassische Teilzeitbeschäftigte (15 - < 25 Std.)	39,4	49,3
Vollzeitnahe Teilzeitbeschäftigte (25 - < 35 Std.)	15,1	18,9
Vollzeitbeschäftigte (ab 35 Std.)	18,7	-
Weiß nicht	1,2	-
Keine Angabe	0,1	-

Stöbe-Blossey 2004

¹ Die Befragung wurde im Kontext des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes „Bedarfsorientierte Kinderbetreuung“ (Esch/Klaudy/Stöbe-Blossey 2005) im Sommer 2003 durchgeführt. Es handelte sich um eine Telefonbefragung von Müttern mit Kindern unter 14 Jahren in NRW, um festzustellen, wie die Erwerbswünsche und Arbeitszeiten in dieser Gruppe aussehen, welche Kinderbetreuungslösungen die Familien aktuell finden und welche diesbezüglichen Wünsche sie haben. Die Befragung erfolgte mit Hilfe von zufällig generierten Telefonnummern computergestützt anhand eines standardisierten Fragebogens und erreichte 1.232 Mütter mit insgesamt 1.985 Kindern.

Gut drei Viertel der erwerbstätigen Mütter sind mit ihrer aktuellen Arbeitszeit zufrieden. Besonders zufrieden sind die klassisch Teilzeitbeschäftigten (86 %). Gut ein Viertel der geringfügig Beschäftigten würde gern mehr arbeiten, was darauf hindeutet, dass geringfügige Beschäftigung oft eine Notlösung darstellt. Ein gutes Viertel der Vollzeitbeschäftigten, aber immerhin auch ein Fünftel der vollzeitnah Teilzeitbeschäftigten würde gern weniger arbeiten.

Die überwiegende Mehrheit der Mütter wünscht eine Erwerbsarbeit. Gut zwei Drittel der Frauen in Elternzeit möchten im Anschluss daran wieder arbeiten; ein weiteres Fünftel gibt an, dies hänge von den Möglichkeiten ab. Auch fast die Hälfte der Hausfrauen würde gern arbeiten, weitere 10 % sind sich nicht ganz sicher. Weniger als ein Drittel der nicht erwerbstätigen Frauen (Elternzeit/Hausfrauen) entscheidet sich grundsätzlich gegen eine Erwerbstätigkeit, weil sie ihre Kinder selbst betreuen wollen. Bezogen auf alle Befragten entspricht dies einem Anteil von 12 %. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass fast 90 % aller Mütter und gut zwei Drittel der zur Zeit nicht Erwerbstätigen an einer Erwerbsarbeit interessiert sind. Dieses Ergebnis bestätigt die Ausgangsannahme, dass der Ausbau eines Kinderbetreuungsangebots, das eine Erwerbstätigkeit ermöglicht, für viele Frauen von hoher Bedeutung ist.

1.2 Arbeit findet nicht „halbtags oder ganztags“ statt

Das traditionelle Bild „Teilzeitarbeit bedeutet fünf Tage Vormittagsarbeit“ stimmt mit der Realität nicht überein. Beispielsweise arbeitet ein gutes Drittel der Teilzeitbeschäftigten an mindestens einem Wochentag ganztags, nur ein Drittel der klassisch oder geringfügig Teilzeitbeschäftigten arbeitet ausschließlich vormittags. Je mehr Beschäftigte in Teilzeit arbeiten, desto stärker wird das Interesse von Arbeitgebern, die Arbeitszeiten gleichmäßig über den Tag zu verteilen, um auch nachmittags die Arbeitsplätze auszulasten und ausreichend Personal zur Verfügung zu haben. Angesichts langer Anfahrtszeiten haben auch immer mehr Frauen ein Interesse daran, an weniger Tagen und dafür länger zu arbeiten, um Wegezeiten zu sparen. Entsprechend differenziert sind die Betreuungswünsche: So geben beispielsweise 70 % der Mütter von Schulkindern an, dass sie sich für den Nachmittag Freizeitangebote an Schulen wünschen, aber weniger als ein Viertel dieser Mütter möchte, dass die Kinder diese Angebote über die gesamte Woche nutzen. 55 % der Mütter wünschen sich nachmittags eine Hausaufgabenbetreuung – zwei Drittel davon für einzelne Wochentage.

Neben der über die Woche ungleich verteilten Teilzeitarbeit liegt der zweite „Megatrend“ in der Zunahme atypischer Arbeitszeiten. Zahlreiche Frauen arbeiten zumindest teilweise zu Zeiten, die außerhalb der „normalen“

Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen für Kinder liegen. Über die Hälfte der erwerbstätigen Mütter arbeitet zumindest zeitweise am späten Nachmittag (zwischen 16.30 Uhr und 19.00 Uhr), ein Drittel am Abend (zwischen 19.00 Uhr und 22.00 Uhr), ein Sechstel nachts und ein gutes Viertel am frühen Morgen (vor 7.30 Uhr). Auch die Arbeit am Wochenende ist weit verbreitet: Die Hälfte der Frauen arbeitet samstags, ein knappes Drittel sonntags. Besonders groß ist die Gruppe derjenigen Beschäftigten, die nicht jeden Tag bzw. jedes Wochenende, sondern teilweise von atypischen Arbeitszeiten betroffen sind. Die Wahrscheinlichkeit, zu atypischen Zeiten zu arbeiten, wächst mit steigender Stundenzahl. Aber auch für Teilzeitbeschäftigte mit geringer Stundenzahl stellen diese Arbeitszeiten keineswegs eine Ausnahme dar.

Nun muss die Arbeit zu atypischen Zeiten nicht zwangsläufig bedeuten, dass ein Bedarf an institutioneller Kinderbetreuung besteht. Daher wurde dieser Bedarf separat abgefragt. Dabei zeigt sich, dass sowohl erwerbstätige als auch nicht-erwerbstätige Mütter Interesse an derartigen Angeboten haben – Erstere wahrscheinlich, um die aktuelle Betreuungssituation zu verbessern oder ihre Arbeitszeit zu erweitern, Letztere, um eine Arbeit aufnehmen zu können. Ein Angebot am späten Nachmittag (zwischen 16.30 und 19.00 Uhr) würde das größte Interesse finden (22 %), gefolgt von einer Betreuung am Samstag (15 %). Eine Betreuung nachts (6 %) oder am Abend (5 %) würde nur von einer Minderheit gewünscht. Alle atypischen Betreuungszeiten werden von Alleinerziehenden deutlich stärker nachgefragt. Hier zeigt sich, dass es zwar nur eine Minderheit ist, die Betreuungszeiten am Abend oder über Nacht benötigen – für allein erziehende Frauen in bestimmten Berufsgruppen, etwa im Gesundheitswesen, sind derartige Möglichkeiten aber vielfach eine Grundvoraussetzung, um überhaupt erwerbstätig sein zu können.

In den meisten Fällen werden diese Betreuungsformen nicht für die gesamte Woche, sondern für einzelne Wochentage gewünscht – dies gilt nahezu hundertprozentig für die Abend- und Nachtbetreuung und für über 80 % derjenigen, die eine Spätnachmittagsbetreuung wünschen. Offensichtlich ist bei der Gestaltung von Angeboten für atypische Arbeitszeiten eine zeitlich flexible Nutzbarkeit der Angebote besonders wichtig. Dies dürfte im Übrigen auch im Interesse der Kinder sein: Zwischen dem arbeitsmarktorientierten Bedarf der Eltern und den Wünschen der Kinder – sowohl im Hinblick auf zeitliche Zuwendung durch die Eltern als auch auf eigene Gestaltungsspielräume – besteht durchaus ein Spannungsverhältnis (Mierendorff/Olk 2003, S. 446), wobei die subjektive Sicht der Kinder bislang in der Forschung nur selten berücksichtigt wird (vgl. bspw. Klenner/Pfahl 2003). Flexible Angebotsstrukturen erleichtern es den Familien, Lösungen zu finden, die die Interessen aller Familienmitglieder berücksichtigen.

2 Handlungsoptionen für eine geschlechtergerechte Stadt

Wenn eine Kommune bedarfsorientierte Betreuungsangebote entwickeln will, muss sie sich zunächst an den Rahmenbedingungen orientieren, die das Land zur Organisation und Finanzierung der Kinderbetreuung setzt. Wesentlich sind hier in Nordrhein-Westfalen vor allem die Regelungen im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und zur „Offenen Ganztagschule“. Die wichtigsten Rahmenbedingungen werden im Folgenden kurz skizziert, um vor diesem Hintergrund Handlungsoptionen einer geschlechtergerechten Stadt aufzuzeigen.

2.1 Flexible Betreuungszeiten – Rahmenbedingungen für kommunales Handeln

Nach dem GTK soll ein Kindergarten (für Drei- bis Sechsjährige) sieben Stunden, davon mindestens fünf Stunden ohne Unterbrechung geöffnet sein. Wichtig für Teilzeitbeschäftigte, die am Vormittag arbeiten, ist das Angebot verlängerter Öffnungszeiten (bis etwa 14.00 Uhr), das in den letzten Jahren zunehmend Verbreitung gefunden hat. Bei einer Betreuung über Mittag für Kindergartenkinder oder in einer sog. kleinen altersgemischten Gruppe (die von Kindergartenkindern und unter Dreijährigen besucht wird) beträgt die Regelöffnungszeit mindestens achteinhalb Stunden ohne Unterbrechung. In den meisten Fällen öffnen diese Einrichtungen etwa ab 7.30 Uhr und schließen zwischen 16.00 Uhr und 17.00 Uhr. Für Öffnungszeiten vor 7.00 Uhr oder nach 18.00 Uhr bedarf es einer Genehmigung des Jugendamtes. In der Praxis sind derartige Öffnungszeiten kaum vorzufinden.

Die Elternbeiträge waren bislang landesweit einheitlich und nach Einkommen gestaffelt. Bei Kindergartenkindern wurde für eine Betreuung über Mittag ein Zuschlag von knapp 60 % im Vergleich zum „normalen“ Beitrag erhoben; die Beiträge für Kinder unter drei Jahren lagen nochmals deutlich höher – Eltern mit einem Jahreseinkommen von über 61.355 Euro hatten für die Betreuung eines Kleinkindes einen Beitrag von 312,91 Euro im Monat zu entrichten. Bei Geschwisterkindern fiel lediglich der Beitrag für ein Kind an. Für Kinder, die in der Tageseinrichtung ein Mittagessen erhalten, wurde zusätzlich ein Essensgeld erhoben. Beginnend mit dem Kindergartenjahr 2006/2007 sind die einzelnen Kommunen für die Regelung der Elternbeiträge zuständig.

Für teilzeitbeschäftigte Eltern sind die dargestellten Regelungen problematisch. Wenn sie bspw. für ein Kindergartenkind an drei Tagen eine Betreuung bis in den Nachmittag hin brauchen, müssen sie einen vollen Ganztagsplatz buchen und bezahlen (wenn sie nicht stattdessen nur einen „normalen“ Platz bekommen, da

Vollzeitbeschäftigte bei der Vergabe von knappen Ganztagsplätzen bevorzugt werden). Viele teilzeitbeschäftigte Frauen sind gezwungen, aufgrund ihrer Arbeitszeitstrukturen entweder mehr Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen (und zu bezahlen), als sie eigentlich brauchen, oder auf die institutionelle Betreuung zu verzichten.

Vor allem die erste Alternative ist nicht nur für die betroffenen Familien, sondern auch aus der Perspektive von Staat bzw. Kommune unbefriedigend: Zum einen werden die (vielerorts nach wie vor knappen) Ganztagsplätze auf diese Weise suboptimal genutzt, während sie bei einer stärkeren Orientierung der Nutzungszeiten am tatsächlichen Bedarf auf mehr Personen verteilt werden könnten. Zum anderen wird jeder Platz subventioniert, so dass nicht nur die jeweilige Familie, sondern auch die öffentliche Hand nicht genutzte Kapazitäten finanziert, wenn die Familie einen Vollzeitplatz in Anspruch nimmt, ihn aber nur an zwei oder drei Wochentagen nutzt.

Für unter Dreijährige ist die Situation noch schwieriger. Plätze stehen nur für 2,8 % dieser Altersgruppe zur Verfügung. Dabei gibt es nur Ganztagsplätze, was sowohl für die Eltern als auch für die öffentliche Hand unverhältnismäßig teuer ist, vor allem, wenn man bedenkt, dass gerade bei Kindern in dieser Altersgruppe Mütter größtenteils in Teilzeit arbeiten. Für Schulkinder gibt es neben der klassischen Hortgruppe in der Kindertageseinrichtung seit einigen Jahren Betreuungsangebote an Schulen bis etwa 13.00 oder 14.00 Uhr. Darüber hinaus wurde mit dem Schuljahr 2003/04 die „Offene Ganztagsgrundschule“ eingeführt: Die Schulen sollen eine Betreuung bis 16.00 Uhr anbieten, die Förder- und Freizeitangebote umfasst und in Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe organisiert wird. Das Land übernimmt zwei Drittel der für das Angebot vorgesehenen Kosten; das übrige Drittel muss die Kommune aufbringen, wobei sie Elternbeiträge in ihren Anteil einbeziehen kann.

Für Schulkinder ist es eine positive Entwicklung, dass mit dem Aufbau der Offenen Ganztagschule eine erhebliche Ausweitung der Schulkinderbetreuung stattfindet und dass Angebote in Schulen den Bedürfnissen dieser Altersgruppe sicher eher Rechnung tragen, als dies vielfach bei Hortgruppen in Kindertageseinrichtungen der Fall ist: Diese Gruppen sind, insbesondere dann, wenn es sich um eine einzelne Gruppe in einer größeren Einrichtung mit mehreren Kindergartengruppen handelt, manchmal stark von einer an den Bedürfnissen jüngerer Kinder orientierten Pädagogik geprägt. Die Ansiedlung von Betreuungsangeboten an Schulen kann zur Weiterentwicklung einer altersgerechten Pädagogik beitragen und ermöglicht vor allem eine engere Verknüpfung zwischen Betreuung und Bildung, als dies in der traditionellen Struktur die Regel war.

Im Hinblick auf die flexible Nutzbarkeit verfolgt das Land jedoch eine explizit gegenläufige Tendenz: Mit der „Offenen Ganztagsgrundschule“ soll es in der Regel ein für alle Teilnehmer verbindliches Angebot bis 15.00 Uhr geben. Für Schulkinder soll demnach die Entscheidung zu treffen sein, ob das Angebot jeden Tag bis mind. 15.00 Uhr oder gar nicht in Anspruch genommen werden soll. Die Praxis zeigt allerdings, dass diese Vorgabe den Bedürfnissen von Eltern und Kindern nicht gerecht wird. In vielen Schulen hat sich daher eine bedarfsorientierte Nutzung eingespielt.

Weiterführende Schulen werden – vor allem bei Gesamt- und zunehmend auch bei Hauptschulen – teilweise als Ganztagschulen geführt. Darüber hinaus haben sich im Rahmen des Landesprogramms „13 Plus“ insbesondere für Unterstufenschüler/innen Nachmittagsangebote entwickelt, die von Schule zu Schule unterschiedlich ausgestaltet sind. Hier finden sich vorbildliche Praxisbeispiele mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten, bei denen den Schüler/innen die Möglichkeit gegeben wird, sich ihr Programm aus verschiedenen Bausteinen (Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, Förder- und Freizeitangebote) selbst zusammen zu stellen – ob nun für einzelne Tage oder die ganze Woche.

Eine Betreuung zu atypischen Zeiten, dies zeigen die Ausführungen deutlich, ist in der Regelförderung praktisch nicht vorgesehen. Es gibt einzelne Möglichkeiten für Kindertageseinrichtungen, die insbesondere von betriebsnahen Einrichtungen im Umfeld großer Krankenhäuser genutzt werden. Im Allgemeinen jedoch berechnet sich der Personalkostenzuschuss für eine Kindertagesstätte nach einem Öffnungszeiten-Budget von 42,5 Wochenstunden. Dieses Budget ist beispielsweise ausgeschöpft, wenn eine Einrichtung von Montag bis Donnerstag von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr und am Freitag bis 14.00 Uhr geöffnet hat. Eine Ausweitung der Betreuungszeiten über die 42,5 Stunden hinaus würde entweder eine Verteilung des vorhandenen Personals über einen größeren Zeitraum erfordern (was aufgrund von zu erwartenden Qualitätseinbußen vielfach abgelehnt wird). Auch die Finanzierungsregelungen für die Programme an Schulen ermöglichen keine Förderung der Betreuung zu atypischen Zeiten.

Die Rahmenbedingungen für flexible Betreuungsangebote sind also schwierig. Hinzu kommen Vorbehalte, dass flexible Lösungen dem Kindeswohl widersprechen und dem Bildungsauftrag entgegen stünden. Bezüglich der Schulkinder genügt eigentlich ein Blick in die pädagogische Diskussion um Qualität in der Schulkinderbetreuung, um diese Vorbehalte zu entkräften: Hier wird betont, dass dem wachsenden Autonomiebedürfnis der Kinder ebenso Rechnung getragen werden muss wie der Tatsache, dass die Freundschaften zwischen Schulkindern sich nicht nach dem Betreuungsbedarf ihrer Eltern richten – Betreuungsangebote

sollten also so offen organisiert sein, dass die Entstehung einer Kluft zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern vermieden wird (Berry/Pesch 2000, Hössl et al. 1999, Strätz et al. 2003). Somit würde ein differenziertes Angebot an Kursen zu verschiedenen Interessengebieten, an kompensatorischen, unterrichtsergänzenden Veranstaltungen sowie an kulturellen und sportlichen Aktivitäten dem Bildungsauftrag sicher eher gerecht als eine zeitliche Einheitslösung für alle – Offenheit ist in der Schulkinderbetreuung ein zentrales Merkmal pädagogischer Qualität.

Im Hinblick auf Kleinkinder wird zwar zu Recht darauf hingewiesen, dass sie Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit benötigen. Dieses Bedürfnis bezieht sich jedoch vor allem auf die Kontinuität der Betreuungspersonen, nicht unbedingt der Gruppe. In jedem Falle kann diesem Bedürfnis auch dann Rechnung getragen werde, wenn eine Betreuung nicht jeden Tag, sondern beispielsweise alle zwei Tage stattfindet. Einige private Einrichtungen, die flexible Angebote machen, setzen eine Mindestbetreuungszeit fest (beispielsweise 10 Stunden in der Woche), damit die Gewöhnung an die Betreuungssituation gewährleistet ist.

Bezüglich des Kindergartenalters wird darauf hingewiesen, dass es kontinuierliche Anwesenheitszeiten zur Umsetzung der spätestens seit PISA allseits geforderten Bildungspläne geben muss. Der Lösungsweg liegt hier in einer Modularisierung von Angeboten: Es muss „Kernzeiten“ geben (in der Regel am Vormittag), die für alle verbindlich sind, und weitere Betreuungsstunden können „hinzugekauft“ werden. Vom pädagogischen Konzept her, dies zeigen Erfahrungen von Einrichtungen mit flexiblen Betreuungszeiten, hat sich die offene Gruppenarbeit bewährt, bei der die Stammgruppen ganz oder teilweise aufgelöst werden und die Kinder Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Aktivitäten haben (Becker-Textor/Textor 1997, Regel/Wieland 1993). In Verbindung mit geeigneten pädagogischen Konzepten, so zeigt Nicole Klinkhammer (2005) vom Deutschen Jugendinstitut in einer Studie über flexible Angebote, kommen Kinder jedenfalls mit flexiblen Zeitstrukturen gut zurecht.

2.2 ... und es bewegt sich doch – Was Kommunen trotzdem leisten können

Eine Reform des GTK, die bessere Rahmenbedingungen für flexible Betreuung schafft, ist angekündigt, wird aber angesichts der Komplexität der Regelungen bis 2008 auf sich warten lassen. Welche Handlungsmöglichkeiten stellen sich also für Kommunen im Hinblick auf eine „geschlechtergerechte Stadt“?

- Für die Jugendhilfeplanung stellt sich die Aufgabe, den örtlichen Bedarf kleinräumig zu erfassen und entsprechende Strategien zu entwickeln.

Einige Kommunen führen Elternbefragungen durch; systematische Verfahren stellen jedoch eher die Ausnahme dar (Sell 2001:19). Vor allem wird vielfach nur das Interesse an vorhandenen Angeboten abgefragt. Die Praxis zeigt, dass die meisten Eltern von sich aus gar nicht auf den Gedanken kommen, „unbekannte“ Angebote nachzufragen. Viele Frauen verzichten von vornherein auf eine Erwerbstätigkeit, weil sie den generellen Mangel an Betreuungsplätzen kennen, und treten daher auch nicht als Nachfragerinnen in Erscheinung. Zum einen müssen daher Befragungen so formuliert werden, dass Offenheit für differenzierte Bedarfe signalisiert wird. Zum anderen müssen auch Angebote experimentell geschaffen werden – Eltern tendieren dazu, neue Angebote erst dann zu akzeptieren, wenn erste Erfahrungen vorliegen.

- In bestehenden Einrichtungen können Zusatzangebote für Randzeiten organisiert werden – etwa bis 20.00 Uhr oder am Samstag. Da durch die Nutzung bestehender Räume keine Infrastruktur finanziert werden muss, lassen sich auf diese Weise Angebote zu vertretbaren Elternbeiträgen umsetzen. Da die Träger von Einrichtungen oft sehr unsicher bezüglich der Schaffung neuer Strukturen sind, ist eine aktive Beratung durch das Jugendamt notwendig.
- Wenn bis zu fünf Kinder betreut werden, kann die Betreuung – auch in den Räumen einer Einrichtung – über Tagesmütter erfolgen. Die Förderung einer Verknüpfung von Tagespflege und Kindertageseinrichtungen schafft mehr Sicherheit für Eltern. Im Rahmen der in Nordrhein-Westfalen laufenden Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren (www.familienzentrum.nrw.de) ist dies ein wichtiger Aspekt. Randzeitenbetreuung kann auf diese Weise kurzfristig und dezentral organisiert werden und mit kleinen Gruppen starten. Tagesmüttern können Treffpunkte und Qualifizierungsmöglichkeiten in den Familienzentren angeboten werden, was sowohl zu einer besseren Betreuungsqualität als auch zu einer Aufwertung der Arbeitsplätze in der Tagespflege führt. Lösungen für Familien, die eine Abend- oder Nachtbetreuung brauchen, können ebenfalls über Tagespflege organisiert werden.
- Für unter Dreijährige können Spielgruppen mit flexiblen Betreuungszeiten eingerichtet werden. Mit Hilfe solcher Spielgruppen kann nicht nur die Platzzahl kurzfristig erhöht werden; vielmehr können sie vor allem den hohen Bedarf an stunden- oder tageweiser Betreuung decken. Eine nahe liegende Möglichkeit besteht darin, dass Tageseinrichtungen Räume, die durch die demografisch bedingte Schließung von Kindergartengruppen

nicht mehr gebraucht werden, für Spielgruppen nutzen. Auch hier gibt es jedoch ein hohes Maß an Unsicherheiten, so dass derartige Gruppen bislang vor allem in privater Trägerschaft oder im Rahmen von Betriebskindergärten entstanden sind. Nur wenige Kommunen haben bislang gezielte Aktivitäten eingeleitet, um die Entwicklung solcher Angebote zu beschleunigen. So hat beispielsweise die Stadt Recklinghausen zu Beginn des Jahres 2005 ein Förderprogramm aufgelegt, nach dem Plätze für unter Dreijährige nach bestimmten Kriterien mit 3.000 Euro pro Jahr gefördert werden können.

- Dass die Kommunen ab Sommer 2006 die Elternbeiträge selbst festlegen können, ist insbesondere für Städte mit einem hohen Anteil an einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen leider mit dem Problem sinkender Finanzzuweisungen des Landes verknüpft, weil der bisher praktizierte landesweite Ausgleich für Mindereinnahmen im Elternbeitragsaufkommen entfällt. Insofern wird die Freigabe der Beitragsgestaltung in den meisten Orten eher als Krise denn als Gestaltungsmöglichkeit wahrgenommen. Dies ist nachvollziehbar, jedoch zwingt eigentlich gerade die Finanzierungsproblematik zu einer Flexibilisierung der Beitragsstrukturen: Wenn Eltern, die beispielsweise nur an zwei Wochentagen eine Nachmittagsbetreuung brauchen, den Über-Mittag-Zuschlag auch nur für diese zwei Tage bezahlen müssen, werden sie finanziell entlastet, und die Kommune muss weniger Ganztagsplätze finanzieren. Im Kreis Alzey-Worms in Rheinland-Pfalz, wo die Beitragsgestaltung schon lange eine kommunale Aufgabe ist, wurde beispielsweise ein Modell entwickelt, das – zusätzlich zum für alle geltenden Vormittagsangebot – die Inanspruchnahme von Über-Mittag- und Nachmittagsplätzen im Kindergarten alternativ an zwei, drei oder allen Wochentagen ermöglicht (Neuhaus 2002). Über ein Drittel der Eltern, die Ganztagsangebote nutzen, macht inzwischen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Andere Kommunen in Rheinland-Pfalz übernehmen das Modell, und von Seiten des Landesjugendamtes wird eine Ausweitung befürwortet – durchaus auch mit dem Argument, dass auf diese Weise ein bedarfsorientiertes Angebot zu geringeren Kosten bereitgestellt werden kann. Auch in Nordrhein-Westfalen sollten die Kommunen also die Handlungsspielräume zu einer bedarfsorientierten Beitragsgestaltung nutzen.
- Der Bedarf von Familien nach flexibler Betreuung endet nicht mit dem Kindergartenalter. Daher sollten die Kommunen bei der Umsetzung der Offenen Ganztagsschule so viel Flexibilität ermöglichen, wie im Rahmen der Landesvorgaben erreichbar ist. Praktisch kann dies zur Zeit nur so aussehen, dass sie Betreuungsverträge entwickeln, die zahlreiche Ausnahme-

tatbestände enthalten, mit denen die als Regel definierte fünftägige Anwesenheitspflicht bedarfsorientiert gestaltet werden kann. Darüber hinaus ist eine nach Einkommen differenzierte Gestaltung der Elternbeiträge wichtig, da Erfahrungen zeigen, dass bei einem Einheitsbeitrag untere Einkommensgruppen faktisch von der Nutzung ausgegrenzt werden.

- Eine wachsende Rolle spielt die Kooperation mit Unternehmen. Die Förderung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Beschäftigte bringt Unternehmen viele Vorteile – in Form von geringerer Fluktuation, niedrigeren Fehlzeiten und erhöhter Mitarbeitermotivation. Immer mehr Betriebe bauen eigene Betreuungsangebote auf; es gibt inzwischen einige, teils bundesweit, teils regional agierende spezialisierte Dienstleister, die die Betriebe dabei konzeptionell und organisatorisch unterstützen und die Trägerschaft der Einrichtungen übernehmen. Kommunen können hier eine Anstoßfunktion übernehmen und – beispielsweise über eine Kooperation zwischen Jugendamt und Wirtschaftsförderung – Betriebe sensibilisieren und unterstützen. Im Rahmen des Projektes „U.Fa.Flex“ (Unternehmen – Familien – Flexibilität“; www.ufaflex.de) ist es auf diese Weise gelungen, über eine Kooperation von drei (teils kleinen) Betrieben eine Einrichtung mit bedarfsorientierten Betreuungsangeboten, insbesondere für unter Dreijährige, aufzubauen.

Schließlich ist gerade dann, wenn man eine Verknüpfung von unterschiedlichen Angebotsformen anstrebt, ein höchst unterschiedliches Spektrum an Akteuren beteiligt – eine bedarfsgerechte Infrastruktur ist mehr als die Summe von Angeboten einzelner Anbieter. Für eine Vernetzung ist eine Moderationsfunktion erforderlich, die im Rahmen kommunaler Strategien geleistet werden kann. Bündnisse für Familie können hier ein Forum bilden, an dem unterschiedliche Akteure beteiligt sind und ihre Ideen und Ressourcen einbringen können. Eine geschlechtergerechte Stadt nutzt derartige Instrumente, um der Realisierung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ein Stück näher zu kommen.

Literaturverzeichnis

- Becker-Textor, I./Textor, M., 1997: Der offene Kindergarten – Vielfalt der Formen. Freiburg*
- Berry, G./Pesch, L., 2000: Welche Horte brauchen Kinder? Ein Handbuch. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Neuwied/Kriftel/Berlin*
- Dohmen, D./Cleuvers, B. A. (Hrsg.), 2001: Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung. Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule. Bielefeld*
- Esch, K./Klaudy, E. K./Stöbe-Blossey, S., 2005: Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Gestaltungsfelder für die Kinder- und Jugendpolitik. Wiesbaden*
- Hössl, A./Kellermann, D./Lipski, J./Pelzer, S. (Hrsg.), 1999: Kevin lieber im Hort oder allein zu Hause? Eine Studie zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. Opladen*
- Klinkhammer, N., 2005: Kindertageseinrichtungen mit flexiblen Angebotsstrukturen. Neue Herausforderungen für die Gestaltung des pädagogischen Alltags von ErzieherInnen und Kindern. Deutsches Jugendinstitut e.V., München*
- Klenner, C./Pfahl, S., 2003: Flexible Arbeitszeiten aus der Sicht von Eltern und Kindern, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, S. 268-285*
- Kränzl-Nagl, R./Mierendorff, J./Olk, T. (Hrsg.), 2003: Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen, Frankfurt/New York*
- Mierendorff, J./Olk, T., 2003: Kinderwohlfahrtspolitik in Deutschland, in: Kränzl-Nagl/Mierendorff/Olk (Hrsg.), 2003, S. 419-464*
- Neuhaus, B., 2002: Bedarfsgerechte Flexibilisierung von Ganztagsangeboten in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz – Beispiel einer kundenorientierten Angebotserweiterung, in: KiTa aktuell 10, S. 209-211*
- Regel, G./Wieland, A. J. (Hrsg.), 1993: Offener Kindergarten konkret. Veränderte Pädagogik in Kindergarten und Hort. Hamburg*
- Sell, S., 2001: Bedarfsorientierung in der Finanzierung der Vorschulerziehung und -betreuung. In: Dohmen/Cleuvers (Hrsg.), 2001, S. 12-32*
- Stöbe-Blossey, S., 2004: Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Teil 1: Arbeitszeit und Infrastruktur. Vorläufige Auswertung einer Befragung von Müttern mit Kindern unter 14 Jahren. www.iatg.de*
- Strätz, R./Hermens, C./Fuchs, R./Kleinen, K./Nordt, G./Wiedemann, P., 2003: Qualität für Schulkinder in Tageseinrichtungen. Ein nationaler Kriterienkatalog. Weinheim/Basel/Berlin*

Gabriele A. Hantschel

Demografischer Wandel – Good Practices in Deutschland noch Mangelware – gerade für Frauen im Beruf!

Der „War of Talents“ hat begonnen. Die demografische Entwicklung wird den Wettbewerb um qualifizierte Fach- und Führungskräfte deutlich verschärfen. Wer bei dieser neuen Herausforderung vorn sein will, muss sich nun auch als familienfreundliches Unternehmen positionieren. Die betriebliche Realität sieht bislang allerdings anders aus: In Folge des starken Personalabbaus der letzten Jahre wurden ältere MitarbeiterInnen mit Abfindungen freigesetzt, was ungesund, weil einseitige Altersstrukturen in den Unternehmen zur Folge hatte. In Schweden standen 2002 68 %, in der Schweiz 65 % aller 55-64 Jährigen im Berufsleben, in Deutschland dagegen nur 38%. 60% der deutschen Betriebe beschäftigen keine MitarbeiterInnen jenseits der 50.¹ Dieser Altersaufbau wird dauerhaft nicht finanzierbar sein und vernachlässigt das in Zukunft unverzichtbare Potenzial älterer ArbeitnehmerInnen.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2005 entwickeln nur 25 % der Unternehmen konkrete Überlegungen zum Umgang mit ihren älteren Arbeitnehmern, und nur 10 % haben eine Strategie für die Bewältigung des demografischen Wandels.²

1 INQA - Generation 50Plus; <http://www.inqa.de/Inqa/Navigation/Service/downloads,did=79454.html>

2 <http://www.aelttere-arbeitnehmer.de/>

Sogar 40 % der Unternehmen hegen weiter den Wunsch nach Verjüngung ihrer Belegschaft. Gerade für Frauen in Deutschland ist die aktuelle Arbeitsmarktsituation nicht rosig, dies gilt insbesondere für ältere, im Beruf erfahrene Frauen. Statistisch sind Frauen ab 42, Männer ab 49 am externen Arbeitsmarkt nur noch schwer zu vermitteln, auch interne Wechsel nehmen ab. Frauen werden in Restrukturierungsphasen häufiger als Männern Aufhebungsverträge angeboten, die sie auch zunehmend eingehen. Bei ihnen sind Versorgungslücken im Alter aufgrund der bis zu 20 % niedrigeren Gehälter und wegen einer eventuellen Mutterschaftspause höher ausgeprägt. Damit wird es in Zukunft weiterhin eine größere Altersarmut bei Frauen geben als bei Männern.

Nach einem Gutachten der IHK Nord Westfalen³ sehen deutsche Unternehmen folgende Personalprobleme⁴:

Mangel an Fachkräften	39,6 %
Dringende Notwendigkeit von Weiterbildung	27,4 %
Alterszunahme der Belegschaften	23,0 %
Zu hohe Personalkosten	19,7 %
Motivationsmangel	16,0 %
Hohe Fehlraten	10,2 %
Hohe Fluktuationsrate	9,3 %
Sonstiges	3,5 %

Jedes Unternehmen ist durch die demografische Entwicklung quasi genötigt, geeignete Strategien zum Alters- oder Gesundheitsmanagement zu überlegen und in Maßnahmen umzusetzen, die den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen.

Es sind bereits einige Instrumente, Vorgehensweisen und Best Practices zur Analyse, Planung und Umsetzung von demografieorientierten Personalmaßnahmen entwickelt worden; dies u.a. aufgrund der in den letzten Jahren verstärkten Öffentlichkeitsarbeit von staatlicher Seite oder von einzelnen Unternehmen, die bereits frühzeitig auf den Fach- und Führungskräfte-mangel hingewiesen haben. Sie entsprechen jedoch noch nicht der besonderen Situation von Frauen im Beruf und in Führungspositionen. Deshalb sollten die im folgen-

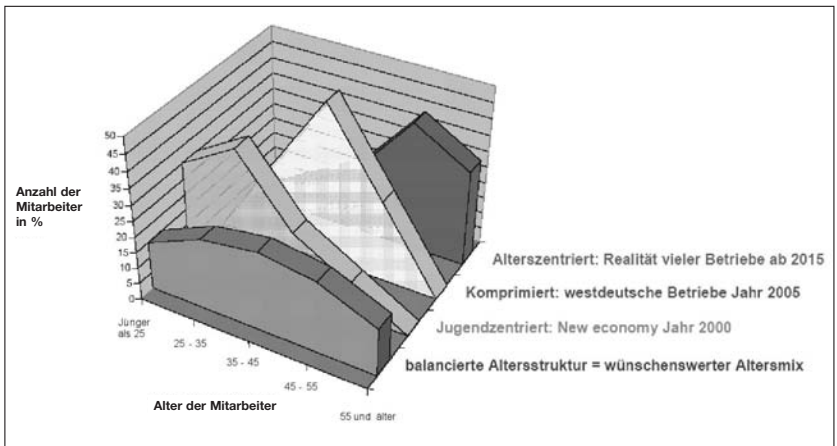
³ Alternde Belegschaften. Herausforderungen für die betriebliche Personalpolitik der Zukunft. Juni 2005
http://www.ihk-nordwestfalen.de/volkswirtschaft_statistik/bindata/Gutachten_Demografie_II_2005_06.pdf

⁴ Befragung von 518 Unternehmen., Vgl. auch Buck, Dworschak, 2003

den aufgeführten Instrumente in Unternehmen, die das Demografieproblem für sich erkannt haben – sei es aufgrund ihrer Altersstruktur, Gesundheitsbilanz oder aufgrund ihrer älter werdenden Kundschaft – auf „gender diversity“-Aspekte hin analysiert werden, um die Auswirkungen auf Frauen und Männer in der Belegschaft erkennen und darauf reagieren zu können.

Die wenigsten Unternehmen haben bereits eine betriebliche Altersstrukturanalyse (Abb. 1) durchgeführt und deren Entwicklung für die nächsten 10 und 20 Jahre vorbereitet. Dabei sind unterschiedliche Organisations- und Qualifikationsbereiche, einzelne Personengruppen sowie Frauen und Männer, je nach Einsatzbereich bei Kunden, zu berücksichtigen. Eine Prognose der unternehmensindividuellen Altersstrukturentwicklung muss Faktoren wie Geschäftsentwicklung, Fluktuation mit Kündigungen und Rekrutierungen, Rentenabschlägen, Auslaufen des Altersteilzeitgesetzes enthalten. Das Fraunhofer IAO Institut⁵ bietet solche Analysen an (Abb. 1, *Fraunhofer IAO Altersstrukturanalyse*)⁶, die AOK Hessen hat ein Tool ALSTRA für den eigenen Geschäftsbetrieb und auch für seine Kunden entwickelt. Bei Unternehmen wie z.B. ADAC, Brose, DaimlerChrysler und Deutsche Bank fließen die Ergebnisse der Altersstrukturanalyse regelmäßig in ihre Geschäftsstrategie ein.

Abb. 1: Veränderung der betrieblichen Altersstrukturen



⁵ Fraunhofer Institut Arbeitswirtschaft und Organisation; <http://www.pm.iao.fraunhofer.de/>

⁶ Buck, H.: Lernende Unternehmen zur Bewältigung der Alterung der Belegschaft.

<http://kolloq.destatis.de/2004/buck.pdf#search=%22Hartmut%20Buck%20%20ALterstruktur%20IAO%22>

Daraus leiten sich einige Maßnahmen ab, die in der Personalarbeit auch mit Blick auf die Unternehmenskultur in Angriff genommen werden müssen:

- *Recruiting und Mitarbeiterbindung:* Eine **balancierte Einstellungsstrategie** nach Alter (auch Geschlecht!) muss gewährleisten, dass nicht nur „junge“ Arbeitskräfte rekrutiert werden. Allerdings muss das Unternehmen für junge Arbeitskräfte attraktiv bleiben, ohne dass dabei ein „Gerechtigkeitsgefälle“ entsteht: Bezahlen Unternehmen im Zuge der Verknappung an Fachkräften jungen Einsteigern zu viel, kann es zu sozialem Unfrieden in der Belegschaft kommen, und die **Recruitingkosten** steigen durch die höheren Einstiegsgehälter. Eine stärkere Fokussierung auf Frauen und Ältere wird auch deshalb immer wichtiger, weil die Vorgaben des AGG (Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) einzuhalten und **Diskriminierungen** zu vermeiden sind und auch weil es wichtig ist, den Erwartungen der ebenfalls älter werdenden Kundenzielgruppen zu entsprechen (Beispiel Vermögensanlagebranche, in der Frauen ab 70 eine der bedeutendsten Zielgruppe darstellen). Auf der anderen Seite müssen wichtige Erfahrungsträger gehalten werden. Die Bonuszahlungen, die in Norwegen für zur Pension anstehende MitarbeiterInnen üblich sind, damit sie in der Firma bleiben und ihre Erfahrungen weiter zur Verfügung stehen, lassen in Deutschland noch auf sich warten. Dafür gibt es bereits einzelne Beispiele⁷ wie BMW Werk Leipzig, Brose Fahrzeugteile, Netto Supermarkt oder andere⁸ für einen **gleitenden Übergang in den Ruhestand** über das Rentenalter hinaus. Besonders wichtig ist es dabei, die Älteren sinnvoll in heteroge zusammengesetzte Teams zu integrieren (Beispiel microTEC)⁹ oder ältere Führungskräfte nach altersbedingtem Ausscheiden als Berater an das Unternehmen zu binden. Andere Beispiele für Maßnahmen der Mitarbeiterbindung sind: **Return to job offers** für Frauen, die – was in Führungspositionen immer häufiger vorkommt – wegen der Betreuung älterer Familienmitglieder aussteigen¹⁰ und ein **Recruiting Bonus** für Ältere, wie es ihn auch für Frauen in Führungspositionen gibt (Personalberatern wird für die Suche nach Kandidaten für bestimmte Positionen ein Sonderbonus bezahlt, wenn eine Frau den Arbeitsvertrag unterschreibt).

7 Bangali, L./Schmid, J.: Das Potenzial älterer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg. Best-Practice-Beispiele:

Leitfaden für die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer.

http://www.aeltere-arbeitnehmer.de/publications/de/3/current/chapter_2.html#toc5

8 <http://www.aeltere-arbeitnehmer.de/publications/de/3/current/index.html>

9 <http://www.aeltere-arbeitnehmer.de/publications/de/3/current/index.html>

10 Studie von Ernst & Young und <http://www.centerforwork-lifepolicy.org/>

- *Altersgerechte Arbeits- und Personalentwicklung:* Eine Arbeits- und Laufbahngestaltung für Mitarbeiter ist noch eine Vision! Doch gerade ältere Mitarbeiter können durch **neue Aufgaben bis hin zur Job-Rotation** (auf derselben hierarchischen Ebene) neue Impulse bekommen. Es macht keinen Sinn, jemanden über 10 Jahre auf ein und derselben Position zu belassen und anschließend dessen mangelnde Flexibilität und interne Nicht-Vermittelbarkeit zu beklagen. Die Übertragung von speziellen, besonders **verantwortungsvollen Tätigkeiten** wie Projektaufgaben, interne Beratung oder Mentorenrolle für Jüngere kann neuen Ansporn geben. **Arbeitszeitflexibilisierung und -verkürzung** (bzw. bei Führungskräften Reduktion der Überstunden) sollte angeboten werden, um eine Work & Life-Balance-Kultur wirklich umzusetzen, insbesondere auch für Familien (Beispiel: VoestAlpin mit dem LIFE Projekt)¹¹. Parallel zu personalpolitischen Maßnahmen ist eine **Gesundheitsbilanz** mit Fehlzeitenmanagement unabdingbar, um ergonomische Aspekte am Arbeitsplatz zu berücksichtigen und Gesundheitsprogramme effektiv einzusetzen (Beispiel ADAC, VW Nutzfahrzeuge¹²).
- *Lebensbegleitende Kompetenzentwicklung:* Hierbei geht es um die **Sicherstellung der Innovationsfähigkeit** des Unternehmens! Obwohl die Notwendigkeit eines **lebenslangen Lernens** inzwischen unumstritten ist, wird die Zielgruppe der älter werdenden Mitarbeiter in Fortbildungsmaßnahmen vernachlässigt. Relativ hohe Weiterbildungsquoten lassen sich in Finnland, Dänemark, Schweden und Großbritannien feststellen – aber nicht bei uns! Ab 45 nehmen Beschäftigte unterdurchschnittlich an Weiterbildungsveranstaltungen teil. **Förderung** durch Training off, on und near the job (es geht nicht immer nur um teure Kongress- und Trainingsreisen) kann Wissen und Lernfähigkeit erhalten. Spezielle Wünsche sind dabei zu berücksichtigen: So besuchen z.B. ältere Mitarbeiter gerne externe PC-Kurse (auch auf eigene Kosten), da sie den direkten Vergleich mit jüngeren Kollegen scheuen.

Der wichtigste Punkt ist jedoch die **Unternehmenskultur**. Die vorherrschende Jugendideologie muss in vielen Unternehmen hinterfragt und **berufliche Erfahrung honoriert und stärker wertgeschätzt** werden. So wie es in Zukunft zwei Unternehmenstypen geben wird – diejenigen, die Frauen unterstützen, und diejenigen, die es nicht tun –, wird es Unternehmen geben, die das Image mit einer Wertschätzungskultur aufbauen und solche, die es nicht können! Altersmanagement muss analog zu Gender Diversity bewusst in die Unternehmens-

¹¹ <http://www.voestalpine.com/ag/de/jobs/workplace/life.html>

¹² http://www.aelttere-arbeitnehmer.de/publications/de/3/current/chapter_4.html#toc2

strategie aufgenommen werden. Denn auch die Kunden der Unternehmen werden älter, da gilt es z.B. Kundenberater an das Alter ihrer Klientel anzupassen (Beispiele: UBS, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, ING-Diba, Lilly). Denn in der Unterschiedlichkeit – der Diversity – kann auch ein Nutzen liegen: Zusammenarbeit und Wissensgabe über die Altersgruppen hinweg ist gefragt – sowohl intern als auch extern an die Kunden!

Literaturverzeichnis

Buck, H.; Dworschak, B. (Eds.): Ageing and work in Europe. Strategies at company level and public policies in selected European countries. Stuttgart: IRB, 2003, als Download unter http://www.demotrans.de/documents/BR_DE_BR15.pdf

Deutschland 2020 – Die demographische Zukunft der Nation (Berlin-Institut für Bevölkerung und globale Entwicklung, Steffen Kröhner, Nienke van Olst, Reiner Klingholz) <http://www.berlin-institut.org/kompl.pdf>

Bertelsmann Stiftung, Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hrsg.: Erfolgreich mit älteren Arbeitnehmern – Strategien und Beispiele für die betriebliche Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2003

Institut der Deutschen Wirtschaft, Hrsg.: Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels. Köln, Deutscher Instituts-Verlag – Roman Herzog Institut, 2. Auflage 2005

Kontakt:

Helga Stödter-Stiftung

Gabriele Hantschel

Golfstrasse 7

21465 Wentorf

info@helga-stoedter-stiftung.de

Angela Josephs-Olesch

Zukunftsorientierte Personalpolitik in mittelständischen Unternehmen

Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind mittelständische Unternehmen, die nicht nur als Innovatoren Spitzenreiter in der Entwicklung neuer Produkte sind, sondern oftmals auch in punkto Ausbildung und Unternehmensführung moderne und zukunftsorientierte Strukturen aufweisen.

Häufig sind diese mittelständischen Unternehmen in der Hand von familiären Gesellschaftern, die die Geschicke der Häuser mit hohem Engagement und einem gutem Stück eigener Lebenserfahrung führen.

Als erfolgreiche Unternehmen sind diese oftmals Marktführer, und das weltweit. Ihre Kennzeichen sind: Ein hoher Export-Anteil am Umsatz, die Prägung des internationalen Geschäfts geprägt, durch eigene Vertriebsgesellschaften, wobei aber häufig die Stammsitze in Deutschland liegen, wo immer noch ein Großteil der Wertschöpfung stattfindet.

Um diese Wertschöpfung am Standort Deutschland zu erhalten und im internationalen Wettbewerb führend zu bleiben, dabei aber stetig zu wachsen, sind derartige Unternehmen technologisch hochinnovativ. Die Ressource ist das Wissen und der Erfindergeist der MitarbeiterInnen. Um ihren Einsatz und ihre

Leistungskraft maximal zu nutzen, setzen viele Mittelständler flexible Arbeitszeiten und -modelle ein. So gibt es zum Beispiel bei der Phoenix Contact GmbH & Co KG, dem Marktführer der elektrischen Verbindungstechnik, einen flexiblen Gleitzeitrahmen (+/- 70 Stunden im Monat bei einem täglichen Zeitrahmen von 6 bis 20 Uhr), ohne jegliche Kernzeit mit unlimitierten Pausen. Der Gleitzeitrahmen gilt nicht nur im Angestellten-, sondern auch im gewerblichen Bereich inklusive der Dreischicht-Arbeitszeit. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie können junge Väter und Mütter individuelle Teilzeit-Arbeit mit dem Unternehmen vereinbaren sowie Kombinationen von Büro- und Homeoffice-Arbeitsplätzen als auch Job-Sharings in Anspruch nehmen. Um junge MitarbeiterInnen in ihrer Familienorganisation weiter zu unterstützen, plant das Unternehmen derzeit die Kooperation mit einem Kindergarten am Standort, um MitarbeiterInnen Kindergartenplätze unternehmensnah anbieten zu können.

Um das Wissen und die persönlichen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen im Sinne des lebenslangen Lernens zu fördern, praktizieren viele mittelständische Unternehmen systematische Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen, die vor allem Sprachen und kommunikative Fähigkeiten, aber auch interkulturelle Management-Trainings umfassen. Der Schwerpunkt liegt häufig auf der Förderung persönlicher Kompetenz, die immer wichtiger im Vergleich zur Fachkompetenz wird. Pro Jahr nehmen bei Phoenix Contact beispielsweise rund 4000 MitarbeiterInnen an Weiterbildungsmaßnahmen teil, so dass durchschnittlich jeder Mitarbeiter im Jahr eine Lernmaßnahme erfährt.

Lebenslanges Lernen wird in den Unternehmen auch hinsichtlich der Beschäftigung und Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen verstanden. So hat Phoenix Contact in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Langzeitarbeitslose zu MechatronikerInnen ausgebildet, eine zukunftsweisende Qualifikation, die derzeit eine hohe Nachfrage in der Industrie erfährt. Gezielt werden MitarbeiterInnen der Generation 50+ in gemischten Teams mit jungen KollegInnen eingesetzt, um so den Transfer von Wissen und Berufserfahrung wie auch die Sozialkompetenz zu fördern.

Die Gesunderhaltung von MitarbeiterInnen wird in der Industrie mittlerweile auch als Aspekt der Work-Life-Balance betrachtet. Neben einem leistungsfähigen Betriebsrestaurant, das eine Speisenauswahl an täglich frisch zubereiteten Gerichten anbietet, führen Unternehmen mittlerweile auch Sport- und Fitnessangebote ein. So hat Phoenix Contact beispielsweise in 2004 ein betriebs-eigenes Gesundheitszentrum eröffnet. Dort können alle MitarbeiterInnen und ihre Familienangehörigen sechs Tage in der Woche trainieren, um einseitige Belastungen zu kompensieren und Erkrankungen vorzubeugen, ihr Gewicht

zu optimieren und die Kondition zu stärken. Entspannungstrainings und Ernährungsberatung sind weitere Bausteine des firmeneigenen Gesundheitsmanagements. Aufgrund seiner zukunftsweisenden Konzeption wurde das Gesundheitszentrum „Actiwell“ unter 650 Mitbewerbern 2004 von der EU als förderungswürdig ausgewählt.

Kontakt

Phoenix Contact GmbH & Co. KG
Angelika Josephs-Olesch
32823 Blomberg
Fon 05235/341/512
ajosephs-olesch@phoenixcontact.com
www.phoenixcontact.com

Angelika Kirstein

Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung. Eine Herausforderung für die Gesellschaft

Die Veränderungen von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft werden immer stärker in vielen Lebensbereichen der Menschen spürbar. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels, die uns zeigen, dass wir in neue Handlungsfelder investieren müssen, die gerade Familien und Unternehmen unterstützen, die vielfältigen Herausforderungen in diesem Strukturwandel zu meistern.

Seit mehr als drei Jahrzehnten werden die Qualitäts- und Finanzkriterien in der Kinderbetreuung durch das Kindergartengesetz, seit 1992 durch das „Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder“ (GTK) festgelegt. Dieses Gütesiegel gibt den Trägern von Betreuungseinrichtungen, Jugendämtern und Eltern Sicherheit, Betreuungs- und Bildungsansprüche umzusetzen.

Auf Grund der Tatsache, dass die Kommunalverwaltungen bundesgesetzlich dazu aufgefordert sind, ein Versorgungsangebot für Kinder vorzuhalten sowie die soziale Integration der Schwächeren in die Gesellschaft zu leisten, gibt es verschiedene Versorgungsmöglichkeiten mit den Schwerpunkten

- Erfüllung des Rechtsanspruches für Kinder von 3-6 Jahren
- Betreuung in der „offenen Ganztagschule“ für Grundschul Kinder

- geringes Platzangebot für unter 3-jährige, das nun mit dem seit 1.1.2005 in Kraft getretenen Bundesgesetzes „Tagesausbaubetreuungsgesetz“, kurz TAG genannt, in den Kommunen auf 20 % ausgeweitet werden soll.

Diese Angebote werden häufig zu 90 % aus öffentlichen Mitteln subventioniert, denn die zu erzielenden Elternbeiträge sind, vor allem in den Städten mit einem hohen Prozentsatz an zu integrierenden Gruppen, häufig nicht höher als 10 bis 15 Prozent. Diese Quote soll auf 19 % erhöht werden, um die Last der Kosten aus öffentlichen Mitteln zu senken.

Dieser Sachverhalt ist unter anderem verantwortlich für die Beitragserhöhungen in vielen Kommunen, die dieses Vorgehen im Kontext der bewährten Förderstrukturen als einzig möglichen Lösungsansatz ansehen. Es sind Alternativen in der Finanzierung von Kinderbetreuung möglich, die die hier vorgestellte Unternehmensberatung **do.it projekt-management GmbH & Co KG** in zwei Projekten¹, gefördert mit EU-Mitteln durch das Arbeitsministerium NRW, umsetzen konnte.

In den Projekten ist der zentrale Ansatz vergleichbar: Über die Vernetzung von drei Handlungsfeldern, nämlich den Jugendämtern, den Trägern und den Unternehmen, sollen neue Ressourcen gebündelt werden. Ziel ist es, innovative, die Betreuungslandschaft ergänzende und vor allem für den Arbeitsmarkt passende Lösungen zu entwickeln – auch und vor allem im Hinblick auf die Finanzierung.

Die **do.it projekt-management GmbH & Co. KG** ist eine Unternehmensberatung, die Lösungen aus dem Erfahrungstransfer des Kinderhauses Rasselbande gem.GmbH vermittelt, das bereits 1995 zunächst als Elterninitiative gegründet wurde. Das Angebot des Kinderhauses umfasst von Beginn an

- die Betreuung von Kindern ab 4 Monaten bis 12 Jahren
- eine von Familien flexibel mit unterschiedlichen Zeitbausteinen wählbare Betreuung
- kurzfristige Anpassungen an sich verändernde Arbeitszeiten
- Sonderbetreuungen, die zum bestehenden Grundvertrag in Anspruch genommen werden können
- verlässliche Ferienbetreuung, auch für Externe

¹ U.Fa.Flex – Unternehmen, Familien, Flexibilität – in der Emscher-Lippe Region gefördert durch Regionen Stärken Frauen 2004

U.Fa.Flex.NRW – ein Modellprojekt des Arbeitsministeriums NRW zum Thema „Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung“, gefördert mit Mitteln der EU, Laufzeit Januar 2006 bis Dezember 2007 www.ufaflex.de

- Familiendienste, die die institutionelle Betreuung ergänzen
- Kleingruppen für jüngere Kinder
- Fahrdienste, um kleine Zeitlücken zu überbrücken
- Bildungsmaßnahmen im Kurssystem
- Arbeitgeber- und Arbeitnehmerberatung zu Fragen flexibler Kinderbetreuung und Fördermöglichkeiten.

Die in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern und dem Landesjugendamt angebotenen Betreuungsbausteine sind passgenaue Lösungen für Familien, Unternehmen und Jugendhilfeplanung.

Eines der Kernziele im Beratungsprozess ist, dass vorhandene Betreuungsangebote der Städte bei der Entwicklung ergänzender Module Berücksichtigung finden. Jede Kommune soll individuell je nach politischen wie verwaltungsinternen Zielsetzungen bei diesem Neugestaltungsprozeß begleitet werden. Die enge Einbindung von Unternehmen, die wieder ihren Bedarf zur Umsetzung flexibler Kinderbetreuung signalisieren, ist von zentraler Bedeutung.

Die Träger, die Kinderbetreuung anbieten, erkennen im Prozess der Vernetzung, ob bzw. dass sie ihr Angebot inhaltlich ändern müssen. Neue pädagogische aber auch organisatorische Gesichtspunkte rücken in den Mittelpunkt, wie z.B.:

- Definition von Flexibilität
- Aufbau von Betreuungsbausteinen
- Flexible Beitragsfinanzierung für Eltern und Unternehmen
- Sonderbetreuungen, die Spitzenzeiten abdecken
- Ausbau der Versorgung unter 3-jähriger
- Coaching des pädagogischen Personals
- Schaffung einer verlässlichen Organisationsstruktur

Als Ergebnis zeigt sich bereits in sieben Städten Nordrhein-Westfalens – Recklinghausen, Dülmen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mettmann, Bochum und Hückeswagen –, dass durch die Einbindung vieler Partner eine Mehssäulenfinanzierung für ein flexibles beschäftigtenorientiertes Angebot entsteht. Dieses ist zukunftsfähig und wirkt nachhaltig, da die Kostenlast auf mehreren Schultern verteilt wird. Statt der Umsetzung mit klassischen Betriebskindergärten wurden hier Lösungsstrategien gefunden, die den Anforderungen der öffentlichen Jugendhilfe und dem Arbeitsmarkt gerecht werden. Familien erhalten auf diesem Wege Partner, die ihnen mehr Zeit mit ihren Kindern schenken und dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ nicht nur mit Frust sondern mit Lust begegnen.

Kontakt:

do.it projekt-management GmbH & Co. KG

Angelika Kirstein, Geschäftsführerin

Johannesstr. 5

44577 Castrop-Rauxel

Fon: 02305 / 355479

Fax: 02305 / 355478

ak@do-it-management.de

www.do-it-management.de

Ursula Neumann

Der „Verbund für Unternehmen und Familie e.V.“

Um die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Unternehmen zu verbessern, wurde 1996 ein Unternehmensverbund mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet. Diesem „Verbund für Unternehmen und Familie e. V.“ gehören heute 55 aktive Unternehmen an. Unter dem Motto „Gemeinsam gewinnen“ werden Unternehmen verschiedenster Größe bei der Entwicklung und Umsetzung praxisnaher betrieblicher Lösungen, von denen alle Beteiligten profitieren, unterstützt. Organisation und Zusammensetzung seiner Gremien sind auf eine zielorientierte Zusammenarbeit von Mitgliedsunternehmen, Experten und Expertinnen ausgerichtet. Der Vorstand wird durch einen Fachbeirat unterstützt, in dem auch die Landesregierung vertreten ist. Die Geschäftsstelle des Verbundes ist angesiedelt im Zentrum Frau in Beruf und Technik in Castrop Rauxel. Aktive Mitglieder profitieren von Synergieeffekten und machen ihren Einfluss für eine familienorientierte Personalpolitik geltend.

Der „Verbund für Unternehmen und Familie e.V.“ versteht sich heute als Dienstleister für Unternehmen und deren Beschäftigte rund um die „Familienorientierte Personalpolitik“ und die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Den veränderten Lebensbedingungen trägt das Projekt durch einen weit gefassten

Familienbegriff Rechnung, der neben der klassischen Familie auch Allein-erziehende und Patchwork-Familien umfasst sowie gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kindern und pflegebedürftige Angehörige. Die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft spiegelt sich in der Verbundarbeit durch eine wachsende Nachfrage nach Problemlösungen für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege wider. Aber auch Probleme, die Folge immer älter werdender Beleg-schaften sind, werden zunehmend an den Verbund herangetragen.

Das Verbundangebot

Zu den Service-Leistungen für Unternehmen und ihre Beschäftigten gehören Arbeitszeit-Beratungen und Arbeitszeit-Checks, die Durchführung des audit berufundfamilie®, Workshops für Führungskräfte, Beratung zu Fragen familien-bewusster Personalpolitik, zum Umgang mit Elternzeit, Teilzeitrecht sowie Unterstützungsmöglichkeiten für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen. Auch Beratung rund um die Kinderbetreuung, Vermittlung von Notfall-Kinderbetreuung und die Betreuungsdatenbank www.kinderbetreuungplus.de sind Teil des Angebots. Außerdem organisiert und moderiert der Verbund Fachveranstaltungen wie „Betriebliche Maßnahmen familienorientierter Unter-nehmensführung“ oder „Flexible Arbeitszeitmodelle“, er schult Personalverant-wortliche und unterstützt diese mit dem CD-ROM-Handbuch „Personalarbeit und Elternzeit“. Qualifizierungsangebote für Beschäftigte und die Zeitschriften PLUSpunkt für Personalverantwortliche und ZEITgleich für die Beschäftigten runden das Spektrum ab.

Der Verbund für Unternehmen und Familie e.V. ist seit zehn Jahren erfolgreicher Partner von Politik und Wirtschaft. Er wird aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds und vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW gefördert und durch die gemeinnützige Hertie-Stiftung unterstützt.

Aktuelles Projekt: Kooperation mit zwei NRW Familienzentren

Die Suche nach unternehmensgerechten Kinderbetreuungslösungen ist eine weiteres wichtiges Anliegen des Verbundes. Denn betriebliche Anforderungen an die Kinderbetreuungszeiten, z.B. zur Gewährleistung bestimmter Maschinenlauf-zeiten oder erweiterter Servicezeiten im Unternehmen, werden bis heute von den meisten Betreuungseinrichtungen eher vernachlässigt. Deshalb ist der Verbund für Unternehmen und Familie e. V. in diesem Jahr eine kooperative Partnerschaft

mit zwei NRW-Familienzentren eingegangen. Das Johanniter-Kinderhaus in Datteln und das Kinderland Greven berücksichtigen schon bei der Entwicklung ihrer Angebote die Kinderbetreuungsbedarfe der ortsansässigen Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Vorhandene Betreuungslücken sollen geschlossen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden. Alle Beteiligten profitieren und werden von Beginn an aktiv in den Planungsprozess einbezogen.

Die Aufgabe des Verbundes besteht in diesem Pilotprojekt darin, den Kontakt zur örtlichen Wirtschaft herzustellen, die Betreuungseinrichtungen für die betrieblichen Bedingungen zu sensibilisieren und beide Seiten bei der Umsetzung zu unterstützen.

Kontakt

Verbund für Unternehmen und Familie e.V.

Ursula Neumann

Erinstraße 6

44575 Castrop-Rauxel

Fon: 02305-92150-10

neumann@zfbt.de

www.verbund-fuer-unternehmen-und-familie.de

Bärbel Pätzold

Kinderbetreuung per Mausclick. Datenbank www.kinderbetreuung-owl.de

Bei der Suche nach einem geeigneten Betreuungsangebot – insbesondere, wenn dabei kommunale oder Kreisgrenzen überschritten werden – treffen Eltern auf eine Vielzahl von Angeboten und undurchschaubare Strukturen (private Spielkreise, Tagesmüttervereine, Kirchenkreise, Jugendämter etc.); das Fehlen passgenauer Kinderbetreuung führt nicht zuletzt dazu, dass Frauen ihren Wunsch nach schnellem Wiedereinstieg in den Beruf zurückstellen.

Der Verein „Frauen fördern Frauen“ e.V., Detmold erkannte den bestehenden Handlungsbedarf und entwickelte im Rahmen eines Equal-Projektes die Internetdatenbank **www.kinderbetreuung-owl.de**.

Mit der Einrichtung des Portals entstand ein kreis-, altersstufen- und fachgebiets-übergreifendes Informations- und Serviceangebot für die gesamte Region Ostwestfalen-Lippe.

Vorrangiges Ziel war es, die in der Region bereits vorhandenen Informationen zu sammeln, zu vernetzen und benutzerfreundlich aufzuarbeiten. Mit diesem Komplettangebot sollten Familien, Unternehmen und Institutionen in der sowohl

ländlichen als auch städtisch geprägten Region OWL praktische Hilfe und Unterstützung in Fragen der Kinderbetreuung erhalten.

In erster Linie dient die Internetdatenbank als Informationsportal für Eltern in Ostwestfalen-Lippe. Sie bietet eine Übersicht über alle in der Region bestehenden Betreuungseinrichtungen: Unter **www.kinderbetreuung-owl.de** sind Kontaktdaten und detaillierte Angaben zu allen bestehenden Kinderbetreuungsangeboten zusammengefasst. Insgesamt stehen in der Datenbank rund 65.000 Betreuungsplätze zur Auswahl. Adressen von zuständigen Jugendämtern, von Beratungs- und Vermittlungsstellen sowie von Verbänden und Vereinen helfen Eltern, einen geeigneten Betreuungsplatz für ihre Kinder zu finden und sich umfassend zu informieren.

Über spezielle Suchfunktionen können Betreuungsplätze gezielt nach Altersgruppen (z.B. 4 Monate bis 3 Jahre; ab 3 Jahre), Angebotsform (z.B. Bewegungskindergarten; heilpädagogische Einrichtung; integrativ), Trägerart (z.B. kommunal, kirchlich, DRK, AWO, Elterninitiativen) und Betreuungszeitraum (z.B. ganztags, vor-, oder nachmittags, mit/ohne Mittagessen), ausgewählt werden.

In vier Freien Foren der Internetdatenbank können, Eltern, Betreuungskräfte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger Kontakt zueinander aufnehmen und eigene Formen der Kindertagesbetreuung organisieren. Im Forum „Tagesmütter“ finden Betreuung suchende Eltern und Tagespflegeeltern zueinander.

Das Forum „Babysitter“ beinhaltet Angebote und Gesuche von Kurzzeitbetreuung und Betreuung außerhalb der regulären Kita-Zeiten.

Interessierte, die sich einfach nur über das Thema Kindertagesbetreuung austauschen wollen, treffen sich im Forum „Diskussion/Plauderecke“. Das Forum „Jobbörse“ schließlich enthält Stellenangebote und -gesuche für Betreuungspersonal und Einträge von Frauen und Männern, die eine Beschäftigung im Bereich der Kindertagesbetreuung suchen. Dieses Forum ist auch Anlaufstelle für Interessierte, die sich zu Erzieherinnen, Erziehern oder Tageseltern qualifizieren und zum Thema Kindertagesbetreuung weiterbilden möchten.

In zunehmendem Maße wird **www.kinderbetreuung-owl.de** auch von Arbeitsagenturen und Unternehmen genutzt, die Arbeitsuchende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Suche nach einer passenden Kinderbetreuung unterstützen. Müttern und Vätern wird dadurch der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit erleichtert. Unternehmen profitieren von reduzierten Ausfallzeiten

und binden hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Der Service der Datenbank steht damit nicht zuletzt als Beitrag zur Erhöhung der Standortqualität der Region OWL.

Durch eine ständige und enge Zusammenarbeit mit Trägern, Jugendämtern und privaten Anbietern stehen die in der Datenbank enthaltenen Informationen stets aktualisiert zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es Kooperationen mit Unternehmen, Volkshochschulen, Weiterbildungs- und privaten Betreuungsanbietenden.

Die Kinderbetreuungsdatenbank www.kinderbetreuung-owl.de hat sich in OWL mit 6000 Nutzerinnen und Nutzern im Monat etabliert und entwickelt sich für die gesamte Region zu einem wichtigen und imagefördernden Projekt.

Mitte 2006 wurde die Kinderbetreuungsdatenbank für OWL durch das Bundesfamilienministerium als bundesweit „Gutes Beispiel“ ausgezeichnet.

Kontakt

Frauen fördern Frauen e.V., Detmold
Bärbel Pätzold
Bad Meinberger Straße 1
32760 Detmold
Fon 05231-954211
info@kinderbetreuung-owl.de

Links

www.mags.nrw.de
www.arbeitsmarkt.nrw.de
www.arbeitszeiten.nrw.de
www.bmas.bund.de
www.destatis.de/arbeitsmarkt
www.bmfsfj.de
www.gib-nrw.de
www.zfbt.de
www.equal-abc.de
www.fast-4ward.de
www.agenturmark.de
www.ihk-nordwestfalen.de
www.frauenmachenkarriere.de
www.demowerkzeuge.de
www.demotrans.de
www.arbid.de/
www.gruenderinnenagentur.de
www.iab.de
www.igbce.de
www.womens-careers.de
www.verbund-fuer-unternehmen-und-familie.de
www.kinderbetreuungplus.de
www.ffp-muenster.de
www.teilzeit-info.de
www.beruf-familie-zukunft.de
www.ufaflex.de
www.unter-einem-hut.de
www.vereinbarkeitslotse.de
www.berufstaetige-muetter.de

Kapitel 4

Zusammenleben der Generationen

Hans Bertram Generationenkonflikt oder Generationensolidarität?

Francois Höpflinger Frauen und Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte

Margherita Zander Migrantinnen in der Generationenperspektive

Wassilios Fthenakis Vaterschaft in Deutschland – die sanfte Revolution in der Familie

Cornelia Kricheldorf Zwischen Sorgebeziehungen und Selbstverwirklichung – Facetten und Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Frauen

Praxis

Ingeborg Heinze Vorsorge im und für das Alter. Was Sie schon immer regeln sollten: Testament – Vorsorgevollmacht – Patientenverfügung

Stadt Aachen Vorstellung des Fachbereichs Wohnen.
Die Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN

Judith Kropp, Sandra Wiegeler Wohnen für Hilfe. Wohnpartnerschaften zwischen Alt und Jung – eine Chance für den Generationsaustausch

Hans Bertram

Generationenkonflikt oder Generationensolidarität?¹

In der Diskussion über das Verhältnis zwischen den Generationen müssen grundsätzlich zwei Ebenen unterschieden werden, nämlich die Ebene der gesellschaftlichen Entwicklung und die Ebene der familiären Entwicklung. Diese Unterscheidung ist notwendig, weil die jeweiligen Entwicklungen sehr unterschiedlich sind. Auf der gesellschaftlichen Ebene gibt es keinesfalls eine Generationengerechtigkeit oder gar eine Generationensolidarität, hingegen existiert auf der Ebene familiärer sozialer Beziehungen ein starker Zusammenhalt zwischen den Generationen. Diese These möchte ich anhand von Daten aus Untersuchungen in den USA und Deutschland verdeutlichen.

Zur gesellschaftlichen Ebene behaupte ich, dass ein Verteilungskampf oder, vorsichtiger formuliert, eine Auseinandersetzung zwischen den Generationen stattfindet. Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass die ältere Generation, das heißt die zwischen 1928 und 1942 geborenen, heute zu den ökonomischen Gewinnern gehört und die jüngste Generation zu den Verlierern. Betrachten wir dazu zunächst die Daten aus Deutschland. Im Gegensatz zu der vorhergehenden und

¹ Dieser Beitrag ist auch in der Dokumentation einer Internationalen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in der Reihe „Zukunft der Arbeit“ am 9./10. November 2001 in Berlin enthalten.
<http://www.boell.de/downloads/arbeit/ZukunftArbeit5.pdf>

auch der nachfolgenden Generation hatte die „Gewinnergeneration“, die ich auch gern als „Kohl-Generation“ bezeichne, so gut wie keinen Berufswechsel. Diese Generation hat die alte Bundesrepublik in allen Bereichen, auch in den sozialen Sicherungssystemen strukturiert. Grundlage der Konstruktion war das so genannte Normalarbeitsverhältnis mit der Vorstellung, dass man in einem Betrieb auf Dauer beschäftigt ist und dafür auf Dauer seine Rente bekommt, die dann wiederum von der nächsten Generation bezahlt wird. Diese Konstruktion hat dazu geführt, dass diese eine Generation enorme Gewinne macht. Besonders deutlich wird das, wenn die Einzahlungen dieser Generation in die entsprechenden sozialen Sicherungssysteme den Leistungen gegenübergestellt werden, die diese Gewinnergeneration aus den sozialen Sicherungssystemen erhält. Nach den Berechnungen von Bernd Raffelhüschen² sowie der Bundesbank ist von einem Gewinn von etwa 200.000 bis 300.000 DM pro Person auszugehen. Schon die Verzinsungen liegen jenseits der Aktiengewinne der gleichen Generation. Das heißt, dass die Rentenzahlungen für diese Generation ein hervorragendes Investment waren. Und das ist keinesfalls ein deutsches Phänomen, da auch die Daten aus US-amerikanischen Untersuchungen diese These bestätigen.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind hinreichend beschrieben worden: Auf der einen Seite wurde die Altersarmut weitgehend beseitigt, jedoch ist auf der anderen Seite ein deutlicher Anstieg bei der Kinderarmut zu beobachten. Wird etwa die relative Armutsgrenze bei 40 oder 50 Prozent des durchschnittlichen bundesrepublikanischen Einkommens angesetzt, dann lässt sich für ein Bundesland wie das Saarland sagen, dass dort 80 Prozent der Drei-Kinder-Familien unterhalb dieser Grenze leben. Während die ältere Generation also aktuell von diese Konstruktion profitiert, hat die Gruppe der jungen Menschen schon beim Aufwachsen Probleme. Eine solche Entwicklung lässt sich in allen Industrieländer beobachten, die ähnliche Konstruktionen der sozialen Sicherung haben.

Die demografische Entwicklung und die Konsequenzen daraus waren seit spätestens Anfang der achtziger Jahren bekannt. Damals wäre es möglich gewesen, viele der Effekte, die wir heute beobachten, aufzufangen. Weil erst jetzt gehandelt wird und solche Systeme nur langfristig zu verändern sind, fehlen auf der politischen Ebene des Generationenausgleichs 20 Jahre. Und diese verlorenen Jahre können nicht aufgeholt werden, weil die Zinseszins-effekte verloren sind. In diesem Bereich der Gesellschaftspolitik besteht also ein Verteilungskonflikt oder eine Verteilungauseinandersetzung, bei der eine Generation außerordentlich profitiert. Aber auch in anderen Bereichen zeigt sich, dass auf der gesellschaftlichen Ebene keinesfalls von Generationensolidarität oder -gerechtigkeit ge-

² Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg

sprochen werden kann, etwa in der Frage der Wochenarbeitszeit und der Lebensarbeitszeit. Es wird zwar über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit gesprochen, jedoch haben wir in den letzten 20 Jahren genau das Gegenteil erlebt, was wiederum nicht nur ein Spezifikum der Bundesrepublik ist. Versuche in Frankreich und Italien, die Lebensarbeitszeit nur ein bisschen anzuheben, mussten aufgegeben werden. Die Erwartung, nur bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten, ist ganz offensichtlich in der Bevölkerung so stark verankert, dass sie normativ wirkt. Als Folge muss heute jene mittlere Generation, die eigentlich die Kinder erziehen sollte, Leistungen einmal für einen immer größeren Prozentsatz von Personen, der immer kürzer arbeitet, erbringen und zugleich auch für die nachwachsende Generation. Die ältere Generation ist nicht bereit, Arbeitszeit zu investieren, um die mittlere Generation zu entlasten.

Das wird auch an der Entwicklung der Zeitkontingente deutlich, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. In den USA ist inzwischen die Vollerwerbstätigkeit für Frauen weitgehend durchgesetzt. Eine amerikanische Frau arbeitet knapp 35 Stunden pro Woche, ein amerikanischer Mann ungefähr 39 Stunden. Gemeinsam stehen sie dem Arbeitsmarkt also etwa mit 74 Stunden pro Woche zur Verfügung. In der Bundesrepublik gab es selbst zu den Hochzeiten, als die Gewerkschaften sagten „Sonntags gehört Papi mir“, eine Arbeitszeit von 48 Stunden. Heute liegt die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland für Frauen mit Kindern bei etwa 22 bis 26 Stunden und für Männer bei 38. Eine Familie stellt heute also dem Arbeitsmarkt rund 60 Stunden Zeit zur Verfügung, ohne dazu gehörige Fahrzeit.

Die Betrachtung der Entwicklung der Arbeitszeiten verweist auf eine enorme Verringerung des Zeitkontingents, das dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt wird. Das liegt nicht etwa daran, dass nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Es ist viel mehr so, dass ein bestimmter Teil der Bevölkerung nicht bereit ist, länger am Arbeitsmarkt zu partizipieren bzw. die sozialpolitischen Systeme genau dieses Phänomen erzeugen. Im Einzelnen ist nicht genau abzuschätzen, ob die Gründe für diese Entwicklung eher in den Motiven der Menschen liegen oder ob es sich um Konsequenzen bestimmter Steuerungsmechanismen handelt.

Dieser Effekt wird sich in Zukunft noch verstärken. Wir können davon ausgehen, dass sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen aufgrund der demografischen Entwicklung der Arbeitsleistung der Männer annähert. Möglicherweise wird sie diese sogar überstiegen, weil das Humankapital, das die jungen Frauen darstellen, in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft gebraucht wird. Die Frauen, die noch nicht 40, sondern nur 26 Stunden arbeiten, stellen eine Reserve dar, die der Arbeitsmarkt ausnutzen kann. Nach Prognosen aus den USA wird die Frauen-

erwerbsquote die der Männer sogar übersteigen, weil die Männer in riskanteren Berufe arbeiten und so aufgrund von Arbeitsunfähigkeit in einem höheren Masse ausfallen. Auf der gesellschaftlichen Ebene kann also nicht von Generationensolidarität oder Generationengerechtigkeit gesprochen werden. Diese Tatbestände sind allgemein bekannt. Aber die einzige Reaktion der Politik auf diese Entwicklung ist die Forderung nach mehr Kindergärten und Kinderbetreuungsplätzen, damit die Zeitkontingente der mittleren Generation dem Arbeitsmarkt noch mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Auf der Ebene der familiären Beziehungen stellt sich die Entwicklung völlig anders dar, wie sich anhand von Generationenstudien zeigen lässt. Die berühmte Vier-Generationen-Studie, die 1928 in Berkeley/USA begonnen wurde, untersucht, wie sich die familiären Verhältnisse in diesen vier Generationen entwickelt haben. Eine ähnliche Längsschnittstudie aus Harvard/USA umfasst auch diese unglaubliche Zeitperspektive. Aus diesen Studien lässt sich relativ genau ableiten, wie sich die Beziehungsstrukturen im Verhältnis von Eltern zu Kindern und von Kindern zu Eltern im Laufe des 20. Jahrhunderts verändert haben. Beispielsweise hat der Liberalisierungsschub der Sechzigerjahre einen erheblichen positiven Effekt auf die Eltern-Kind-Beziehung noch bis zum 30. bis 35. Lebensjahr der Kinder gehabt. John Clausen, einer der Autoren dieser Studie, erklärt das mit der Bedeutung, die bestimmte Entwicklungsphasen für die weitere Eltern-Kind-Beziehungen haben: Wenn die Eltern bereit sind, ihre Kinder im Lebensalter zwischen 10 und 16 Jahren in ihren Bedürfnissen und Lebensvorstellungen ernst zu nehmen und ihre Entwicklung zu unterstützen, wirkt sich das direkt auf die Beziehung, die Kinder im Lebensverlauf zu ihren Eltern aufbauen, aus. Verläuft diese Phase gut, so sind die Beziehungen im späteren Lebensalter der Kinder, also mit 30 oder 40 Jahren, zu ihren Eltern relativ stabil. War diese Phase dagegen problematisch, ist das offensichtlich später nicht ohne weiteres wieder gut zu machen. Auf Grund der positiven Auswirkungen des Liberalisierungsschubs, so Clausen, hat sich die Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen entgegen der politischen Entwicklungen verbessert.

Dass das ist nicht nur für die USA so stimmt, zeigen die Daten der Shell-Studien. Diese wurden zwar nicht als Längsschnitte konzipiert, haben aber seit den Fünfzigerjahren Jugendliche kontinuierlich nach ihrem Verhältnis zu den Eltern befragt. Nach den Ergebnissen dieser Studien berichten Kinder und junge Erwachsene heute in der Regel über ein besseres Verhältnis zu ihren Eltern als in den Fünfzigerjahren. Auch hier in Deutschland scheint sich also eine sehr ähnliche Entwicklung in den Eltern-Kind-Beziehungen vollzogen zu haben. Jetzt könnte man fragen, ob die Kinder mit ihren Eltern über deren Renten streiten,

doch werden auf der konkreten Interaktionsebene ganz andere Beziehungsdiskussionen geführt. Jugendliche zwischen 10 und 18 werfen ihren eigenen Eltern nicht vor, dass diese später zuviel Rente bekommen, weil das zum einen die individuellen Solidarbeziehungen zwischen Eltern und Kindern ausschließen und weil die Jugendlichen zum anderen in einem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Eltern stehen. Das heißt, selbst wenn die Generationenverhältnisse auf der Makroebene ungerecht sind, muss das keine Auswirkungen auf die Mikroebene haben.

Netzwerkuntersuchungen über die Beziehungen und die Aktivitäten von Eltern mit Kindern zeigen, wie sich die Eltern-Kind-Beziehungen in Relation zur Entwicklung der Haushaltsstruktur im Lebensverlauf verändern. Als wichtigstes Ergebnis bleiben die engen emotionalen Beziehungen (close feelings) über den ganzen Lebensverlauf gleich: Die Beziehungen, die Eltern zu ihren Kindern aufbauen, bleiben unbeeinflusst vom Lebensalter der Kinder. Veränderungen zeigen sich in anderen Bereichen, etwa bei der Freizeit: Wenn die Kinder aus dem Elternhaus ausgezogen sind, gibt es keine gemeinsame Freizeit mehr. Ein deutlicher Indikator für familiäres Zusammenleben sind auch die gemeinsamen Mahlzeiten, die in Deutschland im Unterschied zu den USA eine große Rolle spielen; auch diese folgen dem Muster der Freizeit und hören auf, wenn die Kinder ausziehen. Dagegen steigt zu diesem Zeitpunkt die Menge der persönlich wichtigen Gespräche. Das heißt, erst wenn die Kinder ausgezogen sind, werden sie zu kommunikativen Partnern der Eltern. Offenbar brauchen beide Seiten die Trennung, um diese Funktion erfüllen zu können.

Auch die häufige Behauptung, in der modernen Gesellschaft könnten Familien gar nicht miteinander reden, weil alle so weit auseinander wohnen, hält einer empirischen Prüfung nicht stand. Deutschland hat eine relativ immobile Gesellschaft; seit dem Ende der Industrialisierung, also etwa seit 1970, ist die Mobilität sogar zurückgegangen und liegt heute niedriger als in den Fünfziger- und Sechzigerjahren. Auch ist Deutschland eine eher kleine Gesellschaft, so dass bei etwa 50 bis 60 Prozent der Eltern ein Kind weniger als 15 Minuten Fußweg entfernt wohnt. Die Mobilität entsteht eher durch den Weggang des zweiten Kindes. Es zeigt sich, dass die Nähe in den Großstädten sogar noch größer ist als in ländlichen Regionen. Menschen, die in Hamburg geboren sind, ziehen zwar in ein anderes Viertel, aber nicht etwa nach Mecklenburg-Vorpommern.

Auf der individuellen Ebene entspricht die Entwicklung trotz der Veränderung der Haushaltsstrukturen (mehr Single-Haushalte und Ein-Personen-Haushalte, neue Lebensformen usw.) den beschriebenen Formen des Wandels. Es gibt verschiedene Formen enger sozialer Beziehungen zwischen Eltern und Kindern,

selbst wenn die Kinder nicht mehr im Elternhaus wohnen, was als „Intimität auf Distanz“ zu bezeichnen ist. Darin ist der zentrale Wandlungsaspekt zu sehen.

Dennoch gibt es auch auf dieser Ebene einige Entwicklungen, die von erheblicher politischer Bedeutung sind. Sie ergeben sich daraus, dass in Deutschland etwa ein Drittel der Bevölkerung keine Kinder mehr haben wird, zugleich aber die Beziehungen personaler Art familiär organisiert sind. Ein Drittel der Bevölkerung wird also auf Dauer solche Beziehungen nicht aufbauen können, weil sie keine Kinder haben, und werden im hohen Alter deutlich weniger persönliche Beziehungen haben, zum einen weil von ihren Generationsgenossen immer mehr sterben, und zum anderen weil Beziehungen zur nächsten Generation nicht aufgebaut werden können. In einer empirischen Studie (Bertram 1995) geben die kinderlosen Achtzigjährigen im Durchschnitt zwei Kommunikationspartner an. Dagegen benennen die Achtzigjährigen mit Kindern im Durchschnitt zwölf Kommunikationspartner, unabhängig davon, ob sie geschieden, verheiratet oder verwitwet waren. Das ist eine drastische Differenz.

Gesellschaftspolitisch stellt sich die Frage, wie wir Beziehungen im höheren Lebensalter organisieren. Dieses Problem ist mindestens so dramatisch und wichtig wie die Frage nach der Herstellung der Generationengerechtigkeit auf der ökonomischen Ebene.

Es gibt zwei zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft: Wie können wir die extreme ökonomische Ungerechtigkeit zwischen den Generationen aufbrechen? Wie können wir auf die Reichhaltigkeit der Beziehungsstrukturen zwischen den Generationen, die sich innerhalb von Familien in den jüngeren Lebensphasen der Kinder entwickeln, gesamtgesellschaftlich so gestalten, dass nicht ein Teil der Gesellschaft auf Dauer davon ausgeschlossen bleibt?

François Höpflinger

Frauen und Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte

Einführung

Die Lebenslage und die Generationenbeziehungen von Frauen werden in der zweiten Lebenshälfte (50+) durch zwei sozio-demografische Faktoren bestimmt:

Erstens erreichen Frauen weiterhin häufiger als Männer ein höheres Lebensalter. So erleben gemäss Sterbetafeln 2002/2004 zwei Drittel (66 %) der Frauen in Deutschland das 80. Lebensjahr, im Vergleich zu weniger als die Hälfte (46 %) der Männer. Gut ein Viertel (25 %) der Frauen kann den 90. Geburtstag feiern, im Vergleich zu nur einem Achtel (12.5 %) der Männer. Entsprechend werden Frauen mit steigendem Lebensalter immer stärker zur demografischen Mehrheit; eine demografische Mehrheit, die sich bei neueren Generationen von Frauen immer mehr auch alterspolitisch bemerkbar macht. Von diesen demografischen Verschiebungen sind die Generationenbeziehungen ebenfalls mitbetroffen, da Frauengenerationen eine längere gemeinsame Lebensspanne aufweisen als Männergenerationen. Mütter und Großmütter sind länger vorhanden als Väter und Großväter, und dies führt in der zweiten Lebenshälfte zu einer „Feminisierung familialer Generationenbeziehungen“; eine Tendenz, die durch

eine matrilineare Ausrichtung verwandtschaftlicher Beziehungen zusätzlich verstärkt wird.

Zweitens kommt es im höheren Lebensalter zu einem Auseinanderfallen der Lebensformen von Frauen und Männern. Da Frauen oftmals länger leben als Männer, und Männer bei Paarbeziehungen häufig eine jüngere Frau wählen, leben Männer im Alter deutlich häufiger als Frauen in einer Paarbeziehung (was durch eine höhere Wiederverheiratungsrate von Männern zusätzlich verstärkt wird). Während 2004 in Deutschland mehr als siebenzig Prozent der Zuhause lebenden 80-jährigen und älteren Männer in einer Paarbeziehung lebten, waren dies bei den über 80-jährigen Frauen nur gut ein Zehntel (wogegen achtzig Prozent verwitwet waren) (vgl. Kohli et al. 2005). Männer werden im Alter sehr viel häufiger durch eine Partnerin gepflegt als dies umgekehrt der Fall ist. Frauen sind im Alter häufiger auf intergenerationelle Pflegeleistungen und -solidarität angewiesen; abgesehen davon, dass sie vorgängig häufiger unbezahlte Pflegeleistungen zugunsten anderer Generationen übernommen haben. Intergenerationelle Pflegeverhältnisse – sei es Pflege durch Töchter oder sei es Pflege durch professionelle Pflegefachpersonen (mehrheitlich Frauen) sind für Frauen im Alter weitaus bedeutsamer als für Männer. Die damit verbundenen Rollenumkehrungen (erwachsene Tochter pflegt eine betagte Mutter, die früher selbst Pflege leistete) können gerade bei Frauen mit zu intergenerationellen Ambivalenzen beitragen (vgl. Lettke 2002).

Im folgenden wird untersucht, in welchen Generationenkonstellationen sich deutsche Frauen von heute bewegen, und was dies für intergenerationelle Beziehungen und Unterstützung bedeutet. Anschließend werden bedeutsame intergenerationelle Rollen von Frauen in der zweiten Lebenshälfte angesprochen: erstens die Rolle einer erwachsenen Tochter gegenüber älteren – und dabei teilweise pflegebedürftigen – Eltern, und zweitens die Rolle als Großmutter und die Beziehung zu Enkelkindern.

Sozio-demografischer Hintergrund – Generationenkonstellationen von Frauen in der zweiten Lebenshälfte

Frauen – ähnlich wie Männer – leben in der zweiten Lebenshälfte überwiegend in Konstellationen mit drei oder sogar vier Generationen (vgl. Tabelle 1). Nur eine Minderheit der Frauen lebt im hohen Alter in einer Konstellation mit nur einer Generation. Dies betrifft vor allem Frauen ohne Nachkommen (oder früh verstorbenen Kindern). Sachgemäß ändern sich die Generationenkonstellationen in

Abhängigkeit vom Lebensalter, wobei individuell entscheidend ist, wie groß der Altersabstand zwischen Generationen ist und ob die Generationenabfolge durch Kinderlosigkeit unterbrochen wird (vgl. Hoff 2006: 249).

Die Angaben in Tabelle 1 lassen im Detail folgende Verschiebungen der Generationenkonstellationen von Frauen im Verlauf der zweiten Lebenshälfte erkennen:

Tabelle 1: Generationenkonstellationen von Frauen in der zweiten Lebenshälfte: Deutschland 2004

	<i>Zuhause lebende Frauen im Alter von:</i>			
	<i>50-59</i>	<i>60-79</i>	<i>70-79</i>	<i>80+</i>
Generationenkonstellation:				
1 Generation	6%	11%	17%	18%
2 Generationen	26%	19%	8%	6%
3 Generationen	46%	59%	51%	28%
4 Generationen	22%	11%	23%	48%
5 Generationen	0	0	1%	0
Biologische Eltern				
Mutter & Vater	17%	0	0	0
Nur Mutter	34%	15%	3%	2%
Nur Vater	6%	2%	0	0
Keine Eltern mehr	43%	83%	97%	98%
Lebende Kinder				
0	14%	12%	17%	18%
1	25%	23%	24%	32%
2	39%	36%	29%	24%
3 und mehr	22%	29%	30%	26%
Lebende Enkelkinder				
0	51%	24%	9%	7%
1	18%	13%	12%	11%
2	17%	20%	23%	20%
3 und mehr	14%	43%	56%	62%

Quelle: Kohli et al. 2005: Table 4A.9 ff. (Survey of Health, Ageing and Retirement SHARE 2004)

Mit steigendem Alter einer Frau sinkt erwartungsgemäß die Wahrscheinlichkeit, noch lebende Elternteile zu haben, aber auch im Alter von 50-59 Jahren ist die Mehrheit der Frauen weiterhin „Tochter“ eines Elternteils. Die Erhöhung der Lebenserwartung hat in den letzten Jahrzehnten zu einer deutlichen Erhöhung der gemeinsamen Lebensspanne namentlich von Töchtern und Müttern – aber auch

von Müttern und Söhnen – beigetragen (vgl. Lauterbach 1995). Das Altern und Sterben der Elterngeneration sind – wie später genauer diskutiert wird – oft mit töchterlicher Hilfe- und Pflegeverantwortung verknüpft.

Gegenwärtig weist die große Mehrheit der Frauen, die in der zweiten Lebenshälfte stehen, Nachkommen auf. Im hohen Alter nimmt der Anteil ohne (lebende) Kinder leicht zu (weil ein Teil der Kinder vor ihren Eltern stirbt). Die große Mehrheit der heute über 50-jährigen Frauen in Deutschland haben Kinder, weil es sich um ehe- und familienfreundliche Generationen handelt. Der Anteil kinderloser älterer Frauen wird allerdings in Zukunft ansteigen. Blieb die Frauengeneration 1945 – gegenwärtig 61-jährig – zu 12 % kinderlos, sind dies bei der Frauengeneration 1955 (heute 51-jährig) schon gut 19 %, und für die Frauengeneration 1965 wird sogar eine Kinderlosigkeitsquote von 31 % erwartet (vgl. Fux 2005: 87). Diese Entwicklung wird sachgemäß dazu führen, dass jüngere Frauengenerationen auch seltener Großmutterchaft erleben.

Die älteren Frauengenerationen haben großmehrheitlich Enkelkinder, und teilweise auch Urenkelkinder. Allein in der Altersgruppe 50-59 Jahre sind die Großmütter erst eine knappe Minderheit; einerseits, weil späte Familiengründung der nachkommenden Frauengenerationen zu später Großelternschaft führt; andererseits, weil die Kinder der ehe- und familienfreundlichen Frauengenerationen – wie erwähnt – häufiger kinderlos verbleiben.

Wie andere Lebensbereiche unterliegen somit auch die weiblichen Generationenkonstellationen merkbaren Kohortenunterschieden, und die heute vielfältigen Mehr-Generationenkonstellationen älterer Frauen werden sich bei späteren Generationen tendenziell verdünnen, was beispielsweise zu einem erhöhten Bedarf nach ausserfamilialen weiblichen Netzwerken im Alter beitragen kann.

Da heute Kinder später geboren werden und teilweise länger zu Hause wohnhaft bleiben, lebt gut ein Drittel der 50-59-jährigen Frauen noch mit (teilweise erwachsenen) Kindern im gleichen Haushalt. Im höheren Lebensalter wird ein Zusammenleben mit (erwachsenen) Kindern hingegen zur Ausnahme, und auch im hohen Lebensalter ziehen betagte Eltern nur selten in den Haushalt ihrer Kinder (vgl. Tabelle 2).

Frauen leben in der zweiten Lebenshälfte überwiegend in Ein-Generationen-Haushalten, was mit dem Streben nach einer unabhängigen Lebensgestaltung auch im hohen Lebensalter einher geht. Das heute klar dominante Muster der Generationengestaltung ist das Muster der sogenannten „multilokalen Mehr-Generationenfamilien“ (Bertram 2000): Mehrere Familiengenerationen, die

**Tabelle 2: Intergenerationelle Proximität in der zweiten Lebenshälfte:
Frauen in Deutschland 2004**

	<i>Zuhause lebende Frauen mit Kind(ern) im Alter von:</i>			
	<i>50-59</i>	<i>60-79</i>	<i>70-79</i>	<i>80+</i>
Wohnentfernung zum nächstgelegenen Kind				
– gleicher Haushalt	34%	10%	11%	11%
– gleiches Haus	10%	16%	16%	24%
– weniger als 1 km	8%	12%	19%	22%
– 1 bis 25 km	29%	43%	38%	30%
– 25 bis 100 km	8%	9%	8%	3%
– mehr als 100 km	11%	10%	8%	10%

Quelle: Kohli et al. 2005: Table 4A.9 ff. (Survey of Health, Ageing and Retirement SHARE 2004)

deshalb gute intergenerationelle Beziehungen aufweisen, weil sie nicht zusammenwohnen (müssen). Die überwiegende Mehrheit älterer Frauen lebt also nicht mit erwachsenen Kindern zusammen, aber zumindest ein Teil der Nachkommen lebt in räumlicher Nähe; ein Punkt, der auch im deutschen Alterssurvey 2002 sichtbar wurde (vgl. Hoff 2006). Die überwiegende Mehrheit der Frauen berichtete, dass zumindest eines ihrer Kinder innerhalb eines Umkreises von maximal 25 km lebte. Wohnmobilität im Alter ist nicht selten mit dem Wunsch verknüpft, näher bei den Kindern bzw. den Enkelkindern zu wohnen (Höpflinger 2004).

Intergenerationelle Beziehungen und Unterstützung – allgemeine Feststellungen

Im Gegensatz zu häufig geäußerten, kulturpessimistisch geprägten Ansichten haben sich die familial-verwandtschaftlichen Generationenbeziehungen – sofern Angehörige vorhanden sind – keineswegs verschlechtert, sondern die empirischen Studien zu den Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen während der zweiten Lebenshälfte (erwachsene Kinder und alternde Eltern bzw. Grosseltern und Enkelkinder) zeigen durchgehend folgendes Bild: Die verwandtschaftlichen Strukturen haben sich zwar aus demografischen Gründen gewandelt, aber es lässt sich nicht nachweisen, dass die verwandtschaftlichen Beziehungen allgemein an Bedeutung eingebüsst hätten, und von einem Zerfall familialer Solidarität kann nicht die Rede sein (vgl. Attias-Donfut 1995; Höpflinger et al. 2006; Kohli et al. 2000; Szydlik 2000). Diese Beobachtung wird durch die Daten des Alterssurvey 2002 bestätigt: Mehr als neunzig Prozent der 40-85-jährigen

Befragten erwähnen ein „sehr enges“ oder „enges“ Verhältnis zu ihren jugendlichen oder erwachsenen Kindern. Die engsten intergenerationellen Beziehungen sind diejenigen zwischen Müttern und Töchtern, wogegen sich die flüchtigsten familialen Generationenverhältnisse zwischen Söhnen und Vätern zeigen (vgl. Szydlik, Schupp 1998). Auch die Beziehungen der Befragten zu ihren Eltern – soweit noch vorhanden – zeichnen sich durch hohe Verbundenheitswerte aus, wenngleich nicht auf ganz so hohem Niveau wie zu den Kindern. „Sehr enge“ oder „enge“ Beziehungen zu ihren Eltern berichteten etwa drei Viertel der Befragten (vgl. Hoff 2006: 266).

In vielen Fällen verlaufen die familialen Solidar- und Hilfeleistungen in beide Richtungen; von der jüngeren Generation zur älteren Generation (Hilfe und Unterstützung im Alter), aber auch von der älteren Generation zur jüngeren Generation (z.B. Geldzuweisungen und finanzielle Unterstützung bei der Familiengründung, Betreuung der Enkelkinder). Dies wird durch die Daten in Tabelle 3 illustriert:

Tabelle 3: Erhalt und Leistung sozialer Unterstützung in der zweiten Lebenshälfte: Deutschland 2002

<i>Altersgruppe:</i>	<i>Frauen</i>			<i>Männer</i>		
	<i>40-54</i>	<i>55-69</i>	<i>70-85</i>	<i>40-54</i>	<i>55-69</i>	<i>70-85</i>
<i>Instrumentelle Unterstützung*</i>						
leisten	36%	24%	15%	39%	34%	17%
erhalten	20%	18%	40%	25%	24%	30%
<i>Geld- und Sachtransfers</i>						
leisten	27%	35%	29%	28%	38%	35%
erhalten	14%	6%	4%	12%	5%	2%
<i>Kognitive Unterstützung</i>						
leisten	94%	84%	76%	88%	83%	73%
erhalten	83%	76%	75%	77%	73%	65%
<i>Emotionale Hilfe</i>						
leisten	93%	86%	77%	85%	81%	69%
erhalten	83%	68%	67%	65%	56%	57%

* Arbeiten im Haushalt, z.B. beim Saubermachen, bei kleinen Reparaturen oder beim Einkaufen
Quelle: Hoff 2006: Tabellen 9 + 10 (Alterssurvey 2002)

Ältere Frauen und Männer erhalten nicht nur soziale Unterstützung, sondern sie leisten gleichzeitig soziale Unterstützung, wobei sich diese Unterstützungsleistungen primär unter Familienangehörigen bewegen. Im höheren Lebensalter ergibt sich teilweise eine Verschiebung zu mehr erhaltenen Hilfeleistungen. Dies

gilt namentlich für instrumentelle Unterstützungsleistungen, wogegen etwa bei kognitiver und emotionaler Hilfe die Hilfeleistungen auch im höheren Lebensalter in beide Richtungen (leisten und erhalten) gehen.

Wird allgemein nach sozialen bzw. familialen Unterstützungsleistungen gefragt, ergeben sich kaum ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede. Männer leisten und erhalten – gemäss Selbstauskunft – ähnlich viel Unterstützung wie Frauen. Einzig bei der ältesten Gruppe (70-85 Jahre) ergeben sich teilweise einige Differenzen, in der Richtung, dass Frauen mehr Hilfe erhalten und mehr emotionale Unterstützung leisten. Das Fehlen geschlechtsspezifischer Differenzen ist primär eine Folge der allgemeinen Fragestellung. Wird konkreter nach spezifischen familialen Leistungen – namentlich Betreuung und Pflege von Angehörigen – nachgefragt, ergeben sich deutlichere geschlechtsspezifische Unterschiede (wie später genauer aufgezeigt wird). Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte sind insgesamt jedoch keineswegs nur „Kostgänger der jüngeren Generationen“, und Lücken der familialen Generationensolidarität ergeben sich weniger, weil Angehörige nicht mehr zur Hilfe bereit sind, sondern eher, weil weniger Angehörige zur Verfügung stehen.

Bei der Beurteilung der verwandtschaftlichen Hilfe und Solidarität sind allerdings vier Beobachtungen zentral:

Erstens liegt die Bedeutung der verwandtschaftlichen Solidarität – mit Ausnahme der Hilfe für pflegebedürftige Angehörige oder der Betreuung von kleinen Enkelkindern – weniger in der Bewältigung des Alltagslebens. Die haushaltsübergreifenden familialen Netzwerke haben primär die Aufgabe eines flexiblen Hilfefotenzials, das in speziellen Situationen (Krisen, Krankheiten, Behinderungen) mobilisiert wird. Deshalb erfolgt die verwandtschaftliche Hilfe oft wenig systematisch und kaum organisiert. Im normalen Alltag treten die familial-verwandtschaftlichen Hilfebeziehungen stärker in den Hintergrund, da jede Generation ihr Alltagsleben weitgehend selbständig zu organisieren versucht. Deshalb vermittelt der normale Alltag häufig wenig Auskunft über das intergenerationelle Hilfefotenzial in Krisenzeiten.

Zweitens wird verwandtschaftliche Solidarität zwischen den Generationen primär in vertikaler Richtung (Kinder-Eltern-Großeltern) ausgeübt. Die horizontalen Verwandtschaftsbeziehungen (mit Geschwistern, Tanten oder Onkeln) fallen weniger ins Gewicht.

Drittens sind – wie in anderen Aspekten des Familienlebens – die Frauen die Hauptträgerinnen verwandtschaftlicher Beziehungsarbeiten. Es sind vorwiegend

die weiblichen Angehörigen, die verwandtschaftliche Beziehungen pflegen und tragen. Entsprechend sind die Kontakte zur Familie der Ehefrau meist enger als zur Familie des Ehemannes, und Töchter haben oft mehr Kontakte zu ihren Müttern als Söhne. Auch bei der Pflege betagter Elternteile sind Töchter und Schwiegertöchter oftmals aktiver als Söhne oder Schwiegersöhne.

Viertens werden familiäre Hilfe- und Unterstützungsleistungen zumeist nicht „aufgerechnet“, und entsprechend lassen sich Leistungen und Gegenleistungen etwa zwischen Kindern und Eltern nicht bilanzieren. Häufig schafft die Vielfalt monetärer wie nicht-monetärer Leistungen „eine Unübersichtlichkeit, die vor dem Aufrechnen bewahrt: Man kann gar nicht aufrechnen, auch wenn man es wollte.“ (Vaskovics 1997:153-154). Dadurch werden Ausmaß familialer – und vor allem auch unbezahlter weiblicher – Tätigkeiten von den betroffenen Familienmitgliedern oft systematisch unterschätzt.

Intergenerationelle Familienrollen von Frauen in der zweiten Lebenshälfte

Um die Generationenbeziehungen von Frauen in späteren Lebensphasen konkreter zu beschreiben, werden zwei familiäre Rollen – mit den damit verbundenen Verpflichtungen – kurz diskutiert: Zum ersten geht es um die Rolle als „Tochter“ alternder und zeitweise pflegebedürftiger Eltern. Zum anderen geht es um die Rolle als „Großmutter“ von Enkelkindern (bzw. der Kinder eigener Nachkommen).

Tochter alternder und pflegebedürftiger Eltern: Das Altern der eigenen Eltern – und für Frauen vor allem das Altern der eigenen Mutter – ist ein oft durchaus ambivalent erlebtes „Normalereignis“: Das Altern der Eltern ist ein Ereignis, welches sich einerseits der Kontrolle und Verantwortlichkeit der inzwischen erwachsen gewordenen Töchter weitgehend entzieht. Es erzeugt andererseits eine hohe direkte wie indirekte persönliche Betroffenheit, weil damit das eigene Altern sozusagen vorgezeichnet wird. Das Altern der Mutter ist für Töchter der „Schatten der eigenen Zukunft“, und zwar im positiven wie negativen Sinne. Ein geglücktes (und glückliches) Altern der eigenen Mutter stärkt die Hoffnungen auf ein gleichermaßen erfolgreiches Altern. Ein unglückliches oder durch körperlich-geistige Pflegebedürftigkeit beschwertes Altern der Mutter kann entsprechende Ängste vor dem eigenen Alter hervorrufen, aber auch den Wunsch und das Bestreben, sein eigenes Alter anders vorzubereiten und zu gestalten, als dies bei der eigenen Mutter beobachtet wurde. Zu den am negativsten erlebten kritischen Lebensereignissen des mittleren Lebensalters gehören eine erlebte Pflege-

bedürftigkeit von Eltern sowie der Tod des Vaters respektive der Mutter. Interessanterweise sind die Antizipationen dieser Lebensereignisse weniger negativ als das tatsächliche Erleben derselben. „Der Tod der eigenen Eltern ist dementsprechend ein ‚kritisches Lebensereignis‘, welches gesellschaftlich zwar wenig thematisiert wird, jedoch viele der befragten Frauen und Männer mittleren Alters stark und für längere Zeit betrifft und bewegt.“ (Perrig-Chiello, Höpflinger 2001: 92-93).

Vorgängig dem Tod der Eltern haben Töchter oft eine Phase der Pflegebedürftigkeit zu bewältigen. Gemäss einer deutschen Studie sind 23 % aller Hauptpflegepersonen von Pflegebedürftigen in Privathaushaltungen Töchter und nur 5 % Söhne. In 10 % der Fälle handelt es sich um Schwiebertöchter, Schwiegersöhne spielen dagegen keine Rolle. Sofern mehrere Kinder vorhanden sind, fällt die Hauptpflegeverantwortung in der Regel zunächst den weiblichen Angehörigen zu, und Söhne übernehmen Pflegeaufgaben häufig erst, wenn keine weiblichen Angehörigen zur Verfügung stehen (Schneekloth, Müller 2000: 52–54). Die von Töchtern meist fraglos praktizierte intergenerationelle Solidarität kann auf unterschiedlichen Motiven beruhen: gesellschaftliche Normen und Pflichtgefühl, Reziprozitätsvorstellungen („man hilft, weil man von den Eltern früher Hilfe erhalten hat“), ethisch-religiöse Motive sowie rollenimmanentes Verhalten. Finanzielle Gründe für die Übernahme von Pflegeleistungen scheinen – zumindest in Befragungen – nur eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Grässel 2000). In vielen Fällen entwickelt sich die familiäre Pflegebeziehung allmählich, und es ist nicht untypisch, dass die Verantwortung für Pflege eher unreflektiert und unvorbereitet übernommen wird. Vor allem bei chronischen Krankheiten oder in späteren Phasen der Pflegebedürftigkeit können der zeitliche Aufwand und die psychische Belastung einer pflegenden Tochter ausserordentlich hoch sein (vgl. Grässel 1998).

In diesem Rahmen können sich Doppelbelastungen ergeben, wenn die Pflege betagter Eltern mit einer Erwerbstätigkeit zusammenfällt (vgl. Dallinger 1996, Künemund 2000). Eine familien-demografische Analyse liess erkennen, dass gut zwei Fünftel der Frauen in der Schweiz zwischen dem 40-64 Lebensjahr potenziell damit konfrontiert sind, Erwerbstätigkeit und Pflege betagter Eltern zu kombinieren (vgl. Perrig-Chiello, Höpflinger 2005). Inwiefern ein potenzieller familial-beruflicher Vereinbarkeitskonflikt tatsächlich zu einer Doppelbelastung führt, hängt allerdings davon ab, ob und in welchem Masse andere Personen (Professionelle, andere Angehörige) bei der Alterspflege mithelfen. In einigen Fällen wird die Pflegesituation durch eine vorzeitige Aufgabe der Erwerbstätigkeit bewältigt, was sich negativ auf die Rentenansprüche vormals pflegender Frauen auswirken kann. Die demografische Entwicklung (mehr hochbetagte

Menschen und verhältnismäßig weniger Nachkommen) wird pflegerisch-berufliche Vereinbarkeitskonflikte zukünftig noch mehr in den Vordergrund rücken. Sozialpolitische Bestrebungen zur Erhöhung des Rentenalters und Sparmaßnahmen bei staatlichen Pflegeleistungen können diesen zweiten familial-beruflichen Vereinbarkeitskonflikt von Frauen unter Umständen zusätzlich verschärfen.

Großmutterschaft – als familiale Altersrolle: Großmutterschaft ist eine heute durchaus positiv besetzte, wenn auch stark stereotypisierte familiale Altersrolle. Neuere Studien zeigen, dass Großelternschaft auch in heutigen Gesellschaften eine bedeutsame familiale Rolle darstellt, wobei sich die Hinweise mehren, dass die Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern unter Bedingungen gesunden und aktiven Alterns eher intensiver wurden (vgl. Attias-Donfut, Segalen 2001; Smith, Drew 2002). Großmutterschaft ist eine familiale Rolle, die auf der Transmission generativer Werthaltungen und Verhaltensweisen beruht: Nur Personen mit Kindern, die wiederum Kinder zur Welt bringen, werden Großeltern. Die Zahl der Enkelkinder variiert daher in Abhängigkeit von der eigenen Kinderzahl und der Kinderzahl der nachfolgenden Generation. Großmütter sind deshalb sozial und familial oft traditioneller als gleichaltrige kinderlose Frauen, wobei der ausgeprägte Familialismus von Großmüttern durch die enge Anlehnung der Großelternbilder an bürgerliche Familiennormen verstärkt wird (vgl. Chvojka 2003; Gourdon 2001). Das Leitbild der „liebe- und verständnisvollen Großmutter“ wurde im Rahmen der Aufwertung bürgerlicher Familiennormen zu einem idealisierten und zeitlosen weiblichen Gefühlstypus (vgl. Göckenjan 2000). Vorstellungen zu Großmüttern als liebevolle, nachsichtige und ausgleichende ältere Frauen sind bis heute prägend, wobei das bürgerliche Großmutterbild auf eine zwar kinderliebende, gleichzeitig aber auch a-sexuelle und eher duldsame Person verweist. Mit der sozialen und emotionalen Aufwertung der Großmutterschaft bestand allerdings immer die Gefahr einer unerwünschten Konkurrenzierung der Mutter, und Großeltern wurden daher in der sozialen Realität oft auf ein deutlich abgestecktes „Feiertagsdasein“ mit beschränkten Kompetenzen festgelegt. Die eingeschränkte Erziehungsrolle der Großmutter ist ebenfalls ein Grundmotiv gesellschaftlicher Diskurse zur Großelternschaft, das bis heute aktuell geblieben ist, und Nichteinmischung in die Erziehung der Enkelkinder prägt die Idealvorstellung von Großmutterschaft. Entsprechend ist eine Koresidenz von Großmüttern und Enkelkindern klar die Ausnahme.

Eine 1995 in Deutschland durchgeführte Befragung bei 573 Großmüttern zeigte, dass Großmutterschaft für nahezu alle Großmütter eine generell hohe subjektive Bedeutung aufweist. „Bei Vorgabe einer zehnstufigen Skala gaben fast vier

Fünftel der Großmütter Werte zwischen sieben und zehn an; nur eine verschwindend geringe Quote (2 %) maß der Großmutterschaft eine geringere Bedeutung als den Wert fünf bei. Es zeigen sich unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit bzw. den Altersklassen grundsätzlich affirmative Grundeinstellungen hinsichtlich der Vorstellungen zur Großmutterschaft." (Herlyn, Lehmann 1998: 32). Selbst erwerbstätige Großmütter messen dieser Rolle eine hohe Bedeutung zu, wenn auch unter Beachtung ihrer außerfamilialen Interessen. Vor allem im Säuglings- und Kleinkindalter übernehmen viele Großmütter zumindest zeitweise die Betreuung des Enkelkinds. Gemäss einer 2004 durchgeführten Erhebung betreuen gut 43 % der deutschen Großmütter zeitweise oder regelmäßig ihre Enkelkinder (Kohli et al. 2005: 171). Auch in familialen Krisensituationen (Krankheit, Scheidung) leisten Großmütter häufig Unterstützung. Werden (heranwachsende) Enkelkinder befragt, zeigt sich ebenfalls eine hohe subjektive Wertschätzung namentlich ihrer Großmütter (vgl. Wieners 2005, Zinnecker et al. 2003). Die Kontakte und gemeinsamen Aktivitäten sind allerdings abhängig von Wohnortsnähe, der Verwandtschaftslinie – mit mehr und engeren Kontakten mit den Großeltern mütterlicherseits – sowie der Beziehung zwischen Großmutter und Tochter bzw. Schwiegertochter (vgl. Höpflinger et al. 2006).

Das idealisierte, aber normativ relativ offene Bild von Großmutterschaft erlaubt insgesamt viele Freiräume in der konkreten Gestaltung der Beziehung zu Enkelkindern: Von Großmüttern wird ein positiver Einfluss idealerweise erwartet, aber da sie gleichzeitig keine Erziehungsverantwortung haben (dürfen), sind sie in der persönlichen Gestaltung der Beziehung zur jüngsten Generation recht frei. Die familiale Altersrolle „Großmutter“ erlaubt „späte Freiheiten“ im Umgang mit der jüngsten Generation. Tatsächlich gibt es zunehmend mehr Hinweise in der Richtung, dass neue Generationen von Großmüttern die „alten Idealbilder“ zur Großelternschaft gezielt zur Konstruktion einer post-modernen Gestaltung von Generationenbeziehungen benützen und einsetzen. Da die Generationendifferenz zwischen Großmüttern und Enkelkindern von vornherein ausgeprägt ist, können sich Großmütter weitaus mehr als die Eltern auf das Niveau der jüngsten Generation zu bewegen. Im Umgang mit Enkelkindern können Großmütter zudem unbeschwert an frühere Phasen familialen Lebens (Umgang mit Kleinkindern, später Schulkindern und Teenagern) anknüpfen, ohne dafür die Erziehungsverantwortung tragen zu müssen. In diesem Zusammenhang sind es immer weniger die heranwachsenden Enkel, die von den Großeltern lernen, als umgekehrt die Großelterngeneration, die sich im Umgang mit den Enkeln sozusagen „sozio-kulturell verjüngt“.

Zusammenfassung

Frauen sind auch in der zweiten Lebenshälfte sehr häufig in – teilweise schicksalshafte – Generationenkonstellationen eingebunden. Nur eine Minderheit heutiger älterer Frauen lebt in Ein-Generationenkonstellationen. Die gegenwärtig vielfältigen Mehr-Generationenkonstellationen älterer Frauen werden sich allerdings bei späteren Generationen von Frauen – aufgrund erhöhter Kinderlosigkeit – tendenziell verdünnen. Die Generationenbeziehungen von Frauen in der zweiten Lebenshälfte sind vielfach durch das Muster „multilokaler Generationenbeziehungen“ gekennzeichnet: oft enge soziale Bindung zu erwachsenen Kindern und Enkelkindern, aber nur selten gemeinsames Haushalten. Die Unterstützungsleistungen zwischen den Frauengenerationen verlaufen auch im Alter oftmals in beide Richtungen, von Jung zu Alt, und von Alt zu Jung. In der zweiten Lebenshälfte werden Frauen häufig mit zwei unterschiedlichen intergenerationalen Anforderungen konfrontiert: erstens als Tochter alternder und pflegebedürftiger Eltern, und zweitens als Großmutter von Enkelkindern. Viele Frauen mittleren Alters leisten als Tochter bzw. Schwiegertochter beträchtliche – und oft belastende – Pflegeaufgaben zugunsten pflegebedürftiger Elternteile (wobei diese Pflegeleistungen immer häufiger zu einem Vereinbarkeitskonflikt mit beruflichen Interessen führen). Im höheren Lebensalter sind Frauen auch als (engagierte) Großmütter gefragt und gefordert, wobei das idealisierte, aber normativ offene Bild von Großmutter viele Freiräume in der Gestaltung der Beziehung zu Enkelkindern erlaubt. Als Töchter alternder Eltern, Mütter erwachsener Kinder und Großmütter heranwachsender Enkelkinder sind Frauen deshalb auch in der zweiten Lebenshälfte häufig vielfältig und mehrfach intergenerational gefordert.

Literaturverzeichnis

- Attias-Donfut, C. (ed.) (1995) Les solidarités entre générations. Vieillesse, familles, état, Paris: Ed. Nathan.*
- Attias-Donfut, C.; Segalen, M. (eds.) (2001) Le siècle des grands-parents: une génération phare, ici et ailleurs, Paris: Ed. Autrement.*
- Bertram, H. (2000) Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland: Die multilokale Mehrgenerationenfamilie, in: M. Kohli, M. Szydlik (Hrsg.) Generationen in Familie und Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich.*
- Chvojka, E. (2003) Geschichte der Großelternrollen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Wien/Köln: Böhlau Verlag.*
- Dallinger, U. (1996) Pflege und Beruf – ein neuer Vereinbarkeitskonflikt in der späten Familienphase. Ein Literatur- und Forschungsüberblick, Zeitschrift für Familienforschung, 82: 6-42.*
- Fux, B. (2005) Familiäre Lebensformen im Wandel, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.*
- Göckenjan, G. (2000) Das Alter würdigen. Altersbilder und Bedeutungswandel des Alters, Frankfurt: Suhrkamp.*
- Gourdon, V. (2001) Histoire des grands-parents, Paris: Perrin.*
- Grässel, E. (1998) Belastung und gesundheitliche Situation der Pflegenden. Querschnittuntersuchung zur häuslichen Pflege bei chronischem Hilfs- und Pflegebedarf im Alter, Egelsbach: Deutsche Hochschulschriften.*
- Grässel, E. (2000) Warum pflegen Angehörige? Ein Pflegemodell für die häusliche Pflege im höheren Lebensalter, Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie, 13, 2: 85-94.*
- Herlyn, I.; Lehmann, B. (1998) Großmutterchaft im Mehrgenerationenzusammenhang – Eine empirische Untersuchung aus der Perspektive von Großmüttern, Zeitschrift für Familienforschung, 10,1: 27-45.*
- Hoff, A. (2006) Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel, in: C. Tesch-Römer, H. Engstler, S. Wurm (Hrsg.) Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 231-287.*
- Höpflinger, F. (2004) Traditionelles und neues Wohnen im Alter, Zürich: Seismo-Verlag.*
- Höpflinger, F.; Hummel, C.; Hugentobler, V. (2006) Enkelkinder und ihre Großeltern – intergenerationelle Beziehungen im Wandel, Zürich: Seismo-Verlag*
- Kohli, M.; Künemund, H.; Motel, A.; Szydlik, M. (2000) Generationenbeziehungen, in: M. Kohli, H. Künemund (Hrsg.) Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey, Opladen: Leske + Budrich: 176-211.*
- Kohli, M.; Künemund, H.; Lüdicke, J. (2005) Family Structure, Proximity and Contact, in: A. Börsch-Supan et al. (eds.) Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, Mannheim: Mannheim Research Institute für the Economics of Ageing.*
- Künemund, H. (2000) Pflegetätigkeiten in der zweiten Lebenshälfte – Verbreitung und Perspektiven, in: G. M. Backes, W. Clemens (Hrsg.) Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen, Opladen: Leske + Budrich: 215-228.*
- Lauterbach, W. (1995) Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen, Zeitschrift für Soziologie, 24,1: 22-41.*

Lettke, F. (2002) Pflegen wollen, sollen, müssen oder dürfen? Zur Ambivalenz von Generationenbeziehungen im Alter, in: A. Motel-Klingebiel; H.-J. von Kondratowitz, C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Lebensqualität im Alter. Generationenbeziehungen und öffentliche Servicesysteme im sozialen Wandel*, Opladen: Leske + Budrich: 71-94.

Perrig-Chiello, P.; Höpflinger, F. (2001) *Zwischen den Generationen. Frauen und Männer im mittleren Lebensalter*, Zürich: Seismo.

Perrig-Chiello, P.; Höpflinger, F. (2005) Aging parents and their middle-aged children: demographic and psychosocial challenges, *European Journal of Ageing*, 2: 183-191.

Schneekloth, U.; Müller, U. (Hrsg.) (2000) *Wirkungen der Pflegeversicherung, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit*, Bd. 27, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Smith, P. K.; Drew, L. (2002) Grandparenthood, in: M. Bornstein (ed.) *Handbook of Parenting*, Vol. 3: *Being and Becoming a Parent*, London: Lawrence Erlbaum: 141-172 (2nd. ed.).

Szydlík, M. (2000) *Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern*, Opladen: Leske + Budrich.

Szydlík, M.; Schupp, J. (1998) Stabilität und Wandel von Generationenbeziehungen, *Zeitschrift für Soziologie*, 27, 4: 297-315.

Vaskovics, L. (1997) *Solidarleistungen der Eltern für ihre erwachsenen Kinder in den neuen und alten Bundesländern*, in: J. Mansel, G. Rosenthal, A. Tölke (Hrsg.) *Generationenbeziehungen. Austausch und Tradierung*, Opladen: Westdeutscher Verlag: 97-108.

Wieners, T. (2005) *Miteinander von Kindern und alten Menschen. Perspektiven für Familien und öffentliche Einrichtungen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Zinnecker, J.; Behnken, I.; Maschke, S.; Stecher, L. (2003) *null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Ein Selbstbild*, Opladen: Leske + Budrich.

Margherita Zander

Migrantinnen in der Generationenperspektive

Vorbemerkung

In der Migrationsforschung hat es in den letzten zehn Jahren so etwas wie einen Paradigmenwechsel gegeben: Von der über Jahre vorherrschenden Problem- und Defizitorientierung hin zu einer neuen differenzierteren Sichtweise, die insbesondere verallgemeinernde kulturalistische Zuschreibungen und ethnisierende Stigmatisierungen zu meiden versucht. Dieser Paradigmenwechsel lässt sich an Hand der hier zu erörternden Thematik in doppelter Weise nachvollziehen:

- da ist zum einen das Konstrukt der Generationen, das bezogen auf Migrantinnen und Migranten immer wieder eine Folie für kulturalistische Interpretationen geboten hat,
- da ist zum anderen der Genderdiskurs, der ebenfalls im Kontext von Migration häufig eine kulturalistisch geprägte Wendung erfahren hat.

Eine auf die Generationenabfolge bezogene vergleichende Betrachtung zu den Lebensverhältnissen in der Aufnahmegesellschaft gibt Aufschluss über gesellschaftliche Integration oder Ausschluss. In einer solchen Perspektive soll hier der Blick auf Migrantinnen gelenkt werden.

1 Zum generellen Verständnis des Generationenbegriffs

Mit „Generation“ als gesellschaftlichem Phänomen befassen sich mehrere wissenschaftliche Disziplinen, daher kursieren auch unterschiedliche Definitionen und Vorstellungen davon. Aus sozialwissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Sicht kann man – in Anlehnung an Marc Szydlik¹ – zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen unterscheiden:

- Auf der gesellschaftlichen Mikroebene spricht man von *familialen Generationen* und meint die Glieder einer familialen Abstammungslinie (Kinder – Eltern – Großeltern – Urgroßeltern).
- Demgegenüber stellen „*gesellschaftliche Generationen*“ ein wissenschaftliches Konstrukt dar, das sich auf die Makroebene bezieht. Dabei werden bestimmte Altersgruppen der Bevölkerung aufgrund sozialpolitischer Strukturierung von Lebensläufen und entsprechender Funktionszuschreibungen als Generationen betrachtet: so z.B. die Generation der Kinder und Jugendlichen, die Generation der Erwerbstätigen oder die Generation der Rentnerinnen und Rentner.²

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit „Generationenfragen“ werden häufig Alterskohorten, d.h. Personengruppen, die in einer bestimmten Zeitspanne eine gemeinsame Altersphase durchlebt haben, als Generationen bezeichnet.

Ein sich qualitativ davon abhebendes Verständnis hat der Generationensoziologe Karl Mannheim eingeführt,³ dem zu Folge gemeinsame Erlebnisse und vor allem das gemeinsame Bewusstsein, einer Generation anzugehören, ausschlaggebende Merkmale für die Zugehörigkeit darstellen. Je nachdem, auf welcher Ebene diese Gemeinsamkeiten angesiedelt sind, könnte man so von „politischen Generationen“ (z.B.: die 1968er Generation, die Nachkriegsgeneration), „kultu-

1 Vgl. Szydlik, Marc: Lebenslage Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern, Opladen 2000

2 Diese Dreigliederung soll lediglich der Veranschaulichung dienen; tatsächlich müssten weitere Differenzierungen vorgenommen werden.

3 Vgl. Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: ders.: Wissenssoziologie, soziologische Texte 28, Neuwied 1964

rellen Generationen“ auf Grund gemeinsamer Einstellungen und Lebensstile (z.B.: die Hip-hop-Generation) oder von „ökonomischen Generationen“ (z.B.: die Generation der Babyboomer) sprechen.⁴

Eine weitere Differenzierung der Begrifflichkeit hat F. X. Kaufmann vorgenommen, indem er vorschlägt, zwischen Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen zu unterscheiden:⁵

- a) *Generationenbeziehungen* entwickeln sich in direkter Interaktion zwischen Angehörigen verschiedener Altersgruppen, meist im familiären Umfeld (zwischen Eltern und Kindern oder Großeltern, Eltern, Kindern, Enkeln), aber auch außerhalb von Familie (z.B.: in der Schule, in der Arbeitswelt, im Freizeit- und Kulturbereich, im bürgerschaftlichen Engagement). Hierbei kann es sich auch um pädagogische Generationenbeziehungen handeln (z.B.: Eltern – Kinder, Lehrer/innen und Schüler/innen).
- b) *Generationenverhältnisse* sind demgegenüber im Wesentlichen durch sozialstaatliche Institutionen vermittelte Zusammenhänge in den Lebenslagen unterschiedlicher Altersgruppen, d.h. durch sozialstaatliche Rahmenbedingungen werden sozialpolitische Generationen generiert bzw. konstruiert (z.B.: die Generation der Auszubildenden oder die Generation der Rentnerinnen und Rentner).

Aktuell werden Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse bevorzugt im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel diskutiert. In erster Linie werden dabei die sich verändernde Alterstruktur der Bevölkerung und daraus folgende quantitative Verschiebungen in den Generationenverhältnissen erörtert. Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen bedingen sich jedoch gegenseitig. Es ist daher auch danach zu fragen, in wie weit diese quantitativen Verschiebungen einen möglichen Wandel in der Qualität der Generationenbeziehungen und in den intergenerativen Austauschprozessen zur Folge haben. Insgesamt scheint das gesamte Generationengefüge in Bewegung zu geraten und es steht damit (Stichwort: Generationengerechtigkeit) eine Neuaushandlung gesellschaftlicher Arbeitsteilungen und Machtpositionen zwischen den Generationen an.⁶

4 Vgl. M. Zander: Die Generationenperspektive im demographischen Wandel, in: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, S. 103 - 122

5 Vgl. Kaufmann, Franz Xaver: Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, in: J. Mansel/G. Rosenthal/A. Tölke (Hrsg.): Generationen-Beziehungen, Austausch und Tradierung, Opladen 1997, S. 17-30

6 Vgl. ebenda

2 Verwendung des Generationenbegriffs im Migrationskontext

Nun stellt sich die Frage, ob sich die dargelegten Generationenbegriffe auch auf die Migrantenpopulation anwenden lassen? Prinzipiell erscheint mir dies möglich und je nach zu erörternder Fragestellung auch sinnvoll. Allerdings gilt es die diesbezügliche Herangehensweise, das theoretische Konzept bzw. den zu Grunde liegenden Interpretationsansatz vorab zu klären. Bekanntlich ist die bundesrepublikanische Migrantenpopulation in vielerlei Hinsicht heterogen, wobei als Differenzierungsmerkmale Geschlecht, Alter, soziale und ökonomische Lage, (aufenthalts-) rechtlicher Status, Migrationsbiografien und kulturelle oder ethnische Zugehörigkeiten zählen mögen. Was aber verbindet Migrantinnen und Migranten als Gruppe? Was unterscheidet sie von bzw. verbindet sie mit der sonstigen (autochthonen) Bevölkerung im Aufnahmeland? Wie können Wechselwirkungen zwischen beiden erfasst und Mechanismen von Ein- und Ausgrenzung offengelegt werden?

In der Vielfalt der in der Migrantinnenforschung entwickelten Erklärungsansätze kann man eine Zweiteilung vornehmen zwischen solchen, die auf kulturelle Differenzen (in negativer wie positiver Lesart) setzen und solchen, die eine Dekonstruktion kultureller Differenzen vornehmen und sich in anderen Referenzsystemen bewegen:

- die z.B. Gemeinsamkeiten zwischen den autochthonen und allochthonen⁷ Frauen herausarbeiten,
- die kulturelle Selbstreflexion im Kontext des Eingebundenseins in eine Dominanzkultur fordern,
- die Diskriminierungen auf unterschiedlichen Ebenen herausarbeiten,
- die in der globalen Perspektive frauenspezifische Aspekte einer internationalen Arbeitsteilung (Stichwort: „Hausfrauisierung“) sehen,
- die eine Verflechtung von Vergeschlechtlichungs- und Ethnisierungsprozessen aufzeigen,
- die Migrantinnenbiografien als symbolische und exemplarische Formen neuer Lebensentwürfe im gesellschaftlichen Strukturwandel betrachten.⁸

7 Die Bezeichnung „allochthon“ wird in den Sozialwissenschaften teilweise verwendet, um Menschen fremder Herkunft oder Abstammung zu bezeichnen, anstelle von Begriffen wie „Einwanderer/innen“ oder „Ausländer/innen“ – die entweder als nicht zutreffend oder diskriminierend empfunden werden. Das Gegenstück dazu ist autochthon, womit die ursprüngliche Bevölkerung des Gebietes gemeint ist.

8 Vgl. dazu ausführlich: Ochse, Gabriele: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Oldenburg 1999

Die folgenden Ausführungen zu Migrantinnen in der Generationenperspektive folgen dem dekonstruktivistischen Ansatz und bedienen sich – je nach zu erörternder Fragestellung – in unterschiedlicher Herangehensweise aus dem hier aufgezeigten Spektrum.

2.1 Familiäre Generationen in der Beziehungsperspektive – Der unhaltbare Topos vom „migrantenspezifischen Generationenkonflikt“

Die Entwicklung der familiären Beziehungen zwischen den Generationen wird – bezogen auf die Mehrheitsbevölkerung – mit unterschiedlichen Fragestellungen analysiert. Dabei interessieren vor allem Intensität und Qualität dieser Beziehungen, ihr eher harmonischer oder konflikthafter Charakter, Art und Umfang von intergenerativen Austauschbeziehungen im Sinne von Unterstützungs- und Transferleistungen. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der sich verschiebenden zahlenmäßigen Verhältnisse zwischen den Generationen werden diese Fragen dahin gehend erörtert, in wie fern daraus gesellschaftspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

In dieser Perspektive macht es sicherlich auch Sinn, die Entwicklung der familiären *Generationenbeziehungen* in der Migrantenpopulation in den Blick zu nehmen. Die Frage ist allerdings, welcher Erklärungsansatz dabei angelegt wird: Als problematisch und wenig erkenntnisförderlich erscheint eine Herangehensweise, die Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien isoliert betrachtet und dabei in kulturalistischer Interpretation den Fokus vor allem auf intergenerative Kulturkonflikte legt, die als Folge unterschiedlicher Nähe bzw. Distanz oder stärkerer bzw. schwächerer Bezogenheit auf „die Kultur des Herkunftslandes oder des Aufnahmelandes“ gedeutet werden. Eine solche Herangehensweise basiert einerseits auf unzulässigen (kollektiven) Zuschreibungen, indem der Elterngeneration generell ein Verhaftetsein in den Traditionen der Herkunftskultur unterstellt und andererseits undifferenziert eine dichotomische Gegenüberstellung von Modernität der Aufnahmegesellschaft wie der Rückständigkeit der Herkunftsgesellschaften vorgenommen wird. Außerdem werden Prozesse des individuellen und gesellschaftlichen Wandels, wie sie durch Migration auf verschiedenen Ebenen ausgelöst werden, nicht berücksichtigt. Bezogen auf Migrantinnen und Migranten wird ein statischer Kulturbegriff transportiert, der nicht haltbar ist.

Der Sechste Familienbericht, der Migration in ihren Wechselwirkungen zur Pluralisierung in modernen Gesellschaften sieht und die Migrantenpopulation als

einen integrativen Bestandteil solcher Gesellschaften betrachtet,⁹ rekurriert bei der Erörterung von intergenerativen Beziehungen in „ausländischen Familien“ auf kulturvergleichende Studien, denen zu Folge eine Zweiteilung vorgenommen wird, je nachdem ob eher ökonomisch-utilitaristische oder psychologisch-emotionale Erwartungen in den Eltern-Kind-Beziehungen eine Rolle spielen. Grundsätzlich wird dabei festgehalten: *„Wenngleich in allen Gesellschaften immer beide Dimensionen der Eltern-Kind-Beziehungen präsent sind, ergeben sich doch deutliche Unterschiede in der Wertigkeit: Nur in Wohlstandsgesellschaften mit hohen sozialstaatlichen Leistungen ist denkbar, dass ausschließlich psychologisch-emotionale Erwartungen bei der Übernahme elterlicher Verantwortung bedeutsam sind...“*¹⁰ Von dieser Grundannahme ausgehend, werden die Ergebnisse einer vergleichenden Expertise von Bernhard Nauck vorgestellt, die sich auf eine Befragung deutscher, griechischer, italienischer, türkischer, vietnamesischer sowie Mütter und Väter aus der Aussiedlerpopulation ergeben.¹¹ Als herausragende Gemeinsamkeit wird dabei herausgestellt, „dass bei allen Nationalitäten psychologisch-emotionale Werte von Kindern stärkere Zustimmung erfahren als ökonomisch-utilitaristische.“¹² Selbst bei vietnamesischen und türkischen Familien, bei denen die ökonomisch-utilitaristischen Erwartungen eine stärkere Bedeutung haben, bedeutet das nicht, dass die psychologisch-emotionalen Werte in den Hintergrund treten, sondern lediglich, dass Generationenbeziehungen einen stärker multifunktionalen Charakter haben. Interessant ist dabei, dass die Aussiedlerfamilien keineswegs den einheimischen deutschen am ähnlichsten sind, sondern sich eher in der Mitte des Spektrums bewegen. Gemeinsam ist wiederum allen, dass Mütter stärker als Väter die mit Kindern verbundenen Opportunitätskosten betonen und dies für alle Migrantinnen in verstärktem Maße zutrifft, also durchaus als Merkmal der Migrations-situation gedeutet werden kann. Darauf hingewiesen wird auch, dass den Generationenbeziehungen im Kontext des als „gemeinsam“ empfundenen Migrationsprojektes ein spezifischer Stellenwert zukommt.

Die durch die Studie von Nauck ermittelten Ergebnisse gehen auch auf Genderaspektive in den Generationenbeziehungen ein: So werden z.B. deutsche und italienische Familien eher als matrilinear charakterisiert, d.h. die Generationenbeziehungen werden stärker von Frauen gestaltet und kommen in

9 Vgl. BMFSFJ (Hrg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin 2000, demnächst kurz: Sechster Familienbericht 2000

10 Siehe: Sechster Familienbericht 2000, S. 95

11 Vgl. Nauck, Bernhard: Eltern-Kind-Beziehungen von Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland: in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hrg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation, Bd. I, Opladen 2000, S. 347-392

12 Siehe: Sechster Familienbericht 2000, S. 97

der weiblichen Linie stärker zum Tragen; demgegenüber werden die griechischen Familien als stärker patrilinear gesehen. Insgesamt werden „keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen den Migrantennationalitäten hinsichtlich der intergenerativen Erwartungen“¹³ festgestellt. Für alle untersuchten Migrantennationalitäten gilt, mit einigen Differenzierungen im Detail:

- dass unmittelbare persönliche Hilfeleistungen häufiger von Töchtern als von Söhnen erwartet werden,
- dass diese Erwartungen am stärksten von den Müttern ausgehen,
- dass Erwartungen von Transferleistungen der jüngeren Generation an die ältere eher von den Müttern ausgehen und sich an die Söhne richten,
- dass die Jugendlichen beiderlei Geschlechts die elterlichen Erwartungen in hohem Maße antizipieren.

Im Ergebnis wird geschlussfolgert, dass in den intergenerativen Beziehungen von einer fest verankerten Arbeitsteilung zwischen der Geschlechtern auszugehen ist, wobei vor allem auf eine Abweichung hingewiesen wird: Generell wird Mithilfe im Haushalt stärker von Mädchen als von Söhnen erwartet, weniger ausgeprägt ist dies allerdings in türkischen und vietnamesischen Familien. Insbesondere werde von türkischen Söhnen gerade auch von ihren Vätern Mithilfe im Haushalt erwartet, was ja allen kolportierten Klischees widerspricht.¹⁴ Leider wurde im Hinblick auf die Erwartungshaltungen ein Vergleich mit der deutschen Bevölkerung offen gelassen, ein solcher könnte aber unter Heranziehung von Studien zur autochthonen¹⁵ Bevölkerung ergänzt werden.

Die vorgestellte Herangehensweise betrachtet Migrantinnen und Migranten unter vergleichbaren Fragestellungen wie die autochthone Bevölkerung. Das hat den Vorteil, dass sie den Blick nicht nur auf kulturelle Differenzen lenkt, die zudem übertont und teilweise als spezifischer Kulturkonflikt von Migrantenfamilien konstruiert werden. Dabei werden auch Gemeinsamkeiten herausgearbeitet, die auf die Verortung der jeweiligen Lebenslagen im gesellschaftlichen, insbesondere auch sozialstrukturellen Kontext verweisen.

2.2 Bildung kollektiver Generationen – Der korrigierte Topos vom „Gespaltensein zwischen zwei Welten“

Die Erörterung der *familiären Generationenbeziehungen* verschränkt sich im Hinblick auf die Migrantengeneration mit einem anderen Generationenbegriff, der auf einem *konstruierten kollektiven Generationenverständnis* eigener Prägung

13 Siehe ebd., S. 101

14 Vgl. ebd., S. 100

15 s. Fn. 7

basiert. Dazu hat sich ein Generationenbegriff eingebürgert, der sich an migrationsbiografischen Merkmalen orientiert: So spricht man von der „ersten“, „zweiten“ oder gar „dritten Generation“ von Migrantinnen und Migranten. Dabei werden teilweise unterschiedliche Abgrenzungskriterien zugrunde gelegt, aber meist werden als „erste Generation“, die in den 1950er, 1960er bis Anfang der 1970er Jahre nach Deutschland gekommenen Arbeitsmigrantinnen und –migranten bezeichnet, also die *Pioniergeneration*.¹⁶ Die Kinder dieser sogenannten „ersten Gastarbeiter(innen)-Generation“, die teilweise später nachgeholt oder in der Bundesrepublik geboren worden sind, werden in den meisten Publikationen als „zweite Generation“ betrachtet. Für deren Kinder wiederum, die in jedem Fall keine eigene Migrationsgeschichte aufweisen, kursiert der Begriff der „dritten Generation“.¹⁷ Dabei wird – mehr oder weniger explizit – eine generelle Einschränkung vorgenommen, indem man sich auf einen spezifischen Migrationstypus, den der Arbeitsmigration, bezieht. Einerseits will man damit der Heterogenität der in der Bundesrepublik lebenden Migrantenpopulation Rechnung tragen, die durch (aufenthalts-)rechtlichen Status und den damit offiziell festgelegten Migrationsgrund erzeugt wird. Andererseits ergibt sich die Begrenzung aus dem Verlauf der bundesrepublikanischen Migrationsgeschichte – Aussiedlerinnen und Aussiedler bzw. ein größerer Teil der Flüchtlinge ist erst seit Mitte bzw. Ende der 1980er Jahre in namhafter Zahl in die Bundesrepublik gekommen. Implizit basiert dieses Konzept von Generationen auf der Vorstellung, dass sich Integration in der Generationenabfolge vollzieht, d.h. dass sich der Erfolg von Integrationsbemühungen im Wesentlichen durch die Sozialisation im Aufnahmeland einstellt, wobei den Migrantinnen und Migranten der verschiedenen Generationen auch eine entsprechende Bringschuld zugewiesen wird.

Obwohl diese Generationsbezeichnungen im alltäglichen Sprachgebrauch gängig geworden sind, gibt es mittlerweile in Teilen der Migrationsforschung erhebliche Zweifel an der Angemessenheit einer so verstandenen Begriffsbildung und ernstzunehmende Kritik an dem damit verbundenen eindimensionalen Integrationsbegriff. Diese Kritik macht sich an in unzulässiger Weise simplifizierenden kollektiven Zuschreibungen fest und an dem damit verbundenen ausschließenden Charakter. Tatsächlich begegnet uns im Hinblick auf die „zweite Generation“ von Migrantinnen und Migranten mit dem häufig verwendeten Topos vom „Gespalten- oder Zerrissensein zwischen zwei Kulturen“, die schon aufgezeigte kulturalistische Deutungsweise wieder, die das Anderssein der Migrantenpopulation in erster Linie auf wahrgenommene oder teilweise gar konstruierte kulturelle Differenzen reduziert: In dieser dichotomischen Sichtweise wird die

16 Vgl. Juhasz, Anne/Mey, Eva: Die zweite Generation: Etablierte oder Außenseiter? Biographien von Jugendlichen ausländischer Herkunft, Wiesbaden 2003, S. 18 ff.

17 Vgl. ebd.: Die hier vorgenommenen Differenzierungen beziehen sich allerdings auf den schweizerischen Diskurs.

erste Generation der Migrantenpopulation als – unverändert durch den Migrationsprozess – in den (religiösen) Traditionen des Herkunftslandes verhaftet gesehen, die sich nicht mit der modernen Lebensweise im Aufnahmeland verbinden liessen (insbesondere gilt dies für Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens). Demgegenüber wird die „*zweite Generation*“, die meist in der Bundesrepublik und im deutschen Bildungssystem sozialisiert worden ist, vorwiegend im kulturellen Konflikt mit den Traditionen, Vorstellungen und Lebensstilen ihrer Elterngeneration betrachtet, woraus sich entsprechende innerfamiliäre Konflikte ergäben.¹⁸

In der neueren Migrationsforschung wird die These vom „Gespaltensein zwischen zwei Welten“ – wie sie längere Zeit vertreten wurde – in Frage gestellt. Stattdessen geht z.B. Tarek Badawia in seiner Studie zum „kreativen Umgang“ mit kultureller Differenz von einem „dreifaktoriellen Modell“ aus.¹⁹ Dabei wird die Erfahrung von Diversität als Chance für die Herausbildung einer „bikulturellen Identitätstransformation“ gewertet. Badawia entwickelt so die These von der „inneren Bikulturalität, d.h. „dass ein Mensch gleichzeitig einen mehrfachen kulturellen Sozialisationsprozess so durchlaufen kann, dass er über die Inhalte beider Kulturen permanent verfügt und je nach Situation die Handlungswirksamkeit des einen oder anderen Kulturelements im Hinblick auf Kommunikation, Problemlösung und Orientierungsfragen individuell bestimmt.“²⁰ In diesem Kontext prägt Badawia den Topos vom „Dritten Stuhl“, unterlegt dieses Bild mit Aussagen von jugendlichen Migrantinnen und Migranten und zeichnet dabei den komplexen Prozess von der „Reflexion des Gegebenen“ („*ich bin eine kulturelle Mischung*“), über die Selbstverortung im transkulturellen Überbau („*Dazu kommt eine Riesenkomponente*“), die bikulturelle Kompromissuche („*Weder noch und trotzdem beides*“) hin zur gelungenen bikulturellen Identitätstransformation („*Ich möchte die deutschen Tugenden darin einsetzen als Iraner*“).²¹ Sicherlich bilden auch hier kulturelle Differenzen den Ausgangspunkt: Kultur wird hier nicht statisch, sondern als etwas prozesshaft Angeeignetes verstanden. Statt kollektiver Zuschreibungen wird subjektive Aneignung und die Eigenwahrnehmung der jugendlichen Migrantinnen und Migranten analysiert, ihr sich Zugehörigfühlen statt der von außen zugewiesenen Abgrenzung wird zum Maßstab des Integrationsprozesses.²² Gleichzeitig verschiebt sich der Fokus von

18 Zur Kritik an diesem Topos vgl.: Badawia, T./Hamburger, F./Humrich, M. (Hrsg.): Wider die Ethnisierung einer Generation, Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung, Frankfurt a.M./London 2003, S. 10

19 Vgl. Badawia, Tarek: „Der Dritte Stuhl“ – Eine Grounded-Theory-Studie zum kreativen Umgang bildungserfolgreicher Immigrantenjugendlicher mit kultureller Differenz, Frankfurt 2002

20 Badawia, Tarek: „Der dritte Stuhl“ – Eine Entwicklungsperspektive für Immigrantenjugendliche aus einem Ethnisierungsdilemma, in: Badawia, T. u.a. (Hrsg.): Wider die Ethnisierung einer Generation, a.a.O., S. 134

21 Siehe ebd.: S. 146

22 Zum Aspekt der Zugehörigkeit(en) vgl. auch die umfangreiche Studie: Mecheril, Paul: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit, Münster/New York u.a. 2003

den Belastungen (Zerrissenheit) und der damit verbundenen Defizitperspektive (vorprogrammiertes Scheitern bei der Identitätsfindung) hin zu einer Betrachtungsweise, die die Ressourcen und Leistungen dieser *jungen Generation* anerkennt: „die trotz ungünstiger sozialpolitischer und ökonomischer Entwicklungsbedingungen ihre produktive Chance im Leben mit der Differenz erarbeitet hat“.²³

3 Migrantinnen in der Generationenperspektive – Vielfalt und ständige Dynamik

Die Generationenfrage wird im Migrationskontext seit jeher auch im Hinblick auf Integrationsprozesse diskutiert, d.h. als Bewertungsmaßstab für die Qualität von Integrationspolitik und die Beschreibung von gesellschaftlichen Ein- und Ausschließungsprozessen im Zeitverlauf. Hierbei geht es um den erreichten sozialen Status und soziale Mobilität der Migrant*innenpopulation, im Spannungsfeld von migrationsfreundlicher oder eher abweisender Integrationspolitik auf der einen und „Integrationsbereitschaft bzw. -verweigerung“ auf der anderen Seite. In diesem Kontext macht es sicherlich Sinn, zwischen den migrierenden und nachfolgenden Generationen, die keine eigene Migrationsgeschichte haben, zu unterscheiden, wobei sich auch eine genderdifferenzierende Betrachtung anbietet.²⁴ Die entscheidende Frage wäre also, ob sich in der Generationenabfolge die Integrationschancen verändert haben bzw. sich die Lebensbedingungen der Migrantinnen und Migranten an die der Mehrheitsbevölkerung angeglichen haben. Aufgrund der Heterogenität der bundesrepublikanischen Migrant*innenpopulation erscheint es jedoch geboten, klar definierte Abgrenzungen vorzunehmen, da sich „Generationen“ – trotz immer auch gegebener Heterogenität – durch Gemeinsamkeiten auszeichnen.

Bei der nun folgenden Gegenüberstellung zweier Migrantinnen-Generationen orientiere ich mich insofern an einem *migrationsspezifischen Generationenbegriff* als die eigene Migrationserfahrung oder die Migrationserfahrung der Eltern ein entscheidendes Kriterium für die Zugehörigkeit darstellen:

- zum einen möchte ich die Pioniermigrantinnen in den Blick nehmen, die in den 1950er, 1960er, 1970er Jahren in die Bundesrepublik gekommen sind

23 Badawia, T./Hamburger, F./Hummrich, M.: Wider die Ethnisierung einer Generation – Überlegungen zur Konzeptidee, in: dies.: Wider die Ethnisierung einer Generation, a.a.O., S. 8 f.

24 Der vorgegebene Rahmen ermöglicht es mir nicht, an dieser Stelle differenziertere Aussagen zum hier unterlegten Integrationsverständnis zu machen. Daher wenigstens diese Anmerkung: Ausschlaggebend ist jedoch, dass ein multidimensionales Integrationskonzept zu Grunde gelegt wird, das soziale, ökonomische, kulturelle, identifikatorische Dimensionen im Blick hat. Migrantinnen und Migranten treten als aktiv diesen Prozess mitgestaltende Subjekte auf, sind dabei auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft bezogen, die sich ihrerseits durch den Prozess der Migration in einem ständigen Wandel befindet.

und die aktuell als die *Generation der älteren Migrantinnen* (wieder) im öffentlichen Diskurs auftauchen,

- zum anderen möchte ich als Gegenpart dazu ein Spotlight auf einen Teil der heutigen *jungen Generation mit Migrationshintergrund* werfen, d.h. auf *Mädchen und junge Frauen*, die als gemeinsames Merkmal verbindet, dass ihre Eltern nicht in Deutschland geboren sind.

3.1 Pioniermigrantinnen – die heutige Generation der ältern Migrantinnen

In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, aber auch in der Mainstream-Migrationsforschung war Zuwanderung lange Zeit ein stark männlich dominiertes Phänomen bzw. ein Phänomen, das über weite Strecken „geschlechtslos“ betrachtet wurde.²⁵ Allerdings kamen – kaum beachtet – mit dieser *Pioniergeneration* auch *Arbeitsmigrantinnen* in die Bundesrepublik: Immerhin war 1967 ein Drittel der „Gastarbeiterpopulation“ weiblich und Frauen stellten ca. 20 % der angeworbenen GastarbeiterInnen.²⁶ Während diese erste Generation von Arbeitsmigrantinnen in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wurde – weil Migration als männliches Lebensprojekt galt – wurde nach dem Anwerbestopp von 1973 und dem damit einsetzenden *Familiennachzug* die Kategorie der „abhängigen“ – natürlich nur weiblichen – Wanderung in die Migrationsdebatte eingeführt. Dadurch wurde das Stereotyp von der „nicht selbständigen“, im Schlepptau ihrer Ehemänner (oder Väter) zugewanderten Frauen kreiert, das sich teilweise bis heute gehalten hat. Manuela Westphal rückt dieses Bild wie folgt zu recht: *„In Realität ließen sie (diese Arbeitsmigrantinnen, d.V.) jedoch in beträchtlicher Anzahl ihre Familien zurück, da sie selbst zur Arbeitsaufnahme angeworben wurden, und migrierten. In Deutschland waren unabhängig und abhängig gewanderte Frauen im Vergleich zu einheimischen Frauen überdurchschnittlich an der Arbeitswelt beteiligt. Wahrgenommen wurden sie vorwiegend in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau, meist in Verbindung mit Sozialisations- und Schulproblemen ihrer Kinder.“*²⁷

Erst mit einiger Verzögerung setzte sich die in den 1980er Jahren aufgekommene Migrantinnenforschung differenzierter mit der Lebenssituation der Frauen dieser „ersten“ und auch der folgenden Generationen von Migrantinnen und ihren unterschiedlichen Rollen im Migrationsgeschehen auseinander.

Die Pioniermigrantinnen begegnen uns nun – Jahrzehnte später – wieder als „ältere Migrantinnen“, so z.B. in der Studie zur „Lebenssituation älterer allein

25 Vgl. Westphal, Manuela: Migration und Genderaspekte, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/files/39/WAAT.pdf

26 Vgl. Ochse, Gabriele: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität 1999

27 Siehe: Manuela Westphal, S. 1

stehender Migrantinnen“, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde.²⁸ Ingrid Matthäi hat für diese Studie türkische, italienische, griechische, jugoslawische und vietnamesische Migrantinnen interviewt, also „ehemalige“ Arbeitsmigrantinnen in West- und Ostdeutschland, die nun in die Jahre gekommen sind (älter als 50 Jahre, teilweise älter als 70 Jahre). Die Auswertung ergibt ein sehr differenziertes Bild zur aktuellen Lebenslage dieser Frauen, ihren Lebensorientierungen, Wünschen und Erwartungshaltungen bezogen auf soziale Netze und ihre Kenntnisse des Altershilfesystems in der Bundesrepublik. Gleichzeitig wird retrospektiv ihre Migrationsgeschichte aufgerollt, wobei deutlich wird, dass sich schon die Generation der Pioniermigrantinnen aus einer sehr heterogenen Gruppe von Frauen zusammensetzte. Diese Frauen sind damals teilweise als voraus migrierende Ehefrauen, als Ledige oder als bereits Verwitwete bzw. Geschiedene in die Bundesrepublik gekommen und hatten dafür sehr unterschiedliche Motive: *„Während bei den Ehefrauen, die gemeinsam mit ihren Ehepartnern migriert sind oder die als angeworbene Arbeitskraft ihren Ehepartnern vorausgezogen sind, wirtschaftliche Motive im Kontext von Arbeits- und Armutsmigration zentrale Bedeutung hatten, sind die Beweggründe der zum Zuzugszeitpunkt alleinstehenden Frauen vielfältiger gewesen. Neben Abenteuerlust (...) waren bei diesen alleinstehenden Frauen auch geschlechtsspezifische Motive handlungsleitend: Ablehnung der tradierten Rollenmuster, Rebellion gegen patriarchalische Verhältnisse, unmittelbare Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen als geschiedene Frau oder die Flucht aus einer gewalttätigen und unglücklichen Ehe...“*²⁹.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich auch die aktuelle Lebenssituation dieser Frauen stark ausdifferenziert, d.h. dass wir es auf der einen Seite mit sozial isolierten, gesellschaftlich desintegrierten und materiell schlecht versorgten älteren Migrantinnen zu tun haben und auf der anderen Seite aber auch mit sozial integrierten und materiell ausreichend versorgten Frauen. Dabei wird die Lebenslage im Alter maßgeblich von den *Bildungschancen und kulturellen Ressourcen* der Migrantinnen beeinflusst, d.h. von ihrem Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung, von ihrer sozialen Zugehörigkeit, ihrer Aufstiegsorientierung, ihren Deutschkenntnissen und ihrer integrativen soziokulturellen Orientierung. Ein weiteres differenzierendes Kriterium bildet jedoch auch die *Lebensführung und die gelebte Familienform*. Dieses Merkmal kommt insofern zum Tragen als diejenigen Migrantinnen, die sich an einer „modernen Lebensführung“ und nicht am traditionellen Familienmodell orientiert haben, im Alter keineswegs wirtschaftlich besser gestellt sind. Im Gegenteil: Ihr

28 BMFSFJ (Hrg.): Die Lebenssituation älterer allein stehender Migrantinnen, erstellt von Ingrid Matthai (ISO-Institut e.V.), Berlin 2004

29 Siehe: Kurzfassung, S. 7

Armutsrisiko erweist sich – insbesondere bei Ehescheidungen – als besonders hoch. Demgegenüber sind es eher die verwitweten Migrantinnen, die ein traditionelles Familienmodell gelebt haben, die im Alter über eine ausreichende materielle Absicherung verfügen.

Nun berücksichtigt die Studie explizit nur allein stehende ältere Migrantinnen und trifft damit eine spezifische Auswahl; zudem können – weil es sich um qualitative Forschung handelt – keine repräsentativen Schlussfolgerungen gezogen werden. Dennoch eröffnet sich ein neuer Blick auf die Generation der Pioniermigrantinnen, ihre Migrationsbiografien und ihre Lebenslage, wobei sicherlich nicht allein die materielle Versorgung und das Verfügen über Ressourcen, sondern auch andere Aspekte – wie soziale Integration und die Zufriedenheit mit dem Leben – das subjektive Wohlbefinden im Alter beeinflussen. Am Beispiel dieser Frauen zeigt sich jedoch, wie sich der Migrationsaspekt, d.h. die Frage nach der erreichten sozialen Integration als Migrantinnen mit der Genderperspektive verschränkt. Ein Vergleich mit der generellen Lebenslage von alten Frauen in der Bundesrepublik könnte dies noch unterstreichen, vorausgesetzt es würde dabei die sozialstrukturelle Differenzierung der beiden Gruppen berücksichtigt.

3.2 „Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund“ – eine neue zweite Generation?

Im Migrationsdiskurs wird der „ersten Generation“ in der Regel eine „zweite“ oder „dritte“ oder sogar „vierte“ gegenübergestellt. Tatsache ist, dass diese Generationenabfolge mittlerweile unübersichtlich geworden ist und es daher wiederum geboten ist, die Kriterien auszuweisen, die bei der jeweiligen Generationenbildung zu Grunde gelegt werden. Ich möchte mich hierbei an Ursula Boos-Nünning und Yasemin Karakaşoğlu anlehnen, die in ihrer Studie das kollektive Konstrukt der *„Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund“* eingeführt haben.³⁰ Sie verwenden diese Bezeichnung in heuristischer Absicht, um so eine Gruppe zusammen zu fassen, die neben Gemeinsamkeiten auch eine breite Vielfalt verkörpert. Die so zusammengefasste Gruppe ist in Bezug auf ihre ethnischen, aufenthaltsrechtlichen, religiösen und sozialen Hintergründe äußerst heterogen, weist aber die Gemeinsamkeit auf, dass sie von Eltern abstammt, die beide im Ausland geboren sind. Von Eltern abzustammen, die Migrationserfahrung haben, wird generell als ein Wesensmerkmal der *„zweiten Generation“* aufgefasst. Wenn man so will, haben wir es hier mit einer neuen *„zweiten Generation“* zu tun, da die Eltern dieser Mädchen und jungen

30 Vgl. Boos-Nünning, U./ Karakaşoğlu, Y.: Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund, Münster 2006

Frauen sicherlich nicht mehr zur Pioniergeneration der „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“ zählen dürften. Dies illustriert zum einen die Unschärfe des Begriffes „zweite Generation“ und verdeutlicht aber zugleich, dass das Migrationsgeschehen einen ständigen dynamischen Prozess darstellt, in dem unentwegt – wie auch immer konstruierte – neue Generationen nachwachsen werden.

Ursula Boos-Nünning und Yasemin Karakaşoğlu vermitteln in ihrer umfangreichen Studie – die den symbolträchtigen Titel „Viele Welten leben“ trägt – ein sehr differenziertes Bild von dieser *neuen jüngeren weiblichen Generation* im Alter von 15 bis 21 Jahren. Es handelt es sich um eine vergleichende Untersuchung, für die 950 Mädchen und junge Frauen mit griechischer, italienischer, jugoslawischer und türkischer Herkunft sowie aus Aussiedlerfamilien zu einer Fülle von Themen befragt worden sind. Berücksichtigung finden ihre Lebenssituationen und Lebensorientierungen, aber auch ihre persönlichen, familiären und institutionellen Ressourcen wie Hindernisse in der Lebensgestaltung. Risiken und Chancen dieser Generation von Migrantinnen werden also in gleicher Weise thematisiert.

Das Gemeinsame und auch Trennende dieser „Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund“ zu analysieren bedeutet für Boos-Nünning und Karakaşoğlu, sie nach ihren Migrationsbiografien als persönliche und gruppen-spezifische Merkmale zu befragen; ihre Wohnsituation, ihren sozialen Status und ihr räumliches Umfeld als Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens zu begreifen; ihre Auseinandersetzungen mit dem familiären Kontext sowohl auf Potenziale als auch auf Belastungen hin zu untersuchen; ihre Bildungsbiografien mit Blick auf geschlechtsspezifische Differenzierungen zu betrachten und dabei den Einfluss von unterstützenden wie behindernden Faktoren im schulischen und beruflichen Bereich herauszuarbeiten; die von diesen Mädchen und jungen Frauen entwickelten Geschlechterrollen und Partnerschaftsmodelle, ihre Vorstellungen von Körperlichkeit und Sexualität differenziert darzustellen; ihre Orientierung am ethnischen Herkunftskontext der Familie zu sehen und gleichzeitig ihr Interesse am Aufnahmeland wahrzunehmen; ihre Religiosität nicht nur als Fessel, sondern auch als mögliche Bewältigungsstrategie zu interpretieren.

Zwei Aspekte aus der Vielfalt der gewonnenen Erkenntnisse sollen hier herausgegriffen und angerissen werden, zum einen ihre Position im Bildungs- und Ausbildungssystem und zum anderen die ebenfalls häufig erörterte These der spezifischen psychischen Belastung dieser Mädchen und jungen Frauen. Bezogen auf beide Themen werten Boos-Nünning und Karakaşoğlu den bis-

herigen Forschungsstand aus und liefern jeweils eine Fülle von eigenen neuen Erkenntnissen.

War das erreichte Bildungsniveau bereits für die *erste Generation* von Migrantinnen das entscheidende Merkmal für ihre soziale Integration – gewissermaßen das Eingangstor, so avancieren Schulerfolg und die anschließende Berufsausbildung für die neue Generation schlechthin zum „zentralen Mittel ihrer gesellschaftlichen Integration.“³¹ Dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem generell im Vergleich mit deutschen Schülerinnen und Schülern in einer benachteiligten Position sind, ist seit langem bekannt und seit PISA in aller Munde. Boos-Nünning und Karakaşoğlu gehen sehr detailliert auf die vielfältigen Differenzen im Bildungserfolg der untersuchten Mädchen und jungen Frauen ein, die sich teilweise bezogen auf ihre ethnische Herkunft, den Zeitpunkt der Wanderung (Quereinsteigerinnen), die familiäre Verkehrssprache und andere Merkmale ergeben; dies kann und soll hier nicht im einzelnen referiert werden. Entscheidend ist jedoch das zu Grunde gelegte Interpretationsmuster, d.h. die Zurückweisung einer unreflektierten „Übernahme einer Kulturdifferenztheorie, der zu Folge sogenannte ‚kulturelle Nähe‘, definiert über geographische, religiöse und/oder sprachliche Nähe, sich grundsätzlich positiv auf die Integrationsfähigkeit von Angehörigen verschiedener nationaler Herkunftsgruppen in das deutsche Schulsystem auswirken müsste.“³² Zu revidieren gilt es auch die ebenfalls immer wieder stereotyp verbreitete Annahme, dass diese Mädchen und jungen Frauen – im Vergleich zu Jungen mit Migrationshintergrund – von ihren Eltern in ihren Bildungsbemühungen nicht unterstützt würden. Eine Reihe neuer Studien setzt sich mit den Bildungsaspirationen und den Berufsorientierungen dieser Migrantinnengeneration auseinander und kommt übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei dieser Generation von Mädchen besonders ausgeprägt sei.³³ Mit Verweis auf Nevâl Gültekin zeigen diese Mädchen und jungen Frauen sogar „mehr Initiative, Motivation und Lerneifer“ als ihre Brüder und Partner.³⁴ Dieser Bildungseifer korrespondiert häufig mit der Aufstiegsorientierung ihrer Eltern, gleichzeitig also dem Wanderungsmotiv der Familie. Diese jungen Frauen hätten den „Bildungsauftrag“ von ihren Eltern angenommen, er sei ein entscheidendes Motiv für ihre Berufsmotivation, wobei der Ansporn besonders häufig von den Vätern ausgehe.³⁵

31 Siehe ebenda: S. 163

32 Siehe ebenda: S. 164

33 Vgl. ebenda: S. 168

34 Siehe ebenda, S. 169 mit Verweis auf: Gültekin, Nevâl: *Bildung, Autonomie, Tradition und Migration: Sozialisations- und Lebensbedingungen bei Frauen aus der Türkei*, Frankfurt 2003

35 Siehe ebenda, S. 169 mit Verweis auf: Hummrich, Merle: *Bildungserfolg und Migration: Biographien junger Frauen in der Einwanderungsgesellschaft*, Opladen 2002

Kritisch wird in der Studie von Boos-Nünning und Karakaşođlu auch die These von der besonderen psychischen Belastung dieser Mädchen und jungen Frauen überprüft und als zu weitgehend widerlegt. Hier kann an die weiter oben erörterte Problematik von kulturspezifischen Zuschreibungen angeknüpft werden, konkret an die kulturspezifisch interpretierten Generationenkonflikte in Migrantenfamilien. Insbesondere das Stereotyp der durch die Elterngeneration auf die traditionelle Frauenrolle verpflichteten Mädchen gilt es empirischen Untersuchungen zu Folge zu revidieren. Das heißt nicht, dass solche Konflikte im Einzelfall nicht vorkommen können, widerlegt ist die generelle Gültigkeit solcher Vorstellungen. Um die Autorinnen der für diesen Absatz so relevanten Studie noch einmal zu zitieren: „Resümierend kann für den Bereich der psychischen Stabilität festgehalten werden, dass die Vorstellung der psychisch belasteten und hilflosen Mädchen mit Migrationshintergrund (...) durch unsere Daten zum wiederholten Mal widerlegt ist. Mädchen mit Migrationshintergrund werden in ihren Gestaltungsmöglichkeiten der – objektiv von ungünstigen Faktoren beeinflussten – Lebenswelt unterschätzt.“³⁶

Kurzer Ausblick:

Stereotype Bilder zu korrigieren ist – bei der Betrachtung der Lebenssituation von Migrantinnen – zweifellos ein wichtiges Anliegen und notwendig, um zu einer realistischen Einschätzung der aktuellen Ausgangssituation zu kommen. Dies kann jedoch nur der erste Schritt hin zu einer Analyse sein, die danach fragt, wie die strukturellen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik beschaffen sein müssten, damit diese „neue zweite Generation“ ihre beruflichen Aspirationen und Lebenspläne auch umsetzen können wird.

Bezogen auf die beiden hier näher ins Blickfeld gerückten Generationen von Migrantinnen fallen v.a. zwei Problemlagen auf, die unmittelbaren politischen Handlungsbedarf signalisieren:

1. die materiell nicht ausreichende Absicherung von Migrantinnen im Alter, selbst nach langer, häufig prekärer oder niedrig entlohnter Erwerbstätigkeit im Aufnahmeland;
2. der bei der jungen Generation von Migrantinnen nach wie vor häufiger (als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund) nicht gelingende Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. nach der Ausbildung ins Erwerbssystem.

³⁶ Siehe ebenda: S. 350

Generell geht es in der Migrationspolitik um eine Neuorientierung, die den skizzierten Paradigmenwechsel von einer kulturalistischen bzw. defizitorientierten Sichtweise der Integrationsproblematik hin zu einer ressourcenorientierten Betrachtung auf politischer Ebene nachvollzieht. Dies bedeutet, integrationspolitische Maßnahmen stärker an der Förderung von vorhandenen Ressourcen sowie am Abbau von strukturellen Zugangshindernissen und Hemmnissen (z.B.: im Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit, aber auch zu sozialen Dienstleistungen und Angeboten) zu orientieren. In diesem Sinne ist die Politik auf allen Ebenen dazu aufgefordert, einen gesellschaftlichen Diskurs mit zu initiieren, der weniger das Trennende betont, sondern auch die Gemeinsamkeiten und das Verbindende zwischen Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen herausstellt und die Gestaltung eines gleichberechtigten Miteinanders als gemeinsames Anliegen aller Beteiligten thematisiert.

Wassilios E. Fthenakis

Vaterschaft in Deutschland – die sanfte Revolution in der Familie

Dass Väter für ihre Kinder wichtig sind und dass Männer sich heute nicht allein über die Brotverdienerfunktion definieren lassen, hat sich inzwischen herumgesprochen. Die internationale familienpsychologische Forschung hat den Vater erst zu Beginn der siebziger Jahre in den Untersuchungsplan aufgenommen. In Deutschland begann man, sieht man von vereinzelt früheren Beiträgen ab, etwa seit Mitte der 80er Jahre die ihm gebührende Aufmerksamkeit in der Forschung und seit Ende der 90er Jahre auch in der Politik zu widmen. Als gesichert gilt inzwischen, dass Väter sowohl zur gesunden Entwicklung von Kindern als auch zu Fehlentwicklungen beitragen. Paul Amato und Allan Booth¹ haben in ihrer Längsschnittstudie gezeigt, dass väterliche Variablen prognostisch relevanter sind als mütterliche, wenn es darum geht, das Niveau der Ausbildung des Kindes vorherzusagen. Väterliche Merkmale waren auch bei der Vorhersage von Verhaltensauffälligkeiten des Kindes bzw. der Entwicklung des kindlichen Selbstwertgefühls relevanter als mütterliche. Säuglinge und Kleinkinder entwickeln zu Vätern, ähnlich wie zu Müttern, sichere Bindungsqualität, und Väter sind genauso kompetent wie Mütter, wenn es um die

¹ Amato, P.R. & Booth, A.(1997): A generation at risk. Growing up in an era of family upheaval. Cambridge, Mass.

Fürsorge, die Erziehung und Bildung (auch) von Kleinstkindern geht. Auch wenn Väter in der Regel nicht im gleichen Ausmaß anwesend sind wie Mütter, leisten sie dennoch einen signifikanten Beitrag für die kindliche Entwicklung.

Im deutschsprachigen Gebiet liegen wenige empirische Studien vor, die uns Auskunft über die Rolle des Vaters in der Familie geben². Fasst man die Ergebnisse dieser Studien zusammen, so konstatieren sie ein nach wie vor unbefriedigendes Ausmaß väterlicher Partizipation am Innenleben der Familie. Die meisten dieser Studien haben jedoch nur verhaltensmässige Beiträge des Vaters erfasst, d. h. das (quantitative) Ausmaß seiner Beteiligung, gemessen an den von ihm übernommenen Aufgaben, an der Qualität der Vater-Kind-Beziehung und nicht zuletzt am Ausmaß seiner (zeitlichen) Anwesenheit. Wie jedoch Palkovitz (1997) hervorhebt, leisten Väter darüber hinaus kognitive und affektive Beiträge, die eine Anwesenheit des Vaters nicht immer voraussetzen. Er befürwortet deshalb ein erweitertes Vaterschaftskonzept, um dem väterlichen Beitrag gerecht zu werden. Ausgehend von einem solchen erweiterten Vaterschaftskonzept untersuchten Fthenakis & Minsel (2002) in einer für Deutschland repräsentativen Studie neben der Partizipation der Väter in der Familie auch die subjektive Konstruktion von Vaterschaft.³

Das Interessante an dieser Studie liegt also darin, dass sie sich nicht wie frühere Arbeiten darauf beschränkt zu erfassen, was Väter in der Familie tun, welche Verantwortung sie übernehmen und von welcher Qualität ihr Beitrag ist, sondern darüber hinaus die subjektive Konstruktion von Vaterschaft in den Blick nimmt: Welche Visionen und Träume entwickeln Männer (sowie deren Frauen/Partnerinnen und die Kinder) mit Blick auf ihre Vaterschaft? Welche Qualität von Vaterschaft möchten sie verwirklichen, wenn sie selbst Väter werden? Die Fragen sind deshalb relevant, da eine gegebenenfalls zu konstatierende Divergenz zwischen subjektiver Konstruktion und gelebter Vaterschaft nicht nur ein individuelles, sondern in gleicher Weise auch ein gesellschaftliches und politisches Problem stellt.

2 Fthenakis, W. & Minsel, B (2002). Die Rolle des Vaters in der Familie. München: Juventa

3 In die Studie wurden 1058 Männer/Väter, 725 Frauen/Mütter und 333 Jugendliche einbezogen. Bei dieser Studie geht es nur um deutsche Väter, die mit ihrer Partnerin zusammenleben. Soweit Kinder berücksichtigt wurden, handelt es sich um das älteste Kind (Alter: 11 bis 17 Jahre) der Familie. Die Befragung erfolgte mündlich, mit Fragebögen. Insgesamt wird in der Studie zwischen vier Gruppen von Männern/Vätern unterschieden: (a) Männer, die noch kinderlos sind; (b) werdende Väter, die dreimal befragt wurden: während der Schwangerschaft ihrer Frau, sechs Monate und zwanzig Monate nach der Geburt des Kindes; (c) eine dritte Stichprobe berücksichtigte Väter mit Kindern im vorschulischen Alter, sie wurden vor der Einschulung und nach der Einschulung des Kindes befragt. In alle diese drei Stichproben wurde auch die Partnerin bzw. Ehefrau einbezogen. Die vierte Stichprobe erfaßte Väter und das älteste ihrer Kinder.

Die Studie bestätigt, dass wir gegenwärtig von einer „sanften Revolution“ im Vaterschaftskonzept bundesweit sprechen können. Bisherige Auffassungen, wonach Väter nicht bereit seien, Verantwortung in der Familie zu übernehmen, werden durch die Ergebnisse dieser Studie widerlegt. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass die überwiegende Mehrzahl der Männer, nämlich 66 %, unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder noch kinderlos sind und unabhängig vom Entwicklungsstand ihres Kindes sich primär als „Erzieher des Kindes“ und nur 34 % als „Brotverdiener der Familie“ definieren. Diese Auffassung teilen auch ihre Partnerinnen bzw. Frauen und die befragten Jugendlichen. Väter und Mütter derselben Familie stimmen im übrigen in ihren Vaterschaftskonzepten überein. Es handelt sich also um eine soziale Norm, die Vaterschaft eine andere als bislang angenommen Qualität verleiht.

Der Kinderwunsch ist bereits bei den noch kinderlosen Männern stark ausgeprägt: 80 % der Befragten wünschen sich Kinder – in der Regel mit der jetzigen Partnerin –, und nur 20 % der Männer und Frauen wollen keine Kinder oder sind noch unentschieden.

Die Geburt des ersten und intensiver noch des zweiten Kindes veranlasst die Paare ein traditionelles Modell zu etablieren, das die von ihnen angestrebte Symmetrie in den Rollen aufhebt und sowohl Frauen als auch Männern ein Modell des Zusammenlebens aufdrängt, das nicht in Einklang mit ihren Konzepten zu bringen ist. Diese Traditionalisierung des Zusammenlebens ist in vielen Fällen der Beginn eines innerfamilialen Prozesses, der dazu führt, dass eine Erosion in der Qualität der Partnerschaft stattfindet, von der sich viele Paare nicht mehr erholen.

Männer sind nicht danach nur stärker als je zuvor im Beruf involviert, sie wählen zudem ein sog. *Segmentationsmodell*, wenn es darum geht Familie und Beruf zu vereinbaren. Dies impliziert einen Lebensentwurf, in dem Beruf und Familie getrennte Bereiche darstellen. Im Gegensatz zu den Männern wählen Mütter ein sog. Synergiekonzept, das zwischen Beruf und Familie nicht trennt.

Während die Geschlechtsrollenorientierung der werdenden Väter keine große Rolle für Zuversicht oder Befürchtungen hinsichtlich der bevorstehenden Elternschaft spielt, erweist sie sich für die werdenden Mütter als bedeutungsvoll: Frauen, die eine traditionelle Geschlechtsrollenorientierung vertreten, sind weniger zuversichtlich im Hinblick auf die zukünftige Vaterrolle des Mannes als Frauen, die eine egalitäre Geschlechtsrolleneinstellung haben.

Die Qualität der Partnerschaft spielt eine wichtige Rolle: Wenn Männer und Frauen vor der Geburt ihres Kindes ihre Partnerschaft als gut einschätzen, so ist die Zuversichtlichkeit hinsichtlich der eigenen Eignung sowie der Eignung des Partners als Mutter oder Vater höher, als wenn die Partnerschaft schon vor der Geburt nicht sehr glücklich ist.

Auch beim Übergang zur Elternschaft gleicht das Vaterschaftskonzept der Frauen dem der kinderlosen Männer: die wichtigste Funktion im Vaterschaftskonzept bleibt nach wie vor die soziale Funktion des Vaters (Vater als Erzieher), gefolgt unmittelbar von der ökonomischen (Vater als Ernährer) und der instrumentellen Funktion (Vater als Stimulator der kindlichen Entwicklung). Männer, die ein Vaterschaftskonzept vertreten, welches dem Typ „Vater als Erzieher“ entspricht, reagieren bei der Neuigkeit, dass sie Vater werden, positiver darauf, als Männer, die dem Typ „Vater als Ernährer“ entsprechen.

Veränderungen nach der Geburt eines Kindes betreffen u. a. die Partnerschaftsqualität. Diese sinkt im Zeitraum von vor der Geburt bis 6 Monate nach der Geburt deutlich ab, und in der Zeit, bis das Kind 20 Monate alt ist, sinkt sie nochmals. Das Absinken der Partnerschaftsqualität nach der Geburt von Kindern ist ein Befund, der in der psychologischen Literatur immer wieder beschrieben wird. Der Grund für diese Veränderung wird darin gesehen, dass die Paare Schwierigkeiten haben, mit der neuen Lebenssituation zu Recht zu kommen, dass die Lebenswelten von Männern und Frauen sich auseinander entwickeln und dass die Partner wegen der vielen neuen Aufgaben weniger Zeit als vorher miteinander verbringen können.

Das Vaterschaftskonzept selbst ändert sich beim Übergang zur Elternschaft im Mittel nicht. Aber es treten in Abhängigkeit von der Partnerschaftsqualität Veränderungen in unterschiedliche Richtungen auf: Je besser die Partnerschaftsqualität ist, desto mehr ändert sich das Vaterschaftskonzept der Männer in Richtung des Typs „Vater als Erzieher“. Je schlechter die Partnerschaftsqualität ist, desto häufiger bleiben sie im Typ „Väter als Brotverdiener“ oder bewegen sich dahin.

Beim Übergang zur Elternschaft tritt in der Aufgabenteilung eine Traditionalisierung ein. Für die Haushaltsaufgaben kann man beobachten, dass nach der Geburt des Kindes die gleichmäßige Partizipation deutlich abnimmt und die Frau mehr Aufgaben allein übernimmt. Die Geschlechtsrolleneinstellung der Männer hat einen starken Einfluss auf die Idealvorstellung der Aufgabenteilung – egalitär Eingestellte wollen gleichmäßige Partizipation, traditionell Eingestellte wollen Aufgabendifferenzierung. Der Einfluss auf die tatsächliche Aufgabenteilung ist

auch vorhanden, aber deutlich geringer. Das führt zu einem Scheren-Effekt, der darin besteht, dass die Differenz zwischen Ideal und Realität bei den Personen mit der ausgeprägtesten egalitären Einstellung am höchsten ist. Die größte Ähnlichkeit zwischen Ideal und Realität bezüglich gleichmäßiger Partizipation findet man bei den traditionell Eingestellten. Die traditionell eingestellten Mütter sind denn auch nach der Geburt am zufriedensten mit der Aufgabenteilung im Haushalt, die egalitär eingestellten Mütter sind am unzufriedensten.

Die Aufgaben mit dem Baby wollen sich die Partner vor und auch nach der Geburt gleichmäßig teilen (Idealvorstellung: über 70 % der Aufgaben in gemeinsamer Verantwortung, 20 bis 30 % der Aufgaben soll die Mutter übernehmen, 1 bis 3 % soll der Vater übernehmen), tatsächlich übernimmt aber die Mutter mehr als die Hälfte der Aufgaben. Allerdings beteiligen sich die Väter dann mehr an Aufgaben mit dem Kind, wenn die Mutter eine egalitäre Geschlechterrolleinstellung hat und wenn sie ein Vaterschaftskonzept vertritt, das den Karriereverzicht und die soziale Funktion besonders hoch gewichtet. Diese Mütter trauen ihren Männern offenbar mehr zu und überlassen ihnen eher das Kind alleine. Das führt dazu, dass die Väter von Anfang an die Chance bekommen, den Umgang mit dem Kind einzuüben.

Ein weiterer Einflussfaktor ist die berufliche Belastung. Sowohl das Ausmaß der Beschäftigung an Wochenstunden als auch der im Betrieb erlebte Stress können die Beteiligung des Vaters beeinflussen.

Das Vaterschaftskonzept korrespondiert mit der Geschlechterrolleinstellung. Egalitär eingestellte Männer bewerten Karriereverzicht, soziale und instrumentelle Funktion höher als traditionell eingestellte Väter; letztere betonen die Brotverdienerfunktion höher. Väter, die die Brotverdienerfunktion wichtig finden, haben für sich selbst hohe berufliche Ziele, sind an finanzieller Sicherheit interessiert und legen auf glückliche Partnerschaft nicht ganz so viel Wert wie Väter, die die Brotverdienerfunktion weniger betonen. Dagegen ist die hohe Bewertung der sozialen Funktion im Vaterschaftskonzept verbunden mit wenig Streben nach beruflichem Erfolg und finanzieller Sicherheit, aber mit hoher Bewertung einer stabilen Partnerschaft als Lebensziel. Diese Männer sind auch zufriedener in ihrer Partnerschaft und beteiligen sich mehr an kindbezogenen Aufgaben.

Das Vaterschaftskonzept entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit dem eigenen Vater. Väter, die als Kinder mit ihren eigenen Vätern sehr gute Erfahrungen gemacht haben (die viel Liebe erfahren haben und selten bestraft worden sind), entwickeln ein Vaterschaftskonzept für sich selbst, das durch eine besonders hohe Ausprägung der sozialen Funktion gekennzeichnet ist. Diesen

Zusammenhang kann man als Lernen am Modell interpretieren: Die Einstellung des eigenen Vaters, zu dem man eine gute Beziehung hatte, wird nachgeahmt. Wenn die Beziehung zum eigenen Vater schlecht war, so tritt bei einem Teil der Väter Kompensation ein: Heutige Väter mit selbst erlebter besonders schlechter Vater-Kind-Beziehung entwickeln ebenfalls ein Vaterschaftskonzept für sich selbst, das die soziale Funktion stark betont. Beide Modelle verstärken gegenwärtig die Entwicklung in Richtung soziale Vaterschaft.

Das Vaterschaftskonzept ändert sich während der Einschulung des ältesten Kindes im Mittel nur geringfügig. Die Brotverdienerfunktion nimmt in ihrer durchschnittlichen Bedeutsamkeit sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht zu, während sich die Wichtigkeit der anderen Facetten im Mittel nicht bedeutsam ändert. Gleichwohl treten bei einzelnen Vätern relativ große Veränderungen im Vaterschaftskonzept auf. Diese Veränderungen bei den einzelnen Personen können durch die Partnerschaftsqualität vorhergesagt werden. Eine gute Partnerschaftsqualität ist eine Ressource, die die Anpassung des Vaters an die Anforderungen, die mit dem Übergang des Kindes in die Schule auftreten, erleichtert. So führt ein niedriges Streitniveau zwischen den Partnern und gute Kommunikation in der Partnerschaft dazu, dass sich die Vaterschaftskonzepte von Mann und Frau einander annähern. Bei guter Kommunikation der Partner wird außerdem die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass der Vater vom Typ „Vater als Ernährer“ zum Typ „Vater als Erzieher“ wechselt. Veränderungen des Vaterschaftskonzepts haben aber auch Konsequenzen für die Partnerschaft. Während Väter, die nach der Einschulung des Kindes zum Typ „Vater als Erzieher“ gehören, nur wenig Streit in der Partnerschaft erleben, ist bei denjenigen, die vom Typ „Vater als Erzieher“ zum Typ „Vater als Ernährer“ wechseln, gleichzeitig eine deutliche Erhöhung der Konflikte in der Partnerschaft festzustellen.

Auch bei den Vätern von Jugendlichen werden die soziale Funktion und die Brotverdienerfunktion sowohl von den Vätern selbst als auch von den Jugendlichen für wichtiger gehalten als die instrumentelle Funktion und ein Karriereverzicht, d.h. die Bereitschaft des Mannes, den Beruf zugunsten der Familie zurück zu stellen. Die Ähnlichkeit der Einstellung zum Vaterschaftskonzept ist bei Vätern und Kindern in der Pubertät hoch, vor allem dann, wenn die Vater-Kind-Beziehung gut ist. Bei den Familien mit einem Sohn ist die Ähnlichkeit in der Einstellung zwischen Vater und Kind höher als bei den Familien mit einer Tochter.

Väter und Jugendliche aus den in der Studie untersuchten Familien verbringen große Teile des Sonntags und meistens auch die späten Nachmittage und Abende am Werktag gemeinsam. In den meisten Fällen ist die Mutter ebenfalls anwesend.

Häufige gemeinsame Tätigkeiten von Vätern und Jugendlichen sind die Mahlzeiten, fernsehen, Musik hören und diskutieren. Die Gespräche zwischen Vätern und Kindern finden in den meisten Fällen gemeinsam mit den Müttern statt. Jugendliche, die über bestimmte Themen mit einem der Elternteile sprechen, sprechen darüber meistens auch mit dem anderen Elternteil. Die Mütter werden allerdings noch etwas häufiger als die Väter von den Jugendlichen als Gesprächspartner für ihre entwicklungsphasen-spezifischen Probleme gewählt. Dabei hängt es vom jeweiligen Thema ab, ob der oder die Jugendliche darüber lieber mit dem Vater oder der Mutter spricht. So sprechen z.B. Söhne über Fragen der Berufswahl etwas häufiger mit dem Vater als mit der Mutter. Mädchen sprechen über ihre körperlichen Veränderungen lieber mit der Mutter als mit dem Vater.

In einer weiteren Längsschnittstudie konnten Fthenakis, Kalicki und Peitz (2002) die Mechanismen identifizieren, die eine Umsetzung eines Vaterschaftskonzeptes, das die soziale Funktion an erster Stelle setzt, verhindern⁴. Beide Studien haben eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen gewünschter und gelebter Vaterschaft geliefert und auf den inneren Konflikt der Männer hingewiesen, der aus der nicht gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf resultiert, über den jedoch gesamtgesellschaftlich und politisch nicht in gleicher Weise, wie bei den erwerbstätigen Müttern diskutiert wird. Damit stehen diese Befunde in Einklang mit US-amerikanischen Studien, die den inneren Konflikt des Vaters als ähnlich stark ausgeprägt wie bei den Müttern attestieren, wenn es darum geht Beruf und Familie zu vereinbaren: 37 % der Väter und 36 % der Mütter berichteten über einen starken inneren Konflikt. Wie die Autoren dieser Studie bestätigen, erlebten amerikanische Väter diesen Konflikt auch dann, wenn ihre Frauen nicht erwerbstätig waren.

Dass daraus nicht nur ein individuelles Problem, sondern in gleicher Weise eine politische Herausforderung resultiert, liegt auf der Hand. Obwohl diese und weitere Befunde die Bedeutung der Väter in der Familie unterstreichen und die Väter bereit sind, familiäre Verantwortung zu übernehmen, ist es bislang nicht gelungen, eine vätersensible Politik zu entwickeln, die solche subjektiven Konzepte eine reelle Chance für ihre Implementierung bieten kann.

Die Befunde untermauern die These, dass Männer gegenwärtig ihr Vaterschaftskonzept in Richtung soziale Vaterschaft konzeptualisieren. Offensichtlich hat sich auf der subjektiven Ebene eine sanfte Revolution im Hinblick auf Vaterschaft in der Familie vollzogen, deren Umsetzung jedoch an den für Väter

⁴ Fthenakis, W. Kalicki, B. & Peitz, G. (2002). Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie. Opladen: Leske & Budrich.

verfügbaren Rahmenbedingungen mehr oder weniger gescheitert ist. Die verfügbare empirische Evidenz spricht dafür, dass Frauen und Männer in Deutschland prinzipiell keine Probleme hätten, symmetrisch organisierte Partnerschaftsbeziehungen zu etablieren, die Väter stärker in die elterliche Verantwortung einzubinden und das generative Problem zu lösen, wenn gesellschaftlich den jungen Paaren die Chance geboten würde, die von ihnen entwickelten und präferierten Konzepte in die Tat umzusetzen. Das gesellschaftliche System ist jedoch hochgradig effizient organisiert, wenn es darum geht, die Umsetzung solcher Wünsche zu verhindern. Vor diesem Hintergrund ist deshalb die Frage nach der Ausgestaltung eines politischen Ansatzes aufzuwerfen, der geeignet wäre, systemimmanente Veränderungen einzuleiten. Im Folgenden werden einige Überlegungen angestellt, die als Grundlage für eine politische Debatte über den Stellenwert von Vaterschaft und deren Bedeutung für die Familie und die Gesellschaft dienen und die Grundlage für eine vätersensible Politik bilden könnten.

Die gesellschaftliche Debatte über Vaterschaft

In den letzten 10 Jahren lässt sich eine zunehmende Berücksichtigung der Erkenntnis, dass Väter ähnlich wie die Mütter für die Entwicklung ihrer Kinder von Bedeutung sind, bei politischen Debatten und bei der Konkretisierung familienpolitischer Maßnahmen beobachten. Vor diesem Hintergrund erscheint deshalb die Frage von Bedeutung, aus welcher gesellschaftspolitischen Perspektive diese Entwicklung weiter begleitet und begründet werden soll. Damit gekoppelt ist die weitere Frage, ob wir mit Männer- und Väterbildern der sog. Moderne in einer (sog.) Postmoderne, in einer Informations- und Wissensgesellschaft, sowohl praktisch als auch politisch operieren können und dürfen. Vorweg sei darauf hingewiesen, dass sowohl das Verständnis von Vaterschaft als auch die Rollenteilung innerhalb der Familie auf wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Veränderungsprozesse des 19. Jahrhunderts zurückzuführen sind, deren ideologischer Hintergrund in den zurückliegenden Jahren sowohl die Organisation der Familie als auch die Familienpolitik beeinflusst hat. Dass diese Entwicklung den Mann als Vater vom Zentrum des Familiensystems an dessen Peripherie verdrängt hat, ist in der historischen Sozialforschung hinreichend dokumentiert. Dem Mann wurde seitdem die Brotverdienerfunktion zugewiesen, die ihre Entfaltung in einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie in Vollzeitarbeit zur ökonomischen Absicherung der Familie fand, ohne Rücksicht auf innerfamiliäre Belange. Der inzwischen eingetretene Wandel hat jedoch zur Auflösung dieses Rollenverständnisses geführt und immer weniger Männer finden sich mit der ihnen zugewiesenen Rolle des

Brotverdieners ab. Eine Balance zwischen Erwerbstätigkeit und Ausübung der väterlichen Verantwortung ist zur individuellen Herausforderung des modernen Mannes und Vaters geworden. Dies führt Männer, wie auch viele erwerbstätige Frauen, in neue Konflikte, die sich subjektiv in erster Linie als Zeitkonflikte heraus kristallisieren. Gegenwärtig fehlende Rahmenbedingungen, die zu deren Bewältigung erforderlich wären, wie z. B. institutionelle Betreuungsangebote für Kleinkinder, familienfreundliche Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und de-standardisierte, familienfreundliche Arbeitszeiten, verschärfen diesen Konflikt. Der strukturelle Konflikt der Väter wird nach wie vor individualisiert und zugleich sozial negiert.

Beim Bemühen um eine politische Positionierung lassen sich zwei Trends erkennen, die – ausgehend von unterschiedlichen Annahmen – zu unterschiedlichen familienpolitischen Modellen führen:

Das *Modell der neokonservativen Familienpolitik* stützt sich auf Arbeiten, die die Bedeutung des Vaters für die kindliche Entwicklung stark betonen. Eine solche Familienpolitik initiiert familienpolitische Maßnahmen, die die soziale Unterstützung verstärkt von den Müttern hin zu den Vätern umleiten, die Ehe betonen und heterosexuelle Paare vor anderen Familienformen bevorzugt behandeln. Damit gibt ein solches Modell eine bestimmte Familienform vor und privilegiert diese. Silverstein & Auerbach (1999)⁵ haben dieser Problematik einen kritischen Beitrag gewidmet, der in den USA eine lebhaftige Diskussion über das neokonservative Familienmodell ausgelöst hat. Der neokonservativen Auffassung von Vaterschaft zufolge sind Väter essentiell bedeutsam für die Entwicklung ihrer Kinder, insbesondere für Jungen, die ein männliches Rollenmodell benötigen, um ihre männliche Geschlechtsidentität aufzubauen. Diese essentialistische Auffassung von Vaterschaft impliziert, dass die biologisch unterschiedlichen Reproduktionsfunktionen von Mann und Frau mit wesentlichen und zwangsläufigen Unterschieden im Erziehungsverhalten einhergehen und dass die Ehe eine zivilisierende Wirkung auf Männer habe, ohne die eine Übernahme von Verantwortung für Kinder nicht möglich sei. Da der Beitrag des Mannes zur Reproduktion auf den Moment der Konzeption begrenzt ist, sei ein aktives und anhaltendes Erziehen durch den Mann nur über eine ihm zugewiesene, sozial definierte und strukturell eingebettete Rolle im (traditionell organisierten) Familiensystem zu sichern. Außerdem impliziert diese Auffassung, dass Kinder ein männliches Rollenvorbild brauchen. Eine Fundierung des politischen Ansatzes mit diesen Annahmen birgt jedoch Gefahren, auf die die neuere familien-

⁵ Silverstein, L. B. & Auerbach, C. F. (1999). Deconstructing the essential father. *American Psychologist*, 54, 6, 397-407

psychologische Forschung aufmerksam gemacht hat. So konnte z. B. gezeigt werden, dass eine Vielzahl von verschiedenen Familienformen für die kindliche Entwicklung förderlich sein kann und dass weder die Mutter noch der Vater unentbehrlich für eine positive Entwicklung des Kindes sind. Was Kinder brauchen, ist mindestens eine erwachsene Person, die einfühlsam auf die Kinder reagiert, für sie verfügbar ist und Verantwortung und Fürsorge für sie übernimmt. Kinder benötigen mindestens eine Person, zu der sie eine sichere Bindung entwickeln und eine dauerhafte Beziehung aufbauen können. Dass eine Familienstruktur mit mehr als einem Erwachsenen eher positive Auswirkungen auf die Kindererziehung hat, ist darauf zurückzuführen, dass die damit verbundenen emotionalen und praktischen Belastungen geteilt werden können. Jedenfalls ist das Geschlecht der Erziehungsperson oder der Grad der verwandtschaftlichen Beziehung zum Kind prognostisch nicht relevant für eine positive Entwicklung des Kindes. Vielmehr sind für einen erfolgreichen Entwicklungsverlauf die Stabilität der emotionalen Bindung sowie die Vorhersagbarkeit und Zuverlässigkeit der Beziehungsqualität zwischen erwachsener Person und Kind von Bedeutung.

Eine weitere Annahme, wonach biologische Geschlechtsunterschiede für geschlechtsspezifische Muster elterlichen Erziehungsverhaltens verantwortlich sind und ihnen sogar eine universelle Gültigkeit, unabhängig von jeweiligem Kontext, zu attestieren ist, konnte durch die Forschung stark in Frage gestellt werden. Ähnlichkeiten im Erziehungsverhalten von Müttern und Vätern überwiegen bei weitem.

Dass kontextuelle Faktoren auch Vaterschaft beeinflussen können, haben zahlreiche Studien zur Erwerbstätigkeit von Vätern bestätigt: Das Ausmaß väterlicher Partizipation variiert z. B. in Abhängigkeit vom Ausmaß der Beteiligung im Beruf. Konflikte im beruflichen Feld können auch Auswirkungen auf familiäre Beziehungen haben, oder kulturelle Faktoren beeinflussen die Art und Weise väterlicher Partizipation.

Auch eine weitere Annahme der essentialistischen Position, der zufolge die traditionelle Rollenteilung zwischen Mann und Frau, wie wir sie heute in den westlichen Industriestaaten vorfinden, die menschliche Evolutionsgeschichte charakterisiert hat, kann nicht aufrechterhalten werden. Sowohl Studien zur Organisation des Zusammenlebens (etwa bei Nomaden) als auch die neueren Befunde der anthropologischen Forschung belegen, dass Männer und Frauen in der Evolutionsgeschichte die gleichen (Erziehungs-) Kompetenzen entwickelt haben, die das Überleben des Nachwuchses sicherten. Dabei entwickelten nach

Lovejoy (1981)⁶ Männer ebenso wie Frauen ein elterliches Erziehungsmodell, das die kindliche (vor allem die linguale und kognitive) Entwicklung stimulierte. Der zweckvolle Gebrauch von Werkzeugen sei nach Lovejoy die Folge dieser intellektuellen Stimulation und nicht deren Voraussetzung. Etliche Studien haben bestätigt, dass Väter und Mütter in gleicher Weise auf die Signale des Neugeborenen (intuitiv) reagieren, was als Hinweis auf ähnliche Performanz betrachtet wird, d. h. auf die ähnliche Kompetenz von Vätern und Müttern, die Betreuung auch von Kleinstkindern zu übernehmen. Auch die weiteren Annahmen, der Mann sei für das Brotverdienen und für die Versorgung der Familie zuständig und die Mutter sei von Natur aus der bessere Erzieher als der Vater, haben in der anthropologischen Forschung keinen Bestand.

Die politische Diskussion konzentriert sich nach wie vor auf die Frage, welche Rolle die Ehe als institutioneller Rahmen für die Familie und für die Domestizierung des Mannes in die elterliche Verantwortung spielt. Die evolutionsbiologische Position legt dem Mann nahe, nach dem Grundsatz „Mothers Baby, Fathers maybe“ zu leben. Diese Ungewissheit des Mannes reduziert sich in monogamen Beziehungen. Und in der Tat ist in der Tierwelt die Beteiligung des Männchens an der Aufzucht des Nachwuchses nur in monogamen Beziehungen hoch. Aber wie bereits ausgeführt, finden sich bei den Primaten vielfältige Formen der Aufzucht, bei denen die Aufgabenteilung nicht mit der evolutionistischen Theorie erklärt werden kann. Auch der Versuch, der Ehe einen (Männer-) zivilisierenden Einfluss zuzuschreiben, blieb nicht unwidersprochen. Soweit man diese Annahme durch das verringerte Auftreten männlicher Gewalt in Ehe und Familie begründete, musste darauf hingewiesen werden, dass familiäre Gewalt auf eine Reihe von biopsychosozialen Faktoren zurückzuführen ist und simple Erklärungsansätze nicht geeignet sind, um solche soziale Phänomene angemessen zu erklären.

Eine auf neokonservative Annahmen begründete Familienpolitik privilegiert eine durch die Ehe gestiftete Partnerschaft und belohnt sie etwa mit steuerlichen Vorteilen. Dies zeigen z. B. die Empfehlungen des Kongressausschusses in den USA 1998, steuerliche Anreize für Paare, die heiraten oder eine Steuerbefreiung für verheiratete Paare mit drei oder mehr Kindern einzuführen. Die Debatte in Deutschland um Ehegatten- bzw. Familiensplitting ist in diesem Zusammenhang nur am Rande zu erwähnen. Eine Sozialpolitik, die sich diesem neokonservativen Denkansatz verpflichtet fühlt, diskriminiert unverheiratete Elternpaare, akzeptiert eine unterschiedliche rechtliche Behandlung von Müttern und Vätern im Kindschaftsrecht und lehnt eine Gleichstellung unterschiedlicher

⁶ Lovejoy, C.O. 1981. The origin of man. *Science*, 211(4479):341-350.

Lovejoy, C.O. 1981. Models of human evolution. *Science* 217:304-306.

Lebensformen ab. Was überrascht, ist die fehlende Reflexion über die Unzulänglichkeiten eines auf der Ehe begründeten Modells des Zusammenlebens: Zunehmend scheitern Ehen, weil sie nicht den Rahmen für eine glückliche Partnerschaft bieten, weil Männer, situativ bedingt, sich nicht angemessen am Innenleben der Familie beteiligen und weil eine traditionell organisierte Form des Zusammenlebens mit den veränderten Anforderungen einer postmodernen Gesellschaft nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Aus diesem Dilemma kommt die Politik nur heraus, wenn es gelingt, die traditionelle Definition von Männlichkeit zu verändern, eine Weiterentwicklung der Institution Familie mittels geeigneter Rahmenbedingungen zu begünstigen, die nicht wie bislang der Logik der Industriegesellschaft folgt, sondern einer Weltsicht, die durch hohe kulturelle Diversität, soziale Komplexität, durch räumliche und zeitliche Besonderheiten, durch ein hohes Maß an Diskontinuität, durch Verluste und beschleunigte Veränderungen charakterisiert ist. Die größte Herausforderung für moderne Familien resultiert aus der Bewältigung der Folgen des Transformationsprozesses vom Modell „Familie der Industriegesellschaft“ zum Modell „Familie für eine Wissens- und Informationsgesellschaft“. Dem politischen Modell steht demnach in erster Linie eine weltanschauliche Neuorientierung bevor, auf deren Basis neue politische Konzepte und Maßnahmen entwickelt bzw. präzisiert werden müssen. Da jedoch diese Diskussion nicht geführt, sondern auf punktuelle Maßnahmen zurückgegriffen wird, bleibt der politische Ansatz ohne „philosophische“ Grundlage und lediglich definiert über Einzelmaßnahmen, und damit letztendlich wirkungslos. Ein erster Ausweg könnte darin bestehen, Mutterschaft und Vaterschaft, wie auch die Eltern-Kind-Beziehung von ihrer strukturellen und rechtlichen Einbettung zu befreien und sie als gesellschaftlichen Wert anzuerkennen, den es unabhängig vom jeweiligen Kontext zu schützen und zu fördern gilt. Um Mutterschaft und Vaterschaft als Wert per se in das politische Modell aufzunehmen, bedarf es zumindest eines anderen als des neokonservativen Denkansatzes.

Prof. Dr. Cornelia Kricheldorf

Zwischen Sorgebeziehungen und Selbstverwirklichung – Facetten und Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Frauen

1 Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und erheblicher gesellschaftlicher Umbrüche in Gegenwart und naher Zukunft, bekommt das Engagement aktiver Bürger eine besondere Relevanz – als zusätzliche Ressource für gesellschaftlich notwendige Aufgaben und als Ermöglichung der Teilhabe an der Gestaltung von Lebensbedingungen. Das Ausmaß, in dem sich Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und zu freiwilligem Engagement bereit sind, gilt als spezifischer Gradmesser für die Qualität einer Gesellschaft.¹ *„Wenn in Deutschland 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger öffentlich aktiv sind, ist das auch ein Indikator für ein hohes Maß an „sozialem Kapital“, eine Metapher, mit der heute oft der soziale Zusammenhalt und die soziale Qualität moderner Gesellschaften bezeichnet wird.“*² Diese Aussage bezieht sich auf die Auswertung des 2. Freiwilligensurveys³, der 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für

1 Vgl. dazu ausführlich Pollack, Detlef (2004)

2 Gensicke, Thomas u.a. (2006), S. 16.

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005)

Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Im Vergleich zu der ersten Erhebungsrunde, die im Jahr 1999 durchgeführt worden war, ist demnach ein Anstieg von Aktivität und Engagement um insgesamt 4 Prozentpunkte zu verzeichnen: 36 % der dabei Befragten sind freiwillig engagiert, 34 % sind in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv, aber ohne dabei ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Im Freiwilligensurvey 2004 werden die beiden Gruppen zusammengefasst und insgesamt als „öffentlich aktiv“ bezeichnet.

In der entsprechenden Berichterstattung werden ältere Menschen ab 55 Jahre als die größte Wachstumsgruppe in Bezug auf das freiwillige Engagement beschrieben, – ein Umstand, der dazu führt, dass ihnen im Abschlussbericht eine eigene vertiefende Sonderanalyse gewidmet ist.⁴

Die konkurrierenden und nicht immer trennscharfen Bezeichnungen „Ehrenamt“, „Freiwilligenarbeit“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ werden im Freiwilligensurvey nicht differenziert, sondern insgesamt unter dem Begriff „freiwilliges Engagement“ subsumiert. Die von der Bundesregierung eingesetzte, gleichnamige Enquete-Kommission hat sich dagegen für die Bezeichnung „Bürgerschaftliches Engagement“ entschieden und damit alles gebündelt, was zum freiwilligen Engagement in der Zivilgesellschaft zählt. Am 8. Februar 2006 hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusätzlich einen Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ für die 16. Wahlperiode eingesetzt.

Die empirischen Befunde zeigen auf, dass sich eher traditionsorientierte Ältere gerne in vorgegebene Strukturen einpassen und die ihnen vorgegebenen Aufgaben zu erfüllen suchen (unter dem Aspekt der Nützlichkeit und des sinnvollen Tuns). Hingegen bringen die „neuen Freiwilligen“ – unter ihnen auch viele der „jungen Alten“ – weitere Motive im Zusammenhang mit ihrem Engagement ein.

Die Tätigkeit soll:

- Spaß machen,
- die Möglichkeit bieten, mit sympathischen Menschen zusammenzukommen,
- den eigenen Kenntnisstand und Erfahrungshorizont erweitern,
- Möglichkeit zur Verantwortungsübernahme und Entscheidungsspielräume bieten,
- Anerkennung bringen.⁵

4 a.a.O., S. 303 - S. 346

5 Vgl. ausführlicher Rosenblatt 2001

2 Die Rolle der älteren Frauen

Bürgerschaftliches Engagement scheint für Frauen generell – und damit auch für die älteren Frauen – eine niedrigere Relevanz und einen anderen Bedeutungsgehalt zu haben, als für Männer.⁶ Dies zeigt sich vordergründig zunächst rein zahlenmäßig und führt zu der plakativen Aussage: „Männer sind auch 2004 in höherem Maße freiwillig engagiert als Frauen (1999: 39 %, 2004: 39 %). Der Unterschied in der Engagementquote hat sich jedoch verringert, denn Frauen sind 2004 etwas häufiger engagiert (1999: 30 %, 2004: 32 %).“⁷

Besonders deutlich wird dabei der Anstieg des Ausmaßes von Bürgerschaftlichem Engagements bei den 55- bis 64-jährigen Frauen herausgestellt, die im Vergleich zwischen 1999 und 2004 um 8 Prozentpunkte häufiger engagiert waren – was als allmähliches „Aufholen“ auf den Vorsprung der Männer gewertet wird.⁸ In diesem Kontext drängt sich allerdings die Frage auf, ob Frauen tatsächlich aufzuholen haben und ob sie vorher tatsächlich weniger aktiv waren. Vor dem Hintergrund einer differenzierten Betrachtungsweise der Ergebnisse der Freiwilligensurveys und unter Hinzuziehung anderer Befunde könnten die Ergebnisse auch ganz anders interpretiert werden.

Auffällig ist, dass sich in zahlreichen anderen Quellen⁹, die sich zum Teil ebenfalls auf die Ergebnisse der Freiwilligensurveys beziehen, immer wieder Aussagen finden, für die die folgende stellvertretend steht: „Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich auf verschiedenen Ebenen verorten: die Verbreitung bestimmter Engagementformen, deren thematische Orientierungen, deren Zeitumfang und die eingenommene Position (Leitungsfunktion) variieren mit dem Geschlecht.“¹⁰

Im freiwilligen Engagement wirken offenkundig immer noch ganz deutlich vorhandene Rollenzuschreibungen an Männer und Frauen in Beruf und Gesellschaft. „Zwei Drittel der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Wohlfahrtspflege sind Frauen, im sozialen Bereich sogar 92%.“¹¹ Im Freiwilligensurvey 2004 wird

6 Vgl. dazu : Backes, Gertrud M. (1992); Glade, Anne (2002); Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz (2001); Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1995); Notz, Gisela (2000).

7 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005), S. 261

8 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005), S. 261

9 Vgl. Glade, Anne (2002), Zierau, Johanna (2001)

10 <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/6-Politische-partizipation-und-buergerschaftliches-engagement/6-6-Buergerschaftliches-engagement-und-nicht-institutionalisierte-politikformen/6-6-1-frauen-und-maenner-im-buergerschaftlichen-engagement,did=55052,render=renderPrint.html>: Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement, S.1

11 <http://www.ehrenamt-bw.de>: Frauen und Ehrenamt, Landesportal Ehrenamt Baden-Württemberg

zwar aufgezeigt, dass Frauen, bezogen auf alle Altersgruppen, in bestimmten Bereichen, z.B. im Sport – der bisherigen „Männerdomäne“ im freiwilligen Engagement – inzwischen deutlich aufgeholt haben und auch in anderen Ausprägungen eine Annäherung der Geschlechter stattfindet.¹² Trotzdem bleiben kohortenspezifische Sozialisierungseffekte weiterhin sichtbar – und das gilt besonders für ältere Frauen, bei denen die gewählten Engagementformen, stärker als bei den gleichaltrigen Männern, häufig biografisch begründet und erklärbar sind.¹³

Frauen wählen außerdem für ihr Engagement vergleichsweise häufiger informelle Organisationsformen, wie Gruppen in Selbstorganisation oder Initiativen. In der Konsequenz wird dadurch ihre Form des Engagements nach außen weit weniger sichtbar und offenkundig. Männer hingegen kommen auf Grund des stärkeren formalen Profils ihrer freiwilligen Tätigkeit häufiger in Vorstands- und Leitungsfunktionen oder werden in ein Amt gewählt – was natürlich viel mehr öffentliche Wirksamkeit hat und mehr Anerkennung mit sich bringt.

„Allen anderen Aussagen zum Trotz: Es sind weit überwiegend Frauen, die ehrenamtliche Arbeit leisten: 80% der ehrenamtlichen sozialen Dienstleistungen werden durch Frauen ausgeführt. Männer arbeiten in den ehrenamtlichen Bereichen, die mit gesellschaftlicher Macht und Anerkennung, z. T. mit hohen Aufwandsentschädigungen verbunden sind: (...) Leitungsfunktionen in Vereinen und Verbänden, Positionen in den Aufsichtsräten.“¹⁴

Und nicht zuletzt ist der zahlenmäßig weniger ausgeprägte Umfang von bürgerschaftlichem Engagement bei Frauen insgesamt natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass Frauen auch heute noch die überwiegende Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge in den Familien tragen und durch ein erhebliches Mehr an Hausarbeit gebunden sind. Schon damit leisten sie einen hohen gesellschaftlichen Beitrag¹⁵. *„Frauen sind die Produzentinnen des Gemeinns. Das ist auch in der Altenarbeit oder im Engagement von alten und älteren Menschen so.“¹⁶*

Zusammenfassend wird das bürgerschaftliche Engagement Älterer im Freiwilligensurvey 2004 unter anderem so beschrieben: *„Ältere Menschen trugen seit 1999 in besonderem Maße zur Belebung von Gemeinschaftsaktivität und sozialem*

12 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): S. 258 – S. 302

13 Vgl. ausführlicher Jakob, G. (2002); Aner, Kirsten (2005); Sagebiel, Felizitas (2004)

14 Notz, Gisela (2002), S. 122.

15 Vgl. ausführlicher Zierau, Johanna (2001), S. 15-110.

16 Notz, Gisela (2002), S. 129 ff

freiwilligen Engagement im Bereich „Soziales“ bei. Ähnlich ist es im kirchlich-religiösen Bereich. Das Engagement der Älteren kommt häufig und zunehmend der eigenen Bezugsgruppe der älteren Menschen zugute.“¹⁷

Unterschieden wird bei dieser Aussage leider nicht nach der geschlechtsspezifischen Ausprägung dieser speziellen Form von Engagement, bei der Ältere für Ältere tätig werden. Es kann jedoch auf der Basis der vorangegangenen Ausführungen davon ausgegangen werden, dass dieser gesellschaftlich immer wichtigere und hoch relevante Bereich des freiwilligen Engagements im Bereich Pflege und Unterstützung für alte und hochaltrige Menschen überwiegend von Frauen erbracht wird, die „(...)besonders vom sozialen Pflichtgefühl her und vermehrt aus politischen Motiven freiwillig engagiert“¹⁸ gleichaltrige oder auch ältere Menschen unterstützen und begleiten.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich geradezu an, die Facetten und Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Frauen exemplarisch am Beispiel des Bundesmodellprojekts „Pflegebegleiter“¹⁹ aufzeigen – ein Projekt, das sich in dem skizzierten Bereich verortet und das im Folgenden zunächst kurz beschrieben wird. Für 5 Jahre von den Spitzenverbänden der Pflegekassen gefördert, soll im Rahmen des Projekts, in dem mir die Leitung der wissenschaftlichen Begleitung übertragen wurde, Bürgerschaftliches Engagement im Handlungsfeld Pflege erprobt und implementiert werden. Exemplarisch für das Thema dieses Beitrags bietet es sich auch an, weil im Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung das „typische Pflegebegleiterprofil“ im bisherigen Projektverlauf bestimmt wird von den beiden Faktoren „weiblich“ und „im 3. Lebensalter“ und damit Rückschlüsse erlaubt sowie vertiefende Einblicke bietet.

Abbildung: Das „typische“ PflegebegleiterInnenprofil

Das „typische“ PflegebegleiterInnenprofil *	
<input type="checkbox"/>	weiblich
<input type="checkbox"/>	im „3. Lebensalter“
<input type="checkbox"/>	mittlerer Bildungsabschluss
<input type="checkbox"/>	Berufsausbildung
<input type="checkbox"/>	bei ca. 50 % eigener Pflegeerfahrung

* Stand Dezember

17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): S. 302

18 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): S. 302

19 Bubolz-Lutz, E.; Kricheldorf, C. (2006)

3 Das Projekt „Pflegebegleiter“

3.1 Zielrichtungen und erwartete Effekte

Das Projekt „Pflegebegleiter“ ist eingebettet in die Bemühungen um eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung nach § 8 Abs. 3 SGB XI. Das Modellprogramm zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung bezieht sich in Abs. 1 auf den Grundsatz, dass die pflegerische Versorgung der Bevölkerung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt (Sozialgesetzbuch § 8, Abs. 1). Weiter heißt es: „Die Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen (...) unterstützen und fördern (...) die Bereitschaft zu einer humanen Pflege und Betreuung durch hauptberufliche und ehrenamtliche Pflegekräfte sowie durch Angehörige, Nachbarn und Selbsthilfegruppen und wirken so auf eine neue Kultur des Helfens und der mitmenschlichen Zuwendung hin“ (§ 8 Abs. 2).

Im Projekt „Pflegebegleiter“ werden auf unterschiedlichen Ebenen jeweils spezifische Anliegen verfolgt. Ausgehend von dem Bedarf an Ermutigung, Einbindung, Kompetenzentwicklung und Vernetzung von pflegenden Angehörigen oder privat pflegenden Personen wird ein entsprechendes Angebot von Freiwilligen für pflegende Angehörige entwickelt und implementiert. Kernaufgabe der freiwilligen PflegebegleiterInnen ist die Stärkung von pflegenden Angehörigen, damit diese die Herausforderungen einer Sorge und Pflege zu Hause meistern können. Damit Pflegebegleiterinnen und Pflegebegleiter ihre Aufgabe kompetent angehen können, sind Vorbereitungskurse für Freiwillige entwickelt worden, die kontinuierlich bundesweit erprobt und umgesetzt werden. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, werden zudem Qualifizierungsmaßnahmen für MultiplikatorInnen, sog. *Projekt-Initiatorinnen und Initiatoren* angeboten, die dann Vorbereitungskurse durchführen und Pflegebegleiter-Initiativen in ihrer Praxis begleiten können.

Somit werden durch ein spezielles Programm von Vorbereitung und qualifizierter Praxisbegleitung Freiwillige dazu befähigt, pflegende Angehörige durch aufsuchende Begleitung zu stärken, ihre Kompetenzen (z.B. im Hinblick auf Arbeitsorganisation oder Beziehungsgestaltung) zu verbessern und ihnen den Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern. Zudem soll durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit das Verständnis für die Anliegen familiärer Pflege in der Öffentlichkeit gefördert und ein Klima nachbarschaftlicher Solidarität und Verbundenheit mit pflegenden Familien entwickelt werden.

Mit dem Ansatz einer zugehenden Begleitung für pflegende Angehörige wird einer Lücke im Versorgungsnetz Rechnung getragen, die erst vor kurzem in der

MuG III-Studie zu Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten benannt wurde: es fehlt an niedrighschwelligem Angeboten durch Freiwillige, die aufsuchend tätig sind und somit die Hemmschwellen zwischen professionellem und privaten Systemen überwinden helfen.²⁰

3.2 Fragestellungen im Projekt

Warum melden sich Freiwillige, um sich als PflegebegleiterInnen zu qualifizieren? Warum wählen sie für ihr freiwilliges Engagement einen so herausfordernden, gesellschaftlich bisher kaum wahrgenommenen und gewürdigten Bereich aus? Erste Evaluationsergebnisse aus bisher durchgeführten Kursen im Pflegebegleiter-Projekt zeigen, dass tatsächlich die Gründe für die Teilnahme vielschichtig sind und sowohl den Wunsch nach persönlichem Gewinn als auch das Bedürfnis, sich gestaltend in gesellschaftliche Prozesse einzubringen, widerspiegeln. Möglicherweise zeigen sich aber auch Effekte, die auf eine größer gewordene gesellschaftliche Relevanz des Themas *Pflege* hinweisen und auch darauf, dass die gedankliche Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Umfang und in welcher Form der Umgang mit dem Phänomen *Pflegebedürftigkeit* in der Perspektive gemeistert werden kann, inzwischen zu einem persönlich wichtigen Thema geworden ist. Dies trifft vor allem auf die Generation zu, die biografisch stärker als ihre Eltern- und Großelterngeneration gelernt hat, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen, das eigene Leben als gestaltbar zu begreifen und die – oft hautnah konfrontiert mit der Bewältigung der Alterungsprozesse der eigenen Elterngeneration – das eigene Älterwerden kritisch im Blick hat.

In der Gesamtzahl aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pflegebegleiter Kurse 2005 wurden folgende Gruppen identifiziert und in der Auswertung der Ergebnisse gesondert betrachtet. Daraus ergibt sich nochmals ganz deutlich die Relevanz der Erfahrungen im Projekt Pflegebegleiter für die Fragestellung im vorliegenden Beitrag.

Tabelle: TeilnehmerInnen der Vorbereitungskurse

<i>Gruppenbezeichnung</i>	<i>Beschreibung</i>
„Frauen“	Weibliche Teilnehmerinnen (84%)
„Männer“	Männliche Teilnehmer (16%)
„Jüngere“	Teilnehmer im Alter zwischen 25-50 Jahre (18,5%)
„Ältere“	Teilnehmer im Alter zwischen 50-75 Jahre und älter (80%)
„Berufstätige“	Erwerbstätige Teilnehmer (26%)
„Arbeitssuchende“	Arbeitssuchende Teilnehmer (16,3 %)

20 Schneekloth, U.; Wahl, H. W. (Hg.) (2005)

Über alle Gruppen hinweg zeichnete sich bisher sehr deutlich als Hauptmotiv zur Teilnahme an den Kursen die Überzeugung ab, dass *gegenseitige Unterstützung* eine *wichtige gesellschaftliche Aufgabe* darstellt und dass Pflegende Unterstützung benötigen. Erst in deutlichem Abstand dazu wird der *Wunsch nach Weiterbildung* und *Sinnsuche* bzw. Selbstverwirklichung genannt. Das bedeutet, dass Frauen und Männer, Jüngere wie Ältere, die sich im Pflegebegleiterprojekt engagieren, gemeinnützig und solidarisch wirken wollen, dass sie ihr Engagement aus sozialem Pflichtgefühl und gesellschaftspolitischen Motiven heraus begründen (vgl. Fn. 2 und 18).



4 Zwischen Sorgebeziehungen und Selbstverwirklichung – Motive und Handlungsorientierungen für das Bürgerschaftliche Engagement älterer Frauen im Pilotprojekt

Das Bundesmodellprojekt „Pflegebegleiter“ stützt sich in seiner Konzeption und in Teilen der wissenschaftlichen Begleitung auf Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem vorausgegangenen Pilotprojekt. Mit dessen Teilnehmerinnen – ausnahmslos Frauen im 3. Lebensalter – wurden nach Abschluss der Pilotphase qualitative Interviews geführt, die inhaltsanalytisch ausgewertet und zu Kernaussagen verdichtet wurden.

Diese sind in der folgenden Tabelle zu Motiven und Handlungsorientierungen zusammengefasst und polarisierend gegenübergestellt, um dabei – im Sinne einer Gewichtung – Aufschlüsse bezüglich der zentralen Fragestellungen dieses Beitrags zu erhalten.

Motive und Handlungsorientierungen präsentieren sich weitgehend ausgewogen, also in einer Art Bi-Polarität zwischen **Sorgebeziehung und Selbstverwirklichung**. Das Projekt wird dabei geprägt und getragen von einer immer wieder neu auszuhandelnden Balance zwischen den beiden Polen und befindet sich damit in einem ständigen Prozess von Nähe und Distanz, von Geben und Nehmen.

Frage: Warum engagieren Sie sich als Pflegebegleiterin?

Merkmal Sorgebeziehungen	Merkmal Selbstverwirklichung
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eigene Erfahrung, in der Pflege überfordert und alleine gelassen worden zu sein <div style="text-align: center; margin: 10px 0;">  </div> <ul style="list-style-type: none"> ➤ andere pflegende Angehörige sollen es leichter und besser haben ➤ Familien sollen nicht an der Pflege zerbrechen ➤ pflegende Angehörige sollen entlastet werden, damit sie nicht selbst erkranken <p>Ankerbeispiele: <i>„... weil ich auch pflegende Angehörige war und an sich da selbst schlechte Erfahrungen gemacht habe. Also ich fühlte mich total hilflos, wusste auch nicht, wo ich mir Hilfe holen sollte. Meine Mutter, die war an Alzheimer erkrankt.“</i></p> <p><i>„Also, es hat ziemlich Probleme gegeben. Und da hätte ich mir irgendwie auch schon die Hilfe gewünscht ...“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zeit schenken ➤ entlastend wirken 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Engagement als Pflegebegleiterin dient der Neuorientierung nach der Berufsphase <div style="text-align: center; margin: 10px 0;">  </div> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gelegenheit neue soziale Kontakte mit Gleichgesinnten zu knüpfen ➤ sinnvolle Begegnung mit Menschen haben ➤ Engagement bringt eigene Zufriedenheit ➤ Engagement als Pflegebegleiter schärft Blick für die eigene Situation und wirkt verbindend <p>Ankerbeispiele: <i>„... das fand ich also für mich unheimlich positiv und da habe ich gesagt, also das ist wirklich die Möglichkeit, ja auch für andere den Blick zu weiten, Kontakte nach außen aufrecht zu erhalten.“</i></p> <p><i>„Mhm. Zufriedenheit, immer wieder dann auch zufrieden sein, mit dem, was man hat. Ob das die Gesundheit ist oder in welcher Ecke der Welt wir leben.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wertschätzung und Achtsamkeit erfahren ➤ Nähe und Verbundenheit mit anderen Teilnehmern spüren ➤ Offene Atmosphäre, die Austausch möglich machte <p>Ankerbeispiel: <i>„Irgendwas hat mich da ganz tief drinnen an einer empfindlichen Stelle berührt. Es hat einen Deckel geöffnet, der jahrzehntelang verschlossen war.“</i></p>

Ankerbeispiele:

„Das ist immer ein Geben und ein Nehmen, wenn man sich selber irgendwo engagiert, .. dass einem das selber irgendwo auch gut tut.“

„Weil ich das vom Grundgedanken eine ganz wichtige Sache finde, für die Familien, dass sich möglichst viele Menschen engagieren, um miteinander füreinander da zu sein.“

Ein zentraler Gedanke in den Interviews war die folgende Aussage zu den strukturellen Rahmenbedingungen des Projekts während der Phase der Qualifizierung, denn der Kurs verpflichtet nicht zur Teilnahme, sondern lässt die Entscheidung noch offen.

- Die Bereitschaft zum Engagement kann sich dabei langsam und in einem Prozess entwickeln

Ankerbeispiel:

„Also ich fand, was einfach sehr schön daran war, ... also man musste sich vorher nicht festlegen, ob man es wirklich macht oder nicht. Das war für mich sehr wichtig, weil ich finde, wenn ich mich für etwas entscheide, ist es ja ein Prozess. Es passieren ja Dinge, die ich wirklich nicht heute wissen kann.“

5 Zusammenfassung

Diese Ergebnisse aus der Begleitforschung zum Projekt zeigen deutlich, dass das Bürgerschaftliche Engagement in der skizzierten Form ein breites Spektrum von Motiven und Handlungsorientierungen abdeckt, dass es im Sinne einer Neuorientierung und Ermöglichung neue Optionen erschließt und neben der Sorge um andere und der Übernahme einer gesellschaftspolitisch dringend notwendigen Aufgabe auch um Elemente von Selbstverwirklichung im freiwilligen Engagement geht – ein Ansatz, der voraussetzungsvoll ist und entsprechende strukturelle Bedingungen braucht. Dazu gehören beispielsweise die notwendige fachliche Begleitung, im Sinne von Reflexion und Supervision sowie Räume für Gruppentreffen und Möglichkeiten zur Weiterbildung. Unter dieser Maßgabe ist das Bürgerschaftliche Engagement älterer Frauen nicht nur eindimensional als Kosten sparender Faktor im Sozial- und Gesundheitswesen zu sehen, was angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen für die Gesellschaft – besonders im stark wachsenden Pflegebereich – eine besondere Relevanz hat. Es werden mit den neuen Engagementfeldern und -formen vielmehr zusätzliche, gesellschaftlich nützliche Aufgabenbereiche abge-

deckt. Der aktuelle Trend, der in verschiedenen Studien für das Bürgerschaftliche Engagement festgestellt wurde, dass Selbstverwirklichung und das Verfolgen persönlicher Ziele altruistische Motive an erster Stelle abgelöst haben, konnte für diese Stichprobe der Pflegebegleiterinnen so also nicht bestätigt werden – vielmehr befinden sie sich in einer ausgewogenen Balance von **Sorgebeziehungen und Selbstverwirklichung**. Damit eröffnen sich neue Chancen und Möglichkeiten für die Bürgerschaftlich Engagierten, aber auch Impulse für die Veränderung von Gesellschaft.

Literaturverzeichnis

Aner, Kirsten (2005): „Ich will dass etwas geschieht“: wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht. Berlin.

Backes, Gertrud M. (1992): Soziales Ehrenamt im Alter: ältere Frauen zwischen fremdbestimmtem Einsatz, Selbsthilfe und freigewähltem Engagement. *Sozial Extra*, 16 (12), 7-9.

Bubolz-Lutz, E.; Kricheldorf, C. (2005): Häusliche Pflegearrangements und Pflegebegleiter – Ein Modellprojekt auf der Grundlage von Empowerment. In: Klie, Th.; Buhl, A.; Entzian H.; Hedtke-Becker, A.; Wallraven-Dreisow, H. (Hg.): *Die Zukunft der gesundheitlichen, sozialen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen*. Frankfurt a. M.: 169–180.

Bubolz-Lutz, E.; Kricheldorf, C. (2006): *Freiwilliges Engagement im Pflegemix – neue Impulse*. Freiburg.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): *Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik*. S. 101-125. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung, Thomas Gensicke, Sibylle Picot, Sabine Geiss*. München.

Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen.

Gensicke, Thomas u.a. (2006): *Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland*. In: *APuZ: Aus Politik und Zeitgeschehen, Bürgerschaftliches Engagement, Heft 12/2006*.

Glade, Anne (2002): *Freiwilliges Engagement als Chance zur Teilhabe aus der Geschlechterperspektive. – Auswertungen zu den Tätigkeitsbereichen und Potenzialen der Freiwilligenarbeit auf der Grundlage des Freiwilligenurvey 1999*. In: *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Hg: Materialien zur Gleichstellungspolitik, Nr. 88/2002*, Bonn.

Jakob, G. (2002): *Biografische Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Zur Bedeutung biografischer Ereignisse und Erfahrungen für ein gemeinwohlorientiertes Engagement*. In: *Munsch, Ch. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und soziale Benachteiligung*. Weinheim/München.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz (2001): Frauen und Ehrenamt. Perspektiven für das freiwillige Engagement. Mainz.

Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1995): Nicht rasten und schon gar nicht rosten. Zur Lebens- und Freizeitplanung von Frauen im Alter. Ein Praxisbericht zum Modellprojekt. Düsseldorf.

Notz, Gisela (2000): Der Dritte Sektor und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, in: WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, H 75/2000 Nr. 1, S. 57-70.

Notz, Gisela (2002): Der soziale Engagementbereich ist auch für Ältere eine Domäne der Frauen. In: Grundsatzthemen der Freiwilligenarbeit. Theorie und Praxis des sozialen Engagements und seine Bedeutung für ältere Menschen. Praxisbeiträge zum bürgerschaftlichen Engagement im Dritten Lebensalter, Band 13. Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn, Frankfurt.

Pollack, Detlef (2004): Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Klein, Ansgar u.a.: Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden.

Rosenblatt von, Bernhard (Hrsg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 194, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart.

Sagebiel, Felicitas (2004): Life Long Learning und Geschlecht: Evaluation des SeniorInnenstudiums in Wuppertal, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 4, 2004.

Schneekloth, U.; Wahl, H. W. (Hg.) (2005): Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Repräsentativbefunde und Vertiefungsstudien zu häuslichen Pflegearrangements, Demenz und professionellen Versorgungsangeboten. Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Zierau, Johanna (2001): Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In: BMFSFJ (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse einer Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftreihe Bd. 194.3, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 15-110.

Internetquellen

<http://www.ehrenamt-bw.de>:

Frauen und Ehrenamt, Landesportal Ehrenamt Baden-Württemberg, Stand 14.07.2006

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/publikationsliste,did=5606.html>:

Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik Stand 14.07.2006

<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/6-Politische-partizipation-und-buergerschaftliches-engagement/6-6-Buergerschaftliches-engagement-und-nicht-institutionalisierte-politikformen/6-6-1-frauen-und-maenner-im-buergerschaftlichen-engagement,did=55052,render=renderPrint.html>:

Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement.

Stand 14.07.2006

www.pflegebegleiter.de

Kontakte:

Projektbüro Pflegebegleiter auf Bundesebene

PD Dr. Elisabeth Bubalz-Lutz

Julia Steinfort

Bergstr. 60

D-41749 Viersen-Süchteln

Tel.: +49 (0)2162-8191 851

Fax: +49 (0)2162-8191 853

Diakonisches Werk Dortmund

Marlies Schaefer

Monika Leifers

Jägerstr. 5 R. 257

D-44145 Dortmund

Tel.: +49 (0)231-8494305

Fax: +49 (0)231-1300663

Ingeborg Heinze

Vorsorge im und für das Alter. Was Sie schon immer regeln sollten: Testament – Vorsorgevollmacht – Patientenverfügung

Die demografischen Veränderungen der Gesellschaft erfordern im Familien- und Erbrecht in weit größerem Umfang als früher vom Gesetz abweichende rechtliche Regelungen. Die Standardfamilien, die gesetzlichen Regelungen generalisierend zugrunde liegen, weichen einer immer weiter zunehmenden Vielfalt von familiären Konstellationen. Aber auch in einigen klassischen familien- und erbrechtlichen Fällen können individuelle Regelungen erhebliche Vorteile gegenüber der gesetzlichen Regelung bieten.¹

Es gibt wohl kaum jemanden, der ein **Testament** nicht als sinnvoll ansehen würde, doch wird dies fälschlicherweise nur für „die Älteren“ als erforderlich gehalten. Tatsächlich sollte vernünftigerweise jeder Erwachsene an ein Testament denken. Besonders wichtig ist dies für Eheleute mit Kindern, insbesondere dann, wenn Eigentum in Form einer Immobilie vorhanden ist. Stirbt einer der Eheleute, gilt ohne Testament die gesetzliche Erbfolge. Der überlebende Ehegatte bekommt die eine Hälfte, die andere geht an den Nachwuchs. In der Praxis bedeutet dies: Das Haus kann nur unter Mitwirkung des Jugendamtes veräußert werden, das auch sicherstellt, dass der auf die Kinder entfallende Vermögensanteil mündelsicher angelegt wird, wenn diese noch minderjährig sind. Auch für Allein-

¹ Zum Thema Eheverträge finden sich ausführliche Beiträge im Reader „Frauen und Recht“, hrsg. vom MGSFF NRW, Düsseldorf 2003, <http://www.vings.de/kurse/wissensnetz/reader/frauenundrecht.pdf>.

erziehende ist ein Testament wichtig. Zwar sichert die gesetzliche Erbfolge, dass die Kinder – wie in der Regel gewünscht – das Vermögen erben; doch stirbt ein Kind vor dem leibliche Vater, dann erbt dieser vom Kind – eine Folge, die oft unerwünscht ist. Besondere Regelungen sind weiter zu treffen, wenn für ein behindertes Kind Vorsorge getroffen werden soll. „Erste Hilfe“ bieten zwei Muster-Testamente², die aber im Zweifel nicht vollständig die individuellen Erfordernisse erfüllen. Jede/r sollte sich daher intensiv mit der Thematik zu beschäftigen.

Es gibt dafür vielfältiges Info- Material. So kann man die Broschüre „Erben und Vererben“ kostenlos beim Bundes-Justizministerium bestellen; auch das Justizministerium NRW bietet Hilfe. Die meisten Geldinstitute haben kostengünstige Erbrechts-Broschüren aufgelegt, und sowohl die Verbraucherzentrale NRW als auch die Stiftung Warentest Finanztest haben zum Thema „Erben und Vererben“ Bücher herausgebracht. Allen gemeinsam ist, dass sie verständlich geschrieben sind. Erst wenn Sie selbst genauer wissen, was Sie regeln wollen und müssen, ist eine zusätzliche Rechtsberatung bei einem Anwalt/einer Anwältin bzw. einem Notar sinnvoll. Bei der Suche nach einem Anwalt/einer Anwältin hilft, dass es seit kurzem den Titel Fachanwalt/ Fachanwältin für Erbrecht gibt, der nur aufgrund festgestellter und geprüfter Erfahrungen mit der Materie verliehen wird.

Fast noch wichtiger als ein Testament ist eine **Vorsorgevollmacht**. Sie sollte auf jemanden ausgestellt werden, der als Vertretung handelt, wenn man krankheits- oder pflegebedingt selbst nicht mehr handeln kann. Dieses Erfordernis der Vorsorgevollmacht gilt auch dann, wenn man verheiratet ist, denn auch ein Ehepartner darf nur mit Vollmacht für den andern handeln und entscheiden. Auch ist es wichtig, sich Gedanken zu machen, wie und in welchem Umfang man ärztlich behandelt werden will, wenn man selbst nicht mehr in der Lage ist, eine Entscheidung zu treffen, und daher eine Patientenverfügung auszufüllen. Verschiedene Formulare nebst einer ausführlichen Erläuterung finden Sie, wenn Sie das Stadt-Portal der Stadt Meerbusch unter <http://www.meerbusch.de/> aufrufen und in das Suchfeld das Stichwort „Patientenverfügung“ eingeben.

Kontakt

Stadt Meerbusch – Der Bürgermeister

Ingeborg Heinze

Gleichstellungsbeauftragte

Gonellastraße 32 - 34

40668 Meerbusch

ingeborg.heinze@meerbusch.de

² Eingestellt im Wissensnetz der Qualifizierung Gleichstellung der FernUniversität Hagen
<http://www.vings.de/kurse/wissensnetz/welcome.html>

Stadt Aachen

Vorstellung des Fachbereichs Wohnen. Die Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN der Stadt Aachen

Die rasante Veränderung in der Altersstruktur unserer Gesellschaft, die wachsende Zahl alleinerziehender Mütter und Väter, wie auch die verstärkte Nachfrage nach alternativen Wohn- und Lebensformen verändern schon jetzt unsere Wohnungsmarktlanschaft nachhaltig.

Ergänzend entdecken unsere Bürgerinnen und Bürger für ihre dritte Lebensphase Chancen zu selbstbestimmten Lebensweisen im Alter. So suchen sie nach individuellen Lösungen, die ihre Bedürfnisse und Interessen berücksichtigen. Dies äußert sich in Wünschen wie

- möglichst unabhängig und aktiv zu bleiben
- nicht alleine oder einsam zu sein, sondern Wohnformen anzustreben, die Nähe und Distanz zugleich ermöglichen
- gemeinschaftliche Wohnprojekte aufzubauen mit jüngeren und älteren Gleichgesinnten
- durch barrierefreies Wohnen bis ins hohe Alter in der gewählten Wohngemeinschaft zu bleiben
- Kontakte zu Pflege- und Servicediensten aufzubauen, die bei Bedarf helfend zur Seite stehen

- eine Wohnung zu finden in Stadtbereichen mit intakter Infrastruktur und guter Verkehrsanbindung, um aktiv am Leben teilnehmen zu können.

Die Stadt Aachen hat aus diesen Erkenntnissen, maßgeblich auch auf der Grundlage von Anträgen der Ratsfraktionen, die Konsequenz gezogen und im Juli 2006 eine Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN eingerichtet. Ziel ist es, „Gutes Leben und Wohnen in Aachen“ weiterhin zu ermöglichen und gleichzeitig neue Bürgerinnen und Bürger für Aachen zu gewinnen. Erreichen wollen wir dies durch Anregung / Unterstützung generationsübergreifender Wohnprojekte. Dabei hoffen wir auch auf Synergieeffekte – Aktivierung der Bautätigkeit, Vermeidung von Leerständen sowie Modernisierung im Wohnungsbestand – und damit verbunden auf positive Einflüsse auf den Arbeitsmarkt.

Die Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN wird zunächst als 2-jähriges Projekt entwickelt. In der ersten Phase der Projektarbeit wurde ein kommunales Netzwerk aus MitarbeiterInnen verschiedener Fachbereiche aufgebaut. Neben der Projektleitung (Leiter des Fachbereiches Wohnen) und der Projektleitungsgruppe (stellvertretender Leiter Fachbereich Wohnen/Leiter des Sozialamtes/Leiter Sozialplanung/Fachberaterin des Fachbereiches Personal und Organisation) entstand das Büro der Geschäftsführung, die gleichzeitig die Aufgaben der Kontaktstelle wahrnimmt.

Es wurde eine Hauptarbeitsgruppe gebildet aus Mitarbeitern/innen relevanter städtischer Aufgabenbereiche:

- Fachbereiche Wohnen und Immobilienmanagement
- Sozial- und Planungsamt
- Bündnis für Familien,

die ergänzt wird durch Vernetzung mit externen Akteurinnen und Akteuren, zur Zeit:

- Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Aachen (gewogeAg)
- Architekturbüro mit einschlägiger Erfahrung auf diesem Sektor.

Thematisch spezialisierte Arbeitsgruppen vervollständigen die Projektorganisation. Die Koordinierung und Lenkung der Hauptarbeitsgruppe und Arbeitsgruppen liegt in Händen der Geschäftsführung/Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN. So können die Vorteile der Kumulation verschiedener wohnungspolitischer Themen im Fachbereich Wohnen in der Vernetzung mit allen themenrelevanten Einrichtungen optimal genutzt werden. Ein Effekt der Projektarbeit ist

z.B., dass die Stadt Aachen bei der Vermarktung städt. Grundstücke Wohnprojekte besonders berücksichtigt.

Derzeit wird eine interne Datenbank erstellt zur Aufnahme von Wohninteressierten, Anbietern und Objekten zur Vermittlung und Zusammenführung möglicher Partnerschaften neuer Wohnprojekte.

Außerdem wird eine Infothek aufgebaut als Service für interessierte Bürgerinnen und Bürger, für Wohninitiativen, Projektträger, Wohlfahrtsverbände, Anbieter von Serviceleistungen, für Wohnungswirtschaft, Haus- und Grundstückseigentümer, Banken, Investoren, Architekten, Politik und Verwaltung.

Die Kontaktstelle NEUE WOHNFORMEN versteht sich dabei als ein neutraler Marktplatz, der den Markt der Möglichkeiten allen Interessierten offeriert. Die Beratung erfolgt in der Form eines „Lotsendienstes“ – als Findungshelfer und zur Bildung von sogenannten „Tandems“ oder anderen Konstellationen. Gedacht ist an die konkrete Zusammenführung von Investoren, Architekten, sozialen Leistungsträgern und mit Wohninitiativen, d.h. Gruppen oder Einzelpersonen, die die Realisierung eines Wohnprojektes anstreben.

Durch aktive Mitarbeit im Netzwerk der Euregionalen Seniorenwirtschaft werden weitere Kontakte geknüpft, die bereits beispielhaft zu konkreten Gesprächen mit einer Einrichtung in Lüttich (Belgien) führen.

In vielfältiger Weise werden die unterschiedlichen Dienstleistungen der Arbeitsgruppen-Mitglieder von sozialen Einrichtungen und Wohninitiativen angefordert, so z. B. vom Sozialdienst Kath. Frauen, der Initiative Aachen, dem Sozialwerk Aachener Christen u. a.

Durch Kontakt mit der Gleichstellungsstelle werden künftig die Notwendigkeiten / Möglichkeiten der Berücksichtigung von frauenspezifischen Anliegen und/oder Projekten abgestimmt.

Ein wichtiger Bereich der Projektarbeit ist für Projektleitung und Geschäftsführung / Kontaktstelle die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, stets mit dem Pressebüro der Stadt Aachen abgestimmt. Das offene Marketing führte auch zu einer Internetseite für Neue Wohnformen unter www.aachen.de und der breiten Streuung eines Flyers und von Plakaten zur Kontaktstelle. Dieses Marketing fand eine große Resonanz in Presse, Funk und Fernsehen über Aachen hinaus auch im nahen Ausland. So entstand eine Basis für Vertrauen und Erfolg für dieses markante Produkt NEUE WOHNFORMEN der Stadt Aachen.

Mit der Fachtagung „Demografischer Wandel und Neue Wohnformen“ setzte die Stadt Aachen den Dialog und den Erfahrungsaustausch mit Akteuren und Akteurinnen aus ganz NRW und insbesondere mit anderen kommunalen Verantwortlichen fort. Gemeinsam mit dem Berliner Projektbüro „Dialog der Generationen“ wurden Kommunale Rahmensetzungen ebenso diskutiert wie Beispiele guter Praxis vorgestellt.

Als besondere Anerkennung werten wir die Berücksichtigung bei der Planung und Durchführung des Besuches von NRW-Generationenminister, Herrn Armin Laschet, im September 2006 im beispielgebenden Mehrgenerationen-Wohnprojekt „Stadthaus statt Haus“ in Aachen. Hierbei fand die Darstellung des Aachener Projektes NEUE WOHNFORMEN große Aufmerksamkeit.

Schließlich ist ein gewollter positiver Effekt dieser Projektarbeit die Förderung von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement in diesem wichtigen Zukunftsbereich, damit aus Visionen alsbald Realitäten werden können.

Kontakt

Stadt Aachen – Fachbereich Wohnen – NEUE WOHNFORMEN

Hildegard Barner

neue.wohnformen@mail.aachen.de

www.aachen.de

Judith Kropp, Sandra Wiegeler

Wohnen für Hilfe.

Wohnpartnerschaften zwischen Alt und Jung – eine Chance für den Generationsaustausch

Singularisierung und Alterspyramide

In der heutigen Zeit gehen alte und junge Menschen meistens getrennte Wege, das Zusammenleben mehrerer Generationen in einem Haushalt ist zur Seltenheit geworden. Das Lebensalter steigt ständig, die Geburtenrate sinkt, die Anzahl der Singlehaushalte in Großstädten wächst und die Großfamilien früherer Zeiten existieren kaum noch. Unsere Alterspyramide steht Kopf und der demographische Wandel stellt uns vor vielfältige Herausforderungen. Fragen werden laut, mit der sich eine alternde Gesellschaft auseinandersetzen muss:

- Wie kann der steigende Bedarf nach Hilfe- und Unterstützungsleistungen im Alltag gedeckt werden?
- Wie können passende Wohnformen im Alter aussehen?
- Wie kann das Zusammenleben von alten und jungen Menschen gelingen?
- Wie kann der Austausch zwischen den Generationen angekurbelt werden, wie können sich Jung und Alt gegenseitig helfen und stützen?
- Neue Antworten bietet das Projekt „Wohnen für Hilfe“ mit der Idee, Jung und Alt durch Wohnpartnerschaften zusammen zu führen.

Ausgangssituation

In vielen Universitätsstädten sind Studierende auf der Suche nach günstigem Wohnraum. Studentenwohnheime können nicht alle Suchenden auffangen; ihre Wartelisten sind ebenso lang wie die bei Wohnungsbesichtigungen. Studiengebühren erschweren zusätzlich die Finanzierbarkeit von Wohnraum und Studium.

Immer mehr Menschen über 60 Jahre leben allein in zu groß gewordenen Wohnungen oder Häusern – viele Wohnräume stehen leer – sei es, weil die Kinder ausgezogen sind oder der Ehepartner verstorben ist. Die meisten Senioren möchten ihr gewohntes Lebensumfeld dennoch nicht aufgeben, sind aber zur Bewältigung des Alltags häufig auf gelegentliche Hilfeleistungen in Haus und Garten angewiesen oder wünschen sich einfach ein bisschen mehr Gesellschaft und Austausch.

Warum also nicht auf den freistehenden Wohnraum verzichten und ihn Studierenden zur Verfügung stellen?

Die Idee:

Für den vom Studierenden genutzten Wohnraum verpflichtet sich dieser, statt Miete zu zahlen, Hilfen im Alltag zu leisten. Diese Unterstützungen richten sich nach dem Hilfebedarf der Senioren. Denkbar sind z.B. Fenster putzen, Einkäufe erledigen, Rasen mähen oder einfach mal Gespräche führen. Der Studierende muss lediglich für Nebenkosten wie Gas, Wasser und Strom aufkommen. Als Faustregel gilt hierbei: Pro bezogenen qm Wohnraum leistet der Studierende eine Stunde Hilfe im Monat, wobei pflegerische Tätigkeiten ausgeschlossen sind.

Die Ziele:

Wohnen für Hilfe möchte einerseits den Studierenden durch die Vermittlung von günstigem Wohnraum die Finanzierbarkeit ihres Studiums erleichtern. Andererseits geht es darum, ältere Menschen bei der Bewältigung von Alltagsaufgaben zu unterstützen und somit ihre Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zu fördern. Das Projekt ermöglicht Senioren so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung mit ihren sozialen Netzwerken leben zu können. Ein altersgemischtes Zusammenwohnen fördert nicht nur den Austausch zwischen verschiedenen Generationen und Kulturen, sondern kann auch Vereinzelung und Einsamkeit (nicht nur im Alter!) entgegenwirken.

Erfahrungswerte

Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass „Wohnen für Hilfe“ gut funktioniert, wenn

- beide Seiten ein ehrliches Interesse an der jeweilig anderen Generation haben
- Angehörige mit einbezogen werden, die dem Projekt positiv gegenüberstehen
- die Wohnpartner sorgfältig ausgewählt und begleitet werden
- eine umfassende Beratung erfolgt
- Erwartungen aller Beteiligten geklärt sind
- Bedingungen für alle Beteiligten vertraglich vereinbart werden.

Bezüglich der Geschlechterverteilung bei den Projektteilnehmern ist festzustellen, dass der Frauenanteil sowohl auf Seite der Senioren als auch auf Seite der Studierenden überwiegt. Angesichts des hohen Frauenanteils der über 60jährigen in Deutschland verwundert es nicht, dass es sich bei Projektinteressierten Senioren meist um allein stehende Frauen handelt.

Wohnen für Hilfe in Deutschland

Das erste „Wohnen für Hilfe“ – Projekt in Deutschland entstand 1992 als Projekt unter Leitung von Frau Professor Kreickemeier an der Fachhochschule Darmstadt im Fachbereich Sozialpädagogik. Die Stadt München initiierte das Projekt 1996 im Seniorentreff Neuhausen in Kooperation mit dem Studentenwerk. In Freiburg wurde das Projekt 2002 vom Freiburger Studentenwerk ins Leben gerufen. Weitere Städte wie Frankfurt, Münster und Stuttgart folgten.

Im Juli 2005 erhielt die Universität zu Köln die Projektzusage durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Nordrhein Westfalen mit dreijähriger Finanzierung nebst Auftrag für die wissenschaftliche Evaluation.

Wissenschaftliche Begleitung durch das Zentrum für Heilpädagogische Gerontologie der Universität zu Köln

Den Fragen des grundsätzlichen Projekterfolges, wie dieser gelingen kann und wie sich das Zusammenleben in einer solchen Wohnpartnerschaft positiv auf die Zufriedenheit und Eigenständigkeit älterer Menschen auswirkt, diesen und weiteren Fragen will die wissenschaftliche Begleitung des Projektes unter der Leitung von Dr. H. C. Berghaus und Dr. H. Milz vom Zentrum für Heilpädagogische Gerontologie der Universität zu Köln bis März 2008 nachgehen.

Kontakt

Heilpäd. Fak. der Universität zu Köln

- Zentrum für Gerontologie -

Projektbüro „Wohnen für Hilfe“

Sandra Wiegeler, Judith Kropp

Fragenheimstr. 4

50931 Köln

Fon 0221/470-7933

wfh@hrf.uni-koeln.de

www.wfh-koeln.de

Links

www.mbv.nrw.de

www.mags.nrw.de

www.soziale-stadt.nrw.de

www.seniorenwirt.de

www.seniorenbueros.org

www.bmvbs.de

www.wohnbund.de/

www.wohnbund-beratung-nrw.de/

www.generationennetzwerk.de

www.aktion-kulturland.de

www.aachener-stiftung.de

www.kda.de

www.mobile-pattensen.de

www.wir-dortmund.de

www.fgwa.de

www.immo-frauen.de

www.beginnen.de

www.exwost.de

www.bbr.bund.de

www.forum-seniorenarbeit.de

www.bagso.de

www.demographiekonkret.aktion2050.de

www.isogam.uni-wuppertal.de

www.nwia.de

Kapitel 5

Stadt der Zukunft

Karin Jurczyk Wie wird eine Kommune familiengerecht?
Bedarfe und Ansatzpunkte

Susanne Tatje Zukunft Stadt – Demografische Planung als Chance für Frauen

Kerstin Dörhöfer „Die Frau an ihren Herd, zu ihren Kindern“?
Formen und Folgen der Wohnarchitektur im 20. Jahrhundert

Ruth Becker Frauenwohnprojekte – eine Alternative für das Wohnen
in Zeiten demografischen Wandels?

Christine Bauhardt Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Ergebnisse und
Perspektiven feministischer Verkehrsforschung und -kritik

Margarete Zimmermann Christine de Pizans *Stadt der Frauen* (1405) –
eine geschlechterpolitische Utopie für das 21. Jahrhundert?

Praxis

Silvana Richter W.I.R. e.V. Wohnen Innovativ Realisieren – Verein für
generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund

Gisela Humpert Infrastrukturentwicklung und Stadtentwicklung.
Transferaspekte der Genderbegleitung am Beispiel der Großprojekte Zollverein,
Essen und PHOENIX, Dortmund

Karin Jurczyk

Wie wird eine Kommune familiengerecht? Bedarfe und Ansatzpunkte

Warum ist eine geschlechtergerechte Stadt gleichzeitig eine familien-gerechte Stadt? Die Antwort ist einfach: nicht um, wie es aktuell allzu häufig geschieht, Geschlechter- und dabei vor allem Frauenthemen – auf Familienthemen zu reduzieren, sondern um Rahmenbedingungen im lokalen Umfeld von Frauen und Männern zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, einen doppelten Lebensentwurf zu leben, d.h. neben beruflicher Arbeit auch Fürsorgearbeit für andere zu übernehmen. Gerade dann, wenn solche Rahmenbedingungen strukturell und universell verankert sind und nicht auf eines der beiden Geschlechter – meist die Frauen – zielen, sind die Chancen für Geschlechter-gerechtigkeit umso höher. Derartige Zusammenhänge wurden schon mit Beginn der zweiten Frauenbewegung Ende der 1970er Jahre formuliert, erst jetzt scheinen sie jedoch handlungswirksames Allgemeingut zu werden.

Nach einer Skizze der Hintergründe werden hier die relevanten Ansatzpunkte für eine familienfreundliche Stadt beschrieben, die Vision einer familiengerechten Stadt formuliert und Instrumente hierfür kurz dargestellt.

1 Gewandelte Bedarfe

Dass die Familien „freundlichkeit“¹ von Kommunen in den vergangenen Jahren zu einem so großen Thema geworden ist, lässt sich nicht der bloßen Einsicht verdanken, dass Familien der strukturellen Rücksichtnahme der Gesellschaft und damit auch des näheren lokalen Umfeldes bedürfen – eine These, die spätestens seit dem 5. Familienbericht 1994 (BMFS 1994) als etabliert gelten darf. Nein, es ist – in Verbindung mit anderen Faktoren wie der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit, veränderter Familienformen und problematischer werdenden Teilgruppen von Kindern und Jugendlichen – vor allem das Bewusstwerden des drastischen Geburtenrückgangs. Diese Einsicht kommt spät, denn die Geburtenraten haben sich bereits seit ca. 1970 auf einem stabil niedrigen Niveau zwischen 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau eingependelt (Engstler/Menning 2003). Warum ist dies aber ein Problem für Kommunen? Kann es nicht sogar von Vorteil sein, möglichst viele erwachsene, möglichst erwerbstätige Singles oder Paare zu beherbergen – d.h. wofür brauchen Kommunen überhaupt Kinder und Familien?

Es scheint, dass Kommunen sehr langsam realisieren, welcher Sprengsatz in dieser Entwicklung liegt. Ganze Landstriche – vor allem im Osten Deutschlands – drohen zu entvölkern, aber auch bestimmte Regionen in Westdeutschland wie das Ruhrgebiet verzeichnen starke Bevölkerungsverluste, zusätzlich bedingt durch den Strukturwandel, der zu starken Abwanderungstendenzen führt (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2006; Strohmeier/Schulz/Weischer 2004). Viele Städte in Ost- wie Westdeutschland schrumpfen. Neben rein quantitativen Bevölkerungsverlusten haben jedoch insbesondere große Kommunen in Westdeutschland mit einer *doppelten Polarisierung* zu tun: nicht nur dass die einen wachsen und die anderen schrumpfen und damit regionale Ungleichheiten entstehen, sondern auch insofern, als innerhalb der Städte soziale Segregation mit möglicherweise problematischen Folgen stattfindet.

Viele urbane Zentren verlieren vor allem jene Eltern durch Abwanderung an die Speckgürtel, die durch ihr Bildungs- und Sozialkapital besonders viel in ihr soziales Umfeld investieren, während vor allem Eltern mit Migrationshintergrund nachwandern, die nicht über die gleichen Ressourcen verfügen. Sie konzentrieren

1 Der verbreitete Terminus der Familienfreundlichkeit wird hier im Folgenden durch den der Familiengerechtigkeit ersetzt. Denn Freundlichkeit suggeriert eine großzügige, aber nicht unbedingt notwendige Geste. Auch Termini wie Familienorientierung, -bewusstheit und -sensibilität sind zu schwach. Ich gehe demgegenüber davon aus, dass die Politik eine notwendige Kehrtwende vollziehen muss, indem sie die Perspektive von Familien zu einem der Ansatzpunkte ihres politischen Handelns macht. Dies liegt in der strukturellen, nicht normativen Relevanz von Familie begründet: sie ist die notwendige „andere“ Seite von Erwerbsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat und sorgt für den Bestand von Gesellschaften.

sich häufig in bestimmten Stadtteilen, während andere Gebiete zu nahezu kinderfreien Zonen werden, in denen nur noch die ökonomisch Erfolgreichen, meist junge Singles oder kinderlose Paare wohnen. Experten vermuten eine zunehmende Segregation nach Alter (der Anteil der älteren Populationen in den Innenstadtbezirken wird u.a. aufgrund der demografischen Entwicklung deutlich ansteigen), nach ökonomischen Aspekten (der Anteil der Personen, die auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, wird in bestimmten Stadtteilen deutlich ansteigen) und ethnischen Gruppen (die Zahl der jungen Erwachsenen mit ausländischer Herkunft wird in den deutschen Großstädten überproportional ansteigen). Dies wird im übrigen nicht nur ein Problem der großen Städte sein, sondern voraussichtlich die gesamte Bundesrepublik betreffen.

Damit deutet sich an, dass der demografische und soziale Umbau der Städte auch einen Umbau der Infrastrukturen erfordert: Berücksichtigt man zunächst nur den demografischen Umbau, so ändern sich durch die Verschiebung des Generationengefüges, die Abnahme der Kinderzahlen und die Zunahme alter Menschen die Bedarfe vor Ort. Auch wenn qualitativ und quantitativ hinsichtlich Kinderbetreuung und Schule viel Nachbesserungsbedarf besteht, wird doch verstärkt in Infrastruktur für alte Menschen investiert werden müssen. Angesichts knapper kommunaler Kassen zeichnen sich hier neue Auseinandersetzungen um die Verteilung von Ressourcen ab, die tendenziell zugunsten der älteren Generation ausgehen, da diese im Gegensatz zu Kindern und Jugendlichen ein wichtiges Wählerpotenzial darstellt.

Die demografischen Veränderungen haben die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass Familien eine ökonomische Kraft darstellen. Sie sind nicht nur – so die lange übliche Sichtweise – eine Belastung für kommunale Haushalte und Leistungsempfänger, sondern, wie der Siebte Familienbericht (BMFSFJ 2006) betont, auch Investoren. Sie produzieren ökonomisches Kapital in Form von Steuern, und sie sind wichtige Konsumentengruppen, d.h. sie kurbeln die lokale Nachfrage an und beleben die Märkte. Eltern investieren mehr als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen in Wohnungen und Häuser und tragen damit erheblich zur ökonomischen Entwicklung einer Gemeinde bei.

Neben ökonomischem Kapital produzieren Familien Sozial-, Human- und Bildungskapital. Familien bilden nachbarschaftliche Netze und unterstützen sich wechselseitig. Damit stellen sie eine wichtige Gruppe bei der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements dar und tragen erheblich zur Bildung von Sozialkapital in Nachbarschaft und Gemeinde bei. Und persönliches Engagement, Zeit und Geld, das Eltern in ihre Kinder investieren, dienen nicht allein der unmittelbaren Existenzsicherung der Kinder, sondern stellen darüber

hinaus die zentrale Basis für die Entwicklung des Humankapitals der modernen Gesellschaften dar.

Hinter der gängigen Rede von „Familien als Standortfaktor“ für Kommunen verbergen sich also handfeste Argumente. Familienfreundlichkeit wird zum Wettbewerbsfaktor zwischen Kommunen beim Kampf um Bevölkerungszahlen, um gut qualifizierte, insbesondere weibliche Arbeitskräfte und um genügend Nachwuchs. Dreht man die Perspektive um, wird rasch deutlich, dass Familien in ganz besonderer Weise auf ihr lokales Umfeld angewiesen sind. Neben einer rahmengebenden Familienpolitik auf Bundes- und Länderebene sind es vor allem die konkreten Bedingungen vor Ort, die über die Lebensqualität von Familien entscheiden. Hier finden sich die Angebote an Kinderbetreuung und Schulen, Beratungsnetzen, Wohngelegenheiten, Spielplätzen und vielem mehr, die gerade in ihrer Bündelung passfähig für Familien sein müssen. Das „Familienklima“ einer Kommune entscheidet darüber, wie wohl sich Familien fühlen und ob sie den Eindruck haben, dass ihre Belange gehört und berücksichtigt werden.

Dabei hat die Abhängigkeit der Familien von ihrer sozialen Umwelt zugenommen, denn Familien sind weniger denn je geschlossene Einheiten, die aus sich selbst heraus funktionieren. Mit dem Zerbrechen des arbeitsteiligen, sog. fordistischen Musters der Organisation von Produktion und Reproduktion, das eine klare räumliche und zeitliche Sphärentrennung von Beruf und Familie vorsah und das eng gekoppelt war mit geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und Handlungsmustern (Jurczyk/Lange 2002), steht auch die sozialräumliche Umwelt von Familien vor ganz neuen Herausforderungen. Denn sie baut nach wie vor auf diesem fordistisch-arbeitsteiligen Modell auf: in ihren zeitlichen Strukturen, in der räumlichen Organisation von Wegen und Ansiedlungen, in ihren infrastrukturellen Angeboten.

Familien heute sind aber anders: sie sind weniger haushaltsfixierte denn multi-lokale, netzwerkartige Lebenszusammenhänge, bedingt durch Berufspendeln, durch Trennung und Scheidung; sie sind Ergebnis komplexer, wiederholter Herstellungs- und Aushandlungsleistungen der Beteiligten und keine natürlich gegebenen Entitäten. Familien ändern sich im Alltag und im Lebensverlauf immer wieder und stellen immer neue Anforderungen an die Beteiligten. Nicht zuletzt sind sie von ihrer Gestalt her sehr unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund ist das „alte“ Vereinbarkeitsmodell, das wesentlich auf der Teilzeittätigkeit von Müttern basierte und ansonsten alle Faktoren konstant ließ, auch kein adäquates Lösungsmodell mehr: Vielmehr sehen sich Familien heute permanenten, dennoch aber prekär bleibenden Balancen ausgesetzt (Jurczyk 2006).

Deshalb ist es nur konsequent, Familie nicht mehr durch eine bestimmte vorgegebene Form zu definieren, sondern durch die Übernahme verlässlicher und verbindlicher wechselseitiger Fürsorge zwischen Generationen und Geschlechtern, die auch zwischen verschiedenen Haushalten stattfinden kann. Dabei werden Eltern nicht länger als die einzig Verantwortlichen für ihre Kinder angesehen, es setzt sich die Idee einer gemeinsamen öffentlichen und privaten Verantwortung durch (BMFSFJ 2002).

Wesentlicher Motor dieser Veränderungen ist die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern (vgl. Stöbe-Blossey in diesem Band), deren geringer werdendes zeitliches Engagement im Haushalt – allerdings nicht bei der Kindererziehung (vgl. Statistisches Bundesamt 2003) – kaum kompensiert wird durch väterliche Aktivitäten. Auch wenn eine neuere Studie zeigt, dass Männer sich heute durchschnittlich 30 Minuten pro Woche länger im familialen Haushalt engagieren (Döge 2006), scheint es dennoch zu früh, den „neuen Mann“ auszurufen. Denn geschlechtsspezifische Ungleichheiten sind nicht verschwunden, sie modifizieren und verschieben sich, traditionale gehen mit modernen Mustern neue Mischungen ein. So nimmt trotz insgesamt zunehmender Zahlen erwerbstätiger Mütter deren Anteil an Vollzeitarbeit sogar ab ebenso wie das Arbeitsvolumen von Frauen insgesamt. (Allmendinger 2006)

Was brauchen Familien unter diesen Bedingungen? Die von der derzeitigen Bundesregierung favorisierte und von der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts unterstützte Trias von Zeit, Geld und Infrastruktur, ergänzt um den „Klimafaktor“ einer familienfreundlichen gesellschaftlichen Einstellung, der die Relevanz von Familie öffentlich anerkennt und sie zur handlungswirksamen Maxime für Politik macht, benennt die Eckmarken moderner Familienpolitik. Der Siebte Familienbericht hat zudem darauf hingewiesen, dass Familien sowohl Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen als auch Flexibilität brauchen, da sich ihre eigenen Bedarfe je nach konkreter, im Familienverlauf durchaus wechselnden Lebensform, und auch je nach den alltäglichen „Wechselfällen des Lebens“ wie plötzlicher Krankheit des Kindes oder Pflegebedürftigkeit der Großmutter, immer wieder sehr rasch ändern können. Deshalb bedarf es einer optionalen und differenzierten Familienpolitik, die ihre Angebote nicht an eine bestimmten Lebensform und Lebensphase knüpft. Und nicht zuletzt muss zwar die Familie als Ganzes, als System, im Focus lokaler Familienpolitik sein, dabei darf aber die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen und Interessen der einzelnen Familienmitglieder nicht aus dem Blick geraten. Dies ist vor allem wegen der nach wie vor existenten Ungleichheiten der Geschlechter von Bedeutung, denn Familie bringt diese – in Verbindung mit geschlechtsspezifisch strukturierten Arbeitsmärkten, beruflichen Bildungssystemen und

Regelungen von Besteuerung und sozialer Sicherung u.a.m. – wesentlich hervor und perpetuiert sie. Auf diesem Hintergrund müssen stets geschlechtsspezifische Implikationen lokaler Familienpolitik mitbedacht werden. Ebenso können die Lebenslagen und Interessen von Kindern oder älteren Familienangehörigen von denen der mittleren Generation divergieren. Lokale Familienpolitik muss deshalb die verschiedenen Perspektiven der Familienmitglieder sensibel wahrnehmen und berücksichtigen. Familien-, Geschlechter-, Kinder-, Alten- und demnächst auch verstärkt Generationenpolitik (Lüscher 2005) müssen ihre Schnittmengen reflektieren, gehen aber nicht ineinander auf.

2 Konkrete Ansatzpunkte

Trotz aller Rhetorik von „Familienfreundlichkeit“ ist konkret immer noch wenig geschehen. Deshalb werden im Folgenden einzelne Handlungsebenen für eine familiengerechte lokale Politik skizziert, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Auswahlkriterium ist ihre unmittelbare Beeinflussbarkeit durch lokalpolitisches Handeln.

2.1 Passfähige und flexible Kinderbetreuung: das Beispiel Tagespflege

Eine der entscheidenden Voraussetzungen für Familiengerechtigkeit ist der Ausbau und Umbau der Kinderbetreuung, um Eltern eine quantitativ und qualitativ ausreichende Versorgung der Kinder zu gewährleisten. Grund für mehr und bessere Kinderbetreuung ist jedoch nicht nur die Zunahme mütterlicher Erwerbstätigkeit, sondern ebenso der immer deutlicher werdende differenzierte Bildungsbedarf von Kindern „von Anfang an (BMFSFJ 2003)“, der in immer kleiner werdenden Familien sowie angesichts einer zunehmenden Armutsquote von Kindern innerhalb der Familie nicht mehr hinreichend gedeckt werden kann. Zudem findet die Erwerbsarbeit von Müttern immer häufiger zu „atypischen“ Zeiten statt (vgl. Stöbe-Blossey 2004), so dass die Passfähigkeit und die Flexibilität von Kinderbetreuung entlang der arbeitsmarktbedingten Bedarfe von Eltern immer wichtiger für das „neue Vereinbarkeitsmodell“ werden (s.o.). Verstärkt wird diese Notwendigkeit durch Nicht-Abgestimmtheit der zeitlichen Strukturen von Betrieben, Behörden und Verkehrssystemen (vgl. Abschnitt 2.5).

Eine spezifische Antwort hierauf ist der Ausbau einer qualifizierten Tagespflege, die sich in flexiblerer Weise auf die sehr unterschiedlichen individuellen Bedarfe von Eltern und vor allem auch, durch ihre Familienähnlichkeit, auf sehr kleine Kinder einstellen kann. Das Problem der Tagespflege besteht bislang, trotz guter Einzelbeispiele, wesentlich in ihrer Ungeregeltheit, die sich u.a. darin ausdrückt,

dass bis heute weniger als die Hälfte von Tagespflegeplätzen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfe angeboten werden. Im Westen Deutschlands werden derzeit 1,6 % der Kinder in formeller Tagespflege betreut, in Ostdeutschland 3,2 % (Rauschenbach/Riedel (Hrsg.) 2006), als Ausbauziel bis 2010 gelten ca. 5 %. Kommunen stehen deshalb vor der Aufgabe, wenn sie der im TAG (Tagesbetreuungsausbaugesetz seit 1.1.2005) festgelegten Gleichrangigkeit von Tagespflege und Betreuung in Einrichtungen und dem dort festgelegten Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nachkommen wollen, die Tagespflege als eigenständiges Profil im System öffentlich regulierter Kinderbetreuung zu stärken und sie aus dem Graubereich herauszuholen. Entscheidend ist hierfür, Standards zu sichern und den Qualitätsaufbau der Tagespflege, vor allem über eine verbindliche Qualifizierung der Tagespflegepersonen und die Etablierung von integrierten, begleitenden Fachdiensten voranzutreiben. Dabei muss auch die Arbeitssituation der Dienstleistenden verbessert werden, indem eine Existenzsicherung durch Tagespflege möglich wird und berufliche Perspektiven eröffnet werden. Die notwendigen Dimensionen des Ausbaus sind in einem Gutachten systematisch entwickelt worden (Jurczyk/Rauschenbach/Tietze et al. 2004). Einzelne Schritte, die Kommunen einen qualifizierten Ausbau erleichtern können, sind inzwischen gemacht bzw. sind in Vorbereitung. Ein Beispiel hierfür ist das Onlinehandbuch Tagespflege ([www/handbuch-tagespflege.de](http://www.handbuch-tagespflege.de)). Geplant ist auch eine bundesweite Qualifizierungsoffensive, unterstützt durch Mittel des Europäischen Sozialfonds.

2.2 Vernetzte Infrastrukturen

Angebote für Familien zeichnen sich derzeit durch eine starke „Verinselung“ oder „Versäulung“ von Infrastrukturen aus: Eltern, Kinder, alte Menschen müssen zu verschiedenen Orten gehen und sich an Institutionen wenden, die von ihrer Trägerschaft und Logik her sehr unterschiedlich sind. Dies führt zu einer Intransparenz der Angebote, zu Nicht-Aufeinanderbezogenheit, zu Doppelung und Nicht- oder Überauslastung sowie für die Nachfrager zu einer Vielzahl von Wegen.

Aktuell werden Bündelungen von Angeboten unter dem Label „Familienzentrum“ und „Mehrgenerationenhaus“ weiterentwickelt. In Form der Mütterzentren hat es hier bereits seit den 1980er Jahren wichtige Vorläufer gegeben. Neu ist nun das Bemühen – in NRW vor allem im Hinblick auf Familienzentren – integrierte und vernetzte Angebote möglichst flächendeckend einzuführen. Die Grundidee besteht darin, erstens Komplexe von Unterstützungen für Familien und ihre Mitglieder räumlich gebündelt anzubieten, zweitens Begegnungsräume – insbesondere innerhalb der Mehrgenerationenhäuser – sowie drittens sozialraumbezogene Angebote zu schaffen, die auf die Besonderheit des jeweiligen

Umfeldes und damit die spezifischen Bedürfnisse von Familien vor Ort eingehen können (Diller 2006).

Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die Bevölkerungszusammensetzung und die Strukturqualität von Regionen, ebenso wie von Stadtteilen sehr heterogen sein können. So gibt es insbesondere in Großstädten erhebliche Diskrepanzen zwischen multiethnischen Vierteln, häufig mit hoher Armutsquote und allen Folgen sozialer Deprivierung, sowie in vielerlei Hinsicht gut ausgestatteten Vierteln Wohlsituierter. Zunehmende soziale Polarisierungen tragen dazu bei, dass sich Bevölkerungsschichten weiter entmischen. Als Folge werden Angebote für Familien ungleich und nicht mehr passgenau vorgehalten.

Vernetzte Infrastrukturen bieten die Möglichkeit einer Re-Integration sowohl unterschiedlicher sozialer Gruppen untereinander als auch der Integration von Familien in ihr soziales Umfeld. Insbesondere von Migrantenfamilien, deren Anteil in manchen Großstädten bei 30 % liegt, ist bekannt, dass ihre Integration entweder im sozialen Umfeld stattfindet oder gar nicht (Erler/Jaeckel 2002). Familienzentren können für Familien mit Migrationshintergrund, aber auch für sozial benachteiligte Familien eine wichtige Integrationsfunktion wahrnehmen, schon dadurch dass eine sog. „One-Step-Agentur“ niedrigschwelligen Zugang zu Hilfeangeboten schafft. Vernetzung könnte zur Lösung mancher Probleme beitragen, so etwa zur anstehenden Kooperation zwischen Tagespflege und Betreuungseinrichtungen sowie auch als Vermittlungsdrehscheibe zwischen einer weiteren, ergänzenden Form von Kinderbetreuung durch aktive Senioren und Seniorinnen in Form von „Leihgroßeltern“ sowie als Ort, an dem Generationenlernen außerhalb von Familien stattfinden kann. Dies ist gerade für die größer werdende Gruppe von Singles und Paaren attraktiv, die keine eigenen Kinder hat, durchaus aber gebend und nehmend mit ihnen in Kontakt sein möchten.

Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser sind mehr als Bürgerhäuser, in denen man für die verschiedenen Papiere und Stempel, die man braucht, von einer Tür zur nächsten geschickt wird: sie haben ein Konzept, das an den jeweiligen Sozialraum angepasst ist und in dem die einzelnen Angebotsmodule aufeinander abgestimmt sind und miteinander kooperieren. Als Orte von generationenübergreifendem Erfahrungsaustausch sind sie auch mehr als „Early-Excellent-Center“, die kinderzentriert arbeiten.

2.3 Partizipation von Familien und Familienselbsthilfe

Eng verknüpft hiermit ist die aktive Unterstützung der Partizipation von Familien bei der Gestaltung ihres Umfeldes und die Unterstützung der Familienselbsthilfe.

Dies dient mehreren Zwecken:

Indem Familien selber eine Stimme bekommen, können erstens die differenzierten und wechselnden Bedarfe von Familien wahrgenommen und in Planungen, aber auch in Gestaltungsprozesse einbezogen werden; denn sie selber artikulieren am besten, was sie brauchen.

Zweitens sind Familien und ihre Mitglieder Ko-Produzenten des Sozialen: Sie können ihre Potenziale in das Gemeinwesen einbringen und damit nicht nur für sich selber, sondern auch für die Fortentwicklung von Nachbarschaften, Initiativen und vernetzten Angeboten wie Familienzentren wertvolle Leistungen im Sinn zivilgesellschaftlichen Engagements erbringen. Auf diesem Weg können die Potenziale, anders als üblicherweise die Belastungen des demografischen Wandels sichtbar werden, indem z.B. aktive Ältere ehrenamtlich oder gegen ein geringes Entgelt mit jüngeren Generationen zusammenarbeiten, ihnen ihr Wissen zur Verfügung stellen usw. Auf diesem Weg wird der Defizitblick auf Familien abgelöst durch die Fokussierung auf ihre Ressourcen und Potenziale, ihre Kreativität und Kompetenzen (Gerzer-Sass/Erler/Sass/Jaekel 2002).

Dadurch wird drittens eine Aktivierung von Familien möglich – ihre Lösung aus der manchmal als Belastung empfundenen isolierten Privatheit und ihre Integration in das Gemeinwesen.

Dass Familien sich gut selber helfen können und dass sie wichtige Beiträge zur Gestaltung eines familiengerechten Umfeldes leisten, hat sich in einem großen Teil der Lokalen Bündnisse für Familien gezeigt: immerhin 75 % von ihnen förderten in der Gründungsphase der Bündnisse 2004 und 2005 Selbsthilfe-zusammenschlüsse sowie die Partizipation von Familien (Heitkötter/Schröder 2006).

2.4 Familiennahe Dienste

Der Ausbau eines breiten Spektrums familiennaher Dienste ist ein weiterer wichtiger Baustein, um vor dem Hintergrund der Erwerbstätigkeit beider Eltern, aber auch deren zunehmend zeitlich und räumlich flexiblen Arbeitsbedingungen, die Situation von Familien vor Ort zu verbessern. Hierzu gehören die unterschiedlichsten Formen von Dienstleistungen: Bezogen auf Kinderbetreuung und -förderung werden „klassische“ Angebote erweitert um Betreuung in den Ferien und an Wochenenden, Babysitterdienste, Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung. Bezogen auf Zweiverdienerpaare, aber auch auf ältere Menschen geht es um Betreuung im Krankheitsfall, um Begleitung, um Unterstützung im Haushalt und

im Garten sowie um Einkaufsdienste etc. Nicht zu vernachlässigen sind Fahrdienste zur Schule, zum Sport oder sonstigen Freizeitaktivitäten, durch die moderne Kindheiten zumindest in der Mittelschicht gekennzeichnet sind. Daneben gibt es immer auch besondere, anlassbezogene Unterstützungsbedarfe, etwa Service bei besonderen Anlässen wie Kindergeburtstagen sowie bei Spielen, Sport, Ausflügen und kreativen Aktivitäten.

Diese Liste könnte gewiss verlängert werden, wichtiger aber sind folgende Aspekte. Zum einen handelt es sich nicht allein um Angebote auf dem freien Markt, sondern eine Mischung von privat-ehrenamtlichen, frei-gemeinnützigen, verbandlichen und staatlich-kommunalen Angeboten. Dies weist nochmals darauf hin, dass es bei einer familiengerechten Politik nicht nur auf den Staat und nicht nur auf den Markt ankommt, sondern auf intelligente Mischungen im Sinne eines neuen Wohlfahrtsmixes, der zivilgesellschaftliche Elemente mit einbezieht.

Zum andern ist es durchaus möglich, durch die Verstärkung des Marktsegmentes neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenngleich dies bislang nicht in dem avisierten Umfang stattgefunden hat (Weinkopf 2003). Dies mag damit zusammenhängen, dass sich viele der Tätigkeiten im frauenspezifischen Niedriglohnbereich bewegen, der für Frauen heute, insbesondere für die qualifizierten unter ihnen, wenig attraktiv ist. Unter der Voraussetzung, dass Dienstleistenden angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen geboten werden, könnten Familien, unterstützt durch die neuen Freibeträge zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Dienstleistungsagenturen vor Ort, evtl. integriert in Familienzentren, könnten Bedarfserhebungen durchführen; ebenso könnten Angebote von dort aus zur Verfügung gestellt, bzw. vermittelt werden.

2.5 Lokale Zeitpolitik

Ein Aspekt zur Verwirklichung eines familiengerechten Umfeldes, der bislang nur wenig Beachtung gefunden hat, ist die lokale Zeitpolitik. Die im Siebten Familienbericht aufgezeigte dringende Notwendigkeit einer lokalen Zeitpolitik (BMFSJF 2006, Kap. 6) ergibt sich aus zweierlei Gründen: Zum einen passen die Zeitstrukturen in Kommunen nur noch bedingt zu einem modernisierten Familienleben. Sie setzen nach wie vor das alte fordistische Familienmodell voraus mit dem Vater als Familienernährer und der allzeitverfügbaren Mutter, die ihre Kinder von der Halbtagschule abholt, bei Ausfall von Lehrern zur Verfügung steht und selbstverständlich die Betreuung übernimmt, wenn der Kindergarten wegen Grippeepidemie schließen muss. Zum andern sind die öffentlichen und betrieblichen Zeittakte nicht aufeinander abgestimmt. Die wichtigsten Taktgeber

im öffentlichen Leben wie Schulen, Kindergärten, Betriebe, Geschäfte, Behörden, Freizeiteinrichtungen und Verkehrssysteme führen jeweils ein Eigenleben und folgen einer eigenen Logik. Familien müssen jedoch in ihrer Lebensführung diese unterschiedlichen Zeitgeber in den Alltag integrieren, was zu Zeitnot führt, vor allem für diejenigen, die hierfür zuständig sind. Nicht umsonst berichten Mütter, dass nicht die einzelnen Aspekte des Familienlebens die größte Herausforderung darstellen und einen erheblichen eigenen Zeitaufwand bedeuten, sondern die Gesamtorganisation (Projektgruppe Alltägliche Lebensführung 1995).

Zielsetzung lokaler Zeitpolitik ist deshalb, mehr Zeitwohlstand für Familien und ihre Mitglieder zu ermöglichen. Dies bedeutet mehr Zeit zwischen Eltern und Kindern, aber auch für die Elternpaare (Heitkötter 2004) und letztlich auch mehr Zeit für sich selber oder andere Aktivitäten. Hierfür wird bereits in etlichen Kommunen, teilweise im Kontext lokaler Bündnisse für Familie, auf das Vorbild der von Frauen begonnenen Zeitinitiative „Die Zeiten der Stadt“ aus Italien zurückgegriffen (Mückenberger 2001 (Hrsg.)). Dort ist lokale Zeitpolitik inzwischen in die Kommunalgesetzgebung eingeflossen; Kommunen sind gehalten, eine Zeitleitplanung vorzunehmen, die sich an der Lebensrealität von Frauen und Familien orientiert. Ein wichtiges Instrument in diesem Prozess können sog. Zeitbüros sein, die – sensibel für die Zeitbedürfnisse von Familien durch Bedarfserhebungen – zuständig für die Balance kommunaler Zeittakte sind und Vorschläge erarbeiten. Ihre Aufgabe ist die Abstimmung von Zeitanbietern (wie Betrieben und Behörden) mit Zeitanfragern (wie Eltern). Typisch ist auch hier die Vernetzung sehr unterschiedlicher Akteure, die projektförmig kooperieren.

2.6 Wohnen, Wege, öffentlicher Raum

Zeit und Raum sind eng miteinander verbunden. Liegen Wohnen, Lernen und Arbeiten zu weit auseinander, erhöhen und verkomplizieren sich Wege und Wegezeiten. Dies wurde durch die Gewerbeansiedlungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die Schlaf- und Arbeitsviertel trennte, aber auch durch die steuerliche Privilegierung des Eigenheims im Grünen deutlich verstärkt. Die Bewältigung von Wegen wird immer aufwändiger, wenn die Verkehrssysteme solche familienrelevanten Anker- und Knotenpunkte nicht im Blick haben. In diesem Zusammenhang bedarf es erstens einer Besiedlungspolitik, die versucht Arbeits- und Lebensbereiche wieder näher zusammenzuführen. Städte, die „entleert“ werden, haben große Chancen für Rückbaumöglichkeiten, die sie auch wahrnehmen und nutzen sollten. Interessante Beispiele gibt es dafür im Ruhrgebiet bei der Neunutzung großer Industriebrachen. Sie zeigen, dass man nicht unbedingt „aufs Land“ ziehen muss, um ein Häuschen im Grünen zu haben. Zweitens können,

analog zur und in Verbindung mit einer örtlichen Zeitleitplanung, Mobilitätspakete geschlossen werden, deren Ziel es ist, Verkehrsströme zu entzerren und die Beweglichkeit von Familien im öffentlichen Raum zu unterstützen (Mückenberger 2004).

Auch dies betrifft hauptsächlich Frauen. Durch ihre Zuständigkeit für die Arbeit des Alltags sind ihre Zeitraumpfade deutlich komplexer als die von Männern. Sie sind auch diejenigen, die sich mit Kinderwagen und Einkaufstaschen im öffentlichen Raum bewegen und dabei häufig nicht nur auf technische Schwierigkeiten, sondern auch auf unfreundliche Mitmenschen treffen, für die Kinder hauptsächlich Störfaktoren sind. Auch hier ist wieder die Stärkung eines familienfreundlicheren Klimas wichtig, sowie technische Vorkehrungen für mehr Beweglichkeit mit Kinderwagen, Rollstühlen etc.

Die Basis des Lebens in der Kommune ist aber bezahlbarer und auf die Bedarfe von Familien zugeschnittener Wohnraum. Dieser muss ein gutes Wohnumfeld einschließen, das Kindern und Jugendlichen im städtischen Bereich Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Sie müssen draußen ungefährdet spielen und sich bewegen können, ohne erst lange Wege hinter sich zu bringen. Wohnpreise und Wohnumfeld sind die Hauptgründe für Familien, den innerstädtischen Bereich zu verlassen und an die Stadtränder ziehen. Gefragt ist hier vor allem die Stadtentwicklungspolitik.

2.7 Genderbewusstsein

Eine moderne Familienpolitik muss – auch im Interesse von Frauen – sich immer auf Frauen und Männer beziehen. Die jahrzehntelange Frauenzentrierung der Familienpolitik ist angesichts gewandelter Rollenverständnisse und -verhältnisse an ihre Grenzen gekommen. Deshalb gilt für alle vorgenannten Aspekte, dass sie daraufhin zu prüfen sind, ob sie nichtintendierte Nebenwirkungen für Geschlechterverhältnisse haben.

Exemplarisch seien hier zwei Ansatzpunkte einer genderbewussten Familienpolitik herausgegriffen: Zum einen eine gezielte Väterförderung in Kommunen bzw. insgesamt im öffentlichen Dienst, die dabei Vorbildfunktion für die freie Wirtschaft übernehmen können. An Vätern in der Stadtverwaltung könnte die Berücksichtigung von in aktiven Familienzeiten erworbenen Kompetenzen – wie etwa Organisations- und Teamfähigkeit sowie hohe Flexibilität – für die Besetzung von Stellen aufgezeigt werden (Gerzer-Sass 2004). Eine andere Möglichkeit ist das Angebot spezifischer Vater-Kind-Aktivitäten, deren Annahme z.B. durch Preisnachlässe bei kulturellen Ereignissen gefördert werden können.

Umgekehrt können spezielle Mentoring-Programme für Mütter dazu beitragen, dass sie verstärkt in Ämter mit öffentlicher Verantwortung integriert werden und dort die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen und die Belange von Familien aktiv in den politischen Raum einzubringen. Dazu sollen unterstützend Trainings zum Empowerment von Müttern angeboten werden, flankiert von Maßnahmen, die sie bei der Bewältigung ihrer Aufgaben dann konkret unterstützen.

Mithilfe dieser beiden Ansatzpunkte können Väter für Familien aktiviert und Mütter in den öffentlichen Raum integriert werden. Es ist davon auszugehen, dass dies nicht nur Familien, sondern insgesamt einer bislang allzu männerzentrierten Politik nützt.

2.8 Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze

Die familiengerechte Ausgestaltung von lokal vorfindlichen Arbeitsbedingungen, die für Familien von zentraler Bedeutung für ihre Lebensqualität sind, ist von Kommunen über ihre Vorbildfunktion hinaus nur begrenzt steuerbar. Dennoch gibt es einige Ansatzpunkte, die realisiert werden können.

Zuallererst können Kommunen durch ihre Gewerbepolitik durchaus dazu beitragen, dass überhaupt ausreichend Arbeitsplätze für beide Geschlechter vorhanden sind. Nicht zuletzt tun sie dies, indem sie ein attraktives familiengerechtes Standortprofil aufweisen, das für Unternehmen die Wahrscheinlichkeit erhöht, qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen und halten zu können. Zweitens können sie die Zusammenarbeit von Betrieben und Betreuungseinrichtungen zum Ausbau der Kinderbetreuung fördern.

Lokalpolitisches Handeln ist jedoch mehr als Handeln der Kommunalverwaltung. In dem Sinn können Kommunen, wenn sie sich mit anderen Akteuren zusammenschließen, zumindest im diskursiven Sinn durchaus Einfluss nehmen auf die Ausgestaltung der konkreten Arbeitsbedingungen, auf Arbeitszeiten, Arbeitsintensivierung und auf Unternehmenskulturen. Dies geschieht bspw. in den lokalen Bündnissen, die von Kommunalverwaltungen selber initiiert oder wesentlich getragen sind.

3 Vision eine familienfreundlichen Kommune und Instrumente

Selbstverständlich gibt es zu allen 8 Punkten nicht nur Defizite, sondern auch bereits praktizierte gute Beispiele. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass Investitionen in Familien auf lokaler Ebene nicht nur eine sinnvolle und not-

wendige Investition in die Zukunft sind, sondern Berechnungen können zeigen, dass sie sich auch zumindest mittelfristig lohnen (Prognos 2006). Dennoch bleiben die Beispiele vereinzelt, partielle Veränderungen stellen keinesfalls selbstverständlich vorhandene und verlässliche Rahmenbedingungen für Familien dar.

Deshalb seien die Kriterien einer familiengerechten Kommune nochmals zusammengefasst. Es müssen infrastrukturelle, kulturelle und betriebliche Angebote geschaffen werden, die

- das Zweiverdienermodell fördern, das die ökonomische Selbstständigkeit der Geschlechter mit der Ermöglichung von Fürsorgearbeit im Alltag und Lebensverlauf verbindet;
- für beide Geschlechter die Vielfalt von Lebenstätigkeiten, -formen und -verläufen ermöglichen;
- ausreichende und förderliche Lebens- und Bildungsbedingungen für Kinder bieten;
- sozial benachteiligte und unterschiedliche ethnische Gruppen erreichen;
- Autonomie und Solidarität für und zwischen den Generationen fördern;
- und die ein integriertes und vernetztes Handeln aller beteiligten Akteure unterstützen.

Was sind hilfreiche Instrumente bei der Erreichung dieser Ziele? Mehrfach erwähnt sind bereits die Lokalen Bündnisse für Familien, die neue Vernetzungen und neue Akteurskonstellationen umfassen. Ein solcher Ansatz ist sicherlich deshalb besonders zielführend, weil gezeigt werden konnte, dass Kommunalverwaltungen alleine das lokale Umfeld nicht umsteuern können. Begleitet werden sollten lokale Bündnisse und auch andere familienpolitische Initiativen von einer aufmerksamen Familienberichterstattung, die systematisch und unparteiisch Veränderungen beobachtet und tatsächliche Effekte von Maßnahmen feststellen kann. Als wertvoll erweist sich auch die Formulierung familienpolitischer Leitlinien (bspw. in München), die ähnlich rahmengebende Funktion hat wie die weiterreichende Etablierung eines städtischen Gesamtkonzeptes zur Familiengerechtigkeit (bspw. in Ludwigshafen), das zudem konkretere Handlungsschwerpunkte und -ebenen benennt. Schließlich ist die Wirksamkeit von Wettbewerben – bspw. durch ein kommunales Audit – zwischen Kommunen nicht zu unterschätzen. Auch in diesem Prozess, für den es bereits etliche Beispiele gibt, werden Kriterien formuliert, ein Bewusstsein für die Anliegen von Familien geschaffen und Wirkungen überprüft ([www/dji/homepage/Thema des Monats 4/2006](http://www/dji/homepage/Thema%20des%20Monats%204/2006)).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Familiengerechtigkeit im lokalen Umfeld keinesfalls allein darauf abzielt, Bedingungen für höhere Geburtenraten zu schaffen. Letztere sind ohnehin weniger steuerbar und kalkulierbar, als die Politik sich das wünscht. Die entscheidende Zielsetzung, die evtl. auch zu mehr Kindern führt, muss die Verbesserung der Alltagsqualität von Familien durch nachhaltig verlässliche Bedingungen ihres lokalen Umfeldes sein, die der Dynamik und der Vielfalt familialen Lebens Rechnung trägt.

Literaturverzeichnis

Allmendinger, Jutta (2006). Kindertagespflege und Arbeitsmarktpolitik. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / Tagesmütter Bundesverband (Hrsg.). „Kindertagespflege in Deutschland – im Dialog mit Europäischen Nachbarn 16. März und 17. März 2006 Berlin, 108-112.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München: dtv.

BMFS (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (1994). Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Bonn: BMFS.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2002). Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin: BMFSFJ.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2003) (Hrsg.). Auf den Anfang kommt es an! Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland. Weinheim: Beltz.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2006). Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: BMFSFJ.

Diller, Angelika (2006). Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen. Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ. München: DJI, interner Arbeitsbericht.

Döge, Peter (2006). Männer als aktive Väter. Studie zum Rollenwandel von Männern in der Bundesrepublik Deutschland. IAIZ-Schriftenreihe Osnabrück: Montage-Verlag.

Engstler, Heribert/ Menning, Sonja (2003). Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland. Berlin: BMFSFJ.

Erler, Wolfgang/ Jaeckel, Monika (2002). Zwischenbericht zum Projekt „Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft – ein innovativer Ansatz der Familienbildung – München: DJI

Gerzer-Sass, Annemarie (2004). Familienkompetenzen als Potential einer innovativen Personalpolitik. In: Hungerland, Beatrice/ Overwien, Bernd (Hrsg.). Kompetenzentwicklung im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag, 87-108.

Gerzer-Sass, Annemarie / Erler, Wolfgang / Sass, Jürgen / Jaeckel, Monika (2002). Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von 'unten'. Individuelle, familiäre und gemeinwesenbezogene Wirkungen und Leistungen von Familienselbsthilfe. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Materialien zur Familienpolitik Nr. 15. Bonn/München

Heitkötter, Martina (2004). Zeitwohlstand für Familien und lokale Bündnispolitik – zentrale Bezugspunkte für einen „temporal turn“ in der Familienpolitik. Unveröff. Expertise für den 7. Familienbericht. München.

Heitkötter, Martina / Schröder, Delia (2006). Lokale Bündnisse für Familie – Wie entstehen neue familienpolitische Arrangements vor Ort? Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 2006, Heft 3, S. 18 - 21

Jurczyk, Karin (2006). Zukunft der Familie - Zukunft der Familienpolitik. In: SI:SO Stegen Sozial, Familie hat Zukunft, Jg.: 11/, Heft 1, S. 2-7.

Jurczyk, Karin/ Lange, Andreas (2002). Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte. Diskurs 12(3), 9-16.

Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas / Tietze, Wolfgang (2004) (Hrsg.). Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung in Privathaushalten. Weinheim: Beltz.

Lüscher, Kurt (2005). Generationenbeziehungen heute und das Postulat einer Generationenpolitik. In: Bachmaier, Helmut (Hrsg.). Der neue Generationenvertrag. Göttingen: Wallstein, 36-49.

Mückenberger, Ulrich (2001) (Hrsg.). Bessere Zeiten für die Stadt. Chancen kommunaler Zeitpolitik. Opladen: Leske und Budrich.

Mückenberger, Ulrich (2004). Familie, Zeitpolitik und Stadtentwicklung – am Beispiel Bremen. Familiäre Integration in der Stadt der Zukunft. Unveröff. Expertise für den 7. Familienbericht. Bremen.

Prognos AG (2006). Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht. BMFSFJ (Hrsg.). Köln/Berlin: Prognos.

Projektgruppe Alltägliche Lebensführung (1995) (Hrsg.). Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Opladen: Leske & Budrich, 371-407.

Rauschenbach, Thomas; Riedel, Birgit (2006, i. E.) (Hrsg.). Wer betreut Deutschlands Kinder? Die DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim: Beltz.

Statistisches Bundesamt (2003). Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/2002. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Stöbe-Blossey, Sybille (2004). Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung: Differenzierter Bedarf – flexible Lösungen. WSI-Mitteilungen 57(4), 568-574.

Strohmeier, Peter / Schultz, Annett / Weischer, Christian (2004). Familienentwicklung im industriellen Ballungsraum. Lebensformen, Lebenslagen und die Zukunft der Familien im Ruhrgebiet. Unveröff. Expertise für den 7. Familienbericht. Bochum.

Winkopf, Claudia (2003). Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen: sinnvoll, aber kurzfristige Beschäftigungswirkungen nicht überschätzen. In: Vierteljahreshfte für Wirtschaftsforschung 72, S. 133-147.

Susanne Tatje

Zukunft Stadt – Demografische Planung als Chance für Frauen

1 Der demografische Wandel – eine Herausforderung für die Kommunen

Der Bevölkerungsrückgang, der nach Ansicht von Wissenschaftlern nicht aufgehalten werden kann, stellt unsere Gesellschaft vor eine große Aufgabe. In nahezu jedem Bereich werden die Folgen des demografischen Wandels zu spüren sein. Vor allem die Städte müssen sich auf eine veränderte Bevölkerungsstruktur einstellen – doch bislang fehlen häufig langfristige Ansätze, die kommunale Zukunft zu gestalten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld Eberhard David hat darum gehandelt und im April 2004 die Stabsstelle „Demografische Entwicklungsplanung“ in seinem Dezernat eingerichtet. Denn obwohl sich die Bevölkerungsentwicklung kurzfristig nicht beeinflussen lässt, müssen in den Kommunen die erforderlichen Weichen zum „Abmildern“ der Folgen schnell gestellt werden: Nur so ist ein konstruktiver Umgang mit den Folgen möglich, die nahezu jeden Bereich in der Kommune betreffen: Die kommunalen Finanzen ebenso wie Schule, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit, Altenhilfe. usw.

Aufgabe der Demografiebeauftragten ist es, dezernatsübergreifend bei künftigen Verwaltungsentscheidungen auf den Aspekt der demographischen Entwicklung hinzuweisen, damit bei allen städtischen Planungen die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt wird. Die weiteren Aufgaben bestehen darin,

- wissenschaftliche Untersuchungen auszuwerten
- das Thema in Bielefeld bekannt zu machen
- Vorschläge zu entwickeln, wie der demografische Wandel in der Stadt gestaltet werden kann und damit
- ein Handlungskonzept für die Stadt Bielefeld zu entwickeln (mit Beschlussvorschlag für die politischen Gremien).

Das Gesamtkonzept „Demografischer Wandel als Chance?“ ist am 31. August 2006 einstimmig im Rat der Stadt Bielefeld verabschiedet worden.¹ Es sieht eine systematische, ressortübergreifende Herangehensweise vor und beinhaltet unterschiedliche aufeinander abgestimmte Bausteine: Es werden zunächst Ergebnisse demografischer Forschungen skizziert und – daraus abgeleitet – Fragen formuliert, die für die kommunale Praxis und damit auch für Bielefeld wichtig sind. Außerdem werden sechs demografiepolitische Ziele und damit zukünftige Handlungsschwerpunkte für Bielefeld entwickelt. Diese Ziele leiten sich ab aus den Ergebnissen der Demografieforschung, Gesprächen mit Experten und Expertinnen, den Ergebnissen einer verwaltungsinternen Befragung zu demografiepolitischen Aktivitäten, Vorstellungen der Dezernate und den Vorstellungen von lokalen Akteuren und Akteurinnen. Es ist also ein passgenauer Vorschlag für Bielefeld, der die Potenziale unserer Stadt berücksichtigt.

Die sechs vorgeschlagenen demografiepolitischen Ziele für Bielefeld lauten:

1. Wir fördern Integration!“
2. „Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!“
3. „Wir wohnen zukunftsfähig!“
4. „Wir lernen lebenslang!“
5. „Wir gehen fit in die Zukunft!“
6. „Wir wirtschaften für die Zukunft!“

Das vorgestellte Konzept sieht auch eine Erfolgskontrolle vor, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen und damit eine Optimierung zu

¹ Es ist in der Publikationsreihe „Zukunft Stadt“, Heft 3 veröffentlicht und kann angefordert werden bei susanne.tatje@bielefeld.de.

ermöglichen. Notwendig ist ein langfristig angelegtes strategisches Managementkonzept mit einem funktionierenden Steuerungs- und Controllingprozess. Im Handlungskonzept sind weiterhin Überlegungen formuliert worden, wie die Ziele und Handlungsschwerpunkte in der Verwaltung erarbeitet werden können. Dazu gehört – quasi „als Anleitung“ – ein Steuerungskreislauf, der verschiedene Verfahrensschritte vorsieht wie

- Daten erheben,
- kommunalpolitische Ziele bestimmen,
- Konzepte und Maßnahmen entwickeln und umsetzen,
- Wirkungen analysieren.

In einer speziell geschaffenen Projektstruktur, die auf die Bielefelder Verwaltungsstrukturen zurückgreift, sollen die Handlungsschwerpunkte erarbeitet werden. Dabei geht es nicht darum, schon jetzt konkrete Projekte oder Maßnahmen vorzuschlagen. Diese werden sinnvoller Weise erst später entwickelt, – wenn sich Bielefelds Politik auf die Ziele verständigt hat und eine sorgfältige Bestandsaufnahme vorliegt. Allerdings können und sollen einzelne Maßnahmen, mit denen die Dezernate schon begonnen haben, in das Gesamtkonzept einfließen. Wichtig ist, dass die komplexen Demografiethemen künftig dezernatsübergreifend bearbeitet werden. Das Bielefelder Handlungskonzept soll dazu beitragen, dass der Aspekt „Demografischer Wandel“ bei künftigen Verwaltungsentscheidungen und Planungen berücksichtigt wird. Es ist als Leitfaden gedacht und soll helfen, den demografischen Wandel in Bielefeld aktiv zu gestalten. Eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen: Ein fraktionsübergreifender Konsens in der Politik – es sollte für alle bindende Wirkung haben – auch über die nächsten Wahltermine hinaus.

Das Ziel: „Wir wohnen zukunftsfähig!“ soll nach dem Ratsbeschluss als erster Handlungsschwerpunkt in einer Pilotphase umgesetzt werden. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, mit diesem Themenkomplex zu beginnen, und die Politik ist diesem Vorschlag nach ausführlicher Diskussion gefolgt. Es geht einmal um die demografischen Veränderungen, die sich beim „Bauen und Wohnen“ durch die Leerstände schnell zeigen. Und gerade in diesem Bereich muss besonders langfristig geplant werden – Bau- und weitere Infrastrukturmaßnahmen sind teuer und belasten die kommunalen Haushalte. Aber es geht auch um die Frage: Was bedeutet eine auf Zukunft gerichtete Stadtentwicklung für Frauen? Ein Aspekt, der bisher nicht im Zentrum der Demografiedebatte stand und steht.“

2 Neue Chancen für Frauen

Bei der öffentlichen Debatte um die Folgen des demografischen Wandels steht das Thema Alterung im Blickpunkt, und es werden besonders die Belastungen und Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme beschworen. Diese Sichtweise ist meiner Meinung nach verkürzt. Ich möchte am Beispiel eines anderen Themenkomplexes beschreiben, mit welchen Fragen sich Frauen im Hinblick auf ihre Zukunft beschäftigen sollten und welche Chancen gerade der demografische Wandel für Mädchen und Frauen beinhaltet.

Ein weiteres Ziel aus dem Bielefelder Handlungskonzept lautet: „Wir lernen lebenslang!“ Das heißt, kommunale Politik sollte sich im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel auch über eine Neuorientierung bei Erziehung und Bildung Gedanken machen. Denn durch den Geburtenrückgang fehlt das notwendige Innovationspotential, das schon jetzt dringend benötigt wird, um den Anschluss an den europäischen Markt nicht zu verlieren. Zukünftig werden – noch stärker als heute – gut ausgebildete und qualifizierte junge Nachwuchsarbeitskräfte gebraucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dass die Mädchen durch ihre besseren Abschlüsse ein großes Potential mitbringen, das ihnen deutliche Vorteile im Hinblick auf Berufs- und Karrierechancen im demografischen Wandel ermöglichen könnte, sei an dieser Stelle ausdrücklich gesagt.

Da sich zukünftig für gut qualifizierte Frauen die Arbeitsmarktchancen erhöhen (z.B. durch die Vorgaben der EU zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote), werden Bildung und Ausbildung von Mädchen immer wichtiger. Viele Mädchen haben bei den Bildungsabschlüssen keinen Nachholbedarf mehr, oft sind sie heute schon besser als die Jungen. Ihre Lernerfolge können sie gut nutzen, sie sind ein wichtiger „Schlüssel“ auf ihrem Weg in eine erfolgreiche Zukunft.

Expertinnen wie Ute Klammer vom WSI² sagen: Die enorme Bildungsbeteiligung von Mädchen und die zunehmende Präsenz von Frauen im Erwerbsleben führen zu einer wachsenden Feminisierung der Arbeitswelt, und diese Tendenz steht im Zusammenhang mit einem tief greifenden Strukturwandel von der Industrie- zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft. Das weibliche Arbeitsvermögen ist also eine zunehmend wichtige Ressource, die sich auch betriebswirtschaftlich rechnet.

Was heißt das für Kommunen, die im demografischen Wandel ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort verbessern wollen? Sie müssen umdenken: Unternehmen,

² Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

die auch international agieren, machen zunehmend die Erfahrung, dass qualifizierte Fach- und Führungskräfte nur dann rekrutiert werden können, wenn die sog. „weichen Standortfaktoren“ vor Ort stimmen. Und da ist eine neue Entwicklung zu beobachten: Es sind nicht mehr die alten eher männlichen Statussymbole wie hohes Gehalt etc., die den Ausschlag geben, ob ein Arbeitsvertrag zustande kommt oder nicht. Heute sind es oft andere Faktoren im Umfeld des Unternehmens: Adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten für die Partnerin oder qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote für die Kinder³.

Für Kommunen heißt es, hier zu reagieren und Angebote zu schaffen, und Frauen können gut davon profitieren: Weil es einfacher wird, Beruf und Familie zu vereinbaren und weil sich dadurch ihre Berufsmöglichkeiten positiv entwickeln, denn die Konkurrenz der Unternehmen um junge und qualifizierte Arbeitskräfte wird in den nächsten Jahren durch die demographischen Veränderungen deutlich steigen.

Frauen sollten die einmalige aktuelle Chance nutzen und ihre Forderungen deutlich gegenüber Politik und Wirtschaft vertreten: Denn die Wirtschaft ist durch den Bevölkerungsrückgang darauf angewiesen, qualifizierte Arbeitnehmerinnen zu gewinnen. Alte frauenpolitische Forderungen wie Bezahlung nach Qualifikation, familienfreundliche flexible Arbeitszeiten, betriebliche Kindergärten können mit mehr Nachdruck erhoben werden. Die Chancen sind günstig, sich Gehör zu verschaffen, denn auch „die“ Politik ist im Zugzwang.

Die Familie hat nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert im Leben der Menschen. Durch wissenschaftliche Untersuchungen ist jedoch deutlich geworden, dass die Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenrate umstritten sind, rein finanzielle Unterstützungen haben offenbar nur wenige Effekte. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dagegen ein kinder- und familienfreundliches Klima. Und da kann auch die kommunale Politik Einiges bewirken: Kommunale Familienpolitik in Verbindung mit einer attraktiven Wirtschaftsförderungspolitik als Schwerpunkt kommunaler Politik könnte die Entwicklung demografischer Prozesse – langfristig – beeinflussen und damit steuern. Eine zukunftsorientierte kommunale Familienpolitik sorgt zum Beispiel für flexible und qualitativ hochwertige Ganztags – Betreuungsmöglichkeiten, Ganztagsangebote an Schulen, Sprachförderkurse für Kinder aus Migrationsfamilien, familienorientiertes Engagement der Unternehmen, Unterstützung bei den familiären Pflegeleistungen oder Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien oder Alleinerziehende.

³ Aus diesem Grund heißt eines der demografiepolitischen Ziele im Bielefelder Handlungskonzept „Wir werden die kinder- und familienfreundlichste Stadt in NRW!“, um den Aspekt von frühzeitiger flexibler Ganztags-Betreuung und schulischen Ganztagsangeboten zu forcieren.

Die frauenpolitische Diskussion über die Zukunft sollte nicht darauf beschränkt sein, für Frauen bessere Zugangs- und Aufstiegschancen in der Arbeitswelt zu fordern oder um flexible und kinderfreundliche Infrastrukturen zu streiten. Mindestens ebenso wichtig ist es, die männliche Perspektive von Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik zu überwinden. Die skandinavischen Länder machen vor, was auch bei uns möglich sein sollte und in den Zeiten des demografischen Wandels unverzichtbar wird: Notwendig wird eine „demografische Arbeitszeit“, um die Arbeitswelt geschlechtergerecht zu gestalten. Wichtig sind Arbeitszeitoptionen, die für Männer und Frauen Lebensphasen mit Kindern ermöglichen.

Dafür ist ein Bewusstseinswandel auch bei Männern, aber auch bei Arbeitgebern, erforderlich. Die heftige Diskussion über die „Vätermonate“ ist ein Beleg dafür. Männer, die sich für Familienarbeit und Teilzeit oder Elternurlaub aussprechen, sind zwar gern gesehene Gäste in Talk-Shows, aber sie sind keine gern gesehenen Mitarbeiter im Arbeitsleben. Kommunen sollten ein Vorbild sein und in den eigenen Verwaltungen dafür Sorge tragen, dass eine „demographische Arbeitszeit“ für Frauen und Männer üblich wird – und gerade der öffentliche Dienst bietet flexible Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung. Diese Forderungen sind nicht neu. Im Kontext der Demografiediskussion erhalten sie eine wichtige Bedeutung in der öffentlichen Diskussion, und das ist eine große frauenpolitische Chance!

Die Bewusstseinsveränderung der Männer lässt sich nicht staatlich verordnen. Das ist nichts Neues – aber angesichts der fehlenden potentiellen Väter ist es dringend erforderlich, das Thema ernst zu nehmen. Auch da haben Kommunen einigen Handlungsspielraum: In den „eigenen“ kommunalen Kindergärten, Jugendeinrichtungen oder Schulen können und sollten zum Beispiel Konzepte und Projekte entwickelt werden, die auf eine Bewusstseinsveränderung bei Jungen abzielen. Der männliche Nachwuchs braucht ebenso wie seine Väter „Nachhilfestunden“ in Partnerschaftsfragen. Als Beispiele angeführt seien der „Haushaltspass“, bei dem Jungen lernen, wie ein Haushalt funktioniert, und die Jungenkonferenzen in der Bielefelder Laborschule: Hier können Jungen über ihre Ängste oder Zwänge sprechen und darüber, wie schwierig es ist, sich immer wie ein „richtiger Mann“ zu verhalten.

Abschied von alten Denkmustern

Aus den demographischen Veränderungen erwachsen erhebliche Anforderungen an unsere Gesellschaft: Alle müssen sich von langjährigen Denkmustern verabschieden, damit die Chancen dieser Entwicklung genutzt werden können.

Vermutlich wird zukünftig ein gewaltiger Konkurrenzkampf um staatliche Ressourcen aufbrechen, denn die öffentlichen Finanzen sind knapp. Deswegen müssen Frauen aus Politik und Verwaltung in den Kommunen dafür Sorge tragen, dass Mädchen und Frauen bei den demographischen Planungen nicht nur „mitgedacht“ werden. Hier sind auch die kommunalen Frauenbeauftragten wichtig, die durch das nordrhein-westfälische Gleichstellungsgesetz (LGG) über geeignete Einflussmöglichkeiten verfügen. Wenn sich alle kommunalen Akteure an dieser Zukunftsaufgabe beteiligen, ist der Demografische Wandel eine Chance für Frauen.

Literaturverzeichnis

Tatje, Susanne: Demografischer Wandel als Chance?“ – Das Bielefelder Konzept; in: „Zukunft Stadt“, Heft 3, Hrsg. Stadt Bielefeld, Bielefeld 2006 (erscheint im November)

Tatje, Susanne: „Räume der Zukunft“; in: „Zukunft Stadt“ Heft 2, Hrsg. Stadt Bielefeld, Bielefeld 2006

Tatje, Susanne: „Zukunft Stadt“, in: STADTSZENARIEN, Unna 2006; Hrsg. vom Städte-Netzwerk NRW/ Ministerium für Generationen, Frauen, Familie, Integration NRW/Stadt Bielefeld

Tatje, Susanne: „Zukunftswerkstatt für Jung und Alt“, in: „Zukunft Stadt“ Heft 1, Hrsg.: Stadt Bielefeld, Bielefeld 2005

Tatje, Susanne: „Bielefeld stellt sich dem Demografischen Wandel“; in: der städtetag, 3/2005

Tatje, Susanne: „Nichts bleibt wie es ist“ – Der demografische Wandel und die Jugendhilfe, in: FORUM Jugendarbeit, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (agj), 4/2004

Weitere Informationen zur Arbeit der Demografiebeauftragten in Bielefeld unter http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo/

Kerstin Dörhöfer

„Die Frau an ihren Herd, zu ihren Kindern“?

Formen und Folgen der Wohnarchitektur im 20. Jahrhundert

Als die neue Frauenbewegung in der 1970er Jahren die Disziplinen Architektur, Städtebau und Regionalplanung ergriff, richtete sich die erste Kritik

- zum einen gegen die mangelnde Beteiligung von Frauen am Planungs- und Gestaltungsprozess der räumlichen Umwelt und zwar sowohl von Architektinnen und Planerinnen als auch von Frauen als Expertinnen des Alltags,
- zum anderen gegen die Großsiedlungen am Stadtrand, die Funktionsentmischung der Städte durch gleichzeitige Altstadtsanierungen, die weiten Wege zu den neuen Wohnsiedlungen, deren fehlende Infrastruktur, die Massierung und Anonymität der Wohngebäude sowie gegen die immer gleiche Architektur der Wohnungen in diesen Siedlungen.

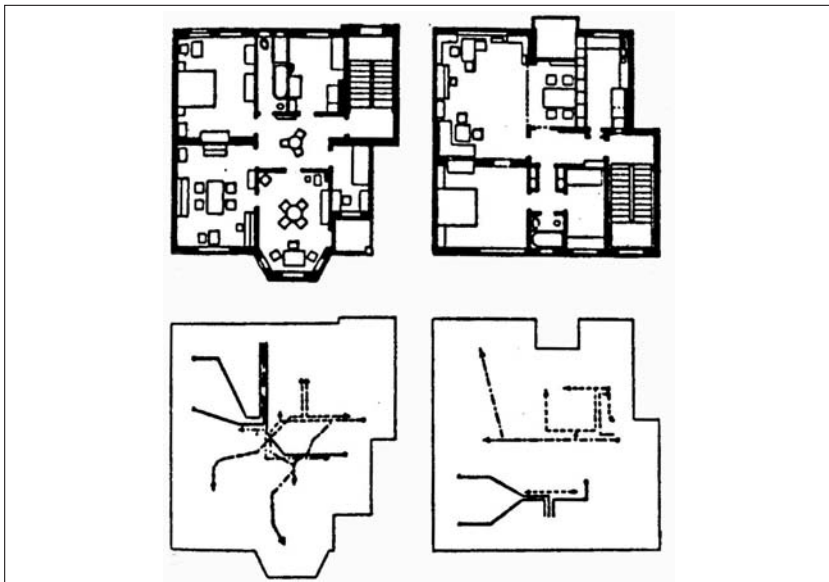
Sie folgte stets einem Schema, das in den 1920er Jahren als „Neue Wohnung“ erfunden worden war und nach dem zweiten Weltkrieg massenhafte Verbreitung fand. Dieses Schema orientierte sich an einem Familienmodell, das das Zusammenleben von Eltern mit durchschnittlich zwei Kindern als Ideal vorsah und zur Norm erhob. Die große Wohnungsnot in den Städten nach der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert sowie die Zerstörungen im ersten Weltkrieg,

die ungeheuren sozialen Diskrepanzen zwischen dem proletarischen Hausen in Stube-Küche-Wohnungen in Mietskasernen mit engen Hinterhöfen und dem gutbürgerlichen Wohnen in privilegierten Stadtvierteln veranlasste die sozialdemokratische Regierung in der Weimarer Republik zu Wohnungsreformen. Für jeden Haushalt, also auch den mit geringem Einkommen, sollte es eine eigene, abgeschlossene „Wohneinheit“ geben. Dabei galten die Lebensweisen der bürgerlich-patriarchalischen Familie als beispielhaft für die Haushalte der Arbeiter und Handwerker, die „kleinen“ Beamten und Angestellten: Der Vater war der Ernährer der Familie, außerhalb des Hauses berufstätig und verantwortlich für die Geschicke im Privaten wie im Öffentlichen, während seine Gattin sich um Heim, Herd und Kinder sorgte.

Für die Architekten der Moderne wurde der sozialorientierte Wohnungsbau, der bis zu jener Zeit kein Aufgabengebiet der Baukunst gewesen war, zur Herausforderung. Der Entwurf der „Neuen Wohnung“, der Wohnung mit allen notwendigen Funktionen für eine Familie, die dennoch Flächen und Kosten sparend war, beschäftigte alle Avantgardisten.

Als Beispiel dienen die Grundrissstudien von Alexander Klein, der auf der Fläche einer herkömmlichen Mietwohnung eine moderne, den neuen Vorstellungen entsprechende Wohnung entwarf.

Abb 1: Grundrißstudien von Alexander Klein, 1928



Julius Posener: Großsiedlungen. In: Arch+ 48/1983, S. 70

Hinter der Wohnungseingangstür, die die Schwelle zwischen Privatbereich und Treppenhaus bildete, erstreckte sich der Flur, der alle Zimmer einzeln erschloss. Tunlichst zur Sonnenseite lag das Wohnzimmer, der größte Raum der Wohnung, mit angeschlossener Essecke und vorgelagertem Balkon. Mit Durchreiche zum Essplatz lag die Küche gleich neben dem Wohnungseingang. Gegenüber diesem Geselligkeitsbereich der Familie befand sich ihr Intimbereich, durch einen kleinen Stichflur noch einmal abgetrennt. Er führte geradeaus ins Badezimmer und erschloss zur einen Seite ein schmales Kinderzimmer sowie gegenüber das zweitgrößte Zimmer der Wohnung, das Elternschlafzimmer mit Platz für das Ehebett und ein zusätzliches Kinderbettchen. Es sollte möglichst nach Osten ausgerichtet sein, um fröhlich mit der Morgensonne aufzuwachen. Alexander Klein zeichnete Ganglinien in diesen Grundriss ein, um nachzuweisen, wie viel Zeit und Kraft die Hausfrau in dieser Wohnung sparen würde.

Aus diesem rationalisierten Wohnungsgrundriss entstand ein Wohnungstyp mit leichten Größenvarianten, seine einzelnen Elemente (Räume, Wände, Fenster, Türen etc.) wurden normiert und seine Ausstattung standardisiert, so dass viele dieser Wohnungen nebeneinander und übereinander errichtet werden konnten.

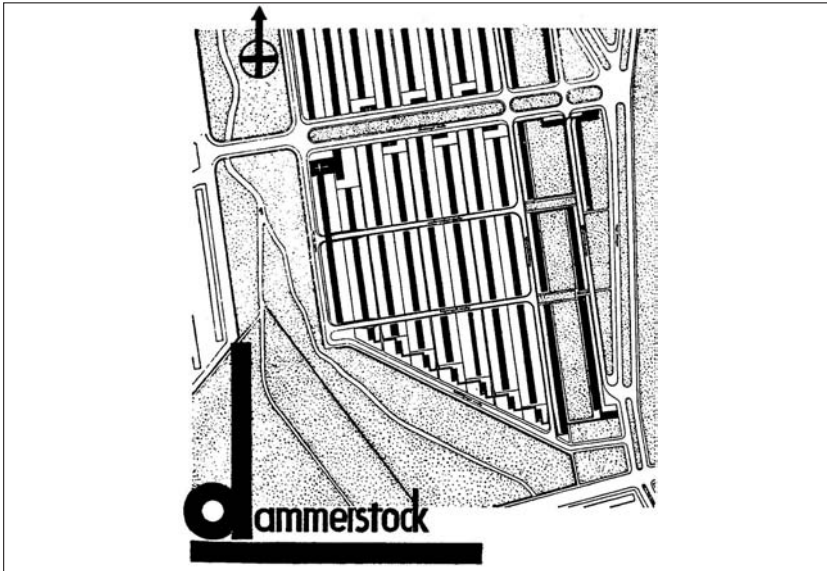
Die städtebauliche Struktur der Siedlungen der 1920er Jahre, in denen der Typ der „Neuen Wohnung“ errichtet wurde, zeigte deshalb eine Zeilen- oder Streifenbauweise, damit die Produktion wie am Fließband von statten gehen konnte. Am Rande der damaligen Städte gelegen, eingebettet in Grün, sollten Licht, Luft und Sonne ein gesundes Wohnen gewährleisten. (Abb. 2)

Ähnlichen Vorstellungen folgten die Entwürfe aller modernen Architekten in fast allen Ländern Europas. Zur Verbreitung dieser Ideen fanden in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren überall zahlreiche Bauausstellungen statt, die die zukünftigen Bewohner und Bewohnerinnen mit der „Neuen Wohnung“ vertraut machen und sie „das richtige Wohnen“ lehren sollten. Denn einher mit den rationalisierten und puristischen Gestaltungen in Architektur und Städtebau ging die „Entrümpelung“ des Inneren der Wohnung. Stuck, Schmuck, Ornamentik und Dekorationen hatten einer klaren und sachlichen Inneneinrichtung zu weichen.

„Eins, meine Damen“, schrieb Bruno Taut in seinem berühmten und wiederholt aufgelegten Buch „Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin“, „ist jedenfalls Tatsache: wenn aus einer Wohnung nach strengster und rücksichtslosester Auswahl alles, aber auch alles, was nicht direkt zum Leben notwendig ist, herausfliegt, so wird nicht bloß ihre Arbeit erleichtert, sondern es stellt sich von selbst eine neue Schönheit ein.“¹

1 Bruno Taut: Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin. Vierte erweiterte Auflage Leipzig 1926, S. 31

Abb 2: Städtebaulicher Entwurf für die Siedlung Dammerstock in Karlsruhe von Walter Gropius, 1927/28



Julius Posener: Großsiedlungen. In: Arch+ 48/1983, S. 72

Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die Zuständigkeit der Frau für den Haushalt und die Familie, stand also für die avantgardistischen, ansonsten einer modernen Lebensform gegenüber aufgeschlossenen Architekten außer Frage. „Die Frau an ihren Herd, zu ihren Kindern“, war die Meinung Le Corbusiers zu dieser Frage.²

Für die Rationalisierung der Hausarbeit setzte sich insbesondere die Wiener Architektin Margarete Schütte-Lihotzky ein. Sie wollte den Zeit- und Kraftaufwand der Hausfrau reduzieren, um es ihr zu ermöglichen, neben ihren häuslichen Pflichten einer Berufstätigkeit nachzugehen. Sie entwarf dafür eine bis ins Kleinste durchdachte Arbeitsküche, in der nach ergonomischen Messungen mit wenigen Schritten jedes Gerät erreicht und alle erforderlichen Handgriffe erledigt werden konnten. Allerdings war diese Küche so schmal, dass nur eine Person darin arbeiten konnte und die Hausarbeit folglich unhinterfragt an der Frau hängen blieb, die damit den Status der Hausfrau beibehielt.

Der Wohnungsgrundriss folgte seit der Erfindung der „Neuen Wohnung“ stets dem gleichen Ordnungsmuster: Das Wohnzimmer diente dem Feierabend vor

² Le Corbusier zit. in Thilo Hilpert: Die Funktionelle Stadt. Le Corbusiers Stadtvision – Bedingungen, Motive, Hintergründe. Braunschweig 1978, S. 171

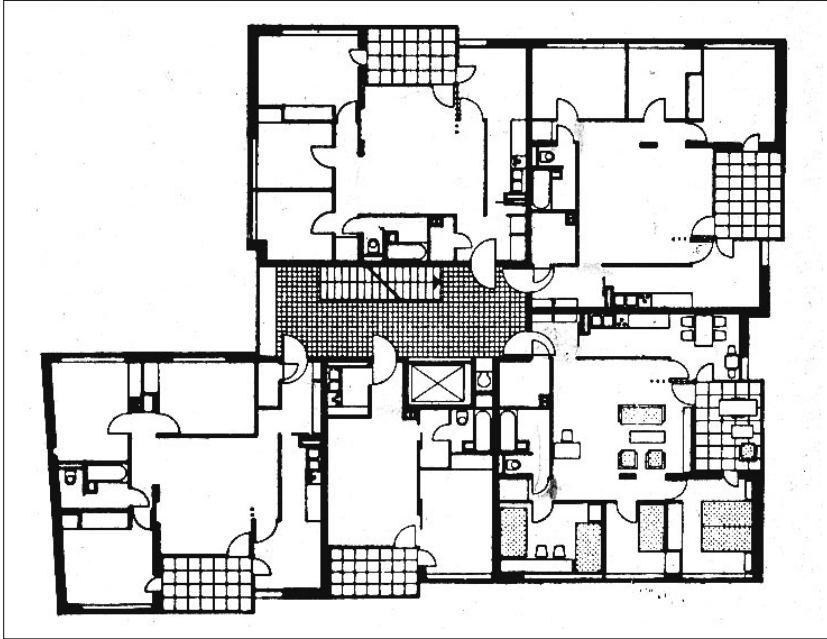
allem für den berufstätigen Familienvater, das Elternschlafzimmer neben dem erholenden Schlaf der Produktion der nächsten Generation, die in den kleinen Kinderzimmern ihre Disziplinierung für das spätere Berufsleben einüben sollte; die Nasszellen Küche und Bad dienten der Hausarbeit, die der Frau oblag, auch wenn sie berufstätig war. Diese Wohnarchitektur spiegelte nicht nur die Arbeitsteilung und das Verhältnis der Geschlechter, sondern auch die Hierarchisierung zwischen ihnen und die Wertschätzung ihrer Tätigkeiten.

Wurde die „Neue Wohnung“ in den 1920er Jahren erst erfunden und während der Weimarer Republik nur in relativ wenigen Gebäuden und Siedlungen realisiert³, so fand sie in den drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg sowohl im öffentlich geförderten sozialen wie im privat finanzierten Wohnungsbau hohe Verbreitung. Je größer die Wohnsiedlungen wurden, desto mehr wurden diese normierten und typisierten Wohnungen aneinander gereiht und aufeinander gestapelt – als Beispiele stehen dafür die Versuchssiedlungen der 1950er Jahre ebenso wie die Großsiedlungen der 1960er/70er Jahre mit Tausenden von Wohneinheiten. Die Bundesrepublik Deutschland erlebte Anfang der 1970er Jahre einen wahren Bauboom mit jährlich über 700.000 Wohneinheiten meist in peripheren Großsiedlungen. Auch in der DDR entstanden ein wenig zeitverschoben Großsiedlungen am Stadtrand in vorgefertigter, industrieller Plattenbauweise mit typisierten Grundrissen, die dem genannten Schema folgten. Ich greife aus der Fülle der neuen Wohnsiedlungen drei Beispiele heraus, um die städtebauliche Anordnung und die Wohnarchitektur zu veranschaulichen.

Zur Interbau 1957, einer Bauausstellung im Berliner Hansaviertel, sollte das Wohnen beispielhaft für die Zukunft entworfen werden. Internationale Architekten waren aufgefordert, dafür Ideen zu entwickeln. Es entstanden die ersten Wohnhochhäuser, Punkthäuser, achtgeschossige Scheibenhäuser, viergeschossige Zeilen und eingestreut eingeschossige Einfamilienhäuser in Teppichbauweise für rund 3.500 Einwohner. Der Brasilianer Oscar Niemeyer entwarf zum Beispiel eine kühne Wohnscheibe auf Betonstelzen mit externem, dreieckigem Aufzugsturm, doch die sich stetig wiederholende Dreizimmerwohnung folgte exakt dem Modell der „Neuen Wohnung“ der zwanziger Jahre. Der Finne Alvar Aalto gewann in diesem Wettbewerb den ersten Preis mit dem Entwurf für eine „Allraumwohnung“, in der der repräsentative Wohnraum in der Mitte lag und die Räume für die Hausarbeit deutlich an den Rand drückte. (Abb. 3)

³ Während des Nationalsozialismus war die moderne Architektur verpönt, der Wohnungsbau als Siedlungsbau folgte zwar ebenfalls der Typisierung, in seiner Ästhetik aber eher traditionellen und ländlichen Bauweisen. Er kam früh zum Erliegen, weil Arbeitskräfte, Kapital und Material in die Rüstungsindustrie flossen.

Abb 3: Grundriss der Wohnungen von Alvar Aalto für das Hansaviertel in Berlin, 1957



Wolfgang Schäche: Ein Jahrhundert Wohnungs- und Städtebau in Berlin. European Veranstaltung, Berlin 1988, o. S.

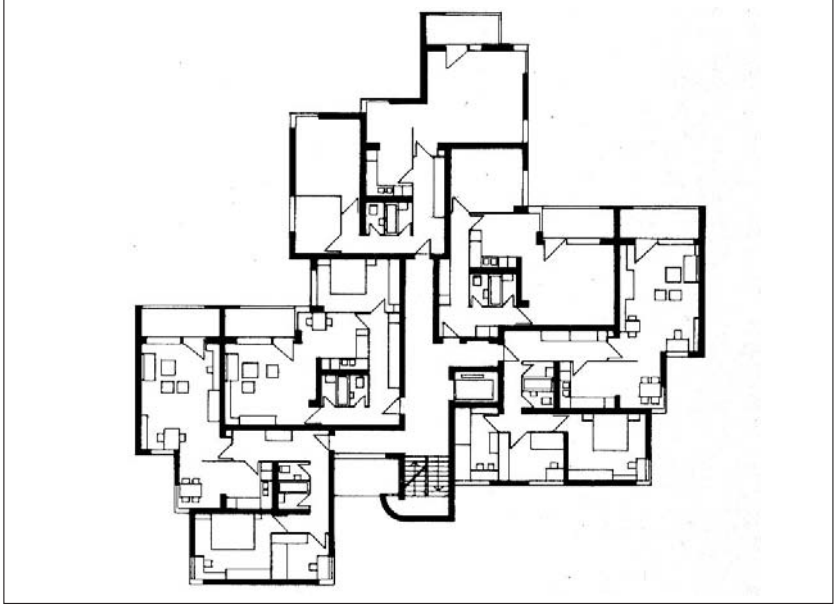
In der Großsiedlung „Märkisches Viertel“ im Berliner Norden entstanden zwischen 1963 und 1974 rund 17.000 Wohnungen für 38.000 Einwohner unter Beteiligung von rund zwanzig deutschen und internationalen Architekten, die erneut nach der besten Lösung für zukunftsorientiertes Wohnen suchten. Doch auch hier blieb das Grundschema erhalten, ob nun der Schweizer Karl Fleig einen gestaffelten Vierspänner⁴ entwarf oder Oswald Mathias Ungers, einer der berühmtesten deutschen Architekten der Gegenwart, eine weitere Intimisierung der Schlaf- und Badezimmer im Privatbereich der Familienwohnung vorsah. (Abb. 4 und Abb. 5)

Am Ost-Berliner Stadtrand, fast an der Grenze zum Territorium der ehemaligen DDR, entstand in den 1980er Jahren als eine von drei Großsiedlungen die Wohnsiedlung Hohenschönhausen. Sie war geplant für 100.000 Einwohner in 35.000 Wohnungen in 5- und 6-geschossigen beziehungsweise 11-geschossigen Scheibenhäusern sowie in 10-22-geschossigen Punkthochhäusern. Das Schema

⁴ Ein „Vierspänner“ ist ein Wohnhaustyp, in dem von einem Treppenhaus und Hausflur mehrere Wohnungen abgehen.

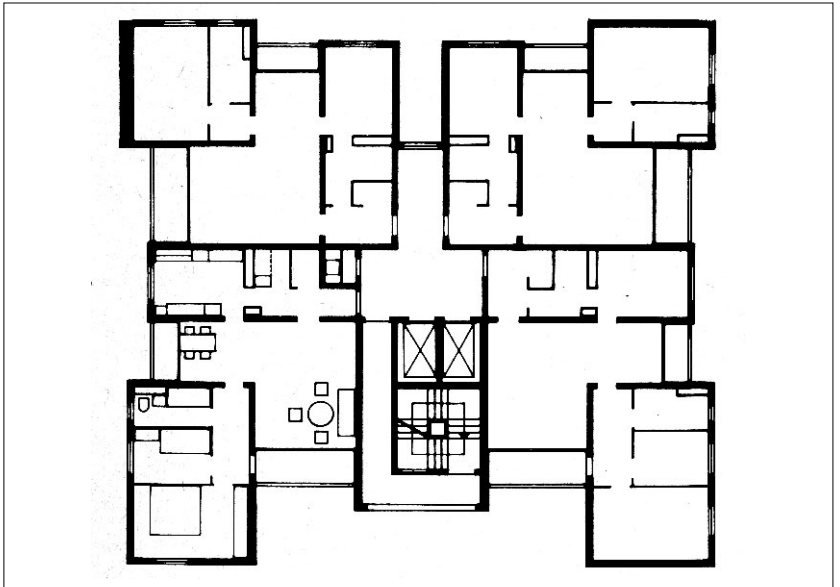
Bei einem „Zweispänner“ werden dagegen nur zwei Wohnungen von einem Treppenpodest aus erschlossen, bei einem „Dreispänner“ drei etc..

Abb 4: Grundrisse der Wohnungen von Karl Fleig für das Märkische Viertel in Berlin-Reinickendorf, 1965-67



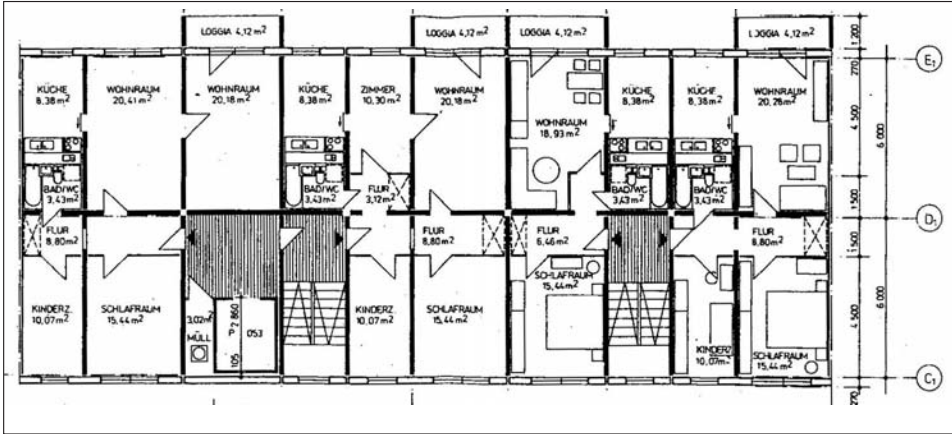
Rolf Rave, Hans-Joachim Knöfel: Bauen seit 1900 in Berlin. Berlin 1968, Nr. 228..2

Abb 5: Grundrisse der Wohnungen von Oswald Mathias Ungers für das Märkische Viertel in Berlin-Reinickendorf, 1967



Rolf Rave, Hans-Joachim Knöfel: Bauen seit 1900 in Berlin. Berlin 1968, Nr. 228..8

Abb 6: Grundrisse einer Wohnschiebe für die Großsiedlung Hohenschönhausen in Berlin-Marzahn, 1982-1989



Kerstin Dörhöfer (Hg.): Wohnkultur und Plattenbau. Beispiele aus Berlin und Budapest. Berlin 1994, S. 48, 58, 60

ihrer Wohnungstypen, die in industrialisierter, vorgefertigter Plattenbauweise projektiert und errichtet wurden, folgte in noch größerer Starrheit dem der „Neuen Wohnung“. (Abb. 6)

Die Siedlungen wurden größer, die Wohnungen im Laufe der Jahre auch, doch gleich, welche Varianten die Architekten entwarfen, das Ordnungsschema blieb. Die Nasszellen Küche und Bad waren immer öfter innen liegend, ohne natürliche Belüftung, Belichtung und Besonnung und ohne Blick nach draußen. Meist waren sie auch ohne Verbindung zu den anderen Räumen der Wohnung, also ohne Kommunikation, denn Hausarbeit sollte unsichtbar, nicht zu hören und zu riechen sein. Der allgemein als minderwertig abqualifizierte Reproduktionsbereich – neben der Hausarbeit die Kindererziehung, die physische und psychische Pflege von Familienangehörigen, die Unterstützung in allen Alltagsbelangen – spiegelte sich im Raum, der ihm zugewiesen wurde.

Die Funktionen aller Zimmer waren festgeschrieben und hierarchisiert. Eine andere Nutzung – ein Ausbrechen aus diesen fest gefügten Normen – war nicht möglich. Selbst die Versuche mancher Eltern, ihren Kindern das größere Schlafzimmer zu überlassen, scheiterten an den Maßvorgaben. Sie waren damit nicht nur Maße für Baulichkeiten, sondern auch für soziales Leben. Der Zuschnitt der Wohnungen – die großen Räume für Repräsentation, Freizeit, Ruhe und Erholung, die kleinen für Hausarbeit und Kindererziehung – orientierte sich an männlicher Lebenswelt und privilegierte sie, obwohl der Mann außerhalb des Hauses tätig und viele Stunden nicht anwesend war. Das Leitbild der bürgerlichen

Kleinfamilie und der „Hausfrauenehe“ wurde in den Nachkriegsjahrzehnten im wörtlichen Sinne zementiert oder in Beton gegossen.

Wie die Hausarbeits- und Reproduktionsräume in der Wohnung an den Rand gerückt und immer kleiner wurden, so rückten die Wohnsiedlungen immer mehr an den Rand der Städte. Da sich Wohnarchitektur nicht auf den Grundriss der Wohnung und das Wohngebäude beschränkt, sondern die Lokalisierung der Wohnsiedlungen – also den städtebaulichen Aspekt – einschließt, wurde die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auch in der Stadtstruktur sichtbar. Die städtische Funktionstrennung in Gewerbegebiete, Freizeitgebiete, zentrale Geschäftgebiete und randstädtische Wohngebiete spiegelte die Rollenzuschreibungen, die Arbeitsteilungen und die Hierarchien zwischen den Geschlechtern ebenfalls. Was Margarete Schütte-Lihotzky an Kraft- und Zeitaufwand der Hausfrau durch die rationalisierte Arbeitsküche einsparen wollte, wurde durch die städtischen Entfernungen und langen Wege zu Arbeitsplätzen, Bildungsstätten, Gesundheitseinrichtungen, Geschäften und Behörden völlig konterkariert.

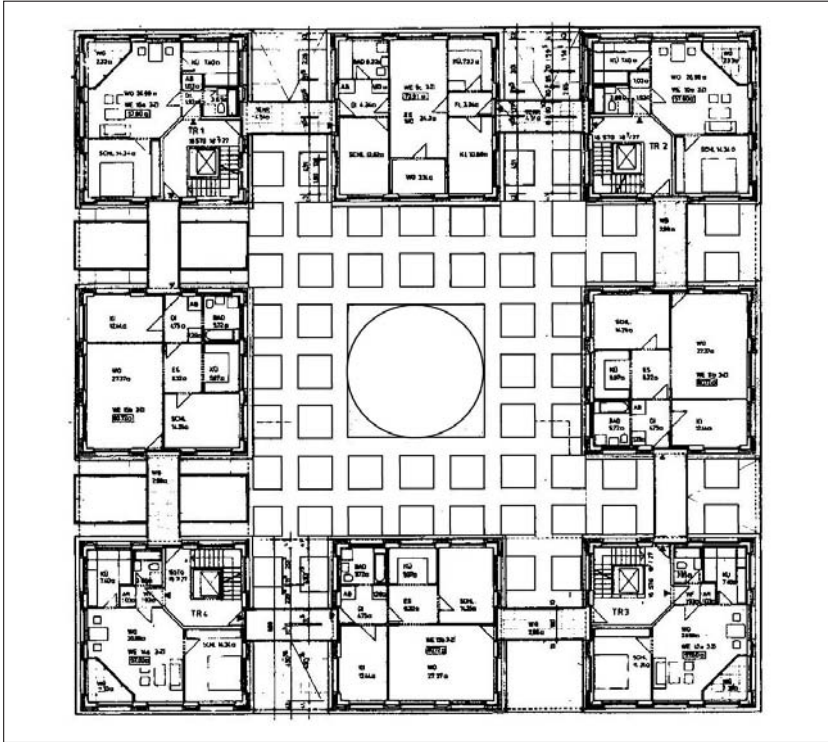
Die Wohnarchitektur war versteinertes Ausdruck der gesellschaftlichen Zuordnungen der Geschlechter, sie waren in Bauvolumen eingeschrieben, die wiederum Zeichen, Signale und Gebote aussandten.⁵ Sie prägten Nutzungen, Wahrnehmung, Mentalität und Habitus der Bewohner und Bewohnerinnen. Kindern und Jugendlichen wurde diese Sprache der Architektur und folglich dieses Wohnen selbstverständlich. Die versteinerten gesellschaftlichen Strukturen, die Bauvolumen, reproduzierten wiederum das Geschlechterverhältnis, dessen Ausdruck sie waren. Die großen sozialen Diskrepanzen, die vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatten, wichen nach dem zweiten Weltkrieg einer breiten Mittelstandsversorgung und folglich auch der Standardisierung der Lebensweisen. Sie führten aber nicht zu einer Aufhebung der geschlechtlichen Polarisierung der bürgerlich-patriarchalischen Lebensweise, sondern zu deren Verankerung in den breiten Schichten der Bevölkerung.

In den 1970er/1980er Jahren traten die ersten Veränderungen ein. Sie betrafen sowohl die Lebensformen und das Verhältnis der Geschlechter als auch die Architektur. Die sozialen und ästhetischen Bestrebungen der modernen Architekten in den zwanziger Jahren waren in den massierten Wohngebieten einem „Vulgär-Funktionalismus“⁶ gewichen, der hinter den Rasterfassaden die

5 Vergl. dazu Pierre Bourdieu: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge, Bd. 2, hg. von Martin Wentz, Frankfurt am Main / New York 1991, S. 26-34; Kerstin Dörhöfer, Ulla Terlinden: Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel, Boston, Berlin 1998, S. 9-28

6 Heinrich Klotz: Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960-1980. Braunschweig / Wiesbaden 1984, S. 14

Abb 7: Grundriss eines Wohngebäudes von Oswald Mathias Ungers für Berlin-Kreuzberg, 1987



Internationale Bauausstellung Berlin 1987, Projektübersicht. Berlin 1991, S. 100, 101

ökonomischen Interessen der Bauherren und Baugesellschaften, der Bauunternehmungen und Investoren erkennen ließ. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich beklagte als einer der ersten die „Unwirtlichkeit unserer Städte“.⁷ Die Bücher der Architekten Aldo Rossi aus Italien und Robert Venturi aus den USA, die zeitgleich Mitte der 1960er Jahre erschienen und Kritik an monotonen Stadtstrukturen und langweiligen Fassaden übten, leiteten den Wechsel von der Moderne zur Postmoderne in der Architektur ein.⁸ Statt für Funktionalität plädierten diese für Fiktionalität, für eine erzählende, Erinnerungen und Assoziationen wach rufende Baukunst. Städtebauliche Ensembles der Wohnarchitektur orientierten sich an Stadtstrukturen des 19. Jahrhunderts, wie Beispiele der Internationalen Bauausstellung Berlin 1984/87 und anderswo zeigten. (Abb. 7)

7 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main 1965

8 Aldo Rossis Buch „L'Architettura della Città“ erschien 1966 in Padua und sieben Jahre später in deutscher Sprache. Aldo Rossi: Die Architektur der Stadt. Düsseldorf 1973. Das Buch „Complexity and Contradiction in Architecture“ von Robert Venturi erschien 1966 in New York und 1978 in deutscher Sprache. Robert Venturi: Komplexität und Widerspruch in der Architektur. Braunschweig 1978

Sie nahmen die Straßenrandbebauung und Blockbauweise wieder auf, die die Moderne aufgelöst hatte. Die Grundrisse und Fassaden der Wohngebäude wurden verspielter und narrativer, sie variierten Formen und bauliche Elemente, sie bedienten sich geometrischer Grundfiguren, die früher nur bei der Repräsentationsarchitektur angewandt worden waren, nicht bei der Architektur für den Alltag. Was sich nicht veränderte, war ihre Funktionsfestschreibung, die Hierarchisierung der Räume und die Marginalisierung derer für die Hausarbeit im Vergleich zu jenen für die Erholung und Repräsentation. Die Form dominierte die Anordnung und Zweckmäßigkeit und verstärkte noch einmal die Eingrenzung der Nutzungsmöglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensform. Das Dilemma, in das die moderne Wohnarchitektur geraten war, wurde von Planern und Architekten formal angegangen, nicht inhaltlich.

Dies war das Anliegen der Kritik von Architektinnen, Stadtplanerinnen, Stadtsoziologinnen und anderen Expertinnen in der neuen Frauenbewegung. Zwar gab es auch formale und künstlerische Ansätze und Veränderungsvorschläge⁹, doch im Vordergrund stand die Analyse, denn zuerst musste herausgearbeitet und darauf hingewiesen werden, was an der scheinbar rein an der Sache orientierten, neutralen Architektur, an Materialien, Konstruktionen, Funktionen und Ästhetik geschlechtsspezifisch war und was das weibliche Geschlecht benachteiligte oder diskriminierte. Die Sprache der Architektur ist insbesondere bezüglich des Geschlechterverhältnisses und der Wohnarchitektur eine subversive, keine offene und laute, wie die der Repräsentationsarchitektur. Sie schreit die Diskrepanzen nicht heraus, zumal die Geschlechter im Privatbereich Wohnen eng verwoben sind.

Die feministische Kritik, die sich vor allem an den randstädtischen, massierten und monofunktionalen Großsiedlungen entzündete,¹⁰ sprach von einer dreifachen Verbannung der Hausfrauen: an den Stadtrand in eine „reine Wohnsiedlung“ (wie der Begriff in der Baunutzungsverordnung lautet), dort in eine „abgeschlossene Wohneinheit“ (so die statistische Definition von Wohnung) und darin in die „Nasszelle“, insbesondere in die normierte Arbeitsküche von sechs Quadratmetern, in der sie – damaligen Untersuchungen zufolge – „täglich fünf bis sieben Stunden arbeiten, also fast ein Drittel ihres Lebens verbringen“.¹¹

9 Auf Initiative des Bonner Frauenmuseums fanden Aktionen und Ausstellungen zum Thema „frauen formen ihre stadt“ statt, in denen auch Alternativen zur herkömmlichen Wohnarchitektur entworfen wurden. „frauen formen ihre stadt e.v.“, Technische Hochschule Darmstadt (Hg.): Katalog der ersten Ausstellung frauen formen ihre stadt. Gekürzte Neuauflage von Nr. 1 und Nr. 2, Bonn 1979. Frauen Museum – frauen formen ihre stadt e. v. (Hg.): SEMIRAMIS. Bonn 1987. Zum formalen Ansatz vergl. auch: Frauen in der Architektur -: Frauenarchitektur? Bauwelt 31/32 1979

10 Kerstin Dörhöfer, Jenny Naumann: Stadtansanierung und -planung. Zur Lage der Frauen in städtischen Wohngebieten. In: Marielouise Janssen-Jurreit (Hg.): Frauenprogramm – Gegen Diskriminierung. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 239-248; Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Frauen Räume Architektur Umwelt. Beiträge 4 zur feministischen theorie und praxis. München 1980

11 H. G. Carina zit. in Kerstin Dörhöfer: Reproduktionsbereich Wohnen. In: Adelheid von Saldern (Hg.): Bauen und Wohnen in Niedersachsen während der fünfziger Jahre. Hannover 1999, S. 181-198, hier. zit. S. 183

Die räumliche, funktionale und soziale Segregation der Städte wurde in den 1970er Jahren von vielen bemängelt. Da sie auch zur Segregation der Geschlechter geführt hatte, die sich im alltäglichen Aufbruch der männlichen Erwerbsbevölkerung an die Arbeitsstätten und in die Geschäftszentren und im Zurückbleiben des weiblichen Teils der Wohnbevölkerung niederschlug, bezeichneten kritische Planer und Architekten die randstädtischen Wohnsiedlungen als „Schlafstädte“ und die dort tätigen Hausfrauen als „grüne Witwen“. Doch feministische Expertinnen wiesen nach, dass es „Schlafstädte“ nur für Männer waren und „grüne Witwen“ wenig Grün genießen konnten, weil sie in den Wohneinheiten für höchst lebendige Männer und Kinder sorgten.¹² Ihre eigene Berufstätigkeit mussten sie dafür hintanstellen.

Die ersten feministischen Forderungen waren deshalb städtebauliche: die Durchmischung der Stadt, kurze Wege und bessere Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr, die Ausstattung der Wohngebiete mit allen erforderlichen Infrastruktureinrichtungen – auch mit Arbeitsstätten und Weiterbildungseinrichtungen. Diese Forderungen zielten auf bauliche Maßnahmen, die Frauen eine größere Wahlfreiheit in ihren Lebensdispositionen ermöglichen sollten.

In diese Richtung ging auch die Kritik an der Wohnarchitektur, weil sie dem Leitbild der patriarchalischen Familie mit einer ideologisierten „weiblichen Normalbiographie“ folgte¹³ und dies durch ihr normiertes, starres Ordnungsschema, die Festlegung von Raumfunktionen und Raumhierarchien stets von neuem reproduzierte. Auch die Wohnungen sollten größere Wahlfreiheit in der Nutzung bieten. Sie sollten die Wichtigkeit der Reproduktionsarbeit für die Gesellschaft räumlich sichtbar machen und die Isolation der Hausfrau aufheben, und sie sollten ein eigenes Zimmer für sie enthalten, um auch ihr eine räumliche Trennung von Arbeit und Erholung zu ermöglichen.¹⁴

Architektinnenwettbewerbe, die in den 1990er Jahren in Wien und mehreren Städten Deutschlands stattfanden, nahmen eine Fülle von Forderungen in ihre

12 Insgesamt umfasste ihr Tag elf Pflichtstunden für den Haushalt und vier Freizeitstunden, von denen nur 1,5 Stunden wirklich freizügig und losgelöst vom häuslichen Bereich genutzt werden konnten. C. Heidemann, K.-H. Stapf: Die Hausfrau in ihrer städtischen Umwelt. Braunschweig 1969, S. 41

13 Als „weibliche Normalbiographie“ wurde die den Frauen zugeordnete traditionelle Lebensweise einer Gattin, Hausfrau und Mutter bezeichnet, die im 19. Jahrhundert Leitbild im Bürgertum und in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg standardisiertes Lebensmodell in allen Schichten wurde. Vergl. Ulrike Prokop: Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt/Main 1976

14 Hinzu kam eine Fülle weiterer Forderungen, die bis ins Detail gingen. S. Kerstin Dörhöfer, Ulla Terlinden (Hg.): Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen. 2. erw. Auflage Köln 1987; Katharina Weresch: Wohnungsbau im Wandel der Wohnzivilisierung und Genderverhältnisse. Hamburg, München 2005

Ausschreibungen auf. Sie verfolgten aber vorrangig zwei Ziele, die sich an den eingangs genannten Kritikpunkten orientierten:

- zum einen die stärkere Beteiligung von Frauen am Prozess der Planung und Gestaltung der räumlichen Umwelt, weshalb zu diesen Wettbewerben nur Büros von Architektinnen eingeladen wurden und die frühzeitige Mitsprache späterer Bewohnerinnen eine häufige Auflage in den Ausschreibungstexten war,
- zum anderen die Anwendung der inhaltlichen Kriterien, die entwickelt worden waren, um einen „frauengerechten“ Wohnungs- und Städtebau zu erhalten – einen Wohnungs- und Städtebau also, der sich am Alltag von Frauen und nicht an männlicher Lebenswelt orientierte.

Als ein Beispiel für viele steht die „Frauen-Werk-Stadt“ in Wien, ein zwischen 1995 und 1998 entstandenes Areal mit 360 Wohnungen für rund 1.000 Bewohner und Bewohnerinnen sowie erforderlicher Infrastruktur (Geschäfte, Kommunikations- und Werkräume sowie Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Alte und Behinderte). Städtebaulich wurde eine funktionale und soziale Durchmischung angestrebt, die sich in einer differenzierten räumlichen Figur mit vielfältigen Außenräumen niederschlug. Die Wohnarchitektur hatte sich an verschiedenen Lebensphasen zu orientieren und sollte insbesondere die soziale Kommunikation fördern.¹⁵ Der Entwurf der Architektin Elsa Prochazka zeigte dafür mögliche Varianten. (Abb. 8)

Die Anpassung der Räume an sich wandelnde Lebensformen war das Ziel aller Architektinnenwettbewerbe.¹⁶ Die Grundrisse sahen deshalb gleich große Zimmer vor, die variabel genutzt und flexibel miteinander verbunden werden konnten. Zugleich sollte deutlich werden, dass Reproduktionsarbeit Raum braucht und alle erwachsenen Haushaltsmitglieder einbezogen werden sollten. Die „Frauengerechtigkeit“ der Wohnarchitektur war darum bemüht, das Leben von Hausfrauen zu erleichtern und größere Freiheiten der Nutzung gemäß verschiedener Lebensweisen und Lebensstationen zu gewährleisten. Die städtebaulichen Ensembles sowie die Ausstattung der Wohngebäude und die Grundrisse der Wohnungen spiegelten damit ein anderes Verständnis vom Verhältnis der Geschlechter, sie spiegelten den Wunsch nach Gleichberechtigung. Doch eine

15 Beteiligt waren die Büros von vier Architektinnen (Lieselotte Peretti, Gisela Podreka, Elsa Prochazka und Franziska Ullmann) und einer Landschaftsarchitektin (Maria Auböck). S. Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen der Magistratsdirektion Wien (Hg.): Frauen-Werk-Stadt, Wien 2001

16 Einen Überblick über alle Projekte liefert die Dokumentation von Anke Schröder / Barbara Zibell: Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich. Frankfurt am Main 2004

Abb 8: Grundriss- und Nutzungsalternativen von Elsa Prochazka für die „Frauen-Werk-Stadt“ in Wien, 1994



Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen der Magistratsdirektion Wien (Hg.): Frauen-Werk-Stadt, Wien 2001, S. 26-31

Befreiung aus den traditionellen Rollenzuschreibungen gewährleisteten sie nicht, denn

- erstens können Räume zwar menschliches Verhalten beeinflussen, lenken, beugen oder befreien, aber gesellschaftliche Strukturprinzipien wie die Geschlechterordnung können sie nicht verändern und
- zweitens blieben sie Reparaturen des Überkommenen, der Familie und dem gewohnten Wohnen verhaftet.

So nahm der Mainstream der Wohnarchitektur zwar einige der feministischen Forderungen in seine Programme auf – städtebaulich z. B. die Durchmischung und die „Stadt der kurzen Wege“, architektonisch die offenere und größere Küche sowie eine Annäherung der Zimmergrößen –, doch insgesamt blieb das Schema, das die Neue Wohnung der 1920er Jahre in die Welt gesetzt hatte, bis heute erhalten. Die Wohnarchitektur jüngster Projekte – seien es neue Vororte oder „Townhouses“ in den Innenstädten – ist konservativ und folgt im Zuschnitt und in der Anordnung der Räume meist dem hergebrachten Modell. Wenn Wohnarchitektur das Geschlechterverhältnis abbildet, wäre daraus zu schließen, dass es

sich nicht verändert hat. Doch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern sich schneller als die baulichen Strukturen, auch die, die erst erdacht, entworfen und gebaut werden und dann für einhundert Jahre stehen sollen. Sie sollen Hüllen für die sozialen Lebensformen bilden, die sich bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten stark gewandelt haben und sich in den nächsten vier Generationen dieser einhundert Jahre voraussichtlich weiter wandeln werden. Das ist eine große Herausforderung an Architektur und Städtebau, an jene, die heute bauliche Formen zementieren.

Als sich die feministische Kritik vor rund dreißig Jahren an den massierten Großsiedlungen und schematisierten Wohneinheiten entzündete, begannen sich jene „Normalbiographien“ aufzulösen, von denen die Planer und Architekten ausgegangen waren. Mit der Reform und Öffnung der Hochschulen Anfang der 1970er Jahre stieg die Zahl der Studentinnen sprunghaft. Die Akademikerinnen und andere qualifiziert ausgebildete junge Frauen drängten in den Beruf. Die weibliche Erwerbstätigkeit stieg. Fehlende Infrastruktureinrichtungen in den neuen Wohnsiedlungen zur Erleichterung der Kindererziehung und Hausarbeit, weite Wege zu Bildungs- und Arbeitsstätten, auch dort fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, mangelnde Unterstützung zu Hause durch (Ehe-)Männer und eine Wohnarchitektur, die Hausarbeit beengte und isolierte, erschwerte die Verbindung beider Tätigkeiten. Die Scheidungsrate stieg, die Geburtenrate sank. Die Kleinfamilie von Eltern und zwei Kindern bildete nicht mehr die Norm, die Lebensformen diversifizierten sich. Heute listet die Statistik zehn verschiedene Haushaltsformen auf, an deren Gesamtheit die Einpersonenhaushalte bereits einen höheren Anteil haben als die Haushalte von Ehepaaren mit Kindern – nicht zuletzt aufgrund der Zunahme alter Menschen. Dieser lange ignorierte demographische Wandel hat zu den heute groß diskutierten Zukunftsfragen geführt und die feministischen Forderungen nachträglich bestätigt. Städtebauliche Aspekte wie mehr und bessere Einrichtungen zur Kindererziehung, Wohnstätten für Alte, die die häusliche Pflegearbeit erleichtern, und Infrastrukturen zur leichteren Erledigung von Hausarbeit werden jetzt allgemein gefordert. Doch wie soll eine Wohnarchitektur aussehen, die dem Wandel der Gesellschaft und der Geschlechterverhältnisse gerecht wird?

Da die Reproduktionsarbeit im Privathaushalt durch die Verkleinerung der Haushalte und durch Auslagerungen in den Dienstleistungs- und Konsumbereich abgenommen hat, verliert der Hausarbeitsansatz der feministischen Kritik und „frauengerechten“ Wohnungsplanung mehr und mehr seine Basis. Wohnarchitektur muss, um nicht Räume zu bauen, die ein veraltetes Bild reproduzieren, komplexer gedacht werden. Die Überlegungen dazu beziehen sich auf drei Punkte:

1. die Diversifizierung der Haushaltsformen: Wohnarchitektur muß eine Variationsbreite von Wohnformen, die offen für verschiedene Lebensformen, Lebensstationen und Haushaltsgrößen sind, entwickeln. Das Spektrum reicht von der traditionellen Wohnung über die Hausgemeinschaft, das Loft, das Stift, das Heim bis zum Boardinghaus, zur Pension, zum Hotel und zu anderem, das sich noch herausbilden wird und dafür Fläche und Raum, aber keine fixierten Ordnungsmuster und Funktionsfestlegungen braucht. Alle Wohnformen sollten durchmischt und eng verknüpft sein, um soziale Kommunikation und einen flexiblen Wechsel zu ermöglichen. Sie sollten durchwoben sein durch Infrastruktureinrichtungen aller Art, auch Arbeitsstätten und Dienstleistungseinrichtungen.

2. die gewachsene Erwerbstätigkeit von Frauen: Zunehmend wird Arbeit für Ausbildung und Beruf im Wohnbereich erledigt, weil neue Kommunikationsmedien und technische Einrichtungen eine gewisse Ortsunabhängigkeit geschaffen haben. Da viele Frauen im Dienstleistungssektor tätig und einige der Tätigkeiten aus ihren traditionellen Aufgaben hervorgegangen sind, ist auch ihr Arbeitsplatz oft die eigene Wohnung (Tagesmutter, Therapie, Krankengymnastik u. ä.).

Außerdem hat das Regenerationsbedürfnis und damit die Wohnung als Ruhe und Rückzugsraum durch wachsenden Berufsstress an Bedeutung gewonnen. Die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen erfordert es, dass sie einen häuslichen Rückzugsbereich erhalten. Ist das die Single-Wohnung, dann bedarf es der räumlichen Planung von Kommunikationsmöglichkeiten, um Vereinsamung zu entgehen. In Wohnungen für Mehr-Personen-Haushalte bedarf es eines Raumes für jedes Haushaltsmitglied, der störungsfrei ist. Welche Haushaltsform auch gewählt wird, die Forderung der feministischen Kritik nach einem „Zimmer für sich allein“¹⁷ bleibt bestehen.

3. die ungelöste Frage der Erledigung von Hausarbeit, die nicht in Dienstleistungen umgewandelt werden kann: In großen Haushalten stellt sich nach wie vor die Frage, wie eine räumliche Organisation beschaffen sein muss, um alle Haushaltsmitglieder in die Verantwortung zu nehmen. Für kleine Haushalte werden gemeinschaftliche Versorgungseinrichtungen im Gebäude oder Wohnkomplex in die Überlegungen zur Wohnarchitektur eingefügt werden müssen. Sie könnten auch den Kindern, Jugendlichen oder Pflegepersonen großer Haushalte dienen.

17 Diese Formulierung ist eine Metapher, die auf Virginia Woolf zurückgeht und weit mehr als nur die Verfügung über einen eigenen Raum meint. Ihr Text „A Room of One's Own“ erschien erstmalig 1928 in London. Virginia Woolf: Ein Zimmer für sich allein. Frankfurt am Main 1981

Für alle drei Punkte gilt, dass die Wohnarchitektur keine starren Festlegungen mehr macht, sondern offener, kommunikativer und vernetzter wird. Sie bezieht die gesamte Stadtstruktur ein, das städtische Umfeld und die Infrastruktur. Sie ist eine komplexe Planungsaufgabe, die Wohnen nicht auf das individuelle Heim beschränkt, sondern den Wohnort, den städtischen Raum, als Teil des Wohnens begreift. Sie sieht Service- und Dienstleistungsbereiche vor und beschränkt sich nicht auf Wohnungsgebäude und Wohnung. Wohnarchitektur ist Städtebau, weil das Verhältnis der Geschlechter sich nicht mehr auf die Polarität von privatem und öffentlichem Raum bezieht, sondern auf alle städtischen Bereiche.

Doch wie die Wohnarchitektur für die gewandelten – und zunehmend multikulturellen – Lebensweisen und die nächsten einhundert Jahre konkret gestaltet sein soll, dafür ist noch manches Experiment, viel Phantasie und Kreativität erforderlich. Sie zu entfalten, sind alle aufgefordert.

Literaturverzeichnis

Arch+ 176/177: Wohnen – wer mit wem, wo, wie, warum. Zeitschrift für Architektur und Städtebau. Mai 2006

Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla (Hg.): Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen. 2. erw. Auflage Köln 1987

Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla: Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel, Boston, Berlin 1998

Dörhöfer, Kerstin: Pionierinnen in der Architektur. Eine Baugeschichte der Moderne. Tübingen 2004

Frauen in der Architektur -: Frauenarchitektur? Bauwelt 31/32 1979

Löw, Martina / Mathes, Bettina (Hg.): Schlüsselwerke der Geschlechterforschung. Wiesbaden 2005

Schröder, Anke / Zibell, Barbara: Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich. Frankfurt am Main 2004

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Frauen Räume Architektur Umwelt. Beiträge 4 zur feministischen Theorie und Praxis. München 1980

Terlinden, Ulla: *Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Ein feministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung.* Stuttgart 1990

Terlinden, Ulla / von Oertzen, Susanna: *Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Frauenbewegung und Wohnreform 1870-1933.* Berlin 2006

Warhaftig, Myra: *Emanzipationshindernis Wohnung.* Köln 1985.

Weresch, Katharina: *Wohnungsbau im Wandel der Wohnzivilisierung und Genderverhältnisse.* Hamburg, München 2005

Ruth Becker

Frauenwohnprojekte eine Alternative für das Wohnen in Zeiten demografischen Wandels?

1. Bedeutung der Alterung der Gesellschaft für die Entwicklung neuer Wohnkonzepte

Der demografische Wandel hat vielfältige Konsequenzen – auch für das Wohnen und den Wohnbedarf – und zwar in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Denn je höher der Anteil älterer und alter Menschen, auf desto mehr Haushalte verteilt sich die Bevölkerung, weil in unserer Gesellschaft die Älteren ganz überwiegend in eigenen Haushalten leben. Eine Alterung der Bevölkerung bedeutet also, dass bei gegebener Bevölkerungszahl mehr Wohnungen gebraucht werden und dass zugleich die Gesamtwohnfläche steigt, weil Menschen in kleineren Haushalten in aller Regel pro Person mehr Wohnfläche beanspruchen als Menschen, die in größeren Haushalten zusammenleben. Selbst ein Schrumpfen der Bevölkerung bedeutet deshalb noch nicht notwendigerweise einen Rückgang der Wohnungsnachfrage. Das wird in Diskussionen über den zukünftigen Wohnbedarf häufig vergessen, wenn so getan wird, als ob das quantitative Wohnungsproblem angesichts des erwarteten Bevölkerungsrückgangs bereits gelöst sei¹. Neben

1 Zudem sind Bevölkerungsprognosen weit weniger zuverlässig als die Bevölkerungsstatistiker bzw. die Politik uns glauben machen wollen. Von sieben zwischen 1951 und 1992 erstellten Bevölkerungsprognosen haben fünf die Bevölkerungsentwicklung zu niedrig eingeschätzt, und zwar zum Teil in ganz erheblichem Maß. Nur zwei Prognosen lagen über der tatsächlichen Entwicklung. Der schwierigste Punkt ist die Prognose der Nettozuwanderung, die in der Vergangenheit meist höher war als prognostiziert.

diesem quantitativen Aspekt führt die Alterung der Bevölkerung auch zu veränderten Qualitätsansprüchen an die Wohnung: Von der Wohnungswirtschaft und -politik gesehen werden dabei vor allem zwei Aspekte, nämlich die mit dem Alter häufig verbundenen Mobilitätseinschränkungen sowie der bei abnehmender Leistungsfähigkeit entstehende hauswirtschaftliche und pflegerische Hilfebedarf. Für das Wohnen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sind Konzepte der barrierefreien Wohnungs- und Wohnumfeldgestaltung entwickelt und in entsprechende Normen gefasst worden², für letzteres hat die Wohnungswirtschaft inzwischen unter den Bezeichnungen „Service-Wohnen“, „Wohnen plus“ oder „betreutes Wohnen“ unterschiedliche Wohnungsangebote entwickelt, bei denen zusätzlich zur Wohnung mehr oder weniger umfangreiche Dienstleistungen (vom Hausmeisterservice über Hauswirtschaftshilfen bis zu ambulanten Pflegeleistungen) oder zumindest die Option auf solche Leistungen geboten werden. Bei aller Unterschiedlichkeit haben diese Angebote eines gemeinsam: Sie sind Antworten auf den weit verbreiteten Wunsch, auch im hohen Alter möglichst lange in der eigenen Wohnung verbleiben zu können und einen Umzug in ein Alters- oder Pflegeheim möglichst lange hinaus zu zögern oder ganz zu vermeiden.

Allerdings: Solche Angebote sind nicht billig – und auch nicht ohne Risiko. Angeboten werden die Wohnungen vor allem Menschen, die zum Zeitpunkt des Einzugs noch wenig Unterstützung brauchen, aber eine Option auf diese Unterstützung erwerben. Ob diese Unterstützungen dann zu bezahlbaren Preisen tatsächlich verfügbar sind, wenn die BewohnerInnen „in die Jahre gekommen sind“ und diese Unterstützungsleistungen mehrheitlich nachfragen, darüber gibt es bisher wenig Erfahrungen. Zu befürchten ist, dass die Konzepte so lange funktionieren, wie nur ein kleiner Teil der BewohnerInnen in größerem Maße Unterstützung braucht und die anderen MitbewohnerInnen für die bloße Option auf die Serviceleistungen zusätzlich zur Miete einen – in der Regel nicht unerheblichen – monatlichen Beitrag leisten³. Dieser Beitrag wird, genauso wie die Kosten von in Anspruch genommenen Serviceleistungen im hauswirtschaftlichen Bereich, in aller Regel weder von den Krankenkassen noch von der Pflegeversicherung übernommen, muss also von den BewohnerInnen zusätzlich zur

2 Siehe DIN 18030 „barrierefreies Bauen“. Auf die Regelungen dieser DIN wird im Sozialen Wohnungsbau, insbesondere bei „Altenwohnungen“ Bezug genommen.

3 In der Regel muss für das Service-Wohnen zusätzlich zur Miete ein Grundbetrag bezahlt werden, der je nach den darin enthaltenen Leistungen sehr weit streut. Beträge bis zu 100 € oder mehr pro Monat sind dabei durchaus möglich. Das dann enthaltene Angebot reicht von der mehrer Stunden am Tag erreichbaren AnsprechpartnerIn über die Organisation von Unterstützungsleistungen (die jedoch in aller Regel zusätzlich bezahlt werden müssen) bis zur Organisation von Freizeitangeboten. Allerdings kennen, wie Winfried Saup zeigte, die BewohnerInnen teilweise das in der Grundpauschale enthaltene Leistungsangebot nicht genau und über- oder unterschätzen es (zusätzlich kostenpflichtige Leistungen werden als in der Pauschale enthalten angenommen oder enthaltene Leistungen werden als zusätzlich kostenpflichtig angenommen) (Saup 2001: 98ff).

Miete finanziert werden. Hinzu kommt, dass das „Wohnen plus“ meist im Neubau mit entsprechend hohen Mieten realisiert wird.

Das Service-Wohnen ist also vor allem für diejenigen unter den Älteren attraktiv, die einerseits mit ausreichender Zahlungsfähigkeit ausgestattet sind und andererseits nicht erwarten (können), im Falle der Unterstützungs- und Pflegebedürftigkeit von Angehörigen unterstützt und/oder gepflegt zu werden⁴. Diese beiden Bedingungen fallen allerdings nur bei einem Teil der älteren Bevölkerung zusammen, was vermutlich eine der Ursachen für die teilweise hinter den Erwartungen der Investoren zurückbleibende Nachfrage nach solchen Angeboten ist. Denn häufig ist gerade bei denjenigen, deren Aussichten auf eine familiäre Unterstützung gering sind, die Zahlungsfähigkeit deutlich geringer als bei denjenigen älteren Menschen, die begründete Hoffnung haben können, im Alter im familiären Umfeld Unterstützung zu finden.

Die Gründe hierfür werden deutlich, wenn wir die Lebensverhältnisse älterer Menschen geschlechtsdifferenziert betrachten.

2 Die Wohnsituation von Frauen und Männern unterscheidet sich erheblich – vor allem im Alter

Männer haben auf Grund ihrer höheren Einkommen und ihrer höheren Zahl von Beitragsjahren im Durchschnitt eine deutlich höhere Altersrente als Frauen. Diese bleibt ihnen auch nach einer Verwitwung in voller Höhe erhalten, während Frauen, die auf die Altersrente ihres Mannes angewiesen sind, nach dem Tod des Ehemanns nur eine um 40 % gekürzte Witwenrente zugestanden wird – und auch das ist manchen Rentenpolitikern, wie die jüngsten Diskussionen zeigen, noch zu viel, so dass sich die Einkommenssituation von Witwen in Zukunft möglicherweise noch verschlechtern wird. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit, im Alter durch den Partner/die Partnerin unterstützt zu werden, bei Frauen deutlich geringer als bei Männern: Während die überwiegende Mehrzahl der Männer ihren Lebensabend mit einer Partnerin verbringt, erleben verheiratete Frauen in der BRD im Durchschnitt eine knapp 10-jährige Witwenschaft, die sie zu einem großen Teil im eigenen Haushalt verbringen⁵. Entsprechend unterschiedlich sind die Konsequenzen einer eventuellen Pflegebedürftigkeit: Während pflege-

4 Im Jahr 2003 wurde in der Bundesrepublik Deutschland knapp die Hälfte aller 2,1 Millionen Pflegebedürftigen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) ausschließlich von Angehörigen zu Hause gepflegt, bei weiteren 22 % übernahmen ambulante Pflegedienste die Versorgung ganz oder teilweise und nur 31 % lebten in stationären Pflegeeinrichtungen.

5 Frauen werden im Durchschnitt etwa sechs Jahre älter als Männer und heiraten im Durchschnitt einen drei bis vier Jahre älteren Mann.

bedürftige Männer häufig von ihren Partnerinnen gepflegt werden, sind Frauen im Pflegefall als die „Überlebenden“ der Ehe auf die Unterstützung ihrer Kinder oder auf professionelle Hilfe angewiesen. Das belegen sehr deutlich die Statistiken sowohl über die Wohnformen der älteren Bevölkerung als auch über die Belegung der Alten- und Pflegeheime⁶, wobei die letztgenannte Alternative vor allem für Frauen meist mit einer Abhängigkeit von Sozialhilfe verbunden ist.

Obwohl das Angebot, durch zusätzliche wohnungsbezogene Dienstleistungen die Lücke zwischen dem eigenständigen Wohnen und dem Leben mit Rundum-Versorgung im Alters- oder Pflegeheim zu schließen, auf den ersten Blick eine überzeugende Antwort auf die mit der Alterung der Bevölkerung verbundene veränderte Anforderung an das Wohnen zu sein scheint, stößt es auf Grund der in unserer Gesellschaft bestehenden Geschlechterdifferenz und -hierarchie an seine Grenze: Diejenigen, für die die Kosten des „Wohnen plus“ am ehesten tragbar sind – und das sind eher die Männer – haben daran auf Grund familiärer Alternativen (Unterstützung durch die meist etwas jüngere Partnerin) ein geringeres Interesse, während es für verwitwete Frauen zwar eher notwendig, aber weniger finanzierbar ist. Tatsächlich ist der von sehr vielen „überlebenden“ Frauen gewählte Verbleib in der ehemaligen Familienwohnung „so lange es irgend geht“ auf Grund der Besonderheiten des Wohnungsmarktes und der mietrechtlichen Regulierungen oft die preisgünstigste Lösung⁷, auch wenn dies von Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik zumindest in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sehr kritisch gesehen wird⁸. Die

6 Wegen des höheren Anteils Hochaltriger sind insgesamt wesentlich mehr Frauen als Männer pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Ihr Anteil an allen Pflegebedürftigen beträgt 68%, doch sind unter den allein durch Angehörige Gepflegten nur 60% Frauen, während die Heimsassen zu 78% Frauen sind. D.h.: Die Chance, bei Pflegebedürftigkeit von Angehörigen gepflegt zu werden, liegt bei Männern bei 58 % und bei Frauen bei nur 41%, also um rund ein Drittel niedriger. Andererseits verbringen pflegebedürftige Frauen mit einer um zwei Drittel höheren Wahrscheinlichkeit ihr Lebensende im Heim (siehe Statistisches Bundesamt 2005, Tabelle 1).

7 Bei bestehenden Mietverträgen kann die Miete zwar bis zur sog. Vergleichsmiete angehoben werden, dieser Spielraum wird jedoch bei langjährigen MieterInnen oft nicht vollständig ausgenutzt, während bei Neuvermietung auch eine (bis 20%) über der Vergleichsmiete liegende Vergleichsmiete verlangt werden kann. Außerdem werden Modernisierungsmaßnahmen oft erst bei Mieterwechsel durchgeführt. Zum dritten haben kleine Wohnungen eine höhere Quadratmetermiete als größere Wohnungen. Und zum vierten ist es ab einem bestimmten Alter nicht ganz einfach, eine Wohnung zu bekommen, da Vermieter befürchten, in ihren Rechten eingeschränkt zu werden, da alte Menschen unter Umständen Härtefallregelungen in Anspruch nehmen können (zum Beispiel bei der Duldung von Modernisierungsmaßnahmen). Die Kombination dieser Faktoren führt dazu, dass das Verbleiben in einer (großen) Familienwohnung auch nach Auszug der Kinder unter Umständen kostengünstiger ist als das Anmieten einer kleineren Wohnung, vor allem, wenn die Familienwohnung nicht oder wenig modernisiert ist.

8 Der Verweis auf die verwitweten Frauen in den „viel zu großen“ Familienwohnungen war vor allem in Zeiten allgemeiner Wohnungsknappheit ein beliebter Topos sowohl der Medien als auch der Wohnungswirtschaft, die seit Jahren versucht, durch „Umzugsmanagement“ diesem „Problem“ Herr zu werden – in völliger Ignoranz der Tatsache, dass das Verbleiben in der Familienwohnung oft nur ein später Ausgleich für ein Leben in der Enge ist, das vor allem Frauen keinen eigenen Raum gelassen hat – im unmittelbaren Sinn des Wortes (Becker 1992).

Frage ist allerdings, ob es jenseits der von der Wohnungswirtschaft entwickelten Modelle des „Wohnen plus“ und den traditionellen Formen der Altenwohnung bzw. der Alten- und Pflegeheime andere Alternativen zu diesem Verbleib in der ehemaligen Familienwohnung geben kann, also Wohnformen, die die Wohnbedürfnisse älterer und alter Frauen einbeziehen, die aber von Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft bisher höchstens in Ansätzen gesehen werden.

3 Wohnformen jenseits heterosexueller Paarkonstellationen

Neben dem wachsenden Anteil „nachfamiliärer“ Haushalte von Frauen auf Grund der Alterung der Bevölkerung trägt noch ein zweiter Aspekt des demografischen Wandels zu einer wachsenden Nachfrage von Frauen nach eigenständigem Wohnen bei. Die Rede ist vom veränderten Heirats- und Scheidungsverhalten, das nicht nur zu einer Zunahme unverheiratet zusammenlebender Paare, sondern auch zu einer wachsenden Zahl von zumindest zeitweilig ohne (männlichen) Partner lebenden Frauen geführt hat. Die Zunahmen der „women headed households“, also der Haushalte, die von einer Frau ohne männlichen Partner geführt werden, ist ein Phänomen, das von den Bevölkerungsstatistikern und Entwicklungspolitikern weltweit registriert und teilweise mit Sorge beobachtet wird (Becker 2003, 2002, United Nations 1995, United Nations 1996). Auch wenn der Anteil der von Frauen geführten Haushalte in den einzelnen Ländern und Weltregionen, aber auch innerhalb der Länder zwischen Stadt und Land, sowie zwischen den einzelnen Schichten erheblich schwankt⁹, dürfte doch die Schlussfolgerung, die die Wissenschaftlerin Sylvia Chant auf Grund ihrer Studien in Mexiko, Costa Rica und Philippinen sowie nach Auswertung der vorliegenden Literatur gezogen hat, grosso modo weithin Gültigkeit haben (Chant 1997). Frauen ziehen es vor, so Chant, einen Haushalt ohne männlichen Partner zu führen, wenn sie es sich ökonomisch leisten und den sozialen Druck aushalten oder sich diesem entziehen können und wenn sie darüber hinaus feststellen (müssen), dass der aus dem Zusammenleben mit einem männlichen Partner zu erzielende finanzielle und/oder immaterielle Gewinn geringer ist als die Vorteile des Alleinlebens oder eines Zusammenlebens mit anderen Frauen und/oder Kindern. Die Gründung eines unabhängigen Haushalts ist, so Silvia Chant auf Grund ihrer empirischen Studien, „eine Antwort auf männliche Verhaltensweisen“, die zwar nicht neu sind, aber auf Grund der – offenbar nicht nur in den Industrieländern gewachsenen – Möglichkeiten eigener Existenzsicherung,

⁹ Nach einer Statistik der Vereinten Nationen schwankt der Anteil von Frauenhaushalten in den Weltregionen 1995 zwischen 42% in Afrika südlich der Sahara 42% und 9% in Südasien (United Nations 2000).

Frauen anders als früher reagieren lassen. Eine Rolle spielt möglicherweise auch, dass Männer immer häufiger ihrer „Ernährerrolle“ nicht mehr nachkommen können oder wollen.

Die Studien von Sylvia Chant beziehen sich zwar auf Entwicklungs- bzw. Schwellenländer, doch scheinen auch in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr Frauen zu dem Schluss zu kommen, dass die Führung eines eigenständigen Haushalts ohne (männlichen) Partner der traditionellen Partnerschaft, in der Tisch und Bett geteilt werden, vorzuziehen sei – ohne damit notwendigerweise ihre heterosexuelle Orientierung in Frage zu stellen. Indizien hierfür sind sowohl die zunehmende Zahl von Ehescheidungen, die mehrheitlich von Frauen beantragt werden, als auch der (im Vergleich zu Männern) geringere Anteil geschiedener Frauen, die wieder eine Ehe eingehen sowie die steigende Zahl allein erziehender Frauen. Im Ergebnis leben gut 30 % aller erwachsenen Frauen in einem eigenen Haushalt ohne männlichen Partner. Dagegen leben nur knapp 23 % aller erwachsenen Männer in Haushalten ohne weibliche Partnerin (errechnet aus Statistisches Bundesamt 2006).

Qualitative Studien belegen, dass dies weniger mit fehlenden Chancen für eine (heterosexuelle) Lebenspartnerschaft als mit dem Bedürfnis nach Eigenständigkeit zu tun hat, die angesichts der herrschenden Geschlechterverhältnisse offenbar in der klassisch organisierten Partnerschaft nicht erfüllt werden können. So kommt die Soziologin Martina Löw auf Grund ihrer qualitativen Studie über die Motivation alleinwohnender Frauen mittleren Alters zu dem Schluss, dass diese Lebensform, auch wenn sie sich zunächst „zufällig“ ergeben haben mag, eine individuelle Antwort auf die nicht (mehr) akzeptierte, gesellschaftlich verankerte Geschlechterhierarchie ist (Löw 1994). Die Gründung eines eigenen Hausstands, so Dorothea Krüger in ihrer Studie über geschiedene Frauen, bedeutet nicht, dass sie einer erneuten (heterosexuellen) Beziehung grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen, wohl aber, dass sie diese mehrheitlich in getrennten Haushalten realisieren wollen (Krüger 1990)¹⁰.

Allerdings zahlen Frauen (und ihre Kinder) für das Leben ohne männlichen Partner vielfach einen hohen Preis. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung galten im Jahr 2003 mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden

10 In dieses Bild gravierender Partnerschaftsprobleme passt eine Zeitungsmeldung, der sicherlich keine abgesicherte Repräsentativität zugebilligt werden kann, die aber gleichwohl eine Entwicklung andeutet: Die Frankfurter Rundschau berichtet über eine steigende Nachfrage nach Samenspendern durch Frauen, die ein Kind ohne Partner aufziehen wollen. Belegt wurde der Bericht mit Hinweis auf einschlägige Internetforen sowie entsprechende Angebote aus den Niederlanden, die zunehmend von Frauen aus Deutschland genutzt werden. (Hildebrandt 2006). Hier scheint sich eine Entwicklung zu vollziehen, die in einigen Weltregionen schon weit fortgeschritten ist: Das Alleinerziehen ist nicht ein (ungewolltes) Ergebnis einer gescheiterten Beziehung, sondern eine bewusst gewählte Form des Lebens mit Kindern.

nach der Definition der OECD als arm – während dies „nur“ für 11 % der Familienhaushalte mit zwei Erwachsenen zutrif. In den Sozialhilfestatistiken haben Alleinerziehende mit mehr als einem Kind seit vielen Jahren die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen. Einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge lebten 2002 knapp die Hälfte aller Kinder von Alleinerziehenden in Armut, gegenüber rund 20% der in „vollständigen“ Familien aufwachsenden Kinder. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Benachteiligung von „Frauhaushalten“ (einschließlich der Haushalte von alleinlebenden Frauen) in den Industriestaaten besonders gravierend ist. Zwar ist der Anteil von unter der Armutsgrenze lebenden Frauhaushalten in den sog. Entwicklungsländern in der Regel höher als in den Industriestaaten, aber der Abstand zwischen der Armutsquote von „Frauhaushalten“ und Haushalten mit einem männlichen „Haushaltsvorstand“ ist in den Industriestaaten besonders groß¹¹.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für unzureichend, wenn die Zunahme der Einpersonenhaushalte und der Alleinerziehenden nur als Ausdruck einer zunehmenden Individualisierung interpretiert wird, wie dies in der soziologischen und wohnungswirtschaftlichen Literatur überwiegend der Fall ist. Die Entwicklung scheint mir vielmehr im Bereich des Wohnens eine Veränderung des räumlichen Geschlechterarrangements anzudeuten, dem Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik bisher nur sehr unzureichend Rechnung tragen (Becker 2004). Denn die Aufkündigung des Wohnens in einer heterosexuellen Partnerschaft bedeutet nicht notwendigerweise den Verzicht auf das Bedürfnis nach Formen der Vergemeinschaftung im Wohnbereich. Ein solches Bedürfnis scheint auch bei Frauen weiterhin zu bestehen, nur wird dieses nicht mehr nur in den bekannten Formen des kleinfamilialen Wohnens realisiert. Zu beobachten ist vielmehr die Entwicklung von Wohnalternativen jenseits des Familien- oder des isolierten Wohnens in Einpersonenhaushalten, aber auch jenseits der immer noch weitgehend auf jüngere (studentische) Haushalte beschränkten „klassischen“ Wohngemeinschaft: Seit mehr als 20 Jahren entstand in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Wohnprojekten, in denen Menschen in getrennten Wohnungen, aber mit dem Anspruch auf eine über das Zusammenleben in „normalen“ Wohnanlagen oder Einfamilienhausgebieten hinausgehende Gemeinschaftlichkeit leben. Die ganz überwiegende Zahl dieser Projekte ist, so das Ergebnis einer

11 Nach den Zahlen der Vereinten Nationen waren 1999 in Afrika 36,9% der von Männern und 45,8% der von Frauen geführten Haushalte arm. In den Industriestaaten waren es dagegen 10,6% zu 25,3%. In den Industriestaaten ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein von einer Frau ohne männlichen Partner geführter Haushalt arm ist, 2,5 mal so hoch als bei einem von einem Mann geleiteten Haushalt. (United Nations 1999). Das bedeutet allerdings nicht notwendigerweise, darauf machen feministische Ökonominen aufmerksam, dass es den Frauen mit männlichem Partner ökonomisch besser geht, wenn das Haushaltseinkommen höher ist. Denn es ist keineswegs selbstverständlich, dass ein höheres Haushaltseinkommen allen Haushaltsmitgliedern zu Gute kommt (Kuiper 2004).

Untersuchung von Joachim Brech aus dem Jahr 1999, familienorientiert¹², teilweise aber auch auf das Zusammenleben von älteren Menschen oder von „jung und alt“ gerichtet (Brech 1999). Ich möchte mich hier jedoch auf einen Projekttyp konzentrieren, der im Kontext der Frauenbewegung entwickelt wurde und sich ausschließlich an Frauen richtet.

4 Die Wiederentdeckung der Beginenhöfe

Bereits in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die mittelalterlichen Beginen – religiöse Gemeinschaften unverheirateter oder verwitweter Frauen, die in Wohnanlagen zusammen lebten, arbeiteten und beteten – von der zweiten Frauenbewegung als frühe Vorbilder eines selbstbestimmten, von männlicher Vorherrschaft unabhängigen Frauenlebens „entdeckt“. Hervorgehoben wurde vor allem die eigenständige Lebens- und Wirtschaftsweise und das Leben in einer Frauengemeinschaft, während die religiösen Aspekte weitgehend ausgeblendet blieben¹³. Für die in den 1970er Jahren entstehenden ersten Frauenwohnprojekte der zweiten Frauenbewegung (Becker 2002b) spielte die Bezugnahme auf die Tradition der Beginen noch keine Rolle, obwohl auch bei diesen Projekten das Leben in einer Frauengemeinschaft und das gemeinsame Wirtschaften Thema war (wenn auch nur in Ansätzen umgesetzt). Erst in den 1980er Jahren entstanden einige Frauengruppen, die bei der Entwicklung ihrer Konzepte für Frauenwohnprojekte explizit an die Tradition der Beginen anknüpften. Das meines Wissens erste Projekt dieser Art in der BRD war das Projekt „Beginenhof“ in Mühlheim an der Ruhr, das allerdings 1999 nach 10-jährigem vergeblichem Bemühen erfolglos aufgegeben wurde. 1992 gründeten Aktivistinnen der zweiten Frauenbewegung in Berlin den Verein BeginenWerk e.V. und entwickelten ein Konzept für eine Stiftung, deren Zweck die Errichtung und das Betreiben von neuen Beginenhöfen sein sollte. Die Stiftung steht seit vielen Jahren vor der Gründung, ein erstes Frauenwohnprojekt mit 58 Wohnungen ist derzeit in Berlin-Kreuzberg im Bau und soll im Sommer 2007 (also 15 Jahre nach Gründung des Vereins BeginenWerk) bezugsfertig sein. Breite Beachtung auch außerhalb des engen Zirkels von feministischen Aktivistinnen, Planerinnen und Architektinnen fand jedoch erst der Beginenhof in Bremen, der 2001 nach nur 4-jähriger Vorbereitungs- und Bauzeit fertiggestellt wurde. Geplant und gebaut von einer neu gegründeten Frauen-Wohnungsbaugenossenschaft, bietet der

12 Bereits 1992 hat jedoch Ulrike Schneider nachgewiesen, dass auch bei diesen familienorientierten Projekten Frauen die treibenden Kräfte sind (Schneider 1992).

13 Tatsächlich unterschieden sich die Beginenhöfe grundlegend von den gleichzeitig existierenden Nonnenklöstern, da die Beginen keine Gelübde ablegten und die Gemeinschaft jederzeit verlassen konnten. Die Beginen waren also kein Orden, doch nahmen religiöse Praktiken eine zentrale Rolle im Leben der Beginen ein.

Bremer Beginenhof, gruppiert um einen Innenhof 85 Wohnungen plus 2 000 qm gewerbliche Flächen sowie gemeinschaftliche Räume für die Bewohnerinnen – also ideale Voraussetzungen um einer Gemeinschaft von Frauen Raum für Wohnen und Wirtschaften zu geben – ganz wie die großen Beginenhöfe in Flandern und anderswo¹⁴. Durch die Umsetzung der Projektidee im Rahmen einer Wohnungsbaugenossenschaft der Bewohnerinnen und die Kombination von Miet- und Eigentumswohnungen war auch der bei allen Beginenprojekten betonte Solidargedanke zunächst in vorbildhafter Weise gelöst. Vielfach hoch gelobt und ausgezeichnet¹⁵, ist das Projekt gleichzeitig ein Beispiel für die enormen Schwierigkeiten und Hürden, die bei der Realisierung eines Frauenwohnprojekts überwunden werden müssen – und manchmal nicht überwunden werden können. Denn die Genossenschaft ist auf Grund des Ausbleibens von Zuschüssen des Bremer Senats, die nach dem Verständnis der Projektinitiatorinnen fest zugesagt waren, in finanzielle Schwierigkeiten geraten und musste liquidiert werden¹⁶. Doch trotzdem ist der Bremer Beginenhof für eine Vielzahl von Frauen und Frauengruppen zu einem Vorbild für ihre eigenen Projektideen geworden. Bei nicht wenigen der in der Zwischenzeit entstandenen Beginenhofprojekte war ein Besuch in Bremen der Auslöser für die Initiierung des eigenen Projekts; auch wenn die Ideen für diese Projekte, die Bedürfnisse und die dahinter stehenden Zielvorstellungen in den meisten Fällen schon vor dem Besuch in Bremen vorhanden waren. Denn sie sind Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen, in denen tradierte Lebens- und Wohnformen zunehmend obsolet geworden sind.

5 Die Grundideen der Frauenwohnprojekte

Frauenwohnprojekte sind der Versuch, der umfassenden heterosexuellen bzw. heterosozialen Orientierung unserer Gesellschaft, die das heterosexuelle Paar zur „normalen“ Form der Vergemeinschaftung macht, eine Alternative entgegen zu setzen, eine Form der Vergemeinschaftung jenseits der Paarorientierung und außerhalb der heterosexuellen Norm. Wohlgermerkt, die neueren Frauenwohn-

14 Einige dieser Beginenhöfe sind restauriert und wieder bewohnt, auch wenn sie nicht mehr als Beginenhöfe fungieren.

15 Vorbildhaft galt das Projekt im Jahr 2001 auch den Juroren des Preises „Habitat Scroll of Honor“ der UNCHS (United Nations Center of Human Settlements) sowie der Agenda 21 in Bremen, die dem Projekt einen ersten Preis verlieh. Das Projekt war zudem externes Projekt der Expo 2000 in Hannover

16 Das Sagen hat jetzt die Hauptgläubigerin, die Bremer Sparkasse, die teilweise recht hohen Genossenschaftseinlagen der Bewohnerinnen sind verloren. Die Gemeinschaftsflächen mussten weitgehend aufgegeben werden, eine Reihe von Wohnungen stehen leer, weil die Hauptgläubigerin sie nicht mehr vermietet, um sie günstiger verkaufen zu können. Noch wird nur an Frauen verkauft – aber eine der Erwerberinnen hat die Wohnung jetzt ihrem (erwachsenen) Sohn überlassen. Nach dem bisherigen Konzept des Bremer Beginenhofs waren Männer zwar als Besucher, nicht aber als Mieter oder Eigentümer akzeptiert.

projekte sind von ihrem Selbstverständnis her keine lesbischen Gemeinschaften¹⁷, auch wenn lesbische Frauen vermutlich in allen Projekten beteiligt sind. Sondern es geht den beteiligten Frauen, so ist aus den vorliegenden Selbstdarstellungen und Positionspapieren zu schließen, um eine Form des gleichberechtigten, solidarischen Zusammenlebens, die in einer geschlechterhierarchischen Gesellschaft in heterosexuellen Paarbeziehungen offensichtlich nur schwer zu verwirklichen ist. Im Zentrum der Projektidee steht dabei das, was die Schwerter Beginen als Motto für ihren Förderverein gewählt haben: „gemeinschaftlich leben, eigenständig wohnen“. Gesucht wird ein ausgewogenes Verhältnis von Gemeinschaftlichkeit und Privatheit, also Wohnbedingungen, die gemeinsame Aktivitäten und gegenseitige Unterstützung möglich machen, aber ebenso Rückzugsmöglichkeiten bieten. Wohnungen für Wohngemeinschaften sind in den neueren Frauenwohnprojekten eher die Ausnahme. In aller Regel überwiegen in den Projekten die Ein-Personen-Wohnungen, größere Wohnungen sind für Alleinerziehende gedacht.

Zumindest in ihren Zielsetzungen streben die Projekte eine Offenheit gegenüber allen Frauen¹⁸ an: Alte und Junge, Einheimische und Migrantinnen, Frauen mit und ohne Kinder, Frauen in unterschiedlichen Einkommens- und Lebenssituationen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten, unterschiedlicher sexueller Orientierung. Insbesondere soll ein geringes Einkommen kein Hindernis sein, ebenso wenig wie eine Behinderung bzw. „Andersbefähigung“. Wichtig ist vielen Projekten darüber hinaus eine Integration in die Nachbarschaft. Teilweise werden hierzu Einrichtungen des Projekts für die Nachbarschaft geöffnet¹⁹.

5.1 Die baulichen Konzepte

Auch wenn es keine bauliche Grundform für Frauenwohnprojekte gibt, so sind doch einige bauliche Elemente fast immer anzutreffen. Da gibt es zunächst den oder die Gemeinschaftsräume für Veranstaltungen und Feste, eventuell kombiniert mit einer Gästewohnung oder zumindest einer Übernachtungsmöglichkeit für Besucherinnen. Soweit baulich möglich, werden auch die Verkehrsflächen so ausgebildet, dass sie Kommunikationsmöglichkeiten bieten (z.B. Laubengänge, gegliederter Baukörper, der einen offenen oder geschlossenen Innenhof bildet). Angestrebt wird meist auch eine Integration gewerblicher Räume für freiberuflich tätige Frauen oder für Frauenprojekte, was aber

17 Darin unterscheiden sie sich von den ersten Frauenwohnprojekten der zweiten Frauenbewegung.

18 Die häufig gestellte Frage: „Wie haltet ihr es mit den Männern“ wird von den Projekten unterschiedlich beantwortet. Am häufigsten ist die Regelung „Männer sind als Gäste akzeptiert bzw. willkommen, können jedoch nicht einziehen (keinen Mietvertrag bekommen).“

19 So z.B. der neben dem Gebäude liegende Garten des Beginenhofs in Dortmund.

bisher eher in kleinerem Maßstab gelungen ist. In Bremen mussten die gewerblichen Flächen überwiegend an „normale“ Betriebe vermietet werden, auch konnte das geplante Frauenhotel mangels Investorinnen nicht realisiert werden. Wichtig ist den Projekten auch ein barrierefreier Zugang, weshalb zwei- bis dreigeschossige Gebäude mit Aufzügen erschlossen werden – ein angesichts der nicht unerheblichen Betriebskosten nicht zu unterschätzender Ausdruck gelebter Solidarität²⁰. Angestrebt wird in den Projekten auch die Berücksichtigung ökologischer Standards.

5.2 Organisatorische Umsetzung

Entsprechend dem in allen Wohnprojekten wichtigen Grundgedanken der Solidarität scheint den meisten Projekten die Wohnungsbaugenossenschaft als ideale Trägerform für die Realisierung ihrer Projektidee, da in dieser Rechtsform, im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften alle Genossinnen unabhängig von der Höhe ihrer Einlage gleichberechtigt sind²¹, die Genossinnen ein Dauerwohnrecht haben und eventuelle Wertsteigerungen der Immobilien in der Genossenschaft gebunden bleiben²². Bereits eines der ersten Frauenwohnprojekte, das Hexenhaus in Berlin-Kreuzberg, verfolgte diese Idee, gab sie jedoch angesichts der zahlreichen Hürden, die bei einer Genossenschaftsgründung zu überwinden sind, wieder auf und wählte die Form eines eingetragenen Vereins. Umgesetzt wurde die Genossenschaftsidee letztlich nur von wenigen Projekten. Quasi als Antipoden können dabei der Bremer Beginenhof und die Münchner Frauenwohngenossenschaft „FrauenWohnen“ gelten: Dem ersteren gelang die Genossenschaftsgründung und der Bau des Projekts in erstaunlich kurzer Zeit, das zweite Projekt brauchte von der Auftaktveranstaltung bis zur erfolgreichen Genossenschaftsgründung dagegen acht Jahre und zur Realisierung der Wohnungen nochmals acht Jahre. Die meisten anderen Projekte haben sich nach einiger Zeit von der Genossenschaftsidee verabschiedet und einen kommerziellen Projektträger gesucht, so z.B. die inzwischen fertig gestellten Beginenhöfe in Dortmund und Schwerte sowie das Beginenwerk in Berlin. Auch die Beginenhöfe in Essen und Bielfeld versuchen, ihre Projekte mit Hilfe von Investoren (Wohnungsbaugesellschaften) umzusetzen.

20 Die Dortmunder Beginen brachten z.B. in ihrem von einer Investorengruppe als Mietwohnungsbau erstellten Projekt ca. 20.000 € auf (über eine Leihgemeinschaft), um die vom Investor nicht vorgesehene Erschließung des Kellers mit dem Aufzug zu finanzieren.

21 Allerdings muss jede Genossin eine Mindesteinlage einbringen, die in neu gegründeten Genossenschaften erheblich sein kann.

22 Scheidet eine GenossIn aus einer Genossenschaft aus, erhält sie nur die nominale Einlage zurück. Ein anderer Fall ist die Auflösung der Genossenschaft und die Umwandlung der Wohnungen in Einzeleigentum, die aber faktisch nur bei der „eigentumsorientierten“ Genossenschaft zum Konzept gehört.

Letzteres erfordert allerdings einige Konzessionen: Die in den programmatischen Vorstellungen meist enthaltene Mitbestimmung bei der baulichen Ausgestaltung der Wohnungen ist in der Regel nur eingeschränkt möglich, da die Investoren zur Sicherstellung der langfristigen Vermietbarkeit nur beschränkt für als außergewöhnlich erachtete Lösungen offen sind. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die Regelung über die Belegung. Um die Projektidee auch langfristig zu sichern, ist ein Entscheidungsrecht der Bewohnerinnen über die (Wieder-)Belegung von Wohnungen unabdingbar. Dies kann in einem Kooperationsvertrag mit den Investoren geregelt werden, funktioniert allerdings nur so lange, wie es den Bewohnerinnen gelingt, bei Freiwerden einer Wohnung rechtzeitig eine „passende“ Nachfolgerin zu finden.

Dabei kann sich die Realisierung eines Projektes mit Hilfe von Sozialwohnungsbaumitteln, die bei den meisten der realisierten Projekte eingesetzt wurden, als Hemmnis erweisen. Denn die nachziehende Bewohnerin muss nicht nur zur betreffenden Einkommensgruppe gehören²³, sondern auch die richtige Haushaltsgröße haben, denn eine für zwei Personen vorgesehene Sozialwohnung kann nicht von einer alleinlebenden Frau bezogen werden, selbst wenn diese bereit ist, die entsprechende Miete zu bezahlen. Mit der Inanspruchnahme von Sozialwohnungsbaumitteln ist die Einkommens- und Haushaltsstruktur der Bewohnerinnen also zumindest für die Dauer der Sozialbindungen (15 – 25 Jahre) festgelegt. Nur in Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.

5.3 Alleinwohnende und Ältere überwiegen in den Projekten – die Einbeziehung von Alleinerziehenden stößt oft an administrative Grenzen

Auch wenn die beteiligten Frauen in den Beginenhöfen eine Mischung von Alt und Jung, „Einheimischen“ und Migrantinnen, Frauen mit und ohne Kinder, Frauen unterschiedlicher sexueller Orientierung usw. anstreben, so führen doch zwei Faktoren zu einem Überwiegen älterer Frauen jenseits der Familienphase. Wie dargestellt, haben vor allem geschiedene und verwitwete Frauen häufig nicht die Absicht, wieder gemeinsam mit einem Mann einen Haushalt zu gründen. Vor diesem Hintergrund ist das Leben in einer Frauengemeinschaft eine dauerhaft attraktive Alternative zum isolierten Wohnen in einem Einpersonenhaushalt, wegen der Gemeinschaft und auch wegen der gegenseitigen Unterstützung, die für ältere Frauen möglicherweise bedeutender ist als für jüngere Frauen²⁴ – mit

23 Wobei es vielfach mehrere Einkommensklassen gibt, so dass eine bestimmte Wohnung nur für eine relativ eng definierte Einkommensgruppe zugänglich ist.

24 Wie weit diese Unterstützung gehen kann und ob sie auch Pflegeleistungen einschließt, dazu sind die Vorstellungen in den einzelnen Projekten recht unterschiedlich. Dass Nachbarinnen in erheblichem Maß auf freiwilliger Basis Pflegeleistungen übernehmen, wird kaum angenommen, wohl aber werden Konzepte diskutiert, dass solche Leistungen mit Unterstützung der Bewohnerinnen organisiert oder von einzelnen Bewohnerinnen mit entsprechender Qualifikation professionell übernommen werden.

Ausnahme der Frauen mit Kindern, für die die (gegenseitige) Unterstützung zur unabdingbaren Voraussetzung für die Bewältigung des Alltags werden kann. Wenn trotzdem bisher vergleichsweise wenige alleinerziehende Frauen in den Beginenprojekten leben²⁵, so hängt dies nicht zuletzt mit den extrem langen Vorbereitungszeiten der Projekte zusammen, die nur für Frauen in vergleichsweise gesicherten und akzeptablen Wohnverhältnissen, die sich langfristig verändern wollen, tragbar sind. Alleinerziehende haben dagegen oft einen unmittelbar drängenden Wohnungsbedarf, der eine solch lange Wartezeit nicht erlaubt²⁶.

Darüber hinaus scheitert die Integration alleinerziehender Frauen, die in den Beginenhöfen und anderen Frauenwohnprojekten in aller Regel durchaus angestrebt wird, nicht selten an administrativen Hürden. So mussten z.B. im (zweiten) Schwerter Beginenhof, der im Rahmen eines größeren Wohnungsbauprojekts realisiert wurde, zwei Wohnungen für Alleinerziehende „zurückgegeben“, d.h. für eine Belegung außerhalb der Gruppe der Beginen freigegeben werden, weil das Schwerter Sozialamt die Miete für diese Wohnungen als zu hoch erachtete, obwohl es sich um Sozialwohnungen handelt. Dies ist kein Ausnahmefall, sondern schon in vielen Projekten aufgetreten. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die der Festlegung einer angemessenen Miete zu Grunde liegenden Flächennormen, die bei Alleinerziehenden mit einem Kind denen eines Ehepaares ohne Kinder entspricht. Da bei letzterem von einer klassischen Wohnkonzeption (ein gemeinsames Schlafzimmer plus ein Wohnraum) ausgegangen wird, haben danach auch Alleinerziehende mit einem Kind nur Anspruch auf eine Zwei-Zimmer-Wohnung. Konzepte, die den für in allen Frauenwohnprojekten zentralen Grundsatz „jeder Frau ein Zimmer für sich alleine“ auch für Alleinerziehende umsetzen wollen und deshalb für Alleinerziehende mit einem Kind (kleine) Drei-Zimmer-Wohnungen vorsehen, sind zwar inzwischen in manchen Ländern mit den Sozialwohnungsbaurichtlinien vereinbar²⁷, nicht jedoch mit den meist rigideren Vorgaben der Sozialämter.

Fazit

Frauenwohnprojekte sind eine angesichts des demografischen Wandels zunehmend wichtiger werdende Wohnalternative mit erheblichem individuellem und gesellschaftlichem Nutzen, eine Antwort auf die Krise der heterosexuellen

25 Allerdings gibt es, meist von Gleichstellungsbeauftragten initiiert, eine Reihe von Wohnprojekten für Alleinerziehende, meist allerdings kombiniert mit Wohnungen für „vollständige“ Familien (BfLR 1996).

26 Das zeigte sich vielfach auch bei den von Gleichstellungsbeauftragten initiierten Projekten, bei denen oft nur eine Minderheit der Frauen, die an den Vorbereitungs- und Beteiligungsprozessen teilnehmen, tatsächlich einzog.

27 Dies ist eindeutig ein Erfolg der jahrelangen feministischen Architektur- und Wohnungsbaukritik.

Paargesellschaft jenseits der Isolierung und Vereinzelung. Frauenwohnprojekte sind „Hilfe zur Selbsthilfe“ und eine Form „bürgerschaftlichen Engagements“, das angesichts des Abbaus sozialer Sicherungssysteme (der in hohem Maße Frauen trifft) immer unumgänglicher wird. Schon aus diesem Grund ist eine tatkräftige Unterstützung solcher Projekte seitens der öffentlichen Hand unabdingbar. Zu nennen ist hier insbesondere die Förderung mit Sozialwohnungsmitteln, die Unterstützung bei der Suche nach Grundstücken und Investorinnen, Zuschüsse für den Bau von Gemeinschaftsflächen (die ja von den Bewohnerinnen zusätzlich zur Individualmiete finanziert werden müssen), aber auch die Unterstützung der Gruppenbildungsprozesse und der Vorbereitung z.B. durch die Bereitstellung von Räumen und Zuschüssen zur Finanzierung professioneller Unterstützung durch Architektinnen und Moderatorinnen. Manches wird hier und da schon geleistet, gerade auch in NRW. Doch selbstverständlich ist dies noch lange nicht, das zeigen nicht zuletzt die extrem langen Vorbereitungszeiten der meisten Projekte. Denn „40 Frauen allein in einem Haus – das ist doch nicht normal“⁴²⁸ denken vermutlich immer noch viele in Politik und Verwaltung, auch wenn es nicht mehr für politisch korrekt gehalten werden mag, solche Vorbehalte offen auszusprechen. Es ist mit den Beginen und anderen Frauenwohnprojekten zu hoffen, dass 40 und mehr Frauen in einem Haus bald zur Normalität werden.

Literaturverzeichnis

Becker, Ruth (2004): *Lebens- und Wohnformen: Dynamische Entwicklung mit Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis.* In: Ruth Becker, Beate Kortendiek (Hg'innen) (2004): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie. Reihe Geschlecht und Gesellschaft Band 35, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 402-411.*

Becker, Ruth (2003): *What's Wrong with a Female Head? The Prevalence of Women-Headed Households and its Impact on Urban Development and Planning.* In: Ulla Terlinden (ed.): *City and Gender. International Discourse on Gender, Urbanism and Architecture. International Women's University 2000. Schriftenreihe der Internationalen Frauenuniversität „Technik und Kultur. Opladen, S. 151-173.*

Becker, Ruth (2002): *Immer mehr selbständig lebende Frauen – ein internationaler Diskurs. Raumplanung 102, Dortmund, S. 126-131.*

Becker, Ruth (2002b): *Bewegtes Wohnen. Zur Verräumlichung und Veralltäglichung von Frauenbewegung in Frauenwohnprojekten.* In: Eva Schäfer/Bettina Fritzsche/Claudia Nagode (Hg): *Geschlechterverhältnisse im sozialen Wandel. Interdisziplinäre Analysen zu Geschlecht und Modernisierung. Geschlecht und Gesellschaft Band 26, Opladen 2002, S.87-132.*

28 In Abwandlung eines Politiker-Kommentars zur Besetzung eines leerstehenden Gebäudes in Hamburg: „Sechs Frauen im heiratsfähigen Alter in einem Haus zusammen. Das ist doch nicht normal!“ (Huke-Schubert (1991:131)

- Becker, Ruth (1992):** *Wer eigentlich sind die Verschwender? Gegen die Diskriminierung alter Frauen in der Wohnungspolitik.* In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* Heft 32, S. 65-70.
- Brech, Joachim (1999):** *Ein Wandel im Wohnen in der Zeit des Umbruchs. Eine Studie zu Neuen Wohnformen.* In: *Wüstenrot Stiftung (Hg): Neue Wohnformen.* Stuttgart, Berlin, Köln, Kahlhammer Verlag, S. 81 -151.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) (Hg.) (1996):** *Wohnsituation Alleinerziehender III. Ergebnisse des Forschungsfeldes "Wohnsituation Alleinerziehender und alleinstehender Schwangerer in Notlage" des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. Materialien zur Raumentwicklung* Heft 98, Bonn
- Chant, Sylvia (1997):** *Women-Headed Households. Diversity and Dynamics in the Developing World.* Macmillan Press Ltd, Houndmills
- Hildebrandt, Antje (2006):** *Samenspender gesucht.* Frankfurter Rundschau vom 9.8. 2006, S. 27
- Huke-Schubert, Beata (1991a):** „Magdalena Keller zieht in die Villa ein“. In: *Baukultur.* (1991) H.4, S. 25-27.
- Krüger, Dorothea 1990:** *Alleinleben in einer paarorientierten Gesellschaft.* Pfaffenweiler, Centaurus
- Kuiper, Edith (2004):** *Ökonomie: Feministische Kritik mikro- und makroökonomischer Theorien und Entwurf alternativer Ansätze.* In: *Ruth Becker, Beate Kortendiek (Hg'innen) (2004): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie. Reihe Geschlecht und Gesellschaft Band 35,* Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 494-503.
- Löw, Martina 1994:** *Raum ergreifen. Alleinwohnende Frauen zwischen Arbeit, sozialen Beziehungen und der Kultur des Selbst.* Bielefeld: Kleine
- Saup, Winfried (2001):** *Ältere Menschen im betreuten Wohnen. Ergebnisse der Augsburger Längsschnittstudie – Band 1.* Augsburg, Verlag für Gerontologie Alexander Möckl
- Schneider, Ulrike 1992:** *Neues Wohnen – alte Rollen? Der Wandel des Wohnens aus der Sicht von Frauen.* Stadt, Raum, Gesellschaft Band 2, Pfaffenweiler, Centaurus
- Statistisches Bundesamt (2005):** *Bericht: Pflegestatistik 2003. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung.* <http://www.destatis.de/download/d/solei/bericht03deutschl.pdf>
- Statistisches Bundesamt (2006):** *Leben in Deutschland. Haushalte, Familien, Gesundheit - Ergebnisse des Mikrozensus 2005.* http://www.destatis.de/press/deutsch/pk/2006/mikrozensus_2005i.pdf
- United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) (2000):** *Progress of the World's Women 2000.* UNIFEM Biennial Report, New York.
- United Nations, Commission on Human Settlements (UNCHS) (1999):** *Activities of the United Nations Centre for Human Settlements (Habitat): Progress Report of the Executive Director. Addendum. The State of the World's Cities: 1999. Seventeenth Session.* Nairobi.
- United Nations, Commission on Human Settlements (UNCHS) (1996):** *Habitat press release, May 31, 1996,* www.un.org/Conferences/habitat/unchs/press/women.htm
- United Nations, Department for Economic and Social Information and Policy Analysis Population Division (1995):** *Living Arrangements of Women and Their Children in Developing Countries.* New York

Christine Bauhardt

Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Ergebnisse und Perspektiven feministischer Verkehrsforschung und -kritik

Die Stadt ist der Ort des Alltagslebens, hier verbringen Menschen den größten Teil ihrer Zeit: in der Wohnung, am Arbeitsplatz, beim Spaziergang oder beim Skaten im Stadtpark, im Theater, Kino oder in der Volkshochschule, auf dem Spielplatz – und auf der Straße. Verkehr, die Mobilität von Menschen, verknüpft diese Orte miteinander. Aus den verschiedenen Orten des Alltags, den dort stattfindenden Aktivitäten und der menschlichen Fortbewegung entsteht der städtische Raum.

Die aktuelle Stadtentwicklung ist durch einige Tendenzen gekennzeichnet, die sich zukünftig aufgrund des demographischen Wandels noch stärker ausprägen werden. Der Trend zum Häuschen im Grünen ist weitgehend ungebrochen, trotz der Anstrengungen vieler Kommunen, die Mittelschichten durch wohnungspolitische Anreize in der Stadt zu halten. Dennoch ziehen nach wie vor viele Familien in der Gründungsphase aus der Stadt ins Umland. Diese Entscheidung wird besonders von Frauen mit der Begründung unterlegt, damit ein kindgerechteres Wohnumfeld zu finden.

Das Wohnen im Eigenheim hat Konsequenzen auf verschiedenen Ebenen. Auf der individuellen Ebene werden vorrangig Mütter zu Familienchauffeurinnen, die

die Kinder zum Klavierunterricht, zur Ballettschule und zum Fußballplatz kutschieren oder abends nach dem Kino aus der Stadt abholen.¹ Auf der räumlichen Ebene nimmt die **Suburbanisierung**, also das Anwachsen der Vorstädte und die **flächige Ausbreitung des städtischen Umlandes** immer weiter zu. **Auf der Ebene des Verkehrs steigen die Verkehrsleistungen**, das heißt vor allem die zurückgelegten Entfernungen zwischen Wohn-, Arbeits- und Freizeitorten, der Bedarf an Straßen wächst – häufig mit der Folge, dass das Häuschen im Grünen bald zum Häuschen zwischen zwei Autobahnabfahrten wird. Es kommt also zu einer Verdichtung des suburbanen Raumes.

Gleichzeitig verlieren die Großstädte EinwohnerInnen (und deren Finanzkraft), was tendenziell mit einer **Entdichtung innerstädtischer Strukturen** einhergeht.² Die Zusammensetzung der in der Stadt verbleibenden BewohnerInnen verändert sich, es bleiben diejenigen zurück, die sich kein Eigenheim leisten können, diejenigen, die die Dichte und Aktivitätsvielfalt der Stadt dem Leben in Suburbia vorziehen, und diejenigen, die von städtischen Infrastrukturen abhängig sind, also vor allem ältere Menschen. Schon heute sind insbesondere ältere Menschen auf spezifische Leistungen und Angebote der Stadt angewiesen wie beispielsweise Krankenhäuser und eine hohe Ärztedichte. Aber auch die städtischen Kultur- und Freizeitmöglichkeiten werden wieder attraktiver, sobald die Kinder „aus dem Haus“ sind. Deswegen ist auch der **Trend zur Rückkehr in die Stadt** erkennbar, gerade von älteren Menschen, für die mit dem Rückzug aus der Berufstätigkeit und dem Ende der Familienphase ein neuer Lebensabschnitt beginnt.

Gesellschaftliche Trends und räumliche Entwicklungen bestimmen entsprechend die Mobilitätsbedingungen. Die städtische Bevölkerung wird tendenziell älter, da die jüngeren Mittelschichten in der Familiengründungsphase die Städte eher verlassen und die älteren Mittelschichten wieder in die Städte zurück kommen. Man kann nun davon ausgehen, dass sich mit zunehmendem Alter der Menschen ihre Mobilitätsbedürfnisse verändern und die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt steigt. Gleichzeitig erhöht der **ständig wachsende Mobilitätsbedarf im regionalen Kontext** den Bedarf nach regionalen Transportmitteln.

Diese großen Tendenzen, die hier nur schematisch angedeutet werden können, treffen nun auf gegenläufige verkehrspolitische Weichenstellungen, da die Finanzmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) neu geordnet und gekürzt wurden. Eine wichtige Entscheidung hierfür war die Abschaffung des

¹ Wenn Frauen nicht schon vor dem Umzug ins Eigenheim in Teilzeit beschäftigt waren, dann sind sie es spätestens danach.

² Die Städte werden deshalb aber nicht leerer, da der Wohnflächenverbrauch steigt.

steuerlichen Querverbundes in den neunziger Jahren. Dieser erlaubte es den Kommunen zuvor, mit den Gewinnen aus kommunalen Energieversorgungsunternehmen den ÖPNV mit zu finanzieren – Marktliberalen war das ein Dorn im Auge. Durch die Privatisierung der Energieversorger wurde den Kommunen so eine Möglichkeit genommen, den ÖPNV finanziell zu fördern. Weitere negative Konsequenzen für die Finanzierung des ÖPNV sind zukünftig zu erwarten, da die Berliner Koalition im Juni 2006 beschlossen hat, die Bundeszuschüsse an die Länder zur Bereitstellung von Nahverkehrsleistungen zu kürzen.

Gleichzeitig sind Städte und Regionen mit der **wachsenden Nachfrage beim Autoverkehr** konfrontiert. Die Siedlungsstruktur suburbaner Räume – das Häuschen im Grünen hat ja immer auch zwei Garagen – befördert den Autoverkehr und damit den Straßenbau. Die Verkehrsforschung, die sich mit Motivationen für Verkehrsleistungen und mit Mobilitätsanlässen befasst, argumentiert zunehmend, die Verkehrsnachfrage sei so komplex, dass sie politisch nicht mehr zu steuern sei (vgl. Handbuch sozialwissenschaftlicher Verkehrsforschung 2006).

Die feministische Verkehrsforschung stellt diese Annahme in Frage. Ich gehe davon aus, dass es natürlich auch eine politische Entscheidung darstellt, verkehrspolitische Steuerung aufzugeben. Darin drücken sich androzentrisch geprägte Annahmen über das Verkehrsgeschehen aus, zum Beispiel, es verfüge sowieso jeder Erwachsene über einen eigenen PKW. Obwohl die Motorisierung der Frauen erkennbar zugenommen hat, insbesondere der Frauen in den suburbanen Räumen, ist die PKW-Verfügbarkeit in den Kernstädten relativ konstant etwa hälftig aufgeteilt, eine Hälfte der Haushalte verfügt über einen PKW, die andere Hälfte nicht.³

Die feministische Verkehrsforschung hat darauf hingewiesen, dass es mehrheitlich Frauen sind, die nicht selbstverständlich auf einen eigenen PKW zurück greifen können, sie sind stärker auf den ÖPNV angewiesen und bewegen sich immer noch häufiger zu Fuß oder mit dem Fahrrad fort (z.B. FOPA 1994, Deutscher Städtetag 1995, Flade/Limbourg 1999). Erwerbstätige Männer nutzen signifikant häufiger hauptsächlich den PKW zur Fortbewegung als erwerbstätige Frauen (1997: 65 % zu 41 %), der Umweltverbund⁴ als hauptsächlich genutzte Fortbewegungsart überwiegt bei erwerbstätigen Frauen signifikant im Verhältnis zu erwerbstätigen Männern (1997: 45 % zu 29 %; vgl. Bauhardt 2004, bes. Kap. 3). Aus feministischer Perspektive wurde deshalb zugespitzt formuliert:

3 Berlin: 49% aller Haushalte sind autofrei, München 45%, Bundesdurchschnitt 46%

4 Unter Umweltverbund wird die Kombination von ÖPNV, Fahrrad und/oder den eigenen Füßen verstanden.

Die unterstellte Vollmotorisierung der Bevölkerung ist eine männliche Vollmotorisierung.

Auch die Wegezwecke und Mobilitätsanlässe von Erwerbstätigen mit PartnerIn und Kindern unterscheiden sich deutlich nach Geschlecht. Während männliche Erwerbstätige die Hälfte ihrer Wege im Zusammenhang mit dem Beruf zurücklegen (Frauen: 30 %), dienen 43 % aller Wege von erwerbstätigen Frauen reproduktiven Tätigkeiten wie Einkauf und Begleitung (Männer: 23 %). Aus der Perspektive der Geschlechterforschung ist wichtig zu sehen, dass es sich hier um erwerbstätige Männer und Frauen handelt und nicht um die Unterscheidung zwischen Hausfrauen/-männern und Erwerbstätigen, wie sie in der Verkehrsforschung lange Zeit getroffen wurde.

Aber erst in der Kombination von individuellem Verkehrsverhalten und verkehrspolitischen Entscheidungen wird sichtbar, was gemeint ist, wenn die feministische Verkehrsforschung sagt: Verkehrspolitik und Verkehrsplanung sind Männerdomänen. Nicht allein die Konzentration auf das Automobil als handlungsleitende Größe der Verkehrspolitik, sondern der Blick auf das Verkehrsgeschehen insgesamt ist von androzentrischen Logiken und Wahrnehmungsmustern geprägt.

Wenn es in den neunziger Jahren noch so aussah, als könnten auch Frauen in relevante Entscheidungspositionen gelangen, um damit Einfluss auf die Verkehrsgestaltung zu nehmen, so müssen wir uns leider momentan von dieser Vision verabschieden. Verkehrspolitik ist ein Handlungsfeld, in dem die Verquickung von technischer und ökonomischer Rationalität so stark dominiert wie kaum in einem anderen Feld politischer Praxis. Beide Logiken, Technik und Ökonomie, sind durchdrungen von androzentrischen Vorannahmen, die im Zentrum der feministischen Analyse und Kritik stehen. Ich werde im Folgenden näher auf diese Leitideen der androzentrischen Verkehrspolitik eingehen.

Das männliche Subjekt in der Stadtentwicklung

Leitlinie der Verkehrspolitik ist in erster Linie **Beschleunigung**. Die Idee der Beschleunigung ist in die Moderne eingeschrieben und wird gleichgesetzt mit ökonomischem Fortschritt, technischer Modernisierung und räumlicher Unabhängigkeit (vgl. z.B. Rinderspacher 1992, Rosa 2005). Aus feministischer Sicht ist die westliche Moderne und damit implizit die Leitlinie der Beschleunigung zutiefst mit der Konstruktion des männlichen Subjekts der Moderne verknüpft (vgl. z.B. Klinger 2006). Das männlich-moderne Subjekt

konstituiert sich einerseits durch die Ablösung des Geistes von und seine Dominanz über Natur und Körper. Gleichzeitig entsteht die Idee von der individuellen Autonomie des Subjekts, die höher bewertet wird als soziale Bindungen. Beide in der Bewertung geringer angesetzte Aspekte, natürliche Prozesse und soziale Bindungen, sind räumlich verankert und an konkrete Orte gebunden. Die Überwindung von – sozialen, natürlichen, räumlichen – Bindungen durch beschleunigte Fortbewegung verspricht innerhalb der Logik der westlichen Moderne Autonomie und Freiheit.

Historisch betrachtet ist die Stadt der Ort, an dem Menschen befreit von den ständischen Bindungen der feudalen Ordnung leben konnten – „Stadtluft macht frei“. Gleichzeitig befreit sich die städtische Gesellschaft aus der Abhängigkeit von der unkultivierten Natur: Die Nahrungsversorgung der Städter ist unabhängig von den natürlichen Bedingungen, sie müssen ihre Häuser nicht mehr selbst bauen, sie müssen nicht mehr zu Fuß gehen, sogar die Betreuung der Kinder, die Pflege der Alten und Kranken wird in dafür zuständige Institutionen abgegeben (vgl. Siebel 1998). Soweit das Bild von der **Stadt als Rationalisierungsmaschine des Alltags**.

Aber stimmt diese Vorstellung von der Stadt als dem Ort von individueller Autonomie und Befreiung aus natürlichen und sozialen Abhängigkeiten? Die feministische Analyse weist darauf hin, dass in der Stadt Nahrung zwar gekauft werden kann, diese aber auch zubereitet werden muss. Selbst wenn das Haus nicht gebaut wird, so muss es doch in Ordnung gehalten werden. Die Betreuung und Versorgung abhängiger oder hilfsbedürftiger Personen geschieht nicht nur und nicht einmal in erster Linie in staatlichen Einrichtungen, sondern weitgehend in privaten Haushalten und Familien. Und auch die städtische Mobilität ist nicht auf die Fortbewegung in beschleunigten Verkehrsmitteln reduziert, viele Wege in der Stadt sind nach wie vor kurze Fußwege.

Diese unsichtbaren, auf sozialer Bindung und persönlicher Verantwortung beruhenden Tätigkeiten sind in dieser Gesellschaft Frauenarbeit, sie werden an Frauen delegiert und von Frauen übernommen. Ob es sich dabei eher um gesellschaftlich-normative Zuschreibungen oder eher um individuell sinnstiftende Verantwortungsübernahme handelt, wird unterschiedlich beurteilt (vgl. z.B. Becker 1998, Feministische Studien extra 2000). Für viele Frauen spielen sicher beide Aspekte eine wichtige Rolle. Auf Männer trifft dies nicht in derselben Weise zu, wie die empirischen Untersuchungen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung vieler Industrieländer immer wieder zeigen: Trotz aller Emanzipationsrhetorik verlaufen die Arbeitsteilung und Zeitnutzungsmuster entlang der Geschlechterlinie. Nicht das Geschlechterverhältnis ist während der ver-

gangen drei Jahrzehnte in Wanken gekommen, sondern seine Legimitation (vgl. Connell 2000).

Was bedeuten diese Überlegungen für die Stadtentwicklung? In der Mainstream-Forschung wird die Stadt als Rationalisierungsmaschine beschrieben, die den Menschen aufgrund von Technisierung und Rationalisierung aus Abhängigkeiten befreit. **Aus feministischer Perspektive kann die Stadt auch als der Ort der sozialen und räumlichen Bindungen gesehen werden**, ein Ort, an dem unterschiedliche, auch einander fremde Individuen miteinander in Beziehung treten, Bindungen zueinander aufbauen. Das Besondere des städtischen Lebens ist nicht so sehr Anonymität und Fremdheit, sondern viel eher das Wechselspiel zwischen Identifikation im sozialen Zusammenhang und der Freiheit, soziale Bindungen ohne soziale Kontrolle zu wählen. Zahlreiche Studien verweisen auf die Bedeutung spezifischer Räume für dieses Wechselverhältnis von Bindung und Freiheit (vgl. z.B. Krummacher/Waltz 1996, Garber 2000).

Leitbild der Stadtentwicklung ist jedoch das **männliche Subjekt**, das bindungslos und ohne räumliche und soziale Verortung durch den Raum schwebt, da die Marktökonomie die Freiheit von sozialer und räumlicher Bindung verlangt. Das Marktsubjekt ist ein bindungsloses Individuum, dessen Freiheit darin besteht, immer und überall verfügbar zu sein. Bindung behindert die volle Flexibilität und Verfügbarkeit der Arbeitskraft (vgl. Sennett 1998). Das bindungslose, autonome Marktsubjekt ist ein männliches Subjekt, das Verantwortung und Sorge für andere Menschen an Frauen delegiert. Damit negiert die Marktökonomie das für das Stadtleben charakteristische Wechselverhältnis von Autonomie und Bindung.

Die technisch-ökonomische Rationalität in der Verkehrsplanung

Beschleunigung als Leitidee der Verkehrspolitik ist Mythos und Realität zugleich. Die technisch-ökonomische Rationalität in der Verkehrsplanung betrachtet Zeit und Raum als ökonomische Ressourcen, deren effiziente Bewirtschaftung durch Verkehrstechnik gewährleistet wird. Möglichst schnelle Raumüberwindung durch beschleunigte Verkehrsmittel gilt als Leitlinie moderner Verkehrspolitik (zur Kritik vgl. Bauhardt 1995, bes. Kap. 5).

Dennoch hat das **Prinzip der Beschleunigung** die Langsamkeit nicht abgelöst. Deshalb ist sie als Mythos anzusehen, die der Wirklichkeit menschlicher Aktivitäten in der Stadt und im Verkehr nicht standhält. Der Mobilität von Kindern oder auch von älteren Menschen in der Stadt steht die Fortbewegung in beschleunigten Verkehrsmitteln diametral entgegen. Ihren Bedürfnissen nach

Bewegungsfreiheit in der Stadt und nach Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums käme daher eine Entschleunigung des Verkehrs sehr entgegen.

Aber nicht nur Kinder und ältere Menschen gewinnen bei einer **Entschleunigung** des Verkehrs, die Lebensqualität in der Stadt wird insgesamt steigen, wenn der Mythos der Beschleunigung abgelöst wird durch die Realität städtischer Mobilitätsbedürfnisse. Denn Mobilität ist nicht zu verwechseln mit der möglichst schnellen Überwindung möglichst weiter Entfernungen. Alltägliche Mobilität ist Mobilität im Nahraum. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch die Verknüpfung von eher kurzen Wegen, die die unterschiedlichen Orte des Alltags – Wohnung, Arbeitsplatz, Geschäfte, Schule, Sportstudio, Kino – zusammen führt. Die (west-) europäischen Städte bieten noch eine weitgehende räumliche Nähe dieser städtischen Grundfunktionen, auch wenn sich die für die Vereinigten Staaten typische Suburbanisierung hierzulande mehr und mehr ausprägt. Wo sich Beschleunigung als Prinzip der Stadt- und Verkehrsplanung durchsetzt, wird Mobilität zum Zwang, um diese räumliche Trennung der Funktionen durch Verkehrsleistungen zu überwinden.

Elemente feministischer Verkehrspolitik

Beschleunigung zielt darauf ab, Raumwiderstände abzubauen und immer größere Distanzen in derselben Zeiteinheit zu überwinden. Raum gilt dabei als eine abstrakte Größe, als ein Hindernis für permanente Mobilität. Dabei gerät aus dem Blick, dass der Raum sich aus konkreten Orten und ihren unterschiedlichen sozialen Wirklichkeiten zusammensetzt. Langsamkeit und Entschleunigung sind Bewegungsformen einer Verkehrspolitik, die die verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse und Formen der Fortbewegung gleichberechtigt behandelt.

Raum und Zeit werden von der Verkehrsplanung als **ökonomisch verwertbare Ressourcen** behandelt. Versteht man jedoch Raum und Zeit als **soziale Kategorien**, als notwendige Voraussetzungen für Lebensqualität in der Stadt, dann geht es um ein anderes Wohlstandsmodell. Dieses rückt die Bedürfnisse des sozialen Zusammenlebens in den Mittelpunkt: Zeitwohlstand, Kommunikation, leiblich-sinnliche Erfahrung. Momentan sind dies Qualitäten, die im Privatleben und damit in der Zuständigkeit von Frauen verortet sind. In der Verkehrsplanung sollen jedoch die Kriterien von Effizienz und Rationalität gelten. Liegt in dieser formalen Rationalität nicht die Abstraktion von konkreten Menschen und den konkreten räumlichen und zeitlichen Bezügen ihrer Handlungen?

Die Stadtplanung der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stand ganz im Zeichen der **technisch-ökonomischen Effizienzkriterien**. Die Stärkung der Städte als Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung richtete sich an zwei Leitlinien aus. Zum einen galt es, den Unternehmen in den Städten gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen für ökonomische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Zum anderen richtete sich die Aufmerksamkeit der Planer auf die Erschließung des Arbeitskräftereservoirs. Für beide stadtplanerischen Ziele, infrastrukturelle Ausstattung und Mobilität der Arbeitskräfte, stellte die Verkehrsplanung die wesentlichen Weichen.

Die **klassische Pendlermobilität** entspricht den Verkehrsbedürfnissen des **vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeitnehmers**, der sich hauptsächlich zwischen Wohnung und Arbeitsplatz fortbewegt. Daneben gibt es aber noch viele andere Bedürfnisse, die Menschen dazu veranlassen, mobil zu sein. Mobilität entsteht durch die Notwendigkeit, alltägliche Aktivitäten im Raum zu koordinieren. Erwerbstätigkeit, Versorgung und Betreuung, Freizeitgestaltung, kulturelle Aktivitäten – alle diese Tätigkeiten wollen Menschen ausüben, es sind Mobilitätsanlässe. Die komplexe Alltagsmobilität, die diese vielfältigen Aktivitäten und Aufenthaltsorte miteinander verknüpft und bei der die Pendelbewegung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz nur ein Weg unter vielen ist, kennzeichnet mehrheitlich das **Mobilitätsmuster von Frauen**.

Eine gelungene Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik reduziert Mobilitätswänge und optimiert den Zeitaufwand für Verkehrsleistungen. Aus der Sicht einer auf Betreuungsleistungen und Fürsorgeverantwortung für andere Menschen ausgerichteten Ausgestaltung von Mobilität ist deshalb besonders auf die Geschlechtsspezifik entsprechender Maßnahmen zu achten. Mobilitäts- und Zeitwänge entstehen momentan für Frauen durch die Integration von Erwerbs- und Betreuungsarbeit in einer Person. Die Mobilitätsanlässe von Frauen sind ihrer „doppelten Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt) geschuldet, das heißt ihrer Integration in die Erwerbs- und Versorgungssphäre. Zeitnöte entstehen aus den konflikthaften Zeitregimes und dem Druck, einerseits dem Muster der Beschleunigung folgen zu sollen, andererseits die Bedürfnisse der Reproduktion nicht beschleunigen zu können.

Die Reduzierung von Zeitnöten durch Entschleunigung darf jedoch nicht auf Kosten der gesellschaftlichen Partizipation von Frauen gehen. Deshalb ist Entschleunigung nicht als auf Frauen als Zielgruppe ausgerichtete Orientierung zu sehen, sondern als politisches Projekt zur Einbeziehung beider Geschlechter in beide Sphären gesellschaftlich notwendiger Arbeit: Erwerbs- und Versorgungsarbeit. Geschlechtergerechte Mobilitätschancen haben beides im Blick,

den Abbau von Mobilitätswängen wie zum Beispiel den Begleitverkehr und die Entschleunigung von Verkehr.

Schnelle Verkehrsmittel beeinflussen die Siedlungsstruktur, beschleunigte Fortbewegung erhöht die Distanzen und trägt zur Entmischung der stadträumlichen Funktionen bei. Langsame Mobilität dagegen wirkt der Auflösung der nahräumlichen Strukturen entgegen, das vielgerühmte Leitbild der Nutzungsmischung und der Stadt der kurzen Wege ist nur aufrecht zu erhalten unter der Bedingung der Entschleunigung des Verkehrs.

Dies ist keinesfalls gleichzusetzen mit einer Einschränkung der Mobilität, weder für Frauen noch für Männer, denn es werden nur unnötige Mobilitätsanlässe überflüssig und der Zeitaufwand für Verkehrsleistungen optimiert. Für eine optimale Wegegestaltung ist beispielsweise die maximale Geschwindigkeit eines Verkehrsmittels viel weniger interessant als die Unterwegszeit von Tür zu Tür. Effiziente Verkehrsplanung muss deshalb vorrangig kleinteilig und auf der Ebene der Organisation ansetzen, nicht auf der Ebene hoher Investitionen in die Infrastruktur (Bauhardt 1999).

Was Verkehrsingenieure jedoch vorrangig zur Lösung von Verkehrsproblemen anbieten sind komplizierte, aber elegante technische Lösungen. Schaut man die Publikationen an, die den Bau von Verkehrsinfrastrukturen im Ruhrgebiet lobend kommentierten, ist man beeindruckt vom Enthusiasmus, mit dem diese mutigen und klugen Männer, Techniker, Ingenieure und Bauarbeiter, beschrieben werden (vgl. Bauhardt 1995, S. 120ff.). Technik, insbesondere die komplizierte, aber elegante technische Lösung, trägt zur Reproduktion von Männlichkeitsstereotypen bei. Was aber Verkehrsplanung anstelle von komplizierter und extrem teurer Technik wirklich braucht, ist intelligente Organisation. Dazu ist zuallererst ein **Verständnis für die vergeschlechtlichte Organisation von Zeit und Raum in der Stadt** notwendig.

Eine Verkehrsplanung, die auf Nutzungsvielfalt und nahräumliche Raumstrukturen ausgerichtet ist und gleichzeitig die Geschlechtsspezifik von Zeitznutzung und Mobilität im Blick hat, orientiert sich an folgenden Planungskriterien (vgl. Bauhardt 1995):

➤ **Erreichbarkeit**

Die Raumerschließung muss durch flächendeckende Infrastrukturen für den nicht-motorisierten Verkehr und für den schienengebundenen Nahverkehr gewährleistet werden. Diese Infrastrukturen sind auf hohem Qualitätsniveau auszubauen oder zu erhalten.

➤ **Benutzungsfreundlichkeit**

Die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit der Verkehrsmittel im Nahraum ist erheblich zu verbessern. Leichte Zugänglichkeit, Komfort und Sicherheit erleichtern die Entscheidung für ein Verkehrsmittel.

➤ **Bedarfsangemessenheit**

Unterschiedliche Bedürfnisse verlangen unterschiedliche Geschwindigkeiten. Die Stärkung beziehungsweise Erhaltung nutzungsgemischter städtischer Strukturen wird durch langsame Mobilität gesichert. Der nutzungsgemischte Nahraum entlastet Frauen von Zwangsmobilität und erhöht die Chancen geschlechtergerechter Aufgabenverteilung im Alltag.

➤ **Nutzungsmischung**

Nutzungsmischung ist nicht nur auf Raumstrukturen anzuwenden, sondern auch auf die Kombination von Verkehrsmitteln. Entsprechend unterschiedlicher Wege und der Kombination von Wegen zu Wegeketten müssen Kombinationen von Verkehrsmitteln möglich sein. Je komplexer die Struktur von Wegeketten ist, desto notwendiger ist ein einfacher Wechsel von einem Verkehrsmittel zum anderen.

➤ **Verlässlichkeit**

Das Verkehrsmittel muss verfügbar und im Stadtraum präsent sein, seine Nutzung muss mit einer hohen Zuverlässigkeit verbunden sein. Zeitliche Restriktionen sollten so gering wie möglich kalkuliert werden können.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den demografischen Wandel wird bereits jetzt in Fachkreisen diskutiert, inwieweit das Netz von technischen Infrastrukturen noch aufrecht zu erhalten sein wird. Aufgrund des demografischen Wandels, so wird prognostiziert, werde die Nachfrage nach Öffentlichen Verkehrsmitteln abnehmen, die ohnehin problematische Finanzierung mithin noch schwieriger werden. Es steht zu befürchten, dass das Angebot des ÖPNV zuerst dort eingeschränkt wird, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist, in den sog. verkehrsschwachen Zeiten, also dann, wenn nicht der Berufsverkehr betroffen ist, und bei der Flächenerschließung, also den Wegeketten der Frauen. Es wird also auch in Zukunft darum gehen, gerade aus feministischer Perspektive einen ÖPNV auf hohem Qualitätsniveau zu fordern.

Frauen als Expertinnen in der kommunalen Verkehrspolitik

In meiner Untersuchung der Verkehrsplanung und -politik des Ruhrgebiets (Bauhardt 1995) habe ich verschiedene Expertinnen nach ihren Visionen einer gelungenen Stadt- und Verkehrsplanung befragt und ihre Erfahrungen mit der Umsetzung eruiert. Dabei kamen drei interessante Ansätze zur Sprache. Zum einen wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die Stadtentwicklung viel stärker als bislang auf die Bedürfnisse der langsamen Fortbewegung, die sich aus der Betreuung und Begleitung ergeben, eingehen müsse. Zum zweiten wurde die durchgängige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen des Planungsprozesses gefordert, damit die Sichtweisen von Frauen als Nutzerinnen des ÖPNV und als Teilnehmerinnen am Stadtverkehr in der Planung Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wurde betont, eine Verkehrsplanung, die sich an den Bedürfnissen der Fortbewegung im Nahraum orientiert, komme allen Menschen zugute.

Allerdings sind die Erfahrungen, die die Expertinnen mit ihrem Engagement im Sinne feministischer Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik machen, nicht sehr positiv. Die Widerstände, auf die sie im alltäglichen Handeln in Politik und Verwaltung treffen, liegen auf mehreren Ebenen:

Das Beharrungsvermögen der planenden Verwaltung verhindert die Aufnahme innovativer Ideen, sie werden durch Verfahrensvorschriften und Zuständigkeiten zergliedert und kleingearbeitet. Die Bereitschaft insbesondere der Kommunalpolitik, konkrete Vorschläge zur Verkehrsgestaltung aufzunehmen, reduziert sich auf die Fälle, in denen das Primat des Autoverkehrs nicht in Frage gestellt wird. Die Windschutzscheibenperspektive männlicher Entscheider blendet die Mobilitätsbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung aus, da diese Entscheider mit der Alltagsrealität vieler Frauen – nähräumliche Mobilität, Wegeketten, Begleitwege – nicht in Berührung kommen. Feministische Forderungen werden als Partikularinteresse einzelner Frauen interpretiert und nicht als eine Vision von einer anderen Stadt mit einer höheren Lebensqualität für alle Menschen.

Ausblick

Insgesamt hat sich seit den neunziger Jahren der Blick auf das Verkehrsgeschehen stark gewandelt. War damals das Schlagwort von der Verkehrswende noch in aller Munde, auch wenn die politisch-planerische Praxis ziemlich weit davon entfernt war, so ist nun noch nicht einmal mehr diese Vorstellung vorhanden. Der aktuelle Diskurs in Forschung und Politik ist gänzlich von der Überzeugung geprägt, dass

Verkehr eine derart komplexe Problematik darstelle, dass sie politisch nicht (mehr) zu steuern sei. Auch das eine Variante neoliberaler Hegemonie...

Aus feministischer Sicht ist unzweifelhaft, dass der Verkehr nicht der Selbstregulierung überantwortet werden kann – vor allem, da es diese Selbstregulierung nicht gibt. Verkehrsinfrastrukturen brauchen Planung, und sie werden auch geplant, wie am Beispiel des Straßenbaus deutlich zu sehen ist: Autobahnen und Ortsumgehungen werden nach wie vor immer weiter ausgebaut, unter anderem wegen des anhaltenden Trends zum Eigenheim. Auch die Investitionen in den Hochgeschwindigkeitsverkehr der Bahn, der die Mobilitätsbedürfnisse des städtischen Nahraums keinesfalls löst, sind weitgehend unhinterfragt. Selbstverständlich stehen dahinter Planungsentscheidungen und politische Prioritätensetzungen.

Das Argument des demografischen Wandels beinhaltet in der verkehrspolitischen Debatte vor allem die **These der Schrumpfung**: die Abnahme der Bevölkerung, der Rückgang der Nachfrage, die geringe Dichte des städtischen Umlands, die Entdichtung der Kernstädte. Damit in direktem Zusammenhang stehen Fragen der Finanzierung. Schon jetzt werden Bahnstrecken stillgelegt oder der städtische Nahverkehr eingeschränkt mit der Begründung, die Nachfrage sei zu gering. Zukünftig wird der demografische Wandel als quasi selbsterklärendes Argument hinzukommen. Mir ist jedoch kein Straßenbauprojekt bekannt, das aufgrund des demographischen Wandels und einer mangelnden Nachfrage in Frage gestellt worden wäre. Während außerdem Streckenstilllegungen bei der Bahn oder Einschränkungen im Busverkehr Geld sparen, wäre Straßenrückbau mit zusätzlichen Investitionen verbunden. Warum dann nicht gleich weiter Straßen bauen?

Die Verkehrsplanung in Deutschland leidet an einem grundsätzlichen Problem: Entgegen vieler Forderungen, die auch aus verkehrswissenschaftlicher Sicht vorgebracht werden, gibt es keine **integrierte Verkehrsplanung**, die die unterschiedlichen Verkehrsträger koordiniert und mit der Raumstruktur in Beziehung setzt. Der Aspekt, der im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung interessiert, ist die Gestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs. Hier werden sich Nachfrage und Bedarf aufgrund des demographischen Wandels mit großer Wahrscheinlichkeit ändern, da die städtische Bevölkerung älter werden wird. Die älteren, nicht mehr im Berufsleben stehenden Menschen sind aber genauso wenig Zielgruppe der ÖPNV-Planung wie es die Frauen mit ihren komplexen Wegeketten und Zeitbedürfnissen bisher waren.

Erinnern wir uns: Der Vollzeit erwerbstätige männliche Berufspendler, der sich morgens zum Arbeitsplatz und abends nach Hause bewegt, ist das Leitbild städtischer Verkehrsplanung. Es müsste eine grundsätzliche Abkehr von diesem Leitbild stattfinden, damit die vielen unterschiedlichen Wegezwecke und Orte, die Menschen im Alltag aufsuchen, räumlich und zeitlich miteinander verknüpft werden können.

Literaturverzeichnis

Bauhardt, Christine (1995): *Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Eine Analyse aus feministischer Sicht.* Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser

Bauhardt, Christine (1999): *Bürgersteige und Straßenbahnen für die Frauen - den Männern ICE und Transrapid? Zur Verhältnismäßigkeit von Investitionsentscheidungen für den Infrastrukturausbau.* In: Collmer, Sabine/Döge, Peter/Fenner, Brigitte (Hg.): *Technik - Politik - Geschlecht. Zum Verhältnis von Politik und Geschlecht in der politischen Techniksteuerung.* Bielefeld, S.111-125

Bauhardt, Christine (2004): *Entgrenzte Räume. Zu Theorie und Politik räumlicher Planung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Becker, Ruth (1998): *Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchale Falle für Frauen? In: Bierter, Willy/ von Winterfeld, Uta (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser, S. 257-291*

Connell, Robert W. (2000): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten.* Opladen: Leske & Budrich

Deutscher Städtetag (Hg.) (1995): *Frauen verändern ihre Stadt. Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung.* Köln

Feministische Studien extra (2000): *Fürsorge – Anerkennung – Arbeit.* Weinheim: Beltz

Flade, Antje/Limbourg, Maria (Hg.)(1999): *Frauen und Männer in der mobilen Gesellschaft.* Opladen: Leske & Budrich

FOPA/Feministische Organisationen von Planerinnen und Architektinnen (Hg.)(1994): *Entschleunigung – Abkehr von einem Lei(d)t(bild).* FreiRäume Bd. 7. Bielefeld: Kleine

Garber, Judith A. (2000): „Not Named or Identified“: *Politics and the Search for Anonymity in the City.* In: Miranne, Kristine B./Young, Alma H. (eds.): *Gendering the City. Women, Boundaries, and Visions of Urban Life.* Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, S. 19-39

Handbuch sozialwissenschaftlicher Verkehrsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (i.E.)

Klinger, Cornelia (2006): *Die Erfindung des Subjekts.* Frankfurt/M.: Suhrkamp

Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria (1996): *Einwanderer in der Kommune – Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik.* Essen: Klartext

Rinderspacher, Jürgen P. (1992): *Der Fortschritt der Schnecke. Geschwindigkeitskultur im Kontext europäischer Technik- und Kulturgeschichte.* In: Mayer, Jörg (Hg.): *Produktion von Mobilität und Stillstand. Zur Diskrepanz von Wissen und Handeln in der Verkehrspolitik.* Loccum, S. 133-155

Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne.* Frankfurt/M.: Suhrkamp

Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus.* Berlin: Berlin Verlag

Siebel, Walter (1998): *Urbanität.* In: Häußermann, Hartmut (Hg.): *Großstadt. Soziologische Stichworte.* Opladen: Leske & Budrich, S. 262-270

Margarete Zimmermann

Christine de Pizans *Stadt der Frauen* (1405) – eine geschlechterpolitische Utopie für das 21. Jahrhundert?

I

Keine andere Persönlichkeit des europäischen Mittelalters ist so präsent im 21. Jahrhundert wie die Schriftstellerin Christine de Pizan, die *First Lady of the Middle Ages*¹. Ein aktuelles Beispiel: Im Frühjahr 2005 wurde der 600. Jahrestag der Entstehung ihres frühfeministischen *Livre de la Cité des Dames* auf der offiziellen Mitteilungssseite des französischen Kultusministeriums als „Geburtstag“ eines der bedeutendsten Werke der nationalen Kultur gefeiert.² Auch auf zahlreichen anderen gesellschaftlichen Feldern finden sich Spuren des umfangreichen Werks dieser Autorin, politischen Denkerin und Reformerin. Doch woher rührt diese starke Präsenz? Ein erster Grund liegt sicher in dem weltweiten Erfolg der modernen Übersetzungen ihres *Livre de la Cité des Dames* und in der untrennbaren Einheit, die Christine de Pizan und dieses Buch bilden, sowie in der Aura, die beide umgibt. Beide sind – in sich wandelnden Kontexten und im Licht veränderter Fragestellungen – von stets neuer Aktualität.

1 Barbara Altmann, „Christine de Pizan, First Lady of the Middle Ages“, in: Contexts and Continuities, Hg. Angus J. Kennedy u.a., Glasgow 2002, 3 Bd., Bd. 1, S. 17–30; Zitat S. 17.

2 <http://www.culture.gouv.fr/culture/actualites/celebrations2005/pizan.htm>; abgerufen am 30.6.2006.

Die spätmittelalterliche Autorin provoziert Erstaunen und Verwunderung, da zahlreiche Prozesse erst mit ihr und durch sie beginnen. Zudem verweisen ihre Existenz und ihr Werk auf Rollen und Handlungsräume – die einer politischen Reformerin, Ratgeberin, zuweilen auch einer unmittelbar auf die tagespolitische Aktualität reagierenden Journalistin *avant la lettre* –, die erst Jahrhunderte später zum weiblichen Repertoire gehören werden. Wenn jedoch heute Christine de Pizan im kulturellen Gedächtnis stark präsent ist, so ist dies der *Stadt der Frauen* zu verdanken und vor allem, so meine These, ihrer utopischen Dimension. Ich möchte deshalb im folgenden erneut durch die *Stadt der Frauen* gehen und diskutieren, ob und inwiefern diese Stadt als eine geschlechterpolitische Utopie verstanden werden kann. Dazu ist es zunächst notwendig, uns auf die geschichtliche Ebene zu begeben, um dann in unsere eigene Gegenwart zurückzukehren. Hierbei können wir ähnlich vorgehen wie Christine de Pizan bei der Errichtung der *Stadt der Frauen*: Wir heben zu Beginn gemeinsam die Fundamente aus – und fragen: Wer war Christine de Pizan? Wir ziehen die Befestigungsmauern – und rekonstruieren die *Stadt der Frauen* als Text und als Raumutopie. Am Schluss fragen wir nach der Aktualität dieses Entwurfs.

II

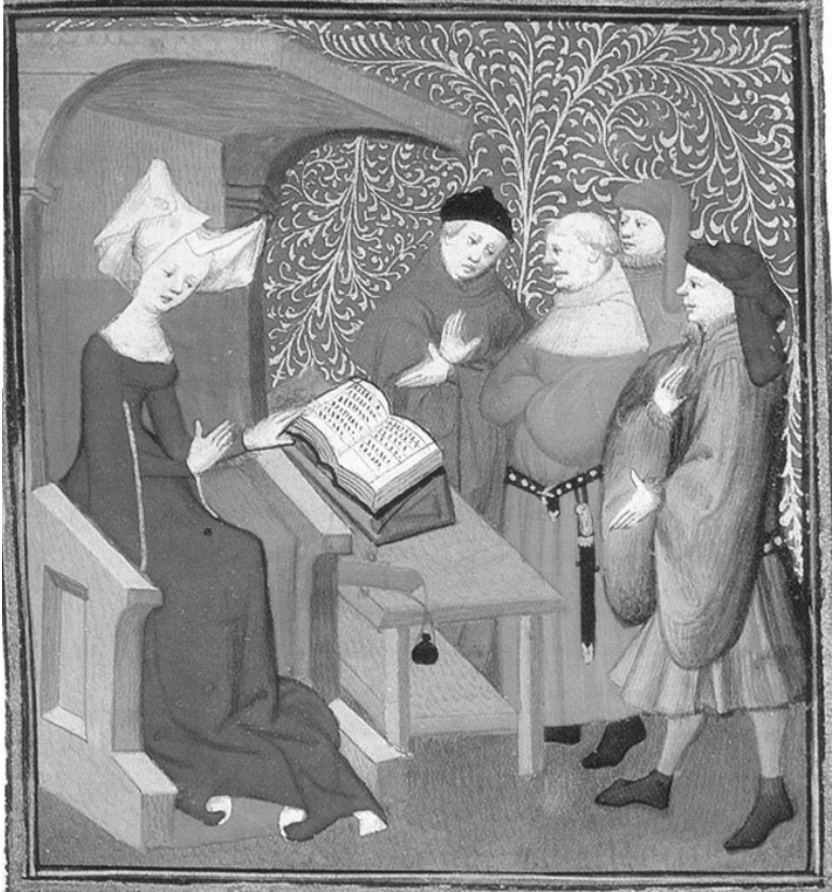
Als ich eines Tages meiner Gewohnheit gemäß, die meinen Lebensrhythmus bestimmt, umgeben von zahlreichen Büchern aus verschiedenen Sachgebieten, in meiner Klause saß und mich dem Studium der Schriften widmete, war mein Verstand es einigermassen leid, die bedeutenden Lehrsätze verschiedener Autoren, mit denen ich mich seit längerem auseinandergesetzt hatte, zu durchdenken. Ich blickte also von meinem Buch auf und beschloß, diese komplizierten Dinge eine Weile ruhen zu lassen [...] und mich stattdessen bei der Lektüre heiterer Dichtung zu zerstreuen.³

Wer spricht hier zu Beginn des 15. Jahrhunderts, zudem mit einer derart selbstbewußten Stimme, aus der Einsamkeit einer weiblichen Gelehrtenstube? Und wer inzeniert sich immer wieder im Medium des Bilds als Gelehrte, so zum Beispiel in der umseitigen Selbstdarstellung als Lehrende? Wer war Christine de Pizan?

Am Anfang steht eine Reise, gefolgt von einem Ortswechsel von Italien nach Frankreich. Allerdings sind sich die Akteure dieser Bewegungen im Raum nicht

3 Christine de Pizan, Das Buch von der Stadt der Frauen. Hg. und übers. von Margarete Zimmermann, Berlin 1986, München 1990 u.ö., S. 35.

Abb. 1: Christine belehrt eine Gruppe von Männern.



(British Library, Harley 4431, fol.259v.)

sofort der Konsequenzen bewusst. Im Rahmen dessen, was wir heute als *brain drain* bezeichnen, verläßt Christines Vater, der Wissenschaftler Tommaso da Pizzano, seine Heimat Italien, um auf Bitten König Charles' V. als Arzt und Astrologe am königlichen Hof in Paris zu arbeiten. Nach drei Jahren folgt ihm seine Familie und damit erfolgt *unsere Übersiedlung von Italien nach Frankreich*⁴, wie Christine de Pizan später schreibt. Für die um 1364 in Venedig geborene Christine, die in einem mehrsprachigen Milieu und gleichsam ‚zwischen‘ unterschiedlichen Kulturen aufwächst, wird das Erlebnis kultureller Alterität zu einer prägenden Grunderfahrung. Außerdem verbringt dieses *Kind*

4 Christine de Pizan, *Le livre de l'advison Christine*, Hg. Christine Reno/Liliane Dulac, Paris 2001, S. 96: le transport de nous d'Italie en France.– Alle Übersetzungen in diesem Aufsatz stammen von Margarete Zimmermann.

*zweier Welten*⁵ seine Jugend am Hofe des Charles V. und damit in unmittelbarer Nähe einer der bestbestückten Bibliotheken des damaligen Europa, zugleich eines Zentrums des Kulturtransfers, denn der gelehrte König lässt zahlreiche literarische und wissenschaftliche Schriften aus dem Lateinischen und Griechischen ins Französische übersetzen. Zeit ihres Lebens wird Christine selbst deshalb ebenfalls zwischen den Kulturen vermitteln und Kulturtransfer betreiben: zunächst zwischen Frankreich und Italien, dann innerhalb von Europa, wohin ihre Schriften von Diplomaten und Reisenden ‚exportiert‘ werden.

Christine, die sowohl in ihrem Körperbau wie auch in ihrer unstillbaren Wissbegierde stark ihrem Vater Tommaso ähnelt, ist eine der für die Frühe Neuzeit so typischen ‚Vater-Töchter‘, gekennzeichnet durch eine starke emotionale wie intellektuelle Bindung an den leiblichen Vater, später auch an den ‚Übervater‘, den französischen König Charles V. Immer wieder setzt sie in ihren Werken ihrem Vater ein Denkmal. Und als Antwort auf die nicht nur im Mittelalter verbreitete Ansicht, Frauenbildung sei entweder völlig überflüssig oder solle sich auf das Notwendigste beschränken, errichtet die Autorin in ihrem *Buch von der Stadt der Frauen* eine ‚Galerie der guten Väter‘, gebildet aus dem römischen Rhetor Hortensius Quintus, dem Juristen Giovanni Andrea aus Bologna und ihrem eigenen Vater, die ihren wißbegierigen Töchtern nicht den Zugang zur Bildung versperren.⁶ Rückblickend spricht Christine stets mit großer Bewunderung von Tommaso, erzählt von der Weitergabe der *Wissensschätze des Vaters*⁷ an sie, die begabte Tochter. Doch sie bedauert, dass sie sich mit *winzigen Teilchen, Hälmmchen, Pfennigen und kleinen Münzen*⁸ habe zufrieden geben müssen. Dies sei, so betont sie, allein auf *einen alten Brauch und Gewohnheit*⁹ zurückzuführen, nicht jedoch auf Recht. Hier wird ungemein modern argumentiert. Sehr entschieden fordert Christine die Gleichheit der Bildungschancen und zwar im Namen eines Rechts, das gegen die herrschende gesellschaftliche Praxis gesetzt wird. Deutlich wird ebenfalls eine historische Relativierung von Zuständen, die von den Gegnern der Frauenbildung als Zustände von überzeitlicher Gültigkeit präsentiert werden. Diese Historisierung hat politische Folgen, denn was geschichtlichem Wandel unterworfen ist, kann geändert werden.

Die erste Lebensphase Christines de Pizan läßt sich in wenigen Worten resümieren: Als Fünfzehnjährige heiratet sie standesgemäß den königlichen Sekretär

5 Charity Cannon Willard, Christine de Pizan. Her Life and Her Work, New York 1984, S. 15.

6 Vgl. hierzu Christine de Pizan, Das Buch von der Stadt der Frauen. Hg. und übers. von Margarete Zimmermann, Berlin 1986, München 1990 u.ö., II. Buch, S. 183-185.

7 Christine de Pizan, Le livre de la Mutacion de Fortune (1402/03), zitiert nach Margarete Zimmermann (Hg.), Wege in die Stadt der Frauen. Texte und Bilder der Christine de Pizan, Zürich 1996, S. 28.

8 Ebenda, S. 28.

9 Ebenda, S. 28.

Étienne du Castel und hat mit diesem drei Kinder. Doch dann werfen drei Todesfälle sie aus der Bahn eines konventionellen spätmittelalterlichen Frauen-Lebens: 1380 – der Tod des Königs; 1385 – der des Vaters; 1389 – der Tod Étiennes. Die Fünfundzwanzigjährige steht jetzt allein mit der Sorge für ihre drei Kinder, ihre Mutter, für weitere Verwandte. Eine ohne den Schutz einer Familie im Ausland lebende junge Witwe: Dies ist im 15. Jahrhundert eine extrem schwierige Situation. Gewöhnlich werden Witwen so schnell wie möglich wieder-
verheiratet. Geschieht dies nicht, so erwartet man von ihnen ein unauffälliges, ausschließlich wohlthätigen Werken gewidmetes Leben. Christine de Pizan geht andere Wege und bricht damit mit den geschlechtsspezifischen Normen ihrer Epoche.

Allerdings verlangt dies eine radikal neue Geschlechterrolle, einen Gender-Wechsel. Später schildert sie anschaulich und mit einem gewissen Bedauern, wie sie durch das Eingreifen Fortunas zu einem Mann wird.¹⁰ Christine schafft sich damit eine persönliche Mythologie und erklärt, wie sie den Zustand lähmender Depressivität tatkräftig überwindet: durch den Wechsel von einer ‚weiblichen‘ zu einer ‚männlichen‘ Existenzform und die Annahme eines maskulinen Habitus.

Wie es ihr tatsächlich in den schwierigen Jahren ab 1389 gelingt zu überleben, wissen wir nicht. Auf jeden Fall überreicht sie 1399 ihr erstes Werk, die *Hundert Balladen*, der französischen Königin Isabeau de Bavière. Christine hat diesen Schritt durch eine längere Phase des autodidaktischen Lernens vorbereitet.¹¹ Wie ein Lauffeuer verbreitet sich der Ruhm der jungen Hofdichterin Christine, und sie wird zu einer europäischen Berühmtheit, nicht zuletzt wegen dieser ‚exotischen‘ Sonderstellung. Sie entwickelt sich in der Folgezeit – dies ein unerhörtes Novum – zur politischen Ratgeberin der Mächtigen, indem sie auf die durch den Hundertjährigen Krieg und seine Folgen hervorgerufene Krisensituation mit einer Vielzahl von Schriften zur gesellschaftlichen Reform, aber auch zu Themen der Tagesaktualität reagiert.¹²

1418 verlieren sich vorläufig ihre Lebensspuren; vermutlich lebt sie von diesem Jahr an in dem Dominikanerinnen-Kloster Saint-Louis de Poissy nordwestlich von Paris. Am 31. Juli 1429 vollendet Christine de Pizan ihr allerletztes Werk, eine Hymne auf die Jungfrau von Orléans, bemerkenswert in mehrfacher Hinsicht: Es ist das erste Gedicht auf Jeanne d’Arc überhaupt, zugleich das

10 Siehe hierzu Zimmermann (Hg.), *Wege...*, 1996, S. 47ff.

11 Vgl. Zimmermann (Hg.), *Wege...*, 1996, S. 56f.

12 Siehe hierzu Margarete Zimmermann, *Christine de Pizan*, Reinbek 2002, S. 100-114, sowie dies., „Minervas jüngere Schwester: Die politische Schriftstellerin Christine de Pizan“, in: Eef Overgaauw (Hg.), *Christine de Pizan*, „Das Buch vom Fechten und von der Ritterschaft“, Berlin 2005, S. 11-17.

einzig, das noch zu Jeannes Lebzeiten entsteht. Außerdem schreibt Christine hier eine Zeitgenossin, zudem ein Bauernmädchen, in das kulturelle Gedächtnis ein. Und zufrieden, fast heiter heißt es am Schluss: *An dieser Stelle endet ein wunderschönes Gedicht, verfasst von Christine*.¹³ Mit diesen Worten verstummt die kluge, streitbare Stimme der Christine de Pizan. Sie stirbt um 1430 im Alter von etwa 65 Jahren, wahrscheinlich in dem Kloster von Poissy.

Dass sie eine europäische Autorin ist, die auch im deutschen Sprachraum bekannt ist, dafür gibt es zahlreiche Indizien. Zunächst einmal finden sich in deutschen, österreichischen und schweizer Bibliotheken auch heute noch zahlreiche Abschriften ihrer Werke. Des weiteren wird eines ihrer Bücher, der Traktat über das Waffenhandwerk, *Les fais d'armes et de chevalerie* (1410), um 1453 unter dem Titel *Das buoch von dem vechten und von der ritterschafft* auf Veranlassung des Berner Stadtbürgers Jakob vom Stein ins Deutsche, genauer: ins Alemannische, übersetzt.¹⁴ In späteren Jahrhunderten erinnern Schriftsteller wie Christoph Martin Wieland im 18. Jahrhundert oder um 1900 Rainer Maria Rilke an sie.¹⁵ Im Berlin der Wende zum 20. Jahrhundert lesen die Sozialistin und Frauenrechtlerin Lily Braun sowie der Militärschriftsteller Willibald Stavenhagen zwar nicht gemeinsam, aber mit ähnlich großem Interesse ihre Werke. Doch Stavenhagen kann nicht umhin, die spätmittelalterliche Intellektuelle in Opposition zum unliebsamen, da die Geschlechterordnung um 1900 erheblich störenden Suffragettentum zu setzen.¹⁶

Überhaupt bezieht man sich immer dann, wenn in Europa über Geschlechterprobleme gestritten wird, auf Christine de Pizan – als Ahnherrin eines je nach Betrachterperspektive konservativen wie fortschrittlichen Feminismus.¹⁷ Dazu passt es, wenn im Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts Dietrich Schwanitz in eher polemischer Absicht auf Christine de Pizan zurückkommt: In seinem *Campus*-Roman begegnen wir ihr als Ahnherrin eines beunruhigenden Feminismus der Gegenwart und als *Schutzheilige der Feministinnen*¹⁸.

13 Zitiert nach Zimmermann, Christine de Pizan, 2002, S. 46.

14 Siehe hierzu Wolfram Schneider-Lastin, „Christine de Pizan deutsch. Die Übersetzung des Livre des fais d'armes et de chevalerie in Ms. germ. fol. 1705 der Staatsbibliothek zu Berlin“, in: Overgaauw (Hg.), Christine de Pizan..., 2005, S. 49-71.

15 Vgl. Zimmermann, Christine de Pizan, 2002, S. 128ff.

16 Willibald Stavenhagen: „Eine Frau als Militärschriftstellerin“. In: Helene Lange (Hg.), Die Frau. Monatsschrift für das ganze Frauenleben unserer Zeit, 8. Jg., H. 4, Januar 1901, S. 200-201.

17 Siehe hierzu Margarete Zimmermann, „Christine de Pizan und die Feminismus-Debatten des frühen XX. Jahrhunderts“, in: Renate Kroll/dies. (Hg.), Feministische Literaturwissenschaft in der Romanistik, Stuttgart/Weimar 1995, S. 156-186.

18 Dietrich Schwanitz, Der Campus, Frankfurt a.M. 1995.

III

Christine de Pizan verfasst das *Buch von der Stadt der Frauen* zwischen Dezember 1404 und April 1405. Die zu diesem Zeitpunkt bereits anerkannte Schriftstellerin hatte um 1400 Aufsehen erregt in ihren Stellungnahmen zum *Rosenroman*, Jean de Meuns Fortsetzung des von Guillaume de Lorris um 1270 begonnenen Werkes, durch ihre entschiedene Verteidigung des weiblichen Geschlechts und Auseinandersetzung mit ehe- und frauenfeindlichen Traditionen, die über dieses äußerst beliebte Werk verbreitet wurden. Christine hatte es gewagt, einen öffentlichen Streit um dieses Buch und die dort zu findenden Kommentare zum Verhältnis von Männern und Frauen zu entfesseln. Sie gipfelt in Versen wie: *Liebe Herren, hütet Euch vor den Frauen, / wenn Ihr Eure Leiber liebt und Eure Seelen [...] Fliht, flieht, flieht, flieht, / flieht, Kinder, flieht ein solches Geschöpf, [...] denn sie vernichtet/vergiftet und verseucht/jeden Menschen, der sich ihr nähert. / [...] die böse, kalte Schlange*¹⁹ und in der Aufforderung, sich Frauen nur noch zu Zwecken der Fortpflanzung zu nähern. Ferner hatte Christine de Pizan den immer noch verehrten Jean de Meun sowie die große Schar seiner Bewunderer öffentlich angegriffen und als lesende wie auch als schreibende Frau entschiedene Einwände zu den von ihm entwickelten Vorstellungen von Weiblichkeit formuliert²⁰ und insgesamt eine kritischere Haltung zu diesem Werk durchgesetzt. Zugleich betrachtet die moderne Geschlechterforschung diesen Streit als einen ersten Höhepunkt der sog. *Querelle des Femmes*, den Streit um die Frauen oder Streit der Frauen. Es handelt sich um jene große europäische Geschlechterdebatte in Wort und Bild, aber auch *um* Wort und Bild, in der das Verhältnis der Geschlechter – Über- oder Unterlegenheit bzw. Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts – verhandelt wird und an der sich sowohl Männer wie Frauen beteiligen.²¹

Über die Umstände der Entstehung der *Stadt der Frauen* wissen wir nichts: Handelt es sich um ein Auftragswerk? Geht dieses Buch wirklich auf einen emotionalen Schock, auf ein höchst unerfreuliches Leseerlebnis zurück, wie es die Autorin in der Eingangsszene dieses Buchs darstellt? All dies ist Vermutung. Wir wissen nur, dass die Empfänger der beiden wichtigsten Abschriften die Herzöge von Berry und Burgund waren, dass der Text in der Folgezeit oft abgeschrieben und aufwändig illuminiert wurde und dass zu den Eigentümern dieser Abschriften zahlreiche adlige Frauen der Frühen Neuzeit zählten. Im 15./16.

19 Guillaume de Lorris/Jean de Meun, *Der Rosenroman*, übersetzt u. eingeleitet v. K. A. Ott, 3 Bd., München 1976-79, V. 16 577ff.

20 Vgl. hierzu detaillierter Margarete Zimmermann, „Der Streit um den Rosenroman“, in: dieselbe, *Christine de Pizan*, Reinbek 2002, S. 55-65.

21 Zur ersten Information siehe Margarete Zimmermann, „Querelle des Femmes“, in: Renate Kroll (Hg.), *Metzler Lexikon Gender Studies/Geschlechterforschung*, Stuttgart/Weimar 2002 u.ö., S. 329-330.

Jahrhundert erfolgen außerdem Übersetzungen ins Niederländische und Englische. Überraschenderweise bricht die Rezeptionsgeschichte vorläufig ab: Es ist, als versänke die *Cité des Dames* in einen jahrhundertelangen Dornröschenschlaf, bis dann im 20. Jahrhundert im Gefolge der ersten Edition der *Cité des Dames* moderne Übersetzungen ins Englische, Niederländische, Deutsche, Französische, Katalanische, Spanische und Italienische entstehen. Sie erst ‚demokratisieren‘ die *Stadt der Frauen*, öffnen ihre Tore weit und führen ihr hundertausende neuer Leser und Leserinnen zu. Mehr noch: Sie verhelfen Christines Buch zu einer globalen Verbreitung und machen es, wenngleich mit großer Verspätung, zu einem Klassiker der Weltliteratur.

Der Originaltitel *La Cité des Dames* sowie ihr argumentatives Grundkonzept verweisen auf Augustins *De civitate dei* (*Der Gottestaat*), der unter dem Titel *La Cité de Dieu* ins Französische übersetzt wurde. Eine andere Schrift, an der sie sich orientiert, ist Boccaccios Buch *De claris mulieribus – Berühmte Frauen* – mit über einhundert biographischen Kurzporträts von außergewöhnlichen Frauen der Antike und der Frühgeschichte. Doch während Boccaccio seine eigene Gegenwart bewußt ausspart, oft frauenfeindliche Klischees einfließen lässt und seine Porträts chronologisch anordnet, ersinnt Christine eine thematische Anordnung, geht bis in die Gegenwart und befreit ihre Frauengestalten von den Schlacken misogynen Überlieferung.

Die *Stadt der Frauen* ist zunächst ganz konkret die Geschichte der Entstehung einer Stadt. Ihr Baumaterial und die ‚Steine‘ sind die Geschichten von herausragenden Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts aller Epochen und Kulturbereiche. In den drei Teilen dieses Buchs verfolgen wir Schritt für Schritt die Genese eines imaginären Raums, ausgestattet mit den architektonischen Merkmalen einer realen mittelalterlichen Stadt. Zugleich aber ist die *Stadt der Frauen* ein Buch über die Entstehung eines Buches. Wir erinnern uns: Zu Beginn inszeniert sich Christine als Lesende, mit dem Habitus einer Gelehrten, in ihrer mit Büchern gefüllten Studierstube. Es ist eine Leserin, die, nachdem sie sich an anspruchsvollen Werken abgearbeitet hat, nach einer vermeintlich leichten Lektüre greift, stattdessen an eine vehement frauen- und ehefeindliche Schrift gerät und in tiefe Melancholie versinkt. Rettung naht in Gestalt dreier überirdischer Gestalten, die in der Studierstube erscheinen. Diese Szene besitzt eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Verkündigung des Heiligen Geistes (hier: die drei Hohen Frauen) an Maria (hier: Christine), sie werde einen Sohn (hier: ein Buch) zur Welt bringen, das der Menschheit (hier: den Frauen) zum Heil gereichen werde. Diese Frauen – es sind Allegorien der weltlichen Tugenden Vernunft, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit – versprechen Abhilfe und bezeichnen Christine in ihrer Eigenschaft als Intellektuelle als eine Auserwählte,

der sie sich offenbaren, um sie zu trösten und mit der Ausführung eines außergewöhnlichen Bauwerks zu betrauen:

Jetzt fang an, Tochter. Laß uns, ohne noch mehr Zeit zu verlieren, hinausgehen auf das Feld der Literatur: Dort wollen wir die Stadt der Frauen auf einem fetten, fruchtbaren Boden errichten, dort, wo alle Früchte wachsen, sanfte Flüsse fließen und die Erde überreich ist an guten Dingen jeglicher Art. Nimm die Spitzhacke deines Verstandes, grabe tief und hebe überall dort einen Graben aus, wo es mein Lot dir anzeigt [...]»²².

Das zweiteilige Frontispiz der *Cité des Dames* in der Londoner Sammelhandschrift Harley 4431 zeigt als mittelalterliches Simultanbild zwei zeitlich aufeinander folgende Vorgänge: links die Begegnung Christines mit den drei Allegorien Vernunft, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, rechts den Beginn der Arbeit gemeinsam mit Frau Vernunft.

Abb. 2: Christine de Pizan, mit den drei Tugenden und beim gemeinsamen Mauerbau



(Ms. BnF Paris, f.fr.607, fol 2)

22 Christine de Pizan, *Stadt der Frauen*. Hg. und übers. von Margarete Zimmermann, 1986/1990 u.ö., S. 48.

In den nun einsetzenden, mal schnellen, dann wieder eher zögernd-nachdenklichen Dialogen mit einer der drei Tugenden formuliert Christine, verborgen hinter der Maske einer naiven Fragestellerin, stets eine frauenfeindliche Denkweise oder ein misogynies Klischee, das in den anschließenden Diskussionen erörtert, zuweilen auch genüsslich zerfetzt und durch exemplarische Geschichten vorbildlicher Frauen ersetzt wird. Die Erinnerung an sie und ihre Taten wird auf diese Weise bewahrt, verschriftlicht und an spätere Leser weitergegeben, und es entsteht ein großes Gedächtniswerk weiblicher Kultur.

Die Errichtung der Frauenstadt vollzieht sich in drei Etappen bzw. Büchern. Im ersten, im Dialog mit Frau Vernunft, geht es um Herrscherinnen, dann um den weiblichen Beitrag zu Wissenschaften und Künsten und um die lebenspraktische Klugheit von Frauen. Hier begegnen wir Königinnen aus der französischen Geschichte, aber auch anderen Fürstinnen des Mittelalters und hören von Semiramis, Zenobia und Artemisia, Herrscherinnen, die unerschrocken ihre Länder wie auch ihre politischen Interessen verteidigen.

Immer wieder, fast schon obsessiv häufig erzählt Christine von den Amazonen und vergleicht ihre eigene langsam entstehende Stadt der Frauen mit dem Reich der Amazonen. Besonders ausführlich stellt sie die Stabilität und die Überlegenheit dieses Frauenreiches dar, betont dessen Wehrhaftigkeit und die *longue durée* des Amazonenreichs, das jedoch am Ende zerstört wird. Selbstbewusst stellt sie das ihrer Feder entwachsende Frauenreich in die Nachfolge der Amazonen und gibt ihrer imaginären Stadt damit ein geschichtliches Fundament. Zugleich jedoch bezeichnet sie diese als unzerstörbar, die Zeiten überdauernd und deshalb als dem Amazonenreich überlegen.

Im Mittelpunkt des zweiten Buchs stehen Prophetinnen und vorbildliche weibliche Verhaltensweisen in Familie und Gesellschaft, ferner der weibliche Zugang zur Bildung. Am Ende erfolgt ein Schwenk in die eigene Gegenwart, wenn Christine von großen Zeitgenossinnen spricht, die es mit den vorbildlichen Frauengestalten aus Mythologie und Bibel, so suggeriert sie, aufnehmen können. Im dritten Buch vollendet Frau Gerechtigkeit die Stadt der Frauen, indem sie ihr die Heiligen und die Jungfrau Maria zuführt. Das Buch endet mit dem Aufruf der Autorin an die Frauen ihrer eigenen, aber auch künftiger Zeiten, diese Stadt zu bewahren und zu verteidigen und die Tugend als das ‚Eintrittsbillet‘ zu diesem utopischen Raum zu betrachten. Moderne Leserinnen sollten den etwas antiquiert wirkenden Begriff ‚Tugend‘ ersetzen durch Vorbildlichkeit oder durch Konsequenz, Radikalität bei der Verwirklichung eines Projektes, das stets gruppenbezogen ist. Am Ende der *Stadt der Frauen* wendet sich das Text-Ich Christine mit den folgenden Worten an die künftigen Bewohnerinnen:

[...] diese neue und vollkommene Stadt [...] soll Euch allen, die Ihr die Tugend liebt [...] als Hort und Zufluchtsort gegen Eure Feinde und Angreifer [dienen]. Denn Ihr seht, daß sie ganz und gar aus dem Material Tugend besteht, einer strahlenden Tugend, in der Ihr Euch alle spiegeln könnt.²³

Tugend/*vertu* ist also das vorrangige Auswahlprinzip, das ‚Eintrittsbillet‘, der ‚Ausweis‘ für die Bewohnerinnen der Frauenstadt, die Christine später auch als *citoyennes de vertu* (Tugendbürgerinnen) bezeichnet.²⁴ „Tugend“ liegt allerdings ein Verständnis zugrunde, das im Mittelalter und ganz besonders bei Christine keineswegs jenen *sauertöpfischen Beigeschmack* besitzt, der diesem Begriff heute eigen ist, sondern sie war ein *höchst anmutiges, anlockendes und charmantes Wesen*,²⁵ bedeutete ein *dauernd lebendiges, glückseliges Könnens- und Machtbewußtsein zum Wollen und Tun eines in sich selbst und gleichzeitig für unsere Individualität allein Rechten und Guten*²⁶ und kann am ehesten mit der antiken *virtus* verglichen werden. Wenn wir dies in eine uns vertrautere Begrifflichkeit übersetzen, so ließe sich Christines Tugendbegriff umschreiben mit einer Form höchster weiblicher Selbstverwirklichung. Diese besteht darin, mit den eigenen Talenten zu ‚wuchern‘, diese bis zur Vollkommenheit auszubilden oder, wie aus den Heiligenviten des dritten Buchs ersichtlich wird, die eigene körperliche oder seelische Integrität in einer Weise zu verteidigen, die eine gewisse Radikalität nicht ausschließt.

Die Frauen-Stadt als unzerstörbare Festung, als wehrhaftes, zudem kostbar ausgestattetes architektonisches Gebilde mit rein femininer Bevölkerung, ist also ein Wunschraum *par excellence* und eine Art gesteigertes Amazonenreich, in dessen Nachfolge Christine diesen Raum immer wieder stellt. Allerdings löst sie ihre Idealstadt vollkommen aus allen heterosexuellen Zusammenhängen, denn im Unterschied zu den Amazonen vermehren sich die Bewohnerinnen durch intellektuelle Parthenogenese, das heißt durch die ‚Anwerbung‘ weiterer tugendhafter Frauen und mittels des ‚Lockmittels Buch‘.

Christines Stadt ist zugleich ein durch und durch intellektuelles Konstrukt, ein Buch über die Entstehung eines Buches, das in weiblicher Gemeinschaftsarbeit entsteht und sich als Trost- und Exemplabuch an alle lesefähigen Frauen des Spätmittelalters richtet. Eingeschrieben in die *Stadt der Frauen* sind also zahlreiche *Bilder lesender Frauen*.²⁷ Es geht Christine um eine Verbesserung des

23 Ebenda, S. 286.

24 Christine de Pizan, *Le Livre des Trois Vertus*, Hg. Charity Cannon Willard/Eric Hicks, Paris 1989, S. 9.

25 Max Scheler, "Zur Rehabilitierung der Tugend", in: ders., *Vom Umsturz der Werte. Abhandlungen und Aufsätze*, Bern 41955, S. 15-31; Zitat S. 15 (Hervorhebungen vom Autor).

26 Scheler, 41955, S. 15 (Hervorhebungen vom Autor).

27 Siehe dazu Angelica Rieger/Jean-François Tonard (Hg.), *La lecture au féminin. La lectrice dans la littérature française du Moyen Age au XXe siècle*, Darmstadt 1999.

weiblichen Selbstbildes mittels dieser gewaltigen Exemplasammlung, auf die die Frauen dann zu ihrer Selbstverteidigung, aber auch zwecks Heilung von Verletzungen zurückgreifen können. Sie gibt ihnen also eine Art intellektuelles Waffenarsenal an die Hand. Auch hier lässt sich ein Übergang von der Mikro- auf die Makro-Ebene feststellen: Entwarf sich Christine zu Beginn des Buchs als ein melancholiefälliges, durch diffamierende Diskurse über Weiblichkeit in einer Identitätskrise befangenes Wesen, das dann durch den Dialog mit den drei Tugendallegorien diesen Zustand überwindet, so ermöglicht sie ihren potentiellen Leserinnen auf der Makro-Ebene einen Dialog mit dem Text der *Stadt der Frauen* eine analoge Entwicklung.

IV

Doch weshalb entscheidet sich Christine für die Form der Stadt als idealen Raum? Weshalb nicht für eine der allegorischen Festungen, Trutzburgen oder auch Schiffe, die in späteren Schriften der *Querelle des Femmes* anzutreffen sind? Obwohl Christine bei ihrem Entwurf sicherlich auch das himmlische Jerusalem im Sinn gehabt hat, knüpft sie hier doch vor allem ganz bewusst an das avancierteste Gesellschaftsmodell ihrer Zeit an, eine ausgesprochen moderne, zukunftsweisende Form des menschlichen Zusammenlebens. Vermutlich verweist dieses Gesellschaftsmodell auf Italien, so wie man es in Lorenzettis Fresko *Die Auswirkungen der Guten Regierung* im Palazzo comunale von Siena dargestellt findet, vermuten lässt. Es zeigt das Bild der spätmittelalterlichen Stadt mit der Vielheit der ineinander geordneten Lebensformen und der Tätigkeiten, die sich innerhalb der Sicherheit und Frieden gewährenden Mauern entfalten können. Das Zusammenleben erfolgt nicht konfliktfrei, sondern ist reguliert über den kommunalen Konsens. Wir können dieses Bild zugleich lesen als eine Repräsentation der Stadt der Frauen mit ihrer Vielfalt von Gruppen, die ebenfalls unter dem Zeichen eines Konsenses zusammenleben, des Konsenses der Vorbildlichkeit und des Geschichtlichen. Allerdings ersetzt Christine die *stadtbürgerliche Gesellschaft freier und gleicher Hausväter*²⁸ durch vorbildliche Frauen aller Kulturbereiche und aller sozialen Schichten.

Wer hat in der Frühen Neuzeit das Buch von der *Stadt der Frauen* besessen, wer es gelesen? Auf jeden Fall der Frühaufklärer Pierre Bayle, denn er zitiert es in seinem *Dictionnaire historique et critique* (1697), desgleichen der Marquis de Paulmy, Eigentümer der bedeutendsten Pariser Privatbibliothek des 18. Jahrhunderts, der gleich zwei Exemplare sein eigen nennt. Traditions- und Vermittlungslinien anderer Art werden in den Bibliotheken von Adligen wie Anna

²⁸ Karl S. Bader/Gerhard Dilcher, Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt – Bürger und Bauer im Alten Europa, Springer Verlag: Berlin 1999, S. 487.

Abb. 3: Ambrogio Lorenzetti, „Die Auswirkungen der Guten Regierung“ (um 1338) aus dem Freskenzyklus „Allegorien der guten und der schlechten Regierung“ im Ratssaal der Neun, Palazzo Pubblico in Siena



The York Project: 10.000 Meisterwerke der Malerei. DVD-ROM, 2002. ISBN 3936122202.
Distributed by DIRECTMEDIA Publishing GmbH.

von Frankreich, Margarete von Navarra, Diana von Poitiers oder Margarete von Österreich erkennbar. Sie alle und andere, auch bürgerliche Frauen, gehörten zu Christines Leserschaft, besaßen Abschriften ihrer Werke und vererbten sie an ihre Töchter weiter. Einige von ihnen – zum Beispiel im 16. Jahrhundert Cathérine d'Amboise, Gabrielle Coignard oder Margarete von Navarra – werden selbst Schriftstellerinnen, vielleicht (auch) unter dem Einfluss der großen Vorgängerin aus dem Mittelalter. Andere Spuren führen in die Empfangsräume und repräsentativen Gemächer von Herrscherinnen wie Margarete von Österreich, in denen riesige Tapisserien mit Motiven aus der *Stadt der Frauen* hingen.²⁹ Diese Adligen, die nicht selten Regentinnen wurden, umgaben sich also mit Bildern von Artemisia oder Semiramis und schufen sich so eine eigene Genealogie und Bildwelt, ein neues, geschlechtsspezifisches Imaginarium, um sich als Herrscherinnen zu legitimieren.

V

Kehren wir zu unserer anfänglichen Vermutung zurück, die ungebrochene Faszination der Stadt der Frauen hinge mit deren utopischem Potential zusammen. Haben wir es überhaupt mit einer Utopie zu tun? Hier müssen zunächst

²⁹ Zu diesen Zusammenhängen siehe Susan Groag Bell, *The Lost Tapestries of the City of Ladies*. Christine de Pizan's Renaissance Legacy, Berkeley/Los Angeles/London 2004.

zwei Probleme diskutiert werden: die Verklammerung des Begriffs Utopie mit der ersten literarischen Utopieschrift, der 1516 veröffentlichten *Utopia* des Thomas Morus, die immer wieder aufs neue als ein genuines Zeugnis der Neuzeit interpretiert wird.³⁰ Zugleich fragen wir uns nach der Beziehung zwischen Begriff und Sachverhalt. Anders formuliert: Gibt es bereits Utopien vor der Entstehung des Begriffs selbst? Schafft erst der Begriff die Gattung Utopie, oder existiert diese bereits zuvor? Diese Frage lässt sich relativ schnell beantworten, denn Morus' *Utopia* – wie später Francis Bacons *Neu-Atlantis* (1624) – stehen in der Tradition von Platons *Atlantis*. Aber gibt es überhaupt schon im Mittelalter Utopien? Die Antwort hängt [...] einerseits ab von der Definition des Utopiebegriffs, andererseits von der Definition des Mittelalters und der Neuzeit und von der Auffassung über das Verhältnis beider Epochen.³¹ Ich plädiere für eine Entgrenzung des Utopiebegriffs, denn selbstverständlich existiert auch im Mittelalter utopisches Denken als – so Karl Mannheim – alle jene seinstranszendenten Vorstellungen [...], die irgendwann transformierend auf das historisch-gesellschaftliche Bewußtsein wirkten.³² Utopisches Denken tritt im Mittelalter meist in Form von *Wunschzeiten und Wunschräumen*³³ auf, zu denen das irdische Paradies, die Inseln des Glücks, Arkadien – und der Entwurf idealer Städte wie Christine de Pizans Frauenstadt gehören.³⁴

Begeben wir uns erneut in die *Stadt der Frauen*. Christine konstruiert zunächst eine Text-Festung, erbaut aus Bausteinen, will sagen: Exempla, die für die verschiedensten Formen weiblicher Idealität stehen. Aber zugleich entsteht eine Stadt, entworfen als ein Ort, der den *Beginn eines neuen Königreiches der Frauen*³⁵ in der Nachfolge des Amazonenreichs markiert. Außergewöhnlich ist diese Stadt im Hinblick auf ihre feminine Bevölkerung, ihre Beständigkeit und damit Zeitenthobenheit sowie ihre makellose Schönheit. Auffällig an diesem Entwurf ist auch die Prozeßhaftigkeit, eine grundsätzliche Unabgeschlossenheit. Mit anderen Worten: Gezeigt wird die langsame Errichtung einer *Stadt der Frauen*, nicht aber ein endgültiger Zustand oder ein konkretes ‚Funktionieren‘ der Frauenstadt nach präzisen Regeln.

Handelt es sich bei der *Stadt der Frauen* also um eine Utopie? Die Antwort lautet „Nein“, wenn wir sie nach Kriterien beurteilen, die aus frühneuzeitlichen Utopie-Schriften wie Thomas Morus' *Utopia* gewonnen wurden. Anders verhält es sich,

30 Otto Gerhard Oexle, „Utopie“, in: *Lexikon des Mittelalters* 8, 7. Lieferung, 1997, S. 1345-1348. Zitat S. 1345.

31 Oexle, 1997, S. 1345.

32 Zitiert nach Oexle, 1997, S. 1346.

33 Alfred Doren, „Wunschräume und Wunschzeiten“, in: *Vorträge der Bibliothek Warburg 1924/25*, Berlin 1927, S. 158-205.

34 Siehe dazu Oexle, 1997, S. 1347.

35 Christine de Pizan, *Stadt der Frauen*. Hg. und übers. von Margarete Zimmermann, 1986/1990 u.ö., S.148.

wenn wir diese Frauenstadt in den Kontext mittelalterlicher Traditionen utopischen Denkens stellen und damit an den Beginn einer feminozentrischen Utopietradition, die ihre Räume eben dezidiert anders konstruiert, als dies bei androzentrischen Utopien der Fall ist.³⁶

Christine de Pizan entwirft keine Sozialutopie im modernen Verständnis, keine ideale Organisationsform menschlicher Gesellschaft, sondern sie konzentriert eine feminine Elite an einem Ort – der idealen Stadt –, der zugleich Geschlossenheit (als wehrhafter Ort) als auch eine modern anmutende Offenheit hinsichtlich seiner Bewohnerinnen beinhaltet. Dieses Konzept macht konsequenterweise die normative Regulierung des Gemeinwesens überflüssig. Eine weitere Besonderheit dieser Raumutopie liegt in ihrer komplexen Zeitlichkeit. Sie zeigt zwar zunächst, wie alle utopischen Entwürfe, Wege aus einer „schlechten“ Gegenwart und ist damit ausgerichtet auf die Wunschzeit, auf die Vollendung der Frauenstadt in der Zukunft. Zugleich aber bezieht diese Konstruktion ihre Fundamente vor allem aus der Vergangenheit. Man könnte sogar von einer ritualisierten Abrufung der Exempla sprechen, die in ihrer Gesamtheit einen gewaltigen Gedächtnisort weiblicher Kultur bilden.

Zugleich ist die Stadt der Frauen ein durch und durch intellektuelles Konstrukt, ein Buch über die Entstehung eines Buches, das in weiblicher Gemeinschaftsarbeit entsteht und sich als Trost- und Exemplabuch an alle lesefähigen Frauen des Spätmittelalters richtet. Eingeschrieben in die *Stadt der Frauen* sind also zahlreiche Bilder lesender Frauen. Christine legt mittels dieser gewaltigen Exemplasammlung die Fundamente für ein neues weibliches Selbstbild, sie errichtet einen Gedächtnisraum, der bis heute in zahlreiche Bereiche – Geschichte, Literatur, Kunstgeschichte, Theologie – hineinwirkt, ein Archiv für Frauen, auf das diese zurückgreifen, an dem sie aber auch weiterarbeiten können und sollen.

Diese Anregung greift im 20. Jahrhundert die amerikanische Künstlerin Judy Chicago mit ihrer *Dinner Party auf*. Sie entwirft 1979 einen großen Gedächtnistisch in Form eines gleichschenkligen Dreiecks mit 39 berühmten Frauengestalten als Gedecke und weiteren 999 Namen von Frauen, die auf dem Marmorboden unter dem Tisch eingraviert sind. Er beruht auf einem ähnlichen Prinzip wie Christines Frauenstadt: der Verräumlichung eines geschlechtsspezifischen kulturellen Gedächtnisses. Und es ist kein Zufall, wenn Christine de Pizan in Judy Chicagos Memorialwerk einen zentralen Platz einnimmt.

36 Siehe zu diesen Problemen umfassender: Margarete Zimmermann, „Gedächtnisort und utopischer Wunschraum: Christine de Pizans Stadt der Frauen“, in: Freiburger Frauen Studien 2, 1998 (April 1999), S. 7-24. Andere Diskussionen dieses Problems bei: Bettina Ross, Politische Utopien von Frauen: von Christine de Pizan bis Karin Boye, Dortmund 1998; Margarete Kottenhof, „Du lebst in einer schlimmen Zeit“: Christine de Pizans Frauenstadt zwischen Sozialkritik und Utopie, Köln/Weimar/Wien 1994.

Wie steht es mit der ‚Bewohnbarkeit‘ dieses Gebäudes aus heutiger Sicht? Was haben dieser sechshundert Jahre alte Text und seine Verfasserin mit unserer eigenen Gegenwart zu tun? Auf diese Frage ließe sich zuallererst mit einer anderen Frage kontern: Weshalb hat dieses Buch seit den 80er Jahren einen so fulminanten Erfolg, weshalb wurde es zu einem Klassiker der Weltliteratur, weshalb zu einem Steinbruch für die verschiedensten Fragestellungen und Disziplinen? Und weshalb wird immer wieder versucht, diesen Text in ein anderes Medium zu übertragen – in Theaterstücke, eine Radioproduktion der BBC, in künstlerische Groß-Projekte wie die von Judy Chicago oder anderer zeitgenössischer Künstlerinnen?³⁷

Christine de Pizan hat zuallererst die Geschlechtergeschichte revolutioniert als Architektin eines umfassenden Archivs des kulturellen Gedächtnisses. Ich würde diesen femininen Wunsch-Raum in mehrfacher Hinsicht als geschlechterpolitisch impulsgebend und damit als zukunftsweisend bezeichnen. Erstens für eine kritische Befragung von Traditionen und für die Stiftung neuer Traditionen, Genealogien und Netzwerke: in dieser Hinsicht hat ihr Buch seit rund zwanzig Jahren überall auf der Welt eine Fülle von Projekten in Gang gebracht. Zweitens als Anregung dazu, einen Raum für ein geschlechterpolitisches Experiment einer oder mehrerer Gruppen zu schaffen; dafür gibt es illustre Beispiele in der Vergangenheit: So stehen Räume wie zum Beispiel die Höfe und Bibliotheken von Mäzeninnen und Herrscherinnen wie Margarete von Navarra oder Margarete von Valois in dieser Tradition.³⁸ Eine andere Form solcher Raumkonstrukte am Schnittpunkt von Realität und Utopie sind die europäischen Salons.³⁹

Ein Letztes: Die Stadt der Frauen können wir zugleich als einen Ort des Kulturtransfers, des intensiven Austauschs zwischen den verschiedensten Kulturen verstehen. Christine de Pizan schuf mit ihrer Stadt der Frauen einen offenen Raum des Dialogs der Kulturen aller Zeiten: zwischen antiker und mittelalterlicher, zwischen vorchristlicher und christlicher, europäischer und nichteuropäischer Kultur. Auch in dieser Hinsicht ist ihre Stadt-Utopie zukunftsweisend und vermittelt als historisches Modell Impulse für unsere eigenen, höchst unterschiedlichen gegenwärtigen Wirklichkeiten.

37 Siehe hierzu Annette Kuhn/Pitzen, Marianne (Hg.), Stadt der Frauen. Szenarien aus spätmittelalterlicher Geschichte und zeitgenössischer Kunst, Dortmund 1994.

38 Siehe hierzu Margarete Zimmermann, Salon der Autorinnen. Französische ‚dames de lettre‘ vom Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert, Berlin 2005.

39 Vgl. Verena von der Heyden-Rynsch, Europäische Salons. Höhepunkte einer versunkenen weiblichen Kultur, Düsseldorf/Zürich 31997.

Silvana Richter

W.I.R. e.V. Wohnen Innovativ Realisieren – Verein für generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund

In Deutschland sind heute etwa 22 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre oder älter, im Jahre 2050 werden es 36 Prozent sein. Immer mehr Menschen, die im Alter nicht alleine leben wollen, suchen frühzeitig nach Wohnalternativen. Gleichzeitig wünschen sich immer mehr junge Familien ein generationsübergreifendes Zusammenleben unter einem Dach, denn auch sie profitieren vom gemeinsamen Wohnen mit Jung und Alt. Vor allem auch für alleinerziehende Berufstätige bietet diese Wohnform viele Vorteile.

1997 initiierte die Frauenbeauftragte der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund, Lore Seifert, und die Architektin und Stadtplanerin Birgit Pohlmann eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Miteinander Wohnen – Miteinander Leben“, um Interessierte für eine Wohnprojekt zusammenzuführen. 1998 gründete eine Gruppe den Verein „W.I.R. - Wohnen - Innovation - Realisieren - Verein für generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund“, der 1999 gemeinnützig wird. Da für Genossenschaftsmodelle und andere Überlegungen des gemeinsamen Wohnens kein Investor gefunden wird, wird WohnreWIR ein Eigentumsprojekt. Um generationsübergreifendes Wohnen verwirklichen zu können, werden bestimmte Kriterien der Zusammensetzung der Wohneinheiten festgelegt.

Anteilig sollen zu je einem Drittel über 55-Jährige, Familien mit Kindern und unter 55-Jährige (Singles oder Paare ohne Kinder) vertreten sein.

Der Verein stellt im Rahmen des Modellprojektes des Landes NRW „Neue Wohnformen im Alter“ einen Antrag auf Projektentwicklung, denn ohne eine intensive Projektentwicklungsphase, in der die unterschiedlichen Interessenlagen der Vereinsmitglieder mit den konkreten Realisierungsmöglichkeiten eines gemeinsamen Wohnprojektes zusammengeführt werden, ist die Umsetzung der Idee nicht zu verwirklichen. Mit Hilfe der öffentlichen Förderung kann Birgit Pohlmann-Rohr die Projektkoordination wahrnehmen. Sie versorgt Vereinsmitglieder und Interessierte mit Informationen, koordiniert einzelne Aktivitäten, bereitet Entscheidungen vor und stimmt Wünsche und Entscheidungen mit Architekten und Fachingenieuren ab.

Das Gelände der ehemaligen Zeche Tremonia am Rande der westlichen Innenstadt bietet sich als Standort an. Nach der Auswahl des geeigneten Architekturbüros durch ein eigenes Wettbewerbsverfahren und der notwendigen Grundstückssanierung und zähen Verhandlungen mit dem Generalunternehmer und dem Grundstückseigentümer kann 2003 mit dem Bau begonnen werden. Der Entwurfsplan realisiert in wesentlichen Teilen die Philosophie der Nutzerinnen und Nutzer: „Soviel Gemeinschaft wie möglich – soviel Privatsphäre wie nötig.“ 2004 beziehen die ersten Bewohner und Bewohnerinnen das neue Quartier.

Dreh- und Angelpunkt des Projekts ist das Gemeinschaftshaus. Es ist konzipiert als Ort der Begegnung innerhalb des Projektes und für die Öffnung der Gruppe in den Stadtteil. Der 60 Quadratmeter große Saal im Obergeschoss mit Küche und Balkon zum Innenhof ist sowohl für regelmäßige als auch für spontane Treffen der Bewohner und Bewohnerinnen vorgesehen. Daneben bietet der Gästeraum mit behindertengerechtem Badezimmer den Bewohnern die Möglichkeit, Besuch unterzubringen. Das Erdgeschoss ist als Waschküche, Werkstatt und Fahrradraum genutzt. Für die Kinder ist im Innenhof eine Spielfläche mit Wasserpumpe und Wasserlauf eingerichtet. Die Bewohner des Mehrfamilienhauses ohne eigenen Garten können sich Pflanzbeete anlegen. Durch die Gemeinschaftseinrichtungen erhöht sich die Wohnqualität aller Bewohner und Bewohnerinnen. Ältere können so auch im hohen Alter noch am Gemeinschaftsleben teilnehmen. Familien mit Kindern wissen den autofreien Innenhof und die freien Flächen (zum Rollschuh- und Skateboardfahren) als Spielraum direkt vor der Tür zu schätzen.

Der Eintritt in ein Mehrgenerationenprojekt setzt von den Menschen voraus, dass sie bereit sind, sich für einander einzusetzen, aber auch sich mit den anderen aus-

einander zu setzen, zu diskutieren, für die eigenen Ideen zu werben und sich dann mit den ausgehandelten Kompromissen zu arrangieren. Vieles musste erst ausprobiert und dann wieder revidiert werden. Dass dies dem Verein W.I.R. e.V. in besonderer Weise gelungen ist, zeigen nicht zuletzt die Auszeichnungen, die die Gruppe für ihr Projekt gewinnen konnte. 2003 gewinnt die Gruppe den ersten Preis des Wettbewerbs „Wohnort Innenstadt“, ausgelobt von der „Allianz Dresdner BausparAG“ und der Zeitschrift „Capital“. 2005 überreicht der damalige Wohnungsbauminister Michael Vesper den Mitgliedern den „Innovationspreis NRW“ für vorbildliches Bauen. Zufließende Gelder aus der Teilnahme an Wettbewerben werden für gemeinschaftliche Projekte – wie der Innenausbau des Gemeinschaftshauses – verwendet.

Trotz vieler Hoch und Tiefs, die das Wohnprojekt immer wieder vor neue Herausforderungen stellte, konnte die Idee verwirklicht werden. Einige Mitglieder des Vereins begannen 2004 mit der Planung eines zweiten Projektes. „w.i.r. auf tremonia“ konnte in unmittelbarer Nachbarschaft des ersten Projekts verwirklicht werden; 2006 zogen die neuen Bewohnerinnen und Bewohner ein.

Das Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen ist so groß, dass der Verein mittlerweile ein drittes Projekt initiiert hat. Während die beiden ersten Eigentumsprojekte sind, wird das dritte Mietwohnungen anbieten, die über einen Investor finanziert werden. Voraussichtlicher Bezug 2007/08

Kontakt:

W.I.R. Verein für
generationsübergreifendes Wohnen in Dortmund, e.V.
Am Tremoniapark 15
44137 Dortmund
Fon 0231/458.940
www.wir-dortmund.de

Gisela Humpert

Infrastrukturentwicklung und Stadtentwicklung.

Transferaspekte der Genderbegleitung am Beispiel der Großprojekte Zollverein und PHOENIX

Was hat Infrastrukturentwicklung mit der Stadt zu tun?

Die Stadt der Zukunft wächst wieder zusammen und sie besteht aus vielen Facetten. Leben, Wohnen und Arbeiten werden verstärkt im Zusammenhang gesehen. Gesellschaftliche Prozesse, Menschen, räumliche, soziale und wirtschaftliche Strukturen bilden eine Einheit. Längst ist es nicht mehr selbstverständlich, dass jede und jeder Arbeit hat, die Wohnmodelle sind vielfältiger geworden. Wohnen im Familienverbund ist einerseits durch Wahlfamilien, verbindliche Nachbarschaften und externe Dienstleistungen ergänzt worden. Andererseits haben Einpersonenhaushalte stark zugenommen. Das soziale Leben mit gesellschaftlichen Kontakten, Pflichten und Freizeit steht im Spannungsfeld mit der Vereinzelung von Individuen in der Menge der Stadtbewohner/innen. Tourismus und Freizeitindustrie als wirtschaftlicher Mehrwert des Ruhrgebietes ist Ausdruck von Vielfalt und kultureller Identität. Aus der Sicht von Metropolenforschern/innen bildet genau diese Identität einen Alleinstellungsfaktor im überregionalen Wettbewerb.

Auf einer imaginären Landkarte stellen sich aus der Genderperspektive die Abläufe in der Stadt mit Wegen, Zielen und Aufenthalten für Frauen und Männer häufig ganz unterschiedlich dar. Für einen komplexen Alltag sind Infrastrukturen des täglichen Lebens ganz wichtige Rahmenbedingungen und erfordern eine genaue Betrachtung. Wer sind die Nutzer/innen, wer hat welche Bedarfe und welche Strukturen finden wir in der Realität unseres Alltags dafür vor? Diese Fragestellungen sind sowohl für die Stadt als Ganzes als auch für Stadtquartiere bis in die Wohn- und Arbeitssituation relevant.

Gender im Strukturwandel NRW

Eine andere Dimension von Infrastrukturen in der Stadtgestaltung ist mit der Infrastrukturförderung seitens der öffentlichen Hand angesprochen. Im Rahmen des Europäischen Strukturfondsprogramms des Landes Nordrhein Westfalen (Ziel 2-Programm) haben die EU und das Land NRW für den Zeitraum 2000-2006 knapp 2 Milliarden Euro eingesetzt, mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wandel und die soziale Entwicklung in ehemals industriell geprägten Gebieten in NRW zu unterstützen. Bei der Neuorientierung von ehemaligen Industrieflächen mit stadträumlicher Signalwirkung geht es wesentlich um Neunutzung mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, um Flächensanierung und den Erhalt von Industriedenkmalern. Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist die Basis dieser Neuorientierung. Letztlich geht es um einen Gewinn an Einwohnern/innen und Wirtschaftskraft und hier spielt Gender natürlich eine Rolle, denn ohne die gebündelten Ressourcen und Potenziale von Frauen und Männern ist der Wandel durch die Demografieentwicklung und eine Neuausrichtung der Arbeitspolitik nicht zu schaffen.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW (MGFFI) ergreift in diesem Zusammenhang Maßnahmen, um für die Strukturentwicklung Chancen durch Gender Mainstreaming aufzuzeigen. Im Besonderen geht es darum, die Anwendung von Chancengleichheit in der Projektpraxis voranzutreiben. Dafür sollen die Projektträger/innen zur Umsetzung bis in die Fachebene hinein motiviert werden. Das MGFFI beauftragte das Zentrum Frau in Beruf und Technik, Castrop Rauxel (ZFBT) in diesem Zusammenhang mit der Genderbegleitung der Großprojekte Zollverein, Essen und PHOENIX, Dortmund. Das ZFBT bündelt Kompetenzen zu Gender Mainstreaming und beruflicher Chancengleichheit von Frauen.

Seit Ende 2003 findet Gender Mainstreaming konkret beim Großprojekt Zollverein in Essen Berücksichtigung. Mit Zustimmung der Entwicklungsgesellschaft Zollverein (EGZ) wurde ein Arbeitsplatz für eine Architektin des ZFBT auf Zollverein eingerichtet. Mit dem Großprojekt PHOENIX, Dortmund gibt es seit 2004 eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf der Ebene konkreter Einzelprojekte, die künftig intensiviert wird.

Im Wesentlichen werden mit der Begleitung zwei Absichten verfolgt:

- vor Ort soll etwas bewegt und ein Qualitätszuwachs für die Projekte durch Maßnahmen im Sinne von Gender Mainstreaming erzielt werden
- gleichzeitig sind aus den Großprojekten heraus Erkenntnisse für den Transfer zu gewinnen, als modellhaftes Erprobungsfeld für die Praxis.

Die Großprojekte waren früher als Arbeitsort für Männer organisiert und präsentierten sich mit anderen baulichen Botschaften. Heute sollen, und das ist der Rahmen für die Genderbegleitung, Arbeitsplätze für Frauen und Männer entstehen, beide Geschlechter durch touristische und kulturelle Angebote angezogen werden und eine nachhaltige Aufenthaltsqualität erzeugt werden.

Gemeinsam ist den beiden Großprojekten Zollverein und PHOENIX, dass sie ehemalige Industriegelände mit großer Ausdehnung sind, geprägt von den Elementen Industriedenkmal, Industrienatur und von einem Stadtteilumfeld, das nach dem Wegfall der industriellen Nutzung neue Impulse für Wirtschaft und Stadtentwicklung braucht. Die jeweiligen Kommunen und das Land setzen auf eine Neuorientierung der Flächen, die Ansiedlung von Unternehmen und das Aufschließen für kulturelle Nutzung und für die Erlebbarkeit der großen Freiflächen.

Wie wirkt sich die Genderbegleitung bei den Großprojekten vor Ort aus? – Erfahrungen auf Zollverein in Essen

Als Weltkulturerbe auf einem 100 ha großen ehemaligen Zechenstandort in Essen erfährt Zollverein im Rahmen der strukturpolitischen Förderung des Landes eine wirtschaftliche Neuausrichtung auf die Themenfelder Design, Kultur und Freizeit/Tourismus. Durch Verbesserung der Infrastruktur auf dem Gelände und durch eine inhaltliche Standortprofilierung werden positive städtebauliche und wirtschaftliche Ausstrahlungen auf die umgebenden Stadtteile und die Region erwartet.

Entwicklungsbausteine auf Zollverein sind vor allem die Standortinfrastruktur und die KMU-Förderung. Mit dem RuhrMuseum und der Zollverein School of

Management and Design entstehen zwei neue Anziehungspunkte für die Kultur- und Designwelt. Zwei Gewerbegebiete für designorientierte Unternehmen werden neu entwickelt. Abgerundet wird die Umorientierung durch die Industrielandschaft Zollverein.

Nun ist Gender Mainstreaming ein strategischer Prozess und kein fertiges Produkt, das Zollverein einfach hinzugefügt werden kann. Beteiligte vor Ort sind die Entwicklungsgesellschaft Zollverein (EGZ), sie steuert die Entwicklung und Neuorientierung von Zollverein und eine Architektin des ZFBT, sie gibt die wesentlichen Impulse und konkrete Hinweise für die Umsetzung. Das Modell der Genderbegleitung von Zollverein arbeitet mit der Integration der Beratung in das Team der EGZ, so dass der Informationsfluss vereinfacht wird und die Chance besteht, Gender von Anfang an in die Arbeitsmodule der EGZ einfließen zu lassen.

Die Fachlichkeit als Architektin erleichtert die Entwicklung von konkreten Maßnahmen rund um die Flächenentwicklung. Dabei spielen Qualitätskriterien wie Orientierung, Gebrauchsfähigkeit, subjektive Sicherheit und Nachhaltigkeit eine Rolle, die erfahrungsgemäß mit dem Genderprozess einhergehen. In regelmäßigen Abstimmungsgesprächen zwischen der Geschäftsleitung der EGZ und der Genderberatung werden Vereinbarungen getroffen.

Als relevante und praktikable Handlungsfelder erweisen sich:

- Infrastruktur von Gebäuden und Freiflächen
- Dienstleistungsangebote für Unternehmen
- Marketing mit Konzepten und Zielgruppenansprache
- Profilbildung im Innenverhältnis der Standort-Aktiven
- Öffentlichkeitsarbeit – Zollverein im überregionalen Wettbewerb
- Projektmanagement der Flächen- und Netzwerkentwicklung
- Kooperationen mit Dienstleistern/innen und Organisationen

Aus Sicht der Projektverantwortlichen hat die Zusammenarbeit an praktischen Beispielen die Genderumsetzung im eigenen Arbeitsfeld erlebbar gemacht. Das bietet gute Voraussetzungen, um zunehmend eigenständig bei den Alltagsaufgaben die Auswirkungen von Entscheidungen und Maßnahmen für beide Geschlechter und potenzielle Rahmenbedingungen mitzudenken. Auch in der Rolle als Auftraggeber/in sind die Projektentscheider/innen gefordert, denjenigen, die eine externe Dienstleistung erbringen, Anforderungen aus der Genderperspektive als Vorgabe zu vermitteln. Um dies alles zu bewerkstelligen werden weiterhin Know-how, Engagement und eine begleitende externe Prozessberatung Erfolgsfaktoren sein.

Maßnahmen setzen methodisch auf drei Ebenen an bei:

- „Produkten“, wie der Gestaltung von Gebäuden und Außenraum bis hin zum Öffentlichkeitsauftritt und der Standortvermarktung und -profilierung
- Handlungsmustern der Projektentwicklung, Einbindung der Interessen von Frauen und Männern
- Zusätzlichen Kontakten/Netzwerken, die erschlossen werden

Als Maßnahmenbeispiel ist eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung über die Arbeitsplatzsituation auf Zollverein zu nennen. Sie bietet eine Datengrundlage für die spätere Einschätzung der Entwicklung und unterstützt eine bedarfsgerechte Steuerung. Bei der Auswertung zeigt sich: Die Geschäfte werden auf Zollverein überwiegend von Männern geführt, nur 20 % der Unternehmen werden von Frauen geleitet. Auf der Ebene der Beschäftigten besteht dagegen eine ausgeglichene Geschlechterverteilung.

Für ein Neubauquartier „Designstadt Zollverein“ wurden Verfahren zur Sicherung der städtebaulichen Qualität begleitet, um Frauen und Männern gute Rahmenbedingungen für ein „lebenswertes“ Arbeiten zu eröffnen. Mit dem Forum Frauen auf Zollverein hat sich unter der Moderation der Genderberatung ein Netzwerk von Fachfrauen aus Kultur und Wirtschaft gebildet. Hier ist der Ort für Diskussionen, Ideen und Empfehlungen zu konkreten Aufgabenstellungen und Themen der Entwicklungsgesellschaft. Auf Zollverein haben die so genannten „Genderinteressen“ viele Gesichter. Unter der Genderperspektive wird z. B. durch passgenaue Empfehlungen mehr „weiblicher Sachverstand“ in Gremien einbezogen.

Zollverein soll als Standort mit besonderen Qualitäten bekannt werden und in diesem Zuge verstärkt Unternehmerinnen für eine Ansiedlung gewinnen. Die bereits etablierten Unternehmerinnen auf Zollverein sind dabei als Botschafterinnen aktiv.

Leitlinien für die Stadtentwicklung aus der Projekterfahrung

Gender Mainstreaming ist ein Thema für Wirtschaftsförderung und Flächenentwicklung und damit auch für die Stadt der Zukunft. Die großen Infrastrukturprojekte bieten die Möglichkeit, in relativ kurzer Zeit und mit der Einbindung vielfältiger Akteure/innen räumliche und wirtschaftliche Impulse zu vereinen. Sowohl auf der inhaltlichen und als auch auf der strategischen Ebene wurde deutlich, dass durch operative Maßnahmen die Optionen für beide Geschlechter erhöht werden können und somit auch die Rahmenbedingungen für „Frauen und Arbeit“ verbessert.

Bedarfsgerechte Infrastrukturen sind ein notwendiger Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Anhand von Leitfragen können die bisherigen Vorgehensweisen geschlechterdifferenziert beleuchtet und Bedarfsszenarien entwickelt werden. Wen erreichen die üblichen Immobilieninvestoren mit ihrem Wohnungsangebot? Wer fehlt in der Stadt? Wie organisieren Familien, Ältere, Singles, Berufstätige und nicht Berufstätige ihre Wohn- und Arbeitssituation? Welche Ergänzungen wären hilfreich? Was genau stellt aus unterschiedlichen Perspektiven ein attraktives wohnungsnahes Quartier dar? Welches sind strategische Wegebeziehungen im Lebens- und Arbeitsalltag? Anhand welcher Kriterien definieren wir den Erfolg von Stadtentwicklung? Welche konkreten Maßnahmen lassen sich aus einer Auswertung der Fragen entwickeln? Diese Herangehensweise ist im Zusammenhang mit dem Ansatz des „Gender Planning“ zu sehen, der Anwendung der Genderstrategie auf Fachebene planerischer Entscheidungen.

Um Arbeitsweisen in Organisationen durch Gender Mainstreaming zu verändern, sind Ressourcen an Wissen, Zeit, Geld und Einfluss erforderlich. Stadtentwicklung ist ein dynamischer Prozess und ein Puzzle aus räumlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren. Die Hauptressourcen sind die Menschen, die kulturelle Identität prägen. Wenn Stadtentwicklung sich systematisch an den Bedarfen und Möglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner orientiert und ein Team mit den Potenzialen beider Geschlechter den Mainstream steuert, wird der Erfolg sich an der Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner messen lassen.

Kontakt

Zentrum Frau in Beruf und Technik

Gisela Humpert

Erinstraße 6

44575 Castrop Rauxel

Fon 02305/921.5010

humpert@zfbt.de

Links

www.kompass-modellkommunen.de

www.staedtetag.de

www.stadtumbaunrw.de

www.lag21.de

www.zollverein.de

www.phoenixdortmund.de

www.schader-stiftung.de

www.kni.de

www.stadt-bielefeld.de

www.bielefelder-beginenhoefe.de

www.achat-herdecke.de

siehe auch Linkliste Kap. 4.

Kapitel 6

Herausforderung Integration

Maria Böhmer Integrationspolitische Herausforderungen des demografischen Wandels

Bettina Heinrich Multiethnizität in der Stadt – sieben Thesen

Marianne Krüger-Potratz Geschlechteraspekte bei Migration und Integration. Ergebnisse interkultureller Ethnizitäts- und Genderforschung

Jutta Brückner „Migrantinnen und Migranten – Die Krise der männlichen Identität“. Eine Polemik

Rita Viehoff Die Sehnsucht nach Ebene II. Brücken schlagen zu neuen Dialogen

Dorothee Frings Rechtliche Aspekte einer gesellschaftlichen Teilhabe für Migrantinnen

Patricia Latorre Pallares, Olga Zitzelsberger Selbstorganisationen von Migrantinnen – Unterschätzte Ressource für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Praxis

Susanne Fischer Die Entwicklung eines geschlechtergerechten Integrationskonzeptes der Stadt Gelsenkirchen

Claudia Quirrenbach Integrationskonzept Gelsenkirchen. Daten und Projekte

Erika Theißen Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V., Köln

Kreis Mettmann ProMMI - Pro(jekt) Mädchen mit Migrationshintergrund in Ausbildung

Maria Böhmer

Integrationspolitische Herausforderungen des demografischen Wandels

Deutschland blickt auf eine lange Migrationstradition zurück. Nicht erst mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften haben viele Menschen in unserem Land eine neue Heimat gefunden. Mit der Zuwanderung sind große Potentiale verbunden, aber auch Risiken und Probleme. Die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ist eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Gleichzeitig wird Integrationspolitik auch zu einem wichtigen Bestandteil einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Politik zur Gestaltung des demografischen Wandels.

In Deutschland leben derzeit 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, also zugewanderte Frauen und Männer und deren Kinder. Diese Gruppe stellt fast ein Fünftel der Bevölkerung in unserem Land. In vielen großen Städten kommen bereits heute 50 % der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Zwischen 1991 und 2004 verzeichnete Deutschland einen Wanderungsgewinn von 4,1 Millionen Menschen. Die Zuwanderungszahlen waren in den letzten Jahren rückläufig, im Jahr 2004 kamen per Saldo 82.500 Personen nach Deutschland, darunter 55.000 Ausländer. Dennoch kommt der Integration der hier lebenden Zuwanderer eine wachsende Bedeutung zu. Deutschland hat eine lange Erfahrung mit der Zuwanderung und Integration. Und in den meisten Fällen hat

die Integration der Zuwanderer sehr gut geklappt. Der überwiegende Teil der neu ins Land gekommenen Menschen hat seinen Platz in unserer Gesellschaft gefunden.

Wenn wir über Menschen mit Migrationshintergrund sprechen, so verbergen sich dahinter sehr unterschiedliche Erfahrungen und Familiengeschichten, sehr unterschiedliche soziale und rechtliche Situationen. In der Vergangenheit war die Zuwanderung, insbesondere der „Gastarbeiter“ in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, dadurch gekennzeichnet, dass viele Menschen mit einem geringen Bildungsgrad nach Deutschland kamen. Sie wurden für Arbeit in den expandierenden Industrien als an- und ungelernte Arbeiter nach Deutschland geholt. Viele dieser Migranten sind in der Zwischenzeit zu „Aufsteigern“ in unserer Gesellschaft geworden, andere sind vom Abbau von Industriearbeitsplätzen betroffen und arbeitslos. Die Ergebnisse der Integration sind ambivalent: Während ein kleiner, aber wachsender Teil der Zuwandererkinder heute die Universitäten besucht, müssen wir zugleich erhebliche Defizite bei den Bildungserfolgen vieler Kinder und Jugendlicher mit Migrationshintergrund feststellen.

Die Integration von Zuwanderern ist nicht nur ein Thema der ersten Generation, auch in der zweiten und dritten Generation bestehen zum Teil erhebliche Integrationsdefizite. Dies sind neben der mangelnden Beherrschung der deutschen Sprache auch geringe Ausbildungsquoten und eine höhere Arbeitslosigkeit. Für die Zukunft der Menschen in unserem Land wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass alle bereit und willens sind, diese Probleme anzugehen und zu lösen. Denn sie bergen die Gefahr, dass aus einem Miteinander ein Nebeneinander wird. Die Integrationspolitik steht vor der Herausforderung, diese Ungleichheiten gezielt anzugehen und das friedliche und von gegenseitiger Achtung geprägte Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft zu fördern.

Dies ist das Anliegen des Integrationsgipfels der Bundesregierung, zu dem am 14. Juli 2006 auf Einladung der Bundeskanzlerin das erste Mal Spitzenvertreter der Politik, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Sozialpartner, der Wohlfahrtsverbände, des Sports, der Medien, der Wissenschaft und von Stiftungen mit Vertretern von Migrantenorganisationen und Einzelpersonlichkeiten aus Zuwandererfamilien zusammenkamen, um über die künftigen Integrationsmaßnahmen für die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten. Der Integrationsgipfel war – neben seiner wichtigen symbolischen Wirkung – Auftakt zur Erarbeitung eines nationalen Integrationsplans. In sechs Handlungsfeldern werden Arbeitsgruppen eingesetzt,

in denen konkrete Maßnahmen besprochen werden. Eine Arbeitsgruppe wird sich gezielt mit der Lebenssituation und den Rechten von Frauen und Mädchen beschäftigen, eine andere mit der Integration der Zuwanderer vor Ort.

In Zukunft wird Deutschland die Zuwanderung gezielter auf qualifizierte Personen ausrichten müssen. Die Grundlagen für die Zuwanderung von Hochqualifizierten und Selbständigen sind im Aufenthaltsgesetz von 2005 gelegt worden, reichen aber noch nicht aus. Mit dem Aufenthaltsgesetz ist auch ein erster wichtiger Schritt hin zur systematischen Integrationsförderung von Neuzuwanderern getan worden. Seitdem müssen sie von Beginn an die deutsche Sprache lernen und bekommen die Grundzüge unserer gesellschaftlichen Ordnung vermittelt. Auf Dauer im Bundesgebiet lebende Migrantinnen und Migranten können an den Kursen teilnehmen und nehmen dieses Angebot bisher auch in erheblichem Umfang wahr. Insgesamt haben bisher 169.000 Zuwanderer einen Sprachkurs begonnen. Darunter leben 100.000 Teilnehmende bereits seit längerer Zeit in Deutschland, rund zwei Drittel davon sind Frauen.

Die Bundesregierung hat sich mit den Integrationskursen zu ihrer Verantwortung für die Sprachförderung der Zugewanderten und deren Orientierung über Recht, Kultur, Geschichte und das Staatswesen Deutschlands bekannt. Indem wir Menschen, die neu zu uns kommen, ein bestimmtes Maß an Integrationsbemühungen abverlangen, befördern wir auch die Akzeptanz für Migration in der Aufnahmegesellschaft. Denn erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft benötigen wir dafür Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen.

Im Integrationsprozess hat die Familie eine zentrale Rolle inne. Hier werden die Kinder erzogen und Erfahrungen aus dem Alltag ausgetauscht und bewertet. Die Familie kann integrationsfördernd wirken, da sie das Individuum einbettet, unterstützt und stärkt, aber sie kann auch den Weg zur Integration erschweren. Dies ist dann der Fall, wenn sich Zugewanderte in kulturell geschlossenen Systemen bewegen, in denen sie die deutsche Sprache nicht gebrauchen und die Auseinandersetzung mit ihrer Umgebung meiden. Integrationspolitik muss daher bei den Familien ansetzen, sie muss dort für die Notwendigkeit der Integration werben und integratives Verhalten unterstützen. Die Frauen und Mütter sind in der Familie die wichtigsten Ansprechpartner bei der Integration. Denn sie wirken in die Familie und vermitteln ihr Wissen und ihre Erfahrung an die nächste Generation. Erfolgreiche Integrationspolitik muss ihre Schlüsselrolle wahrnehmen und sie in ihrer Erziehungskompetenz und ihren Rechten stärken.

Dies gilt insbesondere für den Bereich der Schulbildung. Durch die PISA-Untersuchung ist sehr deutlich geworden, dass die soziale Herkunft über den Schulerfolg entscheidet. Deutschland holte – im Gegensatz zu den klassischen Einwanderungsstaaten Australien, Neuseeland und Kanada – vor allem niedrig qualifizierte Zuwanderer ins Land, die ihre Benachteiligung an die Kinder weitergeben. Daher müssen wir Eltern helfen, sich mit dem deutschen Schul- und Ausbildungssystem vertraut zu machen und die deutsche Sprache auch verstärkt in der Familie zu sprechen – im Interesse Ihrer Kinder! Indem wir in die Bildung unserer Kinder investieren übernehmen wir Verantwortung für die kommenden Generationen.

Die Arbeit für und mit Eltern wird in den kommenden Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Wir müssen Eltern stärker beraten und einbinden in Kindertageseinrichtungen und Schule. Bei der Sprachförderung müssen wir vor allem bei Frauen ansetzen, was in vielen Projekten bereits geschieht, z.B. im Projekt „Mama lernt Deutsch“. „Stadtteilmütter“ und „Integrationslotsen“ werden in vielen Städten eingesetzt, um gezielt an Zuwandererfamilien heranzutreten. Dabei werden überwiegend Frauen eingesetzt. Neben Sprachförderung und Erziehungsberatung bietet die Gesundheitsberatung gute Möglichkeiten, die Integration zu verbessern. Und auch die Gesundheitsberatung setzt bei Frauen an, so zum Beispiel, wenn Frauen mit Migrationshintergrund als Multiplikatorinnen für Gesundheitsberatung ausgebildet werden.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen, in den Medien, im Sport, in der Verwaltung, fast überall in der Arbeitswelt sind Zuwanderer und insbesondere Migrantinnen unterdurchschnittlich vertreten. In den kommenden Jahren werden wir uns daher auch darauf konzentrieren, die gesellschaftlichen Institutionen für Migranten und Migrantinnen zu öffnen und sie sichtbarer zu machen. Dies ist vor allem deswegen wichtig, da die Jugendlichen Vorbilder benötigen, an denen sie sich orientieren und ihre Perspektiven formulieren können. Der Deutsche Olympische Sportbund und der Deutsche Fußballbund werden daher Integrationsbotschafter und Integrationsbeauftragte benennen, aber auch Projekte organisieren, in denen Mädchen aus Zuwandererfamilien an den organisierten Mädchensport herangeführt werden.

Für die Integration der Zuwanderer wird es jedoch unerlässlich sein, dass Zuwanderer und hierbei insbesondere Frauen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsplätzen bekommen. Junge Frauen mit Migrationshintergrund haben ein hohes Interesse an beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Dabei können sich die Mädchen und jungen Frauen im Regelfall der Unterstützung ihrer Eltern sicher sein, wie die Studie „Viele Welten leben“ zeigt, die im Auftrag des

Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Ausbildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen jedoch kontinuierlich rückläufig. Im Jahr 2005 hatten nur noch 4,4 % der Lehrlinge einen ausländischen Pass, darunter waren 44 % Frauen. Unter den Studierenden mit Schulausbildung in Deutschland lag der Ausländeranteil 2003 bei 3,6 %, und auch hier sind trotz höherer Abiturientenquote nur 44 % Frauen. Von allen jungen ausländischen Frauen verbleiben wiederum 44 % nach der Schule ohne anerkannten Berufsabschluss. Hier gilt es, einerseits die Motivation bei den jungen Frauen zu erhöhen und ihnen Mut für den Weg in die Erwerbstätigkeit zu machen. Andererseits müssen gesellschaftliche Vorurteile abgebaut werden, die dazu führen, dass junge Migrantinnen in Betrieben nicht eingestellt und ausreichend gefördert werden. Es muss klar werden, dass es keine Ausbildungs- und Studiengänge gibt, für die Mädchen aus Zuwandererfamilien nicht geeignet wären.

Integrationserfolge werden nur dann nachhaltig sein, wenn es gelingt, Menschenrechtsverletzungen in den Zuwanderermilieus wirksam zu bekämpfen. Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung sind solche schweren Menschenrechtsverletzungen, die in unserer Gesellschaft geächtet und geahndet werden müssen. Betroffen sind auch Mädchen, die in Deutschland aufwachsen und hier die Schule besuchen, die gut integriert sind und zum Teil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Mädchen und jungen Frauen bedürfen der vorbeugenden Hilfe durch Ausbau von Prävention und Aufklärung sowie durch die Bereitstellung spezieller Beratungs- und Zufluchtsangebote. Zugleich müssen wir bei Migranten verstärkt über Bildung und Erziehung ein modernes Verständnis von Familie, Ehe und Ehre vermitteln. Wir setzen dabei verstärkt auf die Kooperation mit Migrantenorganisationen und unterstützen die Kampagne gegen Gewalt in der Familie der türkischsprachigen Zeitung „Hürriyet“. Darüber hinaus sollen Zwangsverheiratungen als eigener Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden.

Die Integration von Zuwanderern kommt allen zu Gute. Das gilt für die Schule, in der die Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler verbessert werden, ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt. Denn leistungsstarke, gut ausgebildete Zuwanderer können viel mehr für unsere Gesellschaft und unseren Wohlstand leisten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des wachsenden globalen Wettbewerbs um qualifizierte und innovative Arbeitskräfte müssen wir in Zukunft Zuwanderung gezielt für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands nutzen. Zugleich benötigen wir eine nachhaltige Integrationspolitik, die vor allem den jungen Männern und Frauen die Möglichkeit gibt, ihre Fähigkeiten und Potenziale in die Gesellschaft einzubrin-

gen. Zugewanderte Unternehmer stellen heute bereits eine Million Arbeitsplätze. Zuwanderer haben wesentlich zur wirtschaftlichen Kraft, zur Innovationsfähigkeit und kulturellen Vielfalt Deutschlands beigetragen. Diese Potentiale müssen auch in Zukunft genutzt werden.

Bettina Heinrich

Multiethnizität in der Stadt – sieben Thesen¹

Präambel: Von der Ausländerpolitik zur Integrationspolitik

Die Themen Globalisierung, Migration, Integration beschäftigen nicht erst seit der Diskussion um den Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ (Stichwort: Süßmuth-Kommission) und aktuell mit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz die Kommunalpolitik. Schon 1992 hat der Deutsche Städtetag das Positionspapier „Kulturelle Vielfalt in Deutschland. Empfehlungen für das Zusammenleben in deutschen Städten“ verabschiedet (beschlossen vom Kulturausschuss des Deutschen Städtetages am 08.10.1992 in Köln). Die Empfehlungen hatten Anfang der neunziger Jahre für eine moderne kommunale „Ausländerpolitik“ in den Städten zweifelsohne eine impulsgebende Wirkung.

1 Der Artikel beruht auf einem im Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03, Band 3, Thema „Interkultur“, hrsg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn, Essen: Klartext Verlage 2003 veröffentlichten Beitrag und war Grundlage verschiedener Vorträge. Zudem sind zentrale Bestandteile in das Positionspapier des Deutschen Städtetages „Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft – Chance und Herausforderung für die kommunale Politik und die kommunale Kulturpolitik“ eingeflossen.

Blickt man jetzt – fast 15 Jahre danach – auf das Positionspapier, so wird deutlich, dass sich u.a. auf dem Hintergrund der realen und virtuellen Globalisierung die gesellschaftlichen Realitäten und damit die politischen Handlungsnotwendigkeiten verändert haben. Die „Ausländerpolitik“ der 80er und 90er Jahre bewegte sich ideologisch zwischen zwei Polen. Sie war einerseits geprägt von der Annahme, dass sich die Integration der Migranten und Migrantinnen auf der Grundlage von/im Sinne von Assimilation zu vollziehen habe, – Ziel war eine Art „fertig integrierter Ausländer“. Andererseits wurde von einem, aus dem Rückblick betrachtet, idealisierten Bild der multikulturellen Gesellschaft ausgegangen – dem friedlichen Miteinander und Nebeneinander unterschiedlicher Parallelkulturen.

Beide – zugegeben sehr plakativ gegenübergestellten – Konzepte greifen zu kurz, weil sie Grenzsetzung, Dissens und Auseinandersetzung/Konflikt als Teil des gesellschaftlichen und damit des städtischen Lebens negieren. Es gibt keine Konsensgesellschaft, und es gibt auch keine „städtische Konsensgesellschaft“. Das erste, eher hegemoniale Modell formuliert einen Assimilationszwang. Hier wird das Fremde gewissermaßen annektiert – es soll sich gleichsam im Eigenen auflösen. Das Zweite, eher harmonisierende Modell ignoriert das Fremde und „Fremdheit“ als Lebensgefühl von Individuen, Gruppen und Teilgesellschaften.

Beide Ansätze einer „Ausländerpolitik“ sind nicht nur zu euphemistisch, sondern reichen für die politische Gestaltung der heutigen, komplexer werdenden Gesellschaft und damit auch Stadtgesellschaft nicht aus. Die Kommunalpolitik ist hier zweifelsohne besonders gefordert, neue und offenere Konzepte für „Multiethnizität in der Stadt“ zu finden – denn: letztendlich ist die Stadt der Ort, wo das gesellschaftliche Zusammenleben konkret und alltäglich stattfindet und wo es auch gestaltet werden muss. Grundsätzlich geht es um die Neukonzipierung einer städtischen Migrations- und Integrationspolitik, die unter der Prämisse gestaltet wird, dass „beide Seiten“, sowohl die Migranten/innen als auch die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft Integrationsleistungen zu vollbringen haben.

Bevor die Politik und Stadtpolitik konkrete Integrationskonzepte entwickelt, sollten deren faktische Grundlagen betrachtet und auch deren normative Grundsätze festgelegt werden. Die sieben Thesen geben hierfür einen ersten Anhaltspunkt.

1 Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften

Im Jahre 2005 lebten ca. 6,7 Millionen ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 8,1 % der Gesamtbevölkerung.

Zuzüglich der rund vier Millionen Aussiedler, sowie der 1,5 Millionen Kinder aus binationalen Ehen und der 1 Million – seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eingebürgerten – „Ausländern“ gibt es in Deutschland derzeit insgesamt ca. 14 Millionen Menschen mit sog. Migrationshintergrund.² Der neueste Mikrozensus geht sogar von 15,3 Millionen aus, d. h. jede/r fünfte Einwohner/in in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Im europäischen Vergleich liegt diese Quote im oberen Bereich. Ungefähr 25 % der Ausländer/innen stammen – hier liegen Zahlen aus dem Jahr 2003 vor – aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union. Der Anteil der EU-Ausländer/innen ist somit von Mitte der 90er Jahre bis Ende 2003 weitgehend konstant geblieben. Ein weiteres Viertel der ausländischen Bevölkerung, insgesamt knapp zwei Millionen Einwohner/innen, stammt aus der Türkei (25,6 %).³

Der Anteil der Flüchtlinge an den Zugewanderten ist infolge des zum 1. Juli 1993 geänderten Asylgrundrechts stark gesunken – nach dem Anstieg der Asylanträge zwischen 1987 und 1992 von 57.379 auf 438.191. Im Jahr 2003 lag die Anzahl der Asylbewerber bei ca. 50.500 Personen, im Jahr 2004 bei 35.600; sie sank im Jahr 2005 auf knapp 30.000.⁴

Ungefähr 70 % der ausländischen Bevölkerung leben in vier Bundesländern, dementsprechend liegt der Ausländeranteil hier über dem Bundesdurchschnitt – so in Baden-Württemberg (12 %), in Hessen (11,4 %), in Nordrhein-Westfalen (10,8 %) sowie in Bayern (ca. 9 %). Einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil haben zudem die Stadtstaaten – Hamburg mit 14,1 %, Berlin mit 13,4 % und Bremen mit 12,8 %⁵. Die meisten Migranten/innen leben seit langer Zeit in Deutschland oder sind bereits hier geboren. Im Jahr 2001 hatten insgesamt 34 % aller Ausländer/innen eine Mindestaufenthaltsdauer von zwanzig Jahren, darunter 15 % von 30 Jahren.⁶

Grundsätzlich gilt, dass die Agglomerationsräume in den alten Bundesländern einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil aufweisen wie die ländlichen Regionen, wobei die Kernstädte einen fast dreifach so hohen Anteil haben. In

2 Vgl. Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2005) vom 01.06.2006, S. 116 und Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Memorandum der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marie Luise Beck, Bonn, Oktober 2005, S. 3

3 6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Teil III, Anhang, vom 30.06.2006 S. 554

4 Vgl. Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, S. 53-57

5 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen 2005, Wiesbaden, Februar 2006, S. 15/16

6 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung. Fakten - Trends - Ursachen - Erwartungen – die wichtigsten Fragen. Wiesbaden 2004, S. 48

konkreten Zahlen heißt das, dass derzeit 40 % aller Ausländer/innen in Städten mit mehr als 200.000 Einwohner/innen leben (gegenüber 22 % der Deutschen)⁷. So betrug der reine Ausländer/innenanteil im Jahr 2004 in Frankfurt am Main z. B. 26,1 %, in München 23,0 % und in Stuttgart 22,2 %⁸.

Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften. Dementsprechend hat Stadtpolitik eine ganz besondere Verantwortung, das Miteinander von Mehrheitsgesellschaften und Minderheitsgesellschaften zu gestalten. Die Heterogenität der Gruppe der Migranten/innen und die sehr unterschiedliche geografische Verteilung der Zugewanderten in der BRD machen deutlich, dass differenzierte – auf die spezifischen regionalen und lokalen Gegebenheiten abgestimmte – städtische Konzepte notwendig sind.

2 Das städtische Leben in der BRD ist von Zu- und Abwanderung geprägt

Im Jahre 1991 sind insgesamt knapp 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, wovon 925.345 Ausländer/innen (77,2 %) waren. Im gleichem Jahr haben 596.455 Personen Deutschland wieder verlassen – hiervon waren 479.540 Personen Ausländer/innen (83,4 %). 13 Jahre später, also im Jahr 2004 sieht das Bild anders aus: Insgesamt 780.175 Menschen, darunter 602.162 (77,2 %) Ausländer/innen zogen nach Deutschland und 679.632 Personen, darunter 546.956 Ausländer/innen (78,4 %) verließen das Land. Das Wanderungssaldo ist somit von 602.523 Personen (davon 427.805 Ausländer/innen) im Jahr 1991 auf 82.0543 Personen (davon 55.217 Ausländer/innen) im Jahr 2004 gefallen.⁹ Auch im Jahr 2005 ist die Nettozuwanderung übrigens nochmals gesunken – und zwar auf 79.000 Menschen. Die Zahlen machen sehr deutlich, dass Deutschland zwar ein – wenn auch „rückläufiges“ – Einwanderungsland ist, aber ebenso von Auswanderung geprägt ist.

Auffallend ist zudem, dass seit 1989 immer mehr deutsche Staatsangehörige Deutschland für längere Zeit oder für immer verlassen. Waren dies in den 70er und frühen 80er Jahren zwischen 50.000 und 65.000 Personen jährlich, so stieg die Zahl ab 1998 auf über 100.000¹⁰ und erreichte im Jahr 2005 mit 145.000 die höchste registrierte Abwanderung von Deutschen seit 1950.

7 Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Memorandum der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marie Luise Beck, Bonn, Oktober 2005, S. 21

8 Vgl. Deutscher Städtetag: Vergleichende Großstadtstatistik, III. Quartal 2004

9 Vgl. Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, S. 8

10 Vgl. auch: Josef Schmid: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/2001

Kennzeichnend für Deutschland – wie aber auch für viel andere Staaten – war und ist ein permanentes Zusammenspiel von Zu- und Abwanderung. Das heißt: Städtisches Leben ist in wesentlich höherem Maße Veränderungen – Pendelbewegungen – ausgesetzt und damit wesentlich dynamischer als die eher statischen Begriffe wie „Einwanderung“ oder „Auswanderung“ zu fassen vermögen. Das „Kommen und Gehen“ wird als konstituierendes Element von Stadtgesellschaften immer mehr an Bedeutung gewinnen – übrigens auch vor dem Hintergrund der Binnenwanderung innerhalb Deutschlands. Hier wird deutlich, wie die Auswirkungen von Globalisierung und Mobilität – Begriffe, die oft als diffuse Schlagworte im politischen Diskussionsraum stehen – sich direkt im gesellschaftlichen und damit auch urbanen Leben niederschlagen. Zugespitzt könnte man formulieren: die Stadt ist der temporäre Lebensmittelpunkt des/der mobilen Weltbürgers/in.¹¹ Aber genau hierin liegt eine zentrale Herausforderung – auch für Stadtpolitik: „Letztendlich geht es um die Frage, wie mit der wachsenden Mobilität in einer Demokratie umzugehen ist. Wo so viel in Bewegung gerät, so viel in Fluss gekommen ist, dort muss sich jeder Sorgen über Erosion machen.“¹²

3 Eine moderne Stadtgesellschaft besteht aus pluralen Bevölkerungsgruppen – „Inländern“ und „Ausländern“

Im allgemeinen Sprachgebrauch unterscheiden wir zwischen „Ausländern“ und „Deutschen“. Der Begriff „Ausländer“ – der fiktive Komplementärbegriff wäre der „Inländer“ – orientiert sich am Rechtsstatus und definiert sich nach der formalen, nationalstaatlichen Zugehörigkeit: „Nicht-Inländer“ ist gleich „Ausländer“. Abgesehen von dieser nationalstaatlichen Perspektive suggeriert der Begriff eine gewisse Homogenität der Gruppe der Zugewanderten.

Dass die Gruppe der Zugewanderten eine sehr heterogene Minderheit in der BRD ist, zeigen allein schon die Hauptmigrationsströme, die in die BRD in den letzten 50 Jahren „einflossen“: Die „Vertriebenen“ aus Osteuropa in der Nachkriegszeit, die Arbeitsmigranten/innen aus Südeuropa in den 60er und 70er Jahren, die sogenannten Spätaussiedler/innen in den 80er und 90er Jahren und Asylsuchende

11 Ein weiterer Aspekt, der vor allem die Zukunft der Städte betrifft, soll an dieser Stelle – da bekannt – nur benannt werden: die zu erwartenden demografischen Veränderungen in der BRD und ihre Auswirkung auf die Städte. Die Diskussion um die schrumpfenden Städte steckt erst in den Anfängen. Fest steht, dass das „Nicht - Mehr - Da - Sein“ von Menschen die Städte in ihrer materiellen Substanz bedroht. Zuwanderung, auch das ist bekannt, kann diesen Verlust nur bedingt kompensieren.

12 Paul Scheffer: Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion. Der Aufstieg von Populisten wie Haider, Fortyn und Berlusconi zwingt, über die Grenzen des offenen Europas nachzudenken. In: Die Zeit Nr. 29 vom 11.07.02

und Bürgerkriegsflüchtlinge aus europäischen und außereuropäischen Staaten in den 80er und 90er Jahren. Darüber hinaus unterscheiden sich auch die Migranten/innen z. B. durch ihre berufliche und soziale Herkunft – sie leben auf Zeit hier wie z. B. Studierende, Doktoranden/innen, Wissenschaftler/innen, Greencard-Inhaber/innen, Saisonarbeitskräfte; sie sind Asylsuchende oder Kinder und leben schon als sogenannte dritte Generation in der BRD, Unternehmer/innen, Angestellte internationaler Unternehmen; sie sind arbeitslos oder gehen in Rente, sind verwitwet oder alleinerziehend. Allein schon diese recht willkürliche Aufzählung von Herkunft, Einwanderungsgründen, Berufs- und Lebensbezügen macht die Vielfältigkeit innerhalb der Minderheitengruppe „Migranten/innen“ deutlich.

Auch aus einer globalen Perspektive ist die Homogenisierung der Gruppe der Ausländer übrigens sehr fragwürdig: weltweit gibt es ca. 200 Staaten, 2.000 geografisch fixierbare Kulturen und insgesamt laut UNO 10.000 Kulturen.¹³ Als Fazit bleibt: Moderne Gesellschaften sind durch ethnisch kulturelle Pluralität gekennzeichnet.¹⁴ Migranten/innen wie Deutsche leben in unterschiedlichen Parallelgesellschaften, die keine geschlossenen Lebenswelten sind. Je nachdem welche Kategorie man anlegt – sozialer Status, Geschlecht, ethnische und/oder nationale Provenienz, Lebensform, Glaubenszugehörigkeit etc. – variiert die Zugehörigkeit zur Mehrheits- oder zur Minderheitsgesellschaft. Dementsprechend gibt es weder bei Migranten/innen noch bei Deutschen¹⁵ einzigartige und geschlossenen Identitäten – auch hier gibt es wechselnde Zugehörigkeiten zu sogenannten kollektiven Identitäten¹⁶: Religiöse Identität, berufliche Identität, Geschlechteridentität, räumliche Identität (lokal, national).¹⁷ Es liegt auf der Hand, dass sowohl die Betonung geschlossener nationaler Identitäten (der Deutsche, der Türke) als auch die Betonung nationaler kultureller Homogenität¹⁸

13 Max Fuchs: Dialog zwischen den Kulturen. In: UNESCO heute, Nr. 1-2/2002, S. 129.

14 Vgl. auch Heribert Prantl: Homogenisieren kann man die Milch ... aber nicht die deutsche Gesellschaft: Warum Schily mit seinem Assimilationsgerede falsch liegt. In SZ v. 03.07.02

15 Zudem suggeriert die Trennung in „Migranten“ und „Inländer“, dass „die Deutschen“, abgesehen von touristischen Fernreisen, ansonsten eher die Sesshaftigkeit pflegen. Auch Deutsche gehen aus beruflichen oder persönlichen Gründen oder im Rahmen ihrer Ausbildung ins Ausland und bringen als Rückkehrer ihren persönlichen Lebens- und Erfahrungshintergrund in die deutsche Gesellschaft ein.

16 Schultz und Sackmann weisen darauf hin, dass kollektive Identitäten – z. B. bei Türken – durchaus vorhanden sind, die Diskussion um kollektive Identitäten jedoch in hohem Masse ideologisiert ist und Frontstellungen aufbaut, die sich empirisch nicht nachweisen lassen. Vgl. hierzu: Tanjev Schultz, Rosemarie Sackmann: „Wir Türken ...“ Zur Kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/2001

17 Vgl. Peter Burke: Globale Identitäten aus der Sicht eines Historikers. Drei Szenarios für die Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/2002. S. 26

18 Wagner weist darauf hin, dass die Nationalisierung der Kultur, historisch gesehen, ein eher junges Phänomen ist, dass sie erst mit der Konstituierung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert entstanden ist und auch entstehen konnte. Vgl. Bernd Wagner: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 12/2002, S. 12

(deutsche Kultur, türkische Kultur etc.) in Anbetracht der vielschichtig strukturierten gesellschaftlichen Realitäten und persönlichen Lebensbezügen und Identitäten zu kurz greift.

4 Stadt und Region sind auch und gerade in der globalisierten Weltgesellschaft für die Verortung des Individuums notwendig

Globalisierung und Europäisierung sind Begriffe, die in erster Linie mit den Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Weltkarte in Verbindung gebracht werden, mit der weltweiten Verflechtung von Unternehmen und mit der weltweiten Mobilität von Waren, Geldströmen und Daten – vor allem in und zwischen den sogenannten fortgeschrittenen Industriestaaten. Auch die Mobilität der Menschen hat sich mit der Globalisierung verändert: 1975 gab es weltweit insgesamt 75 Millionen Migranten/innen. Im Jahr 2002 hatte sich die Zahl nach UN-Schätzungen verdoppelt und lag bei 150 Millionen; heute sind weltweit ca. 192 Millionen Menschen unterwegs – das entspricht der Bevölkerungszahl von Brasilien, dem fünftgrößten Land der Erde.¹⁹ Ca. 5 % der weltweiten Migranten/innen, das sind 7,5 Millionen, sind derzeit innerhalb Europas unterwegs.²⁰ Hieraus den Schluss zu ziehen, dass wir in einer Zeit weltweiter Massenwanderung leben, ist jedoch zu kurz gegriffen – 150 Millionen weltweiter Migranten/innen entspricht 2,5 % der Weltbevölkerung.²¹

Offensichtlich ist, dass die Globalisierung eine Entgrenzung von Lebensräumen – real wie virtuell – mit sich bringt. Trotz dieser und gerade wegen dieser Entgrenzung wird das Bedürfnis der Menschen, sich in räumlichen Bezügen zu verorten, bleiben. Diese These, die axiomatischen Charakter hat, ist nicht neu, muss aber bei der Diskussion um das Thema „Globalisierung und Migration als Herausforderung für die Stadtgesellschaft und Stadtpolitik“ neu betont werden. „Dem Lokalen“ der „örtlichen Stabilität“ und damit auch „der Stadt“ wird im Kontext der Globalisierung und der damit verbundenen Mobilität eine neue Bedeutung zuwachsen. Grundsätzlich wird die Globalisierung für die räumliche

19 Vgl. Bericht der Weltkommission für internationale Migration: Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Hrsg. Von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin 2006

20 Während sich die Globalisierung der Wirtschaft vor allem zwischen und in den Industriestaaten abspielt, ist die Zunahme der weltweiten Migrationsströme v.a. bei und in der sogenannten Dritten Welt festzustellen. Diese in der Regel erzwungenen Migrationsbewegungen gehören zu den Schattenseiten der Globalisierung. Nach dem Migrationsbericht der „Internationalen Organisation für Migration“ (IOM) gab es 1975 insgesamt 75 Millionen Migranten. 20 Jahre später war die Zahl auf 105 Millionen gestiegen. Vgl. Bernd Wagner: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 12/2002, S. 13, 14

21 Vgl. Christian Tenbrock und Wolfgang Uchatius: Geschlossene Gesellschaft. In: Die Zeit Nr. 13/2002

Orientierung der Menschen beides mit sich bringen: eine Aufwertung des Lokalen – auch lokaler kultureller Traditionen – und eine globale Orientierung bzw. das Leben in globalen Bezügen. Die parallele Herausbildung globaler und lokaler Identitäten wird zudem – so eine Annahme – auf Kosten des „Nationalen“ bzw. nationaler Identitäten erfolgen. D.h., der Nationalstaat wird in der globalisierten Welt als politisches Konstrukt bestehen bleiben, aber weniger identitätsstiftend sein.²²

Auch unterhalb der Ebene der Globalisierung, d. h. beim Prozess der „Integration Europas“ wird beides hervorgehoben – einerseits die regionale Ebene als wichtige und zu bewahrende Bezugsgröße für die Bürger/innen Europas und andererseits die Notwendigkeit der (mentalen) Europäisierung der Bürger/innen Europas. In Artikel 151, Absatz 1 des Amsterdamer Vertrages heißt es: *„Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zu Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.“*

Zwischen Globalisierung, Europäisierung, Mobilität und Verortung besteht ein Wechselverhältnis²³. Stadt und Region sind in zweifacher Hinsicht in die Veränderungsprozesse involviert – materiell und immateriell. Materiell sind die Städte vor allem durch das zunehmende „Kommen und Gehen“ von Einwohnern/innen und Bürger/innen (siehe These 2) betroffen. Gleichzeitig ist die Stadt – dies ist die immaterielle Seite – bei der mentalen Verortung ihrer Bürger/innen als Identitätsstifterin gefragt.

5 Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft

Die Aussage, dass ethnisch-kulturelle Pluralität ein integraler Bestandteil sog. entwickelter Gesellschaften ist, ist auf den ersten Blick eine unstrittige Feststellung – sie hat eher beschreibenden Charakter und benennt die Lebensrealität in den sogenannten postmodernen Gesellschaften. Auf den zweiten Blick steckt hinter dieser Aussage jedoch ein grundsätzliches politisches Gestaltungsproblem, das auch in der BRD sehr kontrovers diskutiert wird. Im Mittelpunkt dieser

22 Vgl. Peter Burke: Globale Identitäten aus der Sicht eines Historikers. Drei Szenarios für die Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B12/2002

23 Auch Wagner betont übrigens die parallelen Entwicklungslinien, d. h. die Aufwertung vom globalen und lokalem Raum – die Globalisierung führe sowohl zu einer „Delokalisierung“ als auch zu einer „Relokalisierung“. Vgl. Bernd Wagner: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 12/2002

Auseinandersetzung stehen zwei zentrale Fragen: Wie gehen wir mit dieser kulturellen Vielfalt um? Und die zweite, die wichtigste Frage: Welches ist die normative Basis für das gesellschaftliche Miteinander?

Gesucht wird also nach einer für alle gültigen Plattform, die den gesellschaftlichen Konsens trägt, nach einer ethischen Fundierung, die als Handlungsgrundlage für eine moderne – auch städtische – Integrationspolitik notwendig ist. Letztendlich geht es darum, grundlegende Werte festzulegen, die für die Angehörigen aller gesellschaftlichen Teilgruppen und damit aller Bürger und Bürgerinnen Gültigkeit haben. Die Frage wurde schon beantwortet bzw. die These hierzu ist formuliert: Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft.

Diese Fokussierung auf die zivilen Werte impliziert die Aussage, dass sogenannte kulturelle Werte als Fundament für den gesellschaftlichen Konsens nicht reichen. Gerade die kulturellen Werte werden aber bei der Diskussion um die Integration von Migrant*innen in die Gesellschaft gerne in den Vordergrund gestellt. Kulturelle Werte sind jedoch weder konsens- noch gesamtgesellschaftlich tragfähig. Erstens, weil das Postulat der kulturellen Vielfalt einerseits und der mentale Hoheitsanspruch einer Kultur andererseits ein Widerspruch in sich ist. Es schließt sich aus, die ethnisch-kulturelle Pluralität als Strukturprinzip moderner Gesellschaften zu konstatieren und gleichzeitig die Priorisierung einer Kultur vorzunehmen.²⁴ Und zweitens, weil nicht nur die Idee der homogenen Bevölkerungsgruppen und Identitäten eine Fiktion ist, sondern auch die Idee der Kultur in „Reinform“. „Kulturen sind Produkt von Beziehungen und Durchquerungen und entwickeln sich erst im Kontakt mit dem Fremden, Anderen. Kultur bedeutet immer schon „zwischen den Kulturen“, ist nie rein, homogen, sondern hybrid und heterogen“.²⁵

Somit kann auch das relativ statische Konzept der kollektiven Nationalkultur als Grundlage für den einen Wertekanon der pluralen Gesellschaft nicht greifen. Es stellt sich darüber hinaus die grundsätzliche Frage, inwieweit überhaupt eine Nation im Zeitalter der Globalisierung und damit der Etablierung supranationaler Ebenen, Grundregeln für ein Zusammenleben zu definieren vermag.

24 Vgl. Bernd Graff: Rein darf, was rein ist. „Integrationsabschreckend: Wer braucht hier einen Deutschkurs“ In: SZ v. 26.04.2001. Vgl. auch: Dieter Oberndörfer: Leitkultur und Berliner Republik. Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 1-2/2001. Vgl. auch: Dieter Senghaas: Kulturelle Globalisierung – ihre Kontexte und Varianten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/2002

25 weiter heißt es: „... Kulturen sind Bastarde“, nicht nur wegen ihrer jeweils früheren Übernahme fremder Kulturelemente in die eigene Kultur, sondern „grundlegender deshalb, weil der Gestus der Kultur selbst ein Vermischtes ist: Es gibt Wettbewerb und Vergleich, es wird umgewandelt und uminterpretiert, zerlegt und neu zusammengesetzt, kombiniert und gebastelt.“ Vgl. Bernd Wagner: Kulturelle Globalisierung. Von Goethes „Weltliteratur“ zu den weltweiten Teletubbies. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/2002, S. 11. Eingefügtes Zitat: Jean-Luc Nancy: Lob der Vermischung

Die Conclusio der bisher gemachten Aussagen könnte lauten: Es gibt kulturelle Unterschiede, aber keine zivilisatorischen.²⁶ Zivile Werte, in deren Mittelpunkt die Achtung der Menschenrechte steht, bilden das Fundament für das Zusammenleben in einer globalisierten Gesellschaft und Stadtgesellschaft. Als normativer Minimalkonsens einer Weltgesellschaft ist ein „nationenübergreifender Gerechtigkeitssinn“ bzw. ein konsequent zu Ende gedachter „Fairnessvertrag“²⁷ notwendig, der auf dem Ethos von Respekt und Toleranz beruht.²⁸

Zweifelsohne bewegt sich diese Feststellung sehr stark im abstrakten Raum. Im alltäglichen Zusammenleben und Ausloten des Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wird deutlich, dass die Grenzen zwischen dem, „den kulturellen Eigensinn Respektieren“ und dem „auf zivilen Werten beruhenden Gemeinsinn Einfordern“ für alle Beteiligten, die Migrantinnen und die Aufnahmegesellschaft, nicht immer ganz deutlich sind. Um so wichtiger ist es, die Grundpfeiler der Integrationspolitik klar zu definieren und zu benennen und sie als eine Art „Regelwerk“ für alle Bürger und Bürgerinnen transparent zu machen. Auch wenn das Grundgesetz der BRD ein Produkt nationaler Politik ist, ist es eine wichtige Basis für die Integrationspolitik in der Bundesrepublik, da hier in erster Linie Menschenrechte bzw. Grundrechte und nicht nationale Bürgerrechte definiert werden.

6 Integration bedeutet mehr als die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten

Die Diskussion um kulturelle Vielfalt und um die Integration von Migrantinnen und Migranten steht aktuell, wie in der Präambel beschrieben, im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen – hierbei vor allem die Frage – was ist Integration bzw. was muss Integration leisten? Der Versuch, sich dem Begriff über seine Bedeutung zu nähern und hieraus die Aufgaben für Integration klar zu beschreiben, führt eher in eine Sackgasse. Laut Duden bedeutet Integration „Vervollständigung, Eingliederung, Vereinigung“. Alle Begriffe sind statisch, suggerieren einen Endzustand und ignorieren damit die Gesellschaft als Perpetuum mobile. Integration ist ein vielgestaltiger gesellschaftlicher Prozess, der – streng genommen – nie beendet ist, da auch die Aufnahmegesellschaft nie einen Endzustand erreichen

26 Bernd Hessel in FR vom 31.05.01

27 Vgl. Julian Nida-Rümelin: Globalisierung und kulturelle Differenz. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive: In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 12/2002, S. 5

28 Die Idee eines sogenannten „Weltbürgerrechts“ geht übrigens auf Kant zurück. In seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 spricht er sowohl von einem „Staatsbürgerrecht der Menschen in einem Volke“ als auch von einem „Völkerrecht der Staaten im Verhältnis gegeneinander“. Vgl. Robert Leicht: Das Fremde in uns. Warum es so schwer fällt, das Unvertraute anzunehmen. In: Die Zeit Nr. 52/2000

wird. „Kulturelle Vielfalt ist also keine Feststellung eines (statischen) Zustandes, sondern zentrale Gestaltungsaufgabe einer lebendigen Demokratie.“²⁹

Auffallend an der öffentlichen Debatte ist zudem, dass zwischen den Begriffen „Ausländer/in“ und „Integration“ eine Art sachlogische Verbindungslinie hergestellt wird, d. h. wenn wir von Integration sprechen, meinen wir die Migranten/innen, die es zu integrieren gilt – im Sinne von: in die Gesellschaft zu integrieren. Abgesehen von der Tatsache, dass, wie dargestellt, die Gruppe der Migranten/in, wie jede andere gesellschaftliche Gruppe auch, aufgrund ihrer sozialen, ethnischen, nationalen etc. Herkunft sehr heterogen ist, impliziert diese Annahme, dass die anderen, d. h. „deutschen“ gesellschaftlichen Gruppen bzw. Teilgruppen per se integriert sind. Diese Vorstellung ignoriert den Tatbestand, dass moderne Gesellschaften – wie in These 3 dargelegt – aus sich wechselnd zusammen gesetzten Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften bestehen.

Es geht hier nicht darum, die spezifischen Probleme, die mehrheitlich Migranten/innen bzw. bestimmte Migrantengruppen betreffen, zu nivellieren – z. B. hohe Arbeitslosenquote, geringe schulische Leistung der Kinder und damit verbunden ein geringes Bildungsniveau, oder auch religiöser Fanatismus. Es geht jedoch darum, dass das „Integrationspostulat“ nicht auf die Gruppe der Migranten/innen reduziert werden kann. Weder die ethnische Herkunft noch die Staatsangehörigkeit sind ausreichende Indikatoren für einen sogenannten Integrationsbedarf.

Sicherlich sind Politik und Gesellschaft bei der Gruppe der Zugewanderten besonders gefordert, diese – wie auch immer – „hier bei uns“ zu verorten, doch Integration ist in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches Thema. Gerade die „Integrationspolitik der Stadt“ steht vor der schwierigen Aufgabe, für heterogene städtische Teilgesellschaften, Partizipationsräume zu öffnen und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

7 Das Zusammenleben in einer pluralen und heterogenen Stadtgesellschaft gleicht einer Gratwanderung zwischen Grenzöffnung und Grenzziehung, Konsens und Konflikt und Integration und Segregation

*Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion ...*³⁰ – so überschreibt der Holländer, Paul Scheffer, eine europaweite Entwicklung: die

²⁹ Max Fuchs: Dialog zwischen den Kulturen. Kulturtheoretische und -politische Anmerkungen. In: UNESCO heute, Nr. 1-2/2002

³⁰ Paul Scheffer: Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion. Der Aufstieg von Populisten wie Haider, Fortuyn und Berlusconi zwingt über die Grenzen des offenen Europas nachzudenken. In: Die Zeit Nr. 29 vom 11.07.2002

Bürger/innen der europäischen Staaten verlieren mehr und mehr den Glauben an den Mehrwert der multikulturellen Gesellschaft. Wie bereits in der Präambel hervorgehoben wurde, gilt dies auch für Deutschland. Zugespißt könnte man formulieren, die Idee der multikulturellen Gesellschaft ist an ihrem eigenen Harmoniepostulat gescheitert, bzw. an der Vorstellung, dass Pluralität automatisch friedliche Koexistenz unterschiedlicher Parallelgesellschaften bedeutet und vor allem bedeuten muss. Grenzsetzungen und Konflikte, Differenzen und Dissensen haben sowohl in dem Konzept der Multikulturalität als auch als legitimer Weg der Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft keinen Platz. Beides, Grenzsetzung und Konflikt, sind aber in der alltäglichen Lebensrealität unserer Gesellschaft existent. So wird z. B. der Wunsch nach Grenzsetzung, bzw. nationaler Grenzsetzung im Sinne von „die Grenzen schließen“ mit zunehmender Deutlichkeit von den Bürgern/innen der deutschen Aufnahmegesellschaft formuliert.³¹ Umgekehrt ist auch bei einem Teil der Migrantenfamilien, die vor 30-40 Jahren aus den Anwerberstaaten nach Deutschland einreisten, der Wunsch nach Abgrenzung von den gesellschaftlichen Lebensbezügen hier in Deutschland spürbar. Letztendlich wird hier – auf beiden Seiten – ein grundlegendes Gefühl der Unsicherheit, des Unbehagens und der Fremdheit ausgedrückt, das nicht nur legitim ist, sondern das auch politisch ernst zu nehmen ist. Politik muss zulassen, dass in einer Gesellschaft immer wieder neu formuliert werden kann, was die Menschen und Teilgruppen verbindet und was sie trennt.³²

„Die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen muss nicht konfliktfrei sein“³³ ist eine Aussage, die sicherlich nicht unhinterfragt postuliert werden kann. Wichtig ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung: Konflikt wird vor allem im Kontext der internationalen Politik mit dem amerikanischen Begriff von „Konflikt“ gleichgesetzt – der vor allem die gewalttätige Auseinandersetzung meint.³⁴ „Konflikt“ ist nicht per se und grundsätzlich gewalttätig, sondern auch ein friedliches (im Sinne von „nicht-gewalttätiges“) und legitimes Mittel der Grenzsetzung und der Auseinandersetzung. Diese Deutung und Bedeutung von „Konflikt“ impliziert, dass die Bewältigung der Konflikte nur auf der ethischen Grundlage von

31 Das gleiche gilt für die Bürger/innen der Europäischen Union. Aus Umfragen geht hervor, dass ungefähr zwei Drittel der Bürger/innen der Europäischen Union schon seit längerem der Ansicht sind, dass die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten erreicht ist. Vgl. Paul Scheffer

32 Vgl. Paul Scheffer

33 Julian Nida-Rümelin: Mosse-Lecture: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Berlin Humboldt-Universität, 08. November 2001. In MAECENATA ACTUELL, Nr. 32/2002, S. 14

34 Auch die Außenpolitik Deutschlands arbeitet übrigens mit diesem – amerikanischen – Begriff von „Konflikt“. In dem im Sommer 2000 vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Grundsatzpapier „Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000“ wird betont, dass die auswärtige Kulturpolitik, ein „integraler Bestandteil einer auf Konfliktprävention und Friedenssicherung ausgerichteten deutschen Außenpolitik“ ist.

„Respekt aus Toleranz“³⁵ erfolgen kann und darf. Es geht hier nicht darum, eine Art „Ode an den Konflikt“ zu postulieren, sondern darum, die Vorstellung zu relativieren, die Gesellschaft sei ein konfliktfreier Raum. Konflikte in einer Gesellschaft müssen erkannt, ausgehalten und/oder ausgetragen werden, aber auch verhindert werden – hierfür muss auch die Politik Konzepte liefern. Genau dies scheint im Moment noch schwierig zu sein: „Deutschland ist ein konservatives Land. Konflikte, Klassenkämpfe, gar zwischen gesellschaftlichen Gruppen, sind unbeliebt.“³⁶

Schon in der Präambel wurde betont: es gibt keine Konsensgesellschaft und es gibt auch keine städtische Konsensgesellschaft. Gesellschaftliches Leben ist von Konsens und Dissens, Konflikt/Zwiespalt und Einheit/Einigkeit geprägt. Gesellschaftliches Leben ist nicht störungsfrei – die Idee der multikulturellen Gesellschaft mit ihrem inhärenten Harmoniepostulat hat die Menschen in dieser Gesellschaft überfordert. Die große Anforderung an die Politik in einer pluralen, demokratischen und offenen Gesellschaft besteht also nicht nur darin, wie sie Koexistenz organisiert, sondern auch darin, wie sie Differenz organisiert.³⁷

Aus dieser Feststellung ergibt und erschließt sich eine weitere: Politik ist aufgerufen und kommunale Politik im Besonderen, das Zusammenleben in der Stadt sowohl über Integration als auch über Segregation zu steuern. „Integration“ und „Segregation“ sind zwei Begriffe, die in unserm Sprachgebrauch sehr unterschiedlich bewertet werden. Während „Integration“ eher positiv konnotiert ist und auf Gleichheit zielt, ist der Begriff „Segregation“ aufgrund seiner Bedeutung – Abgrenzung, Ausgrenzung und Trennung – negativ besetzt. Diese Dichotomisierung geht an der gesellschaftlichen Lebensrealität und an der Lebensrealität in den Städten vorbei. Segregation kann für das Zusammenleben in einer Gesellschaft durchaus positiv sein. Über Segregation bilden sich Kolonien, die sogenannten ethnischen Communities – diese haben die Funktion von informellen Hilfsnetzen und ermöglichen neu ankommenden Migranten/innen, sich in einem Schutzraum zu orientieren.³⁸ Darüber hinaus kann Segregation im Sinne

35 Nida-Rümelin unterscheidet in seinem, in MAECENATA ACTUELL abgedruckten Aufsatz drei Arten der Toleranz. 1. Toleranz als Indifferenz, 2. Toleranz im apathischen Sinne, 3. Toleranz aus Respekt - Der normative Minimalkonsens einer offenen Gesellschaft muss auf dem Ethos des Respekts beruhen. „Am Beginn der Entwicklung zur offenen Gesellschaft stand eine neue Haltung des Respekts, die tiefe kulturelle Differenzen auszuhalten gestattete.“ Vgl. Julian Nida-Rümelin: „Die offenen Gesellschaft und ihre Feinde“, a.a.O., S. 11 ff

36 Vgl. Michael Naumann: Das Scheingefecht. Nur keinen Streit: Deutschland unter der Konsensglocke. In: Die Zeit Nr. 33 vom 08.08.02. Naumann beklagt die „Konsensfabrik Deutschland“, bezogen auf den aktuellen Wahlkampf. Das Prinzip, „alle Menschen mitzunehmen“ (Johannes Rau) - auch ein Harmoniepostulat – reiche zur politischen Gestaltung des Landes nicht aus und „entpuppt sich gerade im Wahlkampf als deutsche Bequemlichkeit“.

37 Vgl. Mark Terkessidis: Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B12/2002, v.a. S. 33

38 Hartmut Häußermann und Walter Siebel: Integration und Segregation - Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DFK), 40. Jg. 2002, S. 68 - 79 und Thomas Krämer-Badoni: Urbanität und gesellschaftliche Integration. In: dito, S. 12 - 25.

von Dissoziation, d. h. „Sich-Rausziehen“ eine legitime Technik der Konfliktprävention sein.³⁹ Eine kommunale Integrationspolitik muss also auf der Grundlage beider Aspekte – Integration und Segregation – entwickelt werden; das Leitmotto hierfür könnte lauten: „Verbindendes suchen und Trennendes zulassen“.

Eine wichtige Grundlage für die Entwicklung städtischer Integrationskonzepte ist die klare Differenzierung nach den unterschiedlichen Stufen von Integration und Segregation.

1. Materielle oder systemische Integration, d. h. Integration in Erwerbsleben, in den Arbeitsmarkt, in das soziale Sicherungssystem
2. politische Integration, d.h. Integration in die demokratischen Formen der politischen Willenbildung
3. soziale Integration, d.h. Integration in informelle Beziehungsnetze, in Nachbarschaften, Freundschaften, wechselseitige Hilfsbeziehungen.⁴⁰

Bei der Segregation werden zwei Stufen bzw. Ebenen unterschieden:

1. sozioökonomisch bedingte Segregation
2. ethnisch-kulturell bedingte Segregation⁴¹

Diese Binnendifferenzierung – die Unterscheidung in „harte“ und „weiche“ Integrationsfaktoren – macht einerseits die Leistungsebenen von Integration deutlich, andererseits aber auch die Korrelationen zwischen den Ebenen. Z. B. wird die soziale Integration ohne die systemische Integration nicht gelingen, d.h. ohne die Einbindung in den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes scheint die soziale Einbindung der Menschen in die Gesellschaft schwer möglich.

39 Vgl. Dieter Oberndörfer: Leitkultur und Berliner Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2/2001, S. 30. Häußermann und Siebel formulieren folgende Thesen als Grundlage einer kommunalen Integrationspolitik.

1. Politik muss Segregation abbauen und zulassen. Sie muss freiwillig, ethnisch kulturell bedingte Segregation ermöglichen, 2. Einwanderungsquartiere sind als Dauerinstitutionen in deutschen Städten zu akzeptieren, 3. Integration ist ein langer und konfliktreicher Prozess, 4. Rücknahme der Kontrolldichte, betr. den informellen Arbeitsmarkt. Hartmut Häußermann und Walter Siebel: Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In DFK, S. 77ff.

40 Vgl. Albrecht Göschel: Integration und Stadt. In Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DFK), 40. Jg. 2001/I, S. 5 und 6. Das Integrationskonzept der Stadt Stuttgart unterscheidet zwei Integrationsebenen, die begrifflich auch anders zugeordnet werden. 1. soziale Integration: die Chancengleichheit in Beruf und Bildung, bei den Wohn- und Freizeitangeboten, 2. kulturelle Integration: die Verinnerlichung der Grundwerte und die Übernahme der Denkmuster der pluralistischen Gesellschaft. Vgl. „Ein Bündnis für Integration“. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart, S. 21

41 Vgl. Albrecht Göschel, 2001, S. 8. Vgl. auch: Thomas Krämer-Badoni, 2001 und Hartmut Häußermann und Walter Siebel, 2001

Komplementär hierzu lässt sich feststellen: ethnisch-kulturelle Segregation wird hauptsächlich dann zum Problem, wenn sie mit sozioökonomischer Segregation, d. h. letztendlich sozialer Ausgrenzung verknüpft ist.

Diese Binnendifferenzierung ist eine notwendige Grundlage, die Handlungsmöglichkeiten und -reichweiten städtischer Integrationspolitik realistisch einzuschätzen. Zahlreiche sogenannte Integrationsleistungen (aber auch präventive Leistungen, um zum Beispiel die sozioökonomische Segregation zu verhindern) fallen in die Verantwortungsbereiche der Länder-, Bundes- und Europapolitik. Hierzu gehören z. B. die rechtliche Gleichstellung, das Wahlrecht, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Förderung im schulischen Bereich und die im neuen Zuwanderungsgesetz festgelegten Integrationskurse für neu zugewanderte Migranten und Migrantinnen.

Städtische Integrationspolitik ist eine kommunale Querschnittsaufgabe. Das Thema „Migration und Integration in der Stadt“ fußt auf bundes- und europarechtlichen Rahmenbedingungen, tangiert zahlreiche spezifische städtische Handlungsfelder und stellt auch die Stadtpolitik an sich und die Stadtverwaltung vor neue/erweiterte Aufgaben. Grundsätzlich zu überlegen ist, inwieweit die interkulturelle Qualitätsentwicklung in der Stadt, in der Stadtverwaltung und in den städtischen Einrichtungen auf Grundlage eines auf der Grundlage eines „intercultural mainstreaming“ erfolgen soll.⁴²

⁴² Vgl. Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein. Juni 2002, S. 22

Marianne Krüger-Potratz

Geschlechteraspekte bei Migration und Integration. Ergebnisse interkultureller Ethnizitäts- und Genderforschung

Migration ist – auch für Deutschland – kein neues Phänomen sondern der Normalfall. Doch bis Ende des 20. Jahrhunderts ist politisch die Idee propagiert worden, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und dass es sich bei der faktisch gegebenen Zuwanderung nur um ein vorübergehendes, zeitbegrenztes Phänomen handele, das keiner grundlegenden gesetzlichen Regelung bedürfe. Diese Sichtweise ist ab den 1980er Jahren vielfach kritisiert worden, doch erst mit den Vorbereitungen für das schließlich 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz – das erste Gesetz dieser Art in der Geschichte Deutschlands – ist nach und nach ein Sichtwechsel vollzogen worden. Ungeachtet weiterhin bestehender Kontroversen hinsichtlich einzelner rechtlicher Regelungen und bezüglich der für die einzelnen Politikfelder zu ziehenden Konsequenzen, ist inzwischen auch seitens der Politik anerkannt, dass Migration ein ‚normales Phänomen‘ mit Folgen für alle Politikbereiche ist. Dieser lange Prozess des Sichtwechsels von einem Deutschland als Einwanderungsland wider Willen bis zur Anerkennung von Zuwanderung als einer historischen Normalität spiegelt sich auch in der Geschichte der Migrations- und Integrationsforschung. Dies wird im Folgenden am Beispiel der interkulturellen Forschung zu Migration, Ethnizität und Geschlecht dargestellt. Auf eine Erläuterung zu den zentralen

Begriffen folgt ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Forschung seit den 1960er/1970er Jahren mit dem Akzent auf der Forschung zu Geschlecht und Migration. Abschließend werden einige wenige aktuelle Forschungsarbeiten vorgestellt.

Ethnizität und Gender – eine Erläuterung

In den Sozialwissenschaften besteht Einigkeit darüber, dass Geschlecht und Ethnizität soziale Konstrukte sind. Im Fall von Geschlecht wird dies durch den Begriff *Gender* angezeigt. Was in einer Gesellschaft als männlich oder weiblich gilt, ist nicht als unmittelbare Folge biologischer Differenzen zu verstehen, sondern hängt von dem jeweils gegebenen historisch-politischen und sozialen Kontext ab; damit bildet sich jeweils auch ein Machtverhältnis ab. Von daher geht es nicht darum, was ‚Weiblichkeit‘ oder ‚Männlichkeit‘ *ist*, sondern wie sie *hergestellt* werden (*doing gender*). In diesem Sinne ist es richtiger von Geschlechterverhältnissen zu sprechen und zu beachten, dass wenn von ‚Weiblichkeit‘ die Rede ist, ‚Männlichkeit‘ implizit immer mit hineinspielt und umgekehrt: Die einen sind Gegenstand der Betrachtung, die anderen bilden die Folie, auf der die ‚Besonderheiten‘ der anderen abgebildet werden. Dies gilt analog für Ethnizität¹. Ethnizität spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit Themen wie individueller und kollektiver Identität. Ähnlich wie im Fall von Geschlecht wird der Eindruck erweckt, dass Ethnizität etwas ‚Naturgegebenes‘, Unveränderliches sei, das von Generation zu Generation ‚vererbt‘ und mit der Migration auch in das Zielland ‚transferiert‘ würde.² Dabei wird verdeckt, dass Ethnizität das Resultat sozialer Abgrenzungsprozesse und ein immer wieder neu verhandelbares (Zwischen-)Ergebnis von Prozessen der Fremd- und Selbstzuschreibung ist mit dem Ziel, die Einheit einer Gruppe nach innen (Homogenisierung) und die Abgrenzung nach außen zu markieren und zugleich festzulegen, wie das Machtverhältnis zwischen den Gruppen gesehen wird. Die entscheidende Frage ist demnach auch hier, wie Ethnizität hergestellt wird (*doing ethnicity*).

Geht man dieser Frage nach, so zeigt sich, dass zur ‚Herstellung von Ethnizität‘ unterschiedliche, aber nicht beliebig wählbare grenzmarkierende Merkmale herangezogen werden (können): zum Beispiel eine als gemeinsam gesetzte

1 Ethnizität ist ein umstrittener und nur schwer fassbarer Begriff, der die in der deutschen Diskussion und (sozialwissenschaftlichen) Literatur die vor allem vor Ende des Zweiten Weltkriegs üblichen Begriffe ‚Volkgruppe‘ und ‚Volkstum‘ abgelöst hat.

2 Problematisch ist zudem, dass vielfach nicht zwischen Ethnizität, Kultur und Nationalität (Staatsbürgerschaft) unterschieden wird.

Geschichte, die zugleich als ‚gemeinsames Schicksal‘ ausgegeben wird, eine alle Mitglieder einer Ethnie vereinende (Mutter-)Sprache, in der sich zugleich der Charakter einer Gruppe manifestiere, die Zugehörigkeit zu einer Religion bzw. Konfession oder auch bestimmte Sitten und Gebräuche.

Welche Merkmale jeweils gewählt werden, hängt von der jeweiligen historisch-politischen Situation ab und kann sich im Verlauf der Zeit durchaus ändern. Entscheidend ist, dass die Merkmale so gewählt werden, dass die zwischen den/dem ‚Eigenen‘ und den/dem ‚Fremden‘ konstruierten Unterschiede plausibel erscheinen und das jeweils politisch gegebene Machtverhältnis zu rechtfertigen scheinen. Diese Konstruktion muss sowohl eindeutig wie flexibel sein, so dass es nicht als Widerspruch erscheint, wenn Einzelne, einer bestimmten Gemeinschaft (Ethnie) zugeordnete oder sich selbst zuordnende Personen die der Gruppe zugeschriebenen Lebensformen, Weltanschauungen, Sitten und Gebräuche usw. individuell nicht praktizieren bzw. die mit der Ethnie verbundene Sprache nicht sprechen. Dies gilt auch für Gender; auch hier müssen die Merkmale zur Charakterisierung von ‚weiblich‘ oder ‚männlich‘ so gewählt sein, dass individuell variierende Lebensweisen mit erfasst werden, ohne dass das Machtgefüge in Frage gestellt wird.

Gender und Ethnizität sind zwei zentrale Strukturkategorien von Gesellschaft, die allerdings nie allein, sondern stets in Kombination miteinander und mit anderen nach innen Gemeinsamkeit stiftenden und nach außen differenzmarkierenden Merkmalen wirksam sind. Eine wichtige Rolle spielt der Sozialstatus, der der jeweiligen Gruppe oder auch einzelnen Personen zugeschrieben wird, ferner können Merkmale wie Gesundheit (Behinderung/Nichtbehinderung), Hautfarbe, religiöse bzw. weltanschauliche Bindungen, sexuelle Orientierung usw. eine Rolle spielen (vgl. Krüger-Potratz/Lutz 2004). Hierzu ein Beispiel für die Verschränkung von Gender, Ethnizität, Sozialstatus und Religion: Das Geschlechterverhältnis der aus der Türkei Zugewanderten wurde und wird vielfach als prinzipiell verschieden von dem in der deutschen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das der letzteren zugeschriebene Geschlechterverhältnis gilt als ‚emanzipiert‘; es bildet den (impliziten) Maßstab, an dem gemessen das den aus der Türkei Zugewanderten zugeschriebene Geschlechterverhältnis als eines der patriarchalischen Tradition verhaftetes ‚vormodernes‘ beschrieben wird. Wurde früher traditionell bzw. ‚vormodern‘ auf die dörfliche Herkunft³ der Zugewanderten zurückgeführt, so wird, seitdem die Konfrontation Islam – Christentum politisch eine zentrale Rolle spielt, ihr ‚Verharren in der Tradition‘ vornehmlich mit der religiösen Bindung durch den Islam erklärt, während die soziale (und regionale)

³ Dörflich wurde zudem meist mit ostanatolisch gleichgesetzt.

Herkunft eher eine Nebenrolle spielt. Mit dem von Baden-Württemberg vorgeschlagenen Gesprächsleitfaden für die Überprüfung Einbürgerungswilliger, der vor allem auf die Gruppe der muslimischen (türkischen) Zuwanderinnen und Zuwanderer ausgerichtet ist, ist sogar die Frage der sexuellen Orientierung als differenzmarkierendes Merkmal ins Spiel gekommen, insofern sich eine der Fragen auf die Einstellung zur Homosexualität bezieht. Mit der Aufnahme einer solchen Frage in einen Einbürgerungsgesprächsleitfaden wird unterstellt, dass Homosexualität in der deutschen Mehrheitsgesellschaft weitgehend als normal angesehen werde, nicht aber auf Seiten der Muslime. Von daher sei es legitim, sie individuell hinsichtlich ihrer Einstellung zu ‚testen‘.

Gender und Ethnizität in der interkulturellen Forschung

Im Rückblick auf die vor allem in der Interkulturellen Pädagogik rezipierten wie auch entstandenen Studien zu Migration und Gender lassen sich grob zwei Linien unterscheiden:

1. Die Ende der 1960er Jahre einsetzende Diskussion und Forschung über Migrantinnen betonte vor allem das Moment der ‚kulturellen Fremdheit‘; der Blick konzentrierte sich vor allem auf ‚die türkischen Frauen und Mädchen‘ und deren Besonderheit im Gegensatz zu ‚deutschen Frauen und Mädchen‘. Innerhalb dieser Linie haben sich im Laufe der Zeit zwar auch Veränderungen ergeben, unter anderem in der Forschungsmethodik, aber geblieben ist eine unkritische Sicht auf Geschlecht und Kultur und – immer wieder – die Konzentration auf die aus der Türkei stammenden Migrantinnen. In dieser Linie wird Geschlecht weiterhin eher als etwas ‚natürlich Gegebenes‘ angesehen, und die Unterschiede zwischen den zugewanderten ‚türkischen‘ und den ‚deutschen‘ Frauen und Mädchen werden vorrangig als ‚Kulturkonflikt‘ gedeutet. Letzteren werden – oft nur implizit – Attribute wie ‚modern‘, ‚westlich‘, ‚emanzipiert‘, ‚unabhängig‘, und ‚säkularisiert‘ zugeordnet, ersteren Attribute wie ‚traditionell‘, religiös, d.h. ‚islamisch‘ gebunden, ‚abhängig‘. Diese Linie spielt zwar in der Forschung kaum noch eine Rolle, aber die damit einhergehenden Argumentationsmuster und ‚Bilder von den Fremden‘ werden weiterhin über die öffentliche und auch über die politische Diskussion tradiert.
2. Aus der Kritik an diesen Denk- und Deutungsmustern und ausgehend von den Diskussionen in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung über Geschlecht als soziale Konstruktion entwickelt sich ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine zweite Linie, in der sowohl der ‚vergeschlecht-

lichende Blick' auf Migrations- und Integrationsprozesse wie auch die Kulturkonflikthypothese kritisiert und neue Forschungsansätze ins Spiel gebracht wurden, die es ermöglichen, den Prozess des *doing gender* wie auch des *doing ethnicity* im Verlauf der Migration bzw. in der Auseinandersetzung mit der Einwanderungsgesellschaft aufzuzeigen (vgl. Lutz/Huth-Hildebrandt 1998; Engler 1999). Ab Ende der 1990er Jahren ist zunehmend auch der Migrant ‚als Mann‘ in den Blick gekommen. Ähnlich wie in der Forschung über ‚ausländische Frauen‘ gilt auch hier das Hauptaugenmerk männlichen Jugendlichen mit ‚türkischem‘ resp. ‚muslimischen Hintergrund‘. Sie werden als ‚gewaltbereit‘ und als ‚Täter‘ und damit als Gegenbild zu den ‚unterdrückten türkischen Frauen und Mädchen‘ beschrieben. Hinzu kommen Studien zu männlichen Aussiedlerjugendlichen (Russlanddeutschen), während zugewanderte Männer aus weiteren Ländern (fast) keine Rolle spielen.

Beide Linien werden in den folgenden Abschnitten ausführlicher vorgestellt.

Vierzig Jahre Forschung zu Geschlecht und Migration⁴

Das Interesse für die ‚fremde Frau‘ setzt in den 1960er Jahren ein: Den Anfang bilden (sozial-)medizinische Artikel und gegen Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre erscheinen die ersten sozialpädagogischen Publikationen. Die bis in die späten 1970er Jahre veröffentlichten Beiträge über ‚fremde Frauen‘ basierten vor allem auf Einschätzungen und Generalisierungen von Einzelbeobachtungen, nicht aber auf Analysen oder empirisch abgesicherten Daten. Charakteristisch für diese Literatur ist zum einen, dass die Migrantin nicht als Akteurin und eigenständige Person in ihnen präsent ist. Vielmehr wird *über* sie geschrieben, und dabei wird sie vor allem auf die ‚klassischen‘ weiblichen Rollen als Ehefrau und Mutter reduziert: als in der Heimat zurückgebliebene Ehefrau und Mutter; als psychisch hoch belastet, daher gesundheitlich gefährdete Frau, als weitgehend isoliert lebende, daher sozial betreuungsbedürftige nicht erwerbstätige Ehefrau und Mutter im Aufnahmeland; als Unterlegene in einer als patriarchal organisierten Geschlechterbeziehung. Das in diesen Beiträgen durch verallgemeinernde Zuschreibungen erzeugte Bild von der ‚Andersheit‘ der Migrantin bestimmte die Diskussion über lange Zeit und trug dazu bei, dass bis heute vielfach so argumentiert wird, als sei die strikte Trennung der männlichen und weiblichen Lebenswelten in der Türkei wie in der Migration Gang und Gäbe, als lebten *alle* Türkinnen in traditionsverhafteten, frauenunterdrückenden und -verachtenden patriarchalen Partner-

4 Der folgende Abschnitt beruht weitgehend auf den Ausführungen in: Krüger-Potratz/Lutz 2004.

beziehungen, gekennzeichnet durch Zwangsheirat und Jungfräulichkeitsgebot bzw. durch Ehre und Schande als Regulative des Zusammenlebens.

Bemerkenswert ist, dass das Bild von der hilfsbedürftigen (türkischen) Ehefrau und Mutter zu einer Zeit erfolgreich propagiert wurde, als faktisch eine nicht unbeachtliche Zahl von Frauen (auch aus der Türkei) *als Erwerbstätige* zugewandert ist. „*Zwischen 1960 und 1973⁵ versechzehnfachte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik von rund 43.000 auf über 706 000, ihr Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter verdoppelte sich in diesem Zeitraum von 15 auf über 30 Prozent*“ (Mattes 1999, S. 285). Der Grund hierfür war, dass in den 1960er Jahren geschlechtsspezifisch angeworben wurde. Frauen wurden vor allem für Arbeitsplätze mit hohen Anforderungen an die Geschicklichkeit bzw. Fingerfertigkeit gesucht: in der Textilindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Elektroindustrie und in der feinmechanischen und optischen Industrie. Vorzugsweise suchte man „*sogen. Südländerinnen*“ anzuwerben, denn ihnen und „*ihren kleinen Händen*“ schrieb man „*dieses klassisch weibliche Arbeitsvermögen*“ zu, und man meinte unter anderem von „*den Handarbeitstraditionen in einer Region auf die spezifische Eignung ihrer Bewohnerinnen*“ schließen zu können (Mattes 1999, S. 55). Die Folge dieser geschlechtsspezifischen Anwerbspolitik war, dass Mitte der 1970er Jahre – prozentual gesehen – mehr ausländische als deutsche Frauen erwerbstätig waren.

Ziel der Studien, in denen das Bild von der ‚hilfsbedürftigen (türkischen) Migrantin‘ konstruiert und tradiert wurde, war es um Verständnis für die ‚besondere Fremdheit‘ der türkischen Frauen zu werben, „*den fremdartigen Hintergrund aufhellen, das sonderbare Verhalten verständlich machen*“. Denn – so die Begründung –: „*Wer die Lebensbedingungen in Anatolien kennt, kann auch die Regeln besser begreifen, die in Berlin-Kreuzberg oder anderswo das türkische Getto beherrschen*“ (Paczensky in: Baumgartner-Karabak/Landesberger 1978, S. 9). Die Kehrseite dieser ‚Aufklärung‘ über die ‚andere Kultur‘ und dieses Um-Verständnis-Werben war zum einen die Abgrenzung gegen diese ‚kulturell Anderen‘ und zum anderen, in Zusammenhang mit der Suche nach eigenständigen Frauenwelten in der damaligen bundesdeutschen Frauenbewegung, die Stilisierung der ‚dörflichen türkischen Frauengemeinschaft‘, wie sie Ethnologinnen und Sozialpädagoginnen in der Türkei vorzufinden meinten, als

5 1973 wurde der Anwerbestopp verhängt. Bis auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus Italien, das der EWG angehörte, mussten die anderen Zugewanderten sich entschließen, ob sie in der Bundesrepublik Deutschland bleiben und ggf. ihre Familie nachholen oder in ihr Herkunftsland zurückkehren wollten. Einmal ausgereist, war eine Rückkehr – außer als Tourist – nicht mehr möglich. Dies änderte sich nur für diejenigen, deren Herkunftsländer nach und nach Mitglied der EG resp. EU wurden. Außerdem gab und gibt es für einzelne Branchen immer wieder Ausnahmegenehmigungen.

eine Art ursprünglicher spezifisch weiblicher Lebensform mit Vorbildcharakter im Kontext des Emanzipationsprozesses ‚westlicher‘ Frauen.

Ab Ende der 1970er Jahre richtet sich das Interesse verstärkt auf die ausländischen Mädchen, auch hier wieder speziell auf ‚die türkischen‘ respektive ‚muslimischen‘ Mädchen. Das Interpretationsmuster blieb das gleiche: Türkei bzw. Islam, gefasst als Tradition und Unterdrückung, im Unterschied zu Deutschland, das für die Moderne und Emanzipation stand. Beide wurden als in einem unauflöslichen Gegensatz zueinander stehend gesetzt, als ‚zwei unversöhnliche Kulturen‘, zwischen denen die Mädchen leben müssten, an denen sie aber auch zu scheitern drohten. Viele der damals erschienenen Veröffentlichungen arbeiten – manchmal schon im Titel – mit diesem ‚Zwischen‘: „Morgens Deutschland, Abends Türkei“ (1981; 1984) „Zwischen Kreuzberg und Anatolien“ (1978), „Wir sind wie entwurzelte Bäume auf Betonboden“ (1981), „Zwischen zwei bzw. allen Stühlen“ (1982, 1991, 1992), „Zwischen zwei Welten“ (1991), „Leben zwischen zwei Kulturen“ (1994) oder auch: „Zwischen Holzpflug und Fließband“ (1980) (zu den einzelnen Titel vgl. Huth-Hildebrandt 2001, S. 63-65). Angesichts des so konstruierten Kulturkonflikts wurde der Pädagogik die Aufgabe zugeschrieben, den Mädchen bei der Loslösung aus diesen Generationen- und Rollenkonflikten zu helfen, um sie für die Seite der Moderne zu gewinnen.

Kulturalisierende Zuschreibungen dieser Art finden sich nicht nur in ethnologisch orientierten Studien oder Berichten aus der sozialpädagogischen Praxis, sondern auch in Untersuchungen, deren Autorinnen die (türkischen) Migrantinnen als Akteurinnen oder als Informantinnen aktiv einbeziehen, wie zum Beispiel Gültekin/Sellach (1984), Straube (1987) oder König (1987) bzw. in Studien mit einem subjektorientierten Ansatz arbeiten. Und bis in die jüngste Zeit werden diese Charakterisierungen als *allgemein gültig* fortgeschrieben, so heißt es zum Beispiel in einem 1997 erschienenen Aufsatz: *„Die Mädchen werden durch ihr Leben in der BRD mit zwei völlig unterschiedlichen Kulturkreisen konfrontiert. Die Normen und Werte dieser Kulturkreise sind gegensätzlich und nicht miteinander zu vereinbaren. Dies führt notwendigerweise zu Konflikten, da die Mädchen die traditionellen Werte nicht mehr unhinterfragt hinnehmen. Dazu gehört auch, dass der Ruf der Familie, sich über das Verhalten der Mädchen und Frauen definiert. Darunter fallen: die Unberührtheit bis zur Eheschließung, das Kontaktverbot zu Männern außerhalb der Familie, das Unterordnen unter die väterliche bzw. männliche Autorität“* (Kraheck 1997, S. 100; vgl. auch Beinzger/Kallert/Kollmer 1995, S. 15f.; Schröter 1997; kritisch dazu z.B. Gültekin 2002). Dass es Konflikte aufgrund solcher Einstellungen und Regeln gibt, ist nicht von der Hand zu weisen. Problematisch ist jedoch die vielfach damit einhergehende Ethnisierung solcher Regeln und Einstellungen: Zum einen

gelten sie keinesfalls in allen Familien, deren Mitglieder aus der Türkei zugewandert sind, zum anderen spielen sie auch nicht nur in türkischen bzw. muslimischen Familien eine Rolle, sondern auch in Familien anderer Herkunft, so zum Beispiel in mennonitischen oder baptistischen Aussiedlerfamilien, und drittens sind väterliche bzw. männliche Autoritätsansprüche oder religiös gebundene Vorstellungen von ‚Reinheit‘ Konfliktstoff in vielen Familien, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Parallel dazu beginnt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, im Anschluss an die feministische Diskussion in den Sozialwissenschaften, eine intensive Kritik der Kulturkonflikthypothese, der ihr zugrunde liegenden Theorien und den daraus folgenden Sichtweisen und Interpretationsmustern (Hebenstreit 1986; Lutz 1986; Morokvašić-Müller 1987). Die Beliebtheit derartiger Ansätze – so die Kritikerinnen – sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Forscherinnen die mit der Frauenemanzipation in der Aufnahmegesellschaft verbundenen Probleme und Konflikte auf eine ‚imaginäre Migrantin‘ projizierten und so den eigenen Emanzipationsprozess als konfliktfreier und entlasteter empfänden. In Konsequenz dieser Kritik entstehen Studien, die Geschlecht als soziales Konstrukt (im Sinne von Gender) verstehen und das Spannungsverhältnis von Differenz und Gleichheit untersuchen sowie Arbeiten, in denen Geschlecht in Zusammenhang mit Rassismus, Macht und Gewalt und in Bezug auf Bürgerschafts- und Menschenrechtsfragen thematisiert werden (vgl. Kalpaka/Räthzel 1991; Lutz 1992; Rommelspacher 1994).

Beide Argumentationslinien und Sichtweisen finden sich bis in die Gegenwart. Das Bild von der ‚Problem-Türkin‘ ist unter anderem in der Beratungs- und Bildungsarbeit weiterhin präsent (vgl. hierzu Weber 2003); es wird aber – je nach politischer Konjunktur – in der Öffentlichkeit und durch die Medien tradiert. Reaktualisiert werden diese Interpretationsmuster außerdem durch die Definition der weltpolitischen Konfliktlagen als ‚Kampf der Kulturen‘ und die darin eingebetteten Diskussionen über die ‚Kopftuchfrage‘, über ‚Zwangsheirat‘ und so genannte ‚Ehrenmorde‘ Reaktualisierungen, an denen auch Vertreter bestimmter Migrantinnenorganisationen beteiligt sind, während andere sich distanzieren. Attraktiv für Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sind diese Argumentationsmuster, weil sie ‚entlasten‘ und scheinbar eine ‚Erklärung‘ dafür bieten, weshalb die ‚Fremden‘ sich nicht integrieren (lassen); für die Vertreter der entsprechend argumentierenden Migrantinnenorganisationen sind es Argumente, die helfen sollen, ihre Macht über ihre Mitglieder zu sichern.

Die Mitte der 1980er Jahre einsetzende Kritik an der ‚Konstruktion der ‚fremden Frau‘ wurde Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre ergänzt durch die Kritik

an der Konstruktion des ‚Fremden‘ generell bzw. an einem Verständnis von Ethnizität als einem unveränderlichen Faktum und ‚Wesensmerkmal‘. Auf der politischen Ebene waren die Konflikte im Zusammenhang mit dem Zerfall der politischen Strukturen in den ehemaligen realsozialistischen Ländern und der damit einhergehenden Ethnisierung der Politik ein entscheidender Auslöser einschließlich der Behauptung, dass an Stelle der Systemauseinandersetzung (Ost versus West) zukünftig der „clash of civilization“ (Huntington) die Weltpolitik bestimme. Außerdem setzte in den 1990er Jahren verstärkt die Kritik an Forschungsansätzen ein, die den historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext und das Zusammenspiel der verschiedenen zur Aus- und Eingrenzung benutzten Kategorien nicht beachteten. Ein entsprechender und in der Genderforschung relativ schnell rezipierter Ansatz war die von Crenshaw und Kimberlé anhand von Rechtsfällen entwickelte Intersektionalitätsanalyse. Alle Menschen, so die Grundidee, seien sozusagen am Schnittpunkt (intersection) mehrerer Differenzlinien oder Ungleichheitsachsen positioniert: außer Geschlecht und Herkunft spielten stets auch Sozialstatus, weltanschauliche Orientierung usw. eine Rolle. Daher müsse die Forschung das komplexe Zusammenspiel der Differenzlinien und der so sich bildenden Identitäten beachten, wenn sie valide Ergebnisse erzielen und nicht zur Tradierung von Stereotypen beitragen wolle (vgl. hierzu ausführlich Lutz 2004). Ein anderer Ansatz ist der der institutionellen Diskriminierung, mit dem der Blick weg von den Personen bzw. den Migranten und ‚ihrer fremden Kultur‘ auf die institutionellen Barrieren der Aufnahmegesellschaft gelenkt wird (vgl. Gomolla/Radtke 2002).

Migration, Gender und Ethnizität im Zeichen von Pluralität, Differenz und Gleichheit

Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat sich die Forschung zu Migration, Gender und Ethnizität weiter ausdifferenziert. Einbezogen wurden Forschungsansätze aus der Lebenswelt- und Biographieforschung, mit dem Ziel, die Migrantinnen aus ihrem Objektstatus zu ‚befreien‘ und die Komplexität der Lebenssituation der Betroffenen einfangen und abbilden zu können. Vorgelegt wurden Studien, in denen differenziert nachgezeichnet wird, wie Migrantinnen – Frauen wie Mädchen – in der Migrationssituation in verschiedenen Lebensbereichen agieren, wie sie ihre sprachlichen und kulturellen Ressourcen einsetzen, und welche Strategien sie entwickeln, um in machtförmigen Situationen und Räumen (Schule, Arbeit, Familie usw.) ihre Lebensperspektive zu entwickeln und zu realisieren, aber auch an welchen Barrieren sie scheitern.

Ein Merkmal dieser Arbeiten ist, dass nach den Kompetenzen der Migrantinnen hinsichtlich ihrer ‚Selbst-Integration‘ gefragt wird (vgl. den Überblick in Lutz 2004) sowie nach ihren Lernstrategien in semi-institutionellen Kontexten wie auch nach ihrer erfolgreichen Gestaltung von Bildungsgängen in der Schule (vgl. zum Beispiel Weber 2003). Dabei kommen zwar immer wieder auch Momente ethnischer und geschlechtsspezifischer Diskriminierung in den Blick, aber die Studien bleiben weder in der Anklage stecken noch weisen sie den Migrantinnen eine Opferrolle zu. Im Vordergrund dieser Untersuchungen stehen die subjektiven Leistungen von Migrantinnen, ihre Ressourcen und Handlungspotenziale. Gefragt wird danach, wie Migrantinnen ihr Handlungswissen in der Migration einsetzen, umarbeiten und an ihre Kinder weitergeben. So zeigt zum Beispiel Lutz am Beispiel surinamischer Frauen und ihrer Töchter, die in die Niederlande migriert sind, wie diese *„völlig unspektakulär und größtenteils unsichtbar“* Integrationsarbeit leisten, in dem sie sich bemühen *„unter veränderten Alltagsbedingungen eine alltägliche Ordnung aufrechtzuerhalten, neu zu strukturieren oder zu reorganisieren, zu deren Realisierung die selbstreflexive Auseinandersetzung mit den eigenen Handlungsmaximen, dem biographischen Aktionschema und der möglicherweise dazu konträren Lebenswelt notwendig ist“* (Lutz 2000, S. 45).

In einer anderen Untersuchung wird am Beispiel von zwei Migrantengruppen (Zugewanderte aus der Türkei sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion) im Vergleich mit westdeutschen Familien gezeigt, wie sich in der Migration sowohl das Generationenverhältnis wie auch das Geschlechterverhältnis und damit die Familien verändern. Untersucht werden Konzepte von Weiblichkeit und Männlichkeit, wie sie sich in den Vorstellungen zu Elternschaft und Erziehung, in dem Verhältnis von familialer und beruflicher Orientierung oder auch im Zeiterleben niederschlagen (Herwartz-Emden [Hg.] 2000; vgl. auch Herwartz-Emden 1995; Westphal 1997).

Andere Studien befassen sich mit der Frage nach den interkulturellen, weiblichen Adoleszenzentwürfen in der Migration im Zusammenhang mit postmodernen Identitätsbildungs- und Transformationsprozessen in westlichen Industriegesellschaften (vgl. Rohr 2001) und wiederum andere mit den Migrantinnen, die als *„neue Dienstmädchen“* in Privathaushalten putzen, kochen, bügeln und Kinder versorgen (vgl. Lutz/Schwalgin URL: www.uni-muenster.de/fgei). Untersucht wird hier die Verknüpfung von Ethnizität und Gender sowohl auf Seiten der Arbeitgeberinnen wie auf Seiten der Arbeitnehmerinnen. Dabei wird deutlich, dass in dieser Konstellation die Geschlechterasymmetrie in einer Form von Arbeitsteilung zwischen Frauen reaktualisiert wird. Die traditionelle geschlechterdifferente Rolle im Haushalt wird aufrechterhalten, in dem die ‚weibliche

Zuständigkeit' an eine andere Frau weitergegeben wird. Nun „*waltet drinnen*“ – um es mit Schiller zu sagen – nicht mehr „*die züchtige [deutsche] Hausfrau*“, denn sie geht wie auch ihr Ehemann „*hinaus ins feindliche Leben*“, während das philippinische oder polnische Hausmädchen ihre Stelle einnimmt.

Bei der Mehrzahl der neueren Studien zu Migration und Geschlecht handelt es sich um qualitative biographische Studien. Eine der wenigen empirischen quantitativen Studien ist die Untersuchung von Ursula Boos-Nünning und Yasemin Karakaşoğlu, erstellt im Auftrag des BMBF und 2005 unter dem Titel „Viele Welten leben“ veröffentlicht. Befragt wurden knapp tausend junge Frauen zwischen 15 und 24 Jahren in ausgewählten städtischen und ländlichen Regionen der sogen. zweiten Generation, insofern nicht sie selbst wohl aber ihre Eltern, als Arbeitsmigranten, Aussiedlern oder Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen sind. Der Fragenbogen umfasste eine Vielzahl von Fragen zur sozialen Lage und familialen Situation, zu Freizeit- und Kontaktverhalten, zu den Erfahrungen in Schule, Ausbildung und Beruf, zu Einstellungen hinsichtlich Partnerschaft, Familiengründung, Sexualität und Körper, zu Sprachkompetenzen und Sprachpraxen sowie zu Zukunftsplanungen oder auch Inanspruchnahme von Hilfen und Beratung. Das Ergebnis der Auswertung ergibt ein differenziertes Bild, gerade auch der Heterogenität innerhalb der ethnischen Gruppen.

Eine Studie, an der sich ablesen lässt, wie Ethnizität hergestellt wird und dass für diese ‚Herstellung‘ alle weiteren differenzmarkierenden Kategorien genutzt werden – Geschlecht, Alter, Sozialstatus, Sprache usw. – ist die Münchener Studie „Herkunft *er-zählt*“ (Dannenbeck/Eßer/Lösch, 1999). Ort der Untersuchung war der Münchener Stadtteil Westend, dessen Wohnbevölkerung laut Statistik aus über 100 Ländern zugewandert ist. Im Zentrum der Studie steht die Frage, wann und warum Jugendliche ihre nationale bzw. ethnisch-kulturelle Herkunft als Argument oder auch als Maßstab zur Unterscheidung von ihresgleichen und anderen verwenden. Untersucht wurde dies mit verdeckten und offenen Beobachtungen, mit biographischen und leitfadengestützten Interviews, mit Hilfe von Tagebucheintragungen und anhand von Gruppeninterviews. Beobachtet bzw. gefragt wurde, wie die Jugendlichen in ihrem Alltag soziale Nähe und Distanz markieren, wie sie unterscheiden, wer als Freund, als Feind oder als neutral gilt, und unter welchen Umständen sich dies wie verändert. Gezeigt wird, wie die Jugendlichen als ‚Konstrukteure ihrer Wirklichkeit‘ vorgehen, wie sie bei ihren Konstruktionen je nach sozialem Kontext viele Varianten der Selbst- und Fremdzuschreibungen verwenden: mal wird die Herkunft betont, mal der soziale Status, mal das Geschlecht, die ‚andere‘ Sprache, das Alter oder die psychischen und physischen Fähigkeiten. Im Verlauf der Untersuchung wird offensichtlich, dass Ethnizität letztlich in unendlicher, wenn auch keinesfalls in beliebiger Viel-

falt konstruiert werden kann. Welche Merkmale wie kombiniert werden, hängt von der jeweiligen Situation, dem Umfeld oder den verfolgten Zielen ab. Ethnizität, so das Ergebnis, ist ein stets „*unabgeschlossenes Verhandlungsobjekt*“. Von daher lasse sich aus den Beobachtungen auch kein Modell ableiten, „*das allgemeine Aussagen darüber zu machen erlaubte, wann jemand oder eine Gruppe sich – mit welchen Affekten und Interessen auch immer – auf Herkunft oder Abstammung beruft oder auch nicht [...] Ethnizität hat kein Eigenleben und stellt für sich genommen auch kein bestimmtes Verhältnis dar, das vorab Aussagen über Distanz und Nähe, Über- und Unterordnung oder Freund- und Feindschaft erlaubte. Ethnizität bzw. ethnische Differenz erfüllt sich überhaupt erst mit Leben, Affekten und Inhalten, wenn jemand ein bestimmtes Verhältnis gegenüber anderen aufmacht und/oder aufgemacht bekommt*“ (Dannenbeck/Eßer/Lösch 1999, S. 235f. Hervorh. im Orig.).

Migration und Männlichkeit

Relativ neu sind Untersuchungen, die explizit nach dem Zusammenhang von Männlichkeit und Kultur bzw. Männlichkeit und Migration fragen. Ausgangspunkt sind Arbeiten zu Männlichkeit und Kultur(en), zum Beispiel von Gilmore (1991), Meuser (1998) und vor allem von Connell (2000) zur hegemonialen Männlichkeit, als „*jene Konfiguration geschlechtsbezogener Praxis [...], welche die momentan akzeptierte Antwort auf das Legitimationsproblem des Patriarchats verkörpert und die Dominanz der Männer sowie die Unterordnung der Frauen gewährleistet*“ (Connell 1999, S. 98).

Bisher ist ‚der Mann‘ in der Migrationsliteratur vor allem entweder als quasi neutrales Wesen präsent, immer dann wenn allgemein vom ‚Gastarbeiter‘, ‚ausländischem Arbeitnehmer‘ oder ‚Migranten‘ die Rede ist, oder er bildet die Folie, auf der zum Beispiel die Unterdrückung der türkischen Migrantinnen plausibel gemacht wird. Dann kommen die Männer als Traditionsbewahrer und Integrationsverhinderer in den Blick, ohne jedoch auch Gegenstand der Analyse zu sein (vgl. hierzu kritisch Spohn 2002; Huxel 2006). Inzwischen liegen erste Forschungen zu Männlichkeit bzw. Männlichkeitsbildern in der Migration vor. Bemerkenswert ist, dass sich in einigen dieser Studien die Geschichte der Forschung über ‚die fremde Frau‘ zu wiederholen scheint: Wieder wird ‚ausländisch‘ vor allem mit ‚türkisch‘ gleichgesetzt, statt der türkischen Migrantin als ‚Opferfigur‘ wird die ‚Täterfigur‘ des gewaltbereiten Migranten(jugendlichen) eingeführt, und die Opposition von ‚türkisch-rückständig‘ versus ‚deutsch-emanzipiert‘ wiederholt sich in der Darstellung des ‚türkischen Machos‘ als Gegenbild zum ‚deutsch-emanzipierten Mann‘.

Auffällig ist ferner, dass das Interesse nur ausnahmsweise erwachsenen Migranten gilt. Vorwiegend werden männliche Migrantenjugendliche und hier noch einmal speziell zwei Gruppen: türkische oder Aussiedlerjugendliche als Untersuchungsgruppen gewählt. Beide werden als gewaltbereite Gruppen vorgestellt, deren Mitglieder ihre Legitimation aus ‚ihrer Kultur‘ bezögen. Bei den ‚türkischen Jugendlichen‘ wird ein Zusammenhang zwischen ‚türkischer Macho-Kultur‘ einerseits und Islam bzw. Islamismus andererseits hergestellt (vgl. zum Beispiel Tertilt 1996; Heitmeyer/Müller/Schröder 1997; kritisch dazu: Popp 2000). Gegenstand einer Reihe weiterer, an Instituten für Kriminologie angesiedelter Forschungen sind straffällig gewordene oder als potenziell kriminell eingestufte männliche Jugendliche, vor allem türkische Jugendliche bzw. junge Männer, die in den 1990er Jahren aus Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Aussiedler zugewandert sind (vgl. zum Beispiel Pfeiffer/Delzer/Enzmann/Wetzels 1998; Reich 2003; 2005 oder URL: <http://www.uni-koeln.de/jur-fak/krimfor/>, Stand 21.7.2006). Ziel dieser Arbeiten ist es, mit je unterschiedlicher Akzentuierung herauszufinden, welche spezifischen Faktoren einerseits Integration, andererseits Delinquenzentwicklung und die Verfolgung durch die Kontrollinstanzen bedingen (z.B. Reich 2003).

In den letzten Jahren beginnt sich allerdings eine zweite Forschungslinie, zum Teil in Kritik gegenüber der ersten, herauszubilden. So ist aus einem Projekt über zugewanderte Jugendliche in Untersuchung- und Straftat eine Studie hervorgegangen, in der die Konstruktionsgeschichte der Männlichkeitsbilder der auffällig gewordenen Migrantenjugendlichen nachgezeichnet wird (Spindler 2005). Gezeigt wird, dass die Jugendlichen in den verschiedensten informellen und institutionellen Zusammenhängen (Familie, Schule, Quartier, Clique, Gefängnis usw.) psychisch und physisch erfahren, dass sie als ‚fremde Männer‘ gesehen und ausgegrenzt werden. *„Durch Geschlecht und Herkunft werden gesellschaftliche Rangordnungen hergestellt, [in denen] die Jugendlichen sich zu positionieren und gegen die sie auch anzukämpfen versuchten. Männlichkeitskonstruktionen und Ethnisierungen verstärkten sich in diesen Fällen solange, bis die Jugendlichen im gesellschaftlichen Aus landen“* (Spindler 2005). Im Zentrum einer anderen biographischen Studie (Huxel 2006) steht die Frage, wie Männlichkeit im Prozess der Migration erfahren und ‚hergestellt‘ wird. Gezeigt wird unter anderem, dass im Unterschied zu den vergleichbaren Studien über Migrantinnen den Männern erst infolge ihres ‚Migrant-Seins‘ bewusst wird, dass ihr ‚Mann-Sein‘ nicht ‚natürlich gegeben‘ ist. Erst wenn sie in der Einwanderungsgesellschaft mit anderen für fraglos gehaltenen Männlichkeitsvorstellungen konfrontiert werden, erfahren sie, dass ihr Männlichkeitsbild der Besonderung unterliegt. In diesem Sinne spricht die Autorin von einer ‚zweiten

Vergeschlechtlichung“ unter ethnisierenden und kulturalisierenden Vorzeichen (Huxel 2006, S. 108).

Fazit

Festzuhalten bleibt, dass sich die Forschung zu Migration, Ethnizität und Geschlecht seit den 1960er Jahren deutlich verändert und ausdifferenziert hat. Die bis in die 1980er Jahre dominanten Sichtweisen und speziell die Reduktion der Migrantinnen und Migranten auf ‚ihre Kultur‘ und ‚ihre Herkunft‘ sind zwar nicht vollständig verschwunden, doch es hat sich eine breite kritische Diskussion zu diesen Ansätzen etabliert, und es gibt eine Fülle von Forschungsarbeiten, in denen mit einem breiten methodischen Instrumentarium den Prozessen der Konstruktion von Geschlecht und Ethnizität in der Migration nachgegangen wird. Gleichzeitig ist im Kontext der politischen Diskussionen über das Zuwanderungsgesetz und eine neue Integrationspolitik diese Forschungslinie in die Kritik geraten, weil sie nicht die ‚alten Bilder‘ von den traditionsverhafteten, integrationsunwilligen (türkischen) Migrantinnen und Migranten in den Vordergrund stellt oder – wie es die Kritikerinnen und Kritiker sagen – weil sie nicht die ‚richtigen Fragen‘ stelle und sich nicht mit den Fällen von ‚Kopftuchzwang‘, ‚Zwangsheirat‘ und sogen. ‚Ehrenmorden‘ befasse.⁶ Hier gilt es sorgfältig zu unterscheiden, was Sache der Justiz bzw. was Sache der Politik ist, und welche Aufgaben die Forschung hat. Die Legitimation rechtswidriger Handlungen durch Verweis auf die ‚Kultur‘ verbietet sich für beide Seiten, für die Täter ebenso wie für die, die Recht zu sprechen haben. Den Bemühungen von Minderheitenvertretern, Macht über andere dadurch zu erlangen, dass sie diese auf ‚ihre Traditionen und Kultur‘ verweisen, ist ebenso entgegenzutreten wie es notwendig ist, mehr Möglichkeiten für Zugewanderte zu schaffen, sich mit der Gesellschaft, in der sie leben, zu identifizieren. Die Forschung kann dazu beitragen, ein differenziertes Bild von den Ursachen und Folgen der Zuwanderung aufzuzeigen, sie kann Erkenntnisse darüber liefern, unter welchen Bedingungen sich die Einstellungen, aber auch Legitimationsstrategien verändern, und zwar auf beiden Seiten. Vor allem aber muss sie Erkenntnisse darüber gewinnen, wie sich die historisch herausgebildeten sozialen und politischen Strukturen verändern müssen, um allen in Deutschland Lebenden die Chancen zu eröffnen, die eine Demokratie bieten kann – einschließlich der Mittel zur Lösung der stets damit verbundenen Konflikte.

⁶ So z. B. Neola Kelek; vgl. die Hinweise auf die Pressereaktionen unter: http://www.wikipedia.org/wiki/Neola_Kelek (Stand: 7.12.2006)

Literaturverzeichnis

Baumgartner-Karabak, Andrea/Landesberger, Gisela (1978, 1982): Die verkaufte Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien. Reinbek bei Hamburg: rororo (= Frauen aktuell, rororo aktuell, 4268).

Beinzger, Dagmar/Kallert, Heide/Kolmer, Christine (1995): Ich meine, man muß kämpfen können. Gerade als Ausländerin. Ausländische Mädchen und junge Frauen in Heimen und Wohngruppen. Frankfurt a. M.: IKO-Verlag.

Boos-Nünning, Ursula/Karaka_o_Iu, Yasemin (2005): Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster u.a.: Waxmann; (2004 online veröffentlicht: ULR: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/viele-welten-lang.pdf> (Stand 8.5.2005).

Connell, Robert W. (1999): der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen: Leske+Budrich (= Geschlecht und Gesellschaft, 8).

Connell, Robert W. (2000): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen: Leske + Budrich (= Geschlecht und Gesellschaft, 8).

Dannenbeck, Clemens/Eßer, Felicitas/Lösch, Hans (1999): Herkunft (er)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher. Münster u.a.: Waxmann.

Gilmore, David D. (1991): Mythos Mann. Rollen, Rituale, Leitbilder. München: Artemis & Winkler.

Gomolla, Mechtild/Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske + Budrich.

Gültekin, Nevâl (2002): Bildung, Autonomie, Tradition und Migration. Doppelperspektivität biographischer Prozesse junger Frauen aus der Türkei. Opladen: Leske + Budrich.

Gültekin, Nevâl/Sellach, Brigitte (Hg.) (1984): Sind wir uns denn so fremd? Dokumentation des 1. gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen, 23.-25. März 1984, Frankfurt a.M.

Gutiérrez Rodriguez, Encarnación (1999): Intellektuelle Migrantinnen. Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Eine postkolonial-dekonstruktivistische Analyse von Biografien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung. Opladen: Leske + Budrich.

Hebenstreit, Sabine (1986): Frauenräume und weibliche Identität: ein Beitrag zu einem ökologisch orientierten Perspektivwechsel in der sozialpädagogischen Arbeit mit Migrantinnen. Berlin: Express-Edition.

Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Herwartz-Emden, Leonie (1995): Mutterschaft und weibliches Selbstkonzept. Eine interkulturell-vergleichende Untersuchung. Weinheim u.a.: Juventa.

Herwartz-Emden, Leonie (Hg.) (2000): Einwandererfamilien: Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation. Osnabrück: Rasch (= Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, 9).

Huxel, Katrin (2006): Fremde Männlichkeiten. Zur Konstruktion von Geschlecht in biographischen Erzählungen von Migranten. Münster: Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik (= interkulturelle studien, 40).

Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1990): Ideologische Effekte emanzipatorischer Konzepte oder: Die vielen Seiten eines Koptfuchs. In: Dies. (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer: Mundo-Verlag, S. 45-80.

König, Karin (1987/1994): Tschador, Ehre und Kulturkonflikt, Veränderungsprozesse türkischer Frauen und Mädchen durch die Emigration und ihre soziokulturellen Auswirkungen. Frankfurt a. M.: IKO-Verlag (= Wissenschaft und Forschung, 8).

Kraheck, Nicole (1997): Wer hätte das gedacht, Mädchen sind nicht gleich Mädchen. In: Ehlers, Johanna/Bentner, Ariane/ Kowalczyk, Monika (Hg.): Mädchen zwischen den Kulturen. Anforderungen an ein Interkulturelle Pädagogik. Frankfurt a. M.: IKO-Verlag, S. 87-103.

Krüger-Potratz, Marianne/Lutz, Helma (2004): Gender in der Interkulturellen Pädagogik. In: Glaser, Edith/Klika, Dorle, Prengel, Annedore (Hg.): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 436-447.

Lutz, Helma (1986): Migrantinnen aus der Türkei – Eine Kritik des gegenwärtigen Forschungsstandes. In: Migration und Ethnizität, Nr. 1, S. 34-38.

Lutz, Helma (1992): Rassismus und Sexismus, Unterschiede und Gemeinsamkeiten. In: Foitzik, Andreas/Leiprecht, Rudolf/Marvakis, Anastasios (Hg.): Ein Herrenvolk von Untertanen. Theorien und Analysen über Rassismus. Duisburg: DISS, S. 57-80.

Lutz, Helma (2000): Biographisches Kapitel als Ressource der Bewältigung von Migrationsprozessen. In: Gogolin, Ingrid/Nauck, Bernhard (Hg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske + Budrich, S. 179-210.

Lutz, Helma (2004): Migrations- und Geschlechterforschung: Zur Genese einer komplizierten Beziehung. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.) Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 476-484

Lutz, Helma (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Unter Mitarbeit von Susanne Schwalgin. Opladen: Barbara Budeich.

Mattes, Monika (1999): Geschlecht und Arbeitsmigration. Die Anwerbung von ‚Gastarbeiterinnen‘ in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren, in: Die andere Hälfte der Geschichte. Reader zur gleichnamigen Ringvorlesung an der Universität Köln, Köln 1999, S. 51-66.

Meuser, Michael (1998): Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. Opladen: Leske + Budrich.

Morokvašić, Mirjana (1987): Jugoslawische Frauen. Die Immigration und danach. Basel: Stroemfeld/Roter Stern.

Paczensky, Susanne von (1978, 1980): Die Frauen aus Anatolien. Vorwort. In: Baumgartner-Karabak, Andrea/Landesberger, Gisela: S. 7-9.

Pfeiffer, Christian/Delzer, Ingo/Enzmann, Dirk/Wetzels, Peter (1998): Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen. Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Hannover: Eigenverlag der DVJJ.

Popp, Ulrike (2000): Gewalt an Schulen als „Türkenproblem“? Gewaltniveau, Wahrnehmung von Klassenklima und sozialer Diskriminierung bei deutschen und türkischen Schülerinnen und Schülern. In: Empirische Pädagogik, 14. Jg., H. 1, S. 59-91.

Reich, Kerstin (2003): Prozesse von Integration, sozialer Ausgrenzung und kriminellem Verhalten bei jugendlichen Aussiedlern. In: Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Kriminal- und Drogenprävention am Beispiel jugendlicher Aussiedler. Göttingen: V & R unipress, S. 51-67 (= Otto Benecke Stiftung: Beiträge der Akademie für Migration und Integration, 6).

Reich, Kerstin (2005): Integrations- und Desintegrationsprozesse junger männlicher Aussiedler aus der GUS. Eine Bedingungsanalyse auf sozial-lerntheoretischer Basis. Münster: Lit-Verlag (= Kriminalwissenschaftliche Schriften, 5).

Rohr, Elisabeth (2001): Ganz anders und doch gleich. Weibliche Lebensentwürfe junger Migrantinnen in der Adoleszenz. In: Rohrman, Eckhard (Hg.): Mehr Ungleichheit für alle. Fakten, Analysen und Berichte zur sozialen Lage der Republik am Anfang des 21. Jahrhunderts. Heidelberg, S. 115-134.

Rommelspacher, Birgit (1994): Rassismus – Rassismen. Zur Situation in Deutschland. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Aus der Werkstatt: Anti-rassistische Praxen. Konzepte – Erfahrungen – Forschung. Duisburg: DISS, S. 196-209.

Schröter, Hiltrud (1997): Arabesken: Studien zum interkulturellen Verstehen im deutsch-marokkanischen Kontext. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang (= Europäische Hochschulschriften: Reihe 11, Pädagogik, 715).

Spindler, Susanne (2005): Zusammenfassung zur Dissertation „Geschlecht und Herkunft in den Biographien inhaftierter Jugendlicher – Ausschluss-Geschichte“. Köln: Mimeo.

Spindler, Susanne (2006): Corpus delicti. Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlicher Migranten. Münster: Unrast Verlag.

Spohn, Margret (2002): Türkische Männer in Deutschland. Familie und Identität. Migranten der ersten Generation erzählen ihre Geschichte. Bielefeld: transcript.

Straube, Hanne (1987): Türkisches Leben in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M.: Campus.

Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Weber, Martina (2003): Heterogenität im Schulalltag. Konstruktion ethnischer und geschlechtlicher Unterschiede. Opladen: Leske + Budrich.

Westphal, Manuela (1997): Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld: Kleine.

Jutta Brückner

„Migrantinnen und Migranten – Die Krise der männlichen Identität“.¹ Eine Polemik

Ende 2005 blickte die deutsche Öffentlichkeit nach Frankreich. Und was sie dort sah, erschreckte sie. Auf den Bildern, die durch die Zeitungen gingen, sah man junge Männer, Halbwüchsige mit maghrebischen und afrikanischen Wurzeln, die auf den Strassen standen und Autos, Gebäude und sogar Menschen in Brand setzten. Sie zählten die Autos, die sie abgefuckelt hatten und veröffentlichten die Liste im Internet. Sie wiesen Reporter darauf hin, dass die sich schleunigst aus dem Staub machen sollten, wenn ihnen ihr Leben lieb sei, denn dies hier sei ihr Territorium. Sie inszenierten sich als Herren der Banlieus. Sie sprachen davon, auf Grund ihrer Rasse ausgegrenzt zu werden, arbeitslos zu sein, keinen Kredit und keine Wohnung zu bekommen. Ihre Idole waren aber nicht Marx, Che, Ho Tschu Min, nicht eine neue Gesellschaft, welchen ideologischen Zuschnitts auch immer. Die Idole dieser jungen Männer waren der „Gangsta“, der Pimp oder als freundlichere Variante der Hip-Hop-Star. Das Substantiv Pimp (Zuhälter) ist inzwischen als Verb in die englische Sprache eingegangen, wo es aufmotzen bedeutet. Eine Jugendrevolte im Zeitalter des Entertainments.

¹ Die Zitate im Text beziehen sich auf die in den letzten Monaten in der Berliner Auseinandersetzung um die Rütli-Schule in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Interviews und Stellungnahmen.

Deutschland sah verständnislos nach Frankreich und besorgt auf die Viertel seiner Städte, die bevorzugt mit Migranten bevölkert waren und es tauchte die bange Frage auf: Ist so etwas auch bei uns möglich? Aber es blieb ruhig. Bis dann, im Mai 2006 die Lehrer einer Hauptschule in Berlin, die fast ausschließlich von Kindern aus Migrantenfamilien besucht wird, in einem Hilferuf den Senator für Schule baten, die Schule zu schließen. Viele Schüler lehnten jegliches Lernen ab und verhielten sich „menschenverachtend“, ein geordneter Unterricht sei vielfach nicht möglich. Ausgerechnet die Lehrer, die stets eine Antwort parat haben sollen, schrieben darin: „Wir sind ratlos. Und machtlos.“ Von den Eltern komme keine Hilfe bei dem Versuch, Normen und Regeln durchzusetzen. Den Auftrag der Schule, den Jugendlichen den Weg ins Leben zu ebnen, beschreibt das Lehrerkollegium als Utopie, denn: „In den meisten Familien sind unsere Schüler die einzigen, die morgens aufstehen. Wie sollen wir ihnen erklären, dass es trotzdem wichtig ist, in der Schule zu sein und einen Abschluss anzustreben? Die Schüler sind vor allem damit beschäftigt, sich das neueste Handy zu organisieren, ihr Outfit so zu gestalten, dass sie nicht verlacht werden, sondern dazugehören. Schule ist für sie Schauplatz für den Kampf um Macht und Anerkennung. Hier wird der Intensivtäter zum Vorbild. Sie sind unter sich und lernen Jugendliche, die anders leben, gar nicht kennen. Die Schulform Hauptschule isoliert die Schüler, sie fühlen sich ausgesondert und benehmen sich entsprechend.“ Und nachdem diese Schleuse erst einmal geöffnet war, folgten andere Hilferufe von machtlosen Schulleitern, nicht nur in Deutschland, die eben das gleiche für ihre Schule verlangten: Schließung. Keine Katastrophe und kein Amoklauf hatten sich ereignet, vielmehr ging es um den Alltag, der gezeichnet war von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz.

Man kann dies als Katastrophe einer Bildungspolitik ansehen und kommt dann zur Notwendigkeit vieler Maßnahmen, die mit Spracherwerb im Kindergarten beginnen und bis zur Bereitstellung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen reichen. Damit sieht man es schon als soziales Problem und auch das stimmt, denn ein Teil des Konfliktes hat mit fehlenden sozialen Perspektiven zu tun. Aber der Konflikt geht darüber hinaus. Er hat viele Wurzeln und viele Facetten und eine längere Geschichte.

Probleme mit Migranten werden in Deutschland vorwiegend als Problem mit türkischen Menschen wahrgenommen. Türken waren als Gastarbeiter angeworben worden, um die schweren und unqualifizierten Arbeiten zu verrichten, für die deutsche Arbeiter nicht mehr zu finden waren. Die meisten dieser Angeworbenen kamen aus Ostanatolien, waren Bauern gewesen und Analphabeten. Laut Angaben des türkischen Bundes kommen $\frac{3}{4}$ der deutschen Türken aus bildungsfernen Schichten. Und so entwickelte sich in vielen deutschen Stadtteilen eine

geschlossene Wabe, in der die Sitten und Gebräuche, die Sprache und der Umgang eher einem anatolischen Dorf als einer europäischen Stadt ähneln. Man kann jahrelang in einer deutschen Großstadt leben, ohne sein anatolisches Dorf im Geist auch nur für einen Tag zu verlassen.

Es gibt viele beeindruckende türkische Aufsteigergeschichten, aber integrierte Türken verlassen die Viertel mit durchgehend türkischer Infrastruktur und leben in der abgewandelt globalisierten Weise, wie auch deutsche Migranten in den USA. Die anderen, die bleiben, weil sie für sich keine Chance zur Integration sehen, klammern sich inmitten einer modernen westlichen Welt an die konservativen bis archaischen Traditionen ihrer Elternhäuser und ihrer Gruppen. Und je stärker sich Jugendliche ins Abseits gedrängt fühlen, desto rigider wird ihr Beharren auf den Bindungskräften, die die Stärke der Familien in muslimischer Tradition ausmachen.

In diesen Großfamilien werden die Moralbegriffe vom Clan vorgegeben und auch von ihm kontrolliert. Diese starren Familien- und Clanstrukturen sind einengend, aber sie bieten auch Sicherheit. Der Clan steht auch für die ein, die sich etwas zuschulden kommen ließen. Das macht es den türkischen Jugendlichen schwer, ein Gefühl persönlicher Schuld zu entwickeln. Der Vater ist das Oberhaupt der Familie und seine Anordnungen sind Gesetz. Ein patriarchalisch geprägtes Verständnis definiert Respekt, Anerkennung, Ehre und Schande. Die Männer wachen über die Einhaltung der Gebote und exekutieren die Strafen, die auf Rache und Vergeltung beruhen. Diese Clanmoral ist in vielen Fällen stärker als das staatliche Gesetz. Wenn Jugendliche in Konflikt mit den staatlichen Gesetzen geraten und deshalb in Gefängnissen landen, sind sie dadurch nicht zu beeindrucken. Der Gefängnisaufenthalt wird interpretiert als Beweis für die eigene Stärke und Gefährlichkeit. Die Gangstermoral tritt an die Stelle der Tugenden der Zivilgesellschaft.

Damit wird eine repressive Macho-Kultur konserviert. Viele Jungen werden geschlagen, damit aus ihnen das wird, was man in dieser Welt „richtige Männer“ nennt. Ein Lehrer sagte: „Nicht die Gewalt an den Schulen ist angestiegen, sondern die Qualität gewalttätiger Auseinandersetzungen. Und trotzdem ist die Schule als Ort sicherer als die Familie.“ Viele Familien stehen in der Tradition archaischer Gesellschaften, in denen der Übergang vom Jungen zum Mann mit Initiationsriten von z. T. extremer Gewaltbarkeit verbunden war.

In der modernen Funktionswelt muss der Jugendliche aber eine Leistung erbringen, um seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Der größte Teil der Initiationsriten moderner Gesellschaften findet in der Schule statt. Dort sollen die

Fähigkeiten gelernt werden, die einem Menschen helfen, erwachsen zu werden, d.h.: sich selbst zu ernähren und sein eigenes Leben zu gestalten. Gewalt ist dabei ausgeschlossen. Die Werte liberaler Gesellschaften sind vielmehr Kenntnisse, Disziplin, Diskussion und Überzeugung. Jugendliche aus Familien, in denen es immer noch das Vorrecht des Vaters ist, Gewalt auszuüben, und die diese Gewalt schon selbst erlitten haben, sind irritiert. Ihr Vorbild ist der Vater. Diese Jugendlichen stellen ihre Väter nie in Frage, was immer diese Väter ihnen auch antun. Sie streben eher danach, selbst Gewalt ausüben zu dürfen, das ist für sie der Beweis, dass auch sie endlich eine Machtposition haben. Denn Schläge auszuteilen bedeutet Macht und sie zu empfangen bedeutet Schande. Im Gegensatz zur westlich-therapeutischen Gesellschaft, in der die Ausübung von Gewalt als Weitergabe einer fatalen Konditionierung erklärt wird, die dringend zu heilen sei, ist Gewaltausübung im archaischen Denken eher der Beweis von Vollwertigkeit.

Ganz offensichtlich waren die Anreize für die Migranten, sich in der neuen Heimat eine „eigene Geschichte“ zu erwerben, zu gering oder gar nicht vorhanden. Der Sozialstaat versorgt auch die mit dem Nötigsten, die weder einen Schulabschluss noch einen Beruf, noch die Chance haben, eine legale Arbeit zu finden. Das führt zu dem Skandal, dass es inzwischen Wohlfahrtsempfängerkarrieren in der dritten Generation gibt. Schuld daran ist auch der deutsche Duldungsirrsinn, der eine befristete Aufenthaltserlaubnis koppelt an das Verbot, zu arbeiten und damit die Menschen zu passiven Wohlfahrtsempfängern macht. Ganz alltägliche Fähigkeiten gehen darüber verloren, wie die Strukturierung eines Tags, das Erlernen von Disziplin und Zuverlässigkeit, das Einteilen einer Arbeit in einzelne Schritte, die Planung einer Woche, um nur ein paar zu nennen.

In Beschreibungen dieser Probleme war immer von Migranten die Rede, von Migrantenkindern oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Es hätte allerdings auffallen müssen, dass es – sowohl in Paris wie auch in Berlin – fast ausschließlich um männliche Jugendliche ging, die Steine und Molotowcocktails warfen, sich mit Messern bekämpften oder, in Gangs organisiert, Schwächeren die Handys, Rucksäcke und Turnschuhe abnahmen. Erst angesichts des Prozesses gegen eine türkisch-kurdische Familie, deren jüngster Sohn vor einem Jahr einen Ehrenmord an seiner westlich lebenden Schwester exekutiert hatte, sah eine breitere Öffentlichkeit, dass in diesem kulturellen Referenzsystem nicht geschlechtsneutral von Migranten gesprochen werden kann. Es gibt türkisch-islamische Frauen und Mädchen, die in Deutschland vielfach unter mittelalterlichen Bedingungen leben. Grundrechte werden ihnen vorenthalten, sogenannte arrangierte Ehen, die in Wirklichkeit Zwangsverheiratungen sind, gehören zu dieser Lebenswirklichkeit. Nicht nur die Männer kontrollieren die traditionelle Moral, auch die Mütter tun es, denn jede neue gehorsame Schwiegertochter, die

nichts zu sagen hat, stärkt den bis dahin rechtlosen Status der Mutter eines Sohnes. Jetzt hat auch sie jemanden, dem sie befehlen kann. Frauen, besonders die aus streng muslimischen Familien, dürfen sich häufig nicht wie andere Migrantinnen in Deutschland integrieren, denn dann würden sie ihrer Familie verloren gehen. Sie kommen auf die Welt, um den Mann auf das Paradies vorzubereiten, sie haben ihm zu dienen und Kinder zu gebären. Die Frauen sind dafür zuständig, die Mühsal des täglichen Lebens zu organisieren, sie haben ihren Männern sexuell bereit zu stehen.

Das wurde lange nicht gesehen, weil man es für eine überwindbare Kuriosität hielt. Von der Mehrheit der Deutschen wurde akzeptiert, dass die Emanzipation der europäischen Gesellschaft, und dazu gehören auch die in den siebziger Jahren errungenen Frauenrechte, für andere mitten in der deutschen Gesellschaft nicht unbedingt gelten sollten, weil es ohnehin in der nächsten Generation, die auf die Einwanderergeneration folgte, eine zwangsläufige Anpassung an deutsche und europäische Wertvorstellungen geben würde. Dogmatische Verfechter des Multikulturalismus haben nicht selten ihre eigenen antiimperialistischen und antikapitalistischen Vorbehalte in den guten Migranten hineingeträumt, denn sie sahen ihn als eine Projektionsfläche eigener Dissidenz gegenüber einer kapitalistischen Gesellschaft, die sie ablehnten. Erst als in zunehmendem Maße türkische Frauen, die sich integriert hatten, aufzeigten, welche Gewaltverhältnisse gegenüber Frauen in den Parallelgesellschaften im aufgeklärten Deutschland möglich waren, wuchs das Bewusstsein, dass auch solche Gewalt nicht hingenommen werden kann.

Das Problem einer Individual- und Familiengewalt, die das Gewaltmonopol einer westlich-liberalen Gesellschaft herausfordert, ist ein doppeltes: die strukturelle Gewalt, die den Zusammenhalt einer archaisch-patriarchalischen Familie garantiert, und die offene Gewalt von jungen Männern, die hier geboren oder aufgewachsen sind und vom kleinen Deal oder vom kleinen Raub leben. 2005 ist jeder dritte ausländische Jugendliche in Berlin straffällig geworden. Am höchsten ist die Delinquenzquote bei denen, die schon hier geboren sind.

Weil die Politik sehr stark auf die Wahrnehmung des Sozialen konditioniert ist, geriet kaum in den Blick, dass in der Krise der Integration nicht nur ein soziales Problem steckt und auch nicht nur eines der kulturellen Referenzsysteme, sondern auch eine Krise der männlichen Identität. Aufgeplusterte Männlichkeit, Imponiergehabe und Gewaltspiele verdecken das. Die Körpersprache vieler türkischer Jungmänner sagt es deutlich: dem Mann gehört der öffentliche Raum. Die Erziehung dieser Jungen ist oft eine ungesunde Mischung von Gewalt und Großzügigkeit. Sie werden geschlagen, um sie zu „richtigen Männern“ zu

machen, aber sie sind auch „junge Prinzen“ und bekommen ihre Wünsche großzügig erfüllt: eigenes Zimmer, wenn es geht, mit Fernseher, Computer und Playstation. Gibt es das eigene Zimmer nicht, dürfen sie der gesamten Familie ihre Wünsche oktroyieren. Die Jungen werden verwöhnt, die Mädchen müssen sie bedienen, müssen arbeiten und werden rigide kontrolliert. So hat ein Türke in einem Buch über türkische Männer behauptet, diese seien das eigentlich schwache Geschlecht. Ihr Wertekanon beinhalte, das Gewalt gegen Kinder und Frauen gerechtfertigt sei, auch sexualisierte Gewalt. Ihre viel beschworene „Ehre“ basiere auf einer Doppelmoral: sexuelle Freizügigkeit als männliches Privileg in der bekannten Verkopplung mit der Verachtung der Frau, die ihre eigene Freizügigkeit lebt, oder sich doch wenigstens zur sexuellen Freizügigkeit bereit erklärt. Auf der anderen Seite stehe die rigide Kontrolle der Sexualität der eigenen Schwestern, die mit ihrem Verhalten und mit ihrer Jungfräulichkeit die Ehre des gesamten Clans garantieren. Aber hinter dieser autoritären Fassade sei bei den meisten Männern das pure Nichts. Sie hätten Angst, besonders auch vor Frauen.

In der gescheiterten Integration solcher türkischen Jungmänner erleben wir eine Facette der weltweiten Krise der männlichen Identität. In Deutschland sind die Bildungs- und Arbeitsmarktstatistiken berechtigt. Während das Bildungsniveau von Männern stagniert, steigt es bei Frauen weiter. Anfang der sechziger Jahre waren sechzig Prozent der Gymnasiasten Jungen und vierzig Prozent Mädchen. Heute haben sich die Verhältnisse beinahe umgekehrt. 2004 besuchten vierzig Prozent der siebzehn- bis achtzehnjährigen Mädchen die gymnasiale Oberstufe, aber nur dreißig Prozent der Jungen. An den Hauptschulen ist der Jungenanteil auf siebenundfünfzig Prozent gewachsen. Besonders in Ostdeutschland ist die Mehrzahl der Schulabbrecher männlich. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet damit, dass „junge Frauen künftig weiter aufholen, denn sie haben die Bildungsdefizite in den letzten Jahrzehnten nicht nur verringert, sondern die jungen Männer in weiten Bereichen der allgemeinen wie beruflichen Bildung bereits überholt“. Der Frauenanteil an den Fachkräften werde „deutlich ansteigen“. Seit Frauen sich an Schulen und Universitäten entfalten können, ist ihr bildungsmäßiger Aufstieg phänomenal, denn sie ergreifen im Durchschnitt beherzter neue Chancen als junge Männer.

In den meisten Migrantenfamilien ist der Medienkonsum hoch, der Fernseher läuft den ganzen Tag. Und stundenlang beschäftigen sich die jungen Männer mit Computerspielen, in denen Gewaltexzesse den Sinn des Spiels ausmachen. Überall auf der Welt orientiert sich die männliche Jugendkultur einer zunehmend globalisierten Gesellschaft an den Normen einer aggressiven Machokultur. Die Gewaltkultur der modernen Medien hat ein beängstigendes Ausmaß erreicht und

wirkt als Programm der Desensibilisierung. Jugendschützer beobachten bei Computerspielen und Filmen eine Zunahme von rassistischen Inhalten gegen Frauen, Homosexuelle und Behinderte. Die Verheißung einer Chancen- und Rechtsgleichheit, die zum Wesen der liberalen Demokratien gehört, kann zu Enttäuschung und Wut auf eine Gesellschaft führen, die zwar staatliche Zugehörigkeit, aber keinen Lebenserfolg zu vergeben hat. Sozialer Aufstieg war immer hart. Und Integration ist sozialer Aufstieg. Aber viele der Immigranten erwarten diesen Aufstieg auf eine oft sehr unrealistische Weise. Eltern von Kindern, die mühsam die Hauptschule schaffen, erkundigen sich bei Lehrern, was das Kind noch tun muss, um Anwalt oder Arzt zu werden.

Die freiwerdende Gewaltlust der Jugendlichen in Paris war durch kein Kalkül mehr gedeckt. Denn es gibt kein Kalkül, das es sinnvoll gemacht hätte, Kindertagesstätten und Schulen abzufackeln, gerade die Infrastruktur zu zerstören, die besonders für Frauen wichtig ist. Das rauschhafte Erlebnis einer Fiktion von gewalttätiger Allmacht war zur Sucht geworden. Ein solches Erlebnis muss, wie die Heroinspritze, ständig wiederholt werden – und es ist ebenso selbstzerstörerisch. Hans-Magnus Enzensberger hat in einer jüngsten Studie den Grund dafür im Selbsthass des radikalen Verlierers gesehen. Zu den Verlierern muss man heute nicht nur ganze Nationen, wie die arabischen zählen, sondern auch die Männer als Geschlecht, deren Vormachtstellung ständig weiter bröckelt. Wenn man jungen Männern aus Migrantenfamilien eine Weile zuhört, verdichten sich ihre Geschichten zu einem einzigen großen Rauschen. Nur einzelne Wörter klingen durch und bleiben im Hirn: Gefangenensammelstelle, Schulabbruch, Abziehen, Kiffen, Jugendgerichtshilfe, Knast, Sozialarbeiter. Das hat ein Journalist geschrieben, der sich in der Szene kundig gemacht hat. Der Mann, der jugendliche Mann zumal, wird zum Opfer einer globalen Überflüssigkeit als Arbeitskraft und Opfer der Zersetzung tradierter sozialer Verbände.

Die Ethnologie erzählt uns, dass es Gewalt und Gangbildung unter jungen Männern immer gegeben hat. Sie waren Teil der Rituale des Erwachsenwerdens zum Mann. Seit 1968 haben die Gesellschaften der hochindustrialisierten Länder aber einen Schub der Feminisierung durchgemacht. Nicht nur, weil immer mehr Frauen in der Öffentlichkeit ihren Platz fordern und einnehmen, sondern auch weil die Arbeitsformen der Gesellschaft immer stärker ohne Körperkraft auskommen. Gesetzt wird zunehmend auf die sog. weiblichen Tugenden der Verhandlung, der Geduld, der Teamarbeit, der Empathie. Harte körperliche Arbeit, die einen Teil der Gewaltlust auffangen konnte, gibt es nicht mehr. Vormoderne Gesellschaften haben Wege gefunden, die nach Freiheit, Abenteuer und auch Gewalt lechzenden jungen Männer über Initiationsriten in die Gesellschaft zu integrieren oder sie auszuweisen, damit sie sich einen neuen Platz suchen

konnten. Solche unberührten Plätze, an denen junge Männer sich beweisen könnten, gibt es in der modernen Gesellschaft nicht mehr. Die Wanderungsbewegungen führen heute aus den armen in die reichen Länder in der Hoffnung, von deren Reichtum ein Stück abzubekommen.

Es ist in einer Welt der ungerechten Verteilung des Wohlstandes schwer, dagegen etwas zu sagen, denn die jungen Afrikaner oder Asiaten verhalten sich nicht anders als deutsche Ärzte, die nach England gehen, weil sie dort besser bezahlt werden. Grenzüberschreitende Mobilität wird empfohlen, damit die Kapitalströme und Talente ungehindert fließen können. Aber gleichzeitig wird eine globale Unterschicht geschaffen, die fast nur schwarze und braune Haut hat, weil es in deren Herkunftsländern an Ausbildung fehlt. Die einen sind willkommen, weil ausgebildet, die anderen nicht, weil ungelernt und die Möglichkeit besteht, dass sie der Wohlfahrt zur Last fallen und durch öffentlich zutage tretendes Elend und Randständigkeit das Selbstbild der aufnehmenden Gesellschaft stören – wenn sie nicht sogar Schlimmeres im Schilde führen. Aber es sind nicht die Ärmsten der Armen, die sich auf den Weg machen, sondern die im Vergleich zu den im Land bleibenden relativ gut ausgebildeten, die jungen Männer, die für das Geld, das sie den Schleusern zahlen, auch in ihren Heimatländern sich eine Existenz aufbauen könnten. Sie werden in ihren Ländern, bei dem Versuch, aus der Armut herauszukommen, fehlen. Und sie treffen in vielen wohlhabenden Ländern auf eine ökonomische Krise, die auch dort längst schon die Mittelschichten erreicht hat. Der Wohlfahrtsstaat als versorgende Übermutter kann dem Individuum nicht mehr den Schutz bieten, den es braucht. Und die politische Philosophie diskutiert seit einiger Zeit darüber, ob nicht die Forderung der Gleichheit ersetzt werden solle durch die der Suffizienz, d.h. der Staat ist nur noch zuständig für bestimmte Mindestbedingungen eines „menschenswürdigen Lebens“.

In Paris gab es nicht nur die gewalttätigen Unruhen in den Banlieues, sondern auch die großen Demonstrationen der Studenten (unter ihnen fast keine mit maghrebischer Herkunft) gegen ein neues Arbeitsgesetz, von dem diese Jugendlichen sich in ihrer Lebensplanung bedroht fühlten. In den großen Manifestationen demonstrierten die Eltern mit ihren Kindern, die Professoren mit ihren Studenten. Auch in Nicht-Migrantenfamilien geht die Angst um, wenn nicht um den eigenen Arbeitsplatz, dann um den der Kinder. In Frankreich und Italien, spricht man inzwischen von einer „prekären Generation“. Erziehungssystem und Wirtschaftssystem passen nicht mehr zusammen. In Frankreich nehmen 50 Prozent aller Jugendlichen eine Arbeit an, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun hat. Die meisten bleiben auf die eine oder andere Weise von ihren Eltern abhängig. Sie schaffen es nicht, erwachsen zu werden, was ja immer heißt: Verantwortung zu übernehmen, sein Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten und dafür auch

aufkommen zu können. Zwei von drei Geringverdienern haben eine Berufsausbildung oder sogar ein Studium abgeschlossen. Jugendliche Migranten, die Schulabbrecher sind und Herumhänger, haben keine Chance in einer Gesellschaft, in der selbst die relativ gut ausgebildeten Jugendlichen fast keine haben. Wenn das Wort Integration fällt, reagieren Sozialarbeiter inzwischen mit der großen und berechtigten Frage: wohin sollen wir die denn integrieren? In Deutschland gibt es so gut wie keine soziale Integration mehr. Jede Schicht ist mit ihren Problemen allein und schottet sich ab.

Wenn die Gruppenidentität von Sippen und Clans zerbröselt, erwacht oft ein verstärktes Interesse für den Islam und in seiner extremen Ausprägung den politischen Islamismus. Türken, die ihre eigenen Landsleute beobachten, sagen, der kulturelle Hintergrund, die Religion, sind inzwischen viel entscheidender geworden als sozioökonomische Ursachen. Der Islam regelt auch den Alltag: wie gelebt, was gedacht und was abgelehnt wird. Wir sollten hellhörig sein, wenn islamische Männer unter Berufung auf den Koran sich weigern, Frauen die Hand zu geben, weil Frauen „unrein“ sind und wenn pubertierende türkische Jugendliche deutsche Frauen, die ihr Leben selbständig gestalten, „Schlampen“ nennen. Der politische Islamismus tut sich schwer damit, das Andere gelten zu lassen.

Über Religion, die zur politischen Ideologie wird, stellt sich in diesem Kontext Identität her. Sie ist nicht nur die ideologische Form, in der Konflikte mit dem Westen ausgetragen werden, in ihr wird auch eine brüchig gewordene männliche Identität grandios überhöht. Eine solche Religion dient auch als Instrument der Disziplinierung von Frauen. Das Kopftuch ist nur der sichtbarste Teil eines Kampfes, in dem mit Begriffen von Ehre und Schande Einschließung und Verhinderung gerechtfertigt werden. Die gebildeten Migrantinnen kämpfen, wie auch viele Frauen in den arabischen Ländern, darum, dass die Vorherrschaft der Männer und die Beschneidung der weiblichen Selbstbestimmung nicht mit Geboten aus dem Koran legitimiert werden können. Diese Frauen sind bemerkenswert: Ihr Mut, ihr Können, ihr Ehrgeiz und ihre Beharrlichkeit, ihre Karrieren sind erstaunlich. Für viele der jungen Männer ist die Integration viel schwieriger, denn sie bestehen auf einem Sozialmodell, in dem die traditionellen Vorrechte der Männer nicht angetastet werden. Wenn die Integration für diese jungen Männer mit neuesten Handys und teuren Turnschuhen, die oft von den fleißig arbeitenden Schwestern bezahlt wurden, Realität werden soll, dann bedeutet sie zunächst Einschränkung, Beschneidung und Mühsal. Integration in die kapitalistische Welt ist ein Prozess der Disziplinierung und ein Prozess der Abstraktion. Die Intelligenz wird trainiert, die Körper werden verfeinert, die Kraft darf nur dort ausgeübt werden, wo sie Regeln unterliegt.

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens muss ausgehandelt werden mit den Gruppen, die in unserer Gesellschaft immer stärker auseinanderdriften. Es geht um Modelle, die den Erhalt einer soliden, demokratischen Basis bei gleichzeitiger Erweiterung des Bevölkerungsspektrums garantieren. Denn die Einwanderung wird gebraucht, angesichts miserabler Geburtenzahlen nicht nur in Deutschland, sondern in allen hoch industrialisierten Nationen. Integration ist nicht nur Bildungsarbeit, sondern auch Beziehungsarbeit. Und sie ist als staatliche Aufgabe allein gar nicht zu bewältigen. Deutschland steht vor dem Problem einer „inneren Mission“ in Demokratie und den Werten einer Zivilisation, die Menschen erst demokratiegeeignet macht. Denn Demokratie ist nicht einfach die Möglichkeit zu allgemeinen und freien Wahlen. Eine demokratische Gesellschaft erfordert bei den Individuen Fähigkeiten und Tugenden, die nur in einem zivilisatorischen Prozess ausgebildet werden. Einen Teil der Gewalt, die der Staat gegenüber den Individuen ausübt, wenn sie gegen seine Gesetze verstoßen, übt das Individuum als Training von Disziplin und Verzicht gegen sich selbst aus, um gemeinschaftsfähig zu werden. Auch dieser Prozess der Selbstzivilisierung gehört zum Erbe der Aufklärung, neben deren anderen unverzichtbaren Bestandteilen: Freiheit, Toleranz, Offenheit, Bereitschaft zur Gewaltlosigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter und Trennung von Staat und Kirche, Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung und zum Verfassungsstaat. Und im Übrigen bezieht sich dies nicht nur auf die Immigranten, sondern auch auf die wachsende deutsche Unterschicht, die einen anderen kulturellen Hintergrund hat, aber in ähnlicher Weise perspektivlos ist. Es gibt in dieser deutschen Unterschicht eine erschreckende Verwahrlosung. Ihr Lebensmodell koppelt sich immer stärker vom 2/3 mainstream der Gesellschaft ab. Die Gewaltexzesse der Rechtsradikalen, die alles, was sie für fremd halten, bekämpfen und No-Go-Areas schaffen wollen, finden hier einen Nährboden. Auch hier versucht eine unsicher gewordene männliche Identität, sich noch einmal in dumpfem Schlägertum gewaltsam zu bestätigen.

Eine solche Integration bedeutet eine Bringschuld von beiden Seiten, für die Deutschen und für die Migranten. Die Bringschuld der Migranten kann nur eingefordert werden, wenn es auch Angebote gibt, die Integration möglich machen, erleichtern und fördern. Komplizierte Identitätskonstruktionen, die in sehr subjektiver Weise Modernes und Traditionelles miteinander verbinden, müssen möglich sein, aber immer nur auf der Basis der Grundwerte unseres Staates. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass die Migranten der Lebenswelt ihres Aufnahmelandes den gleichen Respekt schulden, den sie von diesem für sich selbst einfordern. Allerdings: Respekt für das Individuum und nicht für eine als kulturelle Eigenart verbrämte Tradition, die sich gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft richtet. Um ganz deutlich zu sein: Diese Bringschuld

schließt nicht nur die Ehrenmorde aus, die ohnehin von unserem Gesetz sanktioniert werden, sie schließt auch aus, dass pubertierende türkische Machos deutsche Frauen „Schlampen“ nennen dürfen und sich da des Beifalls ihrer Kumpels und Eltern sicher sein können. Eine liberale Gesellschaft muss, je stärker sie sich öffnet, desto strenger auf ihren Grundregeln beharren. Die Frauenrechte sind Teil des demokratischen Konsenses, der die Grundlage ist für ein sinnvolles Zusammenleben. Wer sich diesem Konsens nicht verpflichten will, der sollte sich ein anderes Aufnahmeland suchen. Es geht hier um eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Rita Viehoff

Die Sehnsucht nach Ebene II. Brücken schlagen zu neuen Dialogen

In Africa all my Klamotten was lila, erinnert sich lachend die Frau aus Kenia, die nicht weiss, wann sie geboren wurde.¹ *All must be lila!* Von der Farbe rot, die ihr vor allem als Blut in ihrer alten Heimat begegnete, erzählt sie nicht viel.

An ein schimmerndes, ja leuchtendes Hellblau erinnert sich lebhaft die Frau aus Tusla als die Farbe ihres ersten Kleides. Mit 17 Jahren erhielt das zweite von sieben Kindern dieses unvergessene Schmuckstück von ihrer Mutter. Allerdings sind die Kindheitsbilder der Bosnierin meist von schwarzen Kriegserinnerungen überdeckt. Der Verlust von Mutter und Elternhaus im Jugoslawienkrieg führte zu schwerer Erkrankung.

Vom hellen Gelb des Sandes, funkelnd blauem Wasser und beige-schwarzen Steinen erzählt die Frau aus Marokko. Die Farben ihrer Kindheit sind durch eine Flusslandschaft geprägt, in der sie täglich Wäsche wusch und badete. Der Fluss mit seinen märchenhaften Farben war ein Refugium der Freiheit für das muslimische Mädchen aus engen dörflichen Strukturen.

¹ Diese und die folgenden Zitate entstammen aufgezeichneten Interviews der Künstlerinnen Milica Reinhart und Marjan Verkerk mit Migrantinnen im Hagener Stadtteil Altenhagen

Helle Farben liebt die Frau aus Serbien, vor allem hellrosa, so hell wie der Pullover aus Kindertagen, ein Geschenk der Großeltern, bei denen sie aufwuchs.

Die dominante Farbe des heutigen Alltags all dieser verschiedenen Frauen ist grau. Wenn sie aus den Fenstern ihrer Wohnungen schauen, sehen sie auf eine 450 m lange Betonhochbrücke, die sich im Hagener Stadtteil Altenhagen in Höhe der zweiten Wohngeschosse der anliegenden Häuser ihren Weg bahnt. Das dominante Bauwerk schneidet über eine gewachsene Straßenkreuzung hinweg eine Verkehrsachse zwischen Hagens Zentrum und den umliegenden Stadtteilen – eine Bausünde aus Zeiten, als dem Autoverkehr uneingeschränkte Priorität eingeräumt wurde. Ähnliches ist vor allem in Metropolen europaweit zu finden. Als Ebene II – so der verkehrstechnische Fachjargon – fällt sie zwangsläufig jedem sofort in den Blick, der Hagen aus westlicher Richtung besucht. Und als Ebene II soll sie nun durch verschiedene künstlerische Interventionen eine neue Bedeutung bekommen und den Blick auf die dort lebende Bevölkerung verändern.

Im Brückenviertel Altenhagen leben laut städtischen Statistiker*innen Menschen mit Migrationshintergrund aus 82 Ländern. Die meisten kamen in den 60er Jahren als sogenannte Gastarbeiter, später als Flüchtlinge und Aussiedler. Heute ist der Alltag im Schatten der Hochbrücke ihr Lebensmittelpunkt auf Dauer. Deutsche Bevölkerung findet man zwischen Pizza- und Dönerständen selten. Der Kontakt zwischen Einheimischen und Zugewanderten beschränkt sich in der Regel auf den Gemüsehändler und die Imbissbuden. Auch der Austausch zwischen Türken und Kurden, Marokkanern, Polen, Russen und den aus Ex-Jugoslawien immigrierten Menschen ist rar. Vor allem die Migrantinnen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, haben wenig Außenkontakte. Ihr Austausch beschränkt sich häufig auf die in Vereinen formalisierten Treffen mit Frauen derselben Community. Doch mit der Altenhagener Hochbrücke soll sich auch das Leben der dort wohnenden Menschen verändern.

Initiatorinnen des Projekts „Die Sehnsucht nach Ebene II“ sind die Künstlerinnen Milica Reinhart – eine nach Hagen eingewanderte Kroat*in – und Marjan Verkerk aus Amsterdam. Seit anderthalb Jahren sind die beiden im Umfeld der Brücke unterwegs und haben mit viel Fingerspitzengefühl und Vorarbeit mehr als fünfzig Interviews mit Migrantinnen verschiedener Herkunft geführt. In den teils stundenlangen Gesprächen begeben sich die Künstlerinnen gemeinsam mit den Befragten auf die Suche nach ihren Heimerfahrungen. Das sind meistens sehr bewegende Gespräche, so Milica Reinhart, einige Frauen werden zum ersten Mal in ihrem Leben nach ihrer Geschichte, ihrem Lebensgefühl, ihren Erlebnissen befragt. Diese Form der Fremdwahrnehmung hat bei einigen bereits Ver-



Fotomontage: Udo Segers
Copyright

Kunstobjekt Althagener Brücke Ebene 2, Hagen

Künstlerinnen:
Milica Reinhart, Hagen
Marjan Verkerk, Amsterdam

änderungen ausgelöst. Sie äußerten den Wunsch, sich mit Migrantinnen anderer Herkunft zu treffen und auszutauschen.

Solch ein neues Gesprächsforum werden die Künstlerinnen im Herbst ermöglichen, denn der Kontakt mit und unter den Anwohnerinnen ist wesentlicher Bestandteil ihrer Projektidee. „Die Sehnsucht nach Ebene II“ ist jedoch kein Projekt sozialer Integrationsarbeit. In den Interviews rekonstruieren die Migrantinnen nicht nur ihre Kindheitserinnerungen, sondern emotionale und sinnliche Erfahrungen, die sich in präzisen visuellen Äußerungen manifestieren sollen: den Farben der Erinnerung. Milica Reinhart und Marjan Verkerk bestehen in den Gesprächen auf möglichst genauen Schilderungen, eine Farbpalette unterstützt die Befragten bei der Annäherung an die individuellen Farbklänge. Aus den Farben der Erinnerungen entsteht so das Farbkonzept für die Hochbrücke. *Jede Frau soll am Ende ihre Farbe an der Brücke wiederfinden. Der Beton mutiert zum Gedächtnis seiner Anwohnerinnen*, so Milica Reinhart im Gespräch. Jede interviewte Frau wird zudem in ihrer Sprache das Wort Brücke aufschreiben. Diese Schriftzüge werden in Neonzeichen wie ein Fries auf dem Beton entlang der Brücke angebracht, so sieht es die Konzeption vor.

Im wahrstem Wortsinn stellt „Die Sehnsucht nach Ebene II“ einen Dialog zwischen Fremden her, der Brücken baut. Dass dieses Konzept aufgeht, davon sind die Initiatorinnen überzeugt, können sie doch auf positive Erfahrungen eines ähnlichen Kunstprojektes in Südafrika verweisen. 2002 statteten sie Frauen aus der ländlichen Provinz Mpumalanga mit Einwegkameras aus, mit denen diese ihren Alltag und das, was ihnen wichtig ist, festhielten. Die Aufnahmen von Häusern und Küchen, aidskranken Kindern und betagten Eltern wurden wie die Interviews zur ersten Manifestation von Alltagswahrnehmungen dieser Frauen, die unter widrigen Umständen das Familienleben ermöglichen und stabilisieren. Einige sind heute in Kooperativen aktiv, während die Ausstellung „Visible Visions“² als Ergebnis künstlerischer Auseinandersetzung mit den Fotos und Interviews durch europäische und außereuropäische Länder tourte und vom weiblichen Alltag in der afrikanischen Provinz erzählte.

Kunstprojekte wie diese sind durch ihre partizipative Ausrichtung prädestiniert dafür, die Akzeptanz und das Umgehen mit kultureller Diversität in unseren Stadtgesellschaften zu stärken und einzuüben. In einer Studie des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft³ heißt es: *Die zunehmende Heterogenität der Bevölkerung erfordert eine stärkere interkulturelle Orientierung der kulturellen Einrichtungen und Infrastrukturen und eine deutliche*

2 Katalog „Visible Visions“ und weitere Informationen: EXILE – Kulturkoordination Essen, Tina Jerman.

3 Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft Kultur und Altersdemografie, Herausforderungen für die Kulturpolitik, Bonn 2006 S. 55.



Kunstobjekt Althagener Brücke Ebene 2, Hagen

Künstlerinnen:

Milica Reinhart, Hagen

Marjan Verkerk, Amsterdam

Copyright by U. Seeger

Veränderung der Angebotstrukturen. Erst langsam setzt sich – auch in NRW – die Erkenntnis durch, dass der innergesellschaftliche interkulturelle Dialog nicht nur eine humanitäre Geste ist, sondern eine Investition in die Zukunft eines Landes, das ohne Zuwanderung keine realistische Perspektive hat. Drei Jahre zuvor hat der Dritte Kulturpolitische Bundeskongress bereits die Erklärung Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell verabschiedet⁴. Dass die Kernarbeit dieser interkulturellen Arbeit in den Kommunen geleistet werden muss, wo sich kulturelle Vielfalt als Folge von vielfältiger Migration in besonderem Maße konzentriert, scheint unbestritten, ...über die Zukunftsfähigkeit wird dort entschieden, wo sich Migration quantitativ relevant zuträgt: in den „Hinterhöfen“ der Städte. Meist bewegt sich der Grad von Multikulturalität eines Quartiers parallel zu dessen Sozialstatus, ohne dass das eine ursächlich verantwortlich wäre für das andere.⁵

Nichtdeutsche Herkunft gepaart mit Armut bedeutet zumeist Ausgrenzung und Rückzug in die Herkunftscommunity. Dialog und Austausch, Akzeptanz der

⁴ Erstmals abgedruckt in den Kulturpolitischen Mitteilungen Nr. 55/ 2003, S. 55.

⁵ Dorothea Kolland: „Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell!“ in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 111, IV 2005, S. 6.

kulturellen Diversität und interkulturelle Kompetenz, müssen die Antworten in den Kommunen auf diese viel zu lange unzureichend berücksichtigte Entwicklung sein. Eine interkulturelle Kulturarbeit, in der auf hohem professionellen Niveau Menschen der Einwanderungsgesellschaft und Zugewanderte durch gemeinsames künstlerisches Tun gegenseitige und eigene Wertschätzung erfahren, wird folgerichtig seit 2004 vom Land NRW gefördert.⁶ Ein neu eingerichteter Fond ruft dazu auf, auf kommunaler Ebene solche Projekte aller Kunstsparten zu initiieren und damit zum Motor einer dialogischen interkulturellen Arbeit zu werden. Damit können neue, weniger institutionenzentristisch orientierte Formen der Kulturarbeit erdacht und erprobt werden. Mit dem schmalen Budget des Fonds kann zwar nicht breit gefördert werden, aber eine Signalwirkung auf kommunale Kulturarbeit und Kulturpolitik und die Ermutigung zu Experimenten ist gegeben.

Das Hagener Projekt „Sehnsucht nach Ebene II“ ist solch ein Projekt. Auch wenn die Neugestaltung der Hochbrücke aufgrund der aufwändigen technischen Vorgaben bislang finanziell nicht solide abgesichert ist, sind inzwischen eine Reihe weiterer Kunstkonzepte – inspiriert durch die Arbeit von Reinhart und Verkerk – entstanden. Sie erweitern den auf die Anwohnerinnen konzentrierten Ansatz und ermöglichen zusätzliche Partizipation und öffentliche Aufmerksamkeit.

Ab Herbst 2006 wird die Brücke Schauplatz verschiedener Inszenierungen. Während der junge türkische Filmemacher Ozgür Arslan mit seiner Kamera das Viertel ins Visier nimmt, um seinen zweiten Kurzfilm zu drehen, proben Schüler einer benachbarten Hauptschule unter Leitung der städtischen jungen bühne HAGEN LUTZ ihr erstes Theaterstück in einem lange geschlossenen Kino an der Brücke ein. Das verstaubte GLORIA soll darüber hinaus Bühne für jugendliche Rapper werden, die unter Anleitung eines Profis Texte zur Brücke verfassen und selbst vertonen und aufnehmen werden. Eine CD wird später als Informationsmaterial für Schulen zur Verfügung stehen, die ähnliche Projekte inszenieren wollen.⁷ Der Hagener Ballettchef wird sich von diesen Aktivitäten zu einer neuen Choreografie für seine Compagnie inspirieren lassen. Das Kino erhält im Stadtteil eine vorübergehend neue Funktion als Aufführungsort. Sein Foyer wollen die beiden Künstlerinnen zu einem Treffpunkt für Anwohnerinnen entwickeln, in dem neue Ideen entwickelt und eine Ausstellung erarbeitet werden sollen. Die interviewten Frauen aus Bosnien und Serbien werden da sein. Für

6 Nähere Informationen dazu in der Kulturabteilung der Staatskanzlei-NRW, Referat für Interkulturelle Kunst- und Kulturarbeit.

7 Nähere Informationen beim MusicOffice Hagen, Gandhi Chahine, Stadt Hagen, Kultopia.

andere werden die Künstlerinnen durch Gespräche mit deren Ehemännern erst eine Erlaubnis zu erwirken versuchen.

Die Aufwertung des Altenhagener Viertels, die künstlerische Aktivierung seiner Bewohner mit breiter Beteiligung städtischer Kulturbetriebe unter koordinierter Leitung des Kulturamtes weisen auf veränderte Prioritäten der Hagener Kommunalen Kulturarbeit und Kulturpolitik hin. Sie sind Ergebnis eines intensiven zweijährigen Prozesses, geknüpft an die Teilnahme der Stadt am Pilotprojekt „Kommunales Handlungskonzept Interkultur“ des Landes NRW.⁸ Gemeinsam mit fünf weiteren Pilotstädten (Essen, Dortmund, Hamm, Castrop-Rauxel und Arnsberg) und unterstützt durch fachkundige Moderatoren und die Leiterin des Referats Interkulturelle Kunst und Kulturarbeit der Kulturabteilung der Staatskanzlei erarbeiteten die sechs Kommunen Leitfäden für ihre interkulturelle Arbeit.

Unter breiter Beteiligung aktiver Experten vor Ort formulierte auch Hagen ein nachhaltiges interkulturelles Leitbild, das vom Rat verabschiedet wurde.⁹ Damit bekennt sich Hagen zur weitgehenden Ermöglichung der kulturellen Teilnahme von MigrantInnen und bemüht sich um Maßnahmen, die die aktive Einbeziehung einheimischer wie zugewanderter Bevölkerungsgruppen in die Kulturarbeit gewährleistet. Alle Institute von Theater über Museen bis Stadtbüchereien und Musikschulen, aber auch freie Träger werden zukünftig mehr Brücken bauen helfen, um den Dialog und das Wissen um die Diversitäten zu intensivieren.

8 Wie notwendig und folgerichtig solch eine Initiative des Landes ist, zeigt die Studie „Situation und Aufgaben der interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen, Hrsg. Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Franz Kröger, Bonn 2003.

9 Veröffentlichung der sechs Pilot-Leitlinien Ende August 2006 im Rahmen der Tagung Inter:Kultur:Komm 2006 in Essen durch die Kulturabteilung der Staatskanzlei-NRW. Informationen:Referat Interkulturelle Kunst und Kulturarbeit, Ulla Harting.

Dorothee Frings

Rechtliche Aspekte einer gesellschaftlichen Teilhabe für Migrantinnen

In Deutschland ist heute annähernd jede fünfte Frau von Migrationsprozessen geprägt¹, entweder ist sie selbst über Staatsgrenzen hinweg gewandert oder sie stammt von mindestens einem Elternteil ab, der nach Deutschland migriert ist. In der Zukunft wird dieser Anteil weiter ansteigen, selbst wenn der Zuwanderungssaldo auf 0 zurückgehen würde, da jetzt bereits 30 % aller Sechsjährigen über einen Migrationshintergrund verfügen.

Derzeit allerdings gehen die Migrationsströme der Welt an Deutschland vorbei. Während die Migration in die meisten Industrienationen zugenommen hat, reduzierte sich die Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2004 um 15 %², unter Berücksichtigung der Fortzüge trugen Zuwanderer 2004 nur noch mit ca. 55.000 Personen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bei³. Eine der Ursachen war die strikte Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs nicht nur gegenüber Drittstaatlern, sondern auch gegenüber den Angehörigen der

1 19% aller Personen mit Wohnsitz in Deutschland haben einen Zuwanderungshintergrund, siehe: Statistisches Bundesamt, Leben in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2006, S. 74 f.. Hiervon sind 48% weiblich, siehe: Statistisches Bundesamt, Women in Germany 2006, Wiesbaden 2006, S. 10

2 OECD 2006, S. 26

3 Statistische Ämter des Bundes und der Länder, www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_zs01_bund.asp

Beitrittsstaaten. Unzureichende Integrationsperspektiven könnten möglicherweise ein weiterer Grund sein. Für die demografische Entwicklung ist dieser Trend eher problematisch, zumal die OECD-Studie zeigt, dass andere europäische Staaten mit stärkeren Zuwanderungsquoten günstigere wirtschaftliche Entwicklungen und einen Rückgang von Arbeitslosigkeit aufweisen⁴.

Gleichzeitig gelingt es in Deutschland nur unzureichend, Zuwanderer und MigrantInnen der zweiten und dritten Generation wirtschaftlich zu integrieren, wie sich bereits aus dem Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen ausländischen Bevölkerung ergibt, der doppelt so hoch liegt wie in der deutschen Vergleichsgruppe⁵.

Eine ernsthafte und intensive Integrationspolitik ist sowohl im Hinblick auf die in Deutschland lebenden MigrantInnen als auch für die Attraktivität Deutschlands für neue Zuwanderer unverzichtbar; hierin stimmen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft grundsätzlich überein.

Die Einbindung der Frauen wird für diesen Prozess doppelt bedeutsam.

1. Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit kann entscheidend dazu beitragen, die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme zu sichern, wenn das Erwerbspotential insgesamt zurückgeht. Für die wirtschaftlichen und sozialen Effekte ist nicht allein die Quantität der Erwerbsbeteiligung, sondern auch die Qualität, also der Grad der Qualifizierung, maßgeblich.
2. Die Integrationsleistung, die Frauen durch Familienarbeit, Kindererziehung und soziale Vernetzungen leisten, ist einer der wichtigsten Faktoren für einen erfolgreichen Integrationsprozess insgesamt, insbesondere aber für den der zweiten und dritten Generation.

Ob Migrantinnen diese besondere Verantwortung für den Integrationsprozess übernehmen werden, hängt nicht zu letzt davon ab, ob sie sich als **Subjekte** dieses Prozesses wahrnehmen und wieder erkennen können.

Die Bilder von Migrantinnen in Medien und Politik, aber auch in einem Teil der Fachdiskussion sind noch immer bestimmt von entwertenden Zuschreibungen, die an Attribute wie Kopftücher, Putzeimer, Kinderwagen, Backwaren und Daumenabdrücke statt Unterschriften anknüpfen. Diese Bilder überdecken die Potentiale und Ressourcen der Frauen und sind auch ungeeignet, tatsächliche Problemlagen und Konflikte zu erkennen. Selbst der Begriff der Doppel-

4 OECD 2006, S. 109

5 Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005, S. 151

diskriminierung von Migrantinnen – der rechtliche Benachteiligungen durchaus zutreffend beschreibt⁶ – weist ihnen immer wieder neu den Platz des Opfers zu und stellt sie zugleich als autonome Subjekte in Frage.

Ich konzentriere mich bei der Untersuchung rechtlicher Aspekte der Integration daher auf Teilhabeansprüche von Migrantinnen in den beiden Bereichen Zugang zum Arbeitsmarkt und Anerkennung unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit.

Teilhabe am Erwerbsleben, an Arbeit und Beruf

Zugewanderte Frauen

Das AufenthG⁷ hat die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt für neu zugewanderte Frauen deutlich verbessert.

Bis Ende 2004 war der Zugang zum Arbeitsmarkt für viele neu zugewanderte AusländerInnen durch die Vorgaben des Arbeitserlaubnisrechts stark eingeschränkt. Nun wird dem nachziehenden Familienangehörigen gemäß § 29 Abs. 5 AufenthG eine unbeschränkte Erwerbserlaubnis erteilt, wenn auch der sog. Stamberechtigte eine solche besitzt.

Nachziehende Ehefrauen profitieren hier besonders, weil etwa doppelt so viele Frauen zu ihren Ehemännern nach Deutschland nachziehen wie umgekehrt⁸. Da die Stamberechtigten überwiegend bereits über die Niederlassungserlaubnis verfügen, erhalten die Frauen nun von Anfang an einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt einschließlich der Möglichkeit eine selbständige Tätigkeit auszuüben. Die eigenständige Position von Migrantinnen wird von Beginn an gestärkt, wenn auch der Wegfall der rechtlichen Zugangsbarrieren noch lange kein Garant für eine angemessene Berufsausübung ist.

Eine geringfügige Verbesserung findet sich auch für Migrantinnen mit humanitärem Bleiberecht. Nach § 9 BeschVerfV wird eine unbeschränkte Beschäftigungserlaubnis Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis erteilt, die sich seit vier

6 Führen die Belastungen durch Familienarbeit und die Benachteiligungen im Erwerbsleben bei Frauen generell zu materiellen Einschränkungen und Begrenzungen ihrer Entwicklungsmöglichkeit, so folgen für viele Ausländerinnen hieraus auch aufenthaltsrechtliche Risiken. Hierauf wird im folgenden noch genauer eingegangen.

7 Art. 1 des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30. Juli 2004, BGBl. I 2004, 1950 ff.

8 Die Statistik gibt Aufschluss über die von deutschen Auslandsvertretungen erteilten Visen zum Zweck des Familiennachzugs. Danach reisten 2004 über 16.000 ausländische Ehemänner zu ihren Frauen in Deutschland nach, über 35.000 ausländische Ehefrauen reisten zu ihren Männern in Deutschland nach. Siehe Heine, 2005, S. 4

Jahren erlaubt oder geduldet im Bundesgebiet aufgehalten haben oder alternativ bereits drei Jahre im Bundesgebiet gearbeitet haben⁹.

Die neuen Integrationskurse nach §§ 43 ff. AufenthG, die für Frauen verbindlich sind, die im Wege des Familiennachzugs neu eingereist sind, verbessern die Voraussetzungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich. Im Vorfeld der Einführung der Sprachkurse wurde argumentiert, das Zwangselement sei erforderlich, um die Widerstände gegenüber dem Spracherwerb auf Seiten der Migrantinnen zu überwinden. Die ersten Erfahrungen mit den Integrationskursen zeigen ein ganz anderes Bild der Motivation von Migrantinnen. Mehr als zwei Drittel aller Teilnehmer gehörten nicht zur Gruppe der Verpflichteten und hatten sich aus eigener Initiative um einen Platz beworben¹⁰, obwohl viele von ihnen 600,- € für den Sprachkurs bezahlen müssen. Frauen waren in den Kursen mit 61,6 % deutlich überrepräsentiert¹¹.

Bei der Umsetzung in die Praxis ergeben sich allerdings noch deutliche Defizite. Zu bemängeln ist insbesondere, dass die hohe Anzahl der zugelassenen Träger dazu führt, dass sich zu wenige differenzierte Angebote finden; überwiegend werden Menschen unterschiedlichster Vorbildung auf einen Standardkurs verwiesen. Dringend erforderlich ist auch eine Ausweitung des Angebots reiner Frauenkurse, nicht nur, um religiösen oder traditionellen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Weit bedeutender ist die spezifische Lernkultur von Frauen, die mögliche frauen-spezifische Ausrichtung der Kurse und die Entwicklung von sozialen Netzwerken, die von den Kursen ausgehen können. Um diese Wirkung zu unterstützen, müssen auch die besonderen Bedürfnisse von Müttern nach wohnortnahen Kursen, Kinderbetreuung und nach zeitlich auf die Kindergarten- und Schulzeiten der Kinder abgestimmten Kursen berücksichtigt werden.

Auch bei den Orientierungskursen, die derzeit mit 30 Stunden nach Beendigung der Sprachkurse durchgeführt werden, besteht Veränderungsbedarf. Sinnvoll wäre eine stärkere Verknüpfung mit den Sprachkursen und eine frühere Information über wichtige Rechtspositionen von Frauen in Deutschland. Zumal es immer wieder vorkommt, dass Ehemänner ihre nachziehenden Frauen bewusst fehl informieren, um sie in Abhängigkeit zu halten¹².

Die Verknüpfung der Kurse mit beruflichen Integrationsmaßnahmen wird derzeit vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geplant, es fehlt jedoch noch an ausgereiften Konzepten und lokalen Strukturen.

⁹ Bis Ende 2004 war nach § 286 Abs. 1 b) SGB III eine Aufenthaltsdauer von sechs Jahren erforderlich.

¹⁰ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2006, S. 5

¹¹ A.a.O.

¹² Beauftragte der Bundesregierung 2005, S. 295

Neben diesen positiven Maßnahmen finden sich vor allem in den Hartz-Gesetzen auch Regelungen, die der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen entgegenstehen.

Zu Ausländern nachziehende Ehefrauen werden aus den Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration weitgehend ausgegrenzt, weil sie weder durch vorangegangene Beitragsleistungen im Leistungsbezug nach SGB III stehen, noch wegen Mittellosigkeit unter das SGB II fallen dürfen. Die Hartz-Reformen haben die Arbeitsmarktintegration auf Bezieher von Transferleistungen reduziert, maßgeblich sind die monetären Effekte für die Leistungsträger. Für viele nachziehende Ehefrauen bleiben die Hilfsangebote beschränkt auf Beratung und Vermittlung, Dienstleistungen die fast vollständig von elektronischen Medien übernommen wurden und die immer noch so wenig benutzerfreundlich sind, dass sie eher für EDV-Spezialistinnen geeignet erscheinen¹³.

Gerade durch diese Lücke bei den Integrationshilfen gehen wichtige Bildungsressourcen verloren; auch Frauen mit einer abgeschlossenen Ausbildung im Heimatland finden meist nur eine Beschäftigung in schlecht bezahlten Dienstleistungsbereichen. Für diesen Personenkreis stünden durchaus Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Wegen fehlender Informationen bei allen Beteiligten, bleiben diese Möglichkeiten oft ungenutzt¹⁴.

Auch wenn Frauen im Leistungsbezug nach SGB II stehen, z.B. als Ehefrauen von Deutschen oder als Spätaussiedlerinnen, gestaltet sich die Integrationsförderung nicht unproblematisch. Der strikte Vorrang der Arbeitsaufnahme wird zwar dem Wortlaut¹⁵, nicht aber der Zweckrichtung des Gesetzes, Integration in den Arbeitsmarkt und nachhaltige eigene Existenzsicherung zu fördern, gerecht.

Das Problem der Dequalifizierung durch Arbeitsaufnahme um jeden Preis verschärft sich für Migrantinnen, weil die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses in Deutschland meist nicht erreicht werden kann.

13 Bundesregierung 2006, S. 56

14 „Richtlinien für aus Mitteln des ESF mitfinanzierte zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Bereich des Bundes“ vom 22.12.2004, abgedruckt in: Arbeitslosenprojekt TuWas (Hrsg.), Arbeitslosenrecht, Frankfurt am Main 2005

15 Nach § 3 SGB II wird der Arbeitsaufnahme und der Beendigung des Leistungsbezugs der unbedingte Vorrang vor Qualifizierung eingeräumt. Da nach § 10 Abs. 1 SGB II jede Arbeit zumutbar ist, kommt eine Qualifizierungsmaßnahme, die die bisherige Ausbildung oder Berufserfahrung für den hiesigen Arbeitsmarkt nutzbar macht, nur in Frage, wenn die Vermittlung in eine ungelernete Tätigkeit nicht möglich ist.

Sowohl der Zuwanderungsrat¹⁶ als auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration haben immer wieder eine Veränderung der Verordnungen zur Berufsankennung angemahnt.

Neben der volkswirtschaftlich bedenklichen Vernichtung von Bildungsressourcen stellt sich zumindest für Spätaussiedler die Frage, ob eine Verweisung auf Einfachstarbeitsplätze im Zusammenhang mit einem Leistungsbezug, der auf einer migrationsspezifischen Notlage beruht, mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 GG und dem Diskriminierungsverbot nach Art. 3 Abs. 3 GG vereinbar ist. Spätaussiedler haben oftmals bis zu ihrer Ausreise in einem erlernten Beruf in abhängiger Beschäftigung gearbeitet. Deutschen steht in vergleichbarer Situation während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach § 121 Abs. 2 SGB III zumindest in den ersten sechs Monaten ein gewisser Schutz des bisherigen Einkommensniveaus, und damit indirekt auch ein Berufsschutz, zu.

Für alle Zuwanderer stellt die fehlende Berufszulassung wegen Nichtanerkennung ihrer Berufsabschlüsse ein Problem der mittelbaren Diskriminierung dar, die an den Kriterien der *EU-Richtlinie 43/2000/EG des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft*¹⁷ zu messen ist.

Der EuGH hatte sich mit der Frage der notwendigen Voraussetzung für Berufszulassungen bereits eingehend im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit und dem Diskriminierungsverbot für Angehörige der Mitgliedstaaten zu beschäftigen¹⁸. Danach dürfen ausschließlich der Umfang der vermutlich erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten mit den Anforderungen des nationalen Abschlusszertifikats verglichen werden¹⁹. Zusätzlich dürfen die unterschiedlichen Rechtsordnungen berücksichtigt werden, soweit sie für die Ausübung

16 Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration 2004, S. 177 f.

17 Richtlinie des Rates der Europäischen Union vom 29. Juni 2000 (ABl. L 180, 22). Diese Richtlinie hätte bis zum 19. Juli 2003 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. Sie ist eine der Grundlagen für die derzeit geführte Diskussion um den Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes (BT-Drs. 15/4538), jetzt Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Die Verfahren um die Anerkennung der Berufsabschlüsse sind nicht Gegenstand dieses Gesetzes, da es sich um eine öffentlich-rechtliche Materie handelt, die bereits über Art. 3 Abs. 3 GG als abgedeckt gilt. Hier sind die Länder aufgefordert, ihre jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften in Übereinstimmung mit den Vorgaben der Richtlinie zu bringen.

18 EuGH v. 15.10.1987, Slg. 1987, 4097, 4116 ff., Rdz. 13 ff.; EuGH v. 7.5.1991, Slg. 1991, 2357, 2384 f., Rdz. 16 ff.; EuGH v. 7.5.1992, Slg. 1992, 3003, 3028 f., Rdz. 11 ff.; EuGH v. 14.9.2000, Slg. 2000, 6640 ff. Die Prüfung erfolgte hier zwar in Hinblick auf das Diskriminierungsverbot wegen der Staatsangehörigkeit, welches von den RL 43 und 78 gerade nicht erfasst ist, die Zulassung zu einem Beruf knüpft jedoch nur ausnahmsweise (Ärzte und Apotheker) an der Staatsangehörigkeit an, im übrigen geht es ausschließlich um die Diskriminierung eines im Ausland erworbenen Abschlusses. Daher sind die bislang vom EuGH entwickelten Maßstäbe auf das Diskriminierungsverbot wegen der Herkunft übertragbar.

19 EuGH v. 15.10.1987, Slg. 1987, 4097, 4116 ff., Rdz. 13 ff.

des Berufs relevant sind. In diesen Fällen kann ein Nachweis darüber verlangt werden, dass die fehlenden Kenntnisse erworben wurden²⁰.

In den Anerkennungsregeln zeigt sich das Prinzip, nach dem eine Person mit einer Berufsausbildung, die im Umfang oder in der Ausrichtung nicht den Anforderungen des Aufnahmestaats entspricht, nicht von der zukünftigen Berufsausübung ausgeschlossen werden darf, sondern die Möglichkeit erhalten muss, über Zusatzqualifikationen oder praktische Berufserfahrungen an der bisherigen Qualifikation anzuknüpfen²¹.

Die heute noch deutlich restriktiveren Anerkennungskriterien der zuständigen Stellen für Drittstaatsangehörige müssen den EU-Kriterien entsprechend diskriminierungsfrei ausgestaltet werden.

Flankiert werden müssen diese Regelungen von einer entsprechenden Beratung und Hilfestellung beim Zugang zu den erforderlichen Anpassungslehrgängen oder Eignungsprüfungen.

Migrantinnen sind in vielen Fällen auf Beschäftigung angewiesen, um ihren Aufenthaltsstatus zu erhalten oder zu verbessern. Sie verfügen dabei über eine hohe soziale Kompetenz und Arbeitsflexibilität, die ihnen bereits im Prozess der Migration abverlangt wurde, ihre Erfahrungen im Familienbereich qualifizieren sie in besonderer Weise für personale Dienstleistungen. Entsprechend hoch ist das Risiko, die Arbeitsmarktintegration einseitig auf den Niedrig-Lohn-Arbeitsmarkt zu konzentrieren und Migrantinnen so in eine Dequalifizierungsspirale hineinzudrängen.

Gleichzeitig treffen gerade Migrantinnen auf einen Arbeitsmarkt, der durch die Hartz-Reformen im Bereich des Arbeitsrechts in zunehmendem Maße ungesicherte Arbeitsverhältnisse anbietet. Die Ausweitung der geringfügigen²² und befristeten Beschäftigung²³, die Reduzierung des Kündigungsschutzes²⁴ und der

20 EuGH v. 7.5.1991, Slg. 1991, 2357, 2384 f., Rdz. 16 ff.; EuGH v. 7.5.1992, Slg. 1992, 3003, 3028 f., Rdz. 11 ff.

21 Hanau/Steinmeyer/Wank, 2002, § 15 Rdz. 402 - 412

22 Von 1993 bis 2000 ist die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse um 350% angestiegen, wobei 70,1% der Beschäftigten von Frauen ausgeübt wurden (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerangelegenheiten 2002, S. 342). In dem Wirtschaftsbereich Raum-, Haushalts-, Glas- und Gebäudereinigung arbeiteten 31,3% aller geringfügig beschäftigten AusländerInnen (a.a.O.).

23 Zum 1.1.2004 wurde die Möglichkeit der Befristung ohne Sachgrund für neu gegründete Betriebe auf vier Jahre verlängert, auf die Anzahl der Verlängerungen innerhalb dieses Zeitraums kommt es nicht mehr an. Diese Neuregelung versteht sich als Starthilfe für neue Unternehmen und soll damit zugleich Beschäftigungshemmnisse abbauen (BR-Drs. 421/03, S. 7). Die Freigabe der Befristungsmöglichkeiten reiht sich ein in das Konzept der Beschäftigungsförderung durch Risikominimierung für den Arbeitgeber.

24 Die wichtigste Änderung erhöhte den sog. Schwellenwert (Mindestbetriebsgröße für die Anwendbarkeit des KSchG) auf 10 ArbeitnehmerInnen für Arbeitsverhältnisse, die ab dem 1.1.2004 begonnen haben.

Wegfall von Schutzrechten im Leiharbeitsverhältnis²⁵ soll eine höhere Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes schaffen. Er bietet Migrantinnen aber kaum noch Tätigkeiten, die es ihnen ermöglichen, die Sicherung ihres Lebensunterhalts durch feste und regelmäßige Einkünfte nachzuweisen, wie dies für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG, das zukünftige Daueraufenthaltsrecht EU²⁶ und für die Einbürgerung verlangt wird.

Gleichzeitig erleben wir einen Prozess der systematischen Absenkung des Kostenfaktors „Arbeit“. Viele Einkommen liegen heute unter dem Existenzminimum für einen Zwei-Personen-Haushalt, in den neuen Bundesländern werden im Niedriglohnbereich schon Löhne gezahlt, die den Bedarf einer Person nach SGB II nicht mehr abdecken.

Nachdem das Bundesarbeitsgericht entgegen der bisher in Rechtsprechung²⁷ und Literatur²⁸ vertretenen Auffassung ausdrücklich feststellte: „Für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit des vereinbarten Lohns ist rechtlich unerheblich, ob die vereinbarte Lohnhöhe unter dem Sozialhilfesatz liegt.“²⁹, wächst die Gefahr, dass Migrantinnen mit Vollzeitbeschäftigungen ihren eigenen oder zumindest den Lebensunterhalt ihrer Familie nicht mehr erwirtschaften können, und auf ergänzende Leistungen nach SGB II angewiesen bleiben. Ihr Aufenthaltsrecht wird so mangels Unterhaltssicherung trotz Vollerwerbstätigkeit gefährdet, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 oder § 26 AufenthG ist ausgeschlossen.

Für die Aufenthaltssituation von Migrantinnen noch problematischer sind die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II (Ein-Euro-Jobs). Menschen mit Migrationshintergrund wurden von der BA als spezielle Zielgruppe für die Arbeitsgelegenheiten festgelegt³⁰. Die von der BA genannten Erwägungen sind vor allem die Förderung der Kommunikation und der Spracherwerb am Arbeitsplatz. Eine Rolle spielt aber wohl auch, dass ernsthafte Maßnahmen der

25 Im Gegenzug zur Einführung des Prinzips des „equal pay“ wurden nahezu sämtliche Schutzvorschriften zugunsten der LeiharbeiterInnen ersatzlos gestrichen, vgl. Ulber, AuR 2003, S. 7 ff.. Begründet hat der Gesetzgeber dies damit, dass angesichts der Sicherung der Lohngleichheit nicht mehr von prekären Arbeitsverhältnissen gesprochen werden könne, vgl. Begründung des Entwurfs eines ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 5.11.2002, BT-Drs. 15/25, S. 24. Das Prinzip des „equal pay“ wurde jedoch durch einen Tarifvertrag zwischen dem Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen e.V. und dem DGB vom Juni 2003 weitgehend aufgehoben. ff.

26 Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 (ABl L 16 S. 44 vom 23.01.2004) betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen; die Umsetzungsfrist ist am 23.1.2006 abgelaufen, so dass sich Ausländer auch unmittelbar auf dieses Recht berufen können.

27 ArbG Bremen v. 30.8.2000, AuR 2001, 231

28 Spindler, info also 2003, S. 56, 58

29 BAG v. 24.3.2004, AuR 2004, S.189

30 Bundesanstalt für Arbeit, 2004, S. 16

Arbeitsmarktintegration einen gewissen zeitlichen und finanziellen Aufwand bedeuten. Dagegen sind viele Frauen mit Zuwanderungshintergrund gerade wegen ihrer sozialen Kompetenzen im Bereich sozialer Dienstleistungen optimal einsetzbar. Die Aufnahme einer Arbeitsgelegenheit führt einerseits dazu, dass diese Personen in der Statistik entgegen der offensichtlichen Sachlage nicht mehr als arbeitslos geführt werden, andererseits bleiben sie jedoch im Leistungsbezug nach SGB II und erfüllen damit den Regelversagungsgrund nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (fehlende Sicherung des Lebensunterhalts).

Junge Frauen der 2. und 3. Generation

Fast 20 % der ausländischen Jugendlichen erreichen keinen Hauptschulabschluss³¹. Bei jungen, ausländischen Frauen zeigen sich mit 15,4 % ohne Abschluss die besseren schulischen Erfolge. Sie erreichen immerhin zu 12,1 % einen Hoch-/Fachhochschulabschluss im Gegensatz zu 8,5 % der jungen ausländischen Männer, aber auch im Gegensatz zu fast 30 % der jungen deutschen Frauen³².

Werden diese Ergebnisse danach differenziert, ob die Kinder mit Zuwanderungshintergrund in Deutschland geboren wurden oder später zugewandert sind, lässt sich bedenkllicherweise feststellen, dass der Faktor „Geburt in Deutschland“ den Bildungserfolg sogar negativ beeinflusst³³. Dies Ergebnis scheint die Konsequenz aus der unzureichenden Integration der Elterngeneration und der in der Schule erlebten Chancenungleichheit zu sein³⁴.

Im Gegensatz zu den besseren Schulerfolgen der Migrantinnen, zeigt sich bei den Berufsabschlüssen eine besorgniserregende geschlechtsspezifische Benachteiligung. In der Altersgruppe der 24 bis 29 jährigen bleiben 33,5 % der männlichen Ausländer und 42,5 % der weiblichen ohne Berufsabschluss. Die Vergleichszahl für Deutsche liegt bei 11 %.³⁵ Eine Vergleichstudie mit Dänemark³⁶ zeigt, dass sich signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede dort nicht finden. Es spricht also vieles dafür, die Ursachen nicht länger ausschließlich der Verhaftung der Elterngeneration in traditionellen Rollenbildern zuzuschreiben.

31 Während 8,2% der deutschen SchülerInnen im Jahr 2002 die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verließen, waren es bei den Jugendlichen ausländischer Nationalität 19,5%, vgl. Bundesregierung 2005, S. 149

32 A.a.O.

33 Zimmermann/ Hinte 2005, S. 92

34 Zimmermann/ Hinte 2005, S. 93 ; Gang/Zimmermann, Journal of Human Resources 2000, S. 550 ff.

35 BIBB/ EMNID-Studie 1998, Berechnung 2003, die Zahlen beziehen sich auf Migrantinnen in der Altersgruppe 20 bis 29 Jahre, www.migration-online.de/data/0054

36 Zimmermann/ Hinte 2005, S. 94

Als wichtigster Fortschritt der Hartz-Reformen gerade auch für MigrantInnen wird daher der individuelle Rechtsanspruch junger Menschen auf eine Leistung der Arbeitsmarktintegration genannt³⁷.

Übersehen wird dabei häufig, dass dies keinen Anspruch auf Qualifizierung oder gar berufliche Bildung bedeutet, die Formulierung des § 3 Abs. 2 SGB II³⁸ suggeriert sogar einen Vorrang der Vermittlung in Arbeit vor Qualifizierung.

Erfreulich eindeutig fallen demgegenüber die Empfehlungen der Bundesanstalt für Arbeit in einem „Leitfaden für ausbildungssuchende Jugendliche unter 25 Jahren im Rechtskreis des SGB II“³⁹ aus. Einer beruflichen oder schulischen Ausbildung wird hier eindeutig Vorrang vor schneller Vermittlung in Arbeit eingeräumt und auch die Berücksichtigung der Neigung, ein Grundsatz, der sich im SGB II nicht mehr findet, wird unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit wieder zum Kriterium. Der Leitfaden hat allerdings keinen Weisungscharakter; eine einheitliche Handhabung bei den ArGen und den Optionskommunen kann also nicht sichergestellt werden.

Eine noch unterschätzte Gefahr beinhaltet die Änderung des SGB II für junge Frauen. Ihnen wird jetzt nicht mehr das Recht zugestanden, nach Erreichen der Volljährigkeit das Elternhaus zu verlassen. Durch den Verbleib in der Familie werden sie aus dem Leistungsbezug ausgegrenzt und zur stillen Reserve, noch bevor ihr Berufsleben überhaupt begonnen hat. Im elterlichen Haushalt werden alle Einkommen der Familie angerechnet; den Eltern bleibt nicht mehr der Selbstbehalt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (z. Zt. laut Düsseldorfer Tabelle 890,- € gegenüber Kindern bis zum 21. Geburtstag und 1.100,- € gegenüber Kindern ab 21 Jahren), sondern nur ihr eigener Bedarf nach SGB II. Erhalten die jungen Frauen aber kein Alg II mehr, so stehen ihnen auch keine Integrationsleistungen zu. Das Risiko, dass sie so – statt eine Ausbildung aufzunehmen – mit häuslichen Tätigkeiten beschäftigt werden, erhöht sich noch weiter.

Weiterhin bleibt ein erheblicher Teil der jungen MigrantInnen von der Berufsausbildungsförderung nach §§ 59 ff. SGB III und den Leistungen des BAföGs ausgeschlossen, weil sie die Sondervoraussetzungen für Ausländer nicht erfüllen. Grundsicherungsleistungen können während einer Ausbildung gem. § 7 Abs. 5 SGB II lediglich in Härtefällen gewährt werden, und selbst dann nur auf

37 Johannes Münder, in Münder 2005, § 3, Rdz. 13

38 Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeits Gelegenheit zu vermitteln.

39 Abgedruckt unter www.bvaa-online.de

Darlehensbasis. So wird einer schnellen Arbeitsaufnahme von vielen jungen AusländerInnen Vorrang vor einer Ausbildung oder einem Studium eingeräumt, weil ihnen hierfür die finanziellen Mittel fehlen.

Problematisch ist auch der in § 10 SGB VIII eingefügte Ausschluss von Leistungen der Jugendhilfe für Alg II-Empfänger. Praktisch lässt sich die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Leistungen zur Arbeitsmarktintegration (Leistungsträger nach SGB II) und Leistungen zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung (Leistungsträger nach SGB VIII) nicht durchführen. In der Vergangenheit wurden gerade im Rahmen der Jugendberufshilfe nach § 13 SGB VIII speziell auf junge Migrantinnen zugeschnittene Maßnahmen durchgeführt. Diese könnten für die Zukunft nur erhalten bleiben, wenn es zu einer engen Kooperation zwischen den Leistungsträgern nach SGB II und der Jugendhilfe kommt. Bereits jetzt sind viele der langjährig erprobten Maßnahmen eingestellt worden.

Junge Menschen mit einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung, die hier ihren Schulabschluss abgelegt haben, erhalten kaum einen Zugang zum Arbeitsmarkt und vor allem keine Möglichkeit einer betrieblichen Ausbildung⁴⁰.

Obwohl viele dieser jungen Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben werden, können sie keine Aufenthaltserlaubnis erlangen, weil ihnen nach der bislang herrschenden Rechtsauffassung das Verhalten der Eltern voll zugerechnet wird⁴¹.

Im Vordergrund steht hier sicher die Forderung nach einer politischen Bleiberechtslösung, die vom Grundsatz her durchaus parteienübergreifend anerkannt wird, deren Umsetzung aber immer wieder verzögert wird.

Hilfreich wäre aber schon die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis aus Härtefallgründen nach § 7 BeschVerfV. Eine junge Frau mit gutem schulischem Abschluss und einem Ausbildungsplatz zum Nichtstun zu verdammen, lässt sich kaum mit ihrem Grundrechtsanspruch auf Würde und Persönlichkeitsentfaltung vereinbaren. Auch ist ein Ausbildungsverbot für junge Menschen in einem Land mit akutem Bildungsnotstand volkswirtschaftlich ruinös.

40 Selbst nach einer Arbeitsmarktprüfung können diese jungen Menschen keinen Ausbildungsplatz erhalten, da bundesweit von den Arbeitsagenturen keine Beschäftigungserlaubnisse für Auszubildende an Geduldete oder Personen mit einer Aufenthaltsgestattung erteilt werden, siehe: 1.17.114 Durchführungsanweisung zum Aufenthaltsgesetz der Bundesanstalt für Arbeit

41 Roland/Vormeier, 2004, AsylbLG, § 1a Rdz. 132 ff.; OVG Berlin 6 SN 114.99, B. v. 09.02.00; OVG NRW 16 B 2033/99, B. v. 08.05.00, GK AsylbLG § 1a OVG Nr. 12; VG Düsseldorf 20 L 3053/00 B. v. 29.11.00, GK AsylbLG § 1a VG Nr. 27

Teilhabe durch Anerkennung gesellschaftlich relevanter Arbeit außerhalb des Erwerbslebens

Das Ausländerrecht bindet das Recht zum Aufenthalt, zum Verbleib, zum Familiennachzug und zur Einbürgerung im Grundsatz an ein nachhaltig gesichertes Erwerbseinkommen. Diese Anforderung wird von Migrantinnen als gefährlichste Existenzbedrohung erlebt, weil sie oft wegen der Kindererziehung oder Familienarbeit nicht oder nur in geringem Umfang berufstätig sein können.

Fanden sich früher an den verschiedensten Stellen des AuslG'90 unterschiedliche Anforderungen an die Unterhaltssicherung, so wurden diese Differenzierungen mit dem AufenthG aufgegeben und gleichzeitig mehr Raum für individuelle Lösungen geschaffen. Insbesondere besteht nun in allen Fällen die Möglichkeit, den Lebensunterhalt auch durch Unterhaltsleistungen Dritter zu sichern (§ 2 Abs. 3 AufenthG).

Eine weitere Möglichkeit, die spezifischen Lebenslagen von Frauen bei der Aufenthaltsgewährung zu berücksichtigen, ergibt sich aus der veränderten Systematik der Erteilungsvoraussetzungen.

Bislang fanden sich die (unterschiedlichen) Anforderungen an die Sicherung des Lebensunterhalts bei den jeweiligen Anspruchsgrundlagen und waren zumeist zwingend. Im AufenthG findet sich die Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts nicht mehr in der jeweiligen Anspruchsnorm, vielmehr setzt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (von Ausnahmen abgesehen) die Erfüllung der allgemeinen Anforderungen nach § 5 AufenthG voraus. Diese Voraussetzungen müssen jedoch nur „in der Regel“ vorliegen. In besonders gelagerten Einzelfällen kann so zur Vermeidung einer besonderen Härte auf den gesicherten Lebensunterhalt verzichtet werden.

Der Erziehungsverantwortung und der Pflege von Angehörigen wird auch bei der Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG Rechnung getragen.

Für den Erhalt der Niederlassungserlaubnis wird die Einzahlung von mindestens 60 Monaten Pflichtbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung bzw. eine entsprechende Absicherung für Selbständige verlangt⁴².

Ergänzend wird zugestanden, dass berufliche Ausfallzeiten, die auf einer Kinderbetreuung oder häuslichen Pflege beruhen, entsprechend angerechnet

⁴² Die Anforderung gilt gem. § 104 Abs. 2 AufenthG nicht für Personen, die sich am 1.1.2005 mit einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis im Bundesgebiet aufhielten.

werden. Insbesondere Frauen mit unterbrochenen Berufsbiographien werden so entlastet.

Trotz dieser wichtigen Verbesserungen für Frauen, bleibt die Anforderung des „gesicherten Lebensunterhalts“ für die Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis „in der Regel“ erforderlich und für die Niederlassungserlaubnis nach § 9 oder § 26 AufenthG ist sie zwingende Voraussetzung.

Der Gesetzgeber hat keine Ausnahmeregelung oder Härtefallklausel für Personen vorgesehen, die auf Grund besonderer familiärer Umstände nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern. Zu berücksichtigen wären z.B. allein erziehende Mütter von mehreren Kindern oder Frauen, die langfristig durch die Pflege von Schwerstpflegebedürftigen auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ihnen bleibt der Zugang zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus und damit in vielen Fällen auch zu weiteren Sozialleistungen dauerhaft versperrt.

Hier sollte ernsthaft geprüft werden, ob nicht der Verpflichtung zur Gleichstellung der Geschlechter aus Art. 3 Abs. 2 GG und den Anti-Diskriminierungsrichtlinien der EU durch eine Öffnungsklausel, die die besonderen Lebenslagen von Frauen und ihre gesellschaftlich relevanten Beiträge außerhalb der Erwerbsarbeit angemessen berücksichtigt, Rechnung getragen werden kann. Das Bundesverfassungsgericht betonte schon in den sechziger Jahren die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Erwerbs- und Familienarbeit⁴³. Konsequenterweise können auch Ausländerinnen aus Art. 3 Abs. 2 GG den gleichen Anspruch auf Wertschätzung ihrer Erziehungs- und Familienleistungen ableiten⁴⁴.

Hilfreiche Einkommensergänzung gerade für Alleinerziehende und kinderreiche Familien könnte allerdings der Kinderzuschlag nach § 6a BKGG sein, zumal seit dem 1.1.2006 ein großer Teil der ausländischen Familien wieder einen Anspruch auf Kindergeld hat⁴⁵, was wiederum Voraussetzung für den Anspruch auf den Kinderzuschlag in Höhe von bis zu 140,- € monatlich (allerdings begrenzt auf drei Jahre) pro Kind ist. Erforderlich wäre jedoch eine Klarstellung in § 2 Abs. 3 AufenthG, nach der auch der Kinderzuschlag nicht als Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gelte, die zur fehlenden Sicherung des Lebensunterhalts führen würde. Der Gesetzgeber beabsichtigte mit der Einführung des Kindergeld-

43 BVerfGE 17, 280 (285): „...eine der wichtigsten Aufgaben des Art. 3 Abs. 2 GG, der rechtlichen Unterbewertung der Arbeit der Frau in Haushalt und Familie ein Ende zu setzen und ihr eine gerechte Berücksichtigung zu sichern“

44 Frings 1997, S. 128 ff.

45 Nach der derzeit noch geltenden Regelung in § 62 Abs. 2 EStG hat nur ein Teil der AusländerInnen mit Aufenthaltstitel einen Anspruch auf Kindergeld. Das BVerfG hat in seinem Urteil v. 6.7.2004 – 1BvR 2515/95 – dem Gesetzgeber zu einer ähnlichen Vorgängerregelung einen Änderungsauftrag erteilt und eine Umsetzungsfrist bis zum 31.12.2005 gesetzt. Das hierzu vorgelegte Änderungsgesetz ist zurzeit noch nicht verabschiedet.

zuschlags, Erwerbstätige nicht deshalb zu Fürsorgeempfängern zu machen, weil sie Kinder erziehen; also diskriminierende Effekte der Elternschaft zu vermeiden. Für MigrantInnen kann diese Intension nur verwirklicht werden, wenn auch ihr Aufenthalt nicht länger wegen der Versorgung von Kindern gefährdet wird.

Auch die Zumutbarkeit von Arbeit nach § 10 SGB II darf entsprechend dem Wortlaut nicht ohne Berücksichtigung der Belange von Familien und Kindern bewertet werden, wobei die Situation jeder Familie individuell und kultursensibel zu betrachten ist. Die Durchführungshinweise der Bundesanstalt für Arbeit sind in ihrer Starrheit ein ungeeignetes Handwerkszeug, um die Mitarbeiter der Leistungsträger nach SGB II zu befähigen, diese Belange kultursensibel zu berücksichtigen⁴⁶.

Zusammenfassung

Gesellschaftliche Teilhabe für Migrantinnen ist ein verfassungsrechtlich verankerter Anspruch, der eine systematische Überprüfung der Gesetzgebung im Ausländer- und Sozialrecht in seinen Auswirkungen auf die Lebenslagen von Frauen verlangt. Weder Familienarbeit noch eine fehlende Einkommenssicherung trotz Erwerbsarbeit im frauenspezifischen Sektor der personalen Dienstleistungen darf mit aufenthaltsrechtlichen Sanktionen bedroht werden.

Gleichzeitig sollten Ansprüche auf Ausbildung und Qualifizierung als wichtigstes Instrumenten der vollen gesellschaftlichen Teilhabe deutlich ausgebaut werde.

Gleichberechtigte Teilhabe ist kein Zustand, sondern eine Zielsetzung, die vor allem von Migrantinnen immer wieder mutig und mit Eigen-Sinn eingefordert werden muss.

46 Frings 2005, S. 87

Literaturverzeichnis

Beauftragte der Bundesregierung (2005), Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin

BIBB/ EMNID-Studie 1998, Berechnung 2003, www.migration-online.de/data/0054

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2006): Ein Jahr Zuwanderungsgesetz – Die Integrationsarbeit des Bundesamtes im Rückblick, Nürnberg

Bundesanstalt für Arbeit, Begleitarbeitsgruppe Zusatzjobs, Schreiben vom 24.11.2004

Bundesregierung (2006): Bericht 2005 zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, BT-Drs. 16/505

Bundesregierung (2005): Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin

Frings, Dorothee (2005): Arbeitsmarktreform und Zuwanderungsrecht – Auswirkungen für Migrantinnen und Migranten, Frankfurt

Frings, Dorothee (1997): Frauen und Ausländerrecht, Baden-Baden

Gang/Zimmermann, Is child like parent? Educational Attainment and Ethnic Origin, *Journal of Human Resources* 2000, S. 550 ff.

Hanau, Peter /Steinmeyer, Heinz-Dietrich /Wank, Rolf (2002): Handbuch des europäischen Arbeits- und Sozialrechts, München

Heine, Jana (2005): Germany's immigration policies in relation to family reunification, employment and students, Nürnberg

Spindler, Helga: Grenzen der Zumutbarkeit von Arbeit für Sozialhilfeberechtigte bei Niedriglöhnen und Lohnwucher, *info also* 2003, S. 59 ff.

Münder, Johannes (2005), in *Münder (Hrsg.)*: LPK Sozialgesetzbuch II, Baden-Baden

OECD (2006): International Migration Outlook, Den Haag

Roland/Vormeier (2004): Gemeinschaftskommentar zum Ausländerrecht, Neuwied, Stand 2004

Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (2004): Jahresgutachten 2004, Nürnberg

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2006), www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_zs01_bund.asp

Statistisches Bundesamt (2006a): Leben in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2006b): Women in Germany 2006, Wiesbaden

Ulber, Jürgen: Personal-Service-Agenturen und Neuregelung der Arbeitnehmerüberlassung, *AuR* 2003, S. 7 ff.

Zimmermann, Klaus/ Hinte, Holger (2005): Zuwanderung und Arbeitsmarkt – Deutschland und Dänemark im Vergleich, Heidelberg

Patricia Latorre Pallares und Olga Zitzelsberger

Selbstorganisationen von Migrantinnen

Unterschätzte Ressource für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Zur gesellschaftlichen Einbettung

Flucht und Migration waren und sind weltweit gesehen vor allem weiblich. Die Bildung von MigrantInnen-Communities¹ gehört dabei zu einer Normalität des Einwanderungsprozesses. Diese sind – auch wenn sie von der Mehrheitsgesellschaft meist als homogene Einheiten wahrgenommen werden – heterogen und differenzieren sich u.a. nach sozial-strukturellen, regionalen, ideologisch-politischen, religiösen, geschlechts- und generationsspezifischen Merkmalen.

Wesentliches Strukturelement innerhalb der MigrantInnen-Communities sind die MigrantInnen-selbstorganisationen (MSOs)². MSOs bilden Selbsthilfenetze. Sie haben Funktionen wie Information, Orientierung, Beratung, Unterstützung,

1 Unter MigrantInnen-Communities (auch ethnische Kolonien oder ethnische Communities genannt) sind „verschiedene Beziehungsstrukturen unter Einwanderern innerhalb einer bestimmten räumlich-territorialen Einheit, die auf der Basis von Selbstorganisation entstanden sind“ (Heckmann 1992, 97) zu verstehen.

2 Unter einer Selbstorganisation verstehen wir nicht nur formalisierte Beziehungen unter MigrantInnen in Form eingetragener Vereine, sondern auch nicht formale Beziehungen wie Gruppen, Projekte und Netzwerke. (vgl. hierzu auch Thränhardt 2005, 31; Schwenken 2000, 154). Entsprechend untersuchten wir sowohl Frauenvereine und Frauengruppen als auch Frauengruppen in MSOs.

dienen der Kommunikation und der Interessenvertretung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und sind Anlaufstelle bei Exklusion und Diskriminierung (vgl. dazu Heckmann 1992, 97ff). Ihre Bedeutung liegt in ihrer Multifunktionalität. Die Aktivitäten reichen von der Pflege der Herkunftskultur, Folklore, Sprache und Religion über Geselligkeit, Sport, Selbsthilfeaktivitäten wie Rechts- und Sozialberatung, Bildungsangebote, schulische Hilfen für Kinder und Jugendliche, bis hin zu lokalpolitischen Aktivitäten u.a. in den Ausländerbeiräten. Aufgrund ihrer vielseitigen Funktion besitzen die MSOs innerhalb der Communities einen hohen Stellenwert.

Obwohl Migrantinnen wesentlich zum dauerhaften Fortbestand der MSOs beitragen, ist ihre Rolle in den gemischten Selbstorganisationen sowie in den Frauen-selbstorganisationen bis heute in der Migrations- und in der Genderforschung wenig erforscht.³ Man kann daher von einer „publizistischen und wissenschaftlichen Nichtwahrnehmung“ der Selbstorganisationen von Migrantinnen sprechen. (Schwenken 2000, 133) Um einen Beitrag zum Schließen dieser Lücke (Thranhardt 2005, 33) zu leisten, haben wir solche MSOs in Darmstadt untersucht.

In den letzten Jahren lässt sich – neben der Zunahme frauenspezifischer Aktivitäten in den Vereinen – die verstärkte Gründung eigenständiger Frauengruppen und Frauenvereine feststellen. Wie lässt sich dies interpretieren?

Migrantinnen sehen ihre Belange in den Vereinen nicht ausreichend vertreten und „spalten“ sich daher von den gemischten Vereinen ab.

„Damit sie [die Frauen, O.Z.] erstklassig behandelt werden, müssen sie nach den Bedingungen der patriarchal existierenden Gesellschaft separate, unmittelbare freie Institutionen zur Verfügung haben, in denen sie sich frei von Geschlechterhierarchien entwickeln können: nach ihren Bedürfnissen und in der ganzen Breite ihrer Bildungsmöglichkeiten und zu ihren Bedingungen“ (Schlüter 1992, 334).

Durch die Setzung von *Geschlecht* als Auswahlkriterium für die Teilhabe an Gruppen werden Frauen Freiräume eröffnet, die es ihnen ermöglichen, ihre Themen, Interessen, Vorlieben und Strategien zuzulassen und einzufordern. Frauengruppen ermöglichen eine Selbstverortung innerhalb gesellschaftlicher Organisationsstrukturen ohne Rücksicht auf die Einbindung in geschlechtskonforme Rollenerwartungen und Ordnungssysteme. Daraus resultierten Wünsche und Ansprüche auf gleichberechtigte Partizipation und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen und Entfaltungsmöglichkeiten.

³ vgl. Sánchez-Otero 2003, Diehl 1998, Schwenken 2000

Gleichwohl kann durch eine Separierung der Geschlechter nicht automatisch jegliche Ungleichbehandlung behoben werden. Die zahlreichen seit den 70er Jahren in Deutschland von deutschen Frauen gegründeten Verbände und Einrichtungen haben bis heute Migrantinnen nicht integriert. Selbstkritisch ist hierbei zu konstatieren, dass es Einrichtungen deutscher Mittelschichtsfrauen für deutsche Mittelschichtsfrauen sind. Ein Bezug zur Arbeits- und Lebenssituation von Frauen aus unteren sozialen Schichten sowie zu Migrantinnen wurde nicht bzw. unzureichend hergestellt. Migrantinnen fanden und finden bis heute keinen bzw. wenig Zugang zu diesen Einrichtungen, als heimliches Kriterium für den Zugang zu Gruppen, Räumen und Ressourcen wurde und wird weithin die deutsche Nationalität und Kultur angenommen bzw. erlebt.⁴

Die neuen Frauengruppen und -vereine der Migrantinnen werden überwiegend von zugewanderten Flüchtlingsfrauen und Aussiedlerinnen gegründet. Die Gründerinnen haben meist eine höhere Schulbildung bzw. einen Hochschulabschluss. Die wichtigsten Aktivitäten dieser Frauengruppen und -vereine sind Informations- und Bildungsarbeit für Mädchen, junge Frauen, Mütter und ältere Frauen.

Der Aufbau eigener Fraueneinrichtungen muss als Abgrenzung gegenüber den geschlechtlich gemischten MSOs ebenso wie gegenüber den Fraueneinrichtungen der Mehrheitsgesellschaft begriffen werden. Sie werden aber nur dann zu einer abgeschlossenen Gegengesellschaft, wenn sie keine Rückwirkungen auf die Gesellschaft haben. Bisher gab es jedoch vielfältige Rückwirkungen, die u.a. zu einer Aufweichung der Dominanzverhältnisse und der Geschlechterdichotomie sowohl in ihren eigenen Communities wie in der Einwanderungsgesellschaft führten und führen. Die Frauengruppen, -vereine und -bildungseinrichtungen von Migrantinnen haben damit quasi die Wirkung einer **paradoxen Intervention**⁵. Man kann sie auch als Selbstempowerment-Strategie innerhalb dominanter Systeme beschreiben.

4 Zögerlich und nur unzureichend wird diese Ausgrenzung der Migrantinnen in der feministische Theoriebildung berücksichtigt. Ethnie, Nationalität, Rassismus und Hautfarbe finden nur allmählich Aufnahme in die Differenzbestimmungen von Gender. Im Rückblick kann die Auseinandersetzung im Rahmen des internationalen Frauenkongresses „Differenz und Gleichheit: Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht“ als Wendepunkt angesehen werden. Ab diesem Zeitpunkt thematisierten zunehmend WissenschaftlerInnen mit eigenem Migrationshintergrund Versäumnisse innerhalb der feministischen Forschung. Wurde der vorherrschenden Frauenforschung bis Ende der 80er „nur“ die Nichtberücksichtigung von Migrantinnen angelastet, so monieren die WissenschaftlerInnen bis heute die Nichtberücksichtigung bis hin zum Verschweigen von wissenschaftlichen Beiträgen, die sich mit der Migrationsthematik von Frauen beschäftigen. Sedef Gümen bescheinigt der Frauenforschung noch 1998, dass sie einem feministischen Ethnozentrismus verhaftet sei, der Abhandlungen zum Zusammenhang von Ethnie, Migration und Rassismus nicht zur Kenntnis nimmt.

5 Eine paradoxe Intervention ist dadurch definiert, dass bei ihrer Befolgung genau das Gegenteil von dem erreicht wird, was sie angeblich erreichen soll.

Entscheidend für ihren Wirkungsgrad ist, das Bewusstsein dieser paradoxen Intervention in geschlechtshomogenen Gruppen und Organisationen wach zu halten, systematisch zu fördern und damit als konstitutiv für die Einrichtungen zu begreifen.⁶

Im Kontext der aktuellen Diskussion um die Integration von MigrantInnen in unsere Einwanderungsgesellschaft bzw. deren Ausschluss aus den zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung und Arbeit aufgrund von Geschlecht, Ethnizität und sozialer Herkunft ist daher genauer zu fragen, welchen Beitrag Selbstorganisationen von Migrantinnen zu einer gleichberechtigten Partizipation in verschiedenen Bereichen der Einwanderungsgesellschaft und zur Überwindung struktureller Benachteiligung leisten können.

Hierzu führten wir eine Befragung bei allen Selbstorganisationen von Migrantinnen sowie – um eine Vergleichsfolie zu haben – darüber hinaus bei allen MSOs in Darmstadt durch. Wir fragten, wie Migrantinnen ihre Eigenressourcen einsetzen, um sich Freiräume und Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen Bildung, Arbeit und Gesundheit zu verschaffen.

Ausgewählte Ergebnisse der Befragung von Selbstorganisationen von Migrantinnen

Im Folgenden stellen wir ausgewählte Ergebnisse unserer quantitativen⁷ und qualitativen⁸ Erhebung vor. Hierbei verwandten wir insbesondere folgende Analyseperspektiven:

Worin bestehen die Hauptbedürfnisse der Mitglieder und wie werden diese befriedigt? Welche Fördermöglichkeiten sind den MSOs bekannt und welche werden wahrgenommen? Worin liegen strukturelle Barrieren? Welche

6 Für die feministische Theorie bedeutet dies, systematisch – in Theorie und Praxis – an der Aufhebung des Systems der Zweigeschlechtlichkeit und der damit einhergehenden Hierarchisierung der Geschlechter – auch in ihrer ethnischen Brechung – zu arbeiten.

7 Quantitative Erhebung: 53% Rücklauf bei 89 verschickten Fragebögen an alle bekannten MSOs in Darmstadt (Ausnahme: Studierendenorganisationen).

8 20 ca. 1-stündige ExpertInneninterviews. Für die Interviews wurden gezielt die Gründerinnen der Frauen-selbstorganisationen bzw. die in der Frauenarbeit aktiven Migrantinnen in gemischten Selbstorganisationen als Interview-Partnerinnen angesprochen. Wir betrachten diese Frauen als Expertinnen für ihre Community, für die Belange der Frauen aus ihrer Community sowie für alle Fragen, die die Rolle der Frauen in MSOs sowie die Bedeutung der Selbstorganisationen von Migrantinnen betreffen. Berufliches Profil der Interviewpartnerinnen: Berufsabschlüsse: 1 Ärztin, 1 Erzieherin, 2 Ingenieurinnen, 3 Krankenschwestern, 3 Lehrerinnen, 1 Mathematikerin, 1 Musikerin, 1 Steuerfachassistentin, 1 Verwaltungsekretärin; Abgebrochene Ausbildung im Herkunftsland: 1 Erzieherin, 1 Jurastudium, 1 Politikwissenschaften

Möglichkeiten der Nutzung von Räumen bestehen, worin besteht der Bedarf und wie könnte dieser abgedeckt werden? Wie sehen die Entwicklungsperspektiven aus?

Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Selbstorganisationen von Migrantinnen auf die Beschäftigung mit Familienthematik fokussiert sind. In drei von vier Selbstorganisationen von Migrantinnen ist Familiäres ein wichtiges Gesprächsthema bei den Treffen. Dies verdeutlicht zum einen die verstärkte Eingebundenheit in die Familienarbeit und ggf. auch Belastung der Frauen mit familiären Pflichten und Gepflogenheiten. Zum anderen kann es sicherlich auch als ein Hinweis dahingehend verstanden werden, dass in den gemischten Vereinen dieser Thematik weniger Raum eingeräumt wird. Selbstorganisationen von Migrantinnen verweisen dagegen explizit auf diese Thematik.

Die Interviews ergaben zunächst, dass Migrantinnen neben der aus dem Geschlechterverhältnis folgenden strukturellen Benachteiligung auch von einer sozialen Benachteiligung betroffen sind, die sich in häuslicher Isolation ausdrückt und die bedingt sein kann – so die Aussagen – durch Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, durch Unsicherheit aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und durch die Begrenzung ihrer Bewegungsfreiheit von Seiten der eigenen Männer.

Kommt man direkt von Somalia, sitzt man hier nur in ein Häuschen und da hat man kein Kontakt draußen und man weiß nicht was da draußen los, und wie die Nachbar so leben und man versteht's nicht und das ist auch schwierig. (Somalisches Komitee)

Dies führt dazu, dass die betroffenen Migrantinnen keine oder kaum soziale Kontakte zu Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft haben und eben sowenig die Angebote der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wahrnehmen.

Manchmal (...) reden wir über Ausbildung auch hier, dass unsere Frauen, manche Frauen auch Ausbildung machen und, äh, die sagen, „Ja, und wegen unserer Sprache werden wir bestimmt auch ausgelacht. Nein, ich will das nicht.“ Da ziehen sie sich doch zurück, ja? Weil das tun auch wirklich, wenn du nicht richtig Deutsch redest, du wirst auch ausgelacht, weil ich merk das selber. (Elele – Türkische Frauengruppe)

Als Konsequenz suchen die Frauen **soziale Kontakte** in ihrer ethnischen bzw. religiösen Community: in der Verwandtschaft, in informellen Treffpunkten und in den MSOs.

Bei der Mehrzahl der befragten Selbstorganisationen spielen **Bildungsangebote** – eine zentrale Rolle. Dazu gehört ein Kursangebot, das von niedrigschwelligen Alphabetisierungskursen über alltagsbezogene und berufsbezogene Deutschkurse bis hin zu Computerkursen reicht.

In unserer russischen Gesellschaft helfen wir Frauen integrieren in deutsche Gesellschaft. Und unsere Hauptziel gute Sprache. Ist denk ich, sehr wichtige Ziel. Weil wenn Frau kriegt gute Deutschkenntnisse dann kann sie sich selbst vorstellen und arbeiten gehen und zum Arzt und und und. Und das ist wichtig. Und Geschäft und kann nicht ähm Fehler machen. (...) Dann arbeiten wir in diese Richtung auch sehr viel. (Alice – Russischer Frauenverein)

Neben Informationen über die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, sind Informationsveranstaltungen zu frauenspezifischen Gesundheitsfragen und Elternbildung die am stärksten von den Frauen in den Selbstorganisationen in Anspruch genommenen Angebote. Erziehungsfragen und Informationen über das Schulsystem stellen das Hauptinteresse der Frauen (zur Bedeutung der Elternbildung s. auch Weiss/Thränhardt 2005) dar.

Die Interviews zeigen, dass die Arbeit der Selbstorganisationen mehrere Elemente beinhaltet: Zunächst werden Fachwissen und Sprachkenntnisse vermittelt. Diese tragen dazu bei, dass die Migrantinnen Selbstsicherheit und Selbstbewusstsein entwickeln und ihre Angst und Unsicherheit im Umgang mit VertreterInnen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft überwinden. Verstärkt wird die neue Selbstsicherheit durch die Sicherheit, die die Gemeinschaft mit Frauen vermittelt, die die gleichen Benachteiligungserfahrungen teilen und die diese Benachteiligung auch überwinden möchten. Diese Gemeinschaft motiviert die Frauen, die Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Die gegenseitige Unterstützung und gegenseitige Stärkung der Frauen und das neu geschaffene Selbstbewusstsein führen außerdem dazu, dass viele Frauen individuell in ihrem privaten Umfeld gegen die von ihren Männern auferlegte Begrenzung ihrer Bewegungsfreiheit Widerstand leisten. Dies kann in der Folge wiederum zur Auflösung der häuslichen Isolation, zur Überwindung von Exklusion und zum Zugang zu Ressourcen der Mehrheitsgesellschaft führen.

Die Untersuchung der Selbstorganisationen von Migrantinnen in Darmstadt hat also ergeben, dass diese durch ihre Aktivitäten und insbesondere durch ihre Bildungsarbeit dazu beitragen, den Migrantinnen erweiterte Partizipationsmöglichkeiten in der Einwanderungsgesellschaft zu eröffnen. Das erreichen sie durch den Einsatz ihrer **individuellen** und **kollektiven Ressourcen**.

Die individuellen Ressourcen bestehen in der Fach- und Organisationskompetenz sowie im besonderen Engagement der Aktivistinnen. Ein überwiegender Teil dieser Frauen haben einen höheren Schulabschluss bzw. Hochschulabschluss.⁹ Die Folge der Fach- und Organisationskompetenz ist, dass die Frauen qualitativ wertvolle Angebote insb. im Bildungsbereich entwickeln und dass sie sich mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft vernetzen. So können sie sich Zugang zu Finanzmitteln, Räumen und Know-how verschaffen. Aufgrund dieser Kompetenzen und ihres Engagements bringen die Frauen aus den Communities ihnen Respekt und Vertrauen entgegen. Während bereits die Eingebundenheit in das Community-Netz dazu führt, dass die Selbstorganisationen Migrantinnen besser erreichen als die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft – hier werden bereits die kollektiven Ressourcen deutlich –, tragen Respekt und Vertrauen gegenüber den Aktivistinnen dazu bei, dass die Zielgruppe die Angebote der Selbstorganisation auch wahrnimmt. Als eine weitere und wichtige kollektive Ressource hat sich die **Gruppenzugehörigkeit** erwiesen, die zur Stärkung des Selbstbewusstseins führt. Das wiederum ist Voraussetzung dafür, dass die Frauen den Schritt in die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wagen.

Ausblick – mögliche Aktionen

Es ist deutlich geworden, dass die Selbstorganisationen von Migrantinnen zur Integration der Frauen im Sinne ihrer Teilhabe an und Zugang zu mehrheitsgesellschaftlichen Ressourcen sowie ihrer Partizipation an zivilgesellschaftlichen Entwicklungsprozessen beitragen. Insofern ist die Unterstützung und Förderung der Arbeit der Selbstorganisationen von Migrantinnen durch die Mehrheitsgesellschaft eine integrations- und frauenpolitisch sinnvolle Aufgabe. Welche Form kann diese Unterstützung und Förderung annehmen?

Die Unterstützung und Förderung der Arbeit der Selbstorganisationen von Migrantinnen sollte auf die Optimierung des Selbsthilfepotentials der Migrantinnen zielen. Denn es ist auch deutlich geworden, dass sie in ihren Selbstorganisationen nicht ihre gesamten Ressourcen optimal einsetzen können, um die von ihnen gesetzten Ziele zu erreichen. Gründe dafür sind:

- Das Fehlen eigener Räume, weswegen insbesondere die wichtigen Bildungsangebote oft nicht ausgeweitet werden können,

⁹ Von der „hohen Repräsentanz“ von Akademikerinnen unter den Aktivistinnen der von ihr untersuchten Selbstorganisationen von Migrantinnen spricht auch H. Schwenken (Schwenken 2000, 146). E. Gutiérrez Rodríguez kommt in ihrer biographischen Studie zu dem Schluss, dass ein Teil der intellektuellen Migrantinnen zu Sprecherinnen und Repräsentantinnen ihrer sozialen Gruppe werden (Gutiérrez Rodríguez 1999, 77-87).

- mangelnde personelle Ressourcen, da die Arbeit überwiegend auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt wird,
- mangelnde Information über Zugangsmöglichkeiten zu Finanzierungsquellen, um z.B. professionelles Personal einzustellen,
- wie auch mangelnde Vernetzung in Interessenverbänden.

Kommunen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft können mit ihrer Förderung und Unterstützung an diesen Punkten – Information, Finanzen, Räume, Vernetzung – anknüpfen, diese vertiefen und erweitern.

In den Kommunen unterstützen in erster Linie die Ämter der Ausländerbeauftragten, der Frauenbeauftragten sowie der Ausländerbeirat die Arbeit von Selbstorganisationen sowohl ideell durch Informationen, Know-how, sowie durch Weiterqualifizierungen und finanziell durch projektgebundene Zuschüsse.

Neben der Vermittlung von Informationen über die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft können die Ausländer- und Frauenbeauftragten den Kontakt zu Fachkräften aus den jeweiligen Institutionen herstellen. Dadurch wird nicht nur das Wissen über die Institutionen vertieft sondern auch eine Vernetzung hergestellt, z.B. mit Kindertagesstätten, Schulen, Erziehungsberatungsstellen, Beratungsstellen für Frauen, etc. Ein weiterer ebenso wichtiger Effekt dieser Vernetzung ist, dass die Hemmschwellen abgebaut werden, die Migrantinnen oft daran hindern, die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft aufzusuchen und ebenso die Hemmungen, die Fachkräfte aus den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Migrantinnen empfinden. Nur so kann ein Prozess der institutionellen Öffnung eingeleitet werden.

Wie wäre es beispielsweise wenn Institutionen diesen Öffnungs- und Vernetzungsprozess dadurch intensivierten, indem sie ihre Räume für Aktivitäten der Selbstorganisationen von Migrantinnen zur Verfügung stellen würden sowohl punktuell für Einzelveranstaltungen wie auch zur kontinuierlichen Nutzung als Vereinsraum?

Auch die Kommunen können dazu beitragen, das Raumproblem der Selbstorganisationen zu mildern, indem sie beispielsweise ein „Vereinshaus“ mit Versammlungs- und Unterrichtsräumen vermieten. Als weitere Alternativlösung können sich die Selbstorganisationen aller Frauen (minderheits- und mehrheitsgesellschaftliche SOs) zusammenschließen und auf dem freien Wohnungsmarkt ein Gebäude, ein Stockwerk mieten, das sie gemeinsam als „Vereinshaus“ nutzen.

Durch die Zuschussfinanzierung für Projekte können die Selbstorganisationen qualifiziertes Fachpersonal, mindestens Honorarkräfte für die Durchführung ihrer Kurse (muttersprachlicher Unterricht, Alphabetisierung, Deutsch, Computer, etc.) einsetzen. Die Ausländer- und Frauenbeauftragten können darüber hinaus für die Aktivistinnen der Selbstorganisationen Fortbildungen anbieten, die diese dazu befähigen, die Arbeit der Selbstorganisation zu professionalisieren. Dazu gehören Fortbildungen zu Themen wie Vereinsführung, Finanzmittelbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsmanagement, etc. Insbesondere das Wissen um die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzmittelbeschaffung, die über kommunale Zuschüsse hinausgehen und Landes-, Bundes-, Stiftungs-, EU-Mittel, u.a. mit einbeziehen, ist für die Professionalisierung der Arbeit der Selbstorganisationen zentral. Daran schließt die Vernetzung mit Interessenverbänden (z.B. Paritätischer Wohlfahrtsverband) an, die notwendig ist, um sich weitere Zugänge zu zentralen Ressourcen zu verschaffen.

Fazit

Im Rahmen der demografischen Entwicklung stellen Frauen mit Migrationshintergrund einen zunehmenden Anteil an allen Lebensaltern. Migrantinnen-selbstorganisationen sind wichtige Institutionen zur Bewältigung der anstehenden Integrationsaufgaben. Ebenso wichtig ist dabei die Vernetzung mit deutschen Frauenvereinigungen. Nur durch ein gegenseitiges Aufeinander Zugehen und eine solidarische Zusammenarbeit ist die Zukunft zu meistern.

Literaturverzeichnis

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2003): *Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten.* Berlin/Bonn.

Berger, Maria / Galonska, Christian / Koopmans, Ruud (2004): *Political Integration by a Detour? Ethnic Communities and Social Capital of Migrants in Berlin.* In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg.30, H. 3, 491-507.

Diehl, Claudia/Urbahn, Julia/Esser, Hartmut (1998): *Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland.* (Hrsg.): *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.* Bonn.

Fijalkowski, Jürgen / Gillmeister, Helmut (1997): *Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins.* Berlin (*Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa*).

Gutiérrez, Rodríguez, Encarnación (1999): *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung.* Opladen.

Heckmann, Friedrich (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen.* Stuttgart.

Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.) (1997): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben.* Frankfurt/M. 1998

Interkulturelles Büro / Ausländerbeirat (Hrsg.) (2005): *Interkulturelle Wege durch Darmstadt.* Darmstadt.

Latorre, Patricia (2004) *Förderung statt Fürsorge. Ansätze, Formen und Instrumente der Stärkung der Eigenressourcen von Migrantinnen und Migranten in der Kommune.* In: *Treichler, Andreas / Cyrus, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Grundlinien – Konzepte – Handlungsfelder – Methoden.* Frankfurt/M., 292-310.

Lenz, Ilse (1996): *Grenzziehungen und Öffnungen: Zum Verhältnis von Geschlecht und Ethnizität in Zeiten der Globalisierung.* In: *Lenz, Ilse und Andrea Germer (Hrsg.): Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive.* Frankfurt, 200-228.

Paraschou, Athina (2004): *Die Selbstorganisation von Migrantinnen.* In: *Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit*, 2/2004, 118-222.

Sánchez, Otero, J.(2003): *Der Beitrag von sozialer Netzwerkbildung bei Migranteneltern zur Integration: das Beispiel der spanischen Elternvereine, Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen.*

Schlüter, Anne (1992): *Eine Universität nur für Frauen.* In: *Schlüter (Hrsg.): Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland.* Pfaffenweiler.

Schwenken, Helen (2000): *Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland.* In: *Lenz, Ilse; Mae, Michiko; Klose, Karin (Hrsg.): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen.* Opladen, 133-166.

Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (2005): *Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen.* Freiburg.

Zitzelsberger, Olga (2001): *Zur Janusköpfigkeit von Edukation. Ingenieurstudentinnen in mono- und koedukativer Bildung. Eine vergleichende Analyse an der EPF (bis 1994 École Polytechnique Féminine).* Frankfurt.

Susanne Fischer

Die Entwicklung eines geschlechtergerechten Integrationskonzeptes der Stadt Gelsenkirchen

Die Ausgangslage

Gelsenkirchen ist eine Stadt mit großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen:

Viele Haushalte sind mehrfach belastet: Die Arbeitslosigkeit ist hoch (zur Zeit ca. 22,3 % zu 13,5 % in NRW). Es gibt viele Familien, die über ein sehr niedriges Einkommen verfügen (Haushalte mit geringem Einkommen 32,6 zu 21,2 in NRW). Überdurchschnittlich viele Menschen haben ein sehr niedriges Bildungsniveau (Anteil ausländischer Schulabgänger/Innen ohne Abschluss 39,2 zu 23,6 in NRW).¹

Viele Ethnien sind in Gelsenkirchen zu Hause – die Mehrheit der zugewanderten Menschen ist türkischer Herkunft. Der Anteil von ausländischen Frauen zu Männern beträgt etwa 47 zu 53 %. Überwiegend junge, gebildete und leistungsstarke Menschen wandern auf der Suche nach qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen ab. Steuer- und mobilitätsstarke Familien ziehen in den sog.

¹ Statistik der Stadt Gelsenkirchen; Sozialraumanalyse Gelsenkirchen, Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier

„Speckgürtel“ – das heißt ins ländlichere Umland. Viele einkommensschwache und/oder ältere Menschen und Menschen mit Zuwanderungshintergrund bleiben. Etwa 13,5 Prozent der Gelsenkirchener besitzen die ausländische Staatsbürgerschaft – sehr viel mehr haben aber einen sog. „Migrationshintergrund“. In der „Sozialraumanalyse“ für Gelsenkirchen aus dem Jahr 2001² prognostiziert Prof. Dr. Karl Strohmeier bereits, dass im Jahre 2010 durchschnittlich zwei Fünftel der jungen Menschen in Gelsenkirchen einen Migrationshintergrund haben werden. Heute bereits gibt es einige Stadtteile in Gelsenkirchen, in denen der Anteil ausländischer Kinder in der Grundschule zwischen 30 und 40 % schwankt, abgesehen von einzelnen Schulen, in denen sie die überwiegende Mehrheit stellen.

Es ist aber überaus kurzichtig, die vielfältigen Probleme unserer Stadtgesellschaft der Zuwanderung *an sich*, den verschiedenen Ethnien, Religionen oder Kulturen zuzuschreiben. Vielmehr sind Ursachen wie der Strukturwandel, die Entwicklungen in den sozialen Systemen, die Globalisierung und andere politische Faktoren verantwortlich.

Ein Zitat aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung: **„Der demografische Wandel wird das Ruhrgebiet rascher und härter treffen als andere Regionen Nordrhein Westfalens. Das Ruhrgebiet ist ein Vorläufer der gesamtdeutschen Entwicklung und kann als Laboratorium des demografischen Wandels gesehen werden.“**³ Ein Blick nach Gelsenkirchen kann sich also auch für andere Kommunen lohnen.

Die zugewanderten Frauen, die Migrantinnen, sind von den sozialen Folgen dieses Wandels besonders betroffen: Frauen haben es oft schwer – gerade auch in Zeiten von Hartz IV. Frauen mit Migrationshintergrund haben es oft noch schwerer.⁴ Aber: *„Es vergiftet das Klima, von Zuwanderern immer nur als Dauerproblem zu reden.“*⁵

Das Zusammenleben von Menschen, die sich in Herkunft, Bildung, Religion und Geschlecht unterscheiden, hat sehr viele Facetten. Das weiß man hier im Ruhrgebiet seit Generationen. Die Familien Kowalski und Cervinski gehören heute genauso selbstverständlich zu Gelsenkirchen wie „Schalke“ und „Currywurst Pommes Majo“.

2 Vgl. Strohmeier

3 Aktion Demographischer Wandel, Bertelsmann Stiftung, www.aktion2050.de/wegweiser

4 Vgl. Gülpinar, Huesmann, Krell, Migration Background and Gender in Job Applications, Institut für Management an der FU Berlin

5 Barbara John, erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik, TAZ v. 12.2.2006

Dass die meisten Menschen in Gelsenkirchen trotz vieler Problemlagen ganz gut miteinander auskommen, dürfte aber nicht zuletzt an den heimischen und den zugewanderten Frauen liegen. Diese Sichtweise mag ungewohnt sein – überwiegt doch in der Öffentlichkeit ein stark männlich dominierter Blick. Die beträchtlichen integrativen Leistungen der Migrantinnen werden kaum bemerkt. Dabei gibt es viele Beispiele dafür, dass gerade Mädchen und Frauen in der Lage sind, sehr flexibel auf die Anforderungen sich verändernder Gesellschaften zu reagieren: Mehr Mädchen als Jungen mit Migrationshintergrund zum Beispiel verlassen inzwischen die Schulen mit dem Abitur. Immer mehr zugewanderte Frauen schaffen es, die traditionellen Bildungshemmnisse zu überwinden. Sie entwickeln neue integrative Lebensentwürfe und werden zu Vorbildern für die nächste Frauengeneration. „... *die Frauen sind in vielen Migrantenfamilien die eigentlichen Gewinner im Integrationsprozess. Weil sie die Bildungschancen, die ihre Mütter nie hatten, in Anspruch nehmen und mit großer Konsequenz gehen.*“⁶ Es ist in den Kommunen daher wichtig, die Frauen offensiv mit ins Boot zu holen. Ohne Frauen kann und darf Integration nicht gedacht und umgesetzt werden.

Die Erstellung eines breit akzeptierten und von vielen Beteiligten mitgetragenen kommunalen Integrationskonzeptes ist ein Baustein auf dem Weg, die Herausforderungen der sich verändernden Stadtgesellschaft in den Griff zu bekommen.

In Gelsenkirchen ist es zudem noch gelungen, einen geschlechtersensiblen Ansatz zu wählen.

Die Anfänge

Als sich die Gleichstellungsstelle vor fünf Jahren in Gelsenkirchen daran machte, das Thema „Integration“ mit der Strategie des „gender mainstreaming“ zu verknüpfen, war uns klar, dass Zähigkeit und starke Bündnispartner und –partnerinnen erforderlich sein würden. Integration, die den Indikator „Geschlechtergerechtigkeit“ einbezieht, braucht ein attraktives, klares Ziel und durchdachte Maßnahmen.

Wie in vielen anderen Städten begleitete die Gleichstellungsstelle in Gelsenkirchen die anstehende Verwaltungsreform. Der Rat der Stadt Gelsenkirchen beschrieb in diesem Zusammenhang „gender mainstreaming“ als *einen* Weg zur Erreichung des gesamtstädtischen Oberziels „Umsetzung des Verfassungsauftrages der Gleichstellung von Mann und Frau“. Der Vorstandsbereich „Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz“ verankerte daher im Jahr 2002 die

⁶ Barbara John, TAZ v. 12.2.2006

Strategie explizit im Fachbereichskontrakt. Im gleichen Zeitraum – im Jahre 2001 - beschloss der Rat der Stadt Gelsenkirchen, die Verwaltung zu beauftragen, ein gesamtstädtisches Integrationskonzept auf den Weg zu bringen. Dieses sollte unter breiter Beteiligung von Verwaltung, Politik, gesellschaftlich relevanten Organisationen, Migrantenselbstorganisationen, Gruppen und Einzelpersonen erstellt werden. Da die Arbeit mit und für Migrantinnen bereits zu den Schwerpunkten der Arbeit der Gleichstellungsstelle gehörte, entstand die Idee, an einem „Pilotprojekt“ zu erproben, wie GM in der praktischen Anwendung funktionieren könnte. Die zuständige Referatsleitung unterstützte unser Anliegen. Mit der oberen Leitungsebene im Boot konnte es – „**Top down**“ – losgehen.

Der Gleichstellungsstelle war es wichtig, von Anfang an in die Entwicklung mit einbezogen zu werden. Es sollte nicht, wie so oft, am Ende eines langen Planungs- und Konzeptionierungsprozesses „hinterher hechelnd“ die Frage gestellt werden müssen: „Und was ist mit den Frauen?“ Uns lag daran, das Thema Geschlechtergerechtigkeit aus dem Nischendasein herauszuholen. Es sollte als Querschnittsaufgabe ernst genommen werden. Und wir wollten den Blick auf Frauen als Ressourcenträgerinnen schärfen. Migrantinnen sollten nicht ständig als Problem- und Defizitträgerinnen wahrgenommen werden!

Hindernisse gab es aber genug:

1. Wir betreten Neuland – vergleichbare Ansätze in der Integrationsarbeit waren und sind uns bis heute nicht bekannt. Das bedeutete, dass wir jeden Schritt neu überlegen und erproben mussten – Vorbilder gab es nicht.
2. Gerade der Bereich interkultureller Zusammenarbeit ist traditionell eher von männlichen Sichtweisen dominiert; Frauensichten sind besonders ungewohnt.
3. Nicht nur innerhalb der Verwaltung mussten wir für den Ansatz werben. Auch die vielen ehren-, neben- und hauptamtlichen Menschen, die an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes mitarbeiten sollten, waren im Sinne von „bottom up“ zu überzeugen, zu motivieren und vielleicht sogar zu begeistern. Die Frage war auch, ob es uns gelingen würde, auch die Migrantinnen selbst zu erreichen und zu beteiligen.
4. Es gab anfangs kaum Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die Mitverantwortung für die Umsetzung des Prozesses übernahmen. Schon der Ansatz, geschlechterdifferenziert zu analysieren und zu planen war ungewohnt; Vorgehen, Inhalte und Ziele riefen manches Unverständnis und manchmal auch Misstrauen hervor.

Der Planungsprozess

Ende 2001 fand sich die sog. Steuerungsgruppe für die Entwicklung eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes zusammen. Sie setzte sich aus verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung einschließlich der Gleichstellungsstelle sowie aller drei Ratsfraktionen zusammen. Auch diesem Gremium erschien die Idee, die Strategie des GM in den Planungsprozess einzubringen, fremd und ungewohnt. Nach und nach wuchs aber das Verständnis dafür, und „Geschlechtergerechtigkeit“ wurde als eines der Leitbilder des Prozesses verankert. Dadurch war politische Verbindlichkeit hergestellt.

Das gab aber noch nicht die Garantie dafür, dass es gelingen würde, die unterschiedlichsten Menschen – vom Moscheeverein wie aus Schulen und Kirchen sowie Verwaltungsangestellte – vom Sinn eines „gegenderten“ Integrationskonzeptes zu überzeugen. Schon im Entstehungsprozess sollte auch die gleichberechtigte Beteiligung von zugewanderten Frauen wie Männern gewährleistet sein. Der direkte und indirekte Nutzen von GM musste allen Beteiligten deutlich werden. Die wichtigsten Argumente dafür waren:

Nur ein gegendertes Integrationskonzept

- sorgt für Geschlechtergerechtigkeit und damit für **Effizienz und Qualität**. Nur eine differenzierte Analyse sorgt dafür, dass Maßnahmen passgenau überlegt werden und im erwünschten Sinne wirken. **Das kann Zeit, Geld, Kraft – sprich Ressourcen – sparen.**
- entspricht den **gesamteuropäisch-politischen Qualitätsstandards** und kann damit als Pilotprojekt einer Kommune entsprechend wahrgenommen werden und Nachahmer finden. **Das verschafft einer Kommune positive Außenwirkung und Anerkennung.**
- ermöglicht eine **veränderte Wahrnehmung** von bisher stereotyp ge deuteten Männer- und Frauenrollen. Es eröffnet eine Chance, Lebensentwürfe von Migrantinnen und Migranten neu zu bewerten und zu integrieren. **Veränderte Wahrnehmung und Wertschätzung erhöhen die Chance auf Integration unter gerechteren Bedingungen.**
- erhebt die Geschlechtergerechtigkeit zur **Querschnittsaufgabe**. Eine Arbeitsgruppe „Frauen“ ist nicht notwendig, wenn Frauenbelange und Männerbelange in alle Bereiche – von Stadtplanung bis Wirtschaft – einfließen. **Die Geschlechterfrage wird vom Rand in die Mitte gerückt.**

Nur in einem gegenderten Integrationsprozess haben zugewanderte Frauen eine reelle Chance, sich nachhaltig bemerkbar zu machen, einzubringen und für gerechte Ressourcenverteilung zu sorgen.

Schritt für Schritt wurde Gender Mainstreaming ganz pragmatisch umgesetzt:

- Jedes Schreiben, jede Einladung, jede Stellungnahme wurde in **geschlechtergerechter Sprache** verfasst.
- Regelmäßig wurde und wird darauf gedrängt, alle **Daten geschlechterdifferenziert** zu erheben.
- Bei der Einladung zu Fachkonferenzen und Arbeitsgruppen wurden die Vereine, Verbände und Gruppen **gezielt angesprochen**, Frauen genauso wie Männer zu entsenden. Nicht immer gelang das im erwünschten Umfang. Dennoch war der Anteil an Frauen in den Arbeitsgruppen hoch.
- In jeder AG engagierten sich Frauen und Männer, die **Kenntnisse und Überzeugungskraft** in Sachen GM einbrachten. Dies war sehr effektiv, weil so das Thema in den vielfältigen Sitzungen nicht „verloren ging“.
- Es wurde dafür Sorge getragen, dass die Fachkonferenzen und Arbeitsgruppen **geschlechtersensibel moderiert** wurden.
- Wir entwickelten **Arbeitshilfen und eine Checkliste**⁷, die den Mitwirkenden in den Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt wurden. Diese konnten bei der Bewertung helfen, ob eine entwickelte Idee oder Handlungsempfehlung tatsächlich dem Leitbild entsprach. Gesprächsangebote waren selbstverständlich.

Ganz simple Dinge spielten manchmal eine Rolle: Wir waren beharrlich, sorgten dafür, dass meist jemand mit Genderkompetenz in wichtigen Sitzungen anwesend war; wir haben viel „verschriftlicht“ und waren einfach oft zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Fazit

Es stellte sich als mühevoll heraus, differenzierte Daten zu bekommen; es war bei den Beteiligten wenig selbstverständlich, eine gerechte Sprache zu benutzen; alte Denkmuster und Vorurteile sitzen tief.

Doch dank der arbeitsintensiven Entwicklungs- und Etablierungsphase gab es gute Erfolge:

⁷ Die Materialien sind zu bekommen über die Gleichstellungsstelle der Stadt Gelsenkirchen, Susanne.Fischer@Gelsenkirchen.de

Neben der Verankerung von Gender Mainstreaming im Leitbild wurde in allen Arbeitsgruppen das Anliegen ernst genommen, möglichst viele Männer und Frauen anzuhören und zu beteiligen.

Im Laufe des Prozesses sind zusätzlich einige **Projekte** entstanden, die zugewanderte Frauen als Handelnde und Ressourcenverantwortliche in den Blick nehmen.⁸

Sehr wichtig war und ist eine **Unterstützung der obersten Verwaltungsebene und der Politik.**

Wichtig war ebenfalls, dass ein tragfähiges **Gelsenkirchener Netzwerk** von diversen Einzelfrauen und Frauenorganisationen, wie der Kommunalstelle Frau und Wirtschaft, dem Frauenreferat des evangelischen Kirchenkreises u.v.a. entstand (oder bestand?). Dieses hat zusammen mit den Männern und Frauen in den Arbeitsgruppen die Idee wertschätzend mitgetragen.

Und sehr hilfreich war, dass die Stadt Gelsenkirchen für einige Zeit zwei Kolleginnen über das Förderprogramm KOMM-IN NRW einstellen konnte, die mit dafür sorgten, dass konkrete Maßnahmen des Integrationskonzeptes umgesetzt wurden und **Indikatoren und Instrumentarien** dafür entwickelt werden konnten, die Erfolge und Misserfolge messbar zu zeigen.

Unser ganz besonderer Respekt gilt allerdings den Frauen mit Zuwanderungshintergrund und -erfahrung. Sie bleiben oft im Hintergrund, sind aber eine unverzichtbare treibende Kraft. Von ihnen haben wir viel lernen können. Ich wünschte sie mir viel häufiger in Schlüsselpositionen der Verwaltung und Politik. Unser Anliegen ist es, sie zu ermutigen, sich gesellschaftlich und politisch stärker als bisher zu qualifizieren und zu engagieren.⁹

Für die Zukunft gilt, dass wir es auch unter schwierigen Bedingungen nicht zulassen, dass die Gräben zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, Weltanschauung und Herkunft tiefer werden – ein intensiver Dialog ist notwendig. Auch dafür steht das „gegenderte“ Integrationskonzept der Stadt Gelsenkirchen.

8 Weitere Informationen: Susanne.Fischer@Gelsenkirchen.de bzw. info@quirrenbach.net

9 Aktuelle Qualifizierungsmaßnahme für Migrantinnen: „Organisationsfachfrau Gender & Diversity-Management“, Informationen: Claudia Quirrenbach, info@quirrenbach.net

Kontakt

Stadt Gelsenkirchen

Frauenbüro

Susanne Fischer

Bochumer Straße 12-16

45879 Gelsenkirchen

Fon 0209.169/2747

susanne.fischer@gelsenkirchen.de

Claudia Quirrenbach

Integrationskonzept Gelsenkirchen

Daten und Projekte

Das Konzept wurde unter Beteiligung aller relevanten Interessensgruppen, insbesondere der Gelsenkirchener Migrantenselbstorganisationen, in mehrjähriger Arbeit entwickelt. Insgesamt haben 130 Personen mitgearbeitet, die 56 Organisationen repräsentieren. Das Integrationskonzept umfasst 186 Handlungsempfehlungen mit über 100 zusätzlichen Unterpunkten. Integriert ist ein gesonder-tes Konzept zur gezielten Förderung für den Bereich der Elementar- und Primärerziehung.¹

Die vom Integrationskonzept angeregten Handlungsempfehlungen beziehen sich vor allem auf vier **zentrale Handlungsfelder** von Integrationsmaßnahmen:

- Sprachfördermaßnahmen für alle Altersgruppen
- Schaffung von Möglichkeiten zum Dialog
- Aktivierung der Selbsthilfepotentiale von Migrantinnen und Migranten
- Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachdienststellen

¹ Weitere Infos zum Integrationskonzept unter: www.gelsenkirchen.de Rubrik: Rat und Hilfe
Dokumente und Materialien / Soziales / Migration

Im Integrationskonzept sind auch gleich geeignete Instrumente zur Umsetzung benannt:

- die **Integrationskonferenz** als Netzwerk der Akteurinnen und Akteure vor Ort
- die **Steuerungsgruppe**, die den Gesamtprozess der Umsetzung organisiert
- die **Arbeitsgruppen**, die zur Umsetzung Aktivitäten initiieren
- der **Integrationsbericht**, in dem regelmäßig der Prozess evaluiert und weitere Maßnahmen angeregt werden

Der Gelsenkirchener Weg: Bei der Umsetzung der Handlungsempfehlung spielt eine gewachsene Vernetzung der Gelsenkirchener Migrantenselbstorganisationen mit den entsprechenden Dienststellen der Kommunalverwaltung sowie den Kirchen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege eine tragende Rolle.

Beispiele für Projekte mit Focus auf Gender Mainstreaming:

„Frauen gehen los“, ab 2005 „Frauen brauchen Vorbilder“

Dieses Projekt läuft – immer weiterentwickelt – bereits im 4. Jahr. Träger ist hier das Frauenreferat des evangelischen Kirchenkreises Gelsenkirchen/Wattenscheid in Kooperation u.a. mit der Kommunalstelle Frau und Wirtschaft und der städtischen Gleichstellungsstelle. Gefördert wird das Projekt mit LOS-Mitteln.² Zielgruppe sind arbeitslose Frauen mit Migrationshintergrund und geringer beruflicher Qualifizierung.

1. Phase (2003-2004): In den Projekt-Stadtteilen wurden Frauen mit Migrationshintergrund zu ihren Wünschen, Bedürfnissen und Ideen für ihr Quartier befragt.
2. Phase (2004-2005): Niederschwellige Informationsveranstaltungen zu Fragen von schulischer und beruflicher Qualifizierung fanden statt.
3. Phase (2005-2006):Erfolgreich integrierte Migrantinnen stellten ihren Werdegang vor und gaben Informationen zu Qualifizierungsmöglichkeiten. Flankierend fanden Exkursionen und ein Bewerbungstraining statt. Für die erfolgreiche regelmäßige Teilnahme erhielten die Frauen ein Zertifikat.

2 LOS ist die Abkürzung für das Bundesmodellprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“. Mit Fördermitteln der EU werden kleine lokale Initiativen gefördert, mit dem Ziel, die Nutzung der örtlichen und regionalen Beschäftigungspotentiale zu verbessern. Es ist ein wesentliches Ziel von LOS, besonders benachteiligten Personen vor allem durch die Erschließung lokaler Ressourcen die Möglichkeit zur Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben zu geben. (Siehe auch www.los-online.de).

Eine Broschüre, die sämtliche LOS-Projekte in Gelsenkirchen im jährlichen Rhythmus dokumentiert, kann angefordert werden beim: Jugendamt der Stadt Gelsenkirchen, z. H. Frau Heike Liebert, Kurt-Schumacher-Str. 4, 45875 Gelsenkirchen

4. Phase (2006-2007): Die bewährten Elemente des vorigen Projekts werden verknüpft mit dem Angebot, jeder regelmäßigen Teilnehmerin der Qualifizierung einen Praktikumsplatz oder eine andere weitergehende Qualifizierung/Beschäftigung zu vermitteln.

Qualifizierungsmaßnahme „Organisationsfachfrau Gender- & Diversity-Management“

Aus einem weiteren Kooperationsprojekt (s.o.) unter der Trägerschaft des Frauenreferats des Evangelischen Kirchenkreises Gelsenkirchen/Wattenscheid hat sich eine geförderte Vollzeitqualifizierung für 18 Migrantinnen entwickelt. Ab November 2006 werden erwerbslose Frauen mit Migrationshintergrund und einer guten beruflichen Vorbildung bzw. einem Studium zur Organisationsfachfrau „Gender- & Diversity-Management“ qualifiziert. Diese Maßnahme, die mit vielen Kooperationspartnerinnen und -partnern der Region stattfindet, ist bisher einzigartig im Einzugsbereich.

Genauere Informationen: www.kirchegelsenkirchen.de/diversity

LOS-Projekte von Migrantenselbstorganisationen

Fünf Gelsenkirchener Migrantenselbstorganisationen haben ebenfalls Projekte im Rahmen der LOS-Förderung durchgeführt mit fachlicher Unterstützung durch das Team Interkulturelle Koordination des Referats Soziales der Stadt Gelsenkirchen. Die Besonderheit: Es waren ausschließlich Frauen (insgesamt sechs) mit der Projektorganisation betraut, davon fünf mit Migrationshintergrund.

Zielgruppe der Projekte: Migranten mit besonderen Problemlagen (Behinderte, Jugendliche beim Übergang von Schule zu Beruf, Bewohner eines sozialen Brennpunkts). Genauere Informationen: www.los-in-ge.de

Das Projekt **MiMi „Mit Migranten für Migranten“** ist im Frühjahr 2006 in Gelsenkirchen gestartet. Projektpartner vor Ort sind das Referat Gesundheit und das Referat Soziales der Stadt Gelsenkirchen. Das Projekt wird durchgeführt in Kooperation mit dem Ethnomedizinischen Zentrum Hannover e.V. im Auftrag des BKK-Bundesverbandes. In der ersten Jahreshälfte wurde gut integrierte Migrantinnen und Migranten zu muttersprachlichen Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren geschult. Jetzt starten 29 Personen (davon 24 Frauen !) mit der Durchführung von niederschweligen muttersprachlichen Informationsveranstaltungen.

Im Mittelpunkt stehen aktive Gesundheitsvorsorge und gesunde Lebensweise. Sozial benachteiligte Migrant/innen werden von ihren eigenen Landsleuten in der jeweiligen Muttersprache informiert und angeleitet. Genauere Informationen: www.bkk-promig.de

Erkenntnisse aus den Projekten:

- Es gibt einen großen Bedarf an gut qualifizierten Migrantinnen mit interkultureller Kompetenz.
- Es gibt ein großes Interesse an beruflicher Qualifizierung unter den Migrantinnen – auch bei Frauen aus bildungsfernen Schichten.
- Der persönliche Kontakt vor Ort ist der entscheidende Faktor für die Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Qualifizierungen. Es gibt erhebliche ungenutzte Selbsthilfepotenziale unter Migrantinnen.
- Die Zusammenarbeit mit und Förderung von Migrantenselbstorganisationen vor Ort ist der effektivste Weg, diese Potenziale zu nutzen.
- Entscheidend für den Erfolg ist der Aufbau von dauerhaften Netzwerken und langfristigen vertrauensvollen Beziehungen. Das erfordert Zeit und Geduld.

Kontakt

Projekt- und Personalentwicklung

Claudia Quirrenbach

Ruhrstraße 15

45879 Gelsenkirchen

Fon 0209/1488091

info@quirrenbach.net

Erika Theißen

Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V., Köln

Von einer Selbsthilfeinitiative zu einer zentralen Anlaufstelle für Migrantinnen

Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF e.V.) wurde im Jahre 1996 als Selbsthilfeprojekt muslimischer Frauen in multikultureller Zusammensetzung gegründet.

Das Ziel war es, Räume zu schaffen, in denen sich die Frauen auch mit ihren Kindern treffen und austauschen konnten. Sie wollten sich aber auch gegenseitig unterstützen, beraten und bilden – unter Berücksichtigung der besonderen Lebensumstände als muslimische Frau, Migrantin und Mutter. Diese Empowerment-Initiative führte dazu, dass sich immer mehr Frauen von der Idee und der Institution angesprochen fühlten.

Die Initiative arbeitete in den ersten Jahren überwiegend ehrenamtlich und die Frauen finanzierten die Räume selbst, indem jedes Mitglied einen monatlichen Beitrag leistete. Durch regelmäßige Kuchen- und Essenspenden konnte ein Cafebetrieb aufgebaut werden. Zusätzlich sorgten Basare für Einnahmen, um die Unkosten für die Räumlichkeiten zu decken.

Migrantinnen der verschiedensten Herkunftsnationalitäten und deutsche Frauen waren von Anfang an gemeinsam am Aufbau der Einrichtung beteiligt, da sie sich durch die islamische Religion verbunden fühlten. Die deutschen Frauen brachten ihr gesellschaftliches „know how“ ein und beantragten die für soziale Einrichtungen in Deutschland notwendigen Anerkennungen um öffentliche Fördergelder zu erhalten und die Migrantinnen öffneten die Türen zu den verschiedenen Migrantengruppen.

Das Angebot des Zentrums wurde entsprechend der Bedürfnislage ständig erweitert und es bildeten sich die Schwerpunkte der Arbeit **„Begegnung, Betreuung, Beratung und Bildung“** heraus, die im Laufe der Zeit ausgebaut und professionalisiert wurden. So hat sich das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. seit seiner Gründung bis heute von einer kleinen Selbsthilfeeinrichtung zu einer bedeutenden sozialen Anlaufstelle und Bildungsinstitution mit Modellcharakter entwickelt. Es ist eine Einrichtung entstanden, die neue Wege in der Migrationsarbeit beschreitet, die Selbsthilfe und professionelle Arbeit verbindet und deshalb eine breite Akzeptanz genießt.

Die Angebote

Bildung

Das Bildungsangebot mit jährlich ca. 10.000 Unterrichtsstunden umfasst ein breites Spektrum im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung, wobei neben den Schulabschlusskursen vor allem die Deutschkurse ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit sind.

Im Bereich der Förderung der deutschen Sprache rückte vor allem die Zielgruppe der Mütter in den Vordergrund. Auch der Bedarf an unterstützenden pädagogischen Seminaren für Eltern mit Migrationshintergrund wurde zunehmend deutlich, weshalb der Verein heute gezielt Seminare für Eltern in den eigenen Räumen oder in denen von Migrant*innenorganisationen und Moscheegemeinden anbietet.

Neben der Bildung der MigrantInnen ist es dem BFmF e.V. ein Anliegen, durch Bildung zur interkulturellen Öffnung der Mehrheitsgesellschaft beizutragen.

Multiplikatoren aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft wenden sich an die Einrichtung und erfragen Fortbildungsseminare zum Bereich Islam und Leben der muslimischen Bevölkerung. Die MultiplikatorInnen erhalten so die Möglichkeit, ihre Fragen und Vorbehalte in Seminaren, Begegnungen und in Gesprächen zu klären.

In den letzten Jahren nahmen über 1200 Personen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen dieses Angebot wahr.

Beratung

Von Anfang an nahm die Beratung einen großen Teil der Arbeit ein, Frauen kamen und suchten Hilfe. Auch dieser Bereich wurde zielgruppengerecht ausgebaut. Über seine Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband konnte der Verein einen professionellen Migrationsfachdienst und eine anerkannte Migrations-Erstberatungsstelle einrichten.

Dabei erstrecken sich die Hilfesuche über alle Lebensbereiche. Neben Familien- und Erziehungsberatung kristallisiert sich die Schulder/innenberatung zu einem Schwerpunktthema. In Unkenntnis der Strukturen geraten immer mehr Familien mit Migrationshintergrund in die Schuldenfallen. Zur Zeit fehlt dem Verein die personelle Ausstattung um adäquat auf diese Problemlagen eingehen zu können. Für die Beratungen fehlt es grundsätzlich noch an muttersprachlichen Beraterinnen, die die familiären und soziokulturellen Zusammenhänge kennen.

Betreuung

Heute verfügt die Einrichtung über einen 300 qm großen, gut ausgestatteten Kinderbereich, in dem z.B. vormittags bis zu 50 Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren betreut werden, während ihre Mütter an einem Deutsch – Integrationskurs teilnehmen.

Der Kinderbereich ist während der gesamten Öffnungszeit von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet. Das Betreuungsangebot richtet sich an Kursteilnehmerinnen, aber auch an Mitarbeiterinnen und Besucherinnen. Die Frauen haben z.B. auch die Möglichkeit, für einen Arztbesuch oder einen ungestörten Einkaufsbummel ihre Kinder im Kinderbereich betreuen zu lassen. Auch die Kinder der Mütter, die sich im Begegnungscafé mit Freundinnen treffen, können jederzeit im Spielraum betreut werden.

Als Träger der freien Jugendhilfe bietet der BfMf e.V. Kindern im Grundschulalter und Mädchen im Alter von 10 bis 16 Jahren Übermittagsbetreuung an. Die Kinder kommen nach der Schule in die Einrichtung und können ein frisch gekochtes Mittagessen zu sich nehmen. Am Nachmittag finden Hausaufgabenhilfe, Einzelförderung und Freizeitangebote statt. Aus der Arbeit mit den Kindern wird ein dringlicher Bedarf an intensiverer sprachlicher Förderung deutlich, der zum jetzigen Zeitpunkt vom Verein nur unzureichend gedeckt werden kann. Erkennbar ist eine

starke Motivation auf Seiten der Migranteltern, ihre Kinder im Bereich der deutschen Sprache zu fördern. Mütter werden durch den eigenen Spracherwerb sensibilisiert und wünschen sich parallele Angebote zu ihren Kursen.

Begegnung

Das Begegnungscafé ist Treffpunkt verschiedener Kulturen und Generationen. Die Einrichtung wird von Frauen der verschiedensten Herkunftsländer besucht. So treffen sich dort afrikanische, arabische, türkische, vietnamesische, indische, iranische, u.a. und deutsche Frauen zum Tee, Mittagessen oder Nachmittagskaffee. Die verbindende Sprache ist deutsch und durch den gemeinsamen Kursbesuch oder die Kinder kommt man leicht ins Gespräch. Auch ältere Frauen (häufig auch deutsche) besuchen die Einrichtung. Als ältere Konvertierte suchen sie Kontakt zu Musliminnen, sie möchten im Ruhestand sozial aktiv werden und Migrantinnen beim Spracherwerb unterstützen oder sie suchen Kontakt. Da auch die Kinder und Jugendlichen der Übermittagsbetreuung im Café zu Mittag essen, treffen sich im Café täglich mehrere Generationen.

Auch im Bereich der Begegnung und des Dialogs zwischen den Religionen ist der BFmF e.V. aktiv. So besteht eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsträgern der evangelischen und katholischen Kirche und es finden verschiedene gemeinsame Begegnungsveranstaltungen in der Einrichtung und außerhalb statt.

Gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit

Emanzipatorische Vorbildfunktion für Migrantinnen:

Dem Verein ist es gelungen, fast 40 Arbeitsplätze für Frauen überwiegend mit Migrationshintergrund zu schaffen. Besucherinnen und Teilnehmerinnen erleben in der Einrichtung erfolgreich integrierte und qualifizierte „Migrantinnen“ als Vorbild, was sie u.a. in ihrem Bildungswillen und in ihren emanzipatorischen Bestrebungen bestärkt.

Brückenfunktion zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft:

Das Vertrauen der Zielgruppe in unsere Einrichtung ist dank der Mitarbeiterinnenstruktur, des zielgruppenspezifischen Angebots und der hierauf ausgerichteten Infrastruktur der Einrichtung stetig gewachsen, so dass die Angebote rege angenommen werden.

Das BFmF e.V. übernimmt durch die Akzeptanz in beide Richtungen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und Muslimen.

Durch die Mitarbeit in einer Vielzahl von Arbeitskreisen und Gremien sowie durch Gespräche, Kontakte und Seminare leistet das Zentrum einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und zum friedlichen Miteinander in unserer pluralistischen und multireligiösen deutschen Gesellschaft.

Politische Vertretung und Sprachrohr muslimischer Migrantinnen

Zunehmend werden der BFmF e.V. und seine Mitarbeiterinnen von politischer und gesellschaftlicher Seite als Vertreter muslimischer Migrantinnen gesehen und eingeladen (z.B. bei politischen Veranstaltungen und Konferenzen, Einladungen zum NRW-Landtag, Einladungen zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten, im Rahmen von Arbeitsgruppen der Integrationskonferenz u.a.).

Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Sozial- und Bildungsarbeit

In Fachkreisen gilt der BFmF e.V. als landespolitisch bedeutende und wegweisende Institution in der sozialen Arbeit mit muslimischen Familien, in der grundlegende innovative Ansätze für die Integration der Muslime entwickelt und umgesetzt werden. Als bekennende Musliminnen, die kompetent sowohl die Wert- und Normensysteme der mehrheitsgesellschaftlichen als auch der muslimischen Gemeinschaften kennen und emphatisch reflektieren können, bringt sich das Team des BFmF e.V. in diese Gesellschaft ein.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.

Erika Theißen

Liebigstraße 120 b

50823 Köln

kontakt@bfmf-koeln.de

Kreis Mettmann

ProMMi – Pro(jekt) Mädchen mit Migrationshintergrund in Ausbildung!

Die Ausbildungslage junger Menschen mit Migrationshintergrund hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert – Einmündungen in betriebliche Ausbildung sind im Vergleich zu den letzten Jahren rückläufig bzw. stagnierend.¹ Vor allem die geringe Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Mädchen und Frauen ist mit einem Anteil von 41% besorgniserregend². Ein Projekt für Mädchen mit Migrationshintergrund ist sowohl aufgrund integrationspolitischer Ziele der gleichberechtigten Teilhabe von Jugendlichen ausländischer Herkunft als auch insbesondere unter dem Gender-Aspekt des gleichberechtigten Zugangs von Mädchen und jungen Frauen zum Ausbildungsmarkt notwendig und sinnvoll. 42,5%³ der 20 bis 29-jährigen jungen Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bleiben trotz besserer Schulabschlüsse ohne Berufsabschluss. Gründe hierfür sind fehlende Kenntnisse über berufliche Eingliederungsmöglichkeiten, das Einstellungsverhalten von Betrieben und die fehlende Einbindung in soziale Netzwerke. Interkulturelle Kompetenzen werden weiterhin zu wenig als Potentiale genutzt.

1 Daten, soweit nicht anders ausgewiesen, aus: Newsletter Datendienst März 2005, DGB Bildungswerk Düsseldorf

2 Ausländische männl. Jugendliche 59%, deutsche Jugendliche 70% (Zahlen BIBB, 2000)

3 Daten aus Newsletter Datendienst März 2005, DGB Bildungswerk Düsseldorf

Der Schwerpunkt des Projektes **ProMMi** liegt in der Unterstützung der Berufswahlorientierung und der beruflichen Integration von Mädchen mit Migrationshintergrund und islamischer Religionszugehörigkeit der Klassen 8 an ausgewählten Hauptschulen im Kreis Mettmann. Die E.D.B. Bildungsgesellschaft für erfolgreiche Berufe GmbH führt dieses Projekt im Auftrag des Kreises Mettmann durch – die geplante Laufzeit beträgt zwei Jahre vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2007. Die Finanzierung des Projekts, vorerst bis zum 31.12.2006, erfolgt im Rahmen des Ausbildungskonsens NRW durch Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie durch Mittel des Kreises Mettmann.

Projektkurzbericht:

Teilnehmende Mädchen

In Zusammenarbeit mit sieben Hauptschulen des Kreises Mettmann wurden für das Projekt 63 Interessentinnen mit Migrationshintergrund aus den 8. Klassen erfasst. Es folgten bis zu drei Auswahlgesprächen mit allen Mädchen, um den Bedarf und die persönliche (Förder)Situation zu ermitteln. Berücksichtigung fanden dabei die persönliche und schulische Situation sowie die familiären Ressourcen. Vierzig Bewerberinnen konnten nachfolgend als Teilnehmerinnen berücksichtigt werden. Für die anderen Interessentinnen wurden telefonische Beratungsgespräche organisiert.

Für die Teilnehmerinnen des Projektes begann nun die Phase der intensiven persönlichen Begleitung. Beratungsgespräche, gemeinsame Besuche des Berufsinformationszentrums der Arbeitsagentur gehören ebenso zum Programm wie die Suche nach einem geeigneten Praktikum oder die Erstellung von Bewerbungsunterlagen. Zur Dokumentation der individuellen Berufswegplanung kommt das Instrument des Berufswahlpasses zum Einsatz. Dabei handelt es sich um ein strukturiertes Verfahren der Beschreibung von berufsbezogenen Informationen und Nachweisen.

Projektbeispiel: Anhand dieses Projektansatzes wurde eine Projektteilnehmerin, die ihre Pflichtschuljahre beendet hatte, in ein Werkstattjahr vermittelt; eine weitere Teilnehmerin hat ein freiwilliges Praktikum in einem Altenheim absolviert und sich beruflich vorab für diesen Zweig entschieden.

Die individuelle Beratung wird durch Gruppenangebote ergänzt. Im September 2006 fanden qualifizierende Workshops für die Teilnehmerinnen zu dem Thema „Kommunikation in Beruf & Alltag“ statt.

Schulen und Lehrer/innen

Gemeinsam mit Vertreter/innen aller teilnehmenden Schulen, dem Schulrat des Kreises und einem Mitarbeiter des Landesamtes für Qualifizierung wurde der Berufswahlpass als strukturiertes Medium der schulischen Berufsvorbereitung intensiv besprochen und dessen generelle Einführung in den Klassen 8 der teilnehmenden Schulen angeregt.

Projektbeispiel: Die Kooperationshauptschule Monheim hat die allgemeine Einführung des Berufswahlpasses beschlossen; weitere Kooperationshauptschulen befinden sich im Entscheidungsprozess.

Die Kooperationslehrer/innen der teilnehmenden Hauptschulen erhalten fortlaufend Rückmeldungen über den aktuellen Projektstand sowie Transparenz über weitere Projektplanungen.

Im Projektverlauf ist für 2007 eine Fortbildung der kooperierenden interessierten Lehrer/innen zum Thema ‚Islam in der Schule/im Unterricht‘ in Kooperation mit der RAA Düsseldorf geplant.

Elternarbeit

In allen Fällen werden die Eltern in den Beratungsprozess einbezogen. Sie erhalten Informationen über berufliche Ausbildungsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten für ihre Töchter. Auch die Bedeutung ihrer Unterstützung bei der beruflichen Eingliederung ihrer Kinder wird dabei thematisiert, da viele Eltern aufgrund der oftmals ethnisch homogenen Umgebung oder aufgrund geringer sprachlicher Kenntnisse über wenige Informationen verfügen. In diesem Kontext ist eine stärkere Anleitung für die Eltern geplant, u.a. in Form spezieller Informationsveranstaltungen

Kooperationen mit Trägern und regionalen Akteuren

Durch passgenaue, mit regionalen Trägern entwickelte Angebote zur Freizeitgestaltung werden die teilnehmenden Mädchen zusätzlich angesprochen und erste Projekte konnten bereits umgesetzt werden.

Projektbeispiel: Mit verschiedenen Kooperationspartnern werden Computerkurse für die Mädchen angeboten; in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund wird in Velbert seit Juni 2006 ein Deutschkurs für Mädchen mit Sprachbarrieren angeboten; die AWO in Haan plant die Einrichtung einer speziellen Hausaufgaben- und Nachhilfegruppe.

Internetpräsenz

Anhand der für **ProMMi** erstellten Internetseite www.prommi.info können projektbezogene Informationen sowohl von den Mädchen als auch von Lehrerinnen und Lehrern, von regionalen Trägern und Kooperationspartnern abgerufen werden. Diese Internetpräsenz wird kontinuierlich gepflegt und ausgebaut, so dass sie nachhaltig als Plattform für die Mädchen, die Patinnen und alle weiteren Interessierten genutzt werden kann.

Patinnennetzwerk

Alle am Projekt teilnehmenden Mädchen erhalten, je nach Interesse und Bedarf, die Möglichkeit, eine persönliche „Patin“ vermittelt zu bekommen. Als Patin eignen sich insbesondere junge Frauen mit eigenem Migrationshintergrund, denen eine berufliche Integration erfolgreich gelungen ist und die ihre Erfahrungen gerne durch diese ehrenamtliche Betreuungstätigkeit weitergeben wollen. Sie begleiten die Berufswahlorientierung der Mädchen und wirken oft bereits durch ihre Vorbildfunktion unterstützend. Gemeinsame Freizeitaktivitäten ermöglichen den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses über einen längeren Zeitraum hinweg und unterstützen so auch die Beratungsziele der Projektmitarbeiterin.

Die Interessentinnen werden in einem ersten Schritt im Rahmen einer Qualifizierungsveranstaltung auf ihre Aufgaben als Patinnen vorbereitet. Auch im weiteren Projektverlauf findet regelmäßig ein Erfahrungsaustausch aller Patinnen statt sowie eine kontinuierliche Begleitung bei unerwartet auftretenden größeren Problemen.

Die enge Kooperation mit dem **Institut „Unternehmen & Schule (UnS)“** erleichterte die Suche nach geeigneten Patinnen, denn durch die vorhandenen guten Firmkontakte konnten Frauen mit Migrationshintergrund direkt an ihrem Arbeitsplatz informiert und geworben werden. Darüber hinaus wurden sowohl die gewählten kommunalen Migrantenvvertretungen über das Projekt informiert als auch innerhalb der regionalen Migrantenselbstorganisationen um Patinnen geworben.

Das Gesamtkonzept „Patinnennetzwerk“ wird in einem überregionalen Netzwerk von Trägern mit Erfahrungen im Aufbau von Patinnenprogrammen kontinuierlich verfeinert und konkretisiert. (Initiator: Bischöfliches Generalvikariat Münster, Referat Kirche und Arbeitswelt)

Weitere Projektplanungen 2007

Insgesamt betrachtet wurde innerhalb des ersten Projektjahres **ProMMi** der notwendige intensive Betreuungskontakt zu den Mädchen aufgebaut und in Kooperation mit den Schulen eine wesentliche Grundlage für die gezielte berufliche Eingliederung geschaffen. Im weiteren Projektverlauf haben freiwillige Praktika und das Training von berufsrelevanten Fähigkeiten einen besonderen Stellenwert. Da sich die Berufsorientierung der Mädchen in der 9. Klasse konkretisiert, ist eine Fortführung der Projektbegleitung für die berufliche Eingliederung der Mädchen entscheidend.

Die in das Projekt einbezogenen Eltern werden weiterhin von einer Beratung hinsichtlich ihrer Unterstützungsfunktion profitieren. Das Patinnennetzwerk wird ausgebaut ; die Vertiefung der Patinnenbeziehungen ist ein weiteres wichtiges Ziel des 2. Projektjahres. Auch eine Vertiefung der Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen hinsichtlich ihrer Multiplikatorenfunktion bei der Ausbildungsintegration von Mädchen mit Migrationshintergrund ist geplant.

Das Projekt **ProMMi** hat aufgrund der bisherigen Projektergebnisse viel positive Resonanz im Kreis Mettmann erhalten. Weitere kreisansässige Schulen haben bereits Interesse am Projektverlauf bekundet. Die Erfahrungen und Ergebnisse des Projektes werden allen interessierten Fachleuten und Laien zum Ende der Projektlaufzeit auf der Homepage des Projektes unter www.prommi.info bzw. auf Nachfrage bei den Projektansprechpartnerinnen zur Verfügung gestellt.

Kontakt

Kreis Mettmann - Kreissozialamt

Sachgebiet Integration

Claudia Haider

Düsseldorfer Straße 47

40822 Mettmann

Fon 02104/99 .2175

claudia.haider@kreis-mettmann.de

E.D.B. Bildungsgesellschaft für erfolgreiche Berufe GmbH

Frau Cakal-Rasch und Frau Aslan

Eberfelder Straße 77 - 81

40822 Mettmann

Fon 02104/138 551

s.aslan@edb-neviges.de

Homepage: www.prommi.info

Vorstellung des Integrationsbeirates des Landes Nordrhein-Westfalen

Der nordrhein-westfälische Integrationsbeirat ist im Dezember 2006 in Düsseldorf zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen gekommen. Der Beirat ist Bestandteil des Aktionsplans Integration, den die Landesregierung im Sommer verabschiedet hat. Der Beirat wird unter der Leitung von Integrationsminister Armin Laschet arbeiten. Seine Aufgabe ist es, die Landesregierung in allen Fragen der Integrationspolitik zu beraten, zu unterstützen und kritisch zu begleiten. Minister Laschet sagte: „Ziel des Beirates ist es, einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Integrationspolitik herbeizuführen und unter Beteiligung der Zugewanderten neue und weiter führende Vorschläge für die Politik zu entwickeln“.

Mitglieder im Beirat für Integration sind neben Wissenschaftlern aus der Wirtschaft auch Persönlichkeiten aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ebenso vertreten, wie Einheimische.

Mitglieder des Beirats für Integration:

Bekir Alboga

Theologe, Islamwissenschaftler

Bülent Arslan

Leiter des Instituts für interkulturelle Management- und Politikberatung

Seyran Ates

Rechtsanwältin

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Professor für Neueste Geschichte, Universität Osnabrück

Güner Balci

Journalistin

Karin Beier

Intendantin des Kölner Schauspielhauses (ab 2007)

Priv.-Doz. Dr. Heiner Bielefeldt

Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu

Professorin für Interkulturelle Bildung, Universität Bremen

Barbara John

Koordinatorin für Sprachförderung bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin

Wladimir Kaminer

Schriftsteller und Kolumnist

Tayfun Keltok

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen

Prof. Recep Keskin

Unternehmer

Thomas Kufen

Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Abraham Lehrer

Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Dr. Heinrich Neugebauer

Vorsitzender der Vereinigung zur Integration der russland-deutschen Aussiedler

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer

Emeritus Universität Freiburg, Vorstandsvorsitzender des „Rates für Migration“

Cem Özdemir

Mitglied des Europäischen Parlaments

Fritz Pleitgen

Intendant des Westdeutschen Rundfunks,
Vorsitzender des Kuratoriums der Civis Medienstiftung

Alexander Rahr

Programmdirektor des Körber-Zentrums für Russland/GUS, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Kemal Sahin

Präsident der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer

Adolf Sauerland

Oberbürgermeister der Stadt Duisburg

Prof. Dr. Faruk Sen

Direktor des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) in Essen

Asli Sevindim

Moderatorin der Aktuellen Stunde beim Westdeutschen Rundfunk

Joachim Stamp

Referent bei der Theodor-Hess-Akademie

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Bundestagspräsidentin a.D.

Vorsitzende der EU Hoehrangigen Beratergruppe (High Level Group) für Integration von benachteiligten ethnischen Minderheiten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt

Prof. Dr. Bassam Tibi

Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen, Universität Göttingen

Links

www.integration.nrw.de
www.integrationsbeauftragter.nrw.de
www.integrationsbeauftragte.de
www.migration-info.de
www.laga-nrw.de
www.nrw-kulturen.de
www.kausa.de
www.proqua.de
www.bamf.de
www.idaev.de
www.raa.de
www.retra.de
www.isoplan.de
www.efms.de
www.focus-migration.de
www.bertelsmann-stiftung.de/integration
www.zuwanderer-in-der-stadt.de
www.migration-boell.de
www.stadt-troisdorf.de
www.via-bund.de
www.zid-projekt.de
www.mso-online.de
www.bkk-promig.de
www.prommi.info
www.edb.de

Anhang

Autorinnen und Autoren

www.frauennrw.de – Das Internet-Portal für Frauen in NRW

Impressum

Autorinnen und Autoren

Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.

Jahrgang 1956, ein Sohn. Studium der Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Mannheim, Graduiertenstudium in Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Universität Wisconsin. 1989 Promotion an der Harvard University in Cambridge, USA. Von 1988 bis 1991 wissenschaftliche Angestellte am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, danach Gastwissenschaftlerin an der Harvard Business School in Cambridge (USA). Seit 1992 Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (derzeit beurlaubt). Habilitation 1993 an der Freien Universität Berlin. Seit Februar 2003 Leiterin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Fellow am Center for the Advanced Study in the Behavioral Sciences der Universität Stanford (1996-1997) sowie Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (1999-2002). 2004 als ordentliches Mitglied in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften berufen, 2005 in den Hochschulrat der TU Darmstadt. Seit 2006 Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats. Arbeitsgebiete: Soziologie des Arbeitsmarktes, Bildungssoziologie, Soziale Ungleichheit, Sozialpolitik, Organisationen, Lebensverläufe.

Kontakt: Jutta.Allmendinger@iab.de

Dr. Diana Auth

geb. 1970; Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft und stellvertretende Leiterin der Arbeitsstelle Gender Studies der Justus-Liebig-Universität Gießen; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Deutschen Literatur an der Universität Marburg (1990-1997); Doktorandin im Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ an der Universität Göttingen (1997-2000); Promotion zum Thema: „Wandel im Schnecken-tempo. Arbeitszeitpolitik und Geschlechtergleichheit im deutschen Wohlfahrtsstaat“; Studienrätin im Hochschuldienst an der Universität Gießen (2001-2003). Arbeitsschwerpunkte: demografischer Wandel und Geschlechterverhältnis, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Wandel der Arbeitsgesellschaft, Arbeitszeitforschung sowie Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik. Neueste Veröffentlichung: Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demografischer Steuerung, Opladen: Budrich mit Barbara Holland-Cunz (erscheint im Januar 2007). Kontakt: Diana.Auth@sowi.uni-giessen.de, www.diana-auth.de

Prof. Dr. Christine Bauhardt

geb. 1962, seit 2005 Leiterin des Fachgebiets „Gender und Globalisierung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Studium von Politikwissenschaft, Romanistik und Pädagogik in Freiburg, Marseille und Hamburg. Promotion 1994 mit der Arbeit „Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Eine Analyse aus feministischer

Sicht“ (Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser 1995). Seit 2006 Sprecherin des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien der HU Berlin. Habilitation für das Fach Theorie und Politik räumlicher Planung an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Neuere Buchpublikationen: „Entgrenzte Räume. Zu Theorie und Politik räumlicher Planung“ (2004) und „Räume der Emanzipation“ (Hg., 2004), beide VS Verlag für Sozialwissenschaften. Die Dissertation wurde mit einer Kommunalwissenschaftlichen Prämie des Deutschen Instituts für Urbanistik für ihre besondere kommunalwissenschaftliche Bedeutung ausgezeichnet. Kontakt: christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de

Prof. Dr. Elisabeth Beck-Gernsheim

Studium der Soziologie, Psychologie und Philosophie in München. Nach Habilitation (1987) Gastprofessur für Mikrosoziologie an der Universität Gießen, Gastprofessur für Sozialpsychologie an der Universität München und Professorin für Soziologie an der Universität Hamburg. Professorin für Soziologie zunächst an der Universität Hamburg, seit 1994 an der Universität Erlangen-Nürnberg. Fellowships: 1996 Universität Cardiff; 1997/98 Wissenschaftskolleg zu Berlin; 2002/2003 Hamburger Institut für Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Arbeit und Beruf, Familie und Geschlechterverhältnisse; Migration und multikulturelle Gesellschaft; Technik und Technikfolgen. Letzte Buchveröffentlichungen: Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. München 1998; Juden, Deutsche und andere Erinnerungslanschaften. Im Dschungel der ethnischen Kategorien. Frankfurt 1999; Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten. Frankfurt 2004; Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Geburtenrückgang und Kinderwunsch. München 2006 Kontakt: Beck-Gernsheim@rzmail.uni-erlangen.de

Prof'in Dr. rer.pol. Ruth Becker

geb. 1944, 1964-1969 Studium der Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und Statistik in Stuttgart, Hamburg, Tübingen und München, Promotion und Habilitation an der Universität Kassel, Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung; 1969-1980 wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten München und Stuttgart; 1990-1991 Vertretungsprofessorin an der Universität Kassel. Zwischen 1980 und 1993 freiberufliche Tätigkeit (Gutachten, Forschungsprojekte), gleichzeitig Lehraufträge an den Universitäten Stuttgart, Kassel, Hamburg und Weimar. Seit 1993 Leiterin des Fachgebiets Frauenforschung und Wohnungswesen in der Raumplanung der Universität Dortmund. Seit 1998 Leiterin der Koordinationsstelle des Netzwerks Frauenforschung NRW, dort in Zusammenarbeit mit Dr. Beate Kortendiek Herausgabe des „Journals Netzwerk Frauenforschung“, der „Studien Netzwerk Frauenforschung“. Herausgeberin des „Handbuchs Frauen- und Geschlechterforschung“. Theorie, Methode, Empirie“. Seit ca. 1978 aktive Mitarbeit in verschiedenen Projekten der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung, derzeit Vorstandsmitglied der Feminis-

tischen Organisation von Architektinnen und Planerinnen (FOPA) e.V. Dortmund. 1995-1997 Mitglied der Kommission zur Förderung der Frauenforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur; Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Sozialforschungsstelle Dortmund. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und Raum, Theorie und Praxis einer feministischen Raumplanung, sozialer Wandel der Wohn- und Lebensformen, Wechselwirkungen von Wohnverhältnissen und gesellschaftlichem Geschlechterverhältnis, Wohnungs- und Bodenmarkt/-politik, neue Formen der Arbeit. Kontakt: ruth.becker@uni-dortmund.de

Prof. Dr. Hans Bertram

geb. 1946 in Soest, verh., 3 Söhne. Studium der Soziologie, Psychologie und Jura. 1981-1984 Lehrstuhl für Soziologie, Universität der Bundeswehr, München; 1984-1993 Vorstand und Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. München; seit 1992 Lehrstuhl für Mikrosoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin. 1998-1999 Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford USA; 2001 Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg, Universitäten Bremen und Oldenburg. 1986-1989 Mitglied der Kommission des Achten Jugendberichts des Deutschen Bundestages; 1992-1997 Vorstandsvorsitz der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern, KSPW e.V.; 1996-2001 Mitglied der Zukunftskommission „Gesellschaft 2000“, Baden-Württemberg; 2003-2005 Vorsitzender der Siebten Familienberichtscommission des Deutschen Bundestages; 2004 Mitglied der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung; 2004 Vorsitzender des Familienbeirats der Brandenburger Landesregierung; 2005 Mitglied der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtages „Demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“. Auswahl wichtiger Publikationen: Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familiärer Lebensformen. (Hrsg.) DJI: Familien-Survey 1, Leske+Budrich, Opladen 1991; Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter (Hrsg.). DJI: Familien-Survey 4. Leske+Budrich, Opladen 1995; Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit. Bertelsmann, Gütersloh 1997; Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts 2005. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kontakt: hbertram@sowi.hu-berlin.de

Prof. Dr. Maria Böhmer

geb. 1950 in Mainz, ledig; 1968-1971 Studium der Mathematik, Physik, Politikwissenschaft und Pädagogik, 1971 Staatsexamen, 1974 Promotion, 1982 Habilitation in Pädagogik an der Universität Mainz und anschließend Forschungsaufenthalte an den Universitäten Cambridge und Augsburg,

Privatdozentin an der Universität Mainz, 1982-1990 Landesfrauenbeauftragte in Rheinland-Pfalz, seit 1990 Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, seit 2001 Professorin für Pädagogik in Heidelberg und Bundesvorsitzende der Frauenunion, 2000 bis 2005 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, seit 2005 Staatsministerin für Integration im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Weitere Aktivitäten: Stellvertretende Vorsitzende des ZDF-Fernseh Rates, Schirmfrau des Bundesverbands Niere e.V., Initiatorin der bundesweiten Kampagne „Rote Karte“ gegen Gewalt in den Medien, Mitglied im Museumsvereins des Deutschen Historischen Museums, Berlin.

Kontakt: as@bk.bund.de

Prof. Dr. rer. pol. Gerhard Bosch

geb. 1947, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Soziologie in Köln, Promotion zum Dr. rer. pol. 1977 an der Universität Dortmund, Habilitation für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie 1991 an der Universität Osnabrück, Forschungstätigkeit an der Sozialforschungsstelle Dortmund, an der Universität Bielefeld und beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB in Düsseldorf. Seit 1993 Professor an der Universität Duisburg-Essen und Vize-Präsident des Instituts Arbeit und Technik. Mitglied der Gruppe hochrangiger Experten für soziale und gesellschaftliche Aspekte der Informationsgesellschaft, Europäische Kommission (1996-1998). Mitglied der Expertenkommission der Bundesregierung „Finanzierung lebenslangen Lernens“ (2000-2003). Mitglied der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berufenen Expertenkommission des 5. Altenberichts der Bundesregierung „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ (2003-2005). Mitglied des Aufsichtsrates von Mannesmann-Vallourec sowie der Salzgitter Flachstahl AG. Autor zahlreicher Artikel und Bücher zum Thema Arbeitsmarkt-, Struktur-, Arbeitszeit- und Personalpolitik.

Kontakt: bosch@iatge.de

Prof. Dr. Jutta Brückner

Autorin, Regisseurin, Produzentin. Geboren in Düsseldorf, lebt in Berlin. Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Geschichte in Berlin, Paris und München. Seit 1973 Drehbuchautorin, Regisseurin und Produzentin ihrer eigenen Filme, u.a. „Tue recht und scheue niemand“ 1975, „Hungerjahre“ 1980, „Ein Blick und die Liebe bricht aus“ 1986, „Hitlerkantate“ 2005. Ihre Filme haben zahlreiche Preise auf Internationalen Filmfestivals gewonnen. Drehbücher für Volker Schlöndorff und Ula Stöckl, Hörspiele, Essays und Theatertexte, Regie für Funk und Fernsehen. Seit 1984 Professorin an der Universität der Künste in Berlin und Mitglied der Akademie der Künste Berlin.

Kontakt: jbrueckner@onlinehome.de

Prof. Dr.-Ing. Kerstin Dörhöfer

geb. 1943 in Radebeul/Dresden, Studium der Architektur an der TU Berlin und der TH Wien, einige Jahre Architektur- und Städtebaupraxis in Berlin, Promotion für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, Professur für Stadt- und Regionalentwicklung an der FH Aachen, seit 1986 für Architektur und Urbanistik an der Universität der Künste Berlin, Forschungen und Publikationen zum Wohnungs- und Städtebau, zur Baugeschichte und Architekturtheorie sowie zu Geschlechterverhältnissen und Raumstrukturen.

Kontakt: doerhoe@udk-berlin.de

Kathrin Dressel

Jahrgang 1977. Studium der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München (LMU). Seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit und Doktorandin an der LMU in München. Arbeitsgebiete: Soziologie des Arbeitsmarktes, Bildungssoziologie und Soziale Ungleichheit.

Kontakt: Kathrin.Dressel@iab.de

Christian Ebner

Jahrgang 1978. Studium der Sozialwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsgebiete: Soziologie des Arbeitsmarktes, Bildungssoziologie, Demografie und Arbeit. Kontakt: Christian.Ebner@iab.de

Susanne Fischer

geb. 1955, verheiratet, ein Sohn. Dipl.-Sozialarbeiterin, zusätzliche Ausbildung zur systemischen Familienberaterin. Berufs- und familienbedingt „gewandert“ von Ostwestfalen (Offene Jugendarbeit, Jugendamt) über eine Nordseeinsel (Päd. Leitung einer großen Reha-Einrichtung) ins Ruhrgebiet (Erwachsenenbildung, Beratung, Frauenarbeit). Seit 1998 beruflich aktiv als stellvertretende Gleichstellungs-beauftragte der Stadt Gelsenkirchen u. a. mit den Schwerpunkten Beratung/ Frauengesundheit / Migrantinnen/ Sozialpolitik. Ehrenamtlich aktiv für „medica mondiale“. Kontakt: Susanne.Fischer@Gelsenkirchen.de

Prof. Dr. Dorothee Frings

geboren 1954, Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Hamburg und Bologna. Von 1983 bis 1997 Rechtsanwältin, spezialisiert auf Sozial- und Verwaltungsrecht, insbesondere Migrationsrecht. Seit 1997 Professur für Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialrecht an der Hochschule Niederrhein, FB Sozialwesen. Seit 1986 in der Aus- und Weiterbildung für Soziale Arbeit und Verwaltung. Umfangreiche Vortrags- und Gutachtertätigkeit für politische

Parteien, Wohlfahrtsverbände, Gleichstellungsstellen etc., Mitwirkung in mehreren EU-Projekten. Kontakt: Dorothee.Frings@hs-niederrhein.de

Prof. Wassilios E. Fthenakis

studierte an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität Anthropologie, Humangenetik, Molekulargenetik und Psychologie und promovierte zum Dr. rer. nat., Dr. phil. und Dr. rer. nat. habil. Er habilitierte sich in der Fakultät für Biologie. Von 1969 bis 1972 war er Assistent am Institut für Anthropologie und Humangenetik. Von 1972-1975 zweiter Leiter des Instituts für Frühpädagogik und von 1975 bis 2005 dessen Direktor. Von 1987 bis 2002 war Prof. Fthenakis Professor für angewandte Entwicklungspsychologie und Familienforschung an der Universität Augsburg. Seit 2002 ist er ordentlicher Professor an der Freien Universität Bozen, Fakultät für Bildungswissenschaften. Professor Fthenakis war Mitglied der Kommission zur Erstellung des 7. Familienberichts und Initiator der Bildungspläne für Kinder unter sechs Jahren in Bayern und für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen. Unter seiner Leitung sind zahlreiche Studien durchgeführt, darunter auch die LBS-Familien-Studie sowie die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierte Studie zur Rolle des Vaters in der Familie. Kontakt: <http://www.fthenakis.de>, wassilios@fthenakis.de

Gabriele A. Hantschel.

Diplom zur Wirtschaftsingenieurin an der TU Karlsruhe; Mitarbeit am Fraunhofer Institut Karlsruhe; anschließend acht Jahre, zuletzt als Managerin bei der KPMG Unternehmensberatung (heute Bearing Point) in Frankfurt in internationalen IT Projekten. Seit 1996 Client Partner bei Cambridge Technology Partners (heute Novell). Seit 2000 Practice Manager in der Microsoft Deutschland Zentrale in München, mit Personalverantwortung für die Hälfte der 250 Mitarbeiter zählenden Consultingsparte. Gegenwärtig im Strategiebereich von Microsoft Services tätig. Seit über 15 Jahren Mitglied des European Women's Management Development Network EWMD (www.ewmd.org), von 2003-2005 EWMD Internationale Präsidentin; Vorstandsvorsitzende der Dr. Helga Stödter Stiftung, der einzigen Stiftung zur Förderung von Frauen für Führungspositionen; gleichzeitig im Beirat der WoMenPower-Konferenz der Hannovermesse. Kontakt: info@helga-stoedter-stiftung.de

Bettina Heinrich

geboren 1960, Studium der Erziehungswissenschaften und Kulturwissenschaften an der Universität Tübingen. 1989 bis 1992 selbständige Museums- und Ausstellungsplanerin, ab 1992 Projektleitung eines bundesgeförderten Weiterbildungs- und Beratungsprojektes für leitende MitarbeiterInnen ostdeutscher Kulturadministrationen in der Stiftung für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung in Berlin. Ab 1995 Leitung der Abteilung Weiterbildung der

Fachhochschule Potsdam (FHP). Seit 2000 Kulturreferentin beim Deutschen Städtetag (DST) in Berlin, u.a. im Brüsseler Büro des DST tätig; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Internationale Kulturpolitik, Europäische Kulturpolitik und Kulturpolitiken in Europa im Vergleich, Vielfalt und kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft, Internationalisierung kommunaler Kulturpolitik, Kulturwirtschaft, Konkurrenz und Kooperation in der Stadt- und Kulturpolitik.
Kontakt: Bettina.Heinrich@staedtetag.de

Ingeborg Heinze

geb. 1947 in Schwäbisch Hall, verheiratet, vier Kinder, Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und Köln, 1. Staatsexamen 1971, 2. Staatsexamen 1976. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen in Teilzeit, Schwerpunkt Bank und Börsenwesen, Abschluss 1990; Meisterprüfung in Hauswirtschaft 1982; Supervisionsausbildung – Integrative Supervision – am Fritz-Perls-Institut in Hückeswagen 1993-1996. Seit 1989 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Meerbusch in Teilzeit; seit 1980 Referentin der Erwachsenenbildung, Themenschwerpunkte Recht – Geld – Frauen. Erstellung von Informationsmaterialien für Frauen: Rentenbroschüre (Schwerpunkt Frauen), 400,-€-Broschüre, Informationen zu Ehelichem Güterrecht und Zugewinnausgleich, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.
Kontakt: ingeborg.heinze@web.de

Prof. Dr. François Höpflinger

geb. 1948, verh., 2 erwachsene Kinder, 1 Enkelkind. Studium der Soziologie an der Universität Zürich, 1975 Promotion, anschließend Leitung familiensoziologischer Projekte, 1992-1999 Programmleitung des Nationalen Forschungsprogramms ‚Alter/Anziani/Vieillesse‘. Seit 1994 Titularprof. für Soziologie an der Universität Zürich, und seit 1998 Forschungsdirektor am Universitären Institut ‚Alter und Generationen‘ INAG, Sion. Schwerpunkte: Familien- und Generationenfragen, Alterssoziologie, Sozialpolitik.
Kontakt: hoepflinger@bluemail.ch, www.hoepflinger.com

Prof. Dr. phil. Barbara Holland-Cunz

geb. 1957. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik; 1988-1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt/Main; 1993-1995 Hochschullehrerin an der Freien Universität Berlin; seit 1995 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Frauenforschung und Leiterin der Arbeitsstelle Gender Studies an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zahlreiche Publikationen zu den Arbeitsschwerpunkten Politische Theorie, Frauenbewegung und Gleichstellungspolitik, Wissenschafts- und Naturtheorie. Neuere Monographien: „Die alte neue Frauenfrage“ 2003 und „Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in

der Wissensgesellschaft“ 2005. Kontakt: genderstudies@sowi.uni-giessen.de, <http://www.uni-giessen.de/genderstudies/BarbaraHolland-Cunz.htm>

Gisela Humpert

lebt mit ihrer Familie in Dortmund. Als prozessbegleitende Beraterin von Planungs- und Entwicklungsprojekten arbeitet sie seit 2003 im Zentrum Frau in Beruf und Technik in Castrop-Rauxel, Umsetzung von Gender Mainstreaming in Großprojekten des Strukturwandels. Berufliche Stationen: Studium der Architektur an der RWTH Aachen bis 1978, Mitarbeit in Architekturbüros, 1990 Mitarbeit bei der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) Dortmund, AK Frauen und IBA Emscher Park, Beraterinnenrunde des Bauministeriums NRW, ab 1992 selbständig im Bereich Prozessmanagement, Baugruppenprojekt Wohnen mit Kindern, Lehrauftrag Entwerfen an der FH Dortmund, 1995-97 Beratung zur frauengerechten Ausgestaltung der FH-Neubauten Bonn-Rhein-Sieg, 2001 Zusatzausbildung zur systemisch orientierten Beraterin. Zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen, u.a. Gender Mainstreaming für Planungswettbewerbe – Arbeitshilfe für die Auslobung und Teilnahme, Zentrum Frau in Beruf und Technik, Castrop-Rauxel 2006. Kontakt: humpert@zfbt.de.

PD Dr. Carola Iller

geb. 1966, ein Sohn; Studium der Erziehungswissenschaft/Weiterbildung und Politik an den Universitäten Heidelberg und Bremen 1985-1992. Promotion zur Dr. phil. an der Universität Bremen 1999. Habilitation an der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften an der Universität Heidelberg 2005. 1992-1994 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt „Arbeit und Bildung“ und 1995-2000 im Fachbereich „Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften“ an der Universität Bremen. Von Februar 2000 – Mai 2006 wissenschaftliche Assistentin in der Arbeitseinheit „Weiterbildung und Beratung“ am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Heidelberg. Seit Mai 2006 dort Akademische Rätin. Kontakt: iller@ibw.uni-heidelberg.de

Angela Josephs-Olesch, M.A.

geb. 1959. Studium der Kunstgeschichte in Freiburg, 1987 M.A. in Germanistik und Politikwissenschaft an der Universität Bochum. 1987 bis 1989 nach Trainee-Programm Leitung einer Verkaufsgruppe in der Produktparte Blankstahl bei den Thyssen Edelstahlwerken AG in Krefeld, Stabstätigkeit im Marketing für die Sparten-Leitung. Seit 1989 bei der Phoenix Contact GmbH & Co. KG in Blomberg, Tätigkeit im Bereich Dokumentation und Werbung, Aufbau der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Seit 1995 ehrenamtlich im ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V.) tätig, Vorsitzende des Arbeitskreises Öffentlichkeitsarbeit im Fachverband Automation sowie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;

Mitglied im Ausschuss Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des VDMA sowie des Kommunikationsausschusses Hannover Messe der DMAG.

Kontakt: AJosephs-Olesch@phoenixcontact.com

Dr. Karin Jurczyk

geboren 1952, zwei Söhne, Studium der Soziologie und Politologie in München, Promotion 1988 an der Universität Bremen über „Familienpolitik als andere Arbeitspolitik“. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität München in den Sonderforschungsbereichen 101 und 333. Forschung zu den Themen Familie und Beruf, Familienpolitik, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Gender, alltägliche Lebensführung und Zeit, Lehrtätigkeiten an den Universitäten Dortmund, Gießen, Kassel, Marburg, Innsbruck und München. Gründungsmitglied der Frauenakademie München e.V. (FAM). Seit Januar 2002 Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München. Arbeitsschwerpunkte: Elternschaft und Arbeitswelt, familienbezogene Infrastrukturen und Politiken im sozialen Nahraum, Familienbildung und Familie als Lern- und Bildungsort sowie Leistungssysteme für Familien im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe unter dem Schwerpunkt sozialer Benachteiligung. Aktuelles Forschungsinteresse: Familienalltag unter Bedingungen entgrenzter Erwerbsarbeit – Zukunftsfähigkeit von Familie. Kooptiertes Mitglied im 7. Familienbericht des BMFSFJ. Kontakt: jurczyk@dji.de

Dr. theol. Dr. h.c. Margot Käßmann

geb. 1958, verheiratet, vier Töchter. Studium in Tübingen, Edinburgh, Göttingen und Marburg, 1983 Vikariat, 1985 Ordination. Von 1985 bis 1990 Gemeindepfarrerin in Frielendorf in Hessen; von 1990 bis 1992 Beauftragte der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck für den Kirchlichen Entwicklungsdienst; Lehraufträge für Ökumene an der Kirchlichen Hochschule Leipzig und der Evangelischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg. Von 1992 bis 1994 Studienleiterin der Evangelischen Akademie Hofgeismar; von 1994 bis 1999 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Fulda. Seit September 1999 Landesbischofin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Kontakt: landesbischoefin@evlka.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz-Xaver Kaufmann

geb. 1932 in Zürich. Verheiratet, 2 erwachsene Söhne, vier Enkel. Juristische, wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Studien in Zürich, St. Gallen und Paris. Dr. oec. (1960 in St. Gallen). Habilitation (1968 Universität Münster). 1969-1997 Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld. Emeritiert. Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. U.a. langjährige Forschungs- und Beratungstätigkeit im Bereich von Bevölkerungsfragen, Familie und Familienpolitik. Kontakt: f.x.kaufmann@uni-bielefeld.de

Angelika Kirstein

geb. 1963, verheiratet, Mutter von drei Söhnen, bis 1992 Berufstätigkeit als technische Mitarbeiterin in einem Statistik- und Architekturbüro; Gründerin und Geschäftsführerin des Kinderhauses Rasselbande eGmbH in Castrop Rauxel, das zunächst 1995 als Elterninitiative an den Start ging. Um dem wachsenden Bedarf an flexibler Kinderbetreuung nachzukommen, wurde von Frau Kirstein 2003 die do.it projekt-management GmbH & Co. KG gegründet. Seit 2004 Durchführung von verschiedenen Modellprojekten zur Kinderbetreuung für das Land NRW. Durch die Kooperation mit dem Institut Arbeit und Technik, dem Forschungsschwerpunkt BEST, Transfer der Erfahrungen in die wissenschaftliche Arbeit. Frau Kirstein ist Geschäftsführerin und Gesellschafterin beider Unternehmen. Kontakt: ak@do-it-management.de

Prof. Dr. Ute Klammer

geb. 1963, verheiratet, zwei (Stief-)Töchter, seit 2004 Professorin für Sozialpolitik an der Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach. Nach einem geisteswissenschaftlichen und einem wirtschaftswissenschaftlichen Studienabschluss an der Universität Köln Promotion an der Universität Frankfurt in VWL; Dissertation zur „Alterssicherung in Italien“ ausgezeichnet mit dem Matthöfer-Wissenschaftspreis. Später wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt a.M. und am Zentrum für Europäische Sozialforschung an der Universität Mannheim, von 1996 bis 2004 Referatsleiterin für Sozialpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung. Fellowships an der Universität Louvain-La-Neuve, Belgien sowie am Hanse-Wissenschaftskolleg, Delmenhorst. Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für Sozialen Fortschritt“ und Mit-Editorin der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Alterssicherung, Familienpolitik, Flexicurity, Europäische und international vergleichende Sozialpolitikforschung, Erwerbstätigkeit und soziale Sicherung von Frauen.

Kontakt: ute-klammer@t-online.de

Prof. Dr. phil. Cornelia Kricheldorf

geb. 1953, verh. 2 Kinder, 2 Enkel. Studium der Sozialpädagogik, Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Gerontologie an der Kath. Stiftungsfachhochschule München und an den Universitäten Augsburg, Hagen und Kassel. Promotion an der Universität Rostock. Dipl. Sozialgerontologin, Dipl. Sozialpädagogin. Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Angewandte Soziale Gerontologie an der Kath. Fachhochschule in Freiburg. Breiter Erfahrungshintergrund in der gerontologischen Praxis und Forschung. Projektleitung in verschiedenen Bundesmodellprojekten im Bereich Bürgerschaftliches Engagement, Altersbildung und in der Begleitung pflegender Angehöriger von Menschen mit Demenz. Arbeitsschwerpunkte: Biografiearbeit und Biografieforschung; Geragogik. Kontakt: kricheldorf@kfh-freiburg.de

Judith Kropp

geb. 1975, 2005 Abschluss als Diplom-Heilpädagogin an der Universität zu Köln. Mitarbeiterin in der soziokulturellen Begleitung in einem gerontopsychiatrischen Altenzentrum; seit September 2005 zuständig für das Projekt „Wohnen für Hilfe“, Köln. Kontakt: wfh@hrf.uni-koeln.de.

Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz

geb. 1943; zwei Kinder; Studium der Romanistik, Slawistik und Erziehungswissenschaft. Promotion und Habilitation mit Forschungen zur Vergleichenden Erziehungswissenschaft (Geschichte und Theorie der sowjetischen/russischen Erziehungswissenschaft im Kontext der internationalen Reformpädagogik bzw. im Übergang zum Stalinismus); seit 1984 Leitung der Arbeitsstelle für Interkulturelle Pädagogik und des fachbereichsübergreifenden Zusatzstudiengangs „Deutsch als Zweitsprache/Interkulturelle Pädagogik“. Seit 1988 Professur für Interkulturelle Pädagogik. Arbeits- und Forschungsgebiete: Theorie und Geschichte der interkulturellen Bildung, Konzepte interkulturellen Lernens, historische Minderheitenbildungsforschung. Letzte Buchpublikationen: Interkulturelle Bildung (2005) und zusammen mit I. Gogolin: Einführung in die Interkulturelle Pädagogik (2006). Neben verschiedenen anderen bi- und internationalen Kooperationen und Projekten derzeit schwerpunktmäßig Kooperation mit der Fakultät für Lehrerbildung/Universität Zagreb (Kroatien) im Rahmen des TEMPUS-Programms zum Aufbau eines von den Universitäten Münster und Zagreb gemeinsam getragenen Zentrums für Europäische Bildung, vergleichende Bildungsforschung und Europastudien in Zagreb und zur Entwicklung internationaler Studien- und Fortbildungsangebote.

<http://www.uni-muenster.de/InterkulturPaedagogik>

Kontakt: potratz@uni-muenster.de

Dr. phil. Patricia Latorre Pallares

stellvertretende Leiterin des Interkulturellen Büros in Darmstadt, u.a. für den Schwerpunkt Vereinsförderung zuständig. In diesem Rahmen Unterstützung der Vereinsarbeit und von Vereinsgründungen von Migrantinnen.; Kulturwissenschaftlerin; Studium der Kulturanthropologie und Europäischen Ethnologie, Soziologie mit Schwerpunkt Migrationsforschung, Kulturtheorien sowie Romanistik an der JWG-Universität /Ffm. Durchführung mehrerer empirischer Forschungsprojekte u.a. zu migrationspezifischen Themen. Lehrbeauftragte an JWG-Uni Frankfurt, Fachbereich Kulturwissenschaften und an der FH Darmstadt, Fachbereich Sozialpädagogik zu migrationspezifischen Themen.

Kontakt: Interkulturelles Büro, Frankfurter Str. 71, 64293 Darmstadt, 06151-1335-82, Patricia.Latorre@darmstadt.de

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zwischen 1993 und 1998 Bundesvorsitzende von Pro Familia, zwischen 2003 und 2005 als Mitglied der Sachverständigenkommission an der Erarbeitung des 7. Familienberichtes der Bundesregierung beteiligt; in internationalen Gremien bei der FAO und der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL, Vorstandsmitglied der Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft, Gutachterin und Beraterin für verschiedene Stiftungen. Sie ist verheiratet und hat einen 32jährigen Sohn. Forschungsschwerpunkte: Armuts-, Haushalts-, sowie Gender- und Zeitforschung, aktuelle Forschungsprojekte: Ernährungsversorgung zwischen privatem und öffentlichem Raum (DFG-Projekt), Studieren und Forschen mit Kind (gefördert durch die Hessenstiftung „Familie hat Zukunft“), Entwicklung eines lebenslagenbezogenen Datenmodulsystems für die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung. Kontakt: Uta.Meier-Graewe@haushalt.uni-giessen.de

Andreas Mittrowann

ausgebildeter Diplom-Bibliothekar, seit 1994 an der Bertelsmann Stiftung in verschiedenen Funktionen tätig; im Bereich Öffentliche Bibliotheken als Projektmanager und stellv. Bereichsleiter verschiedenster Projekte im In- und Ausland; von 2001-2003 war er im Advisory Board des EU-Projektes „PULMAN - Public Libraries Mobilising Advanced Network“ aktiv; seit 2005 verantwortlich im Kompetenzzentrum Kommunen und Regionen für den Wissenstransfer an kommunale Entscheider und Entscheiderinnen (u.a. Demografie-Trainings; Kommunalkongress der Bertelsmann Stiftung, Print- und Online-Publikationen des Kompetenzzentrums).

Kontakt: andreas.mittrowann@bertelsmann.de

Rainer Möller

Jahrgang 1951. Diplom-Sozialarbeiter, zusätzliche Ausbildung zum Jugendhilfeplaner und EFQM- Assessor. Von 1981 bis 2002 beim Jugendamt der Stadt Dortmund hauptsächlich in den Arbeitsfeldern Jugendhilfeplanung und Qualitätsentwicklung tätig. Ab 2002 Mitarbeit im Familien-Projekt der Stadt Dortmund mit dem Aufgabenbereich Grundsatz und Planung. Kontakt: rmoeller@stadtdo.de

Prof. Dr. Bernhard Nauck

Univ.-Prof. für Allgemeine Soziologie I im Institut für Soziologie und Dekan der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz. Über 20 sozialwissenschaftliche Buchpublikationen und über 150 Fachaufsätze zu Familie, Migration, Lebensalter, Demographie, Sozialindikatoren, Sozialstrukturanalyse und zum interkulturellen Vergleich (auch in englischer, französischer, türkischer and italienischer Sprache). Präsident des Committee on Family Research der Inter-

national Sociological Association und Vorstandsmitglied der Sektion „Migration und ethnische Minderheiten“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gastprofessuren an der University of Toronto 1996 und 1998 und an der Universität Wien 2004, fellowships am Hanse-Wissenschaftskolleg 1998 und an der Chinese Academy of Science Taiwan 2004. Kontakt: Bernhard.Nauck@phil.tu-chemnitz.de

Ursula Neumann

Jahrgang 1967, ist seit 2004 für den Verbund für Unternehmen und Familien e.V. tätig. Sie ist Ansprechpartnerin für die Unternehmen mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Akquise und Öffentlichkeitsarbeit“. Als langjährige Beraterin für kleine und mittlere Unternehmen kennt die diplomierte Soziologin die Bedarfe und Probleme des Mittelstands aus erster Hand. Auch ihre Erfahrungen und Kontakte aus der früheren Tätigkeit für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes NRW setzt sie im Sinne der Mitgliedsunternehmen und deren Beschäftigten ein. Kontakt: neumann@zfbt.de.

Bärbel Paetzold

Jahrgang 1954. verheiratet. Studium der Agrarwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zusätzliche Ausbildung im Bereich Marketing. Verschiedene Tätigkeiten in Forschung und Politik. Seit 2004 Mitarbeiterin des Vereins Frauen fördern Frauen in Detmold für das Projekt Kinderbetreuungsdatenbank. Diverse Ehrenämter im kommunalpolitischen Raum des Kreises Lippe. Kontakt: paetzold@fair-lippe.de

Claudia Quirrenbach

Jahrgang 1960, bekennende Gelsenkirchenerin. 10 Jahre Selbständigkeit mit eigenem Einzelhandelsgeschäft, Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftlerin (M.A.), Ausbildung als Coach und systemische Beraterin. Tätigkeitsschwerpunkte: Projektmanagement in Non-Profit-Organisationen, Coaching von Projekten und Führungskräften. Kontakt: info@quirrenbach.net

Silvana Richter

geb. 1953 in Bonn, nach Bauzeichnerlehre, Architekturstudium und längeren Auslandsaufenthalten Journalistikstudium an der Universität Dortmund. Arbeitet als freie Journalistin für Rundfunk- und Printmedien sowie als Medienpädagogin an Schulen. Mitglied der Literaturgruppe „Undpunkt“ und Mitherausgeberin der Anthologie „Dingerchen und andere bittere Köstlichkeiten“. Vortragsreferentin der Dortmunder Sektion des Deutschen Alpenvereins. Seit 2002 Mitglied im Verein W.I.R. und dort verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit. Wohnt zusammen mit ihrem Mann in dem generationsübergreifenden Projekt WohnreWIR Tremonia. Kontakt: richtersilvana@gmx.net.

Dr. oec. Juliane Roloff

Jahrgang 1945. Banklehre; Studium der Finanzökonomie. 1974 Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften. Wissenschaftliche Mitarbeiterin (1974-1985) am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften und (1985-1991) am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin. 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe „Demographie“ bei der Koordinierungs- und Aufbauinitiative e.V. und kurzzeitig Einzelwissenschaftlerin auf dem Gebiet der Demographie/Soziologie/Ökonomie im Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), Berlin. 1993-1998 Mitglied des Beirates zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 1993 am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden tätig: erst als wissenschaftliche Zeitangestellte bzw. freie wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 1998 als festangestellte wissenschaftliche Mitarbeiterin; zuständig für den Bereich „Demographische Alterung, Politiken der sozialen Sicherung und Konsequenzen der demographischen Alterung“.

Kontakt: Juliane.Roloff@destatis.de

Prof. Dr. Christiane Schiersmann

Jahrgang 1950, Studium der Erziehungswissenschaft, Soziologie, Germanistik und Politikwissenschaft in Kiel und Göttingen. 1976 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Göttingen. 1976 bis 1985 wissenschaftliche Assistentin an der Universität Münster. Dort 1990 Habilitation für das Fach Erziehungswissenschaft. 1985 bis 1990 stellvertretende bzw. kommissarische Leiterin des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft in Hannover. Seit 1990 Professorin an der Universität Heidelberg, aktueller Schwerpunkt: Bildungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Weiterbildung und Beratung. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Berufliche Weiterbildung, Beratung im Bereich Bildung, Beruf und Beschäftigung, Analyse und Veränderung von Institutionen (Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement), Bildungsaspiration und Bildungsbeteiligung Erwachsener. Kontakt: schiersmann@ibw.uni-heidelberg.de

Ulrike Schultz

geb. 1947, verh., 2 Töchter, 2 Enkel. Studium der Rechtswissenschaften in München und Münster. 1971-1973 Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, seit 1976 an der FernUniversität Hagen, Akad. Oberrätin. Leiterin des Referats Didaktik der Rechtswissenschaft im Zentrum für Medien und IT. Schwerpunkte: Rechtsdidaktik, Medienarbeit, (Kommunikations-)Trainings insbes. für Juristen und Juristinnen. Durchführung von (juristischen) Weiterbildungsprogrammen: „Didaktik des Rechtskundeunterrichts“, „Frauen im Recht“, „Einführung in den Anwaltsberuf“, „Virtual International Gender Studies (VINGS)“. In der Gleichstellungsarbeit der FernUniversität aktiv. „Head“ einer internationalen, rechtssoziologischen Forschungsgruppe „Women in the Legal

Profession“. Im Editorial Board des International Journal for the Legal Profession, Mitglied des Vorstands des Research Committee for the Sociology of Law und des Onati International Institute for the Sociology of Law. www.ulrikeschultz.de
Kontakt: Ulrike.Schultz@FernUni-Hagen.de

Dr. Sybille Stöbe-Blossey

geb. 1962, verheiratet, zwei Kinder. Studium der Sozialwissenschaften mit den Nebenfächern Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Mainz, Rennes (Frankreich) und Duisburg. Seit 1989 als wissenschaftliche Angestellte am Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen; Promotion 1992 in Bochum; 1992 bis 2001 zahlreiche Forschungs- und Beratungsprojekte zur Verwaltungsreform; seit 2002 Aufbau und Leitung des Forschungsschwerpunktes „Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST)“ am IAT; aktueller Arbeitsschwerpunkt: Dienstleistungen für Kinder und Familien.
Kontakt: stoebe@iatge.de

Prof. Dr. Rita Süßmuth

geb. 1937 in Wuppertal. Studium der Romanistik und Geschichte an den Universitäten Münster, Tübingen und Paris. 1964 Promotion in Philosophie. Danach Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Ruhr und Professorin für International Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und gleichzeitig Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Beratungskommissionen zur Jugend- und Familienpolitik für die damalige Bundesregierung. Seit 1981 Mitglied der CDU und 1986-2001 Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU. Zwischen 1985 und 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Gesundheit, später auch für Frauen. 1988-1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE und stellvertretende Leiterin der deutschen Delegation bei der PV der OSZE. 2001-2002 war Vorsitzende der Zuwanderungskommission der Bundesregierung, zwischen 2003-2004 Vorsitzende des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration und von Januar 2004 bis Dezember 2005 Mitglied in der „Global Commission on International Migration“. Seit Januar 2006 Präsidentin des Deutschen-Polen Instituts und Vorsitzende der „EU Hochrangigen Beratergruppe (High Level Group) für Integration von benachteiligten ethnischen Minderheiten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt“ sowie Mitglied im Kuratorium des OECD Entwicklungszentrumsprojekts „Bereicherung durch Migration“.

Susanne Tatje

geb. 1951 in Freistatt, verh., Studium der Soziologie an der Universität Bielefeld (Schwerpunkt Betriebliches Personal- und Organisationswesen), 1978 Abschluss als Diplom-Soziologin, Berufstätigkeiten in unterschiedlichen Institutionen und Tätigkeitsfeldern wie Universität, Jugendverband, Jugendamt, Volkshochschule, NRW – Ministerium, Stadtverwaltung/Sozialdezernat. Mitglied im Beirat zum Projekt „Bedarfsgerechte Kinderbetreuung“ des Institutes Arbeit und Technik,

Gelsenkirchen. Seit 2004 Demografiebeauftragte der Stadt Bielefeld. Mitglied in der AG „Demografischer Wandel“ beim Deutschen Städtetag, Lehrbeauftragte der Ruhr-Universität und der FH Bielefeld. 2006 NRW-Innovationspreis für das Demografiekonzept der Stadt Bielefeld. Kontakt: susanne.tatje@bielefeld.de

Erika Theißen

geb. 1954, Lehrerin Sek I, nach dem Referendariat drei Jahre Leiterin der Vorbereitungsklasse für ausländische Schüler und Schülerinnen an der Realschule Much. Unterricht im Bereich Deutsch als Fremdsprache über verschiedene Träger; 1990 Aufbaustudium Interkulturelle Pädagogik und Deutsch als Fremdsprache; Tätigkeit als Pädagogin in verschiedenen Migrantenvereinen und Vorbereitung von Schülerinnen auf externe Schulabschlüsse; 1996 Gründung des Begegnungs- und Fortbildungszentrums muslimischer Frauen e.V., Köln, seitdem Leiterin und Geschäftsführerin. Kontakt: erika.theissen@bmf-koeln.de

Dr. Barbara Thiessen

geb. 1965; Dr. phil., Dipl.-Sozialpädagogin, Supervisorin; Arbeitsschwerpunkte: Theorien, Geschichte und Methoden Sozialer Arbeit, Partizipation und Kompetenzentwicklung, Familienpolitik und sozialer Ausschluss, Personenbezogene Dienstleistungsberufe, Genderforschung und -training. 1999-2003 Wissenschaftliche Geschäftsführung des Zentrums für feministische Studien. Frauenstudien – Gender Studies an der Universität Bremen (ZFS); 2003-2005 Koordinatorin des Forschungsprojekts MOSAIK „Kompetenzentwicklung für (junge) Mütter. Kooperation von Beratung, (Aus)Bildung und Beruf“ an der Universität Bremen; Lehrbeauftragte an den Universitäten Bremen, Lüneburg und der Hochschule Bremen; seit 11/2006 Grundsatzreferentin für Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut e.V., München. Kontakt: thiessen@dji.de

Rita Viehoff

geb. 1960 in Hagen, Studium der Geschichte, Pädagogik, Literatur- und Sprachwissenschaften an der RUB Bochum (Abschluß MA), Ausbildung als Journalistin und Pressereferentin. Seit 1991 Mitarbeiterin, seit 2006 Leiterin des Kulturamtes der Stadt Hagen. Nebenberufliche künstlerische Ausbildung in Malerei und Bildhauerei. Aufgabenschwerpunkte: Programmleitung für kulturelle Sommerprogramme, internationale und interkulturelle Projekte sowie Literatur (Lyrikpreisverleihung) und Tanztheater.

Kontakt: Rita.Viehoff@Stadt-Hagen.de

Sandra Wiegeler

geb. 1970, 1997 Abschluß als Diplom-Heilpädagogin an der Universität zu Köln. Anschließend siebenjährige Tätigkeit als Schulungsreferentin in der Erwachsenenbildung; seit September 2005 zuständig für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ in Köln. Kontakt: wfh@hrf-koeln.de

Prof. Dr. Margherita Zander, MA

Lehrgebiet Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der FH Münster, Fachbereich Sozialwesen. In der 13. und 14. Legislaturperiode sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ des Deutschen Bundestages. Veröffentlichungen zu verschiedenen Themen der Sozialpolitik; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Kinderarmut seit 1997 (verschiedene öffentlich geförderte Forschungsprojekte, wissenschaftliche Begleitung des Kinderarmutsberichtes der Stadt Münster und zweier Modellprojekte zu „Bekämpfung von Kinderarmut“ in Saarbrücken); Familienpolitik (zusammen mit B. Dietz: Expertise für Enquete-Kommission „Zukunft der Städte in NRW“); Migration (Beteiligung am Migrationsbericht der Stadt Münster 2002); und Genderfragen. Dazu u.a.: M. Zander (Hrg.): Das Geschlechterverhältnis in Zeiten des Umbruchs, Bielefeld 1997 und M. Zander/L. Hartwig/I. Jansen (Hrg.): Geschlecht Nebensache? Zur Aktualität einer Gender-Perspektive in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2006; Studie zu bürgerschaftlichem Engagement für die Heinrich-Böll-Stiftung in Thüringen. Kontakt: margherita.zander@t-online.de

Prof. Dr. sc. techn. Barbara Zibell

geb. 1955, verh., 2 Kinder. Studium der Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin, Große Staatsprüfung Abschluss als Bauassessorin; 1994 Promotion zur Dr. sc. techn. an der ETH Zürich, Architektur-Abteilung, Thema: Chaos als Ordnungsprinzip im Städtebau. 1981-82 freiberufliche Tätigkeit in Berlin, 1982-84 Referendarausbildung in Frankfurt, 1984-88 Tätigkeit bei freiem Planer in Lörrach 1989-96 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL) der ETH Zürich. Seit 1996 Professorin für Architektursoziologie und Frauenforschung an der Universität Hannover; 1998-99 Gastprofessur für Städtebau und Siedlungswesen am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Sozialwissenschaftliche Aspekte in der räumlichen Planung, Wohnen und Versorgung; Frauenforschung und Gender Studies, Gender Mainstreaming; Planungstheorie und Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Forschungsprojekte: Stadt+Um+Land 2030 Region Braunschweig, Teilprojekt Wohnen und Versorgung (2002-03), Gender Mainstreaming im Wohnungswesen (2004-05). Derzeit: Vorbereitung eines neuen institutionellen Schwerpunktes „GenderKompetenz in Architektur, Landschaft und Planung“ an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Universität Hannover. Diverse Beirats- und Geschäftsleitungstätigkeiten sowie Ehrenämter und Mitgliedschaften, zum Beispiel in der Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages. Kontakt: b.zibell@igt-arch.uni-hannover.de

Prof. Dr. Margarete Zimmermann

Professorin für Vergleichende und Französische Literaturwissenschaft am Frankreich-Zentrum der Freien Universität Berlin. Publikationen vor allem zu Christine de Pizan, zu den Geschlechterdebatten der Frühen Neuzeit und des 20./21. Jh.s und zur kulturwissenschaftlichen Genderforschung. Aktuelle Buchpublikationen: Salon der Autorinnen. Französische „dames de lettres“ vom Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert (Berlin 2005); Hg. (gemeinsam mit Stephanie Bung) Garconnes à la mode im Berlin und Paris der zwanziger Jahre (Göttingen 2006). Kontakt: Margarete.Zimmermann@TU-Berlin.de

Dr. phil. Olga Zitzelsberger

Leiterin des Praxislabors am Institut für Allg. Pädagogik und Berufspädagogik der TU Darmstadt, Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Geschlechter- und Migrationsforschung, Bildungstheorien, Theorie-Praxis-Reflexionen, qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, Studium des Sozialwesens, der Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaftslehre. Dissertation im Jahre 2000: Zur Janusköpfigkeit von Edukation. Ingenieurstudentinnen in Ko- und Monoedukation. Eine vergleichende Untersuchung an der EPF in Paris.

Kontakt: TU Darmstadt, Alexanderstr. 6, 64283 Darmstadt, Tel. 06151-16-2805, o.zitzelsberger@apaed.tu-darmstadt.de

Das Internet-Portal für Frauen in Nordrhein-Westfalen

Mit dem Projekt des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein zentrales Internetangebot für Frauen verfügbar. Wer in das Portal eintritt, findet vielfältige frauenpolitische Informationen, kann im virtuellen Wegweiser blättern, Kontakte knüpfen und von dort in die Internetwelt starten.

frauen



nrw.de

„frauenrw.de“ bietet sowohl den Bürgerinnen als auch gleichstellungspolitischen Akteurinnen ein umfangreiches Informations- und Kommunikationsangebot. Im Mittelpunkt steht die Vernetzung der Frauenorganisationen und -beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen.

Über 500 Einrichtungen aus Nordrhein-Westfalen, die sich für Frauen engagieren oder ihnen Beratung und Hilfe anbieten, beteiligen sich am Portal. Die Liste reicht von Frauenberatungsstellen über frauenpolitische Verbände bis zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Wer eine bestimmte Institution auswählt, erhält deren Kurzbeschreibung, Projekte, Veranstaltungen und Kontaktmöglichkeiten. Sogar Dokumente der Einrichtungen sind direkt auf „frauenrw.de“ abrufbar und ihre Broschüren können online über das Portal bestellt werden. Über einen Link geht es auf die Homepage der jeweiligen Einrichtung. Besonders praktisch ist der Beratungsstellenfinder: Alle in einem Ort oder PLZ-Bereich angesiedelten Beratungseinrichtungen lassen sich mit einem Klick finden. Die Rubrik „Beratungsstellen & Kontakte“ steht auch bei den Nutzerinnen und Nutzern des Portals im Mittelpunkt; sie wird besonders gern angeklickt.

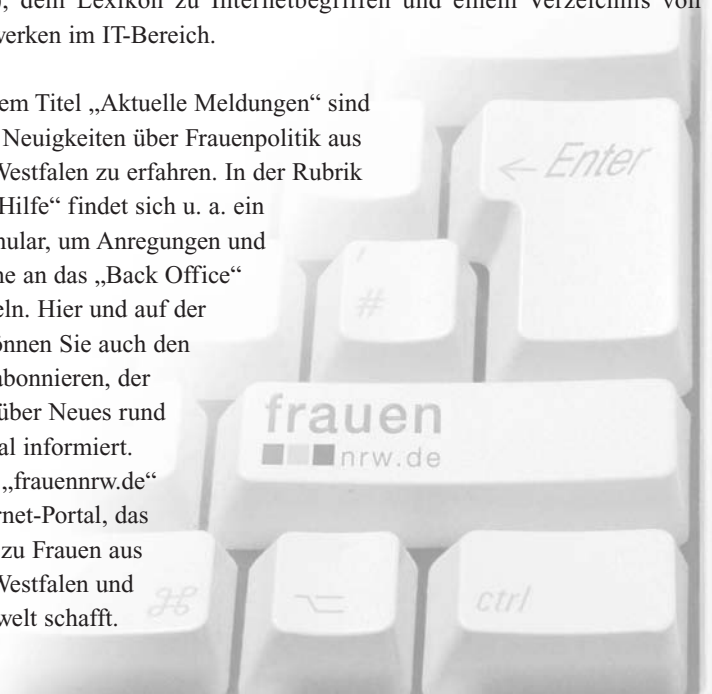
„frauennrw.de“ hat aber noch mehr zu bieten: Es gibt ein geschlossenes Forum für die Vertreterinnen der Einrichtungen, die im Portal präsent sind, und ein allgemein zugängliches Forum für alle frauenpolitisch Interessierten. Von Zeit zu Zeit gibt es die Möglichkeit, zu einem aktuellen Thema mit Expertinnen zu chatten.

Ein thematisch sortiertes Verzeichnis von Internetadressen weist den Weg zu weiteren interessanten, frauenspezifischen Internet-Angeboten aus Nordrhein-Westfalen, zentralen Netzplattformen in Deutschland und Europa.

In der Rubrik "Themen & Infos" und im Dokumentenarchiv des Portals finden Surferinnen ausführliche thematische Übersichten, Verweise zu Detailinformationen im Internet und Online-Dokumente. Die Themenbereiche sind vielfältig: Ausbildung & Beruf, Existenzgründung, Familie & Partnerschaft, Gesellschaft & Politik, Integration, Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, Gleichstellungspolitik, Kultur & Sport und mehr.

Mit dem Baustein „Kompetent im Web“ können sowohl Internetanfängerinnen wie erfahrene Nutzerinnen Informationen zum Umgang mit dem Internet abrufen – von Recherche und Suche über Datenschutz und Sicherheit bis zur Gestaltung von Internetseiten. Ergänzt wird diese Rubrik mit FAQ's („frequently asked Questions“), dem Lexikon zu Internetbegriffen und einem Verzeichnis von Frauennetzwerken im IT-Bereich.

Und unter dem Titel „Aktuelle Meldungen“ sind interessante Neuigkeiten über Frauenpolitik aus Nordrhein-Westfalen zu erfahren. In der Rubrik „Service & Hilfe“ findet sich u. a. ein Kontaktformular, um Anregungen und Fragen online an das „Back Office“ zu übermitteln. Hier und auf der Startseite können Sie auch den Newsletter abonnieren, der regelmäßig über Neues rund um das Portal informiert. Klicken Sie „frauennrw.de“ an, das Internet-Portal, das Verbindung zu Frauen aus Nordrhein-Westfalen und zur Internetwelt schafft.



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



www.mgffi.nrw.de



Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW.